

*Geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlicher*  
**Anzeiger**

Zeitschrift der philosophisch-historischen Klasse  
der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

151. Jahrgang 2016, Heft 2



VERLAG DER  
ÖSTERREICHISCHEN  
AKADEMIE DER  
WISSENSCHAFTEN

Vormals: *Anzeiger der philosophisch-historischen Klasse*

Herausgegeben vom Präsidium der philosophisch-historischen Klasse  
der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Herausgebergremium:

Michael Alram	Franz Rainer
Bert G. Fragner	Jens Oliver Schmitt
Hermann Hunger	Peter Wiesinger
Sigrid Jalkotzy-Deger	Waldemar Zacharasiewicz

Internationaler wissenschaftlicher Beirat:

John Boyer	Ferenc Kiefer	Jürgen Osterhammel
Falko Daim	Rosamond McKitterick	Rudolf Preimesberger
Monika Fludernik	Fritz Peter Knapp	Georg Ress
Kalman Györgi	Dušan Kováč	Stephan J. Seidlmayer
John Frederick Haldon	Ernst August Kramer	Norbert Richard Wolf
Hans-Joachim Hinrichsen	Gustav Adolf Lehmann	János Zlinszky

Textredaktion: Stefan Winterstein

*Als internationale wissenschaftliche peer-reviewte Zeitschrift von der ÖAW gefördert*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen  
Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die verwendete Papiersorte ist aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff hergestellt,  
frei von säurebildenden Bestandteilen und alterungsbeständig.

Alle Rechte vorbehalten.

© Copyright 2017 by Österreichische Akademie der Wissenschaften

Satz: Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H., 3580 Horn  
Druck und Bindung: Prime Rate kft., Budapest

ISBN 978-3-7001-8076-0  
ISSN 2413-5275

<http://epub.oeaw.ac.at/8076-0>  
<http://epub.oeaw.ac.at/anzeiger>  
<http://verlag.oeaw.ac.at>

# Inhalt

<i>Arnold Suppan</i> 1000 Jahre Nachbarschaft. „Tschechen“ und „Österreicher“ in historischer Perspektive. Eine Synthese	5
Der Autor	323



ARNOLD SUPPAN

1000 Jahre Nachbarschaft.  
„Tschechen“ und „Österreicher“ in  
historischer Perspektive.  
Eine Synthese

**Inhalt**

1. Im Heiligen Römischen Reich (962–1526/1806)	8
2. In der Habsburgermonarchie (1526–1804)	40
3. Im Kaisertum Österreich (1804–1867)	70
4. In Österreich-Ungarn (1867–1914)	94
5. Trennung im Ersten Weltkrieg (1914–1918)	122
6. Staatsgründung und Saint-Germain (1918/19)	137
7. Die Erste Republik in Prag und Wien (1920–1938)	147
8. „Anschluss“ und Münchener Abkommen (1938)	180
9. Österreicher, Sudetendeutsche und Tschechen unter NS-Herrschaft (1938–1945)	193
10. „Beneš-Dekrete“, Potsdamer Abkommen und Zwangsaussiedlung (1945–1947)	225
11. Jenseits des „Eisernen Vorhanges“ (1948–1989)	233
12. Neue europäische Partner (1990–2016)	255
13. Rück- und Ausblick	267
14. Bibliographie	275
15. Verzeichnis besonderer Abkürzungen	309
16. Verzeichnis der Karten	311

Václav Havel, der ehemalige tschechoslowakische und damalige tschechische Dichter-Präsident, beklagte am 15. März 1993 in einem Vortrag an der Universität Wien, dass die Bürger Österreichs und Tschechiens trotz „innerer Verwandtschaft“ in ihrem geistigen Klima, ihren Traditionen und ihrem Schicksal „sehr lange Zeit eher nur nebeneinander als wirklich miteinander gelebt haben“. Während des gesamten 20. Jahrhunderts hätten die gegenseitigen Beziehungen „manchmal mehr Verlegenheit, Bitterkeit, Verdächtigungen oder Neid als wirklich schöpferische Zusammenarbeit“ gezeigt. In der verständlichen Euphorie über die neu erworbene Selbständigkeit der Tschechoslowakei und die Gestaltung einer demokratischen Ordnung nach 1918 sei das alte Österreich „zum Synonym für die Vergangenheit und die gestürzte Fremdherrschaft“ geworden, während viele (Deutsch-)Österreicher vor allem die Tschechen als diejenigen gesehen hätten, die das bedeutende mitteleuropäische Reich, die Habsburgermonarchie, zerstört hätten. Zwanzig Jahre später hätten sich „viele von unseren deutschsprachigen Mitbürgern“ auf Hitlers Seite geschlagen und „zu unserer Unterwerfung“ beigetragen, „was eine noch tiefere Wunde in unseren Beziehungen nach sich zog“. Nach 1945 sei zwar die Tschechoslowakei neuerlich ein „Siegerstaat“ gewesen, habe aber ihre Freiheit verloren, während das besetzte Österreich seine Freiheit gewinnen und eine moderne Demokratie aufbauen konnte. Jahrzehntlang galt daher in Prag der beliebte Spruch: „Wir hätten so dastehen können wie Österreich.“<sup>1</sup>

Die böhmischen und österreichischen Länder hatten in ihrer über tausendjährigen Nachbarschaft in der überwiegenden Zeit gemeinsame Herrscher: Karolinger (acht), Ottonen (fünf), Salier (vier), Staufer (sieben), Wittelsbacher (zwei), Luxemburger (vier) und Habsburger (19) als römisch-deutsche Könige bzw. Kaiser (800–1806), außerdem König Přemysl Otakar II. (1253–1278) und König Matthias Corvinus (1469/1485–1490), darüber hinaus Habsburger als Könige von Böhmen und Erzherzöge von Österreich (1437–1439, 1526–1804), Habsburger als Kaiser von Österreich und Könige von Böhmen (1804–1918), schließlich, und bis heute verdrängt: Adolf Hitler als „Führer“ und Reichskanzler (1939–1945). Daher sind im vorliegenden Überblick einige strukturelle Fragen erkenntnisleitend:

- Welche politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Elemente waren im Verlauf der Geschichte konstitutiv für die Kohäsion der böhmischen bzw. der österreichischen Länder?

<sup>1</sup> HAVEL 1993, 371–376. Während Präsident Havel ausschließlich den politischen Namen „Česká republika“ (= „Czech Republic“, „Tschechische Republik“) verwendete, einigten sich Mitte April 2016 die höchsten tschechischen Verfassungsorgane darauf, offiziell auch die Kurzform „Česko“ (englisch „Czechia“, deutsch „Tschechien“) zu verwenden und bei der UNO registrieren zu lassen.

- Welche Rechts-, Gesellschafts- und Bildungsstrukturen entwickelten sich in den böhmischen und österreichischen Ländern parallel und haben sich zum Teil bis in die Gegenwart erhalten?
- Welche Herrschaftsformen bestanden im Verlauf der langen Nachbarschaftsgeschichte (Kaiser – König – Adel – Kirche – Bürgertum – Bauernschaft – Arbeiterschaft)? Wie entwickelte sich das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten?
- In welcher Weise und in welchem Ausmaß veränderte eine Reihe von „Modernisierungen“ (Alphabetisierung, Industrialisierung, soziale Mobilität, Verstädterung, hoher Organisationsgrad der Gesellschaft, Säkularisierung, politische Demokratisierung) das Verhältnis zwischen „Österreichern“ und „Tschechen“?
- Weshalb kam der Entwicklung eines Nationalbewusstseins und nationaler Ideologien seitens aufgeklärter Intellektueller in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie der Nationalisierung immer breiterer Schichten der Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer größere Bedeutung zu?<sup>2</sup>
- Was wirkte zwischen den Bevölkerungen der beiden Länderkomplexe verbindend bzw. trennend? Wann und warum gab es „Konfliktgemeinschaften“ (Jan Křen)?
- In welchen Epochen verbesserten sich die Lebensverhältnisse und Lebenschancen für die Einwohner, in welchen stagnierten sie, in welchen gab es Einbrüche?
- Was waren Ursachen für bewaffnete Konflikte gegeneinander? Wie verhielten sich „Österreicher“ und „Tschechen“ in internationalen Kriegen?
- Welche Rolle spielten Zentralisierung und Föderalisierung vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Prag und Wien als wechselnde Zentren, Zusammenfassung des böhmisch-österreichischen Länderkomplexes seit Maria Theresia, Wiener Zentralismus bis 1918, Prager Zentralismus nach 1918)?
- Wie gestaltete sich die Einordnung der beiden Länderkomplexe in einen größeren mitteleuropäischen Zusammenhang (Heiliges Römisches

<sup>2</sup> Der tschechische Historiker Jiří KOŘALKA (1991, 26) fasste den Problemkreis um Nationalbewusstsein, Nationalisierung, Nationalismus sehr konzis zusammen: „Man soll vor den negativen Folgen der fortschreitenden Nationalisierung nicht die Augen verschließen und darf nicht die Tatsache übergehen, dass jede nationale Ideologie wesentliche Merkmale der Selbstbegrenzung, Ausschließlichkeit und Feindseligkeit gegenüber der Außenwelt, vor allem gegenüber ihren Nachbarn, in sich birgt. Es steht jedoch fest, dass die Entfaltung nationaler Bindekräfte und nationaler Ideologien eine unausweichliche Begleiterscheinung des sozialen und politischen Aufstiegs breiter Bevölkerungsschichten in allen europäischen Ländern in der Epoche der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft war.“

Reich, Habsburgermonarchie, Kaisertum Österreich, Deutscher Bund, Österreich-Ungarn, Tschechoslowakei I – Österreich I, Großdeutsches Reich, Tschechoslowakei III – Österreich II, ČSSR – Österreich II, Österreich II – Tschechien I)?<sup>3</sup>

- Welche nationalen Stereotype und divergierenden Erinnerungen trennen Tschechen und Österreicher bis heute?<sup>4</sup>

### 1. Im Heiligen Römischen Reich (962–1526/1806)

Wurden die böhmischen Länder – zuerst die Niederungen im Elbecken und an der March – bereits im 6. und 7. Jahrhundert überwiegend von westslawischen *Boemani/Behaimi* und *Moravani* besiedelt, so hatte sich seit Kaiser Karl dem Großen/Charlemagne die bayerische Kolonisation in den mittleren Donauländern bis zum Wienerwald, aber auch in den Ostalpenländern östlich des Arlbergs durchgesetzt. Ab 791 waren fränkische Heere mehrmals über die Enns und den Isonzo ins Awarenland bis an die Raab und an den Plattensee vorgerückt und hatten schließlich 796 den awarischen Herrschaftsmittelpunkt zwischen Donau und Theiß erobert. Nun entstand zwischen der Mündung der Enns und der Mündung der Drau in die Donau die bayerische Ostlandpräfektur mit zwei gentilen Fürstentümern, Karantanien und ein Awarenreich. Die kirchliche Verwaltung der neu eroberten Gebiete unterstellte Kaiser Karl seinem Vertrauten Arn, der 798 zum Erzbischof von Salzburg erhoben worden war. Bayerische Bistümer und Klöster erwarben reichen Grundbesitz im „Ostland“ (*plaga orientalis*) und förderten die Kolonisation. Die Gründung des Heiligen Römischen Reiches (*translatio imperii*) mit der Kaiserkrönung Karls in Rom am Weihnachtstag des Jahres 800 war eine sorgfältig geplante Aktion des Papstes Leo III. gemeinsam mit Kaiser Karl dem Großen.<sup>5</sup> Ludwig der Fromme erließ im Juli 817 eine Reichsordnung und gab seinem gleichnamigen jüngsten Sohn, Ludwig dem Deutschen, folgende Reichseinheiten als Königreich: „Bayern, die Karantanen, die Böhmen und Awaren wie die Slawen, die im Osten Bayerns wohnen.“ Das galt sowohl für die Slawen an

<sup>3</sup> Vgl. die Karten bei MAGOCSI 2002, maps 3, 4, 5, 6, 7b, 10, 11, 12c, d, f, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20b, 22b, 23, 24, 25a, 25b, 28, 29a, 29b, 30, 31, 32a, 33, 34, 36, 37, 38, 41b, 42a, 50, 51, 52, 52b, 53, 56, 57, 58 u. 61; WILSON 2016, maps 1 u. 3–12.

<sup>4</sup> Vgl. BUCHVALDEK u. a. 1986; ZÖLLNER 1990; SEIBT 1993a; WINKELBAUER 1993; SANDGRUBER 1995; HOENSCH 1997; TEICH 1998; BAHLCKE u. a. 1998; BRUCKMÜLLER 2001; PRINZ 2002; VEBER u. a. 2002; GEBHART / KUKLIK 2006/07; WINKELBAUER 2015a.

<sup>5</sup> Die in der Weltlichen Schatzkammer in Wien aufbewahrte Reichskrone dürfte für die Krönung Ottos I. oder Ottos II. angefertigt worden sein, das Reichskreuz stammt aus der Zeit Konrads II., die Heilige Lanze bereits aus karolingischer Zeit, der Reichsapfel und das Zeremonienschwert aus staufischer Zeit. – FILLITZ 1986; MACGREGOR 2014, 191–211.

der March als auch im Gebiet des Plattensees. Das Mährerreich verteidigte lange seine Selbständigkeit, während 14 böhmische Fürsten 845 zu König (*rex Romanorum*) Ludwig nach Regensburg kamen und die Taufe nahmen. Erst der Mährerfürst Zwentibald/Svatopluk wurde nach mehrmaligen Kriegen Lehensmann des Kaisers. Aus Erbstreitigkeiten nach Ludwigs Tod ging schließlich Arnulf von Kärnten als Herr des gesamten Erbes Ludwigs hervor. König Arnulf empfing zu Weihnachten 887 in Regensburg „die Edlen der Bayern, Ostfranken, Sachsen, Thüringer, Alamannen, eine große Schar von Slawen“ und bedachte seine weltlichen und geistlichen Vasallen mit reichen Schenkungen. Im Jahre 895 anerkannte Arnulf die Přemysliden als Herzöge von Böhmen. Das bayerische Ostland überstand aber nur wenige Jahre nach Kaiser Arnulfs Tod (899), als magyarische Heerscharen zuerst das mährische Reich unterwarfen, dann 907 einen bayerischen Heerbann bei Pressburg/Pozsony/Bratislava fast völlig vernichteten.<sup>6</sup>

Seit der Etablierung des Karolingerreiches verlief von der südwestlichen Küste der Ostsee bis zur Oberen Adria eine Kontaktzone zwischen der romanisch-germanischen und der slawisch-reiternomadischen Welt. Zollstätten in Sachsen, beim heutigen Bamberg, in Regensburg und an der Mündung der Enns in die Donau markierten die innere Reichsgrenze zu Beginn des 9. Jahrhunderts. Östliche Nachbarn der Sachsen, Thüringer, Franken und Bayern waren die Sorben, Tschechen (*Češi*), Mährer und Karantanen, bald auch die Magyaren. Zeitgenossen wie Thietmar von Merseburg oder Cosmas von Prag berichteten zwar von harten, blutigen Auseinandersetzungen mit Geiselstellungen, Tributzahlungen und Tributverweigerungen, Heiraten und Scheidungen, Gebietsabtretungen mit und ohne lehensrechtliche Bindungen, aber dies waren keine deutsch-slawischen Kriege, sondern Fehden wie zwischen Dänen und Sachsen, Magyaren und Mährern. So trugen die Invasionen („Landnahme“) der Awaren und Magyaren nach Pannonien wesentlich dazu bei, dass neben der Italia, Gallia und Germania auch eine Sclavinia entstand. Zwar war für die slawischen Fürsten der Lebensstil der fränkischen Aristokratie durchaus anziehend, aber ihren Stämmen wollten sie die Annahme des Christentums der *Němci* (d. h. der Stummen) nicht zumuten. Erst nach der Mission der byzantinischen Mönche Kyrill und Method im Reich der Mährer (863/64) und der Einsetzung des getauften Přemysliden Bořivoj als Statthalter des mährischen Herrschers Zwentibald setzte sich auch in Mittelböhmen das Christentum durch. Andererseits baute die ottonische Erneuerung des Ost-

<sup>6</sup> WOLFRAM 1987, 100–106, 130–148, 154–158, 187–192, 200–203 u. 251–308; ZÖLLNER 1990, 39–45 u. 49–58; ŠTIH u. a. 2008, 54–57; WILSON 2016, Tree 1: Carolingians, 26f.; vgl. WOLFRAM 2013. Bereits seit dem Ende des 9. Jahrhunderts bürgerte sich für die Gemahlin des römischen Königs der Titel *Romanorum Regina*, für die Gemahlin des römischen Kaisers der Titel *Imperatrix Augusta* ein. – WILSON 2016, 314.

frankenreiches (*renovatio imperii*) auf dem karolingischen Erbe auf und erweiterte die Markenorganisation, vor allem an der Elbe und an der Donau, aber auch im Raum der späteren Steiermark. Kaiser Otto I. (ab 962) gelang es, das Böhmen Boleslavs I. so weit in die ottonisch-deutsche Herrschaft zu integrieren, dass die *duces* der Tschechen zu Lehensträgern des Reiches und zugleich Förderern der christlichen Mission wurden. Herzog Václav/Wenzel I. ließ die Kirche auf der Prager Burg dem sächsischen Patron St. Vitus weihen. Nach der Ermordung Václavs durch seinen Bruder Boleslav unterstützte dieser bereits in der Ungarnschlacht auf dem Lechfeld 955 Otto I. den Großen. Otto II. drängte dann die Magyaren über die March zurück und belehnte 976 den Babenberger Markgraf Luitpold I. mit der bayerischen „Mark an der Donau“ zwischen Enns und Tulln. In einer Schenkungsurkunde Kaiser Ottos III. an den Bischof von Freising vom 1. November 996 wurde dieses Gebiet volkssprachlich *Ostarrīchi* genannt. Im 11. Jahrhundert tauchte die Bezeichnung „Osterlant“ auf, in einem Diplom König Konrads III. für Klosterneuburg ist erstmals „Austria“ bezeugt. blieb für die heute österreichischen Gebiete kirchenorganisatorisch das Erzbistum Salzburg bzw. das Bistum Passau zuständig, so wurden das Prager und das Olmützer Bistum Suffraganbistümer von Mainz.<sup>7</sup>

In Böhmen begann schon zu dieser frühen Zeit ein hohes Maß an Gleichsetzung des Herrschers mit seinem „Reich“ (*regnum*). Dabei wurden die alten Stammes- und Sippenbindungen zu den örtlichen Fürsten durch qualitativ neue Bindungen zu den Herrschern abgelöst. Für die Herrschaftssicherung stützte sich die Dynastie der Přemysliden – wie die der Piasten, der Arpaden und der Rjurikiden – demonstrativ auf den „neuen Glauben“, das Christentum, und die Heiligenverehrung (Hl. Wenzel). Der Adel lebte noch nicht von der Nutzung großer Besitztümer, sondern von Anteilen an den dem Herrscher gebührenden Steuern und Abgaben. Zum Grundpfeiler der jungen Monarchie wurde das System der gezielt errichteten Verwaltungsburgen ausgebaut, das außer militärischen und Überwachungsfunktionen auch die Rolle von Wirtschafts- und Kulturzentren der umliegenden Regionen übernahm. So sammelten sich in der Nachbarschaft größerer Burgen Pferde-, Rinder-, Schweine- und Schafzüchter, Schmiede, Wagner und Zimmerleute, Müller und Bäcker. Schließlich wurde auch auf das Beutemachen und den Sklavenverkauf nicht vergessen.<sup>8</sup>

Militärische Vorstöße und Plünderungszüge magyarischer Stämme hatten in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts die Verdichtung der

<sup>7</sup> WOLFRAM 2000b, 342–353; TRĚŠTÍK 2000, 356–366; HOENSCH 1997, 44–47; EBERHARD 1998, XXIV–XXVII; BRUNNER 2003, 171f.; POHL 2015, 57–62; WINKELBAUER 2015b, 15; ZÖLLNER 1990, 63; WILSON 2016, Tree 2: Ottonians, 31 u. 49; vgl. GRAUS 1995; MANNOVÁ 2000, 20–29.

<sup>8</sup> ŽEMLIČKA 2000, 830–833.

bayerischen Herrschaft an der Donau wie auch im Fürstentum Karantainen unterbrochen, aber nicht die gesamte Infrastruktur zerstört, wie es zu Ende des 6. Jahrhunderts geschehen war. Nach der Schlacht auf dem Lechfeld wurde die bayerische Kolonisation der Slawengebiete Ostösterreichs fortgesetzt, ebenso der teils romanischen Alpengebiete des Westens. Aber die babenbergische Herrschaft war noch keineswegs gesichert, da die Mark von einer ganzen Reihe von mit Immunitätsrechten ausgestatteten kirchlichen und weltlichen Herrschaften durchsetzt war. Im Verlauf des 11. Jahrhunderts erfolgte in den böhmischen wie in den österreichischen Ländern eine zunehmende Konzentration auf den inneren Landesausbau. Klostergründungen seit der Jahrtausendwende waren unverkennbar Erben der Karolingerzeit. Auch jetzt erschienen die Mönche als Kolonisatoren, Priester, Missionare, Heilsvermittler, Lehrer, Spezialisten in Skriptorien oder Kunstwerkstätten und anderes mehr. Die Klöster waren nicht nur Orte geistlich-liturgischer Askese und Ausbildungsstätten für Kleriker und Bischöfe, sondern zugleich auch Zentren des Landesausbaus, Grundherrschaften sowie Brennpunkte der Kultur und Zivilisation, die nicht zuletzt auch der Herrschaftslegitimation dienten. Daher verschloss man sich lieber den Reformen aus Cluny und integrierte sie eher in die eigenkirchenrechtlich verfasste Reichskirche. Als Přemyslidenstiftung entstand bereits 973 bei der romanischen Georgskirche das erste Benediktinerinnenkloster Böhmens, während das Benediktinerkloster Břevnov bei Prag seine Gründung im Jahre 993 Bischof Adalbert/Vojtěch von Prag und Herzog Boleslav II. verdankte. Um die Mitte des 11. Jahrhunderts folgten das Kloster Sazau/Sázava und das erste mährische Benediktinerkloster Raigern/Rajhrad bei Brünn/Brno.<sup>9</sup>

Ende des 10. Jahrhunderts war noch keine künftige Sonderstellung der babenbergischen Mark an der Donau erkennbar. Bayerische Hochstifte und Klöster reaktivierten in der Wachau und an anderen Orten im Donautal ihre alten Besitztitel aus der Karolingerzeit, während die großen Waldgebiete nördlich und südlich der Donau erst langsam erschlossen wurden. Mit Unterstützung Kaiser Konrads II. trieb die Passauer Diözese die Erweiterung ihrer Pfarrorganisation energisch voran. Mehrere Kriegszüge Kaiser Heinrichs III. gegen die Magyaren sicherten seit den 1040er Jahren March und Leitha als dauerhafte Grenze des Reichs, die bis 1806 Bestand haben sollte. Zur selben Zeit entstand im Osten des Herzogtums Kärnten (seit 976) eine Mark an der mittleren Mur. Im Tiroler Raum hatten die römisch-deutschen Könige die Bischöfe von Brixen und Trient mit gan-

<sup>9</sup> POHL 2015, 62; ZÖLLNER 1990, 64–67; EBERHARD 1998, XXII–XXIV; HOENSCH 1997, 47–50; ROKYTA 1997, 304 u. 331f. Heinrich FICHTEAU (1992) meint am Übergang vom 10. zum 11. Jahrhundert einen „Quantensprung“ in der historischen Entwicklung Mitteleuropas zu erkennen.

zen Grafschaften ausgestattet. Im Investiturstreit gab es unterschiedliche Stellungnahmen für *Imperium* oder *Sacerdotium*, sodass etwa Kaiser Heinrich IV. den Eppensteinern das Kärntner Herzogtum übertrug, während der Salzburger Erzbischof und Bischof Altmann von Passau die päpstliche Seite wählten. Als freilich Markgraf Leopold II. in das Lager der Gregorianer umschwenkte, belehnte der Kaiser den Herzog Vratislav von Böhmen mit der Babenberger Mark, der 1082 das Aufgebot des Babenbergers bei Mailberg vernichtend schlug. Das Gebiet nördlich der Donau wurde verheert, die in der Erinnerung der Markbewohner noch lange präsente Katastrophe konnte freilich die Herrschaft Leopolds nicht dauerhaft gefährden. Trotz der negativen Erfahrung des Vaters wechselte sein Sohn Markgraf Leopold III. zum aufrührerischen Kaisersohn Heinrich (V.) über und heiratete dessen Schwester Agnes. Ihre Mitgift aus königlichem Gut dürfte den Markgrafen in die Lage versetzt haben, das Chorherrenstift Klosterneuburg großzügig auszustatten und die Gründung des ersten österreichischen Zisterzienserklosters Heiligenkreuz im Wienerwald zu fördern. Gleichzeitig begann sich in den Klostergründungen gegen Ende des 11. Jahrhunderts – so in den Benediktinerklöstern Admont, St. Florian, Göttweig, St. Paul im Lavanttal und St. Lambrecht – die kirchliche Reform auszubreiten.<sup>10</sup>

Das Lehensverhältnis der böhmischen Länder zum „Heiligen Römischen Reich“ (*Sacrum Imperium Romanum*) stellte bis ins 13. Jahrhundert ein ambivalentes Problem dar, intervenierten doch die römisch-deutschen Könige und Kaiser häufig bei Thronfolgekonflikten der Přemysliden und erwarteten dafür eine konfliktfreie Gefolgschaft der böhmischen Herrscher, wie etwa die Teilnahme an Hoftagen und die Mitwirkung an Heerfahrten. Bereits unter Kaiser Heinrich II. war das reine Tributverhältnis des böhmischen Herzogs in ein formelles Lehensverhältnis übergegangen. Herzog Břetislav I. führte um 1050 eine neue Thronfolgeordnung nach dem Senioratsprinzip ein, wonach der jeweils Älteste der Přemysliden die Nachfolge als Herzog antrat, während die jüngeren Brüder mit einer Teilherrschaft ausgestattet wurden. Als Herzog Vratislav II. im Investiturstreit nicht Papst Gregor VII., sondern Kaiser Heinrich IV. unterstützte, belehnte ihn dieser nicht nur mit der Oberlausitz, der Mark Meißen und der bayerischen Ostmark, sondern verlieh ihm *ad personam* auch den Titel eines „Königs von Böhmen und Polen“. Auf der Mainzer Synode 1085 vollzog Heinrich die Krönung und der Erzbischof von Trier die Königssalbung. Damit war die Sonderstellung Böhmens und Mährens als Reichslehen unterstrichen. Freilich waren sie noch selbständiger als andere Reichsfürs-

---

<sup>10</sup> LACKNER 2015, 68–75; ZÖLLNER 1990, 67f.; WOLFRAM 2000a; BRUNNER 2003, 353–363. Schon eine Generation nach Leopolds III. Tod galt er als der „fromme Markgraf“, 1485 erfolgte seine Kanonisation, seit 1663 gilt er als niederösterreichischer Landespatron.

tentümer. Die beiden Länder unterstanden allein dem Herzog/König von Böhmen, es gab hier weder weltliches noch geistliches Reichsgut, dafür ausgedehntes přemyslidisches Herzogsgut. Die Gerichtsgewalt des Kaisers erstreckte sich nur auf den herzoglichen/königlichen Lehensmann, die Bischöfe von Prag/Praha und Olmütz/Olomouc waren keine Reichsbischöfe. Die Sonderstellung wurde noch durch ein spezifisches Landesbewusstsein gestärkt, das der Kult um den hl. Wenzel als Landespatron besonders zum Ausdruck brachte.<sup>11</sup>

Die Siedlungsflächen in den fruchtbaren Flussniederungen von Elbe, Moldau und March wurden schon seit der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts ausgeweitet, im 11. Jahrhundert kam die Binnenkolonisation in Gang. Ein wärmeres Klima und die technologische Innovation des schweren Eisenpflugs, gezogen von Pferden mit Kummet und Hufeisen, führten zu deutlichen Ertragssteigerungen der Dreifelderwirtschaft. Die vom Landesherrn abhängigen Bauern entrichteten vorerst Naturalabgaben, seit der Mitte des 11. Jahrhunderts eine jährliche Friedenssteuer, bald auch Landesrobot als Fronarbeit beim Bau und Unterhalt von Burgen und Wegen sowie bei Verpflegungs- und Spanndiensten für das Heer. Die ursprünglich freien und erbberechtigten Bauern mussten sich zunehmend in herzoglichen, adeligen oder kirchlichen Schutz begeben. Bereits Břetislav I. führte um die Mitte des 11. Jahrhunderts eine Burgbezirksordnung (*Kastellaneiverfassung*) ein. In den zentralen Großburgen der Bezirke übten vom Herzog ernannte Grafen Gerichts-, Verwaltungs- und Militärfunktionen aus und organisierten die Abgaben- und Robotleistungen. Unterhalb der Burgen entstanden Dienstsiedlungen, in denen unfreie Handwerker für die Bedürfnisse der Burg produzierten und somit präurbane Marktorte entwickelten. Bedeutende Fernhandelswege kreuzten Böhmen und Mähren, wie etwa die Straße von Nürnberg über Prag und Glatz/Kłodzko nach Krakau/Kraków oder der „Goldene Steig“ von Regensburg und Passau durch den Böhmerwald oder die Salzstraße von Hallein, der größten Saline Mitteleuropas, über Linz nach Budweis/České Budějovice bzw. von Halle und Leipzig nach Kaaßen/Kadaň, Saaz/Žatec und Brüx/Most. In Mähren profitierten Brünn und Olmütz vom alten Handelsweg von der Donau durch das Marchtal nach Schlesien. Gegen Ende des 12. Jahrhunderts kam auch der von Regensburger Kaufleuten dominierte Donauhandel in Schwung. Mit der Verleihung des Stapelrechts an Wien untersagte aber Herzog Leopold VI. 1221 fremden Kaufleuten den Warenverkehr nach Osten über Wien hinaus.<sup>12</sup>

Die Burgbezirksordnung führte auch zur Entstehung des Adels, da der Herzog seine Gefolgsleute mit Anteilen von Abgaben der Untertanen

<sup>11</sup> EBERHARD 1998, XXIV–XXVII; HOENSCH 1997, 63–65; WILSON 2016, Tree 3: Salians.

<sup>12</sup> EBERHARD 1998, XXXIX–XL; HOENSCH 1997, 56–59.

und Schenkungen von Hörigen und Land belohnte. Über die allmähliche Erbllichkeit der Funktionen im Herrscherdienst verselbständigte sich der Amtsadel und baute im 12. Jahrhundert aus den ihm zugewachsenen Privilegien und Gütern eigene Herrschaften auf. Vor allem die Burggrafen (*comites* oder *primates*) und die militärischen Anführer entwickelten sich zu einer Art Aristokratie. In Mähren entstanden um die Burgen von Brünn, Olmütz und Znaim/Znojmo eigene Teilfürstentümer, die die jüngeren Mitglieder der Přemysliden als Apanagen erhielten. Die Burgbezirke bildeten gleichzeitig Großpfarren, die vom Fürsten mit Gütern ausgestattet und von einem Erzpriester mit einem Priesterkollegium geleitet wurden. Noch in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts wurden mit herzoglicher Förderung die Stiftskapitel in Altbunzlau/Stará Boleslav, Leitmeritz/Litoměřice, auf dem Vyšehrad in Prag und in Melnik/Mělník gegründet, bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts entstanden – zum Teil auf Impuls aus dem bayerischen Niederaltaich – zwölf Benediktinerklöster (darunter in Teplitz/Teplice, Braunau/Broumov und Trebitsch/Třebíč) und fünf Augustiner-Chorherrenstifte (davon eines in Brünn). Bald folgte auch eine Gründungswelle von Prämonstratenser- (Tepl/Teplá, Strahov, Seelau/Želiv, Klosterbruck/Louka u. a.) und Zisterzienserklöstern (Ossegg/Osek, Plass/Plasy, Velehrad, Hohenfurth/Vyšší Brod u. a.), die freilich in hohem Maße vom Zuzug deutscher und polnischer Mönche und Kleriker abhängig waren. Von den Ritterorden hatten sich bereits vor 1160 die Johanniter (die späteren Malteser) in Böhmen niedergelassen und mehrere ertragreiche Commenden errichtet. Im 13. Jahrhundert kamen auch Franziskaner und Dominikaner (so in Budweis und Brünn) hinzu.<sup>13</sup>

Das Werden der „Länder“ ist das bedeutendste Phänomen in der hochmittelalterlichen Geschichte des Ostalpenraumes. Hier wurzelt die föderale Struktur der Republik Österreich der Gegenwart. Für das Entstehen der Länder Nieder- und Oberösterreich, Steiermark, Kärnten, Tirol und Salzburg war ein mehrstufiger Prozess von der Mitte des 11. bis zum Ausgang des 13. Jahrhunderts entscheidend. Leopold III. verwendete als erster Babenberger den ein Landesfürstentum bezeichnenden Ausdruck *principatus terrae*, und zu seiner Zeit ist in der Lebensbeschreibung des Bischofs Altmann von Passau erstmalig vom Landrecht (*ius illius terrae*) die Rede. Leopold IV. stieg sogar zum Herzog von Bayern auf, konnte aber den Widerstand der Welfen ebenso wenig brechen wie sein Bruder Heinrich „Jasomirgott“. Als dieser schließlich auf einem Fürstentag in Regensburg 1156 auf Bayern verzichtete (das der Welfe Heinrich der Löwe erhielt), belehnte ihn Kaiser Friedrich I. „Barbarossa“ mit der vom Herzogtum

<sup>13</sup> EBERHARD 1998, XLI–XLIV; HOENSCH 1997, 69f. u. 97. Das Prämonstratenserklöster Strahov wurde durch seine Bibliothek mit 130.000 Bänden und 2.500 Handschriften weltberühmt. – ROKYTA 1997, 324–328.

Bayern gelöst und zu einem selbständigen Herzogtum erhobenen Mark, beurkundet im *Privilegium minus*. Der Herzog wurde mit seiner byzantinischen Gattin Theodora gemeinsam belehnt, erhielt das Recht auf die männliche und weibliche Erbfolge, musste nur an königlichen Hoftagen in Bayern teilnehmen und bekam die Pflicht zur Heeresfolge auf die Österreich benachbarten Königreiche und Länder beschränkt. Niemand im Herzogtum Österreich durfte ohne Zustimmung oder Erlaubnis des Herzogs Gerichtsbarkeit ausüben. Heinrich begann nun mit dem Ausbau Wiens zu seiner Residenz und berief irisch-schottische Benediktiner, die bis zur Gegenwart nicht nur zwei aktive Pfarren, sondern auch ein Elitegymnasium (das Schottengymnasium) führen. Unmittelbar nach Heinrichs Tod musste aber Kaiser Friedrich Grenzausinandersetzungen mit Böhmen beilegen, indem er 1179 auf dem Hoftag zu Eger/Cheb eine exakte Grenzlinie zwischen dem nördlichen Waldviertel und Südböhmen feststellen ließ.<sup>14</sup>

Unter Kaiser Friedrich I. vertieften sich auch die Beziehungen zwischen dem Reich und den böhmischen Ländern. Für die Heeresfolge nach Polen und Italien erhob der Kaiser 1158 Böhmen zum Königreich und krönte Herzog Vladislav II. sowohl in Regensburg als auch in Mailand/Milano. Vladislav erhielt das Amt des Reichserzschenken bestätigt und erreichte damit den höchsten Rang unter den weltlichen Reichsfürsten; damals soll auch der Löwe ins böhmische Wappen eingeführt worden sein. In Prag veranlasste der neue König (*král*) den Bau der ersten steinernen Moldaubrücke (der Judithbrücke), während sein Sohn Freibriefe für die Fremden Gemeinden der Deutschen, Romanen und Juden ausstellte, um den Handel zu fördern. Thronkämpfe unter den Nachkommen Vladislavs nützte der Kaiser freilich dazu, die Investitur der Olmützer und Prager Bischöfe zur Kompetenz des römisch-deutschen Königs zu erklären.<sup>15</sup>

Erst mit König Přemysl Otakar I. – in einer Zeit der staufisch-welfischen Thronkämpfe im Reich unter Beteiligung des Papstes – begann eine glanzvolle Epoche des politischen, ökonomischen und kulturellen Aufstiegs Böhmens und Mährens. Zwar wechselte Otakar fünfmal die Partei, erhielt aber schon 1198 von König Philipp von Schwaben die erbliche Königswürde, wurde 1203 vom päpstlichen Kardinallegaten gekrönt und erhielt 1212 von Kaiser Friedrich II. in der „Goldenen Sizilianischen Bulle“ die Bestätigung der relativ unabhängigen Stellung des Königreiches Böhmen innerhalb des Reiches, der Integrität seines Territoriums einschließlich Mährens sowie der freien Königswahl. Gleichzeitig erhielt er den neuen Titel eines „Erzmundschenkes“. Otakar hatte schon zuvor das Recht der Investitur der Prager und Olmützer Bischöfe zurückerlangt. Jetzt erfuhr

<sup>14</sup> LACKNER 2015, 78–84; ZÖLLNER 1990, 68–71; DOPSCH 2003, 137–141.

<sup>15</sup> EBERHARD 1998, XLV–XLVI; HOENSCH 1997, 71–76 u. 81; WILSON 2016, Tree 4: Staufers and Welfs.

das Königreich Böhmen (*regnum Boemiae*) eine dauerhafte Abgrenzung zum Reich, wobei der römisch-deutsche König bzw. Kaiser Lehens- und Gerichtsherr über den König von Böhmen (*rex Boemorum*) blieb. Das gestärkte Selbstbewusstsein Otakars zeigte sich auch in einem böhmischen Einfall in österreichische Gebiete nördlich der Donau, der durch einen Vergeltungszug nach Südmähren beantwortet wurde.<sup>16</sup>

Seit dem späteren 12. Jahrhundert wurden die mitteleuropäischen Länder – ausgelöst von starker Bevölkerungszunahme – von einer großen Modernisierungswelle erfasst, die über die deutschen Länder nach Osten schwappte und seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts auch die böhmischen und österreichischen Länder erreichte. Könige, Herzöge, Kirche und Adel wetteiferten um den kolonisatorischen Landesausbau. Ihre spektakulärste Auswirkung war die Gründung einer großen Zahl von Städten, allesamt mit Hilfe deutscher Siedler, die aus den dichter besiedelten mittelhheinischen Gebieten, der Mosel-Region und Luxemburg sowie aus Thüringen und Sachsen kamen. Die bedeutendsten Gründungen nach deutschem Stadtrecht (vor allem Magdeburger und Nürnberger Recht) in den böhmischen Ländern waren die Prager Alt- und Neustadt, Eger/Cheb, Elbogen/Loket, Saaz/Žatec, Brüx/Most, Leitmeritz/Litoměřice, Kolin/Kolín, Pilsen/Plzeň, Budweis/České Budějovice, Kuttenberg/Kutná Hora, Königgrätz/Hradec Králové, Iglau/Jihlava (mit der ältesten mitteleuropäischen Bergrechtskodifikation), Znaim/Znojmo, Brünn/Brno, Olmütz/Olomouc, Freudenthal/Bruntál und Mährisch-Neustadt/Uničov. In den österreichischen Ländern erhielten im Verlaufe des 13. Jahrhunderts Enns (1212), Steyr, Wels, Linz, Freistadt, Krems, Stein, St. Pölten, Klosterneuburg, Wien (1221), Laa an der Thaya, Marchegg, Hainburg, Bruck an der Leitha, Wiener Neustadt (1239), Hartberg, Leoben, Bruck an der Mur, Knittelfeld, Graz (zwischen 1214 und 1233), Radkersburg, Marburg/Maribor, Pettau/Ptuj, Judenburg, Wolfsberg, Friesach, St. Veit an der Glan, Klagenfurt (1252), Villach, Linz, Bozen/Bolzano, Meran/Merano, Hall in Tirol, Innsbruck (1239), Feldkirch, Bregenz und Hallein deutsche Stadtrechte. Viele von ihnen gingen aus älteren Burg- oder Marktsiedlungen hervor, die meist Niederlags- und Stapelrechte erhalten hatten, zum Teil auch Maut- und Zollstellen waren.

<sup>16</sup> EBERHARD 1998, XLVI f.; HOENSCH 1997, 77–79 u. 84; WILSON 2016, 107f. Die Verleihung der Sizilianischen Bulle an Přemysl Otakar I. durch den Stauferkaiser Friedrich II. diente Tschechiens Parlamentspräsidenten Václav Klaus, einem gelehrten Sozialwissenschaftler, im Jahre 2001 zu einem mehr als anachronistischen Vergleich: „Die Beneš-Dekrete sind 56 Jahre Vergangenheit. Für mich sind sie ungefähr so etwas wie die Goldene Bulle von Sizilien. Und sie fragen mich auch nicht, was ich dazu für eine Position habe. Wir benützen die Bulle nicht, und wir benützen die Beneš-Dekrete auch nicht.“ – „Strategische Partnerschaft ohne Bedeutung, ohne Zukunft“, „Presse“-Gespräch von Anneliese Rohrer mit Tschechiens Parlamentspräsidenten Václav Klaus. In: Die Presse (Wien), 11. Mai 2001, 6.

Nachdem viele Klöster und Domkapitel begonnen hatten, auch „äußere“ Schulen für Nichtkleriker aufzubauen, machten dies nun auch die größeren Städte wie Prag und Wien nach.<sup>17</sup>

Zahlenmäßig bedeutsam war der Anteil von Siedlern aus dem bayerischen Altsiedelland an der Erschließung der Waldflächen im Böhmerwald, im Mühlviertel und im Waldviertel sowie in der Obersteiermark und in Oberkärnten. Von der Oberpfalz her erfolgte die Besiedlung des Egerlandes und des Erzgebirges, wobei kleine Adelige, wohlhabende Bauern, aber auch Stadtbürger als Lokatoren auftraten. Von der Mark Meißen und der Oberlausitz her wurden Nordostböhmen und der westliche Teil Nordmährens urbar gemacht. Über die Mährische Pforte gelangten schlesische Bauern nach Nordmähren und ins östliche Marchtal. Im Siedlungswerk insgesamt spielten die Klöster eine große Rolle, so die Zisterzienser von Zwettl und Geras, aber auch die Benediktiner von Göttweig. Wesentlich war auch die Emanzipation des Adels, der zwar bereits den größten Teil des ursprünglich herrschaftlichen Grundes im Lande besaß, aber noch keine vollen und unbestrittenen Eigentumsrechte, vor allem kein Grundherrschaftsrecht. Die alten politischen und militärischen Gefolgsleute des Herrschers formten sich zu einer Landesgemeinde der „Landleute“ (*zeměniní*), der „Teilnehmer am Lande“, um. Diese errichtete am Ende des 13. Jahrhunderts ihr Landgericht, an dem die „Landtafel“ geführt wurde. Eine Eintragung in diese Tafel garantierte freies allodiales Eigentum. Gleichzeitig aber verwies die Landesgemeinde den König/Herzog in den Bereich seiner engeren Herrschaft (*dominium speciale*) und eignete sich die allgemeine Herrschaft (*dominium generale*) an. Zusätzlich zum Bodenbesitz sicherte sich die Landesgemeinde auch die Herrschaft über die dort wohnenden Menschen, also die volle Grundherrschaft. Im Ostalpenraum verschmolzen die Ministerialen und Hochfreien zu einer neuen Adelsschicht. In der Bewirtschaftung wurde die alte Meierhofwirtschaft vielfach von der Aufteilung in Hufen abgelöst, die gegen Abgaben in Naturalien und/oder Geld an die bäuerlichen Hintersassen verliehen wurden. In der Weinbaulandschaft an der Donau (vor allem in der Wachau) entstanden marktorientierte Leiheformen. Die bayerisch-fränkisch-sächsische Kolonisation des 12. und 13. Jahrhunderts führte auch zu Verschiebungen zwischen deutscher und slawischer Bevölkerung, besonders in Kärnten und der Steiermark, in

---

<sup>17</sup> ZÖLLNER 1990, 94f. u. 103f.; HOENSCH 1997, 95f.; MAGOCSI 2002, 37–41; WILSON 2016, 95. Die älteste Stadt des heutigen Österreich ist Salzburg, das vom bayerischen Herzog bereits 696 als oppidum Bischof Rupert von Worms zugewiesen wurde. Um 700 gründete Rupert das Kloster St. Peter, das älteste österreichische Kloster. – WOLFRAM 1987, 122–124; SANDGRUBER 1995, 23–27.

Südmähren und Südböhmen, in Nordböhmen und Nordmähren sowie in Schlesien.<sup>18</sup>

In der Steiermark gelang es nach dem Aussterben der Eppensteiner dem Geschlecht der Otakare, eine landesfürstliche Stellung und 1180 sogar den Titel eines Herzogs zu erreichen; analog zum *ducatus Austriae* entstand ein *ducatus Stiriae*. Mitte August 1186 einigten sich auf dem Georgenberg nordöstlich von Enns die Herzöge Leopold V. von Österreich und Otakar IV. von Steier (der ohne Nachkommen blieb) unter Einbindung des Landadels auf eine babenbergische Nachfolge in der Steiermark. Die Länderverbindung sollte eine Personalunion sein, welche die landrechtliche Individualität der beiden Länder nicht berührte. Als 1192 der Erbfall eintrat, ergaben sich für den Babenberger Herzog keinerlei Schwierigkeiten. Dieser hatte zwei Jahre zuvor am dritten Kreuzzug teilgenommen, der vor der Stadt Akkon zu einem Konflikt mit dem englischen König Richard Löwenherz führte. Als dieser nach einem Schiffbruch in der oberen Adria auf dem Landweg heimwärts zog, wurde er auf dem Wiener Erdberg (heute im 3. Bezirk) gefangen genommen. Leopold V. fiel zwar in den Kirchenbann, profitierte aber von den Lösegeldverhandlungen, die König Heinrich VI. übernahm. 1193/94 landeten angeblich 50.000 Kölner Mark Silber (= 11–13 Tonnen Silber) im Schatz des österreichischen Herzogs, der sie für die Wiener Münzprägung (Wiener Pfennig), den Ausbau Wiens und die Gründung von Wiener Neustadt sowie die Befestigung einiger anderer österreichischer und steirischer Städte nützte. Wie sein Großvater Heinrich Jasomirgott heiratete auch Leopold VI. eine byzantinische Prinzessin Theodora und erweiterte damit seinen politischen und kulturellen Horizont. Wien stieg mit etwa 10.000 Einwohnern neben Köln und Prag zu den bedeutendsten Zentren des Reichs auf, allerdings konnte Walther von der Vogelweide am Babenberger Hof nicht Fuß fassen, und auch das Nibelungenlied dürfte am Hof des Passauer Bischofs Wolfger seine „klassische“ Form erhalten haben. Nach dem König von Böhmen der mächtigste Fürst im Reich, hielt Leopold zur staufischen Partei und verheiratete seine Tochter Margarethe mit dem Kaisersohn Heinrich (VII.). Die neue geldwirtschaftliche Fundierung der Landesherrschaft äußerte sich in zahlreichen Güterankäufen, die zu einer bedeutenden Erweiterung des landesherrlichen Kammergutes beitrugen, sowie in der Gründung des Zisterzienserklosters Lilienfeld. Leopold VI. verstand es auch, durch Erbschaft und Enteignung eine Reihe bedeutender Herrschaften in Nieder- und Oberösterreich, sogar in Krain zu erwerben und das Landesfürstentum zu stärken. Ausgehend von den adeligen Landleuten entwickelten auch die anderen Bewohner ein

---

<sup>18</sup> BRUNNER 1965, 357–440; BLAZNIK u. a. 1980, 614–627; ZÖLLNER 1990, 91–97; TRŠTÍK 1998, 365f.; HOENSCH 1997, 83 u. 98–102; DOPSCH 2003, 209–217; LACKNER 2015, 104–108.

Landesbewusstsein als „Österreicher“. Spätestens seit 1230 repräsentierte das Landeswappen des rot-weiß-roten Bindenschildes die rechtliche und politische Einheit des Landes Österreich.<sup>19</sup>

Das Land zwischen Traun und Enns löste sich unter dem letzten Babenberger Friedrich II. aus der Verbindung mit dem Herzogtum Steiermark und erlangte unter König Přemysl Otakar II. als *Austria superior* eine verwaltungsmäßige Eigenständigkeit. Es sollte aber noch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts dauern, bis die Grafschaften Schaunberg und Waxenberg, die Herrschaft Steyr, die Herrschaft der Starhemberger, die Riedmark und das Machland, das obere Mühlviertel, das Salzkammergut und zuletzt das Innviertel an das Land Oberösterreich angegliedert wurden.<sup>20</sup>

In Kärnten (ursprünglich bestehend aus den Grafschaften Lurn, Friesach und Jaun) hatten einander seit 976 Angehörige der Familien der Lutpoldinger, der Salier, des bayerischen Zweiges der Liudolfinger und der Eppensteiner im Herzogsam abgelöst, von 1122 bis 1269 stellten die Spanheimer die Herzöge. Die Immunitätsherrschaften Bambergs (Villach, Tarvis/Tarvisio, Wolfsberg) und Salzburgs (Gmünd, Friesach, Althofen, Maria Saal) behinderten freilich die Ausbildung eines geschlossenen Landesfürstentums. Immerhin gründeten die Spanheimer das Benediktinerkloster St. Paul im Lavanttal mit Mönchen aus Hirsau und das Zisterzienserkloster Viktring mit lothringischen Mönchen. Herzog Bernhard (1202–1256), verheiratet mit Jutta, der Tochter König Přemysl Otakars I., bezeichnete sich ausdrücklich als Landesfürst (*princeps terrae*) und brachte seine Herrschaft in Münzrecht, Zollwesen und Städtepolitik mit der Erhebung von St. Veit an der Glan zur Herzogsresidenz und damit zur Kärntner „Hauptstadt“ entschieden zur Geltung. Eine rechtshistorische Besonderheit stellte die in spätmittelalterlichen Quellen dargestellte Herzogseinsetzung dar, bei der es sich um einen „von alters her“ geltenden Brauch handelte, bestehend aus drei Teilen: der Annahme des Fürsten durch das von einem slawischen Edlingerbauern repräsentierte Volk am Fürstenstein von Karnburg (die umgedrehte ionische Basis einer römischen Säule, die sich heute im Gebäude des Landtages in Klagenfurt befindet, ist das älteste erhaltene Herrschaftszeichen im heutigen Österreich); der kirchlichen Feier im Dom von Maria Saal; und schließlich der Ausgabe der Lehen an den Adel durch den Herzog und den Pfalzgrafen auf dem Herzogstuhl auf dem Zollfeld (wo er sich noch heute befindet). Die Zeremonie auf dem Fürstenstein hat man als Aufnahme des Fürsten in den ursprünglich slawisch-karantanischen Stammesverband gedeutet, auch als Befreiung vom awarischen Joch, jedenfalls

<sup>19</sup> LACKNER 2016, 94–98; ZÖLLNER 1990, 71–75; APPELT 1991, 271–330; SCHWARZ 2015, 28–34; SANDGRUBER 1995, 41f.

<sup>20</sup> HAIDER 1987, 65–119.

als Zusammenwirken von Fürst und Volk bei der Begründung der Herrschaftsrechte.<sup>21</sup>

In Salzburg schalteten die Erzbischöfe die Hochstiftsvögte nach und nach aus und stellten die Weichen für ein geistliches Territorium. Die Erzbischöfe verdankten die Immunitätsrechte zum Teil bereits Karl dem Großen und den Ottonen. Im Investiturstreit schwankte das Erzbistum hingegen zwischen Kaiser Heinrich IV. und den Päpsten, im 12. Jahrhundert erlitt die Stadt Salzburg zwei verheerende Großfeuer. Erst Erzbischof Eberhard II. (1200–1246) unterstützte konsequent Kaiser Friedrich II. und konnte neben dem Eigenbistum Gurk (1072) die Eigenbistümer Chiemsee, Seckau und Lavant gründen. Abgesehen vom ausgedehnten Grundbesitz im Land selbst, erwarb das Erzbistum meist mit Immunitätsrechten ausgestattete Besitzungen am Chiemsee, in der Wachau, in der Steiermark (Admont, Leibnitz, Pettau/Ptuj, Friedau/Ormož), in Kärnten und in Osttirol, die von salzburgischen Pflegern und Ministerialen verwaltet wurden. Auch in Tirol blieb die Grafschaftseinteilung des früheren Mittelalters lange erhalten: Oberinntal, Unterinntal, Herrschaften Kufstein, Rattenberg und Kitzbühel, Pustertal, Norital, Bozen, Vinschgau, Eppan und Ulten. Kaiser Konrad II. teilte 1027 die meisten Grafschaften auf die Bischöfe von Trient/Trento und Brixen/Bressanone auf, um den Hauptweg nach Italien zu sichern. Während des Investiturstreits hielten die beiden Tiroler Bischöfe zum Kaisertum. In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts begannen ihnen aber die Vögte über den Kopf zu wachsen, zuerst die Andechser, dann die Grafen von Eppan und Ulten, dann die Grafen von Tirol, schließlich die Görzer. In den 1270er und 1280er Jahren wurde Meinhard II. aus dem Geschlecht der Grafen von Görz – für die Unterstützung Rudolfs von Habsburg erhielt er das Herzogtum Kärnten – „Schöpfer“ des Landes Tirol.<sup>22</sup>

Zu den wertvollsten Kapitalien des Ostalpenraumes gehörten die reichen Vorkommen an Eisenerz, Silber und Salz. So verdankte das dem Salzburger Erzbischof unterstehende Kärntner Städtchen Friesach seine führende Stellung im hochmittelalterlichen Münzwesen (Friesacher Pfennig) dem bedeutenden Silberbergbau. Seit dem 12. Jahrhundert wurde am steirischen Erzberg Eisen abgebaut, seit dem 13. Jahrhundert auch im Kärntner Hüttenberg. Hauptabnehmer dafür wurde die Adelsrepublik Venedig/Venezia (daher der Begriff „Venedigerhandel“), damals bereits eine der größten Städte am Mittelmeer. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts entstanden auch jüdische Gemeinden, vor allem entlang des „schrägen Durchgangs“:

<sup>21</sup> ZÖLLNER 1990, 81–84; WOLFRAM 1987, 344; ŠTIH u. a. 2008, 37 u. 72–74. Die karantäische Thronsetzung erinnert an die Erhebung der jüngeren Přemysliden.

<sup>22</sup> ZÖLLNER 1990, 85–91; RIEDMANN 1982, 34–57. Meinhards Sohn Heinrich, vermählt mit der Schwester Václavs/Wenzels III., bewarb sich nach Aussterben der Přemysliden vergeblich um den böhmischen Königsthron.

von Wien und Wiener Neustadt über Bruck an der Mur, Judenburg, Friesach und Villach bis nach Venedig. Die jährlichen Einnahmen des österreichischen Herzogs wurden 1237 auf 60.000 Mark Silber geschätzt, die des Königs von Böhmen auf 100.000, die des Markgrafen von Brandenburg auf 50.000. Kaiser Friedrich II. erneuerte ein generelles Privileg Kaiser Heinrichs IV. als Protektor der Juden und stimulierte die „Judenordnung“ Herzog Friedrichs II. für die Wiener jüdische Gemeinschaft 1244. Diese wiederum erlangte Vorbildwirkung weit über Österreich hinaus, auch für die Schutzbriefe König Přemysl Otakars II.<sup>23</sup>

Přemysl Otakar I. begann auch eine Expansionspolitik nach Ostmitteleuropa, die seine Nachfolger bis zum Ende der Dynastie fortsetzten. So fiel König Otakar I. zweimal ins Herzogtum Österreich ein und beteiligte sich 1236 an der Exekution der von Kaiser Friedrich II. verhängten Reichsacht gegen den letzten babenbergischen Herzog Friedrich II. Dieser hatte es verstanden, durch bisweilen rücksichtslose Politik den böhmischen König, den bayerischen Herzog und die Bischöfe von Passau und Bamberg gegen sich aufzubringen. Als der ungarische König Béla IV. 1241 vor den Tataren bis nach Traù/Trogir an die Adria fliehen musste, erpresste Friedrich die pfandweise Abtretung dreier westungarischer Grenzkomitate. Dennoch konnte er sich mit dem Kaiser aussöhnen und 1245 in Verona sogar über eine Rangerhöhung Österreichs und der Steiermark zu einem Königreich verhandeln. Als jedoch Herzog Friedrich, der letzte männliche Babenberger, 1246 in siegreicher Schlacht gegen König Béla fiel, stand Österreich zur Disposition. Gestützt auf das *Privilegium minus* erhoben sowohl Friedrichs Schwester als auch seine Nichte Anspruch auf die Erbfolge. Aber eine Gruppe österreichischer Ministerialen trug Přemysl Otakar II., Enkel Otakars I. und Markgraf von Mähren, die Herrschaft im Herzogtum Österreich an. Der Markgraf zog sofort nach Wien und heiratete 1252 Friedrichs Schwester Margarethe. Nach einem päpstlich vermittelten Frieden mit König Béla IV. von Ungarn unternahm König Otakar II. einen Kreuzzug gegen die heidnischen Pruzzen und gründete 1255 Königsberg/Kaliningrad. Zwei Jahre später erreichte Otakar, dass der König von Böhmen hinkünftig als siebenter Kurfürst in das Kollegium für die Königswahl eintrat. Mit Unterstützung des steirischen Adels gelangen Otakar 1260 ein Sieg über Béla und der Erwerb der Steiermark. Aufgrund eines Erbvertrages mit dem kinderlosen Herzog Ulrich von Kärnten fielen 1269 auch das Herzogtum Kärnten (wo er das Amt des Landeshauptmanns einführte), die Markgrafschaft Krain und die Windische Mark an den böhmischen König. Da er als Generalkapitän von Friaul sogar im Patriarchat Aquileia Herrschaftsrechte ausüben konnte, avancierte er zum ersten Herrscher, der die Länder zwi-

<sup>23</sup> WINKELBAUER 2015b, 16; LACKNER 2015, 84–94 u. 107–109; SANDGRUBER 1995, 46; HOENSCH 1997, 95; BRUGGER 2006, 137–142; WILSON 2016, 100–103.

schen Erzgebirge und oberer Adria gemeinsam regierte. Die schwache römisch-deutsche Königsgewalt in der Zeit des Interregnums war der Politik Otakars entgegengekommen. König Richard von Cornwall hatte ihm ohne Zustimmung der Reichsfürsten nicht nur Österreich und die Steiermark als Reichslehen bestätigt, sondern ihm sogar die Würde eines Reichsvikars übertragen.<sup>24</sup>

Umso enttäuschter musste Přemysl Otakar II. als mächtigster Reichsfürst gewesen sein, als die Kurfürsten am 29. September 1273 nicht ihn, sondern – ohne Berücksichtigung der böhmischen Kurstimme – den alemannischen Grafen Rudolf von Habsburg zum römisch-deutschen König wählten. Otakars Machtfülle hatte die Eifersucht der Reichsfürsten und das Misstrauen des Papstes hervorgerufen. Rudolf sollte entfremdetes Reichsgut zurückgewinnen und Otakar vor ein Lehensgericht laden; als dieser ablehnte, hatte das die Reichsacht und den Kirchenbann zur Folge. Bereits im Herbst 1276 marschierte Rudolf in Österreich ein und zwang Otakar zur Anerkennung des Königs sowie zum Verzicht auf alle Eroberungen außerhalb Böhmens und Mährens. Nun empörten sich der österreichische, steirische und Kärntner Adel gegen Otakars Ämterbesetzungen, während sich die südböhmische Familie der Witigonen in ihrem Landesausbau durch das königliche Regiment eingeschränkt sah. Zwar gab es im Wiener Frieden einen vorläufigen Kompromiss, aber Ende August 1278 kam es bei Dürnkrut auf dem Marchfeld zur Entscheidungsschlacht, in der Otakar Kampf und Leben verlor. – Der Direktor des Wiener Hofkammerarchivs, Franz Grillparzer, verewigte diesen Konflikt in seinem Drama „König Ottokars Glück und Ende“ (1823), in dem auch der Fall Napoléons nachklang. – In der Folge belehnte Rudolf seine Söhne Albrecht und Rudolf mit Österreich und der Steiermark (1282), während sich Otakars Sohn Václav II., unter dem die ergiebigen Silberlager in Kuttenberg/Kutná Hora erschlossen wurden, erst 1290 in Böhmen und Mähren durchsetzen konnte. Sowohl die Kurfürsten als auch die Ministerialen gaben der neuen Herrschaft der Habsburger ihre Zustimmung, auch der Alleinherrschaft Albrechts ab 1283. Freilich kam es bald zu Friktionen zwischen seinen „schwäbischen“ Gefolgsleuten und den Einheimischen, und Albrecht hatte einige Widerstände mit Waffengewalt zu überwinden. Auch gegen den neuen König Adolf von Nassau musste sich Albrecht erst in einer Schlacht durchsetzen, bevor er 1298 einmütig gewählt wurde. In seinen Ländern konnte er freilich seine Grundherrschaft stärken und ließ sie in Urbaren aufzeichnen. Nach dem Aussterben der Přemysliden 1306 entbrannte ein Nachfolgestreit zwischen Herzog Heinrich von Kärnten und Rudolf von Habsburg,

<sup>24</sup> HOENSCH 1997, 82–93; EBERHARD 1998, XLVII–XLIX; MANNOVÁ 2000, 47–49; LACKNER 2015, 99–103; ZÖLLNER 1990, 76–78 u. 111–116; DOPSCH 2003, 441–468; ŠTIH u. a. 2008, 72f.

König Albrechts Sohn. Nach dem Tod Rudolfs und der Ermordung Albrechts 1308 durch seinen Neffen Johann wurde der Graf von Luxemburg als Heinrich VII. zum römisch-deutschen König gewählt. Dieser stellte Einvernehmen mit den böhmischen Ständen her, verheiratete seinen Sohn Johann mit der Přemyslidin Elisabeth und setzte 1310 seine Königswahl durch. Heinrich musste nach Kärnten zurückkehren, Johann wurde vom Mainzer Erzbischof feierlich gekrönt.<sup>25</sup>

Als der junge, französisch erzogene König Johann seine Herrschaft in den böhmischen Ländern antrat, hatte der Hochadel seine auf dem Großgrundbesitz fußende Macht ausgebaut (vor allem zu Lasten der Dorfbevölkerung), war die Kirche dank reicher Einkünfte zu einem vollberechtigten Partner von König und Adel aufgestiegen und waren die Städte nicht nur Zentren der handwerklichen Produktion und des Warenaustausches, sondern auch administrative und geistig-kulturelle Mittelpunkte ihrer näheren und fernerer Umgebung geworden. Da sich Johann vor allem auf Berater aus dem Reich stützte und meist außerhalb des Landes weilte, unterschätzte er die fortschreitenden sozialen Differenzierungsprozesse und musste letzten Endes vor den hochadeligen Herren kapitulieren, während er die royalistischen Anhänger der Königin Elisabeth, allen voran die Prager deutsche Bürgerschaft, enttäuschte. In konsequenter Anlehnung an das Papsttum und Frankreich (Johanns Tochter Gutá/Bonne wurde zur Ahnfrau des Hauses Valois) erzielte Johann jedoch bleibende außenpolitische Erfolge. Bereits 1322 erhielt er von König Ludwig dem Bayern als Dank für den ausschlaggebenden Einsatz des böhmischen Kontingents in der Schlacht bei Mühlendorf am Inn das Egerland als Reichspfandschaft der Krone Böhmens übertragen. Im Jahre 1327 unterstellten sich die oberschlesischen Fürstentümer Teschen/Český Těšín/Cieszyn, Ratibor/Racibórz, Falkenberg/Niemodlin, Auschwitz/Oświęcim, Oppeln/Opole und Breslau/Wrocław in Lehensverträgen der Krone Böhmens, 1329 folgten die niederschlesischen Fürstentümer Liegnitz/Legnica, Sagan/Żagań, Brieg/Brzeg und Öls/Oleśnica. Der neue polnische König Kazimierz III. stimmte 1335 im Vertrag von Trentschin/Trencsén/Trenčín zu, sodass Schlesien für mehr als 400 Jahre zu den böhmischen Ländern gehörte. Im Konflikt zwischen den Wittelsbachern und den Habsburgern wechselte der „kämpfende Ritterkönig“ Johann (Alena Wagnerová) 1335 auf die habsburgische Seite, ohne freilich Tirol behaupten zu können. Obwohl bereits erblindet, erreichte Johann bei Besuchen in Avignon die päpstliche Zustimmung zur Wahl seines Sohnes Karl zum römisch-deutschen König, bevor er auf Frankreichs Seite

<sup>25</sup> EBERHARD 1998, XLIX–L; ZÖLLNER 1990, 117–121; DOPSCH 2003, 468–483; LACKNER 2015, 103f. František Palacký sah Přemysl Otakar II. einerseits als beinahe „idealen Herrscher“, lastete ihm aber andererseits an, die Deutschen in Böhmen allzu sehr begünstigt zu haben. – HOENSCH 1997, 93.

in der Schlacht von Crécy 1346 den Tod fand. Zur Zeit Johans formulierte der Chronist Dalimil den Namen des Vorfaters *Čech*, von dem der tschechische Name für Böhmen *Čechy* sowie die Bezeichnung der slawischen Bevölkerung abgeleitet wurden.<sup>26</sup>

Der 1316 in Prag geborene, vor allem aber am französischen Königshof in Paris erzogene Karl durchlebte die ersten dreißig Jahre mit häufigen Ortswechseln. Nach Karls Autobiographie konnte er Tschechisch, Französisch, Italienisch, Deutsch und Latein sprechen, schreiben und lesen, sodass er auf dem Thron zweifellos ein Kommunikationstalent werden sollte. Sein Vater setzte ihn als „Reichsvikar“ in Oberitalien ein, dann als Landeshauptmann von Böhmen und Markgrafen von Mähren. Kaum hatte er in den böhmischen Ländern die Barone in die Schranken gewiesen und für eine Konsolidierung der Staatsfinanzen und Rechtssicherheit gesorgt, sandte ihn König Johann auf diplomatische Missionen nach Schlesien, Ungarn, Tirol, Oberitalien, Österreich, Litauen, Bayern, Paris und Avignon. Im Jahre 1341 betraute er ihn wieder mit der Wahrnehmung der gesamten böhmischen Verwaltung und wurde von einer Landesversammlung der Prälaten, Fürsten, Herren, Ritter, Bürger der königlichen Städte und Abgesandten aus Breslau zum Erben und Nachfolger gekürt. Nach der Absetzung König Ludwigs 1346 schlug Papst Klemens VI. den Kurfürsten den Prinzen Karl als seinen Kandidaten vor, der von ihnen mehrheitlich gewählt wurde. Nach Prag zurückgekehrt, wurde er auch mit der böhmischen Krone gekrönt. Nach dem Tod König Ludwigs erreichte Karl 1349 in Frankfurt am Main die einstimmige Königswahl und in Aachen die Krönung, der 1355 in Rom die Kaiserkrönung folgte. Auf seiner zweiten Romreise 1368/69 wurde auch seine Gemahlin Elisabeth von Pommern zur römischen Kaiserin gekrönt.<sup>27</sup>

Karl IV. sah sich in der Tradition Karls des Großen, war daher keineswegs des Reiches „Erzstiefvater“, wie es Kaiser Maximilian 150 Jahre später behauptete, wohl dagegen Böhmens „Erzvater“. Zweifellos war Karls Herrschertätigkeit in Böhmen bleibender als im Reich, weshalb er bis heute vielen Tschechen als größte Persönlichkeit ihrer Geschichte gilt. Bereits 1344 hatte er vom Papst die Erhebung Prags zum Erzbistum erlangt und Erzbischof Ernst/Arnošt von Pardubitz/Pardubice die Bistümer Olmütz/Olomouc und Leitomyšl/Litomyšl unterstellt. Gleichzeitig erfolgten die Grundsteinlegung für eine neue gotische Kathedrale, den Veitsdom, und der prunkvolle Ausbau des Königspalastes auf dem Hradschin/Hradčany.

<sup>26</sup> HOENSCH 1997, 114–120; SLÁMA 1998, 23–38. Vgl. den Stammbaum der Luxemburger in WILSON 2016, Tree 5: Luxembourgs.

<sup>27</sup> HOENSCH 1997, 121f.; SPĚVÁČEK 1978, 26–42 u. 72–111; KAVKA 1998, 64. Die Kanzlei Karls IV. verwendete Deutsch, Latein, Oberitalienisch und Tschechisch als administrative Sprachen des Reichs. – WILSON 2016, 260.

Im Jahre 1348 verfügte er die Anlage der Prager Neustadt, die Gründung der Universität (mit vier Fakultäten und vier „Universitätsnationen“) und den Bau der Feste Karlstein (Karlštejn) als Aufbewahrungsort der römisch-deutschen und böhmischen Kroninsignien. Vor allem die Baumeister Peter Parler und Matthias von Arras trieben Karls Bauprojekte voran; letzterem wurde auch der Wiederaufbau einer steinernen Brücke über die Moldau, bald Karlsbrücke genannt, übertragen. Karl erklärte Prag neben Aachen, Frankfurt und Nürnberg zur vierten Reichsstadt, in der sein schlesischer Notarius Johann von Neumarkt eine moderne königliche Kanzlei aufbaute, die in lateinischer und deutscher Sprache kommunizierte. König Karl und Kanzler Johann versuchten auch den Aufbau einer Landeszentralverwaltung, scheiterten aber mit ihrem Gesetzeswerk auf dem Generallandtag 1355. Dennoch verstand es Karl, mittels der kontinuierlichen Einkünfte aus Zöllen, Mauten und Abgaben, des Ungeldes auf Wein und Salz, des Bergregals und des Judenregals den ständig steigenden königlichen Finanzbedarf einigermaßen zu decken. Für Prag und die anderen königlichen Städte wurden Breslau, Nürnberg, Regensburg, Wien, Leipzig und Krakau besonders wichtige Handelspartner. Böhmen blieb zwar von der Pestepidemie verschont, Karl gab aber seine Einwilligung zum Abriss des jüdischen Ghettos in Nürnberg, was in einem blutigen Pogrom endete. Andererseits berief Karl den Augustinermönch Konrad Waldhauser aus Wien, der in seinen Predigten scharf die zweifelhafte Moral des römisch-katholischen Klerus kritisierte.<sup>28</sup>

Mit einer Reihe von Urkunden sicherte Karl der Krone Böhmens (*corona regni Bohemiae*) eine stärkere Stellung gegenüber seinen Nebenländern und im Reich. Nach der Kaiserkrönung konnte er auf den Reichstagen in Nürnberg 1355 und Metz 1356 auch die Verabschiedung der „Goldenen Bulle“ (aufgrund des goldenen Königssiegels) durchsetzen, die dem König von Böhmen – nach den Erzbischöfen von Mainz, Köln und Trier – bei der Wahl des römisch-deutschen Königs den vornehmsten Platz unter den weltlichen Kurfürsten (Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Sachsen-Wittenberg, Markgraf von Brandenburg) sowie die Verankerung der Primogenitur, die Unteilbarkeit der Kurstimme und die Erbfolge auch in weiblicher Nachkommenschaft sicherte. Die Einberufung der Wahlversammlung oblag dem Erzbischof von Mainz, bei der Wahl entschied die Stimmenmehrheit. Als Wahlort wurde Frankfurt, als Krönungsort Aachen festgelegt. Karl erweiterte auch den Besitz der böhmischen Krone durch Erwerb eines Teiles der Oberpfalz, der Niederlausitz und der Mark Brandenburg (1373). Durch Erbverträge mit den Habsburgern und dem ungarischen Königshaus Anjou spekulierte er auch auf den Erwerb Österreichs und Ungarns, was im zwei-

<sup>28</sup> HOENSCH 1997, 122–126 u. 130–135; SVATOŠ 1995; ROKYTA 1997, 61–65. Nicht zuletzt die Pest stoppte den Zuzug weiterer deutscher Ansiedler. – KAVKA 1998, 66–68.

ten Fall auch eintrat. Da eine Erblichkeit der Königswürde im Reich nicht vorgesehen war, musste sich Karl persönlich um die Wahl und Krönung seines erst 15-jährigen Sohnes Václav/Wenzel im Jahre 1376 bemühen.<sup>29</sup>

Mit der seit der Zeit um 1300, also zur Zeit der Herrschaft des Habsburgers Albrecht I. in Österreich und der Steiermark, belegten Formulierung „Herrschaft zu Österreich“ waren sowohl die neue Dynastie als auch die Summe ihrer Herrschaftsrechte sowie alle Länder und Herrschaftsgebiete der Habsburger gemeint. Tatsächlich begann bereits König Albrecht mit einem dynamischen territorialen Konzentrationsprozess, der zur Formierung der österreichischen Erbländer führte. Zwar verlor sein ältester Sohn, Herzog Friedrich der Schöne, gegen seinen Königskonkurrenten Ludwig von Bayern 1322 die Ritterschlacht bei Mühldorf und behielt nur ein nominelles Königtum. Auch Friedrichs Bruder Leopold erlitt in einem Feldzug gegen Schwyz einen Rückschlag. Aber unter Herzog Albrecht II. gelang bereits 1335 nach dem Aussterben der Meinhardiner die Erwerbung von Kärnten und Krain, unter Herzog Rudolf IV. 1363 die Erwerbung Tirols aus der Hand der Erbfürstin Margarethe „Maultasch“. Im folgenden Jahr erhielt Rudolf auch die formelle Belehnung durch Kaiser Karl IV. Allerdings mussten die Habsburger für ein Jahrhundert den Wittelsbachern und Luxemburgern als Königsgeschlechtern im Reich den Vortritt lassen.<sup>30</sup>

Schon in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurde das Geschlecht der Habsburger auch als „Haus Österreich“ (*domus Austriae*) bezeichnet, mit einem dynastischen Begriff, der bald auch in westeuropäische Sprachen Eingang fand: franz. *Maison d’Autriche*, ital. *Casa d’Austria*, span. *Casa de Austria*, engl. *House of Austria*. Der bei seinem Regierungsantritt erst 19-jährige Herzog Rudolf, seit 1353 mit der Tochter des Luxemburgers Karl IV. verheiratet, sah sich durchaus im Wettstreit mit seinem Schwiegervater, der in der „Goldenen Bulle“ weder den Herzog von Bayern noch den von Österreich unter die vier weltlichen Kurfürsten aufgenommen hatte. Daher gab Rudolf IV. den Auftrag, aus einer Reihe älterer Urkunden den Fälschungskomplex *Privilegium maius* zusammenzustellen. Das Fälsifikat, das zur Gänze erst im 19. Jahrhundert entlarvt wurde, sollte Österreich bedeutende Vorrechte wie Unteilbarkeit, autonome Gerichtsbarkeit und minimale Reichsheerpflicht einräumen, außerdem sollte der Herzog von Österreich als Pfälzerherzog gelten. Der Kaiser betraute hingegen

<sup>29</sup> HOENSCH 1997, 127f.; WILSON 2016, Abb. 21. Der päpstliche Anspruch auf die Approbation der Wahl des römisch-deutschen Königs durch die Kurfürsten wurde in der Goldenen Bulle ignoriert. – SPĚVÁČEK 1978, 125. 1623 erhielt Bayern die pfälzische Kurstimme, die 1648 eine neue erhielt; 1692 erhielt Braunschweig-Lüneburg die neunte Kurstimme.

<sup>30</sup> NIEDERSTÄTTER 2004a, 96–144; WINKELBAUER 2015b, 17; LACKNER 2015, 110–129; SCHWARZ 2015, 552–554.

den Humanisten Francesco Petrarca mit einer Prüfung der vorgelegten Urkunden, der ein vernichtendes Urteil über die Einfügung pseudoantiker Texte abgab. Erfolgreicher war Rudolf mit der Grundsteinlegung für einen domartigen Ausbau der Pfarrkirche St. Stephan (freilich ohne die Errichtung eines Wiener Bistums zu erreichen) und mit der Stiftung einer Universität im Jahre 1365 (mit einer österreichischen, ungarischen, rheinischen und sächsischen „Nation“). Bereits 1364 schloss Rudolf mit seinem Schwiegervater wechselseitige Erbverträge, in denen die künftige Vereinigung der österreichischen und böhmischen Länder ins Auge gefasst wurde. Die Bezeichnung „Erzhaus“ bürgerte sich erst nach der reichsrechtlichen Bestätigung des *Privilegium maius* durch Kaiser Friedrich III. ein.<sup>31</sup>

Nach Rudolfs des Stifters plötzlichem Tod in Mailand begannen Spannungen unter seinen Brüdern, die 1379 mit dem Vertrag von Neuberg an der Mürz zu einer ersten, 1411 unter deren Nachkommen zu einer weiteren Länderteilung führten. Die alten Besitzungen in der Schweiz gingen nach militärischen Niederlagen in den 1380er Jahren verloren. Doch die Ländereidentitäten im heutigen Österreich erwiesen sich bereits als derart gefestigt, dass sie den verschiedenen territorialen Konzentrationsvorgängen erfolgreich widerstehen konnten. Ab 1411 gab es drei einigermaßen stabile habsburgische Länderblöcke: das Herzogtum Österreich, die innerösterreichischen Länder sowie Tirol und die Vorlande. Auch Länderverbindungen in Form einer Personalunion vermochten nicht an der Eigenständigkeit der einzelnen Länder zu rütteln. Das Land gab weiterhin den Rahmen ab, innerhalb dessen sich das Leben der Menschen in rechtlicher, politischer und sozialer Hinsicht bewegte. „Land“ bedeutete in dieser Hinsicht nicht so sehr einen geographischen Begriff als eine politisch-verfassungsrechtliche Kategorie. Das Land entstand als Personenverband im Zusammenwirken des Landesfürsten (*Princeps terrae*) mit seinen Vasallen, Getreuen und Amtsträgern. Seit dem 13. Jahrhundert kam es zu einer immer stärkeren Verrechtlichung des Landesbegriffs, einschließlich Landessitte und Landesbewusstsein. Das „Land“ stellte eine „Rechts- und Friedensgemeinschaft“ dar, die durch ein bestimmtes „Landrecht“ geeint war. Träger dieser Rechts- und Friedensgemeinschaft war das „Landvolk“, die „Landleute, die den politischen Verband des Landes bilden“. Das Recht stand über Herrscher und Volk, „Landesherrn und Landvolk“. Diese Gebundenheit von Landesherrn und „Landesgemeinde“ an eine über ihnen stehende

<sup>31</sup> ZÖLLNER 1990, 131–136; NIEDERSTÄTTER 2004a, 145–154. „Haus Österreich‘ bezeichnete somit die die Wechselfälle der Zeiten überdauernde Aktionseinheit von Familie, Besitz, Vermögen und Macht, es war gewissermaßen der Familien- und der Firmennamen.“ – KLINGENSTEIN 1995, 173. Vgl. den Stammbaum der Habsburger von Rudolf I. bis Maximilian I. in ZÖLLNER 1990, Tafel II, und WILSON 2016, Tree 6.

Rechtsordnung galt – wenn auch vielfach in verzerrten Formen – bis zum Ende der alten Landesverfassung, in Österreich bis zum Jahre 1848.<sup>32</sup>

König Wenzels IV. labile und vom Alkoholismus beeinträchtigte Politik beschwor in den böhmischen Ländern einen richtigen Bürgerkrieg herauf, nicht zuletzt als er den schwer gefolterten Generalvikar Johannes von Pomuk, den Beichtvater seiner Gemahlin, am 20. März 1393 von der Karlsbrücke in die Moldau stürzen ließ.<sup>33</sup> Daher setzte eine Adelsfronde den König gefangen und berief den Markgrafen Jobst von Mähren zum Reichsverweser. Auch seine Pflichten als römisch-deutscher König nahm Wenzel nicht gewissenhaft wahr, sodass ihn die vier rheinischen Kurfürsten am 20. August 1400 als „unnützen, versäumlichen, unachtbaren Entgliederer und unwürdigen Handhaber des Heiligen Römischen Reiches“ für abgesetzt erklärten und Tags darauf Pfalzgraf Rupprecht III., Herzog von Bayern, wählten; 1403 erlangte er auch die Anerkennung seitens der römischen Kurie. Wenzel hatte zwar 1387 seinem jüngeren Stiefbruder Sigismund die Stephanskrone gesichert, dieser hatte jedoch 1396 bei Nikopolis/Nikopol eine vernichtende Niederlage gegen die Osmanen erlitten. Im ersten Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts konnten daher weder Wenzel noch Sigismund ihre Herrschaft in den böhmischen bzw. ungarischen Ländern stabilisieren. Erst nach dem Tode Rupprechts gelang es Sigismund 1411, alle sieben Kurfürstenstimmen auf seine Person zu vereinigen, und er bemühte sich nun, das Kirchenschisma zu beenden.<sup>34</sup>

Abgesehen vom päpstlichen Schisma über die Frage der Legitimität dreier Päpste hatte seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert die Kritik an der Verweltlichung, Pfründenwirtschaft und Sittenlosigkeit der Kirche zugenommen, in Mitteleuropa vor allem in den böhmischen Ländern. Der Tscheche Jan Milíč z Kroměříže machte es seinem Lehrer Waldhauser nach und beschwor sogar den Papst, gegen den Antichristen gewappnet zu sein. Die wachsenden Spannungen betrafen auch das Verhältnis zwischen den Baronen und dem niederen Adel sowie in den Städten zwischen den mehrheit-

<sup>32</sup> LACKNER 2015, 76f. u. 134f.; BRUNNER 1965, 180–188 u. 234f.; NIEDERSTÄTTER 2004a, 279–306. Im Jahre 1368 erwarben die Habsburger die Stadt Freiburg und wurden mit der Landgrafschaft im Breisgau belehnt; 1375 verkaufte der Graf von Monfort-Feldkirch den Großteil seiner Herrschaft an die Habsburger; 1374 erbten sie Innerösterreich und erwarben in der Folge die Herrschaften Adelsberg und Duino sowie die Stadt Triest (1382).

<sup>33</sup> Johannes Nepomuk wurde bereits 1683 in einer Bronzefigur auf der Karlsbrücke verewigt und im frühen 18. Jahrhundert kanonisiert. Zahlreiche Nepomuk-Statuen verbreiteten sich bald über die böhmischen und österreichischen Länder. – ROKYTA 1997a, 226.

<sup>34</sup> HOENSCH 1997, 135–140 u. 157. Die erst 1373 erworbene Mark Brandenburg verleh Sigismund 1415/1417 an den Nürnberger Burggrafen Friedrich von Hohenzollern, der daraufhin das Reichsaufgebot gegen die Hussiten führte.

lich deutschen Patriziern und Zunftmeistern und der übrigen Stadtbevölkerung. Nicht zuletzt der Landhunger der Barone und der Kirche erhöhte die Abgabeverpflichtungen der bäuerlichen Untertanen an die Grundherren. Allein die Kirche besaß in Böhmen etwa ein Drittel des bebaubaren Landes. Die Vermengung von sozialem Protest mit zunehmendem religiösem Eifer förderte volksketterische Bewegungen. König Wenzel hatte es 1389 zugelassen, dass das von ihm sieben Jahre zuvor errichtete Ghetto in Prag zerstört wurde und Pogrome gegen die „königlichen Kammerknechte“ im ganzen Land straflos durchgeführt werden durften. Beeinflusst von den Schriften des englischen Reformators John Wiclif setzte sich Magister Jan Hus an der Prager Universität und als Leiter der tschechischen Volkspredigt in der Betlehemskapelle für eine grundlegende Reform der Kirche ein, wettete gegen die sittlichen Verfallserscheinungen unter Klerus und Laien und sprach sich für soziale und politische Gerechtigkeit aus. Als es im Schismastreit zu einer Trennung zwischen den drei – nicht ethnisch, sondern geographisch zu verstehenden – Universitätsnationen der Bayern, Sachsen und Polen einerseits und der böhmischen Nation andererseits kam, erreichten die böhmischen Wyclifisten mit Hus und seinem Schüler Hieronymus von Prag die Zustimmung König Wenzels zur Änderung der Universitätsverfassung, die nun der *natio Bohemica* drei Stimmen, der *natio Teutonica* nur mehr eine Stimme gab. Dieses Kuttenberger Dekret führte daher im Sommer 1409 zum Auszug von etwa 800 Professoren und Studenten der drei benachteiligten Nationen nach Erfurt, Wien, Heidelberg und Krakau, wobei eine Gruppe die Universität Leipzig gründete.<sup>35</sup>

František Šmahel, der beste gegenwärtige Kenner der hussitischen Bewegung, eröffnet sein englischsprachiges Resümee dazu mit philosophischen Worten:

It does not always pay to be the first or to refuse to toe the line. History displays a host of cautionary examples of both these cases. Bohemia did not pay for non-conformity in 1968 alone. An anomaly *sui generis* was constituted by the Hussite movement, this Reformation before the Reformations and revolution before the revolutions.<sup>36</sup>

Tatsächlich hatte sich Magister Hus, der erste Rektor der reorganisierten Universität, sogleich vor der Inquisition zu verantworten. Papst Alexander V. billigte die Einziehung aller im wyclifistischen Geist abgefassten Schriften, ihre öffentliche Verbrennung im Juli 1410 löste aber einen von Hus organisierten Proteststurm aus, der mit dem Kirchenbann und einem langwierigen Häresieprozess beantwortet wurde. Nachdem Hus auch das päpstliche Ablasswesen in Frage gestellt hatte, musste er Prag verlassen und auf einigen Burgen Zuflucht suchen. Die Könige Wenzel und Sigismund

<sup>35</sup> HOENSCH 1997, 140–142; SEIBT 1997, 415–418; ŠMAHEL 1998, 82f.

<sup>36</sup> ŠMAHEL 1998, 79.

hofften nun, auf dem Konzil in Konstanz einer weiteren Polarisierung der religiösen Auseinandersetzungen Einhalt gebieten zu können. Tatsächlich glaubte auch Hus, das Konzil in einer Disputation von der Rechtmäßigkeit seiner Lehrsätze überzeugen zu können. Sigismund machte die Zusage für freies Geleit, was aber keinen Schutzbrief gegen eine Verurteilung darstellte. Bald nach seinem Eintreffen in Konstanz wurde Hus verhaftet, aber erst im Juni 1415 von seinen geistlichen Richtern vorgeladen. Trotz Reduzierung der Anklage auf 30 Passagen aus seinen Schriften lehnte Hus jeglichen Widerruf und die Abschwörung seiner angeblichen Irrtümer ab. Das am 6. Juli 1415 gefällte Urteil „Tod auf dem Scheiterhaufen“ wurde noch am selben Tag vollstreckt. Sein Schüler Hieronymus wurde elf Monate später hingerichtet. Hus aber wurde – wie es Leopold von Ranke und Ferdinand Seibt formulierten – nach seinem Tod immer wieder lebendig: in der hussitischen Revolution, in Luthers Erinnerung, in den Annalen der deutschen Reformation, im Geschichtswerk Palackýs, in der Denkmalsentwöhnung auf dem Altstädter Ring 1915 (!), in der tschechoslowakischen Kirche nach 1918, nicht zuletzt durch den Hussitenforscher und ersten kommunistischen Unterrichtsminister Zdeněk Nejedlý.<sup>37</sup>

Der Märtyrertod Hus' löste in Böhmen schwerste Unruhen aus. Schon Anfang September 1415 ging eine mit 452 Siegeln von Mitgliedern des hohen und niederen Adels versehene Protesturkunde nach Konstanz ab, in der das Urteil und seine Vollstreckung als „dauernde Schmach und als Brandmal für Böhmen und Mähren“ bezeichnet wurden. In den meisten Kirchen setzte sich das Abendmahl in beiderlei Gestalt (*sub utraque specie*) durch, weshalb sich für die Reformgruppen die Bezeichnungen Hussiten, Utraquisten oder Kalixtiner (Kelchner) einbürgerten. Im April 1420 einigten sich die Reformgruppen auf vier Prager Artikel: Kelchkommunion, Predigtfreiheit bis hin zur tschechischen Messe, Armut der Priester, Bestrafung aller Todsünden. Die von König Wenzel im Frühjahr 1419 verfügte Ausweisung der Kelchpriester aus den königlichen Städten führte zu Massenwallfahrten auf die Berge, wo immer radikalere Forderungen erhoben wurden. Als eine Prozession in die Prager Neustadt vom katholisch-tschechischen Rat die Freilassung von inhaftierten Kelchanhängern verlangte und dieser sie verweigerte, wurden 13 Schöffen aus den Rathausfenstern geworfen, was keiner überlebte. Dieser erste Prager „Fenstersturz“ wurde zum Signal für den allgemeinen Aufruhr, König Wenzel erlag den Folgen eines Schlaganfalls.<sup>38</sup>

König Sigismund sah sich nun als Nachfolger mit mehreren Hussitenkriegen konfrontiert. Anfänglich konnte er der gezielten Vertreibung der kelchfeindlichen deutschen Bürger nur zusehen, denn der militärische

<sup>37</sup> HOENSCH 1997, 142f.; SEIBT 1997, 14–26.

<sup>38</sup> HOENSCH 1997, 143f.

Anführer der Aufständischen, Jan Žižka z Trocnova, behauptete die Feste Vyšehrad und die Kleinseite. Auch mit einem Kreuzfahrerheer, das von den Landesherren von Meißen, Sachsen und Österreich unterstützt wurde, konnte Sigismund 1420 die Stadt Prag nicht einnehmen, ließ sich aber auf dem Hradschin eilends zum König krönen. Papst Martin V. erließ eine Bulle gegen „wiclifistische und hussitische Ketzerei“, während die Prager ihre Verteidigungsmaßnahmen als *bellum iustum* rechtfertigten. Žižka verstand es, seine bunt zusammengewürfelten und schlecht ausgerüsteten Haufen von Bauern und kleinen Handwerkern, die als Gottesstreiter mit Weib und Kind in den Kampf zogen, zu einem disziplinierten und schlagkräftigen Volksheer umzugestalten, setzte gezielt Geschütze und Handfeuerwaffen ein und ließ Kampfwagen bauen, die rasch zu Wagenburgen zusammengeschoben werden konnten, um den Ritterheeren zu widerstehen. Nacheinander erlitten Reichsheere Niederlagen bei Saaz/Žatec, Deutsch-Brod/Havlíčkův Brod, Aussig/Ústí nad Labem, Mies/Stříbro und Tachau/Tachov, während die Hussitenheere Raubzüge nach Österreich (am Wiener Tabor wurden Feldbefestigungen errichtet), Oberungarn, Bayern, Franken, Thüringen, Schlesien, Brandenburg und Polen unternahmen. So wurde der bereits 1424 der Pest erlegene Žižka, dem zwei erfolgreiche Heerführer nachfolgten, zu einer Symbolfigur der national-tschechischen Geschichte und erhielt 1930 ein überdimensionales Reiterdenkmal aus Bronze auf dem Vítkov-Hügel östlich der Altstadt.<sup>39</sup>

Erst als beide Streitparteien erschöpft waren, suchte man den Kompromiss. Ein Konzil in Basel arbeitete „Kompaktaten“ zwischen den mittlerweile vier böhmischen Parteien – Taboriten, Orebiten, Prager und Adel – aus, während innerhussitische Differenzen 1434 zu einer Schlacht bei Lipany führten, in der sich die Koalition von katholischem und utraquistischem Adel vereint mit Mähren und einigen böhmischen Städten gegen die Taboriten, Orebiten und die Prager Neustadt vollständig durchsetzte. Sigismund hatte zwar ein Jahr zuvor in Rom die Kaiserkrone erlangt, der mit seiner Zustimmung vom Landtag zum Erzbischof gewählte Johann Rokycana erhielt aber keine Bestätigung der Kurie, die das Erzbistum bis 1561 nur von Administratoren verwalten ließ. Die Annahme der Baseler Kompaktaten durch den Landtag duldete aber die Abendmahlfeier in beiderlei Gestalt und sanktionierte die Enteignung des Kirchenguts, an dem sich vor allem der böhmische Herrenstand bereicherte. Das deutsche Stadtbürgertum aber hatte schwer gelitten und war zum Teil vertrieben worden. Forschungen zur ethnischen Zusammensetzung von 64 Städten und Städtchen in Böhmen ergaben, dass 16 früher deutsche Städte nun eine tschechische Bevölkerung bekommen hatten. Die schweren personellen und materiellen

<sup>39</sup> HOENSCH 1997, 144f.; ŠMAHEL 1998, 90–92; ROKYTA 1997, 202.

Schäden im Land hinderten jedoch František Palacký nicht daran, im Hussitismus das Grundprinzip der tschechischen Demokratie zu entdecken, und Tomáš G. Masaryk ebenso wenig, den Hussitismus zur „Maxime der tschechischen Religion“ zu erheben. Andererseits erlangte der Hussitismus für die Weiterentwicklung des Tschechischen als Literatursprache ausschlaggebende Bedeutung, während um das Jahr 1400 Johannes von Saaz mit seinem Streitgespräch „Der Ackermann und der Tod“ ein bedeutendes frühneuhochdeutsches Prosawerk schuf, das die schriftliche Tradition des zum Bischof aufgestiegenen Johann von Neumarkt fortsetzte.<sup>40</sup>

Während die Landesherren von Innerösterreich und Tirol in politischer Gegnerschaft zum Luxemburger Sigismund – nunmehr römisch-deutscher und böhmisch-ungarischer König – standen, vermählte sich Albrecht V. von Österreich 1422 in Wien mit dessen 13-jähriger Tochter Elisabeth. Nach der Hinrichtung von Jan Hus geriet Albrecht damit in die zwischen 1419 und 1434 von Sigismund geführten Kriege gegen die Hussiten. Denn Albrecht stand als Markgraf von Mähren seit 1423 an vorderster Front gegen die „böhmischen Ketzler“, die zwischen 1425 und 1432 das nördliche Nieder- und Oberösterreich mit Krieg überzogen, dabei auch Retz und Zwettl heimsuchten. Albrecht erließ mehrere Aufgebotsordnungen für die Bauern und versuchte hussitische Kampftechniken nachzuahmen. Aber erst 1431 konnte ein solches Aufgebot den Hussiten bei Waidhofen an der Thaya eine schwere Niederlage zufügen. Albrecht fühlte sich auch kirchenpolitisch zuständig und nahm eine Reform der österreichischen Klöster in die Hand. Auf Befehl des Herzogs erfolgte in den Jahren 1420/21 aber auch die Vernichtung der österreichischen Judengemeinden, die man beschuldigte, mit den Hussiten gemeinsame Sache gemacht und Hostien geschändet zu haben. Das eigentliche Motiv dürfte aber die zunehmende Verschuldung vieler Adelige und Bürger bei den landesfürstlichen „Kammerknechten“ gewesen sein. Zwangstaufen, Verfolgung, Güterkonfiskationen und Vertreibungen hielten fast ein Jahr an, bis am 12. März 1421 die noch in Wien verbliebenen Juden – angeblich etwa 300 Männer und Frauen – den Feuertod erlitten. Ihre Synagoge auf dem Wiener Judenplatz wurde erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts wiederentdeckt. Mittelalterliche Synagogen im Umkreis von Wien gab es auch in Bruck an der Leitha, Korneuburg, Tulln, Klosterneuburg, Neulengbach, Mödling und Hainburg. Ihre jüdischen Einwohner wurden 1420/21 ebenfalls vertrieben, meist

---

<sup>40</sup> HOENSCH 1997, 148–153; SEIBT 1997, 11–26; ŠMAHEL 1998, 84. Johann von Neumarkt wurde bereits 1359 Bischof von Leitomischl/Litomyšl, dann 1364 Bischof von Olmütz, schließlich in seinem Todesjahr 1380 Bischof von Breslau.

nach Mähren (Nikolsburg/Mikulov und Prossnitz/Prostějov) oder Ungarn (Pressburg/Bratislava und Ödenburg/Sopron).<sup>41</sup>

Als Kaiser Sigismund 1437 starb, trat Herzog Albrecht mühelos die Nachfolge seines Schwiegervaters als König von Ungarn an. Im ersten Halbjahr 1438 wurde er auch zum römisch-deutschen König gewählt und Ende Juni in Prag zum König von Böhmen gekrönt. Von nun an blieb die römische Königs- und Kaiserwürde bis 1740 in der Hand der Habsburger und ging zwischen 1745 und 1806 auf das Haus Habsburg-Lothringen über. Albrecht übernahm von Sigismund auch die neue Reichskanzlei, die später am habsburgischen Hof in „Reichshofkanzlei“ umbenannt wurde, geführt vom Reichsvizekanzler (Erzkanzler blieb der Erzbischof von Mainz). Doch die historisch erste österreichisch-böhmisch-ungarische Länderunion hatte nur ein gutes Jahr Bestand, da Albrecht bereits im Oktober 1439 in der Vorbereitung eines Feldzuges gegen die Osmanen in Südungarn starb. Er hinterließ zwei minderjährige Töchter und eine schwangere Frau, die im Februar 1440 mit Ladislaus einen Thronfolger gebar, Postumus genannt. Die Kurfürsten wählten aber bereits im selben Monat den Senior des Hauses Habsburg, Herzog Friedrich V., Sohn des innerösterreichischen Herzogs Ernst und der Cimburgis von Masowien, zum römisch-deutschen König. Damit aber hatte er sich verwandtschaftlich noch keineswegs durchgesetzt, vor allem nicht gegen seinen jüngeren Bruder Albrecht (VI.), sodass König Friedrich sein Mündel Ladislaus einfach auf seine Romreise zur Kaiserkrönung 1452 mitnahm. Doch Ladislaus starb 1457, und mit ihm erlosch die albertinische Linie des Hauses Habsburg. Auch um das Erbe der Grafen von Cilli musste Friedrich kämpfen. Unter Kaiser Friedrich III. begannen sich nun „Kaiser“ und „Reich“ immer mehr zu scheiden. Seine Kaiserpolitik konnte nicht Reichspolitik in dem Sinne sein, wie etwa die Politik der Könige von Frankreich und England französische oder englische Politik war; daher konnte Friedrich auch nicht eine auf sich gestellte, erbländische Territorialstaatspolitik betreiben, eine nur auf diese bezogene Staatsraison ausbilden. Dennoch machte er in seinem Notizbuch die bekannte Eintragung: „Alles erdreich ist Österreich unterthan“ und „Austriae est imperare orbi universo“, die zur Mitte des 17. Jahrhunderts von einem Präfekten der Wiener Hofbibliothek zur staatspolitischen Devise AEIOU erklärt wurde. Immerhin erwarben die Habsburger 1477 durch die Heirat des Kaisersohns Maximilian mit der Erbtochter Maria den burgundisch-niederländischen

<sup>41</sup> HOENSCH 1997, 143–153; SANDGRUBER 1995, 44f. u. 95; BRUGGER 2006, 17–24 u. 221–224; LACKNER 2015, 135–137; vgl. ŠMAHEL 1993. Aus finanziellen Gründen verpachtete Sigismund 1412 die Einkünfte von 16 mehrheitlich von „Sachsen“ bewohnten Zipser Städten an den polnischen König Władysław I., der damit auch die Kontrolle über die wichtigste ungarisch-polnische Handelsstraße gewann. Erst Joseph II. machte dies 1769 rückgängig. – MANNOVÁ 2000, 77–81.

Staat, somit einen reichen westeuropäischen Länderkomplex, weshalb Maximilian gern vom „Haus Österreich und Burgund“ sprach. Andererseits begründete diese burgundische Erbschaft einen französisch-österreichischen Antagonismus, der mit wenigen Unterbrechungen (1662–1664, 1756–1792, 1866–1870) bis 1955 anhielt.<sup>42</sup>

Die katastrophale Pestepidemie von 1348/49, verbunden mit extremen Wetterereignissen, Erdbeben, Hochwässern, Wanderheuschrecken, Missernten und Hungersnöten, ließ die seit dem 12. Jahrhundert bestehende Konjunktur- und Wachstumsperiode radikal einbrechen. Sowohl die Binnenkolonisation als auch die Städtegründungen kamen weitgehend zum Stillstand. Allein in Wien fiel ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung der Beulenpest zum Opfer, aber auch in Tirol, Salzburg und Niederösterreich waren bis zur Hälfte der Bevölkerung betroffen. Der Überschuldung der Wiener Bürger trat Herzog Rudolf IV. mit einer Entschuldungsaktion großen Stils entgegen und verordnete Niederlassungs- und Gewerbefreiheit. Der Wiener Pfennig verlor gegenüber dem Prager Groschen an Wert, beide wurden aber bald vom ungarischen Gulden (einer Goldmünze) übertroffen. Schwere Seuchenjahre gab es auch noch bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts. Die Winter in den Jahren 1430 bis 1440 waren von Schottland bis nach Südfrankreich, Norditalien und Böhmen außergewöhnlich kalt, sodass auch in Mitteleuropa viele Seen und Flüsse zufroren. Die extrem kalten Winter schädigten die Getreidefelder und Weinkulturen, was zu Missernten und Hungersnöten führte. Epidemien verschiedener Art ließen die Sterblichkeit zunehmen. Eine unmittelbare Konsequenz des Massensterbens waren ein Überschuss an Land und die zeitweilige Verödung von Kulturlandschaft. Als die Grundherren im 15. Jahrhundert die Abgabenleistungen der Bauern erhöhten, nahmen die Massenproteste in allen österreichischen Ländern zu, die bald zu regelrechten Bauernkriegen in Oberösterreich, Kärnten, Krain, Tirol und Salzburg eskalierten und zunehmend auch religiösen Protest beinhalteten. Seit 1469 begannen Einfälle osmanischer Streifscharen nach Krain, Kärnten und in die Steiermark, die plündernd und brennend durch die Täler zogen.<sup>43</sup>

Gesamtwirtschaftlich dauerte es bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts, bis Sonderkulturen in der Landwirtschaft und technische Innovationen im Bergbau eine neue Wirtschaftsbelebung herbeiführten. Im Salzkammergut und in Hall in Tirol wurde die landesfürstliche Salzgewinnung deutlich

<sup>42</sup> BRUNNER 1965, 445; ZÖLLNER 1990, 145–155; NIEDERSTÄTTER 2004, 163–170; LACKNER 2015, 139–141; WILSON 2016, 735; DUINDAM 2016, 126 u. 295. Nur Bourgogne und Picardie fielen vom Burgundererbe an Frankreich, den weitaus größeren Teil vermochte Maximilian zu behaupten.

<sup>43</sup> SANDGRUBER 1995, 53–60; NIEDERSTÄTTER 2004a, 11–26; SVEN TITZ: „Die miserable Dekade“. In: Neue Zürcher Zeitung, 7. Dezember 2016, 37.

gesteigert. Das Tiroler Schwaz wurde zwischen 1470 und 1535 zu Europas wichtigstem Silberbergbauggebiet, aus dem vor allem die Augsburger Kaufmannsfamilie der Fugger die habsburgische Weltpolitik finanzierte. Aber auch der Salzburger Erzbischof Leonhard von Keutschach steigerte seine jährlichen Einnahmen auf angeblich 90.000 Gulden im Jahre 1507, womit er die gotische Burganlage Hohensalzburg zur prunkvollen Fürstenresidenz ausbauen ließ. An der Donau wurde seit Albrecht I. der Weinbau intensiviert und der Weinexport von Wien, Krems und Stein nach Süddeutschland gesteigert. Mit der Überbrückung der Donau bei Wien, Krems, Mauthausen und Linz wurde der Transithandel aus dem Donaauraum in die böhmischen Länder gesteigert. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts setzte eine neue Montankonjunktur ein: in den Hohen Tauern der Goldbergbau, in Tirol der Silberbergbau, am steirischen Erzberg die Eisengewinnung, in Kärnten der Eisen- und Bleierzabbau. Das steirische Eisen wurde sowohl nach Süddeutschland als auch nach Wien und Venedig verkauft, das Hüttenberger Eisen ausschließlich nach Venedig. Um 1500 wurde die Steiermark auch zur großen Waffenschmiede Kaiser Maximilians I., wo Handfeuerwaffen, Festungsgewehre, Großgeschütze und Harnische in großer Zahl produziert wurden.<sup>44</sup>

Nach dem Tod des polnisch-ungarischen Königs Władysław I. auf dem Schlachtfeld bei Varna 1444 hatten die ungarischen Barone und Kleinadeligen den erfolgreichen Feldherrn János Hunyadi zum Reichsverweser gewählt, da ihnen der kindliche König Ladislaus V. von Habsburg mit Recht als noch nicht regierungsfähig erschien. Trotz weiterer schwerer Auseinandersetzungen gegen die Osmanen errang Hunyadi 1456 vor Belgrad/Beograd mit Unterstützung Tausender „Kreuzfahrer“, die der Franziskanerpater Giovanni di Capestrano mobilisiert hatte, einen vernichtenden Sieg gegen Sultan Mehmet II. den Eroberer. Da Hunyadi jedoch nach wenigen Wochen an der Pest starb, gab es einen Nachfolgestreit. Nach schwierigen Verhandlungen zwischen den Adelsparteien wählte der Reichstag in Pest den zweiten Sohn Hunyadis, den 15-jährigen Matthias, im Jänner 1458 zum König. Freilich musste er erst von seinem Schwiegervater Georg von Podiebrad (Jiří z Poděbrad), dem König von Böhmen, freigegeben werden und die Stephanskronen von Kaiser Friedrich zurückerhalten. Dieser hatte Georg bereits 1452 – durch Vermittlung des päpstlichen Legaten Enea Silvio Piccolomini, des späteren Papstes Pius II. (der sowohl eine Geschichte Österreichs als auch eine Geschichte Böhmens verfasste) – als „Gubernator Böhmens“ eingesetzt, der Hauptberater des jugendlichen Königs Ladislaus wurde. Fünf Monate nach der Thronerhebung Matthias' in Ungarn schaffte dies auch Georg in Böhmen, nachdem er gegenüber dem Papst der

<sup>44</sup> LACKNER 2015, 149–152; SANDGRUBER 1995, 79f., 87f. u. 93; WILSON 2016, 494f.

„Irrlehre“ abgeschworen hatte. Das römische Königsprojekt blieb freilich für Georg unerreichbar. Immerhin ließ er den wahrscheinlich von einem wittelsbachischen Beamten konzipierten Plan für eine europäische Friedensordnung an den europäischen Höfen vorlegen und einen im August 1463 in Prag abgehaltenen Fürstentag zur Aussöhnung der zerstrittenen Reichsfürsten nutzen. Aber Papst Paul II. verhängte 1466 den Kirchenbann über König Georg, und sein Schwiegersohn Matthias signalisierte Bereitschaft, gegen die böhmischen „Ketzer“ militärisch vorzugehen.<sup>45</sup>

Der vorzüglich ausgebildete und von guten Beratern umgebene König Matthias hatte sofort die politischen Führungskräfte des Landes ausgetauscht, überwand mit diplomatischen und militärischen Mitteln den Aufstand einiger Magnaten, stabilisierte seine Macht, erhielt auf Vermittlung des Papstes Pius II. für 80.000 ungarische Gulden die Stephanskron zurück und ließ sich 1464 vom Erzbischof von Gran/Esztergom im Dom von Stuhlweißenburg/Székesfehérvár nach altem Brauch zum König krönen. Nach einschneidenden Finanzreformen gelangte die königliche Kammer unter Führung eines Schatzmeisters zu nie dagewesenen Summen, sodass Matthias über 500.000 bis 700.000 Dukaten an regelmäßigen Einnahmen verfügte. Zu dieser Zeit bezog der französische König Louis XI. jährlich 4,7 bis 4,9 Millionen Livres, der Sultan 1,8 Millionen Dukaten und Venedig etwa eine Million Dukaten. Matthias konnte eine starke Söldnerarmee, bestehend aus Böhmen, Polen, Deutschen und Ungarn, aufstellen, die nach seinem Tod „Schwarze Armee“ genannt wurde. Als Feldherren dienten Matthias sowohl Ungarn als auch Böhmen und Österreicher. Bald zielten Matthias' politische Zielsetzungen über Ungarn hinaus. Als 1466 das päpstliche Konsistorium Georg von Podiebrad zum Ketzer erklärte, boten katholische böhmische Herren Matthias die Königskrone an. Nach seinem Vormarsch nach Mähren wählten ihn die katholischen Stände 1469 tatsächlich zum König. Nach dem Tode Podiebrads 1471 entstand ihm freilich neue – jetzt polnische – Konkurrenz. Tatsächlich überreichte Kaiser Friedrich III. 1477 dem Jagiellonen Władysław/Vladislav II. in Wien das böhmische Lehen mit der Würde eines Kurfürsten. Das bedeutete Krieg gegen den Habsburger, den Matthias sogleich nach Nieder- und Oberösterreich trug. Friedrich musste Matthias mit Böhmen belehnen und Tribut zahlen. Die Fürsten von Niederbayern, Württemberg, Sachsen und Brandenburg beeilten sich, 1478 dem neuen König von Böhmen in Breslau/Wrocław den Lehenseid abzulegen. Matthias war auf dem Höhepunkt seiner Macht: Zum zweiten Mal im 15. Jahrhundert befanden sich Böhmen, Österreich und Ungarn in der Hand ein und desselben Herrschers. Um den von Friedrich versprochenen Tribut einzutreiben, musste aber Matthias

<sup>45</sup> HOENSCH 1997, 152–163; BAK 1994, 54–82; ZÖLLNER 1990, 183; NIEDERSTÄTTER 2004b, 341–359.

nochmals gegen Österreich Krieg führen und 1485 Wien erobern. In der Zwischenzeit war Matthias freilich ständig durch osmanische Angriffe an der Südgrenze Ungarns verunsichert worden, versuchte mit Sultan Mehmet zu verhandeln, verlor aber einige Grenzfestungen und blieb ständig bedroht. Daher ließ Matthias unter Einbeziehung von Kroaten und Serben ein Verteidigungssystem von zwei Burgketten zwischen der Adria und der Walachei errichten, eine Art Vorstufe der späteren habsburgischen Militärgrenze.<sup>46</sup>

Als Matthias völlig unerwartet am 6. April 1490 in Wien starb, hinterließ er ein ostmitteleuropäisches Großreich: von Schlesien bis Nordbosnien, von Westböhmen bis Ostsiebenbürgen. Zwar war schon 1485 auf dem Landtag in der Silberstadt Kuttenberg/Kutná Hora ein zunächst auf 31 Jahre befristeter Religionsfrieden zwischen Katholiken und Utraquisten vereinbart worden, aber die böhmischen Herren und Ritter verstanden es im Jahre 1500, dem mehr in Ungarn weilenden jagiellonischen König Władysław (nach dem der Huldigungssaal in der Prager Burg benannt ist) eine Landesordnung abzutrotzen, die eine Ständeherrschaft begründete. Aus den Thronkämpfen ging vorerst das Geschlecht der Jagiellonen als Sieger hervor, die Heiratspolitik Kaiser Maximilians I. – die Erbverträge zwischen den Habsburgern und Jagiellonen und die Doppelhochzeit von 1515 zwischen Lajos/Ludwig von Ungarn und Maria, der Enkelin des Kaisers, sowie dessen Enkel Ferdinand mit Anna von Ungarn – und neue Angriffe der Osmanen verschafften aber nach dem Tod von König Lajos II. auf dem Schlachtfeld von Mohács 1526 dem Habsburger Ferdinand, dem jüngeren Enkel Maximilians, den ungarischen und böhmischen Königs-  
thron. In der Zwischenzeit war sein Bruder Karl bereits König von Spanien und römisch-deutscher Kaiser geworden, sodass das Haus Habsburg an die Spitze der europäischen Dynastien vorgerückt war.<sup>47</sup>

Der römisch-deutsche König Maximilian hatte bereits 1488 die Regierung im Reich übernommen und 1490 die drei „österreichischen“ Ländergruppen wieder vereint. Als „niedere“, später „niederösterreichische Lande“ wurde Österreich unter und ob der Enns mit der Hauptstadt Wien bezeichnet, als „innere“, später „innerösterreichische Lande“ („Innerösterreich“) die Ländergruppe Steiermark, Kärnten, Krain und Görz mit der Hauptstadt Graz, als „obere“ oder „oberösterreichische Lande“ Tirol und die westlich des Arlbergs gelegenen „Vorlande“ („Vorderösterreich“) mit der Hauptstadt Innsbruck. Die Erbländer des Hauses Österreich waren reichsrechtlich ein Lehen, das das Haus zu gesamter Hand innehatte. Mit

<sup>46</sup> KOVÁCS 2005, 161–184; MANNOVÁ 2000, 85–87; CONRADS 2002, 185–188; KONTLER 2002, 114–128.

<sup>47</sup> KOHLER 2000; KOVÁCS 2005, 184–191; HOENSCH 1997, 167f. u. 187f.; NIEDERSTÄTTER 2004b, 171–178.

der Gliederung des Heiligen Römischen Reiches auf den Reichstagen von 1500 und 1512 in Kreise entstanden ein „Österreichischer Kreis“ und ein „Burgundischer Kreis“, während Salzburg zum Bayerischen Reichskreis gehörte. Die böhmischen Länder (Böhmen, Mähren, Schlesien und die beiden Lausitzen) blieben außerhalb der Kreiseinteilung und waren mit dem Reich nur durch den König von Böhmen als ranghöchsten weltlichen Kurfürsten verbunden. Die Brüder Karl und Ferdinand einigten sich 1521/22 auf eine Teilung der habsburgischen Territorien, sodass die nieder-, inner-, ober- und vorderösterreichischen Länder an Ferdinand fielen. Als niederösterreichische Adelige und Wiener Bürger Widerstand leisteten, inszenierte Ferdinand das „Wiener Neustädter (Blut-)Gericht“ und ließ zwei Adelige und sechs Bürger enthaupten. Danach begann er mit einer Neuordnung der landesfürstlichen Behördenorganisation. Nach der Teilung der Erbländer unter den Söhnen Ferdinands I. 1564 wurden sie 1665 wieder in einer Hand vereinigt. Nachdem das Erbrecht der Habsburger 1627 in Böhmen und 1687 in Ungarn anerkannt worden war, wurde es um die Mitte des 18. Jahrhunderts üblich, die österreichischen und böhmischen Erbländer als „deutsche Erblände“ zu bezeichnen und von Ungarn als von „ungarischen Erbländen“ zu sprechen. Im Endergebnis aber behauptete Ungarn nach 1740 seine Sonderstaatlichkeit.<sup>48</sup>

Zwar wurde Kaiser Maximilians dynastische Politik später mit dem Ovid nachgebildeten Spruch *Bella gerant alii, tu felix Austria nube* („Kriege mögen andere führen, du, glückliches Österreich, heirate!“) kommentiert, aber zwischen seinen gezählten 27 Kriegen (gegen Frankreich, Venedig, Ungarn, die Pfalz etc.) gab es nur kurze Friedensphasen. Maximilians Verheiratung 1494 mit der mailändischen Prinzessin Bianca Maria Sforza verwickelte ihn in italienische Angelegenheiten, die spanische Doppelhochzeit von 1495 führte eher überraschend zum Weltreich seines Enkels Karls V. Maximilians Hauptinteresse galt jedoch der Konsolidierung seiner Erblände und der Reichspolitik. Auf dem Wormser Reichstag 1495 wurde ein „ewiger Landfrieden“ verkündet, bald darauf das Reichskammergericht als oberste Justizbehörde eingerichtet. Gegen venetianische Opposition vermochte Maximilian die Görzer Grafen am Isonzo und im Pustertal zu beerben und im Bayerischen Erbfolgekrieg das Tiroler Unterland bis Kufstein zu erweitern. Maximilian nutzte die neuen Mög-

<sup>48</sup> WINKELBAUER 2015b, 17–19, und 2015c, 164f.; BRUNNER 1965, 446; KLINGENSTEIN 1995, 177; LACKNER 2015, 152–158; SANDGRUBER 1995, 97; WILSON 2016, 427–439. Im Gegensatz zur älteren österreichischen Geschichtsschreibung (Franz von Krones, Alfons Huber, Heinrich von Srbik, Otto Brunner, Hugo Hantsch), die die Einbindung der böhmischen Länder in die Habsburgermonarchie durchwegs positiv bewertete, sprachen viele ältere tschechische Historiker (František Palacký, Václav Vladivoj Tomek, Josef Šusta, Kamil Krofta) eher von „Unrechtsherrschaft“ und „permanenter Unterdrückung“. – HOENSCH 1997, 186.

lichkeiten des vom Mainzer Johannes Gutenberg seit den 1450er Jahren entwickelten Buchdrucks und gab selbst schon im 15. Jahrhundert über hundert Werke in Auftrag, etwa einen Bericht vom Reichstag 1486. Die Familie Tassis (später Thurn und Taxis) aus Bergamo errichtete Postlinien von Tirol in die Niederlande, nach Rom und nach Frankreich, erhielt von Maximilian bereits 1500 ein Monopol und machte das von ihm bevorzugte Innsbruck zunehmend zu einem europäischen Verkehrsknotenpunkt. Da noch immer die Ausdauer der Pferde die Reisegeschwindigkeit bestimmte, benötigte man für die Durchquerung des Heiligen Römischen Reiches vom Norden nach Süden etwa einen Monat. Als Maximilian zur Kaiserkrönung nach Rom reisen wollte, sperrte ihm Venedig den Durchzug, sodass er am 4. Februar 1508 in Trient den Titel „erwählter römischer Kaiser“ annahm. Große Energie verwendete Maximilian auf die Modernisierung und Zentralisierung der Verwaltung seiner Länder, nicht zuletzt um den steigenden Finanzbedarf seiner Außen- und Militärpolitik zu decken. Dazu schloss sich das katholische Bankhaus Fugger auch mit der oberungarischen Familie Thurzo zusammen, die um Neusohl/Besztercebánya/Banská Bystrica in der Mittelslowakei reiche Silber- und Kupferminen erschloss. Nach der Finanzierung der Kaiserwahl Karls V. und der Königswahl Ferdinands I. sowie vielen Darlehen für die Reformationskriege der Habsburger erlitten jedoch die Fugger bei der Umschichtung der habsburgischen Schulden große Verluste. Kaiser Maximilian war nicht zuletzt an Wissenschaft und Kunst interessiert, vor allem am historischen „Gedächtnis“. Daher ließ er das *Ambraser Heldenbuch* zusammenstellen und an monumentalen Holzschnittfolgen Künstler wie Albrecht Dürer und Albrecht Altdorfer mitwirken. Von Dürer stammt das berühmte Porträt Karls des Großen mit den Reichsinsignien, Titian malte das nicht weniger anerkannte Reiterbild Karls V. als Sieger der Schlacht von Mühlberg 1547. Allerdings unterschätzte Maximilian die Breitenwirkung von Martin Luthers 95 Reformationsthesen, die dieser 1517 in Wittenberg veröffentlicht hatte.<sup>49</sup>

---

<sup>49</sup> LACKNER 2015, 152–158; WIESFLECKER 1971–1986; ZÖLLNER 1990, 155–163; BLOCKMANS 1997, 41f., 89 u. 283; WILSON 2016, Abb. 2 u. 8; MANNOVÁ 2000, 90; KELLER / MOLINO 2015. 1516 wurden auf dem schon von Kaiser Sigismund an die Grafen Schlick verpfändeten Krongut St. Joachimsthal/Jáchymov im Erzgebirge reiche Silberlager entdeckt. Graf Schlick ließ nicht nur den „Joachimsthaler“ prägen (von dem „Taler“ und „Dollar“ abgeleitet wurden), sondern unterhielt auch direkten Kontakt zu Luther und förderte lutherische Flugschriften. Gerade von den Bergstädten wie St. Joachimsthal und Iglau verbreitete sich dann schon in den 1520er Jahren die lutherische Reformation bis in die Zips und nach Siebenbürgen. – HOENSCH 1997, 174 u. 183.

## 2. In der Habsburgermonarchie (1526–1804)

Die böhmischen und österreichischen Länder durchlebten zwischen 1526 und 1918 eine gemeinsame Geschichte im Habsburgerreich, die zwar von vielen Kriegen gegen äußere Gegner (die Osmanen, Siebenbürger, Magyaren, Schweden, Preußen, Franzosen, Piemontesen, Serben, Russen, Italiener, Rumänen), aber kaum von schweren gegenseitigen Konflikten gekennzeichnet war. Aufgrund des Erbfalles nach der Schlacht bei Mohács 1526 sollte der Erzherzog von Österreich, der Habsburger Ferdinand, sowohl zum König von Ungarn als auch zu dem von Böhmen gewählt und gekrönt werden. In Ungarn gelang dies vorerst nur gegen den langjährigen Widerstand des Fürsten von Siebenbürgen, János Szapolyai. Ab 1541 – nach der osmanischen Besetzung von Ofen/Buda – konnte sich Ferdinand durch Akzeptanz der Dreiteilung des Landes nur teilweise durchsetzen, wobei den Habsburgern nur Ober- und Westungarn sowie Oberslawonien und Westkroatien verblieb. Auch in Prag wurde Ferdinand erst nach Gewährung von Wahlkapitulationen gewählt und gekrönt, während die Stände Mährens, Schlesiens und der beiden Lausitzen den Erbanspruch der Gattin Ferdinands, Anna, anerkannten. Mit Unterstützung seines kaiserlichen Bruders Karl V. stieg König Ferdinand I. dennoch – freilich erst nach glücklicher Abwehr der ersten Türkenbelagerung Wiens 1529 – zum mächtigsten Herrscher in Ostmitteleuropa neben dem polnischen König Zygmunt I. Stary auf. Von Sultan Süleyman I. dem Prächtigen, der 1532 noch ein zweites Mal Wien, den „Goldenen Apfel“, zu erobern suchte, wurde Ferdinand freilich vorerst nur als „König von Wien“ angesprochen, erst als Kaiser auch „imperator“ genannt, der jedoch dem Sultan einen jährlichen Tribut zahlen musste.<sup>50</sup>

Das Königreich Böhmen, die Markgrafschaft Mähren und die beiden österreichischen Erzherzogtümer waren nun die Kernländer der „deutschen Linie“ der Habsburger geworden; ein besonderes Gewicht für das „Haus Österreich“ erlangten auch noch Schlesien, Oberungarn, die Steiermark und Tirol. Mit einer „Hofstaatsordnung“ von 1527 versuchte Ferdinand sehr rasch, eine neue Zentralverwaltung für seine Länder zu schaffen, wobei der Geheime Rat für die dynastischen und außenpolitischen Angelegenheiten, die Hofkammer für die Finanzverwaltung (mit Länderkammern in Wien, Prag, Pressburg und Innsbruck) und der Hofkriegsrat für die Vereinheitlichung des Kriegswesens besondere Bedeutung bekamen, während die Hofkanzlei dreigeteilt blieb – je eine für die Erblande, Böhmen und Ungarn – und der als oberste Justizbehörde fungierende Reichshofrat die böhmischen und ungarischen Länder ausklammern musste. Durch eine ge-

<sup>50</sup> KOHLER 2003, 151–176; ZÖLLNER 1990, 187–191; MANNOVÁ 2000, 105–112; CONRADS 2002, 213–216; BURBANK / COOPER 2010, 117–148; WILSON 2016, 149f.

schickte Steuerpolitik und Verwaltung gelang es Ferdinand sehr bald, die Sonderstellung der böhmischen Stände und der Stadt Prag einzuschränken und nach dem fehlgeschlagenen Aufstand der protestantischen Stände und Städte 1547 – sie verweigerten dem König die Heerfolge, während die Armee Karls V. das Heer des Schmalkaldischen Bundes bei Mühlberg an der Elbe besiegte – regelrecht zu brechen. Freilich hatte auch ein Feuersturm auf der Prager Burg 1541 den Großteil der Landtafeln und wichtige Urkunden vernichtet und die böhmischen Stände hinsichtlich ihrer Privilegien in Beweisnot gebracht. Außerdem waren sie an den Stellenbesetzungen im Geheimen Rat und in der Hofkammer interessiert, und auch die Einsetzung der landesherrlichen Beamten in die ständischen Landesämter in Prag und Brünn eröffnete dem König Einflussmöglichkeiten. Schließlich erwarb Ferdinand auch das Herzogtum Sagan sowie die an die Hohenzollern verpfändeten Fürstentümer Oppeln und Ratibor. Ferdinand ebenso wie seine Nachfolger Maximilian II. und Rudolf II. erhoben zwar ständig hohe Steuerforderungen (etwa die „ewige Biersteuer“), um die andauernden Kriege gegen die Osmanen in Ungarn finanzieren zu können, dennoch kann keineswegs von einer außerordentlichen Teilnahme der Böhmen, Mährer und Schlesier an diesen „Türkenkriegen“ des 16. Jahrhunderts gesprochen werden. Denn die Leistungen der innerösterreichischen Länder für den Erhalt der Kroatischen und Windischen „Grenze“ waren zu dieser Zeit verhältnismäßig höher. Auch die vom Reichstag zu beschließende „Türkenhilfe“ ließ oft auf sich warten, obschon sie zwischen 1521 und 1613 mehr als ein Dutzend Mal beschlossen wurde. Daher verfünffachten sich die öffentlichen Schulden Ferdinands I.<sup>51</sup>

Unterschiedliche Wirkungen zeitigte König Ferdinands Religionspolitik, die eng mit der Staatsbildung zusammenhing. Martin Luthers 95 Thesen über Ablass und Gnade 1517, die Verhandlungen auf dem Reichstag zu Augsburg 1518, die Leipziger Disputation 1519 und die Androhung des Bannes durch Papst Leo X. 1520 hatten den Wittenberger Augustinermönch zu einer bekannten Persönlichkeit werden lassen, wozu auch zwei Kupferstiche von Lucas Cranach d. Ä. beitrugen. Nach Exkommunikation des Mönchs durch die päpstliche Bannbulle im Jänner 1521 erwartete die Kurie die Durchsetzung mit Hilfe des Kaisers Karl V. Die Reichsstände bestanden aber auf Luthers Ladung zum Reichstag nach Worms, da sie Unruhe und Empörung des „gemeinen Mannes“ fürchteten. So wurde Luther die Ladung des Kaisers unter Zusicherung freien Geleits überbracht. Am 17.

<sup>51</sup> PÁNEK 1992, 125–136; HOENSCH 1997, 191; CONRADS 2002, 217–223; VOREL 2002, 167–182; WINKELBAUER 2015c, 169; SUPPAN 2002a, 126–137; WILSON 2016, 172 u. 448–450; SCHULZE 1978. Andererseits erweiterte die Aristokratie der böhmischen Länder nach dem Vorbild Erzherzog Ferdinands von Tirol auf Schloss Ambras ihre Rüstkammern.

und 18. April 1521 stand Luther vor dem Kaiser und den Reichsständen, bekannte sich als Autor der vorliegenden Schriften und erklärte, „keinen Buchstaben [zu] widerrufen“, wie er dem Wiener Humanisten Johannes Cuspinian schrieb. Eine zeitgenössische Flugschrift machte Luthers „Red Und Widerred“ vor dem Reichstag rasch bekannt. Auf seiner Rückreise erfuhr Luther vom Wormser Edikt des Kaisers, das Luther zum Ketzer erklärte, über ihn die Reichsacht verhängte und den Druck, Verkauf und Besitz seiner Schriften verbot. Daher ließ der sächsische Kurfürst Friedrich der Weise, Luthers Landesherr, den gefährdeten Mönch entführen und auf der Wartburg bei Eisenach als „Junker Jörg“ verstecken. Auf der Basis von griechischen Bibelausgaben und der Vulgata übersetzte Luther in wenigen Monaten das Neue Testament, sodass – unter Mitwirkung von Cracach – bereits im September 1522 die erste Ausgabe in einer Auflage von über 3.000 Exemplaren in Wittenberg erschien. Luther hielt sich nicht nur an die kursächsische Kanzleisprache, sondern versuchte auch dem Volk, dessen treffende Wörter, Redewendungen und Sprachbilder er stilsicher beherrschte, „aufs Maul zu schauen“. Daher verbreitete sich Luthers Bibelübersetzung – 1534 schloss er auch die Übersetzung des Alten Testaments ab – innerhalb weniger Jahre im gesamten deutschen Sprachraum. Bereits zu seinen Lebzeiten waren eine halbe Million Bücher im Umlauf. Mit Luthers Bibelübersetzungen wurde Deutsch eine der großen Literatursprachen der Welt. Mit seinen Schriften gewannen auch die protestantischen Glaubenslehren in den böhmischen und österreichischen Ländern in allen Gesellschaftsschichten sehr rasch an Boden, unter Adeligen und Bauern wie unter Bergknappen, Bürgern und Studenten.<sup>52</sup>

Gegen die Ausbreitung des Luthertums und der Brüderunität versuchte Ferdinand eine Union zwischen katholischer Kirche und den romnahen Alt-Utraquisten zu fördern; 1548 verfügte er sogar das Verbot und die Ausweisung der Brüderunität. Zu Beginn der 1550er Jahre berief Ferdinand den Niederländer Petrus Canisius mit einer auserwählten Gruppe von Jesuiten nach Wien, um als Administrator des Bistums und von der Universität aus eine Gegenreformation einzuleiten. Die im Augsburger Religionsfrieden 1555 vereinbarte Bikonfessionalität und die der Gewissensfreiheit widersprechende Formel *cuius regio, eius religio*, die den Landesfürsten zum Herrn über das Glaubensbekenntnis seiner Untertanen machte, beanspruchte nun auch der seinem Bruder Karl V. 1556 als römisch-deutscher Kaiser nachfolgende Ferdinand I. innerhalb seiner Hausmacht. Daher entsandte er schon im Jahre 1556 die Jesuiten auch nach Prag und verlieh ihnen im *Collegium Clementinum* eigene Universitätsrechte, schuf also wissenschaftliche Konkurrenz zum utraquistischen *Carolinum*. Das Prager

<sup>52</sup> BÖRNERT u. a. 1983, 65–150; SCHILLING 2012, 205–278; MACGREGOR 2014, 91–111.

Kollegium bot bald auch Söhnen aus protestantischen Familien eine solide Erziehung und übte somit auf deren Eltern eine subtile missionarische Anziehungskraft aus. 1561 ließ Ferdinand schließlich den Prager Erzbischofsstuhl mit dem Großmeister des Kreuzherrenordens wiederbesetzen. Aber Ferdinands Sohn Maximilian II., der 1573 das Jesuitenkolleg in Olmütz zur Universität erhob, bestätigte 1575 die protestantische *Confessio Bohemica*, freilich nur mündlich und ausschließlich für die adeligen Stände, und sicherte damit für einige Jahrzehnte einen Glaubenskompromiss zwischen Katholiken, Lutheranern, Utraquisten und den Böhmisches Brüdern, wenn auch Unsicherheiten in Fragen der Lehre ein Zusammengehen der Protestanten verhinderten. Dem Wirken der Böhmisches Brüder war auch das Zustandekommen einer weitgehend textgerechten tschechischen Bibelübersetzung in einer zeitgemäßen, bildhaften Sprache zu verdanken, der zwischen 1579 und 1588 in sechs Teilen veröffentlichten Kralitzer Bibel (*Bible kralická*), die bis ins 18. Jahrhundert Vorbildcharakter behielt. Aber in den letzten Jahren des 16. Jahrhunderts verschlechterte sich die konfessionspolitische Lage, und das Patt zwischen der Dynastie und den konfessionell gespaltenen Ständen – die Herren von Lobkovic, Martinic, Slavata, Liechtenstein und Dietrichstein waren zum Katholizismus konvertiert – drohte unter dem Druck eines neuerlichen Türkenkrieges und einer sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage zu einem schärferen Konflikt zu eskalieren. Jedenfalls dürften sich um 1600 in der Habsburgermonarchie – mit Ausnahme des Königreiches Kroatien, des Herzogtums Krain und der Grafschaft Tirol – „im Durchschnitt etwa acht von zehn Einwohnern zu einer anderen Konfession als der römisch-katholischen bekannt haben“.<sup>53</sup>

Kooperation und Konkurrenz zwischen den landesfürstlichen Höfen in Wien, Prag, Pressburg/Pozsony/Bratislava (seit 1536 Hauptstadt Ungarns), Graz und Innsbruck führte nicht nur zum Austausch von neuen administrativen Techniken und künstlerischen Neigungen – im Stile der Renaissance und des Manierismus –, sondern auch zu intensiveren Begegnungen der adeligen Eliten, einschließlich der Hofdamen der Kaiserinnen. Dies zeigte sich bei genealogischen Verflechtungen ebenso wie bei gemeinsamen Kavalleristouren und Gesandtschaften. Aber auch die zunehmende kulturelle und wirtschaftliche Kooperation zwischen oberösterreichischen und südböhmischen sowie niederösterreichischen, südmährischen und westslowa-

<sup>53</sup> EBERHARD 1998, LXXXII–LXXXVI; EVANS 1986, 46–57; HOENSCH 1997, 210f.; BŮŽEK u. a. 2002, 55–98; WINKELBAUER 2015c, 159f. u. 201f.; WILSON 2016, 115–117; vgl. BAHLCKE 1994. Bereits zu Beginn des 17. Jahrhunderts waren auch dreißig der führenden ungarischen Magnatenfamilien – unter ihnen die Forgách, Batthyány, Révay, Esterházy und Pálffy – zur römisch-katholischen Kirche zurückgekehrt; auf dem Reichstag zu Ödenburg/Sopron 1622 erfolgte ein entscheidender Kompromiss zwischen Kaiser Ferdinand II. und den protestantischen Ständen. – MANNOVÁ 2000, 126.

kischen Städten sollte nicht unterschätzt werden. Josef Petráň wies nach, dass im südöstlichen Teil Mitteleuropas der Austausch zwischen komplementären Kleinregionen weitaus wichtiger war als die Integration in den Weltmarkt. Hierbei ist nicht zuletzt auf den von der habsburgischen Politik intensiv geförderten Salzhandel zwischen ihren Monopolbetrieben im Salzkammergut und dem an Salzangel leidenden Böhmen hinzuweisen. Bedeutung kam auch dem niederösterreichischen Weinexport nach Mähren, Schlesien und Böhmen zu, wobei ein Teil der Produktion aus dem westungarischen Gebiet um den Neusiedlersee stammte. Der Handelshorizont der böhmisch-mährisch-österreichischen Adelsresidenzen und Städte beschränkte sich freilich keineswegs auf diese Regionen, sondern weitete sich gerade im 16. Jahrhundert zu den süddeutschen Reichsstädten, zu den oberitalienischen Handelsmetropolen – im Besonderen zu Venedig – und zu den oberungarischen Bergstädten aus. Um 1600 waren die Prager Städte (Altstadt, Neustadt, Kleinseite, Hradschin, Judenstadt, Vyšehrad) mit 60.000 Einwohnern (davon etwa 10.000 Juden) die größte Agglomeration der Habsburgermonarchie, während Wien mit 50.000 Einwohnern noch zurücklag. Die größte schlesische Stadt, Breslau, zählte 1618 auch schon 30.000 Einwohner. Die Residenzstadt Graz hatte vor dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr als 12.000 Einwohner, die Residenzstadt Innsbruck gar nur 5.500, etwa gleich viel die mährische Landeshauptstadt Brünn. Hingegen zählte die Silberstadt St. Joachimsthal bereits um 1530 etwa 18.000 Einwohner, der Silbermarkt Schwaz in Tirol 10.000, das Eisen- und Eisenhandelszentrum Steyr 9.000. Die mährischen Städte Olmütz und Iglau hatten um 1600 wie Salzburg etwa 7.000 Einwohner, die größte ungarische Stadt Debrecen, rechtlich noch ein Marktflecken, vermutlich 10.000 Einwohner; Pressburg erreichte erst um 1720 eine Bevölkerungszahl von 8.000. Den alten Klosterschulen stellten die protestantischen Stände Landschaftsschulen gegenüber, die seitens der Jesuitengymnasien in vielen größeren Städten (Wien, Innsbruck, Graz, Linz, Prag, Leitmeritz, Olmütz, Breslau) die stärkste Konkurrenz erhielten und von diesen später übernommen wurden.<sup>54</sup>

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wandelten sich die großen Grundherrschaften in den böhmischen und österreichischen Ländern zu Gutskomplexen des Hochadels, die nicht nur mit höheren Robotleistungen ihrer Untertänigen die wirtschaftliche Effizienz steigerten, sondern auch mit dem Silberbergbau, der Glasherstellung sowie der Tuchmacherei und Leinenweberei. Für diese frühe Industrialisierung in den Randgebieten des Böhmerwaldes/Šumava, des Erzgebirges/Krušné hory, des Riesengebir-

<sup>54</sup> BŮŽEK / GRULICH 1992, 147–153; ZÖLLNER 1990, 236f.; KELLER 2005; SANDGRUBER 1995, 87–107; STAUDINGER 2006, 248; MANNOVÁ 2000, 112–114; CONRADS 2002, 284; RAINER 1973–2012; ZINGERLE 2012; KARNER 2015, 24–30; WINKELBAUER 2015c, 281.

ges/Krkonoše und der Beskiden/Beskidy – etwa auf den Gutsherrschaften Friedland/Frydlant und Reichenberg/Liberec – benötigten die Magnaten zusätzliche Neusiedler, wofür sie in erster Linie deutsche Bauern und Handwerker holten. Damit verschob sich die ethnisch-sprachliche Grenze wieder zugunsten der Deutschen. Erst jetzt – und ausgelöst durch zunehmende Grenzstreitigkeiten zwischen den Rosenbergnern und dem Bischof von Passau sowie zwischen den Herren von Neuhaus/Jindřichův Hradec und den Fürstenbergern – erwies es sich als notwendig, den bisher breiten Grenzraum genauer zu markieren. Andererseits ließen die Rosenberger in der Nähe der südböhmischen Kleinstadt Wittingau/Třeboň am Fluss Lainsitz/Lužnice ein modernes Teich- und Kanalsystem anlegen, das einerseits der Karpfenzucht und andererseits dem Betreiben von Mühlen und Holzschwemmen diente. Die Liechtenstein wiederum begannen auf ihren Gütern in Feldsberg/Valtice, Eisgrub/Lednice und Nikolsburg/Mikulov, die 1606 zu einem Fideikommiss zusammengefasst wurden, mit neuen Kulturpflanzen wie dem Maulbeerbaum zu experimentieren. In den Alpenländern erreichten die Salzgewinnung und der Eisenerzbergbau eine neue Blüte.<sup>55</sup>

Der kunstsinnige Kaiser Rudolf II. – der sich 1602 in Prag eine eigene Kaiserkrone anfertigen ließ, die ab 1804 die österreichische Kaiserkrone wurde, während sein Bruder Matthias noch einen Reichsapfel und ein Szepter hinzufügte – machte Prag wieder zur Residenz des Heiligen Römischen Reiches (Deutscher Nation) und berief Gelehrte und Künstler aus ganz Europa an seinen Hof, so aus Linz den ob seiner Gesetze über die Umlaufbahnen der Planeten berühmt gewordenen Astronomen Johannes Kepler. Rudolfs Hauptbankier wurde der aus Leutschau/Löcse/Levoča in der Zips stammende Lazarus Henckel von Donnersmarck, der zum Tuch- und Holz-Großhändler, Grundherrn und Montanindustriellen aufstieg, Mitglied des Inneren Rates der Stadt Wien wurde und wesentlich den „langen Türkenkrieg“ finanzierte. Die widersprüchliche Politik des Kaisers in Ungarn und gegenüber den Osmanen führte allerdings zu einem schweren Konflikt mit seinem Bruder Matthias, zum „Bruderzwist in Habsburg“, wie ihn Franz Grillparzer dramatisierte. Als Erzherzog Matthias mit protestantischen Ständen aus Oberösterreich, Mähren und Ungarn eine Konföderation zur Aufrechterhaltung des inneren und äußeren Friedens schloss, gewährte Kaiser Rudolf in einem „Majestätsbrief“ (*porovnáni*) 1609 den böhmischen und schlesischen Ständen weitgehende

<sup>55</sup> EBERHARD 1998, LXXXVII; vgl. PÁNEK 1996; CERMAN / ZEITLHOFER 2002, 174–191; ZÖLLNER 1990, 225–229. Karl von Liechtenstein, der 1599 konvertiert war, wurde 1606 Familienoberhaupt, sicherte die katholische Mehrheit im mährischen Landtag, wurde 1608 in den Stand eines Erbfürsten erhoben, erhielt 1613 gegen Zahlung von 159.000 Gulden das Herzogtum Troppau übertragen und 1623 das Herzogtum Jägersdorf. – BEATTIE 2005, 12–14.

Konzessionen hinsichtlich Religionsausübung, Kirchen- und Schulbau. Nun berief sich die protestantische Seite auf die souveränen Rechte des Monarchen hinsichtlich der Kirchengüter, während die Habsburger diese Rechte der Katholischen Kirche zugestanden. Obwohl der Mährer Karl von Zierotin/Žerotín ein Zusammengehen mit dem reichsdeutschen Protestantismus, und besonders mit der Kurpfalz, ablehnte, suchte der calvinistische Oberösterreicher Georg Erasmus von Tschernembl diese Verbindung. In dieser gespannten Lage gelang es dem energischen, aber kompromissbereiten Wiener Prälaten, Melchior Kardinal Klesl, die Kaiserwahl Matthias' 1612 durchzusetzen. Neben den konfessionellen nahmen in Böhmen aber auch die ethnischen Spannungen wieder zu, als 1615 der von tschechischen Herren und Rittern beherrschte böhmische Landtag beschloss, die deutsche Sprache im amtlichen Verkehr und im Gottesdienst wieder zurückzudrängen. Dennoch gelang es Kaiser Matthias II. mit Hilfe der spanischen Partei 1617, seinen in Innerösterreich regierenden Neffen Erzherzog Ferdinand, einen von Jesuiten erzogenen kompromisslosen Gegenreformer, durch persönliche Abstimmung im Prager Landtag als König von Böhmen durchzusetzen. Aber die böhmische Adelsopposition, bestehend aus Herren und Rittern und geführt von Heinrich Matthias Graf Thurn, rief sich an der Rechtsposition der kaiserlichen Statthalter, die etwa die Schließung einer lutherischen Kirche durch den Abt des Benediktinerklosters in Braunau/Broumov befürworteten.<sup>56</sup>

Die in Europa schon seit einigen Jahrzehnten schwelende konfessionelle „Totalkonfrontation“ (Heinz Schilling) schwappte nun auf die habsburgischen Länder über. Der Konflikt zwischen dem katholischen Kaiser und der protestantischen Ständeopposition in Böhmen, aber auch zwischen der katholischen „Liga“ und der protestantischen „Union“ im Reich, wurde durch den zweiten Prager Fenstersturz am 23. Mai 1618 gezündet, den die beiden tschechischen, jedoch katholischen Landesstatthalter Jaroslav Bořita von Martinic und Vilém Slavata von Chlum sowie ihr Schreiber Fabrizio überlebten. Erstaunlicherweise wurde Erzherzog Ferdinand von Innerösterreich 1619 zwar von den aufständischen Protestanten als König von Böhmen abgesetzt, aber zwei Tage später in Frankfurt am Main auch vom neu gewählten König, dem Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz, zum römisch-deutschen Kaiser gewählt. Die fünf böhmischen Länder (Böhmen,

<sup>56</sup> EVANS 1973; ZÖLLNER 1990, 205–209; JANÁČEK 1995; BŮŽEK 1993, 577–592; VÁLKA 1995, 60–77; HOENSCH 1997, 205–208; LOUTHAN 1997; PETRÁŇ 1998, 85–93; PATROUCH 2000; CONRADS 2002, 269f. Die spanischen Könige Philipp II. und Philipp III. ließen auch vielen Adeligen aus den Ländern der böhmischen Krone einmalige finanzielle Belohnungen wie auch regelmäßige Pensionen zukommen, so den Herren von Pernstein, Dietrichstein, Lobkowitz, Kolowrat, Liechtenstein, Khevenhüller und Egenberg. – EDELMAYER 2002.

Mähren, Schlesien und die beiden Lausitzen) schlossen jedoch die Confederatio Bohemica und verlangten eine autonome Regierung mit einem Generallandtag und einem gemeinsamen Höchstgericht. In der berühmten Schlacht auf dem Weißen Berg/Bílá hora westlich von Prag standen einander am 8. November 1620 keineswegs katholische Österreicher und protestantische Tschechen gegenüber – wie es die tschechische nationalistische Historiographie im 19. und 20. Jahrhundert hartnäckig behauptete –, sondern Regimenter der katholischen Liga und des habsburgischen Kaisers einerseits sowie der protestantischen Union andererseits, in denen halb Europa vertreten war: Bayern, Wallonen, Lothringer, Neapolitaner, Spanier, Niederösterreicher, Polen, „Kosaken“ und Kroaten auf katholischer Seite, Pfälzer, Sachsen, Böhmen, Mährer, Schlesier, Oberösterreicher, Ungarn, Holländer, Engländer, Schotten auf protestantischer Seite. Als der „Winterkönig“ Friedrich bereits am 9. November aus Prag flüchtete und sich in Richtung Schlesien absetzte, bestellte Kaiser Ferdinand II. sofort kaiserliche Kommissionen unter Karl von Liechtenstein in Böhmen und Kardinal Franz von Dietrichstein in Mähren. Das kaiserliche Blutgericht vom 21. Juni 1621 auf dem Altstädter Ring/Staroměstské náměstí in Prag traf Deutsche und Tschechen: drei Herren, sieben Ritter und 17 Bürger. In Böhmen wurden 491 von 925 Gütern enteignet, in Mähren 135 Güter. Der „Weiße Berg“ musste vor allem im 19. und 20. Jahrhundert dafür herhalten, den Wiener Zentralismus, den Katholizismus und das Deutschtum für alle Unzulänglichkeiten der weiteren Entwicklung der böhmischen Länder verantwortlich zu machen. Die „Wiedergutmachung“ des nach 1620 dem „tschechischen Volk“ durch „die“ Habsburger und „die“ Deutschen angeblich zugefügten Unrechts galt als wichtigstes Motiv für die Enteignungen nach 1918 und 1945. Der Dreißigjährige Krieg, der noch weitere 28 Jahre in Böhmen und Mähren wütete, blieb aber durchgehend ein Krieg der Konfessionen, nicht der Nationen, freilich auch ein Krieg der Großmächte Spanien und Österreich gegen Dänemark, Schweden und Frankreich.<sup>57</sup>

Noch 1621 wurden vom böhmischen Statthalter Karl von Liechtenstein die calvinistischen Prediger des Landes verwiesen, bald folgten ihnen auch die lutherischen Geistlichen. Als der Kaiser in einem Pachtvertrag einem

<sup>57</sup> POLIŠENSKÝ 1971, 54–109; POLIŠENSKÝ 1991, 191–229; HOENSCH 1997, 220–229; SCHILLING 1998, 13–22; ELLIOTT 1998, 23–40; CHALINE 1998, 95–101; CONRADS 2002, 271–276; WINKELBAUER 2003, Bd. 1, 92–104; Bd. 2, 26–29. Karl von Liechtenstein war vom Kaiser beauftragt worden, eine Untersuchung des Aufstandes durchzuführen, und ließ 27 vermeintliche Anführer gefangen nehmen und zum Tode verurteilen. Nach Bestätigung der Urteile durch den Kaiser führte Karl bei den öffentlichen Hinrichtungen den Vorsitz. Unter den Hingerichteten befanden sich auch der protestantische Graf Schlick, der Inhaber der Silbergruben in St. Joachimsthal/Jáchymov im Erzgebirge, und der Rektor der Karls-Universität, Jan Jessenius. In Mähren gab es hingegen keine Hinrichtungen.

Konsortium von Adeligen (einschließlich des Vorstehers der Prager jüdischen Gemeinde) alle böhmischen, mährischen und niederösterreichischen Münzstätten überließ, setzte sofort eine Münzverschlechterung ein, die in eine unkontrollierbare Inflation mündete. Die Herren von Liechtenstein, Eggenberg und Valdštejn/Waldstein aber nützten diese Situation zum Kauf von Herrschaften und Gütern. So schuf sich Albrecht von Waldstein/Wallenstein, ursprünglich lutherisch erzogen, aber bereits 1606 konvertiert, als Geldgeber und Militärorganisator binnen weniger Jahre in Nordostböhmen um Gitschin/Jičín, Reichenberg/Liberec und Friedland/Frýdlant einen geschlossenen Herrschaftsbereich, der ihm vom Kaiser 1624 als Fürstentum bestätigt wurde. Im selben Jahr wurde das katholische Bekenntnis zur allein anerkannten Religion erhoben, die Böhmisches Hofkanzlei nach Wien verlegt und Deutsch neben Tschechisch als Amtssprache eingeführt. Die nur deutsch veröffentlichte „Verneuerte Landesordnung“ 1627 erklärte schließlich das Königreich Böhmen, 1628 die Markgrafschaft Mähren zu erblichen Kronländern der Habsburger. Zwischen 1620 und 1628 sollen zwischen 100.000 (nach Anton Gindely) und 200.000 Personen (nach Vilém Slavata) Böhmen und Mähren verlassen haben, etwa 7% der Gesamtbevölkerung. Unter den Emigranten befanden sich 300 bis 350 von insgesamt 1.300 bis 1.400 Familien des Herren- und Ritterstandes, weiters der Bischof der böhmischen Brüderunität und berühmte Pädagoge Jan Amos Comenius (Komenský), viele Händler und Handwerker, auch bäuerliche Untertanen aus den nordböhmischen Kreisen, die grundsätzlich nicht das Emigrationsrecht besaßen. Nachdem die kaiserliche Armee unter Albrecht von Wallenstein, dem Herzog von Friedland, und das Heer der Liga unter Johann Tserclaes Graf Tilly ab 1625 nach Norddeutschland vorgestoßen waren, beherrschten sie militärisch das Heilige Römische Reich vom Bodensee bis zur Ostsee. Aber im Juli 1630 griff der schwedische König Gustav II. Adolf offensiv in den Krieg ein, fand in Kurbrandenburg und Kursachsen Bündnispartner und schlug die Kaiserlichen wie auch die Liga zurück. Im November 1632 fiel allerdings König Gustav in der Schlacht bei Lützen, im Februar 1634 wurde Generalissimus Wallenstein – dem geheime Verhandlungen mit Schweden, Frankreich, Sachsen und Brandenburg vorgehalten wurden – von kaiserlichen Offizieren im Pachelbelschen Haus in Eger ermordet. Friedrich Schiller setzte ihm mit seiner dramatischen Trilogie „Wallenstein“ (1800) ein unsterbliches Denkmal.<sup>58</sup>

<sup>58</sup> EVANS 1986, 151–175; ZÖLLNER 1990, 214–217; SANDGRUBER 1995, 137; HOENSCH 1997, 230–232; CONRADS 2002, 277–279; LOUTHAN 2009; WINKELBAUER 2015c, 180–185 u. 237f. Zum Vergleich: Unter physischem Druck von „Religionsreformationskommissionen“ dürften zwischen 1598 und 1605 ungefähr 11.000 Personen aus Innerösterreich ins Reich ausgewandert sein. Zwischen 1613 und 1628 kam es zur Vertreibung der nicht den Landständen angehörenden nobilitierten Protestanten, ab Herbst

Der Dreißigjährige Krieg traf die böhmischen Länder auch in seinem letzten Drittel besonders schwer, standen doch feindliche schwedische Truppen zwischen 1639 und 1648 ohne Unterbrechung im Land und trugen wesentlich zur Dezimierung der Bevölkerung Böhmens und Mährens bei. Schwedische Streifscharen stießen sogar bis Krems an der Donau vor. Nach der Steuerrolle (*Berni rula*) aus dem Jahre 1654 soll ein Drittel Böhmens verwüstet worden sein; freilich war der Grad der Verödung von Herrschaft zu Herrschaft unterschiedlich. Aus dem durch Krieg und Exil verursachten Arbeitskräftemangel resultierten die Vergrößerung der grundherrlichen Eigenwirtschaften, Bemühungen um Neubestiftung sowie Verstärkung der Erbuntertänigkeit. Prag, dessen Einwohnerzahl von 60.000 im Jahre 1618 auf 26.400 im Jahre 1648 zurückging, erlitt Belagerung und Plünderung seitens schwedischer Truppen unter General Königsmarck, die auf dem Hradschin den großen Rest der Kunst- und Raritätensammlung Kaiser Rudolfs II. erbeuteten (auch den berühmten *Codex argenteus* mit einem Teil der gotischen Bibelübersetzung des westgotischen Bischofs Wulfila) und auf Befehl der Königin Christine – trotz kaiserlichen Protests – nach Schweden transportieren. Allerdings wurde die Prager Altstadt von Studenten, Bürgern, Mönchen und jesuitischen Professoren erfolgreich verteidigt.<sup>59</sup>

Der westfälische Friedenskongress sollte vier große militärische Konflikte in Europa beenden: den französisch-spanischen Krieg; den Krieg zwischen den nördlichen Niederlanden und Spanien; den Krieg zwischen Frankreich und dem Kaiser sowie einem Teil der Reichsstände; und den Krieg zwischen dem Kaiser mit einem Teil der Reichsstände und Schweden. Erst am 24. Oktober 1648 wurden die Verträge zwischen dem Kaiser und Frankreich in Münster bzw. dem Kaiser und Schweden in Osnabrück unterzeichnet. Das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ blieb zwar ein mehr oder minder funktionierender Friedensverband (von sieben Kurfürsten, rund 70 geistlichen und weltlichen Fürsten, Prälaten und Grafen und über 60 Reichsstädten), war aber zu einer offensiven Machtpolitik nicht mehr imstande. Bald sollte es gegenüber der aggressiven Außenpolitik von Louis XIV. auch als Verteidigungsverband versagen. Kaiser Ferdinand III. musste zwar an Frankreich die linksrheinischen Besitzungen und an Sachsen die beiden Lausitzen abtreten und verlor seine politische Vormachtstellung im Reich, gewann jedoch die ungehinderte Souveränität

---

1628 mussten etwa 750 Adelige die Steiermark, 160 Kärnten verlassen. Viele Adelsfamilien spalteten sich in einen im Land bleibenden katholischen und einen emigrierenden evangelischen Zweig. – WINKELBAUER 2015c, 233f.

<sup>59</sup> WINKELBAUER 2003, Bd. 2, 27f.; KLÍMA 1988, 192–212; HOENSCH 1997, 233–235; LANGER 1998, 196. Den größeren Teil der rudolfinischen Sammlungen hatte bereits Kaiser Matthias von Prag nach Wien bringen lassen. – FUČIKOVÁ 1998, 173–180.

über die Erblände, die böhmischen Länder und die habsburgischen Teile Ungarns. Insgesamt rechtfertigten freilich die relativ geringen Gewinne der beteiligten Mächte keineswegs die schweren Verluste von 2 Millionen Soldaten auf den Schlachtfeldern, gar nicht zu reden von den 5 Millionen Toten insgesamt im Heiligen Römischen Reich, immerhin ein Fünftel der Bevölkerung. Die Zahl der Protestanten in Europa ging von etwa 28 Millionen im Jahre 1600 auf 15 Millionen im Jahre 1648 zurück.<sup>60</sup>

Die Zeit zwischen der Schlacht auf dem Weißen Berg und der Mitte des 18. Jahrhunderts nannte die tschechische Geschichtsschreibung des 19. und langer Abschnitte des 20. Jahrhunderts die Epoche der „Finsternis“ (*temno*). Präsident Tomáš G. Masaryk und Außenminister Edvard Beneš argumentierten damit im und nach dem Ersten Weltkrieg, Präsident Klement Gottwald nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>61</sup> Tatsächlich zählte man bis zum Beginn der Franzosenkriege 1792 insgesamt 63 Friedens- und 81 Kriegsjahre, die in Summe jedoch den böhmischen Ländern und dem Großteil ihrer Bevölkerung eine weitgehend positive demographische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung brachten. Kaiser Ferdinand III. konnte Absolutismus und Katholizismus in seinen Erbländern weitgehend durchsetzen, sodass seine Regierung die einzig denkbare Ordnungsmacht im östlichen Mitteleuropa verkörperte. Als absoluter Herrscher konnte er in seinen Ländern den bürokratisch-militärischen „Territorialstaat“ ausbauen, in dem die gräfliche Familie Paar als erbländisch-österreichische Postmeister ein Kommunikationsnetz von Kärnten bis Böhmen und Ungarn errichtete. Die Hofämter wie auch die Verwaltungsposten in den Kronländern wurden nun fast ausschließlich mit Katholiken besetzt. Das Gericht über die Rebellen hatte Hunderte von protestantischen Adeligen, Bürgern und Städten zum Verlust ihrer Güter verurteilt, welche die Hofkammer verkaufte oder dem katholischen tschechischen Adel, den Bischöfen und Orden, vor allem den Jesuiten, aber auch kaiserlichen Generälen und österreichischen Adelsfamilien schenkte, die damit die Basis für eine neue, habsburgtreue Adelsschicht bildeten. So erhielt 1622 Hans Ulrich von Eggenberg die ausgedehnte Herrschaft Krumau/Český Krumlov, die 20 Jahre zuvor vom letzten Rosenberg, Petr Vok, an Kaiser Rudolf II. verkauft worden war. Damit erfolgte insgesamt ein „Elitenwechsel“ zu über

<sup>60</sup> BLOCKMANS 1997, 182–201 u. 247; DUCHHARDT 1998, 41–47; REPGEN 1998, 355–372; ZÖLLNER 1990, 220f.; BÉLY 2005, 297–301. Im Frieden von Osnabrück 1648 erhielten fünf schlesische Herzöge und ihre Untertanen sowie die Landeshauptstadt Breslau das Recht der freien Religionsausübung, drei andere Erbfürstentümer durften „Friedenskirchen“ errichten. Auf Intervention König Karls XII. von Schweden musste Kaiser Leopold I. in der Konvention von Altranstädt 1707 den Lutheranern Schlesiens die Zusicherung freier Religionsausübung erneuern und die Errichtung sogenannter „Gnadenkirchen“ gestatten. – CONRADS 2002, 290–302; WINKELBAUER 2015c, 238–241.

<sup>61</sup> PETRÁŇ / PETRÁŇOVÁ 1998, 143–163; HLAVAČKA 2002a; WILSON 2016, 441–444.

400 katholischen Familien aus Österreich, dem Reich, Italien, Spanien, Portugal, den katholischen Niederlanden und Irland, die nun auch das „Inkolat“ erlangten. Freilich konnte der katholische Teil des alten böhmischen und mährischen Herrenstandes nach 1620 seine Position nicht nur festigen, sondern in der obersten Landesverwaltung sogar ausbauen. Im Verlauf des 17. Jahrhunderts besetzten so gut wie ausschließlich Angehörige der Familien Slavata, Martinitz/Martinic, Lobkowitz/Lobkovicové, Waldstein/Valdštejn, Czernin/Černínové und Nostitz-Rienek (aus alter Lausitzer Familie) die höchsten böhmischen Landesämter eines Oberstkanzlers, Oberstburggrafen, Böhmisches Kanzlers, Oberstlandrichters, Oberstlandkammerers und Obersthofmeisters. Mitglieder dieser Familien saßen nach 1624 auch im Geheimen Rat in Wien. Im Übrigen galt die Instruktion für einen Oberhauptmann der böhmischen Kammerherrschaften Ferdinands III. aus dem Jahre 1637 als Vorbild für eine moderne Verwaltungsorganisation. Unter Kaiser Leopold I. spielten dann die mährischen Herren Gundaker Fürst Liechtenstein, dem 18,2% der Fläche Mährens gehörte, und Gundaker Fürst Dietrichstein, der im Winter 1670/71 zahlreiche der etwa 5.000 aus Wien und Österreich unter der Enns ausgewiesene Juden in seiner Herrschaft Nikolsburg/Mikulov aufnahm, eine größere Rolle. Bei aller antijüdischen Propaganda und Ausschreitungen ist nicht zu klären, welche Gründe ausschlaggebend für die Ausweisungserlässe des Kaisers waren. Da viele vertriebene Juden in Mähren Aufnahme fanden, nahm ihre Zahl in den dortigen Städten und Herrschaften gegen Ende des 17. Jahrhunderts bedeutend zu.<sup>62</sup>

Im Geiste des Merkantilismus wurde die Bevölkerung zu immer intensiverer Arbeit angehalten – sei es durch Verbesserung der Dreifelderwirtschaft, durch Umwandlung von Grasland in Ackerland, durch Förderung der Meliorationen, durch Ausweitung der Milchmeierei in der Umgebung der Großstadt Wien, mit dem zunehmenden Mais- und Kartoffelanbau und durch Eindämmung der Rinderseuchen. Das Verlagssystem, in welchem der Kaufmann dem Produzenten Rohstoffe und Kapital zur Verfügung stellte und den Vertrieb der Waren übernahm oder garantierte, leitete von der Handwerkswirtschaft zur Protoindustrialisierung über. Freilich wollten die österreichischen Merkantilisten auch die französische Seidenindustrie, die englische Wollmanufaktur und die venezianische Glaserzeugung nachahmen. So errichtete Graf Sinzendorf 1666 auf seiner Herrschaft Walpersdorf ein Seidenfilatorium, 1701 entstand eine Spiegelfabrik in Neuhaus, 1718 die Wiener Prozellanmanufaktur, 1723 die Kattunfabrik (Kottonfabrik) in Schwechat und 1729 die Tabakfabrik in Hainburg. Schon 1672 war die

<sup>62</sup> VÁLKA 1995; WINKELBAUER 1999; MAT’A 2004; SANDGRUBER 1995, 140; HOENSCH 1997, 232f. u. 237; STAUDINGER 2006, 284–288 u. 330–337; MUTSCHLECHNER 2011, 45–51; WILSON 2016, 107; HÖBELT 2008; KELLER / CATALANO 2010.

privilegierte Linzer Wollzeugfabrik gegründet worden, die für die etablierten Weber und Färber bald eine übermächtige Konkurrenz darstellte. Nach ihrer Verstaatlichung im Jahre 1754 beschäftigte sie bis zu 2.000 Mitarbeiter in der Fabrik selbst und bis zu 50.000 im Nebenerwerb. Aber nicht nur in der Umgebung von Wien und Linz begann die Protoindustrialisierung, sondern auch im verkehrsfernen Waldviertel gab es einige Ansätze von fabrikmäßiger Tuchmacherei, zum Teil mit Meister und Gesellen aus Südmähren und Südböhmen.<sup>63</sup>

Dank des bald nach dem Westfälischen Frieden 1648 wiedererworbenen Reichtums der neuen Aristokratie und der Kirche erfolgten der Wiederaufbau und die Ausgestaltung Prags zu einer der schönsten mitteleuropäischen Barockstädte, womit es neuerlich in Konkurrenz zu Wien trat. Der kaiserliche Feldherr Wallenstein hatte schon in den 1620er Jahren sein frühbarockes Palais Waldstein auf der Kleinseite/Malá strana errichten lassen, bald folgten die Grafen von Martinitz, Nostitz, Czernin und Sternberg. Nach einer Feuersbrunst im Jahre 1689 erhielt die Stadt das unverkennbare Bild des berühmten „Prager Barock“. Sie verdankte dies sowohl den Kirchen- und Klosterbauten der Orden als auch dem weiteren Bau von Adelspalästen seitens der Familien Auersperg, Buquoy, Clam-Gallas (Architekt: Johann Bernhard Fischer von Erlach), Colloredo-Mansfeld, Liechtenstein, Lobkowitz und Thun-Hohenstein. Das Bildungswesen war schon 1622 den Jesuiten übertragen worden, welche in Prag das *Carolinum* und das *Clementinum* zur *Carolo-Ferdinanda* vereinigten, zahlreiche Kollegien einrichteten und gemeinsam mit den Franziskanern, Kapuzinern, Piaristen und anderen Orden eine dichte Pfarrei- und Wallfahrtsseelsorge aufbauten. Mit ihren Chören, Musikschulen und Opern entwickelten die Orden – wie der Adel mit seinen Hofkapellen – in der Folge eine beachtliche barocke Musikkultur. An der Donau wurden die prächtigen Benediktinerstifte St. Florian, Melk (Jakob Prandtauer) und Göttweig ausgebaut, Kaiser Karl VI. selbst förderte den Bau der Klosterresidenz Klosterneuburg, des Lustschlosses zu Schönbrunn (von Fischer von Erlach begonnen, aber erst unter Maria Theresia fertiggestellt) und der Wiener Karlskirche (Fischer von Erlach) sowie den weiteren Ausbau der Hofburg, während der erfolgreiche Feldherr Prinz Eugen von Savoyen zum Teil mit der Türkenbeute das Obere und Untere Belvedere von Lucas von Hildebrandt errichten ließ. Bereits Kaiser Leopold I. hatte einen neuen Trakt der Hofburg, den Leopoldinischen Trakt, aufbauen lassen, in dem seit 1945 die österreichischen Bundespräsidenten residieren. Auch die aristokratischen Familien der Schönborn, Liechtenstein, Dietrichstein, Lobkowitz, Kinsky, Kaunitz, Starhemberg und Schwarzenberg ließen sich in Wien repräsen-

<sup>63</sup> SANDGRUBER 1995, 143–180.

tative Stadtpalais erbauen, während die ebenfalls reichen Erzbischöfe von Salzburg und Olmütz mit prunkvollen Residenzen mithielten. Insgesamt war aber eine mannigfaltige und zunehmende subtile Anziehungskraft des habsburgischen Hofes zu konstatieren, die eine kulturelle Symbiose in der gesamten Monarchie einleitete. So entstand eine böhmisch-mährisch-österreichische Barocklandschaft, die auch heute noch die verschiedenen Regionen Österreichs und Tschechiens zu seltener Harmonie verbindet und nach Sachsen, Schlesien, Galizien, nach Ober- und Westungarn, in die Steiermark, ja bis nach Kroatien, Krain, Oberitalien und Bayern ausstrahlt. Zu dieser Zeit entwickelte sich auch eine spezifisch „österreichische“ barocke Frömmigkeit (*pietas Austriaca*),<sup>64</sup> die nicht zuletzt in zahlreichen Mariensäulen (etwa auf dem Altstädter Ring in Prag), Nepomuk-Statuen (etwa auf der Prager Karlsbrücke), Dreifaltigkeits- oder Pestsäulen (etwa auf dem Graben in Wien) und Wallfahrten ihren Ausdruck fand. Der Augustiner Abraham a Sancta Clara, ein aus dem Hegau nach Wien gekommener Schwabe, schuf als sprachgewaltiger Hofprediger Leopolds I. die eigentliche publizistische Leistung des österreichischen Barockkatholizismus. In der religiösen Erbauungsliteratur wie in der volkssprachlichen Literatur der Jesuiten (vgl. Bohuslav Balbín 1682: *Bohemia sancta*) wurde auch die tschechische Sprache weitergepflegt, während man im protestantischen Untergrund die „Kralitzer Bibel“ der Brüderunität verwendete und sowohl antihabsburgische als auch antirömische Tendenzen tradierte. Dieser Kryptoprottestantismus hielt sich vor allem in den Grenzgebieten zu Sachsen, Schlesien und Oberungarn, aber auch im Salzkammergut, in der Obersteiermark und in Oberkärnten. Während Kaiser Leopold 1670 die jüdische Gemeinde Wiens zur Auswanderung zwang, lud er den jüdischen Bankier Samuel Oppenheimer nach Wien ein, um seine Kriege gegen die Osmanen finanzieren zu können.<sup>65</sup>

Vom ersten Viertel des 16. bis ins erste Viertel des 18. Jahrhunderts war die Habsburgermonarchie vor allem vom Expansionsdrang der Osmanen und Bourbonen bedroht und herausgefordert. Diese beiden „stabilen Feindschaftsachsen“ (Michael Hochedlinger) zwangen die Habsburger zu immer wiederkehrenden militärischen Auseinandersetzungen in Südosteuropa, in Oberitalien, am Rhein und in den Niederlanden. Trotz Aufbau

<sup>64</sup> Als freilich 1670/71 eine ungarisch-kroatische „Magnatenverschwörung“ gegen die habsburgische Herrschaft aufgedeckt wurde, blieb der Appell an die *clementia Austriaca* erfolglos. Die Grafen Ferenc Nádasdy, Petar Zrinski, Fran Kristo Frankopan und Hans Erasmus von Tattenbach wurden enthauptet. – SUPPAN 2002, 117–120.

<sup>65</sup> EVANS 1986, 20f., 32 u. 70f.; ZÖLLNER 1990, 296 u. 300f.; WINTER 1971, 15–56; VÁLKA 1995, 181–244; ROKYTA 1997, Böhmen; Mähren und Schlesien; KARNER 2015, 144–175; WINKELBAUER 2015c, 249–252; vgl. VLNAS 2001; DUINDAM 2003. Leopold I. gründete 1702 eine Jesuitenuniversität in Breslau, die Leopoldina, deren prachtvolles Gebäude noch heute den Mittelpunkt der Universität darstellt.

und Ausbau einer Kroatisch-Slawonischen Militärgrenze seit Ferdinand I. zwischen oberer Adria und Drau und ihrer stützpunktartigen Fortsetzung in West- und Oberungarn kam es um 1600 zum „Langen Türkenkrieg“ und zwischen 1683 und 1699 zum „Großen Türkenkrieg“. Zwar gelang dem kaiserlichen Feldherrn Generalfeldmarschall Raimondo Montecuccoli 1664 ein überraschender Sieg gegen das osmanische Hauptheer bei Mogensdorf (im südlichen Burgenland), aber nach „Magnatenverschwörung“ und „Kuruzzenkrieg“ in Ungarn marschierte Großwesir Kara Mustafa im Juli 1683 mit nahezu 200.000 Mann bis nach Wien vor und belagerte es zwei Monate. Kurz vor dem vermutlich entscheidenden Sturm auf die von Ernst Rüdiger Graf Starhemberg mit etwa 11.000 Söldnern und 5.000 Bürgern, Studenten und Hofbediensteten verteidigte Stadt rückte vom Nordwesten ein Entsatzheer von fast 70.000 Mann unter dem Oberbefehl des polnischen Königs Jan III. Sobieski heran – bestehend aus Kaiserlichen, Reichstruppen (Sachsen, Bayern, Schwaben, Franken), Polen, Kroaten und Ungarn – und fügte den osmanischen Belagerern am 12. September eine vernichtende Niederlage zu, die den Niedergang des osmanischen Imperiums einleitete. Diese Entsatzschlacht wurde somit zu einer der Entscheidungsschlachten der Weltgeschichte. Bereits ein Jahr später initiierte Papst Innozenz XI. die „Heilige Liga“ mit dem Kaiser, Polen und Venedig, der sich bald auch Zar Peter der Große anschloss. 1686 eroberten die Verbündeten Ofen/Buda, 1688 Belgrad/Beograd. Die endgültige Entscheidung führte 1697 der neue Oberbefehlshaber der Kaiserlichen, Prinz Eugen von Savoyen, durch einen Überraschungsangriff auf das osmanische Hauptheer bei Zenta/Senta an der Theiß herbei; neuerlich kamen Zehntausende osmanische Soldaten ums Leben. Nach 16-jährigem Türkenkrieg, der die Zivilbevölkerung aller habsburgischen Länder schwer belastete, musste der Sultan im Jänner 1699 im Frieden von Karlowitz/Sremski Karlovci Ungarn und Siebenbürgen mit Ausnahme des Banats von Temeschwar/Temesvár/Timișoara an den Kaiser abtreten, ebenso große Teile Kroatiens und Slawoniens. Nach neuerlichen Siegen des Prinzen Eugen 1716/17 bei Peterwardein/Petrovaradin und Belgrad erwarben die Habsburger sogar den Banat, Syrmien, die Kleine Walachei, das nördliche Serbien und einen nördlichen Grenzstreifen von Bosnien; die letzten drei Länder mussten aber 1739 wieder abgetreten werden, sodass sich die Save-Donau-Linie als Grenze zum Osmanischen Reich für 140 Jahre stabilisierte. Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann sich die „Türkenfurcht“ als Schreckens-Stereotyp in eine „Turquerie“ friedlichen Inhalts zu wandeln, wie sie in Mozarts Oper „Die Entführung aus dem Serail“ zum Ausdruck kommt.<sup>66</sup>

<sup>66</sup> BRAUBACH 1962–1965; BARKER 1967; ZÖLLNER 1990, 252–257 u. 267–275; SANDGRUBER 1995, 121f.; WINKELBAUER 2015c, 208–217; WILSON 2016, 460f.; HOCHEDLINGER

Bis zum Aussterben der spanischen Habsburger in der männlichen Linie hatte es durchaus Kooperation der beiden habsburgischen Linien gegeben, freilich leitete zuerst der Westfälische Frieden, dann der Pyrenäenfrieden das Ende der spanischen Hegemonie ein. Frankreich unter Louis XIV. trat an seine Stelle, bald jedoch herausgefordert von England und den niederländischen Generalstaaten. Nach dem Tode Karls II. von Spanien im November 1700 erhoben der französische König für Philipp von Anjou und Kaiser Leopold I. für seinen jüngeren Sohn Karl Anspruch auf die spanischen Kronen. Der anfängliche französisch-österreichische Krieg erweiterte sich schon 1701 zu einem (west-)europäischen Krieg, da England und die Generalstaaten mit Österreich eine „Große Allianz“ schlossen, welcher 1702 eine Reichskriegserklärung gegen Louis XIV. folgte. Im Bündnis mit den Seemächten – unter dem Kommando von John Churchill, Herzog von Marlborough – gelang dem Prinzen Eugen die Zurückdrängung der französischen Truppen aus Süddeutschland, Oberitalien und den Niederlanden. Die Militärausgaben der Habsburgermonarchie stiegen freilich im ersten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts auf über 90% der gesamten Staatsausgaben an, wozu auch der Aufstand des siebenbürgischen Fürsten Ferenc II. Rákóczi in Ungarn beitrug. Die Kriege wurden teilweise mit den Abgaben auf Salz, Tabak, Bier und Wein finanziert, aber wesentlich auch von den jüdischen Bankhäusern Oppenheimer und Wertheimer,<sup>67</sup> die somit zu den größten Staatsgläubigern aufrückten und an den Rand des Bankrotts gerieten. Als der spanische König Karl III. 1711 seinem einer Pockenepidemie erlegenen Bruder Joseph als Kaiser nachfolgte, zeigten aber die Seemächte kein Interesse an einer Vereinigung der *Monarchia Hispanica* mit der *Monarchia Austriaca* und schlossen 1713 mit Frankreich den Frieden von Utrecht, dem der Kaiser ein Jahr später mit dem Frieden von Rastatt folgen musste. Immerhin behaupteten die Habsburger die Spanischen Niederlande, die Herzogtümer Mailand und Mantua sowie für 20 bzw. 15 Jahre die Königreiche Neapel und Sizilien.<sup>68</sup>

Kaiser Karl VI., der nach 1718 über ein Imperium von 720.000 km<sup>2</sup> zwischen Nordböhmen und Sizilien sowie zwischen Brüssel und Belgrad herrschte, ließ sich mangels eines männlichen Nachfolgers und zur Sicherung der Nachfolge für seine Tochter Maria Theresia von allen Landtagen die „Pragmatische Sanktion“ von 1713 mit der Unteilbarkeit seines Reiches (*indivisibiliter ac inseparabiliter*) und die Primogeniturerbfolge in männlicher und weiblicher Linie in der Gesamtmonarchie bestätigen,

---

2003; BÉLY 2005, 340–344.

<sup>67</sup> Sowohl Samuel Oppenheimer als auch sein Neffe Samson Wertheimer stiegen zu „Hofjuden“ Kaiser Leopolds I. auf. – LIND 2006, 340–346.

<sup>68</sup> WINKELBAUER 2015c, 188–192; ZÖLLNER 1990, 257–264.

konnte damit aber keinen absolutistischen Einheitsstaat<sup>69</sup> wie etwa Frankreich, Russland oder Preußen bilden, sondern lediglich „eine monarchische Union ihrer Königreiche und Länder, die jede für sich Ständestaaten waren“. Dennoch blieb die „Pragmatische Sanktion“ das einzig dauernd gültige und unbestritten anerkannte Verfassungsgesetz der „Monarchie des Hauses Österreich“, die einem Fideikommiss glich. Auch Prinz Eugen hatte dem Kaiser geraten, „dass soviel als möglich ist, ein totum aus E. Kaiserl. und Apostolischen Majestät weitläufigen und herrlichen Monarchie [zu] machen“.<sup>70</sup>

Die Bevölkerung der neuen habsburgischen Großmacht an der Donau war um 1740 mit rund 18 Millionen Einwohnern (davon knapp 13 Millionen in den österreichischen, böhmischen und ungarischen Ländern sowie 5 Millionen in den Niederlanden und in Italien) nicht viel kleiner als jene der beiden anderen kontinentalen Großmächte Frankreich (ca. 23 Millionen) und Russland (ca. 24 Millionen), mit dem es seit 1726 ein Bündnis gab. Ganz Europa hatte um 1750 noch nicht mehr als 120 Millionen Einwohner. Um 1700 hatte die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien bereits mehr als 100.000 Einwohner und hatte damit bereits doppelt so viele Einwohner wie Prag und fünfmal so viele wie Graz. Zur Zeit des Türkenkrieges 1683–1699 hatten die böhmischen Länder – allen voran Schlesien mit seinen Leinenmanufakturen – bis zu 60% der Steuerlast des Gesamtstaates aufgebracht, wobei die Grund- und Gutsherren die Robotleistungen der Bauern kräftig erhöhten, die nicht selten mit Unruhen und Aufständen reagierten (schon 1573 in Innerösterreich, 1596/97 in Niederösterreich, 1625/26 in Oberösterreich, 1680 in Böhmen). Um das langfristige Wachstum der finanziellen Ressourcen zu sichern, war Wien schon seit den 1680er Jahren zur „Landrekruutenstellung“ durch die Landtage der österreichischen und böhmischen Länder zur Ergänzung der kaiserlichen Armeen übergegangen und hatte 1697 im Sinne der Verbesserung der Kooperation zwischen den kaiserlichen Zentralbehörden eine „Deputation des Status

<sup>69</sup> Kurz nach dem Entsatz der Residenzstadt Wien veröffentlichte der Merkantilist und Kameralist Philipp Wilhelm von Hörnigk 1684 die wirtschaftspolitische Kampfschrift „Oesterreich über alles, wann es nur will“, die in den folgenden einhundert Jahren mindestens 24 weitere Ausgaben erlebte. Hörnigk übergang die verfassungsrechtlichen Eigenheiten der einzelnen Länder und betrachtete die Monarchie als zentral regierten fürstlichen Verwaltungs- und Beamtenstaat, in dem die böhmischen und österreichischen Länder einen gewerblich-industriellen, die ungarischen Länder einen agrarischen Schwerpunkt bilden sollten. – WINKELBAUER 2015c, 207; SANDGRUBER 1995, 139f.

<sup>70</sup> BRUNNER 1990, 447; KLINGENSTEIN 1995, 192; WINTER 1971, 84; WINKELBAUER 2015c, 188–195. Bis 1725 nahmen alle Landtage die neuen Erbfolgeregelungen an, dann folgten Russland, Brandenburg-Preußen, Großbritannien, die Generalstaaten, Dänemark und Frankreich. Vgl. den Stammbaum der Habsburger von Ferdinand I. bis Franz Joseph I. in ZÖLLNER 1990, Tafel II u. III, und WILSON 2016, Tree 7.

publico-oeconomico-militaris“ geschaffen. Auf Basis der Bündnisse mit Großbritannien und den Niederlanden und aufgrund der Aufnahme von Staatsanleihen auf den Finanzplätzen Amsterdam und London musste eine moderne Verwaltung der Staatsschuld eingerichtet werden, wurde die Wiener Stadtbank 1706 gegründet und wurde allmählich ein System indirekter Steuern und landesfürstlicher bzw. staatlicher Monopole (Tabakmonopol, Salzmonopol, Lottomonopol) aufgebaut. Aber auch in Großbritannien, Frankreich, Spanien und den Niederlanden waren infolge des Spanischen Erbfolgekrieges die Staatsschulden enorm gestiegen. Kaiser Karl ließ im Geiste des Merkantilismus neue Post- und Kommerzialstraßen (auch „Kaiserstraßen“ genannt) errichten, die nun Wien mit Brünn, Olmütz, Breslau, Prag, Ofen, Graz, Triest und Fiume verbanden. Zur Förderung des Seehandels erklärte er 1719 Triest/Trieste und Fiume/Rijeka zu Freihäfen, während er die Handelskompanie von Ostende als Gegenleistung für die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion durch London auflösen musste. Zur selben Zeit begann man die obere Elbe und die Moldau (bis Prag) schiffbar zu machen. Und gerade in den böhmischen Ländern begannen die großen Gutsherren wie die Gallas, Waldstein – die 1715 in Oberleutendorf/Horní Litvínov die erste Tuchfabrik in Böhmen gründeten –, Kautz und Kinský Tuch- und Glasmanufakturen aufzubauen, die beachtliche Exporterfolge erzielten. Schweizer, holländische, flämische, englische und deutsche Fachleute waren am Aufbau dieser ersten Manufakturen beteiligt. Zu einer österreichisch-böhmischen Zollunion kam es allerdings erst im Jahre 1775. Da die Landtage und Städte immer wieder den Tätigkeitsbereich der Juden als Zollpächter und Immobilienverwalter einschränken wollten, dekretierte Karl VI. 1726/27 die Begrenzung der jüdischen Familien in Böhmen auf 8.541 sowie in Mähren auf 5.106 und in Schlesien auf 119, während ihre Zahl im Prager Ghetto nach der Pest auf unter 8.000 sank. Aufgrund der gegen die Prager Juden während des österreichischen Erbfolgekrieges erhobenen Verratsvorwürfe befahl Königin Maria Theresia im Dezember 1744 ihre Ausweisung. Die Hofjuden des Reiches sowie die großen Frankfurter und Hamburger Gemeinden intervenierten, konnten aber nur die Vertreibung aus ganz Böhmen und Mähren verhindern, nicht jene aus Prag.<sup>71</sup>

<sup>71</sup> EBERHARD 1998, XCVf.; KLINGENSTEIN 1995, 149–220; HOENSCH 1997, 255–259; BLOCKMANS 1997, 98; WINTER 1971, 81–131; CONRADS 2002, 319–329; LIND 2006, 371–376; BLAZNIK u. a. 1980, 650–654; WINKELBAUER 2015c, 195–199. Zur selben Zeit ließ der Erzbischof von Salzburg, Leopold Anton Graf Firmian, Jesuitenmissionare einsetzen, um die „Ketzeri“ im Lande endlich „auszurotten“. Tatsächlich mussten im Winter 1731/32 über 20.000 Evangelische (überwiegend Kleinbauernfamilien, Tagelöhner, Handwerker, Knechte und Mägde) das Land verlassen, die der preußische König Friedrich Wilhelm I. in Ostpreußen und Preußisch-Litauen ansiedelte. – WINKELBAUER 2015c, 241–244.

Am Ende des Spanischen Erbfolgekrieges und des Nordischen Krieges (zwischen Russland und Schweden) etablierte sich ein neues europäisches Mächtesystem dynastischer Staaten (Habsburger, Bourbonen, Romanovs, Hohenzollern, Hannover), aus dem sich nach 1763 die Pentarchie Großbritannien, Frankreich, Österreich, Russland und Preußen entwickelte, die bis 1918 die europäische Politik bestimmte.<sup>72</sup> Nach dem Tode Karls VI. stellten allerdings der preußische König Friedrich II. von Hohenzollern, der bayerische Kurfürst Karl Albert von Wittelsbach und der sächsische Kurfürst Friedrich August (zugleich König August III. von Polen) die Herrschaft der habsburgischen Erbtöchter, Erzherzogin Maria Theresia, in Frage, deren Vater keine ausreichende finanzielle und militärische Absicherung des Imperiums hinterlassen hatte, obwohl ihm Prinz Eugen eindringlich dazu geraten hatte. Friedrich marschierte tatsächlich in den schlesischen Herzogtümern ein und erzwang in einem ersten Friedensschluss 1742 die Abtretung aller Herzogtümer mit Ausnahme von Jägerndorf, Troppau (südlich der Oppa) und Teschen. Bereits im Dezember 1741 hatte ein großer Teil der böhmischen Stände dem bayerischen Kurfürsten Karl als neuem König von Böhmen gehuldigt, und im Jänner 1742 wählten die nunmehr neun Kurfürsten den bayerischen Herzog als Karl VII. zum römisch-deutschen Kaiser; aber schon im Februar besetzte ein österreichisches Heer München. Auf der Grundlage der Pragmatischen Sanktion wurde Maria Theresia vorerst nur vom ungarischen Landtag in Pressburg als Königin von Ungarn anerkannt, während sie in zwei Schlesischen Kriegen und im Österreichischen Erbfolgekrieg um ihr gesamtes Erbe kämpfen musste. Immerhin hatten ihr die ungarischen Stände ein Truppenkontingent von 40.000 Mann bewilligt, sodass Maria Theresia nach österreichischer Eroberung Prags ihre Krönung im Mai 1743 durchsetzen konnte. Im Jahre 1745 gelang nach dem Tod des Wittelsbachers auch die Wahl und Krönung ihres Ehemanns, Franz Stephan von Lothringen, zum römisch-deutschen Kaiser, ohne dass er die kaiserlich-staatliche Macht im Reich nachhaltig stärken konnte. Die böhmischen Länder aber hatten nicht nur bayerische und französische Soldaten gesehen, sondern vor allem preußische in Schlesien, die trotz Requisition, Raub und Brandschatzung von den Protestanten durchaus begrüßt wurden. König Friedrich II. hatte die Abtretung von ganz Schlesien verlangt und erzwang nach siegreichen Schlachten und britischer Vermittlung im Frieden von Dresden 1745 die Abtretung von sechs Siebtel Schlesiens und der Grafschaft Glatz/Kłodsko an Preußen. Gerade der Verlust dieser reichen Provinzen gab andererseits in Wien den Anstoß zu umfangreichen Verwaltungs- und Steuerreformen im Geiste des aufgeklärten Absolutismus. Der zum Katho-

---

<sup>72</sup> STROHMEYER 2012, 138–142; BLOCKMANS 1997, 303–313; vgl. HOCHEDLINGER 2003.

lizismus konvertierte schlesische Graf Friedrich Wilhelm Haugwitz hatte unter Friedrich II. gelernt, wie man Steuern eintreibt und sie ökonomisch einsetzt. Nun holte ihn Maria Theresia nach Wien, um eine zentralisierte Finanzverwaltung aufzubauen, die Bürokratie zu koordinieren, die Armee zu finanzieren und die Stände mit Steuererklärungen gefügig zu machen. Als Haugwitz im Jahre 1747 erstmals ein Staatsbudget aufstellte, wurde er nicht nur von der „Kaiserin“, sondern auch vom bald zum Staatskanzler aufgestiegenen mährischen Gutsherrn Wenzel Anton Fürst von Kaunitz-Rietberg gegenüber seinen Standesgenossen verteidigt.<sup>73</sup>

Vorerst aber führte Fürst Kaunitz als bevollmächtigter Minister in Paris eine Umkehr der Bündnisse (*Renversement des Alliances*) herbei, d. h. ein Bündnis von Österreich mit Frankreich gegen Preußen, das seinerseits von Großbritannien unterstützt wurde. Da Russland und Schweden die österreichische Politik unterstützten, Großbritannien und Frankreich andererseits auch um Nordamerika und Indien kämpften, weitete sich der Siebenjährige Krieg (1756–1763) praktisch zu einem Weltkrieg aus. Trotz wechselnder Kriegserfolge zwischen Österreich und Preußen – nach der von Feldmarschall Leopold Graf Daun siegreich geschlagenen Schlacht bei Kolín 1757 stiftete Maria Theresia den bis 1918 begehrten Maria-Theresien-Orden als höchste militärische Auszeichnung – entging Friedrich einer endgültigen Niederlage (die sich nach der Schlacht bei Kunersdorf 1759 abgezeichnet hatte), als der neue Zar Peter III. am 5. Mai 1762 mit König Friedrich II. einen Separatfrieden schließen ließ und Frankreich aus seinem Zweifrontenkrieg ausscheiden musste. Mit den Friedensschlüssen von Paris und Hubertusburg im Februar 1763 stieg Großbritannien zur kolonialen Weltmacht auf, während Preußen die fünfte europäische Großmacht wurde. Schlesien mit Ausnahme des Herzogtums Teschen sowie Teilen der Herzogtümer Jägerndorf und Troppau und des Fürstentums Neißة gingen den Habsburgern bleibend verloren. Andererseits schuldete der neue habsburgische Zentralstaat den Ständen der verschiedenen Kronländer bereits 1763 fast die Hälfte seiner langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von ca. 285 Millionen Gulden. Diese Entwicklung schweißte Herrscher und territoriale Eliten zu einer festen Interessengemeinschaft zusammen.<sup>74</sup>

Donauösterreich, die böhmischen und die innerösterreichischen Länder entwickelten sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu den

<sup>73</sup> KLINGENSTEIN 1975; WINTER 1971, 156; ZÖLLNER 1990, 304–308; SHEEHAN 1989, 44–46; HOENSCH 1997, 267–271; BAUER / MATIS 1989; SHEEHAN 1989, 128; STELLNER 1998; MANNOVÁ 2000, 159f.; CLARK 2007; MAZOHL 2015a, 290f. u. 301; HALLER 2017, 94. Im Frieden von Aachen 1748 beendeten Österreich, Großbritannien und die Generalstaaten den Österreichischen Erbfolgekrieg mit Frankreich und Spanien, womit die Lombardei habsburgisches Territorium blieb, später ein Muster-Reformland.

<sup>74</sup> SZABO 2008, 328–373; SIMMS 2007, 387–531; DICKSON 1987, Bd. 2, 39 u. 378; GODSEY 2015, 32.

Kernländern des habsburgischen Imperiums, die nicht nur politisch, sondern vor allem auch wirtschaftlich, sozial und kulturell den östlichen und südöstlichen Königreichen und Ländern des Habsburgerreiches – Ungarn, Kroatien-Slawonien, Siebenbürgen, Galizien, Bukowina – vorangingen und eng miteinander kooperierten. Die reichen niederländischen Provinzen, die Lombardei, aber auch Tirol lagen fernab des Zentrums und waren ebenso wie Ungarn eigene Zollgebiete. Das unter den Ideen der Aufklärung stehende Reformprogramm Maria Theresias und ihres ältesten Sohnes Joseph änderte die bisherigen Strukturen der Habsburgermonarchie nachhaltig und zielte in Richtung Rationalisierung und Zentralisierung der staatlichen Macht und des öffentlichen Lebens. Dabei scheuten beide auch nicht die Auseinandersetzung mit der nach wie vor Mitherrschaft fördernden römisch-katholischen Kirche. Bereits 1749 wurde vom Grafen Haugwitz eine oberste zentrale Verwaltungs- und Finanzbehörde (*Directorium in publicis et cameralibus*) geschaffen, der später auf der mittleren Ebene Gubernien und auf der untersten Ebene Kreisämter mit einem staatlichen Kreishauptmann folgten. Als weitere Zentralbehörde wurde schon 1742 eine österreichische „Hof- und Staatskanzlei“ (samt Geheimmem Hausarchiv) eingerichtet, die dem späteren Staatskanzler Kaunitz für etwa 30 Jahre eine nahezu unbeschränkte Machtvollkommenheit sicherte. Für das Militärwesen blieb der Hofkriegsrat zuständig, für das Finanz- und Steuerwesen die Allgemeine Hofkammer, für die Förderung von Handel und Verkehr ein Universalcommerzdirektorium. Kaunitz war es auch, der den „Ballhausplatz“, seit 1753 Sitz der Staatskanzlei, zum wichtigsten institutionellen Sammelpunkt für die politische Führungsschicht der Habsburgermonarchie ausbaute.<sup>75</sup>

Zu den wesentlichen Modernisierungsschritten unter Königin Maria Theresia (und ihrem Mitregenten Joseph II.)<sup>76</sup> gehörten auch die Vergabe von Dutzenden von Fabriksprivilegien (für Leinenmanufakturen, Baumwollwebereien, Papiermühlen, Glasschleifereien und Eisenhütten); die Einführung eines Dominikalsteuerkatasters und von Dezenalrezessen 1748; die Einrichtung einer Obersten Justizstelle 1749; die von Kaiser Franz Stephan von Lothringen initiierte Spinnereiorde 1750/51; die

<sup>75</sup> ZÖLLNER 1990, 313f.; HOENSCH 1997, 276f.; WINTER 1971, 10; RUMPLER 1989, 1–5; SZABO 1994. Die Wiener Administration begann zwischen „kaiserlich“ und „reichisch“ zu unterscheiden und widmete Ersterer wesentlich mehr Aufmerksamkeit. 1762 beschäftigten die Habsburger in den böhmischen und österreichischen Ländern bereits 7.421 Bedienstete, die Stände in den Kronländern 1.494 und die Adeligen und Städte 11.669. Hierbei sind Lehrer und Geistliche nicht berücksichtigt. – WILSON 2016, 479 u. 527.

<sup>76</sup> Paula Suttner Fichtner kommentierte die Zusammenarbeit zwischen Maria Theresia und Joseph II. etwas sarkastisch: “It is hard to say which of the pair irritated the other the more.” – SUTTNER FICHTNER 2014, 141; vgl. HALLER 2017, 82–85.

Einführung von „Böhmisch“-Unterricht an der Theresianischen Ritterakademie und an der Militärakademie in Wiener Neustadt 1752; die Prägung von Maria-Theresien-Talern ab 1753, die infolge ihres gleichbleibenden Silbergehalts im Orient- und Levantehandel bis ins 20. Jahrhundert als Zahlungsmittel galten; die Gründung der Orientalischen Akademie (später Konsularakademie) 1754; der Beginn moderner Volkszählungen 1754; die Unterscheidung zwischen Polizei- (Fleischer, Bäcker, Wirte, Schlosser, Schneider, Seifensieder, Buchdrucker usw.) und Kommerzgewerbe (Textilgewerbe und -handel, Metallverarbeitung, Uhrmacher, Juweliere usw.) 1754; die Reform der Wiener medizinischen Fakultät seit 1749, dann der juristischen, schließlich auch der philosophischen Fakultät (gegen den Widerstand der Jesuiten) durch den aus Leiden stammenden Leibarzt Maria Theresias, Gerard van Swieten; die Gründung eines Staatsrates und einer Studienhofkommission 1760; die 1760 vollendete Kaiserstraße von Wien über Znaim und Iglau nach Prag; die Einrichtung einer vereinigten österreichisch-böhmischen Hofkanzlei 1762; die weitere Kolonisation in Südungarn nach 1763 durch Ansiedlung Zehntausender „Schwaben“, Oberösterreicher, Steirer, Tiroler, Slowaken, Ruthenen und Rumänen in der Batschka und im Banat;<sup>77</sup> der Beginn von Vorlesungen in deutscher Sprache an der Karls-Universität 1764; die *Constitutio Criminalis Theresiana* 1768, der 1776 auf Initiative des Professors für Polizei- und Kameralwissenschaften und Staatsrates Joseph von Sonnenfels die Abschaffung der Folter und der Todesstrafe folgte; die nach päpstlicher Aufhebung des auch in Österreich bereits unbeliebten Jesuitenordens 1773 verfügte Einziehung des Ordensvermögens und Ausweisung seiner Mitglieder; die Erlassung einer vom ehemaligen Abt des Augustiner-Chorherrenstiftes Sagan, Johann Ignaz von Felbiger, ausgearbeiteten „Allgemeinen Schulordnung für die deutschen Normal-, Haupt- und Trivialschulen in sämtlichen Kaiserl. Königl. Erbländern“ von 1774 mit allgemeiner Unterrichtspflicht für beide Geschlechter zwischen dem sechsten und zwölften Lebensjahr;<sup>78</sup> Robotpa-

<sup>77</sup> Bereits nach 1718 hatte der Gouverneur Claudius Florimund Graf Mercy Zehntausende süddeutsche Kolonisten, Franken, Schwaben, Pfälzer, Lothringer, aber auch Niederösterreicher und Deutschböhmen, in den als kaiserliches Domanialgebiet verwalteten Banat gerufen, die innerhalb von drei Generationen aus dem versumpften Gebiet eine Weizen- und Gerstenkammer für die ganze Monarchie machten. Im gebirgigen Teil des Banats wurden Tiroler und Steirer als Bergleute angesiedelt. – ZÖLLNER 1990, 277 u. 363.

<sup>78</sup> Die „Trivialschulen“ (später Volksschulen) sollten in den Landgemeinden Lesen, Schreiben, Rechnen und Kenntnisse in der katholischen Religion vermitteln, die „Hauptschulen“ in den größeren Orten und Städten darüber hinausführende Kenntnisse (Sprachlehre, landwirtschaftliches und handwerkliches Grundwissen, Haushaltsführung, Latein), die „Normalschulen“ in jeder Provinzhauptstadt sowohl eine Vertiefung jener Gegenstände als auch eine Ausbildung der Lehrer für die beiden anderen Schular-

tente für die einzelnen Kronländer ab 1771 und die Aufteilung der Meierhöfe auf den Kameralgütern an Siedlungswillige ab 1774 („Raabisation“); die Errichtung einer Professur für die „böhmische Sprache“ an der Universität Wien 1775 und die Aufnahme von tschechischen Parallelvorlesungen für Geburtshilfe an der Prager Universität 1777. Mit Recht wurde im Zuge der Errichtung der Wiener Ringstraße der umsichtigen Herrscherin mit ihren hervorragenden Beratern ein zentrales Denkmal zwischen den beiden Hofmuseen errichtet.<sup>79</sup>

Kaiser Joseph II. und seine Paladine lehnten alle Arten von Sonderstellungen und Privilegien ab und waren von staatskirchlichen Ideen durchdrungen. Das Staatswesen hatte durch eine aufgeklärte Regierung und Verwaltung die besten Bedingungen für das Wohlergehen der Bürger zu schaffen. Zur Sicherung dieser Wohlfahrt musste auch auf Ordnung, Sitte und Sicherheit geachtet werden, wozu Polizeiwesen und Zensur ausgebaut wurden. Vorerst erfolgten die Aufhebung der „leiblichen Erbuntertänigkeit“ der Bauern 1781 (mit persönlicher Freizügigkeit, Bewegungsfreiheit, freier Berufswahl und freier Verehelichung) und die Erlassung des „Toleranzpatentes“ vom 13. Oktober 1781 für Lutheraner, Calvinisten und Orthodoxe (mit bürgerlicher Gleichheit mit den Katholiken sowie Kultusfreiheit). Bald folgte die Zulassung der Juden zu Handwerken, Gewerben, Industrien und Hochschulstudien 1781/82 (mit der Pflicht zur Verwendung der „landesüblichen deutschen Amtssprache“ in allen amtlichen und geschäftlichen Papieren).<sup>80</sup> 1782 ordnete Kaiser Joseph II. – trotz des Besuches von Papst Pius VI. in Wien – die Aufhebung von über 400 Klöstern an, die nichts für die Jugenderziehung oder Krankenpflege leisteten, 1783 die Einrichtung von Religionsfonds für die Finanzierung neuer Pfarreien und Generalseminare für die Priesterausbildung sowie die administrative Umgestaltung der Diözesangrenzen. Eine wesentliche soziale Maßnahme war die Einrichtung von Armen- und Waisenhäusern und die Gründung des Wiener Allgemeinen Krankenhauses, in dessen 2. Hof noch heute – neben dem monumentalen Denkmal auf dem Josefsplatz – eine lebensgroße Statue des Kaisers steht. Von Anfang an umstritten war hingegen Josephs

---

ten. Zwar waren bis 1848 fast alle Gemeinden in den böhmisch-österreichischen Ländern „eingeschult“, allerdings fehlte bis weit ins 19. Jahrhundert ein breiter Sekundarschulbereich. – MAZOHL 2015a, 332f.

<sup>79</sup> ZÖLLNER 1990, 313–319; HLAVAČKA 2002a, 341–365; VINTR 2004, 101–114; BUCHVALDEK u. a. 1986, 202–208 u. 224–229; SANDGRUBER 1995, 215f.

<sup>80</sup> LIND 2006, 394–397 u. 405. Das erste Hofdekret vom 19. Oktober 1781 betraf die Juden Böhmens und diente als Vorbild für das Toleranzpatent für Wien und Niederösterreich sowie für Schlesien und Mähren. Die böhmisch-mährisch-schlesischen sowie die Wiener Juden durften keine Güter besitzen, während die ungarischen Juden Bauernhöfe pachten durften. Im Februar 1788 entschied Joseph II. auch, dass Juden zum Militärdienst heranzuziehen seien.

Verordnung der deutschen Amtssprache für die gesamte Monarchie 1784, die von der Intention her zu Unrecht zu einer schicksalshaften Verbindung zwischen Germanisierung und Zentralisierung führte. Positiv aufgenommen wurden die Gründung der „Tabakregie“ 1784 mit der Erlassung des staatlichen Tabakmonopols, die Einführung von „Böhmisch“-Unterricht an der Ingenieurakademie in Wien 1785 und die Erhebung der Eisenproduktion zum freien Gewerbe 1785. Schließlich sollte das Steuer- und Urbarialpatent 1789 auf der Basis des josephinischen Katasters zu gleicher Besteuerung von Adels- und Bauernland führen, zu weitgehender Einschränkung der grundherrlichen Patrimonialgerichtsbarkeit, zur Begrenzung der Urbarialeinkünfte und zur zwingenden Ablösung der Dienstleistungen in Geld. Zwar musste der Kaiser die Urbarialpatente für die einzelnen Kronländer noch auf dem Sterbebett rückgängig machen, dennoch bewirkten vor allem sie, dass Joseph II. bereits von den Zeitgenossen in den österreichischen und böhmischen Ländern als „Volkskaiser“ angesehen wurde. Zwar wurden die adelsdominierten Ständevertretungen (bestehend aus Prälaten, Adeligen und Stadtbürgern) der böhmisch-österreichischen Länder in ihren Freiheiten beschnitten, aber die neuen Verwaltungsstrukturen blieben „eng in vom Zentrum ausstrahlende Patronage- und Klientelsysteme eingebunden“ (William D. Godsey).<sup>81</sup>

Vorrangiges Ziel der 1770 beginnenden „Seelenkonskription“ – d. h. einer Volkszählung – war die Schaffung eines vom Hofkriegsrat und dem kaiserlichen Mitregenten Joseph II. geforderten neuen Rekrutierungssystems, das potentiell alle christlichen männlichen Untertanen zu Wehrpflichtigen machen sollte. Von den Männern wurden durch „Lokalkommissionen“ der Name, der Geburts- und eventuell Aufenthaltsort, die Stellung im Haus, die Qualifikation und das Alter in die Konskriptionstabellen eingetragen, Frauen wurden ohne Namensangabe erfasst. Gleichzeitig wurde eine Hausnummerierung durchgeführt, „teutsche“ (d. h. arabische) Ziffern auf den christlichen Häusern aufgemalt, „römische“ Zahlen auf „Juden Häusern“. In Schlesien wurden 36.642 Häuser mit 264.906 „Seelen“ gezählt, in Mähren 177.489 Häuser mit 1,303.643 „Seelen“, in Böhmen 389.148 Häuser mit 2,5 bis 2,7 Millionen Einwohnern. Gleichzeitig wurden von den die Konskription leitenden Offizieren „politische Anmerkungen“ verfasst, die über die soziale Lage der Bevölkerung, den Zustand des Gewerbes und Handels, das Erbrecht, vorkommende Krankheiten und das Zugvieh Auskunft geben sollten. Beschwerden gab es gegen zu anstrengende Robottleistungen und Flurschäden durch das für die obrigkeitliche Jagd

<sup>81</sup> DICKSON 1987, 440; SHEEHAN 1989, 47–54, 65f., 103 u. 195; ZÖLLNER 1990, 321–327; BUCHVALDEK u. a. 1986, 224–229; WINTER 1971, 155–176; HASELSTEINER 1983, 193–204; HOENSCH 1997, 279–292; GODSEY 2015, 31; MAZOHL 2015a, 325–358.

zu schonende Wild.<sup>82</sup> Die sogenannte josephinische Landesaufnahme, die von 1763 bis 1787 die ganze Monarchie erfasste, brachte aus technischen Gründen keine Generalkarte der Monarchie selbst hervor, sondern nur die Aufnahme der einzelnen Länder in ca. 5.400 Kartenblättern, die noch dazu aus militärischen Gründen geheimgehalten wurden. Aber Abt Felbiger ließ eigens für den Schulgebrauch eine „Generalkarte von sämtlichen k. k. Staaten nach dem Zustande im Jahre 1781, worauf man zugleich die Kreise des Heiligen Römischen Reichs deutlich vorgestellt hat“ zeichnen und verteilen.<sup>83</sup> – Die erst 1784 rechtlich vereinigten Prager Städte (Altstadt/Staré Město, Neustadt/Nové Město, Kleinseite/Malá Strana, Hradschin/Hradčany) hatten um 1750 knapp 60.000 Einwohner erreicht, die sie schon um 1600 umfasst hatten, während Wien mit seinen Vorstädten um 1750 bereits 175.000 Einwohner zählte, um 1800 schon 231.000 Einwohner. Damit war Wien nach London, Paris, Konstantinopel, Neapel, Amsterdam und Lissabon die siebtgrößte Stadt Europas, vor Moskau, Venedig, Rom und Berlin.<sup>84</sup>

Der älteste Sohn Maria Theresias, Joseph, war bereits im März 1764 von den Kurfürsten zum römisch-deutschen König gewählt worden, sodass er 1765 seinem Vater als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches folgen konnte. In den österreichischen Erbländern blieb er aber nur „Mitregent“ seiner Mutter, die die eigentliche Macht bis zu ihrem Tod 1780 in Händen behielt. Schon zu Lebzeiten seiner Mutter hatte Joseph II. unter Beratung von Kaunitz mehr Handlungsspielraum in außenpolitischen Fragen erhalten, so hinsichtlich der ersten Teilung Polens 1772, des Erwerbs der Bukowina 1775 und der Inkorporierung des Innviertels 1779. Joseph II. ließ 1769 die 1412 an die polnische Krone verpfändeten Zipser Städte und das Salzbergwerk Wieliczka besetzen und schloss sich einem russisch-preußischen Abkommen an, das den Habsburgern die Annexion des „Königreichs Galizien und Lodomerien“ einbrachte, „ohne Zweifel einer der übelsten Akte der Großmachtpolitik des 18. Jahrhunderts“ (Erich Zöllner). Als Dank für die Vermittlung im russisch-osmanischen Frieden von 1774 erhielt Joseph von der Zarin Katharina II. 1775 die seit 1538 osmanische Bukowina (ein Teil des alten Fürstentums Moldau), die er als Landbrücke zwischen Galizien und Siebenbürgen betrachtete. Schließlich strebten Kaiser Joseph und Kanzler Kaunitz das „bayerische Tauschprojekt“ an und boten nach dem Aussterben der bayerischen Wittelsbacher dem pfälzischen Kurfürsten die Österreichischen Niederlande für eine Überlassung Bayerns an. Doch Friedrich II. organisierte einen breiten Protest der

<sup>82</sup> TANTNER 2007.

<sup>83</sup> KLINGENSTEIN 1995, 202f.

<sup>84</sup> WINKELBAUER 2015c, 283; SHEEHAN 1989, 115f. Berlin zählte um 1800 erst 150.000 Einwohner, Dresden 55.000 und München 34.000.

Reichsstände und drohte mit Krieg, den jedoch Maria Theresia unbedingt vermeiden wollte. So einigte man sich auf kleinere Gebietsgewinne auf Kosten Bayerns. Immerhin war für Österreich der Erwerb des Innviertels dauerhafter als alle anderen Eroberungen des 18. Jahrhunderts. Der letzte „Türkenkrieg“ Österreichs, den Joseph an der Seite Katharinas 1787 begann, brachte hingegen dem Kaiser keinen weiteren Gewinn, vielmehr eine tödliche Krankheit im Lager von Futag/Futok in der Batschka. Der Tod Kaiser Josephs II. am 20. Februar 1790 stellte in der Geschichte der Habsburgermonarchie eine deutliche Zäsur dar. Der Versuch, einen streng zentralistisch regierten Einheitsstaat mit deutscher Amtssprache aufzubauen, war gescheitert. Beraten von Joseph von Sonnenfels wollte Joseph keineswegs die einzelnen Muttersprachen abschaffen, sondern aus rationalem Denken jene Sprache als kommunikatives Hilfsmittel wählen, die von den meisten Gebildeten seiner Zeit bereits verstanden wurde. Freilich forderte er damit vor allem die ungarischen und böhmischen Stände in ihrem Landespatritismus heraus.<sup>85</sup>

Der seit der Verneuerten Landesordnung von 1627 eingeschränkte Geltungsbereich der tschechischen Sprache wurde auch von Königin Maria Theresia nicht angetastet, sodass die Landtagsverhandlungen offiziell auf Tschechisch, die königlichen Propositionen in beiden Landessprachen verlesen und die Gesetze und Verordnungen ebenfalls zweisprachig publiziert wurden. Freilich führten die Reformen im Schul- und Bildungswesen und die Zurückdrängung des jesuitischen Einflusses zu einer Stärkung der deutschen gegenüber der lateinischen Sprache, auch in den Studienordnungen für die Fakultäten. Mit der sprachlichen Modernisierung und Unifizierung in Richtung deutscher Amtssprache drohte daher (auch) der tschechischen Sprache zunehmende Marginalisierung, was bei Teilen des böhmisch-mährischen Adels – etwa den Familien Kinský, Schwarzenberg, Vrbna und Pálffy, in denen privater Tschechisch-Unterricht erteilt wurde – und im entstehenden tschechischen Bildungsbürgertum Gegenreaktionen hervorrief. Der Professor für Schöne Wissenschaften und Moral an der Karls-Universität Karl Heinrich Seibt bekam die Aufsicht über die 42 böhmischen Lateinschulen übertragen, die er auf 13 Mittelpunktgymnasien reduzierte, an denen jedoch nur in drei neben Deutsch und Latein auch Tschechisch als Unterrichtssprache zugelassen war. Freilich wurde der Unterricht in den Trivialschulen – die Seibts Schüler Ferdinand Kindermann unterstellt wurden – durchwegs in der Sprache der Schulkinder, also der Bevölke-

---

<sup>85</sup> ZÖLLNER 1990, 316–318; WINTER 1968, 11 u. 34–39; MAZOHL 2015a, 305–307. Der Begründer der modernen Geographie in Österreich, Ignaz de Luca, zählte in seinem „Geographischen Handbuch von dem oesterreichischen Staate“ (Wien 1791) sieben Königreiche, ein Erzherzogtum, zwölf Herzogtümer, ein Großfürstentum, zwei Markgrafschaften, 17 Grafschaften und vier Herrschaften. – KLINGENSTEIN 1995, 183.

rungsmehrheit, erteilt. Ausgehend von der rasch voranschreitenden Alphabetisierung (in Böhmen gab es 1791, als Kindermann schon Bischof von Leitmeritz war, bereits 2.085 Trivialschulen mit 185.000 Schülern, während für die Mädchen erst 30 Trivialschulen in den größeren Städten eingerichtet wurden), begannen in den 1780er Jahren tschechische Patrioten den Zentralisierungsmaßnahmen Wiens einen neuen böhmischen und mährischen Landespatritismus entgegenzustellen. Die Auffassung von einer böhmischen politischen Nation blieb freilich noch immer auf die im böhmischen Landtag vertretenen Stände ohne Berücksichtigung der ethnisch-sprachlichen Verhältnisse beschränkt. Andererseits entwickelte sich ein gesamtösterreichischer Staatspatritismus lediglich in Teilen der Aristokratie und des Großbürgertums, weniger im neuen Bildungsbürgertum und schon gar nicht unter den Bauern. Das Bestreben Josephs II., mittels der deutschen Amtssprache einen *homo austriacus* in der österreichischen Staatsverwaltung, in der Armee und in der auf den Staat ausgerichteten Kirche zu schaffen, damit auch den Kern einer österreichischen Staatsnation zu bilden, drang nicht durch. Als Kaiser Leopold II. am 6. September 1791 in Prag nach einem prunkvollen Festzug entlang des „Königlichen Weges“ (Královská cesta) im Veitsdom mit der Wenzelskrone gekrönt wurde, wurden im *Clementinum* in einer „Industrierausstellung“ Manufakturprodukte aus Böhmen gezeigt, und im *Carolinum* hielt der Schöpfer der modernen Bohemistik, Josef Dobrovský, im Beisein des Monarchen einen Vortrag „Über die Ergebenheit und Anhänglichkeit der slawischen Völker an das Erzhaus Österreich“, durchaus eine erste Spur einer austroslawischen Konzeption. Schon 1784 war in Prag die „Königlich Böhmisches Gesellschaft der Wissenschaften“ (*Česká společnost nauk*) gegründet worden, die das Prinzip der Doppelsprachigkeit immerhin bis 1939 aufrechterhielt.<sup>86</sup>

In der Landwirtschaft hatte bis ins 18. Jahrhundert die Dreifelderwirtschaft vorgeherrscht. Die schrittweise Abschaffung der Gemeinweide und die größere Bedeutung der Viehzucht in Ställen erforderten einerseits mehr Futterpflanzen, andererseits eine bessere Düngung der Äcker. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts wurde eine Reihe von Kulturpflanzen in die Länder der Habsburgermonarchie eingeführt, die nach den Napoleonischen Kriegen die immer wiederkehrenden Hungersnöte deutlich einschränkten. Dazu gehörten der Mais (Kukuruz), der zum Teil den Weizen ersetzte, die Kartoffel (der Erdapfel), die Bohne (Fisole) und der Klee. Mit der intensiveren Fruchtfolge verschwand allmählich die Brache. Seit Joseph II. begann man auch den Obstbau systematisch zu fördern. Die Tomaten (Paradeiser) wurden erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewerbsmäßig angepflanzt. Hingegen war der Hopfen bereits seit dem Hochmittelalter be-

<sup>86</sup> HOENSCH 1997, 296–299; MIŠKOVÁ 2010, 497–518; KOŘALKA 1991, 28, 48 u. 51; WINTER 1971, 202–210.

kannt. Die von Großbritannien gegenüber dem napoleonischen Frankreich verhängte Kontinentalsperre führte zur Absperrung vom überseeischen Rohrzucker und kam dem Zuckerrübenanbau in den böhmischen Ländern und Niederösterreich zugute.<sup>87</sup>

In den schönen Künsten bestimmten weder die Dichtung – wie in Deutschland<sup>88</sup> – noch die Architektur die letzten drei Jahrzehnte des 18. und die ersten beiden Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, sondern vor allem die Musik des gebürtigen Niederösterreichers Joseph Haydn, des Salzburger Wolfgang Amadeus Mozart und des gebürtigen Bonners Ludwig van Beethoven, die Wien zum Zentrum der damaligen Musikwelt machten und die Wiener Klassik begründeten. Als langjähriger Hofkapellmeister des Fürsten Nikolaus Esterházy in Eisenstadt und der Sommerresidenz Eszterháza komponierte Haydn eine Vielzahl an Symphonien, Opern, Singspielen, Klaviersonaten, Streichquartetten, Trios und Messen und führte die Esterházy'sche Hofmusik zu europäischer Bedeutung. Seit den 1780er Jahren nahm er zunehmend Aufträge aus Wien, Neapel, Paris und London an und verbrachte in den 1790er Jahren insgesamt drei Jahre in England, wo er seine populären zwölf Londoner Symphonien komponierte. Zurück in Wien, schuf er 1796 das österreichische Nationallied „Gott erhalte Franz den Kaiser“, das sehr rasch zur „Volkshymne“ des Kaiserhauses wurde.<sup>89</sup> Hier entstanden auch die beiden berühmten Oratorien „Die Schöpfung“ und „Die Jahreszeiten“. Das „Wunderkind“ Mozart wiederum wurde von

<sup>87</sup> BLAZNIK u. a. 1980, 574–577; ZÖLLNER 1990, 362f.

<sup>88</sup> Wie die Luther-Bibel in den 1520er Jahren verbreiteten sich seit den 1770er Jahren die Werke von Gotthold Ephraim Lessing („Minna von Barnhelm“, „Emilia Galotti“, „Nathan der Weise“), Johann Wolfgang Goethe („Die Leiden des jungen Werthers“, „Götz von Berlichingen“, „Egmont“, „Iphigenie auf Tauris“, „Torquato Tasso“, „Faust“ I und II sowie Balladen und epische Dichtungen) und Friedrich Schiller („Die Räuber“, „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua“, „Kabale und Liebe“, „Don Carlos“, „Wallenstein“, „Maria Stuart“, „Die Jungfrau von Orleans“, „Wilhelm Tell“ sowie Balladen, historische und philosophische Schriften) nicht nur im Heiligen Römischen Reich, in den Niederlanden und in der Schweiz, sondern bis nach Königsberg/Kalininograd, Czernowitz/Černivci, Kronstadt/Braşov, Temeschwar/Timişoara, Semlin/Zemun und Agram/Zagreb. – SHEEHAN 1989, 160–173 u. 200f.

<sup>89</sup> August Heinrich Hoffmann von Fallersleben verfasste zu dieser Melodie 1841 den Text „Deutschland, Deutschland, über alles“, der zur deutschen Nationalhymne wurde. Während die Republik Österreich nach 1918 nach einer neuen Hymne suchte, behielt die Weimarer Republik Haydns Melodie und Hoffmanns Text bei. 1929 beschloss der österreichische Ministerrat eine neue Bundeshymne mit der Haydn-Melodie und einem Text von Ottokar Kernstock („Sei gesegnet ohne Ende“). Nach 1945 veranstaltete die österreichische Regierung ein Preisausschreiben zur Melodie aus Mozarts „Bundeslied“ aus der Freimaurerkantate, das Paula v. Preradović mit dem Text „Land der Berge, Land am Strome“ gewann. Die neue Bundesrepublik Deutschland verwendete nach 1949 Haydns Melodie weiter, allerdings nur die dritte Strophe des Textes von Hoffmann. – FLOTZINGER 2002, Bd. 1, 231f.; MACGREGOR 2014, 270–272.

seinem Vater bereits bis zum zehnten Lebensjahr an den Höfen in München, Wien (vor Maria Theresia), Mannheim, Paris, London und Den Haag vorgestellt und brach mit 13 Jahren zu einer anderthalbjährigen Italienreise nach Mailand, Bologna, Rom und Neapel auf, wo Mozart die ersten Opernaufträge erhielt. Nach Auseinandersetzungen mit dem Salzburger Fürsterzbischof Hieronymus Graf Colloredo reiste er neuerlich nach München, Mannheim und Paris, bis er sich im März 1781 in Wien niederließ. Nach dem durchschlagenden Erfolg der Oper „Die Entführung aus dem Serail“ wurde Mozart mit seinen „Akademien“ Mittelpunkt des Wiener Musiklebens und auch ein finanziell erfolgreicher Künstler. In Zusammenarbeit mit dem Hof-Librettisten Lorenzo Da Ponte komponierte er zwischen 1785 und 1790 die drei weltberühmten Opern „Le nozze di Figaro“ (Uraufführung in Wien), „Don Giovanni“ (Uraufführung in Prag)<sup>90</sup> und „Cosi fan tutte“ (Uraufführung in Wien, knapp vor dem Tod Josephs II.), die bereits sozialkritischen Zündstoff beinhalteten. In seinem Todesjahr 1791 schuf Mozart für Emanuel Schikaneders Freihaustheater „Die Zauberflöte“, in der er mit dem Kampf Sarastros gegen die Königin der Nacht ein klassisches Motiv der Freimaurerei zum Ausdruck brachte, und schließlich für die Prager Krönungsfeierlichkeiten Leopolds II. „La Clemenza di Tito“. Beethoven schließlich stammte aus einer flämischen Musikerfamilie und trat bald in die Dienste des Kölner Kurfürsten Maximilian Franz, des jüngsten Sohnes Maria Theresias. Bereits 1787 unternahm Beethoven eine erste Studienreise nach Wien und besuchte Mozart. Im November 1792 folgte Beethoven dem Rat des aus England zurückkehrenden Haydn, reiste mit ihm nach Wien und nahm bei ihm Kompositionsunterricht. Nach einer ersten Konzertreise nach Prag, Dresden, Leipzig und Berlin gab Beethoven im April 1800 in Wien seine erste Akademie mit seinem 1. Klavierkonzert und seiner 1. Symphonie, einer Verherrlichung der Französischen Revolution. Die 3. Symphonie, die „Eroica“, wurde dann vollends eine Napoléon-Symphonie. Nach weiteren musikalischen Triumphen – zum Teil in der Aula der Universität (dem heutigen Festsaal der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) – sicherten ihm 1809 Erzherzog Rudolf, Fürst Lobkowitz und Fürst Kinsky jährlich 4.000 Gulden zu. Trotz beginnenden Gehörleidens feierte er große Erfolge mit der Schlachtensymphonie „Wellingtons Sieg oder die Schlacht bei Vittoria“ (1813), mit der 7. und 8. Symphonie und mit der Oper „Fidelio“. Ohne Zweifel wurde Beethoven

<sup>90</sup> Mozart hielt sich im Jänner/Februar 1787 erstmals in Prag auf, weitere zweimal auf der Hin- und Rückreise nach bzw. von Berlin im Frühjahr 1789 und zuletzt im August/September 1791. 1787 und 1791 war er Gast in der Bertramka, der Villa des Ehepaares Franz X. und Josepha Dušek, wo er den „Don Giovanni“ fertigstellte, den er am 29. Oktober 1787 im Nostitztheater, dem späteren Ständetheater, mit großem Erfolg zur Uraufführung brachte. – ROKYTA 1997, 289.

„der große Stern am musikalischen Himmel der Jahre um den Wiener Kongress“. Schließlich führte der mittlerweile ertaubte Künstler seine 9. Sinfonie mit dem Schlusschor über Friedrich Schillers „Ode an die Freude“ im Mai 1824 doch in Wien auf, während die „Missa solemnis“ ihre Uraufführung einen Monat zuvor in St. Petersburg erlebt hatte.<sup>91</sup>

Die Politiker und Ideologen der Französischen Revolution hatten neue Forderungen verkündet: *Liberté, égalité, fraternité* – Menschen- und Bürgerrechte für alle, Verfassung, Volkssouveränität, Staatssouveränität, allgemeine Wehrpflicht, Demokratie. Bald waren aus Paris aber auch Nachrichten über Tugendterror, Schreckensherrschaft und die Liquidierung Andersdenkender durch die Guillotine zu vernehmen. Kaum hatte der umsichtig agierende Kaiser Leopold II. seine Herrschaft in Ungarn, Böhmen und in den Niederlanden stabilisiert, forderte die revolutionäre Französische Nationalversammlung Besitzstände von Reichsfürsten im Elsass und in Lothringen und von Wien ein Bekenntnis zu den Bündnisverpflichtungen von 1756. Österreich und Preußen hatten bereits ein Militärbündnis für den Fall eines französischen Angriffskrieges geschlossen. Tatsächlich wartete Paris nicht ab, bis Erzherzog Franz als Kaiser Franz II. die Nachfolge seines plötzlich verstorbenen Vaters im Reich antreten konnte, sondern erklärte bereits am 20. April 1792 den Krieg, der mit Unterbrechungen bis 1815 dauern sollte. Während Napoléon Bonaparte als Kaiser der Franzosen 1805 und 1809 in die österreichischen Donauländer vorstieß und Wien besetzte, blieb Böhmen von militärischen Auseinandersetzungen verschont. Die vielen Koalitionskriege und Schlachten – von denen immerhin die drei großen von Austerlitz/Slavkov, Aspern und Essling sowie Wagram im österreichisch-mährischen Zentrum stattfanden – kosteten etwa 5 Millionen Soldaten und eine Million Zivilisten das Leben, darunter vor allem Franzosen, Deutsche, Niederländer, Polen, Russen, Briten, Schweden, Spanier und Italiener. Am Ende der Napoleonischen Kriege verloren die Habsburger die Österreichischen Niederlande und die südwestdeutschen Besitzungen, gewannen jedoch Salzburg, Lombardo-Venetien samt den Besitzungen von Venedig in Istrien und Dalmatien sowie Ragusa/Dubrovnik, außerdem die Errichtung von habsburgischen Sekundogenituren in Parma, Modena und der Toskana.<sup>92</sup>

<sup>91</sup> FLOTZINGER 2002–2004, Bd. 2, 715–718; Bd. 3, 1487–1489; Bd. 1, 125–127; RUMPLER 1997, 143f.

<sup>92</sup> LA RÉVOLUTION FRANÇAISE 1989, Bd. 1, 3–24; Bd. 2, 475–521; Bd. 3, 647–683; SHEEHAN 1989, 219–235; ZÖLLNER 1990, 329–345; WILSON 2016, 648–654. Bereits der Reichsdeputationshauptschluss von 1803 löste die meisten kirchlichen Territorien auf und reduzierte die Zahl der Reichsstädte auf sechs. Auch der Umfang der deutschen Erblande wurde verändert: Die Vorlande mit Ausnahme Vorarlbergs wurden Baden, Württemberg und Bayern, die Reichsbistümer Brixen und Trient wurden Tirol, der in

Parallel zu den militärischen Auseinandersetzungen mit dem republikanischen Frankreich gerieten in Wien die ehemaligen Berater Kaiser Leopolds II. – vielfach wissenschaftlich hochgebildete Männer – unter Druck der politischen Restauration. In der sogenannten Jakobinerverschwörung 1794/95 wurde deutlich, wie sehr unter Professoren, Offizieren und Beamten, aber auch unter Kaufleuten, Handwerkern und Bauern Sympathien für die Französische Revolution verbreitet waren. Kaiser Franz II. und sein Bruder Erzherzog Alexander Leopold, der Palatin von Ungarn, ließen mit polizeilicher Schärfe gegen allerlei Geheimbünde vorgehen, die führenden Köpfe der Jakobinerverschwörung, wie Prof. Ignác Martinovics, verhaften und einige von ihnen auch hinrichten. Diese Repression schuf die Basis für das Stereotyp vom reaktionären Österreich, das viele progressive Deutsche – innerhalb und außerhalb der Monarchie – in Zukunft abstoßen sollte. Im Übrigen war es offensichtlich, dass seit den 1770er Jahren der Protestantismus in der deutschen literarischen Kultur die Oberhand gewann. Doch die katholische Restauration wollte auf das Staatskirchentum nicht verzichten, denn einem Hofdekret vom 26. August 1797 entsprechend sollte der Geistliche sowohl als Seelsorger auf „die Gesinnung des Volkes“ Einfluss nehmen als auch „Beamter des Staates in der Kirche“ sein. Im Übrigen lebte der Geist der josephinischen Reformen in der österreichischen Bürokratie weiter.<sup>93</sup>

### 3. Im Kaisertum Österreich (1804–1867)

Mit der Annahme des Titels „erblicher Kaiser von Österreich“ durch Franz I. als „Regent des Hauses und der Monarchie von Österreich“ am 11. August 1804 und der Niederlegung der römisch-deutschen Kaiserkrone am 6. August 1806 – bei gleichzeitiger Auflösung des „Heiligen Römischen Reiches“ – durch denselben Franz II. erlosch auch die böhmische Kurwürde. Der neue Titel wurde in sämtlichen Reichsgebieten der Habsburger ohne erkennbaren Widerspruch ausgerufen. Von einem „Kaisertum Österreich“ war freilich im Patent von 1804 nicht die Rede, das Konzept einer österreichischen Staatsnation ging auch nicht auf. Immerhin vermochte die „zusammengesetzte Monarchie“ – zum Teil entgegen den Erwartungen vieler Zeitgenossen – erstaunliche Kraftreserven zu mobilisieren, sodass die habsburgischen Länder 1805 und 1809 die Hauptlast des Landkrieges gegen Napoléon I. trugen. Einerseits halfen bei der Finanzierung der Kriege gegen Napoléon die Wiener Bankhäuser Geymüller, Fries und Arnstein-Eskeles, die ihre Verbindungen nach London nützten. Ande-

---

Krain gelegene Besitz der Bistümer Brixen und Freising wurde diesem Herzogtum einverleibt. – KLINGENSTEIN 1995, 211; SHEEHAN 1989, 243f.

<sup>93</sup> WINTER 1968, 12–33; SHEEHAN 1989, 277–280 u. 354; DEAK 2015.

rerseits wirkten die Stände sowohl an der Finanzierung der Kriege als auch an der Aufstellung einer Landwehr maßgeblich mit. Auch aufgrund der hohen Kontributionszahlungen musste die Wiener Regierung 1811 die Währung um vier Fünftel abwerten. Aber die Interessengemeinschaft zwischen dem Herrscher und den Ständen hielt, sodass die Stände der böhmisch-österreichischen Länder um 1815 „mindestens 20 Prozent, möglicherweise aber bis zur Hälfte der langfristigen Inlandsschulden des habsburgischen Zentralstaates“ garantierten. Freilich sicherte den Ständen diese finanzielle Unterstützung die Wahrung ihrer Patrimonialherrschaft auf dem Lande. Diese war auch im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) von 1811 ausgenommen, das im Geiste des Frühliberalismus ein einheitliches und gleiches Privatrecht schuf und alle Menschen – aber bis 1848 eben mit Ausnahme der bäuerlichen Untertanen – als rechtsfähige Personen betrachtete. Immerhin galt das ABGB „für die gesammten Deutschen Erbländer der Oesterreichischen Monarchie“, d. h. für die österreichischen und böhmischen Erbländer, das Königreich Galizien und Lodomerien, die Bukowina, schließlich auch für Lombardo-Venetien; für die ungarischen Erbländer einschließlich Siebenbürgens und Kroatien-Slawoniens galt das Gesetzbuch jedoch nicht. Obwohl Wien bewusst auf antirevolutionäre Rhetorik setzte, versuchte es dennoch zentralisierende Verwaltungsmaßnahmen zu setzen, die unter Napoléon bereits in Lombardo-Venetien, Tirol und den Illyrischen Provinzen eingeführt worden waren. Auch die von Kaiser Franz 1816 gegründete „priviligirte oesterreichische National-Bank“ gehörte in diesen Rahmen, auch wenn sie 30 Jahre benötigte, um das gesamte inflationierte Papiergeld einzuziehen.<sup>94</sup>

Die führenden Politiker Europas waren sich auf dem Wiener Kongress 1814/15 der von den Ideen der Französischen Revolution ausgehenden Gefahren bewusst, daher ließen sie sich – bei Anerkennung vieler „revolutionärer“ territorialer Veränderungen – von einem Gegenmodell leiten: den Prinzipien der monarchischen Legitimität und Solidarität sowie vom Gedanken des Mächtegleichgewichts. Bereits im März 1814 war auf Initiative des britischen Außenministers Robert Stewart Viscount Castlereagh eine „Quadrupelallianz“ zwischen Russland, Österreich, Preußen und Großbritannien geschlossen worden, um ein dauerhaftes „Gleichgewichtssystem“ zu etablieren. Aber auf dem Wiener Kongress – sowohl zwischen

<sup>94</sup> GODSEY 2015, 29–35; RUMPLER 1997, 108–111; MAZOHL 2015b, 360f. Das von Franz Edler von Zeiller kommentierte ABGB regelte u. a. den Begriff von Grundstücken, unbeweglichem Vermögen und beweglichem Gut, den Vertragsabschluss, Eigentum und Besitz, die vermutete Eigentumsgemeinschaft, Besitzstörung und Enteignung, den Schenkungsvertrag, die Vermutung der Mangelhaftigkeit. Zeiller konnte auf Vorarbeiten seines Lehrers Karl von Martini aufbauen, hatte aber auch von Joseph von Sonnenfels und Immanuel Kant viel gelernt. – ZÖLLNER 1990, 378; WINTER 1968, 74; SHEEHAN 1989, 280f.

den gekrönten Häuptern, mit Kaiser Franz I., Zar Alexander I. und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen an der Spitze, als auch in der Diplomatenkonferenz, unter Vorsitz von Staatskanzler Klemens Wenzel Lothar Fürst von Metternich – prallten Gegensätze über die polnische und sächsische Frage aufeinander, stand die Neugestaltung der Verhältnisse am linken Rheinufer zur Disposition und blieben die Verhandlungen über den Deutschen Bund lange Zeit offen. Erst Napoléons Rückkehr von der Insel Elba beschleunigte den Abschluss, seine Niederlage bei Waterloo besiegelte die Unterzeichnung der Wiener Kongressakte am 19. Juni 1815. Obwohl der französische Außenminister Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord seit Jänner 1815 mit am Verhandlungstisch saß, musste Frankreich im Zweiten Frieden von Paris weitere Gebietsabtretungen und empfindliche Reparationszahlungen in Kauf nehmen. Die erneuerte Allianz zwischen dem russischen Zaren, dem österreichischen Kaiser, dem englischen König und dem preußischen König verpflichtete diese zur Absicherung des innenpolitischen Status quo in Frankreich und zur Sicherung „der Ruhe und der Wohlfahrt der Völker und der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa“. Die europäischen Politiker der „Generation Metternich“, die einander in den Verhandlungen 1814/15 gut kennengelernt hatten, neigten tendenziell immer stärker zur Verabsolutierung des Wertepaares „Ruhe und Ordnung“. Stärksten Ausdruck fand diese Politik in der „Heiligen Allianz“ der Monarchen Russlands, Österreichs und Preußens. Auch wenn ihre Bedeutung in der internationalen Historiographie umstritten ist, gelang es diesem trilateralen Pakt doch, für einige Jahrzehnte einseitige Veränderungen des europäischen Gleichgewichts und Kriege zu vermeiden. Zu diesem politischen Konzept gehörten allerdings auch die Aufrechterhaltung der Dreiteilung Polens und die Zuordnung Oberitaliens zum Kaisertum Österreich, notfalls mit militärischer Intervention. Die Anwendung eines nationalstaatlichen Prinzips war nicht vorgesehen, sieht man von den Spezialfällen Belgien und Griechenland ab. Da Österreich innerhalb des „Deutschen Bundes“ den Vorsitz führte und die böhmischen wie österreichischen Erbländer Teile dieses Bundes waren, scheute sich Metternich auch nicht, in diesem Bereich einzugreifen und etwa mit den Karlsbader Beschlüssen 1819 die Presse unter Zensur zu stellen und die studentischen (nationalen) Burschenschaften wie auch die Turnvereine zu verbieten. Damit sollten alle national-revolutionären Ansätze erstickt werden.<sup>95</sup>

Kaiser Franz I. und Metternich betrachteten Deutschland einhellig nicht als „Staat“, sondern als „Aggregat mehrerer Staaten“ unter der Führung Österreichs. Das bedeutete, dass nach den Worten Metternichs Deutschland „zur Annahme von Grundsätzen bewogen werden [muss], welche die

<sup>95</sup> RUMPLER 1997, 132–140; WINTER 1968, 89; SHEEHAN 1989, 393–408; STAUBER 2015, 37–45; MAZOHLE 2015d, 53–59; vgl. SCHROEDER 1994; LANGEWIESCHE 1985.

unsrigen sind, ohne dass wir erscheinen, als wollten wir unsere Grundsätze Deutschland aufdrängen“. Entsprechend der Anerkennung der fünf Königreiche (Preußen, Hannover, Bayern, Sachsen und Württemberg), 29 Herzog- und Fürstentümer und vier freien Städte (Hamburg, Lübeck, Bremen, Frankfurt am Main) im Deutschen Bund sollte auch Österreich nach historisch entwickelten Ländergruppen gegliedert werden und nicht nach „Nationen“. Damit sollte sowohl ein partikularer Länderpatriotismus gefördert werden – etwa mit dem neuen Königreich „Illyrien“ – als auch ein gesamtösterreichischer Staatspatriotismus. Aber schon 1814/15 erschien in Wien eine Zeitschrift für Literatur und Kunst unter dem Titel „Friedensblätter“, an der Friedrich Schlegel, Clemens Brentano, Adam Müller und Josef Freiherr von Eichendorff mitarbeiteten und deren Motto lautete: „Lasset uns Deutsche seyn!“ Tatsächlich wurden die deutschsprachigen Österreicher von den Magyaren, Tschechen, Polen, Slowenen und Italienern als „Deutsche“ betrachtet, während sie selbst bereits von „Deutsch-Österreichern“ sprachen. Sie hatten es auch leichter, die deutsche Amtssprache zu erlernen. Aber in den Augen von Kaiser Franz und Metternich galt die deutschnationale Bewegung als revolutionär, weshalb Zensur und Polizei einen Gürtel zwischen das Kaisertum Österreich und die übrigen Länder des Deutschen Bundes legten. Viele deutschösterreichische Intellektuelle mussten sich daher entscheiden, wie Franz Grillparzer in Österreich zu bleiben oder wie Joseph Freiherr von Hormayr nach München zu gehen, obwohl er 1809 den Tiroler Aufstand gegen Napoléon mitorganisiert und später eine Geschichte Wiens und das biographische Sammelwerk „Österreichischer Plutarch“ herausgegeben hatte.<sup>96</sup>

Wesentlicher für die Volksbildung in den Ländern des Deutschen Bundes waren die „Kinder- und Hausmärchen“ der Brüder Jacob und Wilhelm Grimm, erschienen in zwei Teilen 1812 und 1815. In einem dritten Band mit Varianten und Anmerkungen (erschienen 1822) leisteten die beiden erstrangigen Philologen bereits einen ersten wissenschaftlichen Beitrag zur Märchenforschung. Obwohl die Brüder Grimm fast nur in Hessen und den Main- und Kinziggegenden in der Grafschaft Hanau (woher sie stammten) sammelten – als Gewährsleute fungierten Mitglieder aus den Familien Haxthausen und Droste-Hülshoff sowie verschiedene sogenannte Märchenfrauen –, daneben aber auch einige französische Märchen übernahmen, wurden „Aschenputtel“, „Die Bremer Stadtmusikanten“, „Dornröschen“, „Frau Holle“, „Der Froschkönig“, „Hänsel und Gretel“, „Rapunzel“, „Rotkäppchen“, „Rumpelstilzchen“, „Schneeweißchen und Rosenrot“, „Schneewittchen und die sieben Zwerge“, „Das tapfere Schneiderlein“, „Der Teufel mit den drei goldenen Haaren“, „Tischchen deck

<sup>96</sup> WINTER 1968, 83–87, 105 u. 159–165; LUTZ 1985, 57–78; SHEEHAN 1989, 403; ZÖLLNER 1990, 380.

dich“, „Der Wolf und die sieben Geißlein“ und viele andere Märchen Bildungsgut fast aller deutschsprachigen Kinder und bewahrten ihre Faszinationskraft bis in die unmittelbare Gegenwart, wobei einige auch von Walt Disney verfilmt wurden. Die beiden Göttinger Professoren Grimm wollten mit der sprachschöpferischen Neugestaltung der „Volksmärchen“ nicht nur den „urdeutschen Mythos“ vor dem Vergessenwerden bewahren, sondern reagierten damit auch auf die Unterwerfung Deutschlands durch Napoléon und hofften, durch Erforschung der nationalen Vergangenheit „zu der Rückkehr einer andern Zeit etwas beitragen“ zu können. Während Jacob Grimm zwischen 1819 und 1837 eine vierteilige „Deutsche Grammatik“ veröffentlichte, die vor allem die Gesetze der beiden Lautverschiebungen formulierte, veröffentlichte Wilhelm Grimm 1829 die „Deutsche Heldensage“. Dazu zählte er vor allem die zusammenhängenden Sagenkreise des Nibelungenliedes und um Dietrich von Bern.<sup>97</sup>

Trotz der ersten nationalen Differenzierungen im Gefolge der Napoleonischen Kriege stand nach dem Wiener Kongress noch das regional Verbindende und nicht das national Trennende im Vordergrund. Aber „Nationen“ und „Nationalismus“ waren keine Naturphänomene, sondern Produkte bestimmter historischer Bedingungen und Bewegungen. Während in der französischen, britischen und US-amerikanischen Auffassung das politische Rechte einfordernde und erhaltende „Volk“ (*the people, le peuple*) bereits in die „Nation“ (*the nation, la nation*) überging, differenzierten die deutschen (Johann Gottfried Herder, Johann Gottlieb Fichte) und tschechischen (Josef Dobrovský, Josef Jungmann) Intellektuellen noch deutlich zwischen „Volk“ (*lid*) und „Nation“ (*národ*). Die „Nation“ war in der westlichen Auffassung auch schon stärker mit „Nationalstaat“ verbunden, während in Mitteleuropa der Begriff „Kulturnation“ stärker verbreitet war. Zunächst forderte der vom Wiener Etatismus gesteuerte absolutistische Obrigkeitsstaat die ständisch-feudalen Eliten heraus, die in erster Linie ihre regional gebundenen Privilegien zu verteidigen versuchten, vor allem in Lombardo-Venetien, Ungarn und Böhmen. Der einen böhmischen Reformkatholizismus vertretende Philosoph Bernard Bolzano propagierte in Prag die Idee eines echten „Bohemismus“, mit Zweisprachigkeit des Volkes von Böhmen, seine angeblich zu liberalen Predigten führten aber zu seiner Enthebung als Professor für Religionsphilosophie

<sup>97</sup> BARBER 1965; BRACKERT 1965; BALZER 1965. Da die Gebrüder Grimm mit mehreren tschechischen Philologen ihrer Zeit Kontakt pflegten, fanden ihre Sammlungen der Märchen und Sagen auch in Böhmen und Mähren bereits seit den 1830er Jahren Verbreitung. Wilhelm Grimm vertrat die Theorie, dass viele Märchenstoffe „gemeinsamer Besitz“ der ganzen indoeuropäischen Sprachfamilie seien; Anthropologen der Royal Society scheinen dies zu bestätigen, indem sie festgestellt haben, dass Märchenmotive wie „Rumpelstilzchen“ bereits um 2000 v. Chr., vor der Differenzierung in romanische, germanische und slawische Sprachen, entstanden sein müssen.

an der Prager Universität. Neue Landesmuseen in Troppau/Opava, Brünn und Prag dokumentierten das wachsende Interesse an der gemeinsamen „vaterländischen Geschichte“. Allerdings versuchte der Archivar Václav Hanka mit der Vorlage von gefälschten Handschriften, einen Vorrang der Tschechen vor den Deutschen aus der Geschichte abzuleiten, was einen heftigen Handschriftenstreit bis in die 1880er Jahre auslöste. Während der Altmeister der Slawistik, Josef Dobrovský, und sein geistiger Nachfolger, der Slowene Bartholomäus (Jernej) Kopitar, als Skriptor der Wiener Hofbibliothek und Zensor der Bücher in slawischen Sprachen berechnete Zweifel an der Echtheit der Handschriften anmeldeten, verteidigten der Bohemist Josef Jungmann und der Historiker František Palacký Hanka und orientierten das Böhmisches Landesmuseum zu einem tschechischen Zentrum um, das ab 1831 vom nationalen Verein „Matices česká“ (etwa „Tschechische Stiftung“) unterstützt wurde. Damit schufen sie aber Ansätze zu einer Nationalisierung der böhmischen Frage. Nachdem der böhmisch-ständische Landesausschuss dem Gesuch der Prager Bürger um eine Theatergründung stattgegeben hatte, wurde 1846 die Wahl eines Vorbereitungskomitees durchgeführt. Unter den 190 Kandidaten gab es 45 Adelige, 22 Bürger und Hausbesitzer ohne nähere Angabe, 20 Advokaten, 16 Kaufleute, elf Bierbrauer, zehn Staats- und Landesbeamte, sieben Architekten und Baumeister, sieben Handwerker, sechs bürgerliche Gutsbesitzer, fünf Müller und fünf k. k. Professoren.<sup>98</sup>

Der aus der protestantischen Gemeinde Hotzendorf/Hodslavice im nordöstlichen Mähren gebürtige und am evangelisch-lutherischen Lyzeum in Pressburg ausgebildete Palacký wurde die Führungsfigur in dieser „Agitationsphase“ der tschechischen Nationalbewegung. Mit seiner vorerst deutsch verfassten „Geschichte von Böhmen“ (1. Band Prag 1836) legte er den Grundstein für eine national-tschechische Geschichtsdeutung, in der Überzeugung, dass Böhmen und Mähren in ihrer Geschichte wegen ihrer Lage in der Mitte Europas verschiedenartige Elemente und Grundsätze des staatlichen, nationalen und kirchlichen Lebens erlebten. Den Hauptinhalt der böhmischen Geschichte erblickte Palacký daher in der ständigen „Berührung“ und im „Widerstreit“ (*stýkání a potýkání*) zwischen Deutschen und Tschechen. Trotz der mehr als tausendjährigen Verbindung mit der deutschen Welt habe aber das „böhmische“ Volk seine Eigenständigkeit behauptet und nicht aufgehört, ein slawisches Volk zu sein. Aus Geschichte und Geographie aber ergebe sich für das böhmische Volk die Aufgabe, als Vermittler und Brücke zwischen dem Deutschtum und dem Slawentum,

<sup>98</sup> RUMPLER 1997, 180–183; WINTER 1968, 90–97 u. 111f.; SHEEHAN 1989, 165f., 357 u. 371–388; KOŘALKA 1991, 52f. u. 86–90; NEWERKLA 2004, 137–158; MELVILLE 1998, 1–14; SIEMANN 2010, 86; RUMPLER 2011, 114; MAZOHL 2015c, 465; FEICHTINGER 2010, 117–119.

zwischen europäischem Westen und Osten zu wirken. Palackýs Synthese erfuhr noch größere Bedeutung, als sie ab Frühjahr 1848 auch in tschechischer Sprache erschien, nun freilich als „Dějiny národu českého v Čechách a v Moravě“ [Geschichte des tschechischen Volkes in Böhmen und Mähren]. Palacký verteidigte zugleich die böhmische (d. h. tschechische) Sprache als die wirkliche „historische Nationalsprache“ und die „Sprache der größeren Volksmasse“. Palacký fand Aufnahme in die 1847 gegründete Kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Wien und nahm Ende Jänner/Anfang Februar 1848 an der Gründungsversammlung teil. Im April 1848 lehnte er aber die Einladung des Fünfziger-Ausschusses zur Einberufung eines deutschen Parlaments in Frankfurt am Main ab, da er die tschechische Gesellschaft nicht in den deutschen Einigungsprozess einbezogen sehen wollte. Daher formulierte er als „Böhme slawischen Stammes“ ein austroslawisches Programm: „Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müsste im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.“ Und: „Um des Heils von Europa willen darf Wien zu einer Provinzialstadt nicht herabsinken.“<sup>99</sup>

Obwohl Staatskanzler Metternich außenpolitisch die neuen nationalen Bewegungen in Deutschland, Italien und Polen scharf bekämpfte, versuchte er innenpolitisch – durchaus im Wettstreit mit seinem Rivalen Franz Anton Graf Kolowrat –, die national-kulturellen Entwicklungen bei den Magyaren, Tschechen, Kroaten, Serben und Slowenen zumindest teilweise zu fördern. Vermutlich unterschätzte er die neuen Ansätze der aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaften, sich in den Nationalkulturen eigene moderne nationale Ideologien zu schaffen, die von Patriotengruppen in breitere Schichten der Bevölkerung getragen werden sollten. Fast ausnahmslos waren überdies frühliberale Mitglieder der alten Stände die Schutzpatrone und Förderer des „Gelehrtenpatriotismus“ und der nationalen „Agitationsphase“. Metternichs Politik war – nicht zuletzt aufgrund seiner geistigen Verankerung in der alteuropäischen Ständewelt – im Sinne eines supranationalen Altösterreichertums auf die Erhaltung des Königreiches Böhmen als staatsrechtlichen Teil sowohl des „Österreichischen Kaiserstaates“ als auch des „Deutschen Bundes“ ausgerichtet. Aber die von Polizei und Zensur gehütete Ruhe und Ordnung konnte den Aufstieg des Bürgertums in Gesellschaft und Staat nur hemmen, nicht bezwingen. Denn die Re-

<sup>99</sup> KOŘALKA 1998, 120–135 u. 256–273; KOŘALKA 1991, 58; WINTER 1968, 210f.; vgl. HROCH 1968 und 2005. Ein böhmisches Mitglied des Fünfziger-Ausschusses in Frankfurt, Ignaz Kuranda, erkannte schon als Zeitgenosse, dass Palacký in seiner Argumentation einmal den geschichtlichen, ein andermal den revolutionären Standpunkt vertrat und dass dieses „Durcheinanderwerfen zweier ganz entgegengesetzter Gesichtspunkte“ nicht unbeabsichtigt war. Diese Strategie übernahmen im Ersten Weltkrieg Masaryk und Beneš. – SUPPAN 2014, Bd. 1, 154f.

stauration der vorrevolutionären Verhältnisse trug ein Ablaufdatum, wie selbst Metternich 1830 zwischen Pariser Julirevolution und Warschauer Novemberaufstand gegenüber seinem russischen Ministerkollegen Karl Robert Graf von Nesselrode einsehen musste. Aber Metternich schaffte es im September 1833 dennoch, Kaiser Franz, Zar Nikolaj I. und den preußischen Kronprinzen, den späteren König Friedrich Wilhelm IV., im nordostböhmischen Waldstein-Schloss Münchengrätz/Mnichovo Hradiště zusammenzuführen und die „Heilige Allianz“ zu erneuern. Sogar der Wiener Korrespondent der in Augsburg herausgegebenen „Allgemeinen Zeitung“, Joseph Christian Freiherr von Zedlitz, verteidigte daher im Dezember 1838 die Metternich'sche Politik: „Die Regierung lässt Deutsche Deutsche, Böhmen Böhmen, Italiener Italiener bleiben; wie sollte sie Ungarn nicht in ihrer ganzen Wesenheit Ungarn bleiben lassen?“<sup>100</sup>

Zeitgenössische Statistiken für die Jahre 1830–1837 zeigen freilich ganz unterschiedliche Relationen zwischen schulbesuchenden und „schulfähigen“ Kindern: Betrug der Anteil in Niederösterreich (mit Wien) 98 %, in Tirol und Vorarlberg 97 %, in Oberösterreich sowie Mähren und Schlesien 94 % und in Böhmen 93 %, so wies die Steiermark nur mehr einen Schulbesuch von 81 %, die Lombardei von 53 %, Venetien, Kärnten und Krain gar nur von je 33 % aus; Schlusslichter waren Dalmatien mit 20 %, Galizien mit 13 % und das Küstenland (mit Triest) mit 11 %. Im Unterschied zu Preußen waren sämtliche höhere Schulen in geistlicher Hand, wobei die Benediktiner und die Piaristen am stärksten vertreten waren.<sup>101</sup> Bereits im Jahre 1817 waren die von der k. k. Hofkanzlei, vom k. k. Generalquartiermeisterstab und von der k. k. Grundsteuerregulierungs-Kommission eingeleiteten technischen Vorarbeiten zur Anlegung eines neuen Katasters so weit gediehen, dass auf der Basis der Instruktion zum Grundsteuerpatent von 1817 bzw. 1824 – der Josephinische Kataster war bereits aufgehoben worden – die Arbeiten zu einer neuen Katastralaufnahme in allen Kronländern ins Auge gefasst werden konnte. Relativ zügig wurde begonnen, die gesamte Landesfläche zu triangulieren und anschließend parzellengetreu zu vermessen; letzten Endes dauerte aber das Großvorhaben, bei dem zwischen Dalmatien und der Bukowina 382.082 km<sup>2</sup> Landesfläche vermessen wurden, bis zum Jahre 1861. Die Arbeiten begannen in Niederösterreich, dann folgten die Kronländer Innerösterreichs, zwischen 1824 und 1826 die Länder der Wenzelskrone, 1824 auch schon Galizien. In Ungarn wurde der Grundsteuerkataster erst 1849 eingeführt, die Vermessungsarbeiten begannen im Ödenburger Distrikt und wurden 1858 in Westungarn abgeschlossen. Jede Grundparzelle wurde dabei einem „Grundbesitzer“ (Grundherrn,

<sup>100</sup> RUMPLER 1997, 154–161 u. 200–214; KOŘALKA 1991, 30; SHEEHAN 1989, 613; vgl. OPLATKA 2004; HROCH 1968.

<sup>101</sup> LUTZ 1985, 148f.

Pfarrherrn oder Freisassen) sowie der verwaltungstechnisch zuständigen Grundherrschaft – einem weltlichen oder geistlichen Dominium – zugeordnet und schließlich der Reinertrag als Steuerbemessungsgrundlage geschätzt.<sup>102</sup>

Trotz mangelnder politischer Partizipation und Einschränkung der öffentlichen Meinungsfreiheit kam es in der Epoche des „Vormärz“ bzw. des „Biedermeier“ doch zu einem technisch-wirtschaftlichen Modernisierungsschub, wobei zweifellos die Industrialisierung in England als Vorbild wirkte und die Einrichtung von Polytechnischen Instituten in Prag (1806) und Wien (1815) für die Verbindung von Grundlagenforschung mit angewandter Forschung sorgte. Auch die Einbeziehung der Lombardei, Venetiens, Tirols und Vorarlbergs in den gemeinsamen österreichischen Zollverband brachte innovative Wirkungen auf den Binnen- und Außenhandel; Karl Friedrich Freiherr von Kübeck schuf 1835 eine österreichische Zollordnung. Die 1829 gegründete Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft begann den unregulierten Strom bis zu seiner Mündung zu erschließen, der 1832 in Triest gegründete Österreichische Lloyd baute rasch eine Handelsflotte auf, die bald die Weltmeere befuhr. Eine erste Industrialisierungswelle in den 1820er und 1830er Jahren ließ besonders in den böhmischen und österreichischen Ländern eine Reihe industrieller Unternehmungen im Textil-, Montan-, Maschinen- und Glassektor (die Grafen Harrach und Buquoy sowie die bürgerlichen Glasmacher Riedel und Palme) entstehen, wobei in Böhmen die Webereien (etwa die Tuchmacherfamilie Liebig in Reichenberg, später die Wirkwarenfabrik Kunert in Warnsdorf) dominierten, in Niederösterreich die Spinnereien. Bereits 1835 fand in Wien die erste österreichische Gewerbe- und Industrieausstellung statt. In der tschechisch-deutschen Stadt Pilsen/Plzeň wurde 1842 das berühmte bürgerliche Brauhaus gegründet, das bis heute an der Marke „Pilsner Urquell“ aus dem Jahre 1914 festhält. Zwar fiel dem adeligen Herrschaftsbesitz im Erzbergbau und in der Montanindustrie beinahe noch eine Monopolstellung zu, aber 1842 übernahm das Wiener Bankhaus Rothschild vom Olmützer Erzbischof die Rudolfshütte in Witkowitz/Vítkovice; sie wurde zum modernsten und größten Stahlwerk Österreichs ausgebaut und produzierte bald die Schienen für die Nordbahn. Gleichzeitig kaufte Salomon Rothschild vom Freiherrn Adolf von Eichendorff, dem Vater des Dichters Joseph von Eichendorff, die etwa 40.000 ha großen Herrschaften Lubowitz/Łubowice und Slawikau/Sławików im damals bereits preußischen Hultschiner Ländchen, nordwestlich von Mährisch-Ostrau. Noch gab es kaum nationale Differenzierung zwischen deutscher, tschechischer und polnischer Unternehmer- und Arbeiterschaft. Von Wien aus erfolgte – nach Vergabe der

<sup>102</sup> RUMPLER 2013, 9f. u. 19f.; vgl. DROBESCH 2003.

Konzession an Salomon Rothschild – der Bau der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn nach Brünn (1839), Olmütz (1845) und Oderberg/Bohumín (1847) an der österreichisch-preußischen Grenze in Schlesien, sodass 1848 bereits 30.000 Tonnen Kohle nach Wien transportiert werden konnte. Im August 1845 wurde auch Prag erreicht, wo gerade der Staatsbahnhof, der spätere Masaryk-Bahnhof, fertiggestellt worden war. Bald danach wurde eine Telegraphenleitung von Wien über Brünn nach Prag gebaut, sodass noch vor der Revolution 1848 die Reisezeit von Wien nach Prag auf einen halben Tag reduziert war, die Übermittlung von Nachrichten auf wenige Minuten. Parallel zum Eisenbahnbau begann die Schiffbarmachung der Elbe und des Unterlaufs der Moldau, um mit Dampfschiffen von Prag und Aussig bis nach Hamburg fahren zu können. Von der Roheisenerzeugung (einschließlich der Sensenerzeugung) der Habsburgermonarchie stellten aber die Alpenländer um 1850 noch immer 60 %.<sup>103</sup>

Obwohl Kaiser Ferdinand I. am 7. September 1836 in Prag noch im Rahmen eines richtigen Volksfestes als König Ferdinand V. zum König von Böhmen gekrönt worden war – im Übrigen die letzte Krönungszeremonie in Prag (!) –, setzte gegen das immer brüchiger werdende Metternich-Regime mit seinem konservativen Absolutismus seit den 1840er Jahren zunehmender intellektueller Protest ein. In Wien formulierte ab 1841 der „Juridisch-politische Leseverein“ – mit Männern wie Alexander Freiherr von Bach, Anton Freiherr von Doblhoff und Eduard von Bauernfeld – die Forderungen des liberalen Besitz- und Bildungsbürgertums und betonte die Gleichberechtigung des dritten Standes. Viktor Freiherr von Andrian-Werburgs Schrift „Österreich und dessen Zukunft“ (Hamburg 1843, 2. Teil 1847) erzielte die größte Resonanz mit ihrer Kritik an der selbstherrlich gewordenen Bürokratie als größtem Feind Österreichs; dazu kämen das zurückgebliebene, verkalkte Schulwesen, die unerträgliche Zensur und das Fehlen jeden „Gemeinsinns“. In Prag übernahm der radikaldemokratische Club Repeal 1844 die Idee des andauernden Kampfes der Tschechen gegen das Deutschtum und sah im Kampf der Iren gegen England sein Vorbild. Im Unterschied zu anderssprachigen Völkern in Großbritannien, Frankreich, Preußen oder Russland wurden jedoch die Tschechen im Kaisertum Österreich niemals einer zielbewussten Germanisierung unterworfen. Zwar forderte die neue tschechische bürgerlich-nationale Ideologie mehr

<sup>103</sup> RUMPLER 1997, 227–236; SHEEHAN 1989, 160–174 u. 533–542; SANDGRUBER 1995, 176–190 u. 205; MELVILLE 1998, 55–57; SEIBT 2002, 42f.; HERZIG 2002, 486; LIND 2006, 425f.; RUMPLER 2011, 114. Franz Anton Ritter von Gerstner, seit 1818 Professor am Wiener Polytechnikum, entwickelte im Auftrag der Wiener Kommerzhofkommission das Projekt einer etwa 130 km langen Holz- und Eisenbahn, von Pferden gezogen, zwischen Linz und Budweis, die in den Jahren 1827 bis 1832 ausgebaut wurde, auf der die Reise freilich mindestens acht Stunden dauerte. – HYE 2010, 21–23; MAZOHL 2015b, 374.

Selbständigkeit Prags gegenüber Wien, blieb aber im Rahmen des politischen Austroslawismus. Freilich, 1847 wurden in Prag noch 66.000 Deutsche, jedoch nur 37.000 Tschechen und 6.000 Juden gezählt, und seit 1835 erschien mit der „Bohemia“ die älteste deutsche Tageszeitung Prags, die erst am 31. Dezember 1938 ihr Erscheinen einstellen musste. Nicht nur die Deutschen, auch die Tschechen hielten zu dieser Zeit noch am traditionellen Ausdruck „Böhmen“ und „böhmisch“ sowohl für das Land als auch für das Volk und die Sprache fest, da *český* sowohl „böhmisch“ als auch „tschechisch“ bedeutet. Denn als „Böhmen“ waren und blieben sie eine historische Nation und „die Erben glorreicher Traditionen des Königreichs“; als „Tschechen“ dagegen konnten sie als geschichtsloses Volk betrachtet werden. Und genau dies bezweckte die deutsche Publizistik nach 1840, wenn sie die Formen „Czechen“ und „czechisch“ verwendete. Metternich aber verspürte im August 1843, dass der „Tschechismus ein lebendiges Glied in der Kette des Slawismus“ sei, was er als soziale Krankheit der Zeit bezeichnete. In einem vertraulichen Gespräch zwischen dem Zaren Nikolaj I. und Metternich am 1. Jänner 1846 in Wien verwies der Zar auf die Unruhe unter den Nationen in Österreich, Metternich hingegen auf ungelöste konfessionelle Probleme im Zarenreich, hinter denen ebenfalls nationale Gründe standen. Einig war man sich aber im Willen zu gegenseitiger Unterstützung gegen revolutionäre Umtriebe, seien sie unter den Polen oder in Ungarn.<sup>104</sup>

Wien hatte bereits im Jahr 1818 224.000 Einwohner gezählt und wuchs bis 1850 – trotz einer verheerenden Choleraepidemie zwischen dem Sommer 1831 und dem Frühjahr 1832 – auf 431.000, behauptete also seine Stellung als größte Stadt Mitteleuropas.<sup>105</sup> Abgesehen von bis zu 600 Seidenfabriken mit etwa 15.000 Beschäftigten und Tausenden groß- und kleingewerblichen Betrieben sorgte auch die Dampfschiffahrt auf der Donau für neue Exportmöglichkeiten. Gleichzeitig wurde die Reichshaupt- und Residenzstadt zum Mittelpunkt der Biedermeierkultur. In der neuen bürgerlichen Öffentlichkeit, die sich gegenüber dem Hof und der Aristokratie abgrenzte, wurde Franz Schubert mit seinen Symphonien und Liedzyklen („Die schöne Müllerin“ und „Winterreise“) Mittelpunkt vieler bürgerlicher Salons (der bekannteste war der Salon der jüdischen Bankiersgattin Fanny Arnstein), während Johann Strauß Vater und Josef Lanner mit ihren Walzern, Märschen und Landlern dem individuellen Paartanz – im Gegensatz zum höfischen Reigentanz – zum Durchbruch

<sup>104</sup> KOŘALKA 1991, 31 u. 57; SHEEHAN 1989, 629–631; COHEN 2006, 20–22; WINTER 1968, 190, 214 u. 263f.; IGGERS 2001; ŠTAJF 2005. Auch Dobrovský und der junge Palacký machten durchaus abwechselnd von den Wörtern „böhmisch“ und „čechisch“ Gebrauch.

<sup>105</sup> Berlin zählte um 1850 378.000 Einwohner, Hamburg 221.000. – SHEEHAN 1989, 486.

verhelfen. Beide dirigierte eigene Kapellen, bevor sie Hofballmusikdirektor bzw. Musikdirektor der Wiener Redoute wurden. Eine Tanzhysterie erfasste alle Schichten der Bevölkerung, nur wenige wie der verkommene Schuster Knieriem in Johann Nestroys Erfolgsstück „Der böse Geist Lumpazivagabundus“ ahnten: „Die Welt steht auf kein’ Fall mehr lang.“ Daher hatten es die Schöpfer einer spezifisch österreichischen Literatur mit der strengen Zensur des Grafen Josef Sedlnitzky durchaus schwer, einschließlich der Direktoren des Hofburgtheaters (seit Joseph II. als „Teutsches Nationaltheater“ auch einem breiteren Publikum geöffnet), des Kärntnertheaters, des Theaters an der Wien sowie des Theaters in der Josefstadt und in der Leopoldstadt. Aber Ferdinand Raimund („Der Verschwander“) und Nestroy wurden als Bühnendichter und Volksschauspieler Publikums- lieblinge, da sie es unnachahmlich verstanden, ihre scharfzüngige Zeitkritik an Aristokraten, Bankiers und Hausherrn in Satire, Ironie, aber auch beißenden Spott zu verpacken und die Theaterkommissäre zu überlisten. Der Direktor des Hofkammerarchivs, Franz Grillparzer, veranschaulichte an historischen Gestalten („Libussa“, „König Ottokars Glück und Ende“, „Ein Bruderzwist in Habsburg“) die Zeitlosigkeit allzu menschlicher Leidenschaften, erzürnte aber als Dichter der „Sappho“ den frommen katholischen Kaiser. Zweifellos ermöglichten die Salons, Theater, Kaffeehäuser, Tanzsäle und Parkanlagen den Zugang breiterer Bevölkerungsschichten zu politischer Kommunikation (einschließlich der auf den Straßen gesungenen Spottlieder) und staatsbürgerlicher Emanzipation.<sup>106</sup>

Die Zeit des Biedermeier war keineswegs nur eine Epoche des Rückzugs ins Private, in die Salons mit Hauskonzerten, sondern auch die einer Öffnung der privaten Sphäre, die eines Vordringens der bürgerlichen Gesellschaft und Kultur in die politische Öffentlichkeit. Immerhin hatte sich nicht nur in den Städten, sondern auch in den meisten größeren Dörfern die allgemeine Schulpflicht praktisch durchgesetzt, wobei der Unterricht im Lesen, Schreiben, Rechnen und in der katholischen Religion auf der untersten Stufe bis auf wenige Ausnahmen in der Sprache der Bevölkerung erteilt wurde. Somit bildete sich im Biedermeier – häufig wenig beachtet – das Ferment für die revolutionären Bewegungen der Jahre 1848/49. Denn trotz Förderung technischer und medizinischer Innovationen – der Anatom Karl von Rokitanský wurde bereits 1834 berufen, während Josef Škoda 1846 die Leitung der medizinischen Klinik erhielt – versagte der Staat in der Steuerpolitik, in der Förderung des höheren Schulwesens und bei der Lösung der sozialen Frage in den wachsenden Städten wie auf

<sup>106</sup> RUMPLER 1997, 140–147 u. 217–227; LUTZ 1985, 138–140; WINTER 1968, 145f.; MAZ-OHL 2015b, 379–390. Künstlerische Höhepunkte erreichten auch die Genre- (Ferdinand Georg Waldmüller), Porträt- (Friedrich von Amerling, Peter Fendi) und Historienmalerei (Johann Peter Krafft, Joseph Anton Koch).

dem Land. 1844 kam es in Prag zu ersten Arbeiterunruhen in den Baumwolldruckfabriken, die sich gegen jüdische Unternehmer richteten. Die tristen Verhältnisse, die Gerhart Hauptmann für die schlesischen „Weber“ beschrieb, galten auch für das Erzgebirge, für das Mühl- und Waldviertel, das Alpenvorland und Kärnten. In den „hungrigen vierziger Jahren“ förderte der „Pauperismus“, die Verelendung der Kleinbauern, der Arbeiter und Kleinbürger, die Neigung der Unterschichten zum Aufstand, wie in den Polizeiberichten immer häufiger zu lesen war.<sup>107</sup>

Die „Taufrede der Revolution“ hielt der Pester Abgeordnete Lajos Kosuth bereits am 3. März 1848, als er die Besteuerung des Adels, die Abschaffung der Urbariallasten, mehr politische Rechte für die Bürger und Bauern, eine eigene ungarische Finanzverwaltung, eine ungarische Armee und ein dem ungarischen Landtag verantwortliches Ministerium verlangte. Die Märzrevolutionäre in Wien forderten hingegen in erster Linie eine „Konstitution“, die Aufhebung der Zensur, die Pressefreiheit, das Recht zur Bildung von Vereinen und die Abdankung Metternichs, während eine tschechische Bürgerversammlung in Prag die administrative Selbständigkeit der böhmischen Länder und die vollkommene Gleichstellung der tschechischen Nationalität mit der deutschen in den Schulen und Ämtern verlangte. Der *Repeal*-Aktivist Karel Havlíček Borovský forderte in der ersten Nummer der „*Národní noviny*“ (Nationalzeitung) auch schon die Vorherrschaft der Tschechen in den staatsrechtlich künftig zusammenzufassenden böhmischen Ländern. Als sich Anfang April eine tschechische Delegation in Wien die „Böhmische Charta“ bestätigen ließ, verlangte der vom Deutschböhmen Ludwig von Löhrner in Wien gebildete „Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Aufrechterhaltung ihrer Nationalität“ die Aufkündigung der historischen Einheit der böhmischen Länder. Während der Kaiser als König Ferdinand V. die Forderungen des ungarischen Landtages weitgehend erfüllte und Lajos Graf Batthyány zum Ministerpräsidenten ernannte, blieb die Wiener Regierung gegenüber den tschechischen Forderungen zurückhaltend. Die am 25. April vom Innenminister Franz Freiherr von Pillersdorf ausgearbeitete und vom Kaiser erlassene Verfassung erklärte im § 1, dass „sämtliche zum österreichischen Kaiserstaat gehörigen Länder eine untrennbare konstitutionelle Monarchie bilden“; freilich blieben Ungarn und Lombardo-Venetien ausgenommen.

---

<sup>107</sup> RUMPLER 1997, 248–259; SHEEHAN 1989, 536–541; ZÖLLNER 1990, 379; KOŘALKA 1991, 100; LIND 2006, 441. Der aus Südmähren stammende Karl Anton Postl, der in Prag in den Kreuzherrenorden eingetreten war, erlebte als Schüler Bolzanos den erst 1825 beendeten Prozess gegen seinen Lehrer und entkam über Schweizer Logen in die Vereinigten Staaten. Nach seiner Rückkehr veröffentlichte er bereits 1828 unter dem Namen Charles Sealsfield das Pamphlet „*Austria as it is*“, das die Restauration in der Habsburgermonarchie leidenschaftlich anklagte. – WINTER 1968, 158f.

Hier war bereits die Revolution ausgebrochen, und der König von Piemont hatte Österreich den Krieg erklärt. Aber Feldmarschall Joseph Wenzel Graf Radetzky (Radecký) von Radetz besiegte mit Verstärkungen aus Kroatien und Wien die piemontesische Armee, wurde vom liberalen Grillparzer öffentlich gehuldigt („Glück auf, mein Feldherr, führe den Streich!“) und von Johann Strauß Vater mit dem „Radetzky-Marsch“ gefeiert, der noch heute den Abschluss des Neujahrskonzertes der Wiener Philharmoniker bildet.<sup>108</sup> Der aus Olmütz/Olomouc stammende Historiker Joseph Chmel, Mitglied der 1847 gegründeten Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien, trat bereits Mitte April 1848 mit einer Hochschätzung des österreichischen Kaiserstaates hervor und dämpfte die deutsch-österreichische Begeisterung für die Wahlen in die Frankfurter Nationalversammlung.<sup>109</sup>

Andererseits hörten die Tschechen und Slowenen im Frühjahr 1848 wiederholt das Argument, dass sie auf dem Territorium Deutschlands lebten und dass ihr Verhältnis zur deutschen Nation demjenigen der Bretonen, Provençalen oder Elsässer zur französischen Nation gleiche. Tatsächlich sah der Verfassungsentwurf für die „Vereinigten Staaten Deutschland“ nur die Einbeziehung von deutschsprachigen Ländern vor. Während die Tschechen nach dem Absagebrief Palackýs keine Abgeordneten zur Frankfurter Paulskirche wählten, entsandten die Deutschen der böhmischen Länder immerhin deren 61. Palacký hatte sich als „Böhme slawischen Stammes“ deklariert, für den der „österreichische Kaiserstaat“ die Schutzmacht der kleinen Völker Ostmittel- und Südosteuropas darstellte, mit der Donau als Lebensader. Dafür trafen sich Anfang Juni 1848 etwa 340 Tschechen, Slowaken, Polen, Ukrainer, Slowenen, Kroaten und Serben zu einem Slawenkongress auf der Sophieninsel in Prag, der eigentlich eine austroslawische Demonstration werden sollte, allerdings gemeinsam mit dem Pfingstaufstand Prager radikaldemokratischer Studenten und Arbeiter von den Trup-

<sup>108</sup> Als der tschechische Staatspräsident Miloš Zeman im März 2016 den österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer auf der Prager Burg empfing, ließ er – zur Überraschung des Gastes – nicht nur die beiden Nationalhymnen intonieren, sondern auch den Radetzky-Marsch.

<sup>109</sup> ZÖLLNER 1990, 356–359; HÄUSLER 1979; LUTZ 1985, 246–257; KOŘALKA 1991, 33; RUMPLER 1997, 292–296; HAIDER / HYE 2003, 9–29; DEUTSCHER BUNDESTAG 1990, 120–127. Einschließlich der Stellvertreter wurden in die Frankfurter Paulskirche 831 Abgeordnete gewählt, von denen die Mehrheit dem liberalen Bildungsbürgertum entstammte, darunter viele Beamte, Juristen und Professoren. Erzherzog Johann erließ am 15. Juli 1848 als Reichsverweser eine Proklamation „An das deutsche Volk“: „Unser Vaterland hat ernste Prüfungen zu bestehen. Sie werden überwunden werden. Eure Straßen, Eure Ströme werden sich wieder beleben, Euer Fleiß wird Arbeit finden, Euer Wohlstand wird sich heben, wenn Ihr vertrauet Euren Vertretern, wenn Ihr mir vertraut, den Ihr gewählt, um mit Euch Deutschland einig, frei und mächtig zu machen. Aber vergesst nicht, dass die Freiheit nur unter dem Schirme der Ordnung und Gesetzlichkeit wurzelt. Wirkt mit mir dahin, dass diese zurückkehren, wo sie gestört wurden.“

pen des Feldmarschalls Alfred Fürst Windisch-Graetz vorzeitig aufgelöst wurde. Im Oktober 1848 konnte dann der Feldmarschall seine Truppen per Bahn sehr rasch aus Böhmen nach Wien verlegen und die Wiener Oktoberrevolution zusammenschießen lassen, wozu auch Banus Josip Graf Jelačić mit seinen kroatischen und serbischen Grenzern beitrug, indem er eine ungarische Hilfestellung für die Wiener Revolutionäre bei Schwechat abwehrte.<sup>110</sup>

Langfristig wesentlicher war die mit kaiserlicher Proklamation vom 16. Mai angekündigte Wahl des ersten österreichischen Reichstages im Juni und Juli 1848, zu der alle Männer mit vollendetem 24. Lebensjahr und sechsmonatiger Ansässigkeit wahlberechtigt waren und deren Ausführungsbestimmungen sich an den Regelungen der kurz zuvor durchgeführten Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung orientierten. Vorgesehen waren 383 Abgeordnete, die in Einerwahlkreisen jeweils nach dem Mehrheitsprinzip zu bestimmen waren. Böhmen hatte 90 Abgeordnete zugeteilt erhalten, Mähren 38, Schlesien 10, Niederösterreich 37, Oberösterreich 16, die Steiermark 21 und Tirol 17. Nach Eröffnung des Reichstages durch Erzherzog Johann in Stellvertretung des Kaisers am 22. Juli 1848 begannen sofort die Beratungen zur Erarbeitung einer Verfassung und zur Lösung der Agrarfrage, namentlich die Aufhebung der Patrimonialabhängigkeit und der bäuerlichen Abgaben an die Grundherrschaft, also die Grundentlastung. Schon am 26. Juli brachte der aus einer schlesischen Großbauernfamilie stammende Jurist Hans Kudlich einen entsprechenden Antrag ein, der im August im Plenum zur Verhandlung kam. Obwohl schließlich am 6. September 1848 ein von Kudlichs Vorstellungen stark abweichendes, vom Salzburger Josef Ritter von Lasser ausgearbeitetes Gesetz angenommen wurde, blieb der „Bauernbefreier“ Kudlich als einer der ersten durch die modernen Medien produzierten Heroen im historischen Gedächtnis verankert. Kein Zweifel, durch die geteilte Ablöse der Feudallasten der Bauern und die Abschaffung der Patrimonialgewalt der Grundherrschaft gewann sowohl die deutsch-österreichische als auch die tschechische Nationalbewegung eine wesentliche soziale Voraussetzung für die Ausbildung einer modernen Nationalgesellschaft.<sup>111</sup>

Nun wandte sich der vor der Wiener Oktoberrevolution nach Kremsier/Kroměříž in Mähren geflohene Reichstag der Ausarbeitung einer modernen Verfassung zu. Hierbei präsentierte Palacký den Vorschlag einer Aufteilung der Habsburgermonarchie in acht autonome politische Einheiten, und zwar nach dem ethnischen Prinzip: deutsch-österreichische Länder (deutsche Teile der Sudeten-, Donau- und Alpenländer); tschechische Län-

<sup>110</sup> ŠESTÁK 1996, 24–35; KOŘALKA 1991, 40; WINTER 1969, 29–31 u. 39–46; STEKL / WAKOUNIG 1992, 152f.; BUCHVALDEK u. a. 1986, 268–274.

<sup>111</sup> ADLGASSER 2014, XI–XXI; BRUCKMÜLLER 2001, 277; BLAZNIK u. a. 1980, 648f.

der (tschechische Teile der Sudetenländer und die slowakischen Gebiete in Oberungarn); polnische Länder (Galizien, Bukowina und Karpato-Ukraine); „illyrische“ Länder (Krain sowie die slowenischen Teile der Steiermark, Kärntens und des Küstenlandes); italienische Länder (Lombardei, Venetien, italienische Teile des Küstenlandes); südslawische Länder (Dalmatien, Kroatien, Slawonien und die Vojvodina); magyarische Teile Ungarns und Siebenbürgens; rumänische Teile Siebenbürgens, Ungarns und der Bukowina. Das hätte etwa die Teilung Böhmens, Mährens und Schlesiens in einen tschechischen und einen deutschen Teil bedeutet, aber auch die Teilung Ungarns, der Steiermark, Kärntens, des Küstenlandes und Tirols. Tatsächlich kam es nach 1918 in Ungarn, der Steiermark und Tirol zu solchen ethnischen Teilungen, in den Sudetenländern nur im österreichisch-schlesischen Bereich zwischen der Tschechoslowakei und Polen; 1945 wurden auch Galizien, die Bukowina, das östliche Oberungarn und das Küstenland geteilt. Im Jahre 1848 fand sich jedoch im Kremsierer Reichstag keine Mehrheit für Teilungen von historischen Ländern, und als Kompromiss zwischen Föderalisten und Zentralisten – gleichzeitig zwischen Palacký und dem Brünner Kajetan Mayer – wurde der Fortbestand der Kronländer mit Unterteilung in national möglichst einheitliche Kreise vorgeschlagen, die in Fragen der Verwaltungssprache und des Unterrichts weitgehend autonom sein sollten. Der austroslawische Vorschlag Palackýs scheiterte aber auch an „der politischen Wirklichkeit der deutschen und ungarischen Revolution einerseits sowie [an] der konservativen Militärmacht des österreichischen Hofes“.<sup>112</sup>

Der vor der Wiener Oktoberrevolution nach Olmütz/Olomouc geflohenen Kaiserhof konnte am 2. Dezember 1848 den gesundheitlich beeinträchtigten Kaiser Ferdinand I. zur Abdankung bewegen und seinen 18-jährigen Neffen Franz Joseph I. im erzbischöflichen Palais als neuen Kaiser inthronisieren. Die Feldmarschälle Radetzky und Windisch-Graetz sowie Feldzeugmeister Jelačić wirkten hierbei als Stützen des Thrones. Allerdings verordnete der junge Kaiser – auf Rat des Ministerpräsidenten und Außenministers Felix Fürst Schwarzenberg – die Auflösung des Kremsierer Reichstages und das Oktroy einer von Innenminister Franz Graf Stadion vorgelegten zentralistischen Verfassung, die immerhin von einer Gleichberechtigung der „Volksstämme“ sprach, die durch eine neue Kreiseinteilung umgesetzt werden sollte. Auf Vorschlag von Stadion führte die Regierung Schwarzenberg auch ein provisorisches Gemeindegesetz ein. Hinsichtlich Deutschlands „Frage an Österreich“ stellte Schwarzenberg klar: „Österreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches und europäisches Bedürfnis.“ Daher forderte er den Eintritt des gesamten österreichischen

<sup>112</sup> KANN 1964, Bd. 2, 33–41; KOŘALKA 1998, 313f.; RUMPLER 1997, 313–315; KOŘALKA 1991, 50; BRAUNEDER 2000, 106–116; vgl. KLETEČKA 1996.

Kaiserstaates in einen deutsch-österreichischen Staatenbund. Aber in Frankfurt trat die preußisch-kleindeutsche Partei in den Vordergrund. Noch schwieriger gestaltete sich der Krieg in Ungarn, vor allem nachdem Kossuth als Vorsitzender eines Landesverteidigungsausschusses am 14. April 1849 vom Rest des ungarischen Reichstages in Debrecen das Haus Habsburg als Träger der Königswürde absetzen und sich selbst zum Gouverneur ernennen ließ. Trotz intakter Armeen bei Pressburg und in Kroatien wandte sich Schwarzenberg an den Zaren Nikolaj I. um Hilfe, die dieser Franz Joseph I. ohne Bedingungen gewährte, da in St. Petersburg der Ausbruch einer neuen polnischen Revolution befürchtet wurde. Von drei Seiten militärisch in den Südosten Ungarns zurückgedrängt, musste der Oberbefehlshaber General Artúr Görgey am 13. August 1849 bei Világos/Şiria vor Feldmarschall Paskevič kapitulieren. Von einem Militärgericht in Arad wurden 13 Honvéd-Generäle zum Tode verurteilt, Görgey auf Intervention des Zaren begnadigt und nach Viktring bei Klagenfurt verbannt. Darüber hinaus gab es 114 Todesurteile und 1.765 Kerkerstrafen; Kossuth und Gyula Graf Andrássy entkamen ins Osmanische Reich, Ministerpräsident Batthyány aber wurde in Pest hingerichtet.<sup>113</sup>

Bereits vor der Sistierung der Oktroyierten Verfassung Ende 1851 wurde das gesamte öffentliche politische Leben eingestellt, kein Reichstag und kein Landtag mehr einberufen. Auch Palacký musste schon im Jänner 1850 jegliche politische Tätigkeit beenden, Havlíček wurde im Dezember 1851 nach Brixen in Südtirol verbannt, und ab Dezember 1852 erschien das seit 1849 mehrsprachige Reichsgesetzblatt nur mehr in deutscher Sprache. Der aus Prag stammende Unterstaatssekretär für Unterricht, Joseph Alexander Freiherr von Helfert, versuchte 1853 einen gesamtösterreichischen Nationsbegriff im politischen, nicht im ethnischen Sinn zu begründen: „Österreichische Nationalgeschichte ist uns die Geschichte des österreichischen Gesamtstaates und Gesamtvolkes, als dessen organisch ineinander verschlungene Glieder all die nach Abstammung, Bildung und Gesittung verschiedenen Stämme erscheinen, die auf dem weiten Gebiete des Reiches, hier unvermischt in größeren Massen, dort vielfach untereinander vermengt, sich bewegen.“<sup>114</sup> Obwohl Innenminister Alexander Bach noch am 17. Juni 1849 vor der Österreichischen Bischofskonferenz einen Vortrag über die Einigkeit von Kirche und Staat hielt, wurde das josefinische Staatskirchentum aufgegeben. Papst und Kaiser wollten keine Trennung von Kirche und Staat, der Lehrer Franz Josephs, Josef Othmar von Rauscher – 1849 zum Fürstbischof von Seckau, 1853 zum Erzbischof von Wien ernannt –, bestärkte den Kaiser in seiner Überzeugung vom Got-

<sup>113</sup> DEAK 1979, 265–337; NIEDERHAUSER 1990, 157–182; RUMPLER 1997, 316–318; LUTZ 1985, 300–302.

<sup>114</sup> HELFERT 1853, 1f.

tesgnadentum. Vor allem der Krimkrieg veranlasste ihn auch darin, ein Konkordat mit dem Heiligen Stuhl abzuschließen. Durch die Stärkung des „Bündnisses zwischen Thron und Altar“ im Konkordat von 1855 erhielt das österreichische Kaisertum eine neue Legitimation als „katholische Großmacht“ und versuchte die Idee dieses multiethnischen Staatspatriotismus zu vertiefen. Freilich unterstanden nun alle katholischen Volks- und Mittelschulen – etwa die Gymnasien der Benediktiner, Piaristen, Jesuiten und Franziskaner – ausschließlich kirchlicher Aufsicht, und der Staat überließ mit dem Ehegesetz von 1856 die Festlegung der Bedingungen für die Schließung oder Annullierung einer Ehe der Kirche. Verständlicherweise machte auch dieses Ehegesetz das Konkordat unter den Liberalen im In- und Ausland äußerst unpopulär. Zu den liberalen Maigesetzen 1868 gehörte dann auch ein neues Ehegesetz, das neben der kirchlichen Eheschließung die Zivilehe als rechtlich verbindend einführte.<sup>115</sup>

Das „neoabsolutistische“ Regime des bürgerlichen Innenministers Alexander Bach betrieb eine „Revolution von oben“, die zwar keine Gleichberechtigung der Nationalitäten oder die Zulassung von politischen Parteien vorsah, dafür aber eine Modernisierung der Verwaltung (mit nach Ressorts gegliederten Ministerien sowie Kreisen, Bezirken und Ortsgemeinden auf der unteren Ebene), die Einrichtung von Handels- und Gewerbekammern – in den böhmischen Ländern in Prag, Reichenberg/Liberec, Eger/Cheb, Pilsen/Plzeň, Budweis/České Budějovice, Brünn/Brno, Olmütz/Olomouc und Troppau/Opava; in den österreichischen Ländern in Wien, Linz, Graz, Leoben, Klagenfurt, Triest, Salzburg, Innsbruck und Dornbirn –, die Einrichtung vom Postämtern, die Aufstellung einer Gendarmerie, die Einführung eines neuen Strafrechts sowie die Grundentlastung. Die weltlichen und geistlichen Grundherrschaften hatten auf etwa 30% der bisherigen Einnahmen zu verzichten, die Bauern trugen etwa 35% zum Grundentlastungskapital bei, der Staat einschließlich der Kirchen übernahm einen ähnlichen Anteil. Der Minister für Kultus und Unterricht, Leo Graf Thun-Hohenstein aus Tetschen/Děčín, führte ab Juli 1849 mit seinen vorzüglichen Mitarbeitern Franz Exner, Hermann Bonitz und Joseph Helfert eine grundlegende Reform des Gymnasial- und Universitätswesens durch, schuf achtklassige Gymnasien mit Matura, stärkte die „Realfächer“ neben Latein und Griechisch, vereinheitlichte das Lehramtsstudium, führte an den Universitäten die Lehr- und Lernfreiheit ein und sicherte – nach preußischem Vorbild – die Einheit von Forschung und Lehre. Außerdem sollten verbesserte Realschulen auch zum Studium an den polytechnischen Lehranstalten vorbe-

<sup>115</sup> STÖLZL 1971; RUMPLER 1997, 341–347; WINTER 1969, 64f. u. 86–100; KOŘALKA 1991, 34 u. 37. Karel Havlíček hatte freilich schon im April 1848 formuliert: „Selbst wenn wir alle Österreicher (*Rakušané*) im politischen Sinne sind, sind wir doch nicht Österreicher (*Rakušáci*) im nationalen Sinne.“

reiten. Gab es 1857 an Österreichs Universitäten zwischen Padua/Padova und Lemberg/Lwów/Lviv 18.781 Studierende, so stieg die Zahl bis 1910 auf 55.974, etwa 0,11% der Gesamtbevölkerung. Mit dem gewaltigen Wachstum der staatlichen Bürokratie (vielfach „Bach-Husaren“ genannt) eröffneten sich gerade den gebildeten Schichten der böhmischen und österreichischen Länder beträchtliche Chancen zu gesellschaftlichem Aufstieg. Freilich wurde schon 1854 in jenen Gymnasien, die nicht ohnehin die deutsche Unterrichtssprache hatten, die besondere Pflege dieser Sprache angeordnet, etwa auch am Akademischen Gymnasium in Prag. Handelsminister Karl Ludwig von Bruck fasste schon am 1. Oktober 1850 die Gesamtmonarchie zu einem Zollgebiet zusammen, betrieb die Privatisierung der Eisenbahnen und förderte 1855 die Gründung der „Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe“. Im Verwaltungsrat hielten sich die böhmisch-ungarische „Fürstenpartei“ und die Wien-Prager „Rothschildpartei“ die Waage, die Vertreter der Industrie stellten die dritte Gruppe. Die Gründung der Bank war ein so großer Erfolg, dass sie nicht nur bis 1918, sondern bis zu ihrer schweren Krise im Mai 1931 und ihrer Verstaatlichung das wichtigste private Bankinstitut in Ostmitteleuropa blieb. Als Gegenmodell zum Zollvereins-Projekt von Friedrich List, mit dem Preußen seinen handelspolitischen Einfluss im Deutschen Bund ausbaute, entwickelte Bruck aufbauend auf Schwarzenbergs Vision eines „Reichs der 70 Millionen“ einen Mitteleuropa-Plan, drang damit jedoch nicht durch. Im gesamteuropäischen Konjunkturaufschwung – vor allem in der Baumwollindustrie, der Roheisenproduktion und der Kohleförderung – blieb Österreich hinter dem Zollverein, Großbritannien, Frankreich, Belgien und der Schweiz zurück, litt dann allerdings weniger an der Wirtschaftskrise von 1857.<sup>116</sup>

Trotz seiner wirtschaftlichen Aktivitäten akzeptierte das liberale Bürgertum vorläufig die Repressivfunktion des Staates, in der es eine Garantie für den Erhalt des „sozialen Friedens“ erblickte. Auch die Anordnung des Kaisers zur Schleifung der alten Festungsanlagen und der offene Wettbewerb zur Errichtung der Wiener Ringstraße lenkten das (zum Teil jüdische) Großbürgertum ab. Als Franz Joseph freilich im November 1858 eine vierzehntägige Reise nach Prag unternahm – auch um am Kleinseitner Ring/Malostranské náměstí das Radetzky-Denkmal feierlich zu enthüllen –, hörte sein Generaladjutant Karl Graf Grüne „nichts als Klagen und die

<sup>116</sup> URBAN 1994, Bd. 1, 133–141; SANDGRUBER 1995, 234–239; WINTER 1969, 65–69 u. 118f.; MAZOH 2015c, 462–465; BRANDT 1978; MÄRZ 1981; BERGER-WALDENEGG 2002; DEAK 2015. Der Zollverein zwischen Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg und Hessen begann am 1. Jänner 1834, Baden und Nassau schlossen sich 1835 an, Frankfurt am Main 1836, Braunschweig 1841, Hannover 1852 und Oldenburg 1852. Abgesehen vom Kaisertum Österreich blieben nur die drei Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck sowie die beiden Mecklenburgs außerhalb des Zollvereins. – SHEEHAN 1989, 502.

Meinung, dass die Verwaltung des Staates nicht so vorgehen könne wie bisher. So lange die Armee im Zustande wie heute ist, so lange ist wohl nichts zu fürchten, allein ein äußerer Anstoß könne die Lage bedenklich machen.“ Ein solcher erfolgte bereits ein halbes Jahr später in Oberitalien, wo Kaiser Napoléon III. Piemont-Sardinien zum Krieg ermunterte und den Kaiser von Österreich nach der blutigen Schlacht bei Solferino zum Friedensschluss zwang. Bereits im August 1859 erhielten Innenminister Bach und der oberste Polizeichef Johann Freiherr von Kempen ihre Entlassungsurkunden, Finanzminister Bruck aber beging im April 1860 Selbstmord.<sup>117</sup>

Das neoabsolutistische Regime war nicht nur von der italienischen und deutschen Einigungsbewegung herausgefordert, sondern hatte durch seine schwankende Großmachtspolitik im Krimkrieg<sup>118</sup> und den Krieg in Oberitalien die Militärausgaben so aufgebläht, dass eine Staatsschuld von 3 Milliarden Gulden angehäuft worden war. Dem standen jährliche Einnahmen des Gesamtstaates aus Steuern und sonstigen Einkünften von nicht mehr als 300 Millionen Gulden gegenüber. Daher verlangten jetzt innenpolitische Kräfte, deren Finanzkraft für eine Sanierung der Staatsschulden benötigt wurde, eine Staatsreform. Im Oktoberdiplom von 1860 feierte aber vorerst die österreichische und ungarische Aristokratie (die „erste“ Gesellschaft) einen vermeintlichen Sieg über das Besitz- und Bildungsbürgertum (die „zweite“ Gesellschaft). Der Kaiser wollte zwar „etwas parlamentarisches Leben“ zulassen, aber „die Gewalt“ in seinen Händen behalten. Weder die deutsch-österreichischen noch die ungarischen Liberalen waren mit dem „Staatsstreich des hohen Adels gegen die Wiener Bürokratie“ einverstanden. Da unter den Bedingungen des Oktoberdiploms keine Konsolidierungs- und Sanierungspolitik möglich schien, musste es mittels „Durchführungsgesetzen“ an die neuen Erfordernisse angepasst werden. Der einerseits zentralistisch, andererseits bereits dualistisch denkende Anton von Schmerling wurde neuer Staatsminister und setzte mit dem Februarpatent 1861 ein Grundgesetz über die Reichsvertretung und je eine Landesordnung für die 17 nicht-ungarischen Länder durch, womit die Länderautonomie neuerlich gestärkt wurde. Im neuen Abgeordnetenhaus des Reichsrates sollten insgesamt 343 Mitglieder Sitz und Stimme haben, davon waren 203 für die nicht-ungarischen und nicht-italienischen Länder bestimmt, von denen 54 auf Böhmen, 22 auf Mähren, sechs auf Schlesien,

<sup>117</sup> BRIDGE 1989, 215–223; URBAN 1994, Bd. 1, 198–204. Das Radetzky-Denkmal wurde nach dem Ende Österreich-Ungarns abgetragen. In der neuen Tschechischen Republik agitiert ein Verein für seine Wiederaufstellung.

<sup>118</sup> Nachdem Österreich mit Großbritannien und Frankreich am 2. Dezember 1854 einen „Allianzvertrag“ geschlossen hatte, verließ der russische Botschafter Meyendorff Wien mit den Worten: „Mich dauert nur der junge Kaiser, denn seine Politik hat uns so tief verletzt, dass er darauf zählen kann, keine ruhige Stunde mehr zu haben, solange er lebt.“ – LUTZ 1985, 406.

18 auf Niederösterreich, zehn auf Oberösterreich, 13 auf die Steiermark und zehn auf Tirol entfielen. Die Landtage setzten sich aus gewählten Vertretern der Großgrundbesitzerkurie, der Kurie der Handels- und Gewerbekammern sowie der städtischen und ländlichen Gemeinden zusammen. Im böhmischen Landtag gab es auch noch die Virilstimmen des Prager Erzbischofs und der Bischöfe von Leitmeritz/Litoměřice, Königgrätz/Hradec Králové und Budweis/České Budějovice sowie des Rektors der Prager Universität, im mährischen Landtag die des Olmützer Erzbischofs und des Brünnener Bischofs, im schlesischen Landtag die des Bischofs von Breslau, im niederösterreichischen Landtag die des Wiener Erzbischofs und des Rektors der Universität Wien, im steiermärkischen Landtag die der Bischöfe von Seckau und Lavant sowie des Rektors der Universität Graz, im Tiroler Landtag die des Erzbischofs von Salzburg, der Bischöfe von Brixen und Trient und des Rektors der Universität Innsbruck. Aufgrund der Schmerling'schen Wahlkreisgeometrie spielten die Abgeordneten des Großgrundbesitzes in den meisten Landtagen Zünglein an der Waage, d. h., in Böhmen und Mähren gaben sie zwischen Tschechen und Deutschen den Ausschlag. Abgesehen von den „Virilisten“ waren alle 203 „österreichischen“ Abgeordneten über die 17 Landtage gewählt worden, 32 brachten aber schon Erfahrungen aus dem alten Reichstag, 13 weitere aus der Frankfurter Nationalversammlung mit. Während die ungarischen, kroatisch-slawonischen und lombardo-venetianischen Abgeordneten dem Reichsrat ständig fernblieben, erschienen die siebenbürgischen Abgeordneten 1863 in Wien, sodass ein Gesamtreichsrat einberufen werden konnte. Praktisch zur selben Zeit begannen aber die tschechischen Abgeordneten unter Hinweis auf die Verfassungswidrigkeit des Reichsrats ihre Teilnahme auszusetzen.<sup>119</sup>

Nachdem im Herbst 1859 zum 100. Geburtstag von Friedrich Schiller Gedenkfeiern von Holstein bis Triest veranstaltet wurden – auch eine gemeinsame deutsch-tschechische an der Prager Universität, freilich auch schon unter Protest tschechischer Studenten –, erklärte der Kaiser im September 1862 auf dem deutschen Juristentag in Wien: „Ich bin vor allem Österreicher, aber entschieden deutsch und wünsche den innigsten Anschluss Österreichs an Deutschland.“ Aber der Fürstentag in Frankfurt im August 1863 wurde für Franz Joseph ein Misserfolg, da der preußische König die persönliche Einladung auf Betreiben Bismarcks abgelehnt hatte.<sup>120</sup>

---

<sup>119</sup> URBAN 1994, Bd. 1, 213–221; SANDGRUBER 1995, 234–244; HYE 1998, 45–72; HÖBELT 2000, 896; REDLICH 1920, Bd. 1, 658; MELIK 2000, 1314f.; ADLGASSER 2014, XXV–XXXII. Mit dem Reichsgemeindengesetz von 1862 übernahm Schmerling im Wesentlichen das Stadion'sche Gesetz von 1849. – KLABOUCH 1968.

<sup>120</sup> LUTZ 1985, 416 u. 444.

Nun mussten auch die etwa 5 Millionen Tschechen politisch wieder zur Kenntnis genommen werden. Aber wie wollte man einem „Fremden“ klarmachen, dass ein „Tscheche“ kein „Deutscher“ ist? Die Söhne der Kaufmanns-, Müller-, Bäcker-, Schuster-, Beamten- und Bauernfamilien, aus denen sich das tschechische Bildungsbürgertum rekrutierte, standen seit dem aufgeklärten Absolutismus – noch mehr in der Zeit des Neoabsolutismus – unter dem Einfluss der deutschen Bildung und bildeten eine wachsende Gruppe regierungsfreundlicher österreichischer Patrioten. Und dennoch stellte bereits am 19. September 1860 der Rechtsanwaltskonzipient im nordböhmischen Friedland/Frýdlant, Julius Grégr, an die Statthalterei in Prag den Antrag, eine politische Zeitung in tschechischer Sprache unter dem Titel „Národní listy“ („Nationalblätter“) herausgeben zu dürfen. František Ladislav Rieger, dem als Schwiegersohn Palackýs die Konzessionierung einer politischen Zeitung verweigert worden war, verfasste für die erste Nummer der „Národní listy“ am 1. Jänner 1861 den programmatischen Artikel: Er sprach im Namen „unserer historischen Nationalität, als der Nationalität der Mehrheit in unserer Heimat“, und forderte mit Verweis auf das Oktoberdiplom für die Tschechen die uneingeschränkte nationale Gleichstellung mit den Deutschen, und zwar innerhalb eines einheitlichen böhmischen Staates. Nach deutschem Vorbild wurde bereits 1862 der tschechisch-nationale Turnverein „Sokol“ („Der Falke“) gegründet, der bald die größte Massenorganisation der tschechischen Nationalbewegung werden sollte. Da sowohl in der Städte- als auch in der Landgemeindenkurie Böhmens in den tschechischen Wahlbezirken mehr Stimmen für einen Abgeordneten benötigt wurden als in den deutschen Wahlbezirken, rechnete Palacký das Steueraufkommen der tschechischen und deutschen Steuerbezirke vor und kam zu dem Ergebnis, dass bereits 1860 in den 106 tschechischen Steuerbezirken das Pro-Kopf-Steueraufkommen an direkten Steuern mehr ausmachte als in den 80 deutschen Steuerbezirken. Jiří Kořalka vertrat die Meinung, dass „das selbstbewusste Auftreten der tschechischen Nationalbewegung in der Revolution von 1848/49 und erneut von 1860/61 an [...] dem Gedanken einer Verbindung des ethnischen Tschechentums mit dem nationalpolitischen Deutschtum den endgültigen Todesstoß“ versetzte. Daraus resultierte in den breitesten Kreisen der großdeutsch orientierten Öffentlichkeit, von den konservativen bis zu den revolutionären Sozialisten, ein überwiegend negatives Tschechenbild.<sup>121</sup>

Im Mai 1864 legte der böhmische Landtag – in dem die „Altschechen“ um Palacký und Rieger gemeinsam mit der „historischen Aristokratie“ die Mehrheit erlangt hatten – per Gesetz fest, dass erstens die Gleichberechtigung beider Landessprachen an den Mittelschulen des Königreichs und

<sup>121</sup> URBAN 1994, Bd. 1, 224–251; KOŘALKA 1991, 43. Auch Otto Urban war es nicht möglich, diese wenig glaubwürdige Statistik Palackýs zu bestätigen.

zweitens deren Einteilung in tschechische, gemischte und deutsche Anstalten zu gelten habe. Zudem wurde bestimmt, dass an allen Gymnasien und Realschulen Böhmens die jeweils andere Landessprache als Pflichtfach zu unterrichten sei. Das galt ab sofort für 13 tschechische und elf deutsche Mittelschulen und förderte natürlich die Zweisprachigkeit in den gebildeten Schichten. Die deutschen Liberalen und einige verfassungstreue Großgrundbesitzer wehrten sich vorerst vergeblich gegen diesen angeblichen „Sprachenzwang“. Mit dem von den Deutsch-Liberalen im Reichsrat beschlossenen österreichischen „Reichsvolksschulgesetz“ von 1869 wurde er tatsächlich wieder aufgehoben – zum Schaden für die zweisprachige Kommunikationsfähigkeit der nächsten Generationen. Dennoch gab es auch weiterhin einen beidseitigen Verlauf nationalpolitischer Assimilation. So war der letzte deutsche Bürgermeister von Pilsen bis 1868, der Advokat Franz Pankratz, Sohn eines tschechischen Hutmakers, während der erste tschechische Präsident der Handels- und Gewerbekammer in Pilsen, der Buchdrucker und Verleger Ignaz Schiebl, aus einer deutschösterreichischen Familie aus Tirol stammte. Der Anteil „rein österreichisch“ denkender, „schwarz-gelber“ böhmischer und mährischer Offiziere, Staatsbeamter, katholischer Geistlicher, Universitäts- und Mittelschullehrer, die sich besser deutsch als tschechisch ausdrückten und die von der tschechischen Nationalbewegung Abstand hielten, verringerte sich aber seit den 1860er Jahren immer mehr, wenn er auch bis 1918 nicht völlig verschwand.<sup>122</sup>

Bereits im Juli 1865 wandten sich 66 tschechische Abgeordnete des böhmischen Landtags an den Kaiser und verlangten die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes. Freilich taten sie das nicht im Namen des politischen Volkes der „Böhmen“ im historisch-staatsrechtlichen Sinn, sondern – kurioserweise – „im Namen des tschechoslawischen Volkes“. Damit begann letzten Endes die tschechisch-nationale Politik einer bewussten Zweideutigkeit, Autonomie bzw. Selbständigkeit für die böhmischen Länder zu verlangen, freilich nur im Namen der tschechischen Nation. 1918/19 sollte diese Strategie international Erfolg haben, 1938/39 Misserfolg, 1945 neuerlich Erfolg. 1865 hatte der Kaiser die Denkschrift ad acta legen lassen. Palacký aber hatte schon in seiner im Frühjahr 1865 publizierten Studie „Österreichs Staatsidee“ die Öffnung Österreichs in Richtung der „Idee der nationalen Gleichberechtigung“ verlangt, andernfalls – beinahe prophetisch – gedroht:

Falls man das Gegenteil der modernen Idee des österreichischen Staates in die Tat umsetzen wird, [...] [und] die Überordnung der einen über die anderen hinnehmen wird, falls die Slawen durch staatsrechtliche Schritte zu einem Geschlecht minderen

<sup>122</sup> URBAN 1994, Bd. 1, 262f.; KOŘALKA 1991, 36 u. 95; STOURZH 2011b, 19. Als typisches Beispiel dieser Spezies ist der Prager Universitätsprofessor und Archivar Anton Gindele zu nennen.

Ranges erniedrigt werden [...]: dann wird die Natur ihr Recht einfordern, ihr Widerstand gegen das Unnatürliche wird den bisherigen Landesfrieden unweigerlich in Unfrieden, Hoffnung in Verzweiflung verwandeln und zuletzt Streit und Hader hervorrufen, deren Richtung, Umfang und Folgen unvorhersehbar sind. Der Tag der Verkündung des Dualismus wird mit der unaufhaltsamen Zwangsläufigkeit der Natur zum Geburtsdatum panslawischer Tendenzen in dessen am wenigsten wünschbaren Gestalt werden. [...] Wir Slawen sehen einer solchen Entwicklung mit aufrichtigem Schmerz entgegen, jedoch ohne Furcht: Wir waren vor Österreich, wir werden auch nach ihm sein!<sup>123</sup>

Als der preußische Ministerpräsident, Otto Fürst Bismarck, auf einen Konflikt mit Österreich um die Vormacht in Deutschland zusteuerte und ein geheimes Angriffsbündnis mit Italien schließen ließ, stand das Kaisertum in einem Zweifrontenkrieg. Eine Teilung der Machtsphären im Deutschen Bund war für Wien nicht in Frage gekommen, für Berlin als neue Führungsmacht sprach die rasante Entwicklung von Industrie und Technik in Preußen. Obwohl die österreichische Armee im Juni 1866 eine neuerliche Schlacht bei Custoza gewann und die österreichische Flotte sogar die Seeschlacht bei der Insel Lissa/Vis, musste die Armee Venetien räumen, da die österreichische Nordarmee am 3. Juli 1866 mit der Schlacht bei Königgrätz/Hradec Králové auch den „Kampf um Deutschland“ verlor. Zweifellos hatte der preußische Generalstabschef, Helmuth Graf von Moltke, den raschen Eisenbahnaufmarsch zu nützen verstanden; ob aber das dreimal schneller als der veraltete österreichische Vorderlader schießende preußische Zündnadel-Hinterladergewehr entscheidender war oder die zögerliche Führung seitens des österreichischen Oberkommandierenden Ludwig von Benedek, bleibt unter Militärhistorikern umstritten. Wohl vor allem um die tschechische Bevölkerung günstig zu stimmen, erließ die preußische Heeresleitung bereits kurz nach der Besetzung Prags am 11. Juli 1866 ein Manifest an die „Einwohner des glorreichen Königreiches Böhmen“, in dem ihnen nicht nur die „volle Achtung für Eure historischen und nationalen Rechte“ zugesichert wurde, sondern für Böhmen und Mähren auch die Verwirklichung der nationalen Wünsche „gleich den Ungarn“. Durchaus machtpolitisch denkend – weder Frankreich noch Russland sollten die Möglichkeit zu einer Vermittlung erhalten –, drängte Bismarck auf Abschluss des österreichisch-preußischen Präliminarfriedens im Schloss des Grafen Mensdorff in Nikolsburg/Mikulov und bald darauf des Friedensvertrages im Prager Luxushotel „Zum blauen Stern“ am 23. August 1866. Damit aber war das wortgewaltige preußische Manifest gleich wieder vergessen, und die preußischen Truppen verließen noch im September die böhmischen Länder. Die tschechischen Liberalen begrüßten dies ebenso

<sup>123</sup> URBAN 1994, Bd. 1, 271–273 u. 280f. Adalbert Stifters Roman „Witiko“ (1865/1867), der zur Versöhnung von Deutschen und Tschechen in seiner südböhmischen Heimat beitragen sollte, stieß bereits auf Unverständnis. – LUTZ 1985, 368.

wie die Auflösung des Deutschen Bundes, womit die böhmischen Länder jede verfassungsrechtliche Bindung an ein wie immer entstehendes neues Deutschland verloren. Zweifellos hatte sich die deutsche und italienische Nationalstaatsidee gegen die Multinationalität der Habsburgermonarchie durchgesetzt. Der Prager Friede beendete den tausendjährigen staatsrechtlichen Zusammenhang Österreichs mit Deutschland. Dennoch blieben für die Wiener Politik zwei zentrale nationale Fragen erhalten: die „deutsche Frage“ und die „böhmische Frage“.<sup>124</sup>

#### 4. In Österreich-Ungarn (1867–1914)

Entscheidend wurden die Geheimverhandlungen Kaiser Franz Josephs mit den Sprechern des ungarischen Landtages, dem Juristen Ferenc Deák und dem Grafen Gyula Andrassy (der 1849 noch in effigie zum Tode verurteilt worden war), die vor und nach Königgrätz geführt wurden. Während im böhmischen Landtag neuerlich über die Wahlordnung gestritten wurde, handelte der neue Außenminister, der sächsische Baron Friedrich Beust, die Annahme eines kaiserlichen Reskripts aus, sodass Andrassy bereits im Februar 1867 zum neuen ungarischen Ministerpräsidenten ernannt und Franz Joseph – gemeinsam mit seiner Gattin Elisabeth – am 8. Juni 1867 in Budapest zum ungarischen König gekrönt wurde. Obwohl die Teilung der Habsburgermonarchie in eine „cisleithanische“ und eine „transleithanische“ Hälfte eigentlich ein *Fait accompli* gegenüber dem österreichischen Reichsrat darstellte, stimmte die Mehrheit der deutsch-österreichischen Liberalen dem „dualistischen Staatssystem“ und der verfassungsrechtlichen Institutionalisierung der deutsch-magyarischen Doppelhegemonie zu. Relativ schnell einigte man sich über den Beitrag (die sogenannte „Quote“) der beiden Staaten zu den „gemeinsamen“ Angelegenheiten (Außenpolitik und Kriegswesen) und über die „paktierten“, d. h. mit Ausnahme der Beitragsleistung zur allgemeinen Staatsschuld periodisch auszuhandelnden, Angelegenheiten: Materien des Handels- und Zollwesens, der indirekten Steuern, des Münzwesens und Geldflusses sowie die Angelegenheiten der beide Teile der Monarchie berührenden Eisenbahnlinien. Das Einverständnis des liberalen Wiener und Budapester Bürgertums mit der neuen „Österreichisch-Ungarischen Monarchie“ beschränkte sich nicht nur auf das ungarische Staatsrecht, sondern vor allem auch auf die Anerkennung eines ganzen Komplexes verfassungsmäßiger Freiheiten, die schon in der Revo-

<sup>124</sup> BRIDGE 1989, 229–235; SHEEHAN 1989, 899–911; LUTZ 1985, 452–474; URBAN 1994, Bd. 1, 294–303; PFLANZE 2008, Bd. 2, 676; RUMPLER 2011, 113; BREMM 2016. Während der preußischen Besetzung 1866 musste Prag eine Kriegskontribution von 900.000 Gulden zahlen und die Verpflegung der fremden Truppen bestreiten. – ROKYTA 1997a, 113.

lution von 1848 formuliert worden waren. Daher beschloss der österreichische Reichsrat – bei Obstruktion der meisten tschechischen Abgeordneten – neue Gesetze über die Reichsvertretung, über die Delegationen, über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt, über die Ministerverantwortlichkeit, über das Reichsgericht und über die richterliche Gewalt. Im Grundgesetz über die Reichsvertretung wurde auch das später berichtigte Notverordnungsrecht der Regierung (§ 14) niedergelegt. Immerhin verzichteten die deutsch-österreichischen Liberalen auf die Durchsetzung der deutschen Staatssprache, während im Königreich Ungarn Ungarisch als Staatssprache festgelegt wurde. Das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867 sicherte die Rechtsgleichheit sowie die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Staatsbürger und die Unverletzlichkeit des Eigentums. Artikel 12 normierte das Recht zur Bildung von Vereinen, Artikel 17 die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, Artikel 19 die Gleichberechtigung aller „Volksstämme“ des Staates und das unverletzliche Recht jedes Volksstammes „auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache“.<sup>125</sup>

Auch die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wurde anerkannt und zugesichert, dass „in den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, [...] die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein [sollen], dass ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält“. Das bedeutete, dass nun jedes deutsche oder tschechische Kind in seiner Muttersprache erzogen wurde, allerdings die andere Sprache nicht mehr lernen musste. In Prag besuchten dennoch weiterhin 80 bis 90% der deutschen und jüdischen Kinder den Tschechisch-Unterricht in den letzten drei Jahren der deutschen Volksschulen, allen drei Klassen der Bürgerschulen und in sechs bis acht Klassen der Gymnasien; aber in Nordböhmen lehnten die meisten Deutschen Tschechisch-Unterricht ab – und in Innerböhmen nahm der Deutsch-Unterricht in den tschechischen Schulen deutlich ab, womit die Zweisprachigkeit stark zurückging. Freilich erhielten Deutsche, Tschechen, Juden und Polen in den böhmischen Ländern mit dem sowohl in pädagogischer als auch in schulorganisatorischer Hinsicht fortschrittlichen Reichsvolksschulgesetz von 1869 die interkonfessionelle,

<sup>125</sup> LUTZ 1979, 484–493; STOURZH 1985, 55–57; ZÖLLNER 1990, 414; ADLGASSER 2014, XXXIIIff.; URBAN 1994, Bd. 1, 306–324 u. 527; RUMPLER 1997, 411–416; RUMPLER 2000, 667–683. Das Staatsgrundgesetz verstand unter „Volksstamm“ eine ethnisch-sprachliche Gruppe, die zunehmend – auch von den Wiener Höchstgerichten – als politische Organisation mit kollektiven Rechten verstanden wurde, weshalb in der Ausgleichsepoche auch der Begriff „Nationalität“ in den Vordergrund rückte. – STOURZH 2011e, 284f.

achtjährige staatliche Pflichtschule mit allgemeiner Schulpflicht bis zum 14. Lebensjahr und damit das dichteste Schulnetz in der Gesamtmonarchie. Auf Landesebene wurde ein Landesschulrat (1890 in eine tschechische und deutsche Sektion geteilt) eingerichtet, auf der Ebene der Bezirke (auch für die Städte Prag, Pilsen und Budweis) tschechische und deutsche Bezirksschulräte, auf der Gemeindeebene tschechische und deutsche Ortschaftsschulräte. Auch wenn diese Neuorganisation potentielle nationale Konflikte verhindern sollte, hatte sie nicht selten den gegenteiligen Effekt, da sie sowohl die Eltern der Schulkinder als auch die Vertreter in den Schulräten zur nationalen Deklaration zwang.<sup>126</sup> Das Reichsvolksschulgesetz brachte für Frauen eine der ersten professionellen Berufsperspektiven als Lehrerinnen mit sich. Als in der Volkszählung vom 31. Dezember 1900 erstmals der Bildungsgrad der Bevölkerung in Verbindung mit der Umgangssprache ermittelt wurde, konnten in Cisleithanien von je 1.000 Personen über sechs Jahren mit tschechischer Umgangssprache immerhin 937,7 sowohl lesen auch schreiben, 19,7 nur lesen und nur 42,6 weder lesen noch schreiben; die Zahlen für je 1.000 Personen über sechs Jahren mit deutscher Umgangssprache lauteten hingegen: 918,4 Alphabeten; 13,3 Halb-Alphabeten; 68,3 Analphabeten. Sogar bei den vor dem 31. Dezember 1849 geborenen tschechischsprachigen Männern lag der Alphabetismus bei 927,8 von 1.000 (bei den deutschsprachigen Männern in Cisleithanien „nur“ bei 889,3 von 1.000). Die böhmischen Länder wiesen somit vor dem Ersten Weltkrieg eine der höchsten Alphabetenraten in Europa auf.<sup>127</sup>

Im Jahre 1868 erfolgte nicht nur die feierliche Deklaration des böhmischen Staatsrechts seitens der tschechischen Landtagsabgeordneten, sondern auch die Grundsteinlegung des Prager Nationaltheaters. Schon im selben Jahr beschloss der böhmische Landtag (noch mit deutschböhmischer Landtagsmehrheit!) die nationale Teilung des Prager Polytechnikums, und 1869 erfolgten der Startschuss für die Škodawerke in Pilsen/Plzeň und die Gründung der Živnostenská banka (Gewerbebank) als Zentrale aller Vorschusskassen, die rasch zur führenden tschechischen Großbank aufstieg.

<sup>126</sup> STOURZH (2011e, 292) ortet in diesen schulrechtlichen Festlegungen „a major step in the ethnicizing process going on in Austria, [...] a new dimension of the ethnicizing process“.

<sup>127</sup> KOŘALKA 1991, 100–103; COHEN 2006, 132f.; JUDSON 2006, 19–65; MAZOH 2015c, 465f. Mit den vom Justizminister des „Bürgerministeriums“, dem deutschböhmischen Politiker Eduard Herbst, eingebrachten und vom Reichsrat beschlossenen „Maigesetzen“ 1868 wurde die kirchliche Schulaufsicht durch die staatliche ersetzt, wurde wieder die staatliche an Stelle der kirchlichen Gerichtsbarkeit für katholische Ehen zuständig und wurden die interkonfessionellen Beziehungen geregelt. Mit diesen Bestimmungen wurden freilich wesentliche Inhalte des Konkordats von 1855 unterlaufen, was Papst Pius IX. scharf kritisierte. – WINTER 1969, 166f.; ZÖLLNER 1990, 414; RUMPLER 2000, 689–693.

1868 organisierten die „Alt- und Jungtschechen“ aber auch eine mächtige Protestbewegung, die sie nach dem hussitischen Zentrum *tábory* nannten. Kaiser Franz Joseph musste daher einen Ausgleich mit dem zahlenmäßig stärksten seiner unzufriedenen Völker suchen. In Geheimverhandlungen der Regierung Karl Graf Hohenwart 1871 mit drei führenden tschechischen Vertretern (darunter František Ladislav Rieger) stellte Wien einen Ausgleich für Böhmen und ein Nationalitätenschutzgesetz mit völliger Gleichberechtigung des tschechischen und deutschen Volkes sowie Einteilung des böhmischen Landtags in zwei nationale Kurien in Aussicht, wenn die Tschechen in den Reichsrat zurückkehrten und die Verfassung 1867 anerkannten. Franz Joseph sagte den tschechischen Politikern sogar eine Königskronung in Prag zu. Aber weder die Deutsch-Liberalen noch viele Mitglieder des Hochadels waren bereit, den ausgearbeiteten „Fundamentalartikeln“ zuzustimmen; der ungarische Ministerpräsident Andrassy fürchtete Rückwirkungen auf die Slawen Ungarns. Ein Kronrat unter Vorsitz des Kaisers legte daher dem böhmischen Landtag ein ablehnendes Reskript vor. Selbst der alternde Palacký kündigte nun Wien seine Treue auf: „Ich lasse leider auch selbst die Hoffnung auf eine dauerhafte Erhaltung des österreichischen Staates fahren.“ Die Wege der beiden Landesnationen im Königreich Böhmen begannen sich merklich zu trennen. Ob damit schon der künftige Völkerzwist eingeleitet war?<sup>128</sup> – Helmut Rumpler ist davon überzeugt, „dass die ‚böhmische Frage‘ als Kardinalfrage des Bestandes oder Scheiterns der Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert zu betrachten ist“ und dass die Obstruktion der tschechischen Abgeordneten Böhmens gegenüber dem Reichsrat zwischen 1863 und 1879 ein schwerer politischer Fehler gewesen sei.<sup>129</sup>

Andererseits erlebte Österreich-Ungarn in der „Gründerzeit“ zwischen 1867 und 1873 einen beispiellosen Boom, verdoppelte das Schienennetz der Monarchie (darunter die Franz-Josefs-Bahn durch das Waldviertel und Südböhmen, die Nordwestbahn durch das Weinviertel und Mähren sowie die Bahnstrecke Linz–Budweis), erzielte sehr gute Ernteergebnisse bei Weizen, Roggen, Zuckerrübe und Kartoffel, setzte vermehrt Dreschmaschinen und Dampfpflüge ein und steigerte den Schiffsverkehr auf der Donau und der Elbe. So nahm etwa die Einwohnerzahl der nordböhmischen, überwiegend deutschen Stadt Aussig/Ústí nad Labem zwischen 1850 und 1880 von 6.625 auf 36.364 Personen zu, da sie von der exzellenten Ver-

<sup>128</sup> KOŘALKA / CRAMPTON 1980, 503; URBAN 1994, Bd. 1, 366–374; RUMPLER 2000, 713–718; EVANS 2009, 131; vgl. KLETEČKA 1984. Aus Protest gegen den österreichisch-ungarischen „Ausgleich“ hatte im Sommer 1867 eine Reihe von tschechischen (und südslawischen) Politikern eine „Pilgerfahrt“ zur Völkerkundeausstellung nach Moskau unternommen. – RUMPLER 2000, 704.

<sup>129</sup> RUMPLER 2011, 111 u. 115; COHEN 2006, 46–49.

kehrslage an zwei internationalen Bahnstrecken und der Elbeschiffahrt sowie vom nahen nordwestböhmischem Braunkohlenrevier profitierte. Erst der Börsenkrach, eine Missernte und eine Choleraepidemie im Weltausstellungsjahr 1873 beendeten für mehrere Jahre den rasanten Aufschwung in der gesamten Habsburgermonarchie. Neben dem Bankrott vieler Banken nahm die Verschuldung der Bauern stark zu.<sup>130</sup>

Im Jahre 1851 zählte der österreichische Kaiserstaat 36 Millionen Einwohner und wuchs bis 1914 – trotz des Verlustes von Lombardo-Venetien (1859/1866) und einer Auswanderung nach Übersee von 4,3 Millionen Personen (zwischen 1876 und 1910), freilich nach Annexion von Bosnien-Herzegowina (1908) – auf über 51 Millionen an. 1851 zählten die böhmischen Länder 6,74 Millionen Einwohner, davon etwa 4 Millionen Tschechen und 2,7 Millionen Deutsche; bis zum Jahre 1910 erreichten die böhmischen Länder eine Einwohnerzahl von 10,15 Millionen, unter ihnen 6,3 Millionen Tschechen, 3,5 Millionen Deutsche und 250.000 Polen. Das bedeutete, dass sich die Relationen nur leicht zugunsten der Tschechen verschoben, jedenfalls von einer „Germanisierung“ in den böhmischen Ländern keine Rede sein konnte. Die tschechisch- und die deutschsprechende Bevölkerung entwickelten sich auch bei den meisten gesellschaftlichen Daten ziemlich gleichmäßig: bei den Geburten- und Sterberaten, bei der Ausbildung der Berufsstrukturen, bei der „Landflucht“, in der Urbanisierung, im gesamten Bildungsbereich – einschließlich den Alphabetenraten, den höchsten in der gesamten Monarchie. Trotz zunehmender ethnisch-nationaler Differenzierung sollte aber nicht übersehen werden, dass die böhmischen Länder zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Beginn des Ersten Weltkrieges eine Modernisierung ihrer demographischen, politischen, administrativen, finanziellen, agrarischen, gewerblichen, industriellen, sozialen und kulturellen Strukturen erfuhren, die sie nicht nur weit vor die meisten anderen Regionen der Habsburgermonarchie katapultierte – nur die Großräume Wien und Budapest hatten eine wirtschaftlich noch kompetitivere Entwicklung –, sondern am Beginn des 20. Jahrhunderts nach den Großräumen von London, Paris und Berlin, Mittelengland, Wallonien, dem Ruhrgebiet und der Lombardei auch schon einen Spitzenplatz unter den europäischen Zentren einnehmen ließ.<sup>131</sup>

Nach wie vor verfügte der Hochadel in den böhmischen Ländern über riesige Ländereien, am meisten die Krumauer Linie der Schwarzenberg

<sup>130</sup> RUMPLER / SEGER 2010, 13.1.–13.4.; HYE 2010, 31–37.

<sup>131</sup> MATIS 1972; GOOD 1986; SANDGRUBER 1995, 245–249; URBAN 1998, 200; vgl. RUMPLER / SEGER 2010; BROADBERRY / O'ROURKE 2010. Bereits zwischen 1848 und 1873 war der jährliche Gütertransport auf den österreichischen Eisenbahnen von 1,5 auf 41 Millionen Tonnen gestiegen, der Personenverkehr von 3 Millionen auf 43 Millionen Reisende pro Jahr. – SANDGRUBER 1995, 236.

mit 176.000 ha und die Liechtenstein in Feldsberg/Valtice, Nordmähren, Jägerndorf/Krnov und Innerböhmen mit 155.000 ha. Aber auch die Herrscherfamilie selbst (Erzherzog Friedrich, Kaiser Franz Joseph und Erzherzog Franz Ferdinand) sowie die Adelsfamilien Colloredo-Mansfeld, Waldstein, Fürstenberg, Czernin, Clam-Gallas, Lobkowitz, Thun-Hohenstein, Kinský, Buquoy, Thurn und Taxis, Harrach, Windisch-Graetz und Metternich verfügten über Latifundien von mehr als 20.000 ha, ebenso wie das Fürsterzbistum Olmütz, das Fürsterzbistum Prag und das Bistum Breslau.<sup>132</sup> Die meisten dieser Güter waren Fideikommissgüter, die durch Unteilbarkeit und Erbpflichtigkeit abgesichert waren. Lag in Böhmen der Durchschnitt bei den 681 landtäflichen Gütern immerhin bei 2.582 ha, so entfielen auf die Dreiviertelmillion bäuerlicher Grundeigentümer im Durchschnitt lediglich 7 ha Boden. Der Adel passte sich mit seinen Zuckerrefinerien, Bierbrauereien, Sägewerken und Bergwerken relativ rasch den kapitalistischen Produktionsmethoden an und beteiligte sich auch intensiv an Aktiengesellschaften (etwa zum Bau und Betrieb von Eisenbahnen) und Banken. Seit den 1860er Jahren begannen auch Prager und Wiener Bankiers in die Großgrundbesitzerschicht aufzusteigen, und im tschechischen Dorf bekamen langsam die Großbauern das Sagen. Die alten Stereotypen, der Deutsche sei mehr Gewerbetreibender, Industrieunternehmer und Industriearbeiter, der Tscheche mehr Bauer oder Arbeiter, stimmten bald nicht mehr.<sup>133</sup>

In den böhmischen Ländern wurden fast zwei Drittel der österreichischen Industrieaktiengesellschaften gegründet, wobei die Firmensitze zum Teil in Wien blieben: 1863 die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, 1867 die Leipnik-Lundenburger Zuckerfabriken-AG, 1869 die k. k. Wollwaren-Industrie-Gesellschaft in Brünn, 1871 die Brüxer Kohlen-Bergbau-Gesellschaft, 1871 die Aktienfabrik zur Erzeugung von Kunstdünger und Chemikalien in Kolín, 1872 die Erste Brüner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft, 1872 die Erste Böhmisches Zuckerraffinerie-AG in Prag, 1873 die Erste Mährische Aktien-Bierbrauerei und Mälzerei in Prerau/Prerov, 1883 die Böhmisches Zuckerindustrie-Gesellschaft in Prag, 1896 die Ostrauer Bergbau-AG (vormals Fürst Salm), 1899 die Škoda-Werke AG in Pilsen, 1900 die Mährisch-Ostrauer Elektrizitäts-AG und 1906 die Georg Schicht AG in

<sup>132</sup> In Niederösterreich besaßen die Familien Hoyos-Sprinzenstein, Rothschild und Liechtenstein über 20.000 ha, in Oberösterreich die Familie Lamberg, in der Steiermark die Familien Mayr-Melnhof und Schwarzenberg sowie das Stift Admont und Kaiser Franz Joseph, schließlich in Kärnten die Familie Henckel-Donnersmarck. – SANDGRUBER 1978, 234–238.

<sup>133</sup> BRUCKMÜLLER 1984, 99–113; KING 2002; FASORA u. a. 2004, 473–494; ŽUPANIĆ 2006. Bei den Massennobilitierungen (Erhebungen in den Freiherren- oder Ritterstand) von Unternehmern sowie hohen Beamten und Offizieren gab es keine nationalen oder konfessionellen Unterschiede.

Aussig. Größter Rüstungsbetrieb in den Alpenländern wurde die Gewehrfabrik von Josef Werndl in Steyr, die bereits 1869 in eine Aktiengesellschaft (Österreichische Waffenfabriks-Gesellschaft) umgewandelt wurde. Im Jahre 1881 wurden die meisten steirischen und Kärntner Hüttenbetriebe zur Österreichischen Alpine Montangesellschaft zusammengefasst. Aber erst seit den 1890er Jahren begann sich Österreich-Ungarn mit dem Bau von Panzerkreuzern, Mörsern, Maschinengewehren und Lastkraftwagen am internationalen Rüstungswettbewerb zu beteiligen. Zu den Mehrheits- und Minderheitsaktionären der großen Aktiengesellschaften gehörten nach einer Einkommensteuerstatistik von 1911 die reichsten Personen Cisleithaniens bzw. der gesamten Monarchie: der Bankier und Großgrundbesitzer Albert Freiherr von Rothschild, die Eisen- und Stahlindustriellen Maximilian Ritter von Gutmann und Karl Wittgenstein, der Brauereibesitzer Anton Dreher, der Industrielle Paul Ritter von Schöller, der Brauereibesitzer und Essigfabrikant Viktor Ritter Mautner von Markhof, der Rüstungsindustrielle Karel Freiherr von Škoda, aber auch die 1910 verwitwete Elsa Erös von Bethlenfalva, eine geborene Gutmann, die 1929 den Fürsten Franz von und zu Liechtenstein ehelichte.<sup>134</sup>

Als Kaiser Franz Joseph 1857 den Auftrag gab, die barocken Befestigungen in Wien zu schleifen, und Innenminister Bach die Parzellen nach einem Grundplan zu hohen Preisen – aber ohne Korruption (!) – verkaufen ließ, erfolgte im Auftrag des Hochadels (Habsburg-Lothringen, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzenberg, Liechtenstein, Trautson, Auersperg) und des teilweise jüdischen Industriebürgertums (Gomperz, Todesco, Königswarter, Auspitz-Lieben, Schey, Epstein, Ephrussi, Schlesinger) der Ausbau der Reichshaupt- und Residenzstadt zu einer der schönsten imperialen Hauptstädte der Welt. Bereits 1865 wurde die Ringstraße als neue Prachtstraße eröffnet und nacheinander von den Architekten Eduard van der Nüll und August von Siccardsburg, Gottfried Semper und Karl Hasenauer, Theophil Hansen, Friedrich Schmidt und Heinrich Ferstel die neue Hofoper, zwei Hofmuseen – das Kunsthistorische und das Naturhistorische –, das Parlament, das neue Hofburgtheater, das neue Rathaus, die neue Universität und die Votivkirche errichtet. Als Baustile wurden dem inhaltlichen Vorbild entsprechend Neoklassik, Neugotik, Neorenaissance und Neobarock gewählt. Die Mehrzahl der für den Ringstraßenbau erforderlichen Bauarbeiter strömte aus dem böhmisch-mährischen Raum nach Wien, sodass sich seine Bevölkerungszahl zwischen 1857 und 1910 mehr als vervierfachte, von 469.221 auf 2.031.421, womit Wien nach London,

<sup>134</sup> MOSSER 1980, 76–78; BROUSEK 1987, 117f. u. 131f.; MYŠKA 2003/2008; WINKELBAUER 2004, 370f.; SANDGRUBER 2011. Auch Spezialunternehmen wie die Budweiser Bleistiftfabrik von Carl und Ludwig Hardtmuth schafften einen kometenhaften Aufstieg und entwickelten sich zu weltweit führenden Unternehmen. – MAZOHL 2015c, 454.

New York, Paris, Chicago, Berlin und Kanton zur siebtgrößten Stadt der Welt aufstieg. Der jahrzehntelang gefürchtete Wiener Musikkritiker Eduard Hanslick, der sich auch nicht scheute, Richard Wagner, Anton Bruckner und Hugo Wolf zu verunglimpfen, spielte mit Intensität die Stücke des „Walzerkönigs“ Johann Strauß Sohn, der mit seinen Walzern („An der schönen blauen Donau“) und Operetten („Die Fledermaus“, „Der Zigeunerbaron“) das Publikum zwischen St. Petersburg, London, Boston und Hamburg bereits seit den 1860er Jahren begeisterte.<sup>135</sup>

Von der Wiener Bevölkerung 1910 waren 467.158 Personen (= 23%) in den böhmischen Ländern geboren, davon 340.000 in tschechischen Mehrheitsbezirken. Die größte Berufsgruppe unter den Wiener Tschechen waren die „Ziegelböhm“ und „Maltaweiber“ (Mörtelmischerinnen) in den Wienerberger Ziegelwerken, deren Arbeitszeit erst 1897 unter dem Einfluss des aus einer Prager deutsch-jüdischen großbürgerlichen Familie stammenden Arztes Viktor Adler, der das Wiener Schottengymnasium absolviert hatte, auf elf Stunden festgesetzt wurde. Weitere große Berufsgruppen waren die Dienstmädchen, die Tagelöhner, die Schneider, Schuster, Tischler und Schlosser. Immerhin waren die Tschechen 1914 auch schon in der höheren Beamtschaft und im Justizwesen vertreten. Daher bestanden unter den seit den 1860er Jahren gegründeten Vereinen vornehme Honoratiorenvereine, Vereine der akademischen Jugend, Arbeitervereine und Sportvereine. Der 1872 gegründete Schulverein „Komenský“ richtete auch schon 1883 die erste tschechische Privatvolksschule in Favoriten ein, der jedoch erst in den 1890er Jahren weitere folgten. Da aber Tschechisch in Wien weder als Landessprache noch als landesübliche Sprache galt, erhielten die Komenský-Schulen bis 1918 kein Öffentlichkeitsrecht, sodass die Abschlussprüfungen der Schüler bis 1908 im mährischen Lundenburg/Břeclav stattfanden (danach durften die Lundenburger Lehrer zu den Prüfungen nach Wien kommen). Obwohl sich Bürgermeister Karl Lueger auch mit tschechischen Parteifreunden umgab – „Lasst’s mir meine Böhm’ in Ruh!“ –, verlangte er zum Erwerb des Bürgerrechtes das „Wiener Bürgergelöbniß“ mit dem Passus, „den deutschen Charakter der Stadt nach Kräften aufrecht halten [zu wollen]“.<sup>136</sup>

In Prag – wo die alten Stadtmauern erst seit der Mitte der 1870er Jahre geschleift wurden – begannen öffentliche und private Institutionen mit

<sup>135</sup> TELESKO 2012, 16–29; LUTZ 1985, 357–370; JOHN / LICHTBLAU 1990, 14f.; SANDGRUBER 1995, 274–291; HAMANN 1998, 393–400; JOHNSTON 2006, 78–81; MAZOHL 2015c, 417. Der Tarockpartner von Strauß, Johannes Brahms, spendete dem „Donauwalzer“ höchstes Lob: „Leider nicht von mir!“

<sup>136</sup> JOHN / LICHTBLAU 1990, 18–32 u. 277–289; GLETTLER 1972, 320–331; SUPPAN 1983, 70f.; SANDGRUBER 1995, 268f.; HAMANN 1998, 437–462; BOYER 2010, 309–311. Im Jahre 1910 lebten auch 55.268 aus der Slowakei gebürtige Personen in Wien. – KOVÁČ 2004, 71.

der Errichtung repräsentativer Gebäude in der Alt- und Neustadt. Vojtěch Ignác Ullman, Schüler der Wiener Architekten van der Nüll und Siccardsburg, errichtete das jetzige Gebäude der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und das Palais Lažanský mit dem Theater- und Literatencafé Slavia in der Ferdinandstraße (benannt nach Kaiser Ferdinand, der nach seiner Abdankung bis zu seinem Tod 1875 in der Prager Burg residierte), seit 1918 Nationalstraße/Národní třída, sowie das Hauptgebäude der Technischen Hochschule auf dem Karlsplatz. Die Böhmisches Sparkasse stiftete 1875 den Bau des nach dem Kronprinzen benannten Rudolfinums, die Prager Handelskammer 1885 die Errichtung des Kunstgewerbemuseums, und die Živnobanka errichtete 1894 ihr neues Bankgebäude, alle drei im Stil der Neorenaissance. Zu dieser Zeit entstand auch der Monumentalbau des Nationalmuseums im Südosten des Wenzelsplatzes/Václavské náměstí, das die Bestände des einstigen Böhmisches Landesmuseums aufnahm. Bald trafen sich die tschechischen Bürger zur Promenade auf der Ferdinandstraße zwischen Nationaltheater und Wenzelsplatz, die deutschen Bürger Am Graben/Na Příkope zwischen Wenzelsplatz und Pulverturm. Frequentierten die Tschechen das Café Slavia, so die Deutschen das Casino, heute das Slawische Haus/Slovanský dům. Am 5. Jänner 1888 wurde das Neue Deutsche Theater, die heutige Staatsoper, mit Richard Wagners „Meistersingern“ feierlich eröffnet. Während freilich der Anteil der Deutschsprachigen an der Prager Bevölkerung 1880 noch 15,3% betragen hatte, ging er bis 1910 auf 7% zurück. In den Jahren 1902/03 ließ der Prager Magistrat im prächtigen Jugendstil das Repräsentationshaus des tschechischen Bürgertums errichten, in dem sich am 28. Oktober 1918 die tschechischen Mitglieder des Wiener Reichsrates versammelten. Nach 1900 entstand – mitten durch das frühere Ghetto – als kürzeste Verbindung zwischen Altstädter Ring und Moldau die Pariser Straße/Pařížská třída als neue Prachtstraße des tschechischen, jüdischen und deutschen Großbürgertums.<sup>137</sup>

Die seit 1867 staatsbürgerlich völlig gleichgestellten Juden erlebten nun einen beachtlichen gesellschaftlichen Aufstieg. Im Jahre 1910 zählte Prag einschließlich der drei Vorstädte Königliche Weinberge/Vinohrady, Žižkow/Žižkov und Smichow/Smíchov 424.825 Einwohner, davon nach der Umgangssprache 389.368 Tschechen und 31.112 Deutsche, wobei etwa 54% der Personen mosaischen Glaubens Tschechisch, 46%

<sup>137</sup> COHEN 2006, 75f., 80–82, 137 u. 159f.; ROKYTA 1997, 99f., 112f., 128–130, 186f. u. 206f. Erstaunlicherweise wurde in Teplitz/Teplice bereits 1895 ein regelmäßiger Betrieb elektrischer Straßenbahnen aufgenommen, in Prag 1896, in Wien erst 1897. – HYE 2010, 53.

Deutsch als Umgangssprache angaben.<sup>138</sup> Im deutschen Casino hörte der 1884 geborene Prager Max Brod den Wiener Arzt und Bühnendichter Arthur Schnitzler, den Prager Rainer Maria Rilke und den Schlesier Gerhart Hauptmann, während die als Komtesse Kinský geborene Pragerin Bertha von Suttner – die 1905 den Friedens-Nobelpreis erhielt – ohne Kenntnis der nationalen Zerrissenheit Prags tschechische Autoren zitierte. Im Palais Kinský wohnte vorübergehend auch die jüdische Kaufmannsfamilie Kafka, die ihren 1883 geborenen Franz in die deutschsprachige Altstädter Volksschule und in das Altstädter Deutsche Gymnasium schickte, wonach er an der deutschen Carl-Ferdinands-Universität zuerst Germanistik, dann Jus studierte und 1906 promoviert wurde. Als deutschsprachiger Prager Jude erlebte Kafka auch, wie in den tschechisch-deutschen Auseinandersetzungen Juden oft als Sündenböcke stigmatisiert wurden. Erst als Beamter der Prager Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt erwarb Kafka eine genaue Kenntnis der tschechischen Sprache und ein tiefes Verständnis für die tschechische Kultur. Obwohl die ebenfalls sehr erfolgreichen Prager Schriftsteller Egon Erwin Kisch und Franz Werfel den Zweiten Weltkrieg in der Emigration überlebten, meinte der Prager Schriftsteller Johannes Urzidil nach 1945: „In Wirklichkeit endete mit Kafka das geistige Prag jener tschechisch-deutsch-österreichisch-jüdischen Synthese, die die Stadt metropolitan getragen und durch Jahrhunderte inspiriert hatte.“<sup>139</sup>

Mit der Rückkehr der alt- und jungtschechischen Abgeordneten in den böhmischen Landtag wie auch in den Wiener Reichsrat in den Jahren 1878 bzw. 1879 – die tschechischen Abgeordneten aus Mähren waren schon 1874 zurückgekehrt – wandelte sich „der Kampf gegen den österreichischen Staat“ in einen „um den österreichischen Staat“. Die über 14 Jahre währende konservativ-slawische Regierung des „böhmischen“ Grafen Eduard Taaffe kam den von František Ladislav Rieger geführten Tschechen mit den Taaffe-Stremayr'schen Sprachenverordnungen 1880 (Gebrauch der „beiden Landessprachen“ im Verkehr der politischen, der Gerichts- und der staatsanwaltschaftlichen Behörden mit den Parteien, d. h. Gebrauch auch des Tschechischen als „äußere Amtssprache“), der Ernennung von Alois Pražák aus Mähren zum Justizminister, einer Wahlrechtsreform für den ab 1873 direkt gewählten Reichsrat (Herabsetzung der Min-

<sup>138</sup> DIE ERGEBNISSE 1912, 65\*. Um die Jahrhundertwende wurden die Stadtteile Vyšehrad, Holešovice und Libeň angeschlossen. Mit den weiteren Vorstädten Karlín, Vršovice und Nusle zählte die Prager Agglomeration 1910 bereits etwa 617.000 Einwohner.

<sup>139</sup> ROKYTA 1997, 20, 25f. u. 115f.; JOHNSTON 2006, 271–279; COHEN 2006, 59, 70f., 76 u. 123–139; MADERTHANER 2010, 493–502. Kafkas Erzählungen „Das Urteil“ (1912), „Die Verwandlung“ (1912), „In der Strafkolonie“ (1914) und „Ein Hungerkünstler“ (1921/22) sowie die Romane „Der Prozess“ (1914) und „Das Schloss“ (1922) gehören heute zur Weltliteratur. Der Begriff „Kafkaesque“ fand auch Eingang in die englische Sprache. – MACGREGOR 2014, 56–58.

deststeuerleistung von zehn auf fünf Gulden) und der nationalen Teilung der Carl-Ferdinands-Universität 1882 entgegen. Dennoch riefen diese in Prag zum Boykott deutscher Waren auf – „Jeder zu den Seinen!“ (*Svíj k svému*) – und organisierten Sokol-Aufmärsche. Waren die Tschechen in den vergangenen Jahrzehnten um eine Germanisierung besorgt gewesen, begannen nun die Deutschböhmen eine Tschechisierung zu fürchten. 1883 erlangten die Tschechen die Mehrheit in den Handels- und Gewerbekammern von Budweis und Pilsen, im Juni 1884 auch in der Prager Kammer. Ein 1886 von Ernst von Plener, dem politischen Führer der Deutschen im böhmischen Landtag – wo seit 1883 die Tschechen die Mehrheit der Abgeordneten stellten –, eingebrachter Antrag auf nationale Abgrenzung der Gerichts- und Verwaltungsbezirke des Königreiches Böhmen wurde abgelehnt. Karl Fürst Schwarzenberg hielt in der Landtagssitzung ein flammendes Bekenntnis zum gemeinsamen böhmischen Vaterland und zur Gleichberechtigung der beiden Nationalitäten und Sprachen. Oberstlandmarschall Georg Fürst Lobkowitz begründete die Ablehnung auch im Wiener Herrenhaus: Einer solchen Teilung könne keine Regierung und keine Partei zustimmen, „denn sie würde sich an der Natur Österreichs versündigen; sie würde die auf historischem Wege gewordenen Grenzen des Landes verrücken, würde die Basis erschüttern, auf welcher die Monarchie aufgebaut ist“.<sup>140</sup>

Andererseits bedauerte der Führer der Jungtschechen, Edvard Grégr, bereits 1888, dass der „Körper unserer [tschechischen] Nation von fremdnationalen [gemeint: deutschen] Elementen“ wie von „Trichinen durchsetzt“ sei, und sein Bruder Julius Grégr begründete im selben Jahr Abtretungen gewisser Randgebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens an Deutschland so: „desto besser können wir sie [die im Lande Verbliebenen] verdauen“. Daher wurden Ausgleichsverhandlungen zwischen Vertretern des böhmischen Großgrundbesitzes, der „Altschechen“ und der Deutschböhmen 1889/90 – welche die „Wiener Punktationen“ (Trennung von Landesschulrat und Landeskulturrat, Errichtung von Minderheitenschulen, Abgrenzung der Gerichtsbezirke etc.) ausarbeiteten – von den „Jungtschechen“ torpediert, womit sie bei den nachfolgenden Landtags- und Reichsratswahlen einen triumphalen Sieg errangen. Während die deutschböhmischen Liberalen die Wahrung ihres nationalen Besitzstandes verlangten, forderten

<sup>140</sup> URBAN 1998, 209f.; KOŘALKA 1991, 63 u. 97; HAVRÁNEK 1997a, 183–188; RUMPLER 2000, 809–811; COHEN 2006, 100. Noch im Jahre 2001 wies der tschechische Parlamentspräsident Klaus darauf hin, dass Österreich und Tschechien eine gemeinsame Geschichte, eine in manchem verwandte Kultur, einer sehr ähnliche Rechtsordnung, eine ähnliche Küche und „die gleichen durch die k. k. Eisenbahner im 19. Jahrhundert gebauten Bahnhöfe“ besäßen. – Václav KLAUS: Temelín, Dekrete ... und dann schon nichts mehr? In: Die Presse (Wien), 25. Juli 2001, 2.

die „Jungtschechen“ bereits einen tschechischen Staat mit tschechischer Staatssprache, die Krönung des Königs in Prag und seine Verteidigung auf die Landesrechte sowie eine Verdrängung des Deutschtums. Und die Prager Jubiläumsausstellung 1891 fand ohne deutsch-böhmische Beteiligung statt.<sup>141</sup>

Als Kontrapunkt zur tschechisch-nationalen Mobilisierung seit Beginn der 1880er Jahre galt das großdeutsche Linzer Programm aus dem Jahre 1882, maßgeblich formuliert von einer Wiener Gruppe national denkender Linksliberaler – unter ihnen so unterschiedliche politische Persönlichkeiten wie die späteren Sozialdemokraten Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer, der Historiker Heinrich Friedjung und der Alldeutsche Georg Ritter von Schönerer. Das Programm forderte nicht nur eine demokratische Erweiterung des Wahlrechts und eine große mitteleuropäische Zollunion, sondern – bei Sonderstellung für Galizien und die Bukowina und Abtretung Dalmatiens an Ungarn – auch die Einführung der deutschen Staatssprache in den böhmisch-österreichischen Ländern. Darüber hinaus enthielt es eine Fülle von im 20. Jahrhundert umgesetzten wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen: die Einführung einer progressiven Einkommensteuer, Erwerb- und Luxussteuer; die Verstaatlichung der für die Gemeinschaft wichtigen Unternehmen (Eisenbahn, Versicherungen usw.); eine Fabrikgesetzgebung; die Gründung von Gewerkschaftsgenossenschaften und Wirtschaftskammern; die Festlegung einer Normalarbeitszeit; die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit; den Schutz des Bauernstandes; eine Erbrechtsreform; eine freisinnige Erziehung.<sup>142</sup>

<sup>141</sup> HOFFMANN / HARASKO 2000, 246–249; URBAN 1994, Bd. I, 570–586; SUPPAN 2014, Bd. 1, 167. Gary Cohen zeigte bereits 1981 die Assimilationsprozesse der Deutschen und Juden Prags zwischen 1861 und 1914 auf; Emil Brix verglich die österreichischen Volkszählungen zwischen 1880 und 1910 und wies mit Recht auf die Fluidität der Anwendung des Terminus „Umgangssprache“ „zwischen Agitation und Assimilation“ hin; Hannelore Burger analysierte „Sprachenrecht und Sprachengerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen“, Jeremy King verfolgte die nationale Differenzierung der zum Teil bilingualen Budweiser in Tschechen und Deutsche über ein Jahrhundert; Pieter Judson erkannte für bäuerliche Regionen in Südwest-Böhmen (sowie der Untersteiermark und dem Trentino) mehr ethnisch-sprachliche Harmonie als Konflikte; und Tara Zahra stellte den vielzitierten „Imagined Communities“ von Benedict Anderson „Imagined Non-communities“ gegenüber, die infolge Binationalismus, nationaler Apathie, Ambivalenz oder Labilität keine nationale Entscheidung treffen wollten. Gerald Stourzh ergänzte mit Recht nationale Passivität, nationalen Pragmatismus, nationales Desinteresse, aber auch Opportunismus, bessere Aufstiegschancen, wirtschaftliche Vorteile. Gleichzeitig betonte er: Es gab keine sprachliche Indifferenz! – COHEN 1981/2006; BURGER 1995; KING 2002; JUDSON 2006; ZAHRA 2008; STOURZH 2011e.

<sup>142</sup> ZÖLLNER 1990, 427f.; WISKEMANN 1938, 45; SANDGRUBER 1995, 257–260. Bereits in den 1850er Jahren waren erste gewerbliche und Konsumgenossenschaften gegründet worden, in den 1860er Jahren folgten Baugenossenschaften, schließlich Vorschusskas-

Bereits nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 begannen die österreichischen „Großdeutschen“ schrittweise zu „Deutschnationalen“ zu mutieren. Nun wäre die Forcierung einer übernationalen „großösterreichischen“ Idee für den Vielvölkerstaat zweifellos das Naheliegende gewesen. Dem stand aber sowohl der Zwiespalt im politischen Denken der Deutschösterreicher entgegen als auch der Dualismus und die Herrschaft der Magyaren im Königreich Ungarn. Reichskanzler Bismarck, der 1879 mit Außenminister Andrassy den „Zweibund“ geschlossen hatte, wusste zwar „das germanische Gefühl der Deutsch-Österreicher“ zu schätzen, verbot jedoch „jedwede großdeutsche Einmischung oder Nationalpropaganda im Ausland“. Allerdings stand Bismarck den staatsrechtlichen Bestrebungen der Tschechen negativ gegenüber, da „ein slawischer Staat zwischen Bayern und Sachsen uns entschieden unbehaglich wäre“.<sup>143</sup>

In seinem offiziellen Bericht vor der Sozialistischen Internationalen in Paris im Sommer 1889 kritisierte Adler als Vorsitzender der eben an der Jahreswende 1888/89 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs die politischen Zustände in Österreich:

Die Freiheit in Österreich ist ein zusammengesetztes Wesen, welches die Mitte hält zwischen der Freiheit in Russland und der Freiheit in Deutschland [Große Heiterkeit]. In der Form ist sie deutsch, in der Ausführung ist sie russisch. Abgesehen von Frankreich und England hat Österreich vielleicht in ganz Europa die freisinnigsten Gesetze, so sehr, dass es einer Republik ähnelt, die anstatt eines Präsidenten eine Majestät an der Spitze hat. Leider verhält man sich nur in der Praxis nicht nach dem, was das Gesetz vorschreibt, sondern allein nach dem, was das Belieben des betreffenden Polizeikommissärs ist. Der Polizeikommissär ist befugt, alle gesetzlichen Freiheiten zu konfiszieren, und man kann schon glauben, dass er dieses Recht braucht – und missbraucht. [...] Die österreichische Regierung ist gleich unfähig, bei einem Werk der Gerechtigkeit konsequent zu sein, wie bei einem Werk der Unterdrückung; sie schwankt beständig hin und her – wir haben den Despotismus gemildert durch Schlamperei. [Große Heiterkeit]<sup>144</sup>

Der indirekte Kommentar des tschechischen Historikers Otto Urban aus dem Jahre 1994 ist bemerkenswert: „Die spätere Geschichtserfahrung warf auf den verschlammten, impotenten Bürokratismus Österreichs übrigens ein recht positives Licht: Nicht Österreich, sondern der ‚ordnungsliebende Despotismus‘ wurde letztendlich zur Wiege einer Diktatur von wahrhaft bestialischen Dimensionen.“<sup>145</sup> – Und Adler war auch die Sozialgesetzge-

---

sen nach dem System Schulze-Delitzsch, landwirtschaftliche Genossenschaften nach dem System Raiffeisen und Arbeiterkonsumvereine.

<sup>143</sup> BISMARCK 1935, 407; BRIDGE 1989, 257f.; ZÖLLNER 1990, 416. Immerhin hatte Bismarck auf dem Berliner Kongress 1878 einen Kompromiss zwischen Russland, Großbritannien und Österreich-Ungarn vermittelt, der der Doppelmonarchie die Besetzung und Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina zusprach.

<sup>144</sup> ADLER 1929, 18.

<sup>145</sup> URBAN 1994, Bd. I, 494f.

bung der Regierung Taaffe übergegangen, die um die Mitte der 1880er Jahre von Hofrat Emil Steinbach ausgearbeitet worden war, teils nach dem Vorbild der Bismarckschen Sozialgesetzgebung: Durch das Unfallversicherungsgesetz von 1887, das Krankenversicherungsgesetz von 1888 und das Bruderladengesetz von 1889 wurden alle Arbeiter und Angestellten maschineller Betriebe unfallversichert, der erheblich größere Kreis aller gewerblichen Arbeiter auch krankenversichert. Die Bergleute erhielten als einzige Gruppe auch eine Invaliditätsversicherung. Einzelne Ausdehnungsgesetze, etwa 1894 für Eisenbahner, folgten. Damit wurde die einseitig liberal-kapitalistische Orientierung seit 1867 korrigiert.<sup>146</sup>

Der fortschreitende Bildungsprozess und die fortschreitende Industrialisierung entfesselten vor allem in den böhmischen Ländern eine zunächst durchaus fruchtbare Rivalität zwischen zwei hochentwickelten und immer wohlhabenderen Industrie-, Gewerbe- und Agrar-Gesellschaften. Freilich sank der ohnehin geringe Grad der Bereitschaft zum Kompromiss in dem Maße, in dem sich die weitere öffentliche Finanzierbarkeit der Landesausgaben für jeweils doppelte Zwecke als zunehmend unmöglich erwies. Auch die deutsch-jüdische Oberschicht und obere Mittelschicht Prags begann sich von den nationalistischen Forderungen der tschechischen Massenpolitik herausgefordert zu fühlen. Dennoch verbündete sie sich nicht mit den deutschnationalen oder sozialdemokratischen Gruppierungen. Andererseits sahen sich sowohl die deutsche und jüdische untere Mittelschicht als auch die Unterschicht Prags und anderer innerböhmischer Städte zunehmendem Assimilationsdruck von tschechischer Seite ausgesetzt. Wesentlich zur nationalen Abgrenzung in der neuen Massenpolitik trugen sowohl der „Deutsche Turnverein“ als auch sein tschechisches Pendant, der Sokol, bei. Zählte die deutsch-österreichische Sektion des Turnvereins 1914 bereits 103.000 Mitglieder, so erreichte der Sokol 1912 sogar 119.000 Mitglieder. Die Parole des langjährigen Sokol-Führers Miroslav Tyrš lautete: „Jeder Tscheche ein Sokol!“<sup>147</sup>

Nichtsdestoweniger führte das Wiener Philharmonische Orchester am 21. Februar 1892 im jährlichen Nicolai-Konzert<sup>148</sup> zugunsten des Pensionsfonds des Orchesters Antonín Dvořáks *Husitská-Ouverture* auf, in der hussitische Choräle eingefügt waren. Am 31. Mai 1892 traf am Wiener Franz-Josefs-Bahnhof ein Schauspieler- und Sängersensemble des Tsche-

<sup>146</sup> RUMPLER 2000, 768f.; HOFMEISTER 1987, 83–105; SANDGRUBER 1995, 301–304.

<sup>147</sup> MOSSER 1980, 171–194; GOOD 1986; KOŘALKA 1991, 98; COHEN 2006, 274–282; HYE 1998, 237; JUDSON 2006, 88–99.

<sup>148</sup> Benannt nach Carl Otto Nicolai, einem in Königsberg geborenen Komponisten und Kapellmeister, der 1841 in Wien Hofkapellmeister wurde. Die erste Akademie mit dem Hofopernorchester am 28. März 1842 im Großen Redoutensaal markiert die Gründung der Wiener Philharmoniker. – FLOTZINGER 2004, Bd. 3, 1613.

chischen Landes- und Nationaltheaters ein, um am Internationalen Musik- und Theaterfestival einige Aufführungen zu geben. Auf ihrem ambitionierten Programm standen fünf Opern: Bedřich Smetana („Prodaná nevěsta“/„Die verkaufte Braut“ und „Dalibor“), Antonín Dvořák („Dimitrij“), Karel Benda („Lejla“) and Karel Šebor („Nevěsta husitská“/„Die hussitische Braut“). Ein Anonymous schrieb in der „Wiener Allgemeinen Zeitung“: „Ein Bruder hat gewonnen, für jetzt in der Kunst, hoffentlich bald auch im Leben ...“ In der Saison 1892/93 gab die Tschechische Oper unter Generaldirektor Adolf Šubert eine Serie von Gastspielen an der Wiener Hofoper und erntete große künstlerische Erfolge.<sup>149</sup>

Das Jahr 1890 brachte das Ende einer eher einheitlichen tschechischen wie deutschen Politik. Nun begannen sich politische Gruppierungen nach sozialen und beruflichen Interessen sowie nach Weltanschauungen zu bilden: Auf tschechischer Seite wurden die „Alttschechen“ von den „Jungtschechen“ abgelöst, auf deutscher Seite die Liberalen von den Christlichsozialen und Deutschnationalen. Während auf tschechischer Seite – vor allem in Böhmen – antiklerikale Parteien die Mehrheit gewannen, gelangen den Christlichsozialen unter Führung von Karl Lueger und Prinz Alois Liechtenstein große Erfolge in Wien und Niederösterreich. In der Wahlrechtsreform gelang jedoch kein Aufbrechen des Kuriensystems, sondern lediglich die Schaffung einer neuen, allgemeinen Wählerklasse, in der immerhin 5,33 Millionen Bürger das Wahlrecht erhielten. So errangen bei den Wahlen im März 1897 der Polenklub 59 Mandate, die Deutsche Fortschrittspartei (in den böhmischen Ländern) 49, die Jungtschechen 45, die Deutsche Volkspartei (in den Alpenländern) 39, die deutschen Klerikalen 41, die Christlichsozialen 32, die (deutschen und tschechischen) Sozialdemokraten 15, die Schönerianer fünf. Die Wahlergebnisse untermauern, dass im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts nicht nur die bürgerlichen Eliten, sondern nun auch die Masse der Bevölkerung bereits nationalistisch orientiert war. So wandelte sich in der nun folgenden „Badeni-Krise“ der Parteienstreit im Parlament „in einen für die Existenz Österreichs verhängnisvollen Kampf der Völker gegeneinander und gegen den Staat“.<sup>150</sup>

Um eine Mehrheit für den Wirtschaftsausgleich mit Ungarn zu gewinnen, versuchte der aus Galizien stammende Ministerpräsident Kasimir Graf Badeni den Jungtschechen entgegenzukommen und erließ im April 1897 gleichlautende Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren. Die

<sup>149</sup> BRODBECK 2014, 265–275; ANONYMOUS („D.“): Czechen in Wien. In: Wiener Allgemeine Zeitung, 5. Juni 1892.

<sup>150</sup> RUMPLER 2000, 826, 834–838 u. 1253f.; ADLGASSER 2014, XLIX–LII; vgl. HÖBELT 1993; MALÍŘ 1996. Im Jahre 1897 setzte noch dazu die von Schönerer unterstützte Los-von-Rom-Bewegung ein, die zum Übertritt von über 70.000 Personen zum Protestantismus oder Altkatholizismus führte.

tschechische und die deutsche Sprache sollten als gleichberechtigte Sprachen in der staatlichen wie autonomen Verwaltung Böhmens und Mährens gelten, sowohl im äußeren als auch im inneren Amtsverkehr, und von jedem Staatsbeamten in den beiden Kronländern wurde bis zum 1. Juli 1901 ein Nachweis der Kenntnis beider Landessprachen in Wort und Schrift verlangt. Die tschechischen Politiker hatten damit die Einführung der tschechischen inneren Amtssprache in einigen wichtigen Sphären der Staatsverwaltung (Inneres, Justiz, Finanzen, Ackerbau) erreicht, die Deutschen betrachteten aber diese Ausdehnung der Zweisprachigkeit auf deutsche Bezirke und Gemeinden sowie das Verlangen nach durchgehender Zweisprachigkeit als schwere Benachteiligung. Die Abgeordneten der Deutschen Fortschrittspartei und der Alldeutschen begannen sofort mit Obstruktion im Reichsrat, die der Deutschen Volkspartei schlossen sich an und erhoben Ministeranklage gegen das Kabinett Badeni. Bald setzten auch Massendemonstrationen in deutschböhmischen Städten ein, die auf Prag, Pilsen, Brünn, Wien, Graz, Klagenfurt, Salzburg und Linz überschlugen. Auf einem „deutschen Volkstag“ in Eger/Cheb legten die deutschböhmischen Abgeordneten den „Schwur in Eger“ ab, die Sprachenverordnungen mit allen Mitteln zu bekämpfen. Im Herbst 1897 wurde die zügellose Obstruktion im Wiener Parlament fortgesetzt, die in Handgreiflichkeiten und einer Serie von Duellen ausartete. Als mit der Verjagung des Präsidiums und der Minister die Obstruktion einen Höhepunkt erreichte, entschloss sich Badeni, die Wiener Sicherheitswache in den Sitzungssaal zu rufen, die radikale Obstruktionisten verhaftete. Am 28. November 1897 musste der Kaiser den Reichsrat schließen lassen und Badeni nach Galizien zurückschicken. Jetzt antworteten die Jungtschechen mit Demonstrationen und Plünderungen deutscher und jüdischer Geschäfte in Prag, die Regierung musste das Standrecht verhängen und Militär einsetzen. In den Wiener Karikaturen erschienen der „Böhm“ und der „Wenzel“ als dummdreiste, ungeschlachte, randalierende, ewig unzufriedene, gelegentlich sogar gewalttätige Bauerntölpel. In den Prager Karikaturen wurde der *Němec* entweder als „Michel“ – ein bössartiger, verfetteter Gnom mit Zipfelmütze – oder als *Buršák*, als deutscher Couleurstudent, oder als *Prušák*, als wilhelminischer Deutscher mit Pickelhaube, gezeichnet. Tatsächlich stießen 1897 erstmals *furor teutonicus* und *furor bohemicus* zusammen, was für das 20. Jahrhundert nichts Gutes verhieß.<sup>151</sup>

<sup>151</sup> SUTTER 1960/1965; KOŘALKA 1991, 159; SUPPAN 1991; HÖBELT 2000, 954–961; HLAVAČKA 2002b, 436–438; COHEN 2006, 174f.; LICHTBLAU 2006, 467. Der bekannte Althistoriker Theodor Mommsen formulierte am 31. Oktober 1897 in einem Aufruf in der „Neuen Freien Presse“, betitelt: „An die Deutschen in Österreich“, seinen berüchtigten Rat: „Seid hart! Vernunft nimmt der Schädel der Tschechen nicht an, aber für Schläge ist auch er zugänglich. Es ist mit unzeitiger Nachgiebigkeit in Österreich viel gesündigt

Hans Lemberg wies auf mindestens vier Gruppen von Deutschen hin, wie sie von den Tschechen zwischen 1867/1871 und 1938 gesehen wurden:

- 1) „unsere Deutschen“ aus den Grenzgebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens, die nach 1918 als „Sudetendeutsche“ bezeichnet wurden;
- 2) die Prager Deutschen, die bis 1938 gemeinsam mit vielen Prager Juden die „deutsche Gesellschaft“ in Prag bildeten;
- 3) „die österreichischen Deutschen“ als summarische Bezeichnung für die Deutschen in Cisleithanien bzw. in der Gesamtmonarchie;
- 4) „die Reichsdeutschen“ als Bürger des Deutschen Reiches vor und nach 1918.

Helmut Rumpler ergänzte „die Deutschen“ um die „Wiener Regierung“, repräsentiert durch überwiegend deutschsprechende Bürokraten, aber auch durch die militärisch-hochfeudale „Hofpartei“. Zweifellos gab es auch seitens „der Deutschen“ gegenüber „den Tschechen“ unterschiedliche Bilder. Die deutschen Unternehmer der Sudetenländer beurteilten ihre tschechischen Arbeiter und Angestellten anders als Prager Bankdirektoren oder tschechische Beamte der Statthalterei. Hingegen gab es zwischen deutschen und tschechischen Bauern, Gastwirten und Händlern in den Grenzgebieten nur geringe Auffassungsunterschiede. Ähnliches war von den zahlreichen deutsch-österreichischen und tschechischen Eisenbahnbediensteten zu sagen, für die ein gleiches Dienst- und Besoldungsrecht galt.<sup>152</sup>

Das „Pfungstprogramm“ der deutschen Parteien 1899 und die Konzeption des jungtschechischen Führers Karel Kramář, den deutsch-österreichischen Zentralismus zu beenden und den „Zweibund“ zu kündigen, standen einander diametral gegenüber. Lediglich die tschechischen Sozialdemokraten lehnten das Beharren auf dem böhmischen Staatsrecht ab und beschlossen mit ihren deutschen Parteifreunden auf dem Brünner Parteitag 1899 die Umwandlung Österreichs „in einen demokratischen Nationalitäten-Bundes-Staat“. An die Stelle der historischen Kronländer sollten national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper treten. Dafür war aber weder unter den tschechischen noch unter den deutschen Abgeordneten eine Mehrheit zu gewinnen. Der Zeitgeist ging weiter in Richtung „Konfliktge-

---

und viel verdorben worden; es geht um alles – unterliegen ist Vernichtung.“ – RUMPLER 2000, 843.

<sup>152</sup> LEMBERG 1998; RUMPLER 2009, 617–629; AFFLERBACH 2016, 653f. Noch im Frühjahr 1911 fasste der Tschechische Nationalrat als Dachorganisation der tschechischen politischen Parteien (mit Ausnahme der Sozialdemokraten) eine breite interne Diskussion über die Begriffe „böhmisch“ und „tschechisch“ in einem Gutachten zusammen, dass historisch und juristisch einzig und allein die Ausdrücke „Böhmen“ und „böhmisch“ in deutscher Sprache berechtigt seien, aber dass inoffiziell, besonders in tschechischen Veröffentlichungen für das Ausland, auch die deutschen Ausdrücke „Tschechen“ und „tschechisch“ zugelassen werden können. – KOŘALKA 1991, 62.

meinschaft“, wenn um die Jahrhundertwende der „Deutsche Volksrat für Böhmen“ und eine „Národní rada česká“ (Tschechischer Nationalrat) gebildet wurden, ebenso analoge Organisationen für Mähren, Schlesien und Niederösterreich einschließlich Wien.<sup>153</sup>

In Wien war im April 1897 mit dem Rechtsanwalt Karl Lueger ein „brillanter großstädtischer Populist und einer der erfolgreichsten mitteleuropäischen Politiker des ausgehenden 19. [und beginnenden 20.] Jahrhunderts“ (John W. Boyer) zum Bürgermeister gewählt worden. Obwohl aus kleinen Verhältnissen stammend, konnte der gebürtige Wiener das Theresianum besuchen und an der Wiener Universität zum Doktor der Rechte promovieren. Lueger wurde erstmals 1875 in den Wiener Gemeinderat gewählt und errang 1885 in Wien-Margarethen ein Mandat im Abgeordnetenhaus des Reichsrates, dem er durch fünf Legislaturperioden bis zu seinem Tod 1910 angehörte. Während er als Wiener „Demokrat“ Deutsche und Tschechen als „Cisleithanier“ betrachtete, „ohne Unterschied in der Nation“, empörte er sich über die „nationale Knechtschaft“ der deutschsprachigen Bevölkerung Ungarns. Ab 1887 schloss er sich den „Vereinigten Christen“ an, einer Koalition des klerikalen, nationalen und antisemitischen Protests gegen den Wiener Liberalismus, ab 1889 begann er – unter dem Einfluss des norddeutschen Konvertiten Karl von Vogelsang, des Prinzen Alois Liechtenstein und des Moraltheologen Franz M. Schindler –, gemeinsam mit dem Bibliothekar und Schulmann Albert Gessmann eine christlichsoziale Partei aufzubauen, die er als Gegengewicht sowohl gegen den panslawischen und alldeutschen Nationalismus als auch gegen die neue sozialdemokratische Partei sah. Bald erhielt er nicht nur die Unterstützung seitens der jungen katholischen Priester, sondern auch des Nuntius und der römischen Kurie. Nachdem er den Liberalen bei den Gemeinderatswahlen 1895 eine schwere Niederlage zugefügt hatte, wurde er Ende Mai erstmals zum Bürgermeister gewählt, dann noch weitere viermal. Doch der Kaiser verweigerte ob Luegers Demagogie gegenüber den Juden und den Ungarn zweimal die Bestätigung.<sup>154</sup> Nach einer Absprache mit Ministerpräsident Badeni und einer

<sup>153</sup> URBAN 1994, Bd. I, 805; STRAUSS 1934, 43; ZÖLLNER 1990, 431–439; MOMMSEN 1963, 314–338; STOURZH 2011e, 296. Als 1899 der Vagabund Leopold Hilsner fälschlich des Ritualmordes an der 15-jährigen Anežka Hrušová angeklagt wurde, ging eine antisemitische Welle durch die böhmischen Länder, der Masaryk mit einer offiziellen Stellungnahme mutig entgegentrat. Tatsächlich gestand erst Jahrzehnte später der Bruder des Opfers die Täterschaft. – ROKYTA 1997, 85; LICHTBLAU 2006, 467.

<sup>154</sup> Im Jahr seiner Ernennung zum Bürgermeister erklärte Lueger dem lutherischen Statthalter von Niederösterreich, Erich Graf Kielmansegg, der Antisemitismus sei „für ihn nur ein die Massen köderndes Schlagwort, er selbst achte und schätze viele Juden und werde keinem derselben je geflissentlich Unrecht tun“. Doch seine antisemitischen Hetzreden unterließ Lueger dennoch nicht. Mit dem vielzitierten Spruch: „Wer a Jud is, bestimm i!“ nahm er sich die Freiheit, Ausnahmen zu machen, und erklärte, es sei

Privataudienz beim Kaiser wurde er im April 1897 doch zum Wiener Bürgermeister ernannt. Vergeblich tobte die liberale Presse gegen den „Volkstribunen“ Lueger. Was ihn von vielen seiner Zeitgenossen unterschied, war seine persönliche Unbestechlichkeit und seine politische Professionalität. Im Wettbewerb gegen die alte liberale und die neue sozialdemokratische Bewegung gelang es ihm, in mehreren Reichsrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen alle soziale Gruppen, die „unterhalb der Großbourgeoisie und oberhalb des Proletariats nach Befreiung“ rangen, für seine Partei zu mobilisieren, obwohl diese disparaten Schichten – Handwerker und Klein-kaufleute, Gastwirte, Haus- und Grundbesitzer, mittlere und kleine Beamte, Gemeindebedienstete sowie Handlungsgehilfen (Commis) – nicht immer Gleichartigkeit ökonomischer und kultureller Interessen verband. Als „ungekrönter König“ von Wien (Friedrich Austerlitz) setzte er mit seinem Magistratsdirektor – und späteren Nachfolger – Richard Weiskirchner die Politik eines durch langfristige in- und ausländische Anleihen finanzierten Munizipalsozialismus um, wobei er die Gaswerke, die E-Werke und die Straßenbahn kommunalisierte, die Straßenbahn elektrifizierte, die elektrische Straßenbeleuchtung einführte, ein städtisches Schlachthaus baute, eine städtische Hypothekenbank einrichtete, neue Schulen und die Lainzer Kranken- und Pflegeanstalt errichtete, den Zentralfriedhof erweiterte und den Bau einer zweiten Hochquellen-Wasserleitung aus dem Hochschwabengebiet in der Steiermark in Angriff nehmen ließ.<sup>155</sup>

Das neue Beamtenministerium unter Führung von Ernest von Koerber versuchte nicht nur mit einer Verständigungskonferenz über eine Kreisverfassung – für Böhmen sollten zehn (nämlich fünf tschechische, drei deutsche und zwei gemischte) Kreise geschaffen werden –, sondern auch mit einem Wirtschaftsprogramm (einschließlich des Baus der Tauernbahn von Salzburg über Villach nach Triest) die Pattstellung im Reichsrat aufzulockern. Gleich im Jänner 1900 musste sie aber die großen Streiks in den Kohlenrevieren Böhmens, Mährens und Schlesiens schlichten, denn Wien konnte nur noch für zwei Wochen versorgt werden. Die Arbeiter verlangten vor allem eine Reduktion der Schichtarbeitszeit und den Ausbau der Invaliditätsversicherung. Als die Regierung Neigung zeigte, den Forderungen der Arbeiter zu entsprechen, geriet sie in Konflikt mit den Indus-

---

keinem Juden ernstlich „etwas passiert“. Über Ungarn sprach er von „Judäomagayaren“. – HAMANN 1998, 411–418. Arthur Schnitzler behauptete jedoch, dass Lueger, „so unbedenklich er die niedrigsten Instinkte der Menge und die allgemeine politische Atmosphäre für seine Zwecke zu nützen wusste“, im Herzen, „auch auf der Höhe seiner Popularität, sowenig Antisemit [war] als zu der Zeit, da er im Hause des Dr. Ferdinand Mandl mit dessen Bruder Ignaz und anderen Juden Tarock spielte“. – BOYER 2010, 209 u. 499.

<sup>155</sup> BOYER 2010, 12, 75, 104–114, 155–212 u. 305; Karl Lueger. In: Arbeiter-Zeitung (Wien), 11. März 1910, 1f.

trie- und Kohlenbaronen, so mit Rothschild, Gutmann, Larisch, Wilczek und Erzherzog Friedrich im Ostrau-Karwiner Revier, mit Direktor Taussig von der Staatsbahngesellschaft im Kladnoer Revier, mit Karl Wittgenstein und seiner Prager Eisenindustriegesellschaft sowie mit den Firmen Petschek, Weinmann, Biel und Hüttemann im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier. Die Firmen fanden Unterstützung im Abgeordneten- wie im Herrenhaus, sodass nach einem Jahr wenigstens die Schichtarbeitszeit im Kohlenbergbau von zwölf auf acht Stunden herabgesetzt werden konnte und beim Handelsministerium eine Arbeitsstatistik als Kontrollinstanz eingerichtet wurde.<sup>156</sup>

Die weitgehende administrative Trennung zwischen Böhmen, Mähren und Schlesien, die zweifellos einen Desintegrationsfaktor für die tschechische Nationsbildung darstellte, kam auch am Beginn des 20. Jahrhunderts zum Tragen. Im Unterschied zu Böhmen war die wirtschaftliche Macht der mährischen Tschechen vor allem in Industrie und Handel noch verhältnismäßig gering; auch hatten die drei größten Städte Mährens – Brünn/Brno, Olmütz/Olomouc und Mährisch-Ostrau/Moravská Ostrava – eine deutsche Verwaltung behalten und verlangten die Deutschen keine Zweiteilung des Kronlandes. Zwar entstand 1899 in Brünn neben der zunächst zweisprachigen, dann deutschen auch eine tschechische Technische Hochschule, die Gründung einer tschechischen Universität kam aber nicht zustande. Nach langen Verhandlungen der Landtagsparteien einigte man sich auf das Prinzip der Zweisprachigkeit der Staatsbehörden und des Landesausschusses in Mähren, führte die jeweils zweite Landessprache als ordentlichen Unterrichtsgegenstand an allen Mittelschulen in Mähren ein und beschloss die Bildung von nationalen Kurien im Landtag mit Vetorecht in allen Fragen der Landesverfassung und der Wahlordnung. Auf Antrag des Führers der Mährischen Volkspartei, Adolf Stránský, sollte Mähren in 100 Wahlkreise eingeteilt werden, von denen jeder mit maximaler Beachtung der Nationalitätenverhältnisse mindestens 18.000 und höchstens 25.000 Einwohner umfassen würde. Zwischen dem 16. und 22. November 1905 wurden im Plenum des mährischen Landtags vier Gesetzesentwürfe angenommen, die bereits am 27. November die kaiserliche Sanktion erhielten. Anstelle des territorialen Abgrenzungsprinzips trat zum ersten Mal das Personalitätsprinzip in die österreichische Nationalitätenpolitik. Nicht nur die gewählten Abgeordneten, sondern auch alle Wähler in den Kurien der Städte, der Landgemeinden und der neugebildeten allgemeinen Wählerklasse wurden – entsprechend der nationalen Zugehörigkeit – in zwei parallele „Wahlkataster“ eingetragen. Daher mussten sich die Wähler in den Gemeinden zwischen einer tschechischen und einer deutschen Liste

---

<sup>156</sup> RUMPLER 2000, 858f.; RUMPLER 2016c, 40–44.

entscheiden, die als nationale Kataster gelten konnten. In Hinkunft sollte nach diesen nationalen Kurien getrennt gewählt, sollten der Landtag und der Landesschulrat zweigeteilt und einsprachige Schulbezirke eingerichtet werden. Nach dem Schulaufsichtsgesetz („Lex Perek“) wurden freilich die Einschreibungen in die nationalen Schulen durchaus überwacht, um vor allem Anmeldungen tschechischer Kinder an deutschen Schulen zu verhindern. Die Beamtenbesetzungen sollten nach der vorherrschenden Sprache am Dienort und nach der Bevölkerungsrelation erfolgen.<sup>157</sup>

In einem Hearing vor dem Verwaltungsgerichtshof am 14. Oktober 1910 formulierte Václav Perek den Grundgedanken des Mährischen Ausgleichs: „[...] dass jede Nationalität vor einer eventuellen Majorisierung geschützt werden sollte“. Und am 30. Dezember 1910 erklärte der Verwaltungsgerichtshof in seiner Entscheidung betreffend die Anwendung der „Lex Perek“ in Ungarisch Hradisch/Uherské Hradiště, dass die Ortsschulräte „als Organe nationaler Lokalverbände [...] berufen sind, den Rechtsanspruch ihres Volksstammes in der Richtung zur Geltung zu bringen, dass die nach dem Gesetze den Schulen dieses Volksstammes zustehenden Kinder diesem nicht entzogen werden“. Der Gerichtshof unterstrich sogar das Recht „jedes Volksstammes des Landes auf seine Angehörigen“, d. h., individuelles Zivilrecht wurde ethnisch-nationalem Gruppenrecht unterstellt.<sup>158</sup>

Nach dem mährischen Vorbild wurden auch die Verhandlungen in Böhmen wieder aufgenommen, vom neuen Statthalter Fürst Franz von Thun durchaus forciert. Unter Führung von Karel Kramář auf tschechischer sowie Adolf Bachmann auf deutscher Seite erzielte man am 19. Juli 1912 sogar ein Provisorium über die böhmische Landesordnung mit einer genauen Einteilung in tschechische und deutsche Kreise. Man einigte sich auch auf den Grundsatz, dass eine Minoritätsschule in jeder Schulgemeinde errichtet werden sollte, wo mindestens 40 schulpflichtige Kinder einer anderen Nationalität fünf Jahre oder länger in der Gemeinde wohnten. Zu einer umfassenden Lösung der „böhmischen Frage“ reichte aber der politische Wille auf beiden Seiten nicht, offensichtlich weil auf tschechischer Seite panslawistische, auf deutscher Seite pangermanische Intentionen und Emotionen

<sup>157</sup> KOŘALKA 1991, 160–164; MALÍŘ 1993; ZAHRA 2008, 13–48; LUFT 2012. Das Abgeordnetenverhältnis zwischen den beiden Nationalitäten in Mähren wurde fest bestimmt: Für die Städte gab es je zehn tschechische und deutsche Wahlkreise, für die Landgemeinden 39 tschechische und 14 deutsche Wahlkreise, in der allgemeinen Wählerklasse 14 tschechische und sechs deutsche Wahlkreise.

<sup>158</sup> STOURZH 2011e, 317–319. Hingegen fand ein im Dezember 1898 vom niederösterreichischen Landtag beschlossener Gesetzentwurf (Lex Kolisko), der Deutsch als Unterrichtssprache in allen niederösterreichischen und Wiener Schulen verpflichtend machen wollte, weder die Zustimmung der k. k. Regierungen von Thun bis Beck noch die Billigung des Kaisers, da er im Gegensatz zum Art. 19 des StGG 1867 stand. – BOYER 2010, 548.

überhandnahmen. Daher wurde am 26. Juli 1913 mit zwei kaiserlichen Patenten, den sogenannten „Annenpatenten“, der zuletzt 1908 gewählte böhmische Landtag aufgelöst und anstelle des vom Landtag gewählten Landesausschusses eine Landesverwaltungskommission eingesetzt, die auch die finanziellen Probleme lösen sollte. Der Vorsitzende des Landesausschusses, der Oberstlandmarschall von Böhmen, Ferdinand Fürst Lobkowitz, hatte am Tag zuvor in Bad Ischl um Enthebung von seinem Amt ersucht. Hintergrund der Krise waren die Obstruktion der deutschen Minderheit im Landtag und das Unvermögen des Landesausschusses, den finanziellen Obliegenheiten der Landesverwaltung gerecht zu werden. Die durchaus kompetente Landesverwaltungskommission unter Vorsitz von Adalbert Graf Schönborn sollte dann die finanziellen Probleme lösen und blieb bis zum Ende der Monarchie im Amt.<sup>159</sup>

Obwohl die Familien entlang der deutsch-tschechischen „Sprachgrenze“ in Nord- und Südböhmen sowie in Nord- und Südmähren bis zum Ersten Weltkrieg ihre Kinder während der Sommerferien oder nach Ende der Schulpflicht „tauschten“, um sie die andere Landessprache erlernen zu lassen, forcierte die nationale Gesellschafts- und Schulpolitik eine immer stärkere nationale Trennung und eine nationale Vereinnahmung der Schulkinder. Zwar sollen im Jahre 1900 noch 16,6% der Prager, 16,2% der Budweiser, 16,1% der Reichenberger und 22,4% der Brüxer Schulkinder zweisprachig gewesen sein, aber im Jahre 1907 startete die „Národní jednota severočeská“ („Nationale Union für Nordböhmen“) eine aggressive Propagandakampagne gegen diesen „Kindertausch“ (*handl*). Besonders nationalistische Pädagogen – die sich selbst als „fortschrittlich“ bezeichneten – und nationalistische Wohlfahrtsorganisationen bearbeiteten konsequent „national indifferente“ Eltern, diesen Kindertausch einzuschränken. Denn deutsche und tschechische Nationalisten strebten eine politische Kultur an, in der die Erziehung, Gesundheit und Wohlfahrt der Kinder eher eine Angelegenheit des nationalen Kollektivs als eine der Eltern sein sollte. Diese neue Tendenz, Schulkinder auch gegen den Willen ihrer Eltern als kollektives Eigentum zu betrachten (vgl. die „Lex Perek“), wurde im 20. Jahrhundert – angeblich im besten Interesse der Kinder – vor allem

<sup>159</sup> KOŘALKA 1991, 167–171; KAZBUNDA 1995; STOURZH 2011c; RUMPLER 2016c, 45–50; vgl. KRÉN 2000. Hingegen nahm noch am 26. Februar 1914 die Stadtvertretung von Budweis/České Budějovice eine Ausgleichsgesetzesvorlage an, die nicht nur die nationale Trennung der Wählerlisten, der Steuerpflichtigen und der Schulgemeinde vorsah, sondern auch den Budweiser Deutschen eine Minoritätsvertretung in der Handels- und Gewerbekammer sicherte, je ein Landtagsmandat an den tschechischen und deutschen Wahlkataster zuteilte und den deutschen Wahlkataster an einen deutschböhmisches Wahlbezirk für das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats angliederte. – KING 2002, 137–147.

von den Nationalsozialisten und Kommunisten mit dramatischen Folgen weiterentwickelt.<sup>160</sup>

Kaiser und König Franz Joseph behielt auch nach dem Ausgleich als „Oberster Kriegsherr“ den Allerhöchsten Oberbefehl; er allein entschied über Krieg und Frieden. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1868 hatte tschechische wie deutsch-böhmische, deutsch-mährische und deutsch-schlesische Rekruten entweder in die k. u. k. Armee oder in die k. k. Landwehr eingeteilt. Für die gemeinsame Armee galten die deutsche Kommandosprache, bestehend aus etwa 80 deutschen Befehlen, die ebenfalls deutsche Dienstsprache zwischen den Kommanden auf unterschiedlicher Ebene sowie die Regimentssprache, die sich nach der Mehrheit der Umgangssprache der Soldaten richtete. Daher gab es in den böhmischen Ländern Regimenter mit tschechischer und solche mit deutscher Regimentssprache; im Falle des Vorhandenseins einer mehr als 20-prozentigen Minderheit gab es auch eine zweite Regimentssprache. Dies stellte für die zugeteilten Offiziere eine besondere Herausforderung dar, da sie ja die Rekruten für lebensbedrohliche Einsätze auszubilden hatten. Die Berufsoffiziere unterzogen sich der Aufgabe der Erlernung weiterer Sprachen bereitwilliger als die Reserveoffiziere, da sie ihrer Karriere dienlich sein konnte. Auch Unteroffiziere und Soldaten erweiterten in der Armee ihre Sprachkenntnisse, sodass der Militärdienst durchaus homogenisierend im Sinne des Gesamtstaates wirkte. Freilich entstand auch ein slawischer Sprachenmix, genannt „Armeeslawisch“, der aber im Ernstfall durchaus nützlich sein konnte. Die Kenntnis mehrerer Sprachen konnte nicht zuletzt bei Versorgung von Verwundeten hilfreich sein. Bei Kriegsbeginn 1914 waren in der gesamten k. u. k. Armee nur 142 von 329 Regimentern und selbständigen Bataillonen monolingual, bei 163 Einheiten wurden zwei, bei 24 drei oder sogar mehr Sprachen verwendet. Die Zwei- und Mehrsprachigkeit nahm im Verlauf des Krieges noch weiter zu. Es darf aber bereits an dieser Stelle festgestellt werden, dass – entgegen den vielen Auseinandersetzungen um die offizielle Verwendung von Sprachen – nach 1918 kein habsburgischer Offizier die Sprachenfrage für die Niederlage im Weltkrieg verantwortlich machte. Während die antimilitaristische Bewegung selbst in Böhmen auf ein relativ kleines Milieu beschränkt blieb, „avancierten die Veteranenverbände zu einer wichtigen Komponente der ohnedies recht martialischen Form imperialer Repräsentation in Österreich-Ungarn“

<sup>160</sup> ZAHRA 2008, IXf. u. 9f.; JUDSON 2006, 177–218; STOURZH 2011e. Als positive Weiterentwicklung des Mittelschulwesens führte Unterrichtsminister Gustav von Marchet nach einer Enquête 1908 flächendeckend das neue „Realgymnasium“ ein, das anstelle von Griechisch eine moderne Fremdsprache und einen verstärkten Unterricht in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern anbot. – MAZOHL 2015c, 462. Das erste Realgymnasium war bereits 1862 in Tábor eröffnet worden.

(Martin Moll). Obwohl der spätere Generalstabschef Franz Conrad von Hötzendorf bereits 1903 öffentlich argumentierte, dass Österreich-Ungarns Großmachtstellung an die Qualität seiner Armee geknüpft sei, blieb er eine Antwort auf die Frage, wie genau der für notwendig erachtete „kriegerische Geist“ im Volk, nicht nur im Heer, erzeugt werden sollte, schuldig. Andererseits gewöhnte Conrads unermüdliche Kriegstreiberei Politik und Öffentlichkeit durch einen längeren Zeitraum hindurch an den Einsatz militärischer Drohpotenziale als Mittel der Außenpolitik.<sup>161</sup>

Weniger von der konstitutionellen Krise in Ungarn als von der Revolution in Russland 1905 angestoßen, verlangten die Sozialdemokraten im Herbst dieses Jahres vehement die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer, dem bald auch der Kaiser und Lueger zustimmten. So war auch im Dezember 1906 – gemeinsam mit den tschechischen Parteien – die Mehrheit im Reichsrat gesichert. Im Wahlreformausschuss setzten die Christlichsozialen durch, dass die Wahlaufsicht in den Städten unter der Patronanz der lokalen Regierungsbehörden zu stehen habe. Erstaunlicherweise gab es zwischen den Parteien rasche Einigung, da die 516 Einer-Wahlkreise Cisleithaniens – davon 130 in Böhmen, 49 in Mähren, 15 in Schlesien, 33 in Wien, 31 in Niederösterreich, 22 in Oberösterreich, 30 in der Steiermark, zehn in Kärnten, sieben in Salzburg, 25 in Tirol und vier in Vorarlberg – ziemlich genau den nationalen Verhältnissen angepasst wurden. So wurden in ethnisch gemischten Gebieten (etwa im Böhmerwald) einzelne Ortsgemeinden über allgemein maßgebliche Bezirksgerichtsgrenzen hinweg so zusammengefasst, dass sich klare nationale Mehrheiten ergaben. Böhmen wurde somit in 75 tschechische (33 städtische und 42 ländliche) und 55 deutsche Wahlbezirke (21 städtische, 28 ländliche und sechs gemischte) eingeteilt, während in Mähren nach dem nationalen Wählerregister 30 tschechische und 19 deutsche Mandate vergeben wurden. Bei einer Wahlbeteiligung in ganz Cisleithanien von 84,6% (!) gingen die Volksparteien bei den Reichsratswahlen im Mai 1907 als große Gewinner hervor, was einen großen Demokratisierungsschub bedeutete. Insgesamt gewannen bei den Tschechen die Agrarier 29 Mandate, die Sozialdemokraten 24, die Jungtschechen 14, die tschechischen Klerikalen 17, die National-Sozialisten (inklusive Radikale) acht, die Altschechen fünf, die Mährische Volkspartei fünf, die Realisten zwei und Unabhängige vier, bei den Deutschen in den böhmischen Ländern die Sozialdemokraten 21, die Agrarier 19, die Fortschrittspartei 14, die

<sup>161</sup> DEÁK 1990; ALLMAYER-BECK 2003; PLASCHKA u. a. 1974, Bd. II, 335–352; BASSETT 2015, 365–372; KRONENBITTER 2016, 84–87 u. 107–114; SCHEER 2016, 62–78; MOLL 2016, 177–182. In der k. k. Landwehr war Deutsch, in der k. u. Honvéd Ungarisch vorherrschende Kommando-, Dienst- und Regimentssprache, Ausnahmen gab es für galizische und kroatisch-slawonische Regimenter.

Deutsche Volkspartei 13, die Freialldeutschen zwölf und die Alldeutschen (Schönerer) zwei. Gab es also in der Parteienstruktur zwischen Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern starke Parallelen, so unterschied sich selbige grundsätzlich von der in den österreichischen Alpen- und Donauländern, da hier die Christlichsozialen mit den Konservativen bei weitem voranliefen und mit 96 Abgeordneten die stärkste Fraktion vor dem Deutschen Nationalverband (90, einschließlich der 60 deutschen Abgeordneten in den böhmischen Ländern) und den Sozialdemokraten (87, darunter 50 Deutsche) stellten. Nach Nationalitäten ergab sich folgendes Bild: 232 Deutsche, 108 Tschechen, 79 Polen, 32 Ruthenen, 24 Slowenen, 19 Italiener, elf Kroaten, fünf Rumänen, vier Jüdisch-Nationale und zwei Serben. Waren bei den Deutschen bereits die drei weltanschaulichen „Lager“ entstanden, so bildete sich bei den Tschechen ein Fünf-Parteien-System heraus. Die Stärkeverhältnisse änderten sich allerdings bereits 1911, als nach dem Tod Luegers der Nationalverband und die Sozialdemokraten (vor allem in Wien) hinzugewannen. Bei den Tschechen aber waren die Agrarier und die National-Sozialisten die großen Gewinner. Aufgrund der Fundamentalopposition der tschechischen Parteien gegen die „Annenpatente“ und des gleichzeitigen Drucks des Deutschen Nationalverbands auf die Regierung wurde jedoch das Abgeordnetenhaus am 16. März 1914 auf unbestimmte Zeit vertagt, am 25. Juli 1914 die Session sogar geschlossen.<sup>162</sup>

Obwohl sich nach der Konfessionsstatistik 1910 sowohl in den böhmischen als auch in den österreichischen Ländern mehr als 90% der Bevölkerung zur römisch-katholischen Religion bekannt hatten (die Zahlen für die Tschechen lagen sogar bei 96,5%), spielten die katholischen Parteien in Böhmen eine viel geringere Rolle als in Mähren und den Alpenländern. Dazu trugen spätjosephinische Traditionen ebenso bei wie die Los-von-Rom-Bewegung Schönerers und die Verbreitung hussitischer Traditionen durch die Protestanten Palacký und Masaryk. Zwar galten die böhmischen Klöster als Hort des katholischen Deutschtums, aber in den Domkapiteln von Königgrätz und Budweis gab es keine deutschen Kanoniker, in allen vier Diözesanseminaren stellten die Tschechen den Rektor, in den 710 deutschen Pfarren Böhmens wirkten 1902 neben 590 deutschen 481 tschechische Priester, in den 135 gemischtsprachigen Gemeinden aber

<sup>162</sup> ZÖLLNER 1990, 434f. u. 439; KOŘALKA 1991, 80f. u. 120f.; RUMPLER 2000, 875–886; BOYER 1995; MELIK 1997, 21–40; HÖBELT 2000, 971–976; MAREK 2003; MALÍŘ / MAREK 2005; BOYER 2010, 264–287; RAHTEN 2012, 120–134; ADLGASSER 2014, LV–LIX. Während 1907 die Prager Deutschen (einschließlich der deutschsprachigen Juden) ihre Stimmen den Deutsch-Liberalen gaben, womit diese 7,1% der Prager Stimmen erreichten, teilten die Wiener Tschechen ihre Stimmen vor allem auf die Sozialdemokraten und Christlichsozialen auf, sodass tschechische Parteien nur 1,1% der Stimmen erhielten. – HAVRÁNEK 1981.

nur 33 deutsche neben 266 tschechischen Seelsorgern. Auch die meisten Bischöfe Böhmens und Mährens – zum Teil dem Hochadel entstammend – galten als tschechenfreundlich und standen böhmisch-staatsrechtlichen Überlegungen aufgeschlossen gegenüber. Daher waren Versuche des Episkopats, zu einer nationalen Versöhnung beizutragen, wenig erfolgreich.<sup>163</sup>

Als der liberale Reichsratsabgeordnete Josef Redlich am 4. November 1909 in Audienz bei Kaiser Franz Joseph in der Hofburg vorsprach, um sich für die Ernennung zum Ordinarius zu bedanken, fragte ihn der Kaiser: „Worüber beklagen sich denn die Tschechen? Es geschieht ihnen doch gar nichts von der Regierung.“ Redlich, der aus einer südmährischen Zuckerdynastie stammte und gut bekannt war mit Kramář und Masaryk sowie vielen anderen tschechischen Reichsratsabgeordneten, antwortete: „Majestät, die tschechischen Massen in Böhmen und Mähren werden seit Jahren verhetzt. Die Leute sind durch das hysterische Geschrei der radikalen Führer ganz um ihren Verstand gebracht.“ Der Kaiser: „Ja, leider!“ Redlich: „Es wäre irrig anzunehmen, dass die Stimmung im Reichsrat der Stimmung der Bevölkerung entspricht. Die ist viel ruhiger und geht ihren Berufen nach.“ Der Kaiser nickte: „Gewiss, es wär’ ja auch zu schlimm sonst.“<sup>164</sup>

Im Jahre 1914 verfügten die acht größten Wiener Banken (Credit-Anstalt, Boden-Credit-Anstalt, Niederösterreichische Escomptegesellschaft, Wiener Bankverein, Länderbank, Anglobank, Unionbank, Mercurbank) über ungefähr zwei Drittel des gesamten Kapitals aller Finanzinstitutionen Cisleithaniens, in Budapest konnte nur eine Bank mit den Wiener Häusern mithalten, die Ungarische Allgemeine Credit-Anstalt, in Prag immerhin zwei, die 1913 bereits ein Viertel des Aktienkapitals der Wiener Banken besaßen: die Živnostenská banka und die Böhmisches Escompte-Bank. Bereits seit den 1880er Jahren begannen diese Banken die mächtigen Industriekartelle (Rübenzucker-Industrielle, Papierfabrikanten, Baumwollspinner, Montan-, Eisen- und Maschinenindustrielle) zu kontrollieren, sodass bald enge personelle Verflechtungen zwischen Bank- und Industrieunternehmungen feststellbar waren.<sup>165</sup>

Der Anteil der Tschechen an den Beamtenposten im k. k. Staatsapparat entsprach 1910 genau dem tschechischen Bevölkerungsanteil von mehr als

<sup>163</sup> GOTTSMANN 2010, 193–224; KOŘALKA 1991, 80f. Als der aus der Umgebung von Budweis stammende Bischof von Gurk-Klagenfurt, Adalbert Lidmanský, mangels ausreichender einheimischer Kandidaten tschechische Priester nach Kärnten holte, stieß er damit auf den Widerstand führender deutschnationaler Kreise.

<sup>164</sup> REDLICH 2011, Bd. I, 260.

<sup>165</sup> MÄRZ 1981, 443; SANDGRUBER 1995, 296–300 u. 367. Im Jahre 1900 wurde von liberalen slowenischen Genossenschaften mit Hilfe der Živnostenská banka die Laibacher Kreditbank gegründet, in der die führenden Bankbeamten Tschechen waren. – ŠTÍH u. a. 2008, 299.

23 %, während die österreichischen Deutschen und Italiener über-, alle übrigen Nationalitäten aber unterrepräsentiert waren. Unter den 1.446 Beamten der gemeinsamen k. u. k. Ministerien im Jahre 1914 gab es 146 Tschechen, unter den 4.847 Beamten der österreichischen k. k. Ministerien samt Reichsgericht, Verwaltungsgerichtshof, Oberstem Gerichtshof und Generalprokuratur waren 507 Tschechen, d. h. in beiden Fällen etwas mehr als 10 %. Die Zahl der im Schul- und Bildungswesen tätigen Tschechen war über-, die Zahl von 200 Offizieren und Beamten im aktiven Militär hingegen deutlich unterproportional.<sup>166</sup>

Nicht nur William M. Johnston und Carl Schorske sind mit Recht der Meinung, dass das „Fin-de-siècle Vienna“ in seltsamer Dynamik eine ganze Fülle von intellektuellen Glanzleistungen in vielen Bereichen von Wissenschaft und Kunst hervorbrachte. Dies hatte einerseits mit der Tatsache zu tun, dass Wien – vergleichbar mit Paris – die einzige internationale Metropole der Habsburgermonarchie darstellte, die die kreativsten Talente aus allen Kronländern des Gesamtreiches anzog, andererseits mit der erstaunlichen sozialen (und familiären) Mischung von Bank-, Industrie-, Wissenschafts- und Kunst-Welt, schließlich auch mit der verstärkten Anwendung von empirischen Methoden in Ökonomie (Carl Menger, Friedrich von Wieser, Eugen von Böhm-Bawerk, Joseph Schumpeter), Medizin (Ferdinand Hebra, Ernst Brücke, Theodor Billroth, Julius von Wagner-Jauregg), Physik (Josef Stefan, Ernst Mach, Ludwig Boltzmann), Geologie (Eduard Sueß), Rechtswissenschaft (Hans Kelsen, Eduard Bernatzik, Heinrich Lammasch), Psychologie (Sigmund Freud, Otto Weininger), Soziologie (Eugen Ehrlich, Karl Grünberg, Ludwig Gumplowicz) und Slawistik bzw. Balkanforschung (Franz Miklosich, Vatroslav Jagić, Josef Konstantin Jireček). Die bedeutendste Erzählerin der franzisko-josephinischen Epoche wurde Marie von Ebner-Eschenbach, als geborene Gräfin Dubský eine mährische Aristokratin slawischer Herkunft, die nach Wien heiratete und in deutscher Sprache schrieb, während die gebürtige Wienerin Barbara Pankl als Božena Němcová zur bedeutendsten tschechischen Schriftstellerin wurde. Geringe Differenzen waren zwischen den Vertretern der Wiener, Prager und Budapester „Moderne“ feststellbar, entstammten doch die meisten einem (groß-)bürgerlichen, zum Teil jüdischen, oft auch akademisch gebildeten Elternhaus und hatten selbst zumindest Gymnasien absolviert. Arthur Schnitzlers („Anatol“, „Liebele“, „Der Reigen“, „Professor Bernhardi“, „Das weite Land“) Vater war ein berühmter Laryngologe, Hugo von Hofmannsthal („Der Tor und der Tod“, „Elektra“, „Der Rosenkavalier“, „Jedermann“) entstammte einer Industriellen- und Bankiersfamilie, Gustav Klimt (Beethovenfries, Die Goldfische, Adele I

<sup>166</sup> KANN 1964, Bd. II, 398; RUMPLER 1989, 93; KOŘALKA 1991, 117; SCHMIED-KOWARZIK 2011, 9–132.

und II) war der Sohn eines böhmischen Goldgraveurs, Otto Wagner (Postsparkasse, Netz und Stationen der Wiener Stadtbahn, Kirche am Steinhof) der eines Notars an der Ungarischen Hofkanzlei in Wien und Adolf Loos (Haus am Michaelerplatz) der eines Brüner Steinmetzen. Bei aller zeitgenössischen Anerkennung in vielen Aufführungen am neuen Burgtheater sollte nicht übersehen werden, dass Schnitzler für seinen „Lieutenant Gustl“ seinen Rang als Offizier der Reserve verlor und dass „Professor Bernhardi“ in Österreich bis 1918 nicht aufgeführt werden durfte, während Klimts „Fakultätsbilder“ zum Skandal gerieten, als er die Allegorie der Philosophie durch eine nackte Frau darstellte. Klimt wurde zum Hauptvertreter der Jugendstil-Maler, der „Secessionisten“, und machte – parallel zu Sigmund Freud – das Triebleben zum zentralen Gegenstand seiner Malerei. Auch die Expressionisten Egon Schiele und der junge Oskar Kokoschka verursachten beachtliche Aufregungen. Um die Jahrhundertwende führte der aus der Gegend von Iglau/Jihlava stammende Gustav Mahler als Direktor der Wiener Hofoper das Haus am Ring – trotz antisemitischer Kritik – zu kaum mehr zu überbietenden Aufführungen (auch von Wagner-Opern), während der gebürtige Prager Rainer Maria Rilke mit seiner Lyrik („Stundenbuch“, „Duineser Elegien“) ganz Europa faszinierte und „Die Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge“ den ersten modernen existentiellen Ich-Roman darstellten. Im Übrigen hatte das Wiener Architekturbüro Fellner & Helmer nicht nur das Volkstheater in Wien, das Neue Deutsche Theater in Prag, das Deutsche Stadttheater in Brünn und das Stadttheater in Reichenberg errichtet, sondern auch die Theatergebäude in Agram/Zagreb und Czernowitz/Černivci.<sup>167</sup>

Obwohl die Tschechen in den höchsten Stellen der österreichischen Staatsverwaltung (auch in der österreichischen Regierung) zunehmend vertreten waren, blieben sie in der Diplomatie und im aktiven Offizierskorps deutlich unterrepräsentiert und übernahmen daher für den österreichisch-ungarischen Staat wenig Mitverantwortung. Dennoch hatten sie schon um 1910 innerhalb der Doppelmonarchie einen gesellschafts-, wirtschafts- und kulturpolitischen Entwicklungsstand erreicht, den in Europa keine zweite Nation ohne eigenen Nationalstaat vorweisen konnte, auch nicht das britische Irland oder das russische Finnland. Dies verschärfte freilich den Widerspruch zwischen dem verhältnismäßig hohen Entwicklungsstand der tschechischen Nationalgesellschaft einerseits und ihrer staatsrechtlichen Zweitrangigkeit andererseits. Selbstverständlich ließ diese Diskre-

<sup>167</sup> JOHNSTON 2006, III–XIX, 90–98, 138–148 u. 153f.; RUMPLER 1997, 526–547; vgl. SCHORSKE 1980; CSÁKY 1987, 47–49; WEISS 1987, 174–184; ZEMAN 1987, 185–199; WERKNER 1987; HAMANN 1998; LICHTBLAU 2006, 484–487; FEICHTINGER 2010, 346–368. Eine Spende des Industriellen Karl Wittgenstein machte die Errichtung des Secessions-Gebäudes von Joseph Maria Olbrich innerhalb eines Jahres möglich.

panz immer mehr Unzufriedenheit aufkommen. Dennoch konnten sich bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges die meisten tschechischen politischen Parteien keine Existenz außerhalb Österreich-Ungarns vorstellen. Dieses „Österreichertum“ bedeutete jedoch in keinem Falle die bedingungslose Zustimmung zur innenpolitischen Gestaltung und außenpolitischen Orientierung der Monarchie, wie sie vor 1914 bestand, besonders aber wie sie sich während des Ersten Weltkrieges entwickelte. So hatte der Führer der „Jungtschechen“, Karel Kramář, bereits am 16. Juni 1914 dem russischen Außenminister Sergej D. Sazonov den Entwurf einer „Verfassung“ eines Slawenreichs mit dem russischen Zaren an der Spitze übergeben, dessen Bestandteil auch ein Königreich Böhmen mit einem Vertreter des Hauses Romanov auf dem böhmischen Thron sein sollte.<sup>168</sup>

### 5. Trennung im Ersten Weltkrieg (1914–1918)

Hugo von Hofmannsthal lastete in einem ahnungsvollen Brief vom 24. August 1913 dem hohen Adel die Verantwortung für alle Katastrophen Österreichs in den Jahren 1805, 1809, 1848 wie 1859 an. In der Julikrise von 1914 kommt die entscheidende Verantwortung aber den sichtlich überforderten Außenpolitikern, Generälen, Hochbürokraten und Journalisten zu, nicht zuletzt auch Kaiser Franz Joseph, der tatsächlich schon wenige Tage nach dem Attentat von Sarajevo am 28. Juni 1914 einen Krieg gegen Serbien für unvermeidlich hielt. Freilich legte der gebürtige Australier Christopher Clark in seinem weltweites Aufsehen erregenden Buch „Die Schlafwandler“ überzeugend dar, dass der Erste Weltkrieg durch „rasch aufeinander folgende Interaktionen schwer bewaffneter Machtzentren“ zustande kam, die „unter hohem Risiko und geringem Vertrauen und Transparenz operierten“. Alle Hauptakteure in der Julikrise 1914 „filterten das Weltgeschehen durch Narrative, die sich aus einzelnen Erfahrungen zusammensetzten und von Ängsten, Projektionen und Interessen zusammengehalten wurden, die man als Maximen ausgab“. Es greift zu kurz, dem Balkan oder Serbien oder der Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajevo die Rolle des Katalysators zuzuschreiben. Österreich-Ungarns Außenpolitiker und der Kaiser selbst sahen sich spätestens seit der Annexionskrise 1908/09 und den Balkankriegen 1912/13 sowohl von der serbischen Politik als auch von jugendlichen serbischen Attentätern und „Königsmördern“ herausgefordert. Serbien überhöhte seine Vorstellungen von der eigenen südslawischen Mission und der angeblichen Unterdrückung seitens des habsburgischen Imperiums. „In Deutschland belastete eine düstere Vision künftiger

<sup>168</sup> URBAN 1994, Bd. I, 823–834; ŠEDIVÝ 2016, 712f.

Invasionen [von Ost und West, A. S.] und Teilungen im Sommer 1914 den Entscheidungsprozess“ und führte zur „besser jetzt“-Haltung. „Frankreich und Russland konstruierten mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und aus verschiedenen Gründen eine geopolitische Zündschnur entlang der österreichisch-serbischen Grenze. [...] Das wohl wichtigste Narrativ war [aber] die weithin verbreitete Legende vom historisch notwendigen Niedergang Österreich-Ungarns.“ Hinzu kam die Voreingenommenheit britischer Regierungskreise, Berlin unbedingt als treibende Kraft hinter Wiens Ultimatum und Kriegserklärung sehen zu wollen. Letzten Endes hatten sich spätestens seit Jahresanfang 1914 in allen sechs Hauptstädten hochgerüstete „Kriegsparteien“ durchgesetzt, die im Juli einer Art Paranoia verfielen. Auch die meisten der führenden Zeitungen und die große Mehrheit der Intellektuellen verfielen dieser Kriegseuphorie, „dem Geist von 1914“. Die Nachrichten vom deutschen Vormarsch im Westen und vom deutschen Sieg bei Tannenberg Ende August ließen bei den begeisterten Deutschösterreichern sogar einen „Deutschenappel“ (Karl Kraus) aufkommen.<sup>169</sup>

Mittel- und langfristig aber paralyisierte der Erste Weltkrieg sowohl die deutsch-österreichische als auch die tschechische Gesellschaft. Das gesamte öffentliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben wurde den Kriegsnotwendigkeiten untergeordnet, für die Kriegsgebiete und das jeweilige Hinterland (wie etwa die Bezirke Bielitz und Teschen sowie die nordostmährischen Bezirke) „Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall“ erlassen. Der erste totale Krieg des 20. Jahrhunderts bedeutete die Mobilisierung von Millionenarmeen – von nahezu 9 Millionen Soldaten allein in Österreich-Ungarn –, zeigte die verheerenden Wirkungen der modernen Waffen (Maschinengewehre, Schnellfeuergeschütze, Gasgranaten, Flugzeuge, Panzer) und den grauenhaften Stellungskrieg in den Schützengräben und führte nicht zuletzt zu einem totalen Wirtschaftskrieg. Die psychologische Mobilisierung der Gesellschaften mit Appellen an die angebliche nationale und soziale Überlegenheit, die Zeichnung von Kriegsanleihen, die Militarisierung der Arbeiter in den kriegswichtigen Betrieben (vor allem in Prag, Pilsen, Reichenberg, Aussig, Brünn, Trebitsch/Třebíč, Zwittau/Svitavy, Mährisch-Ostrau/Witkowitz, Zlín, Steyr, Kapfenberg, Hirtenberg, Wöllersdorf, Wiener Arsenal, Triest, Budapest/Csepel und Pécs) und wei-

<sup>169</sup> CLARK 2013, 709–718; BRIDGE 1989, 339–342; MÄRZ 1981, 108f.; RUMPLER 1989, 82–86; ŠEDIVÝ 2001, 29–38; SOUTOU 2005, 745–748; RAUCHENSTEINER 2013, 22–48, 68–81 u. 93–129; STRACHAN 2016; AFFLERBACH 2016, 658; MOLL 2016, 189–202; MADERTHANER / PFOSE 2016; CORNWALL 2016, 399: „Am 31. Juli versicherte der Bürgermeister Prags, Karel Groš, den Statthalter Böhmens, Franz Fürst von Thun-Hohenstein, der Loyalität der Bürger seiner Stadt dem Kaiser gegenüber. Am 84. Geburtstag Franz Josephs, dem 18. August 1914, war die Stadt mit den Fahnen des Kaisertums und der Provinzen beflaggt, Schaufenster mit den Büsten des Monarchen geschmückt, und nach dem Besuch der Messe in der Teyn-Kirche gab Groš erneut eine Treueerklärung ab.“

teren Bereichen der Gesellschaft, die verstärkte Heranziehung von Frauen und Mädchen für die Kriegswirtschaft, im Verkehrswesen und im Sanitätsdienst, Zensur, Rede- und Versammlungsverbote (kontrolliert durch das Kriegsüberwachungsamt), die zunehmende Verknappung von Lebensmitteln und Konsumgütern, das Getreidemonopol, Mehl-, Brot-, Zucker-, Fett-, Kartoffel-, Butter-, Eier-, Fleisch- und Kaffeemarken sowie Kleiderbezugschein, das rasante Ansteigen der Preise, Inflation, Spekulationsgeschäfte ungeahnten Ausmaßes, halbleere Geschäfte und Schwarzmarkt, die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, vermehrte Hungerkrisen, Kohlemangel, Streiks und Meutereien, schließlich Massendemonstrationen für den Frieden steuerten auf den Zerfall des habsburgischen Imperiums zu. Freilich: In Böhmen gab es zwischen 1914 und 1918 nur relativ geringe Ernterückgänge bei Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Klee, Zuckerrüben, Kartoffeln und Flachs. „Die Tragödie der Erschöpfung war [auch, A. S.] eine Tragödie unzureichender Logistik und nicht unzureichender Kapazitäten.“ So wurde um die Verteilung der Lebensmittel nach dem Ausfall von Galizien zunehmend zwischen Ungarn und den österreichischen bzw. böhmischen Ländern gerungen.<sup>170</sup>

Mit der Einschränkung wesentlicher Bürgerrechte (Recht der freien Meinungsäußerung, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Briefgeheimnis, Hausrecht) und dem Aufbau eines Kriegsabsolutismus durch Ausdehnung der innenpolitischen Befugnisse des Armeekommandos begannen auch die bisherige politische Kultur und der moralische Habitus der Vorkriegsgesellschaft zu bersten, begannen sich die bisherigen Hierarchien im öffentlichen wie im privaten Bereich aufzulösen. Patriotische Leitartikel von Friedrich Funder in der christlichsozialen „Reichspost“ und von Friedrich Austerlitz in der sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“ zeigten immer weniger Wirkung. Die staatliche Verwaltung wie auch die kommunalen Verwaltungen (besonders jene Wiens und Prags), die für die Rationierung der Lebensmittel, für die restriktive Wohnpolitik und die Reduzierung der sozialen Dienste zuständig waren, gerieten immer stärker ins Kreuzfeuer nationalistischer Erwartungen. Dass einige Mitglieder der neuen Kontrollkommissionen für das Rationierungssystem, der sogenannten „Zentralen“, reiche jüdische Kaufleute und Bankiers waren, schürte neuen Antisemitismus, der bereits schwere rassistische Verunglimpfung der angeblichen „Kriegsgewinnler“ beinhaltete. Als auch die ungarischen

<sup>170</sup> STEVENSON 2004; RAUCHENSTEINER 2013, 427–441; URBAN 1994, Bd. I, 840–848; SANDGRUBER 1995, 319–332; ŠEDIVÝ 2001, 50–59, 225–243 u. 334f.; BRUCKMÜLLER 2001, 354–365; RAUCHENSTEINER 2016, 55; ROZENBLIT 2016, 897–899; WEGS 1979. Im Jahre 1917 erließ die österreichische Regierung eine Mietrechts-Notverordnung mit Zinsstopp und Kündigungsschutz, die weit über 1918 hinaus in Kraft blieb. – HOFMEISTER 1987, 93.

Lieferungen an Getreide, Fleisch und Milchprodukten zurückgingen, kam als neues Feindbild Budapest hinzu. Militärische Beschaffungsagenturen kauften riesige Mengen an Konsumgütern ohne effektive Koordination mit ihren zivilen Entsprechungen auf heimischen Großhandelsmärkten. Dies führte auch zur Zerrüttung der Konsumgüterindustrie und des konventionellen Detailhandels. So musste die Regierung die sozialdemokratischen Einkaufskooperativen und Hunderte Kriegsküchen akzeptieren. Andererseits waren die christlichsozialen Handwerker und kleinen Ladeninhaber besonders von den Verknappungen bei Holz, Textilien und Leder betroffen. Trotz „Kriegszulagen“ für Beamte und Gemeindebedienstete litten deren fixe Gehälter besonders an der fortschreitenden Inflation. Als Friedrich Adler, der Sohn des sozialdemokratischen Parteigründers, im Oktober 1916 den Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh erschoss, wurde er dafür nicht nur zum Tode verurteilt (und später amnestiert), sondern auch „der Held des Tages“, „der Mann des Volkes“.<sup>171</sup>

Die tatsächlich bezahlten Kriegsausgaben der beiden Reichshälften dürften von Juli 1914 bis Oktober 1918 knapp 81 Milliarden (Papier-) Kronen betragen haben. Davon entfielen etwa 68,9 Milliarden Kronen auf den gemeinsamen Aufwand für die „mobilisierte bewaffnete Macht“, wozu Österreich mit 43,9 Milliarden und Ungarn mit 25 Milliarden Kronen beitrugen. Darüber hinaus bezahlte die österreichische Regierung bereits während des Krieges Unterhaltsbeiträge an Familien von Soldaten sowie an Invalide in der Höhe von etwa 8,3 Milliarden Kronen, die ungarische Regierung etwa 3,8 Milliarden Kronen. Schließlich gab es noch Lieferungen in Höhe von 8,6 Milliarden Kronen, die die Kriegsverwaltung bis zum Ende des Krieges nicht bezahlte. Rund zwei Fünftel der Kriegskosten wurden durch Darlehen der Österreichisch-Ungarischen Bank an die beiden Regierungen aufgebracht, die übrigen drei Fünftel durch Kriegsanleihen, acht Anleihen seitens der österreichischen Finanzverwaltung (mit einem Gesamterlös von rund 33 Milliarden Kronen), 17 seitens der ungarischen (mit einem Gesamterlös von rund 18 Milliarden Kronen). Zwar wurde niemand zur Zeichnung von Kriegsanleihen gezwungen, aber die patriotische Propaganda und der moralische Druck nahmen im Verlauf des Krieges zu, etwa durch Veröffentlichung der Namen jener Privatpersonen, Institutionen und Wirtschaftsbetriebe, die mindestens eine Million Kronen gezeichnet hatten, in den Zeitungen. Dennoch gab es bei der Zeichnung der Kriegsanleihen deutliche nationale und regionale Unterschiede: Von

---

<sup>171</sup> BOYER 2010, 361–384; MOLL 2016, 201–206; SCHEER 2016; SCHMIED-KOWARZIK 2016; vgl. LOEWENFELD-RUSS 1926. Die Volkszählung von 1910 hatte nach der Konfession für Niederösterreich (inkl. Wien) 184.779, für Böhmen 85.826, für Mähren 41.158 und für Schlesien 13.442 Juden ausgewiesen, wobei etwa 50 % der jüdischen Männer in Handel und Verkehr tätig waren. – LICHTBLAU 2006, 474–480.

den nominell etwa 33 Milliarden Kronen, die in Cisleithanien gezeichnet wurden, entfielen etwa 24 Milliarden auf die österreichischen Länder, so (nach Höhe der Zeichnung der ersten bis siebten Kriegsanleihe) auf die Böhlerwerke in Kapfenberg, die Österreichische Leinen- und Baumwoll-Industriegesellschaft für Heeresausrüstung in Wien, die Viktualienfirma Wetzler in Wien, die Österreichische Waffenfabriksgesellschaft in Steyr, die Österreichische Lederindustriegesellschaft für Heeresrüstung in Wien, die Hirtenberger Patronen- und Zündhütchenfabrik, die Vereinigten Jutefabriken in Wien, die Berndorfer Metallwarenfabrik, die Textilwaren Klinger in Wien, die Österreichischen Mannesmann-Röhrenwerke in Wien, die Enzesfelder Munitionswerke und die Österreichische Tuchlieferungsgesellschaft in Wien. Im Vergleich dazu standen die böhmischen Länder zurück, wo lediglich drei Unternehmen mehr als 20 Millionen Kronen gezeichnet hatten: die Škodawerke in Pilsen, der Zentralverband der tschechischen Wirtschaftsgenossenschaften (Ústřední svaz českých hospodářských společenstev) und die Witkowitz Bergbau-Gesellschaft. Bis 1918 rückten auch die Böhmisches Landwirtschaftliche Viehverwertungs GmbH in Prag und die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in Wien im „Ranking“ nach vorne. Nach einer vom Reichsverband deutscher Sparkassen in Cisleithanien zusammengestellten Übersicht über die Sparkassenzeichnungen bei der ersten Kriegsanleihe im November 1914 zeichneten die deutschen Sparkassen 471 Millionen, die tschechischen jedoch nur 28 Millionen, die italienischen 2,7 und die slowenisch-kroatischen 1,1 Millionen Kronen. Auffallend war auch die deutlich höhere Zeichnung der tschechischen Sparkassen in Mähren gegenüber jenen in Böhmen. Vergleichbar große Unterschiede gab es auch zwischen dem Engagement der Wiener Großbanken und den führenden tschechischen Banken. Bernard Michel zeigte auf der Grundlage von Akten und der Anklageschrift gegen führende Funktionäre der Živnostenská banka, vor allem gegen den stellvertretenden Generaldirektor Jaroslav Preiss, dass diese die österreichischen Kriegsanleihen von Beginn an boykottierten. Preiss warnte nicht nur einige Großaktionäre, sondern forderte in Zeitungsartikeln 1915 die Konzentration der tschechischen Finanzkraft und Liquidität in Böhmen, um für die Zeit nach dem Krieg gerüstet zu sein. Karel Pichlík argumentierte gegen Michel, dass Preiss auch Angst vor der Perspektive einer Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn gehabt habe. Als Preiss im Juni 1916 verhaftet wurde, bemühte sich seine Bank durch eine erfolgreiche Subskription der fünften Kriegsanleihe, Loyalität zu demonstrieren. Dennoch wurde im Februar 1917 gegen Preiss Anklage wegen Hochverrats erhoben, die erst mit der allgemeinen Amnestie Kaiser Karls im Juli 1917 fallengelassen wurde. Der nunmehr

zum Generaldirektor der Živnobank ernannte Preiss verkaufte noch im Verlauf des Jahres 1918 den Großteil ihrer Kriegsanleihen.<sup>172</sup>

Eine seltsame Mischung aus Beklommenheit, Befürchtungen, Neugier, patriotischer Begeisterung und natürlicher Unwissenheit bestimmte auch die gesellschaftliche Atmosphäre in den böhmischen und österreichischen Ländern. Nach dem Militärstatistischen Jahrbuch für das Jahr 1910 hatte es unter den aktiven Mannschaften und den Reservisten 245.046 Tschechen, „Mährer“ (= überwiegend mährische Tschechen) und Slowaken gegeben, d. h. 16,5% der im Kriegsfall aufzubietenden k. u. k. Armee. Unter den Berufsoffizieren dürften die Tschechen etwa 8% ausgemacht haben, unter den Reserveoffizieren knapp 10%. Dass auch noch 1914 die überwiegende Mehrheit der Tschechen für die Aufrechterhaltung der Habsburgermonarchie eintrat, zeigen am deutlichsten die ziemlich problemlose Mobilisierung der tschechischen Regimenter und das – abgesehen von einigen behaupteten Desertionen an der Karpatenfront 1915 und bei Zborów/Zboriv 1917 – überwiegende Ausharren im Verband der k. u. k. Armee bis zum bitteren Ende am 3. November 1918. Der Großkrieg gegen die serbischen und russischen „Brüder“ war bei den Tschechen von Beginn an nicht populär, dennoch wurden viele tschechische Regimenter in Galizien und am Balkan ab Mai 1915 auch gegen Italien eingesetzt. Die verheerenden Niederlagen in Galizien und Serbien im Herbst 1914 machten aber bald deutlich, dass die habsburgischen Armeen auf deutsche Waffenhilfe angewiesen waren: im Winter 1914/15 wie im Sommer 1916 in Galizien und der Bukowina, im Herbst 1915 gegen Serbien, im Herbst 1916 gegen Rumänien und im Herbst 1917 am Isonzo. Schon am 7. September 1916 – zehn Tage nach der Kriegserklärung Rumäniens – hatte Kaiser Franz Joseph in die Forderung österreichisch-ungarischer wie deutscher Generäle und Politiker nach Bildung einer „Gemeinsamen Obersten Kriegsleitung“ eingewilligt, was einer Entmachtung des k. u. k. Armeekommandos und des Generalstabschefs Conrad gleichkam. Das bedeutete, „dass in letzter Konsequenz nur mehr der Deutsche Kaiser über Fortsetzung oder Beendigung des Krieges entschied, über Waffenstillstand oder Sonderfrieden und die damit verbundenen Folgen“ (Manfried Rauchensteiner). Dies vertiefte den Zweibund zu einem „Schicksalsbündnis“ und untermauerte die Vision eines deutschen „Mitteleuropa“. Schon am 23. Dezember 1915 hatte eine Deputation von Professoren der Universität Wien dem k. k. Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern, dem Unterrichts- und dem Handelsminister sowie dem k. u. k. Minister des Äußern eine von 855 deutschen Hoch-

<sup>172</sup> WINKELBAUER 2004, 375–394; RAUCHENSTEINER 2013, 575–601; MICHEL 1968. Die Israelitische Kultusgemeinde von Wien zeichnete für jede der acht Kriegsanleihen jeweils 500.000 Kronen, die wesentlich kleinere jüdische Gemeinde Prags wendete jeweils zwischen 150.000 und 250.000 Kronen auf. – ROZENBLIT 2016, 898.

schullehrern Österreichs unterzeichnete Erklärung vorgelegt, die einen „engen Zusammenschluss Österreich-Ungarns mit dem Deutschen Reich und gemeinschaftliches Auftreten nach außen“ forderte. Zugleich war sich die deutsche Führung „zu jedem Zeitpunkt der Tatsache bewusst, dass sie die Habsburgermonarchie brauchte und ohne sie den Krieg nicht gewinnen konnte“. Im Übrigen galt der einheitliche Oberbefehl der Zentralmächte auch für das Osmanische Reich und Bulgarien.<sup>173</sup>

Tschechische Politik und Gesellschaft teilten sich in eine loyale und eine antihabsburgische Richtung. Der Krieg wirkte auf die nationale Gemeinschaft eher zersetzend als solidarisierend. Die immer offenere militärbürokratische Diktatur – vor allem nach dem Rücktritt des böhmischen Statthalters Franz Graf Thun im März 1915 – schritt energisch gegen die ersten Proteste der Bevölkerung und Hungerdemonstrationen ein. Schon vor Jahresende 1914 gab es in Böhmen und Mähren 130 Verurteilungen wegen „hochverräterischer und aufwieglerischer Reden“, sogar 25 Todesurteile. Weniger bekannt wurde die Aufstellung eines Hus-Denkmal auf dem Altstädter Ring am 500. Jahrestag seiner Hinrichtung am 6. Juli 1915; die österreichische Regierung verbot lediglich größere Feiern und Ansprachen.<sup>174</sup> Im selben Jahr 1915 wurden allerdings die tschechischen Abgeordneten Karel Kramář und Alois Rašín wegen angeblichen Hochverrats und Spionage verhaftet, vor dem Landwehr-Divisionsgericht in Wien angeklagt und am 3. Juni 1916 zum Tode verurteilt. Der neue Kaiser Karl I. wandelte die Todesstrafen sofort in Gefängnisstrafen um und erließ am 10. Juli 1917 für 719 inhaftierte Tschechen eine Amnestie. Dennoch erschien den Sozialdemokraten (unter Führung von Bohumír Šmeral), der Agrarpartei (unter Führung von Antonín Švehla) und den katholischen Parteien (unter Führung von Jan Šrámek) die Zerschlagung der Donaumonarchie nach wie vor wenig logisch.<sup>175</sup>

<sup>173</sup> ŠEDIVÝ 2001, 64–70, 83f. u. 120f.; DEÁK 1995, 216–223 u. 288; JEŘÁBEK 2016, 211–269; MUSNER 2016; LEIN 2011a; RUMPLER 2011, 119; HEER 1981, 376; KOVÁČ 2008, 30–36; RAUCHENSTEINER 2013, 565–574; AFFLERBACH 2016, 661; HÖBELT 2016, 1024–1042. Das im Herbst 1915 von Friedrich NAUMANN in Berlin veröffentlichte Buch „Mitteleuropa“ skizzierte ein deutsches Wirtschaftsimperium von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer, also unter Einschluss Österreich-Ungarns. Die Meinungen unter den österreichischen Ökonomen waren geteilt, ebenso unter den Industriellen, wobei bei der Zustimmung ein West-Ost-Gefälle feststellbar war. Unter dem Druck der immer schwerwiegenden Kriegsfolgen wurde im Sommer 1918 ein Zoll- und Handelsbündnis mit dem Deutschen Reich ausgehandelt, das am 11. Oktober 1918 unterzeichnet wurde. – SANDGRUBER 1995, 317f.; RESS 2016, 1144f.

<sup>174</sup> SAYER 1998, 158f.; WISKEMANN 1938, 70; SUPPAN 2014, Bd. 1, 190f.

<sup>175</sup> REDLICH 2011, Bd. II, 121–124 u. 170f.; KALVODA 1986, 36; URBAN 1994, Bd. I, 853; ŠEDIVÝ 2001, 195–202 u. 309.

Aber schon im Herbst 1914 hatte sich der ins westliche Exil gegangene Philosophieprofessor der Prager Universität Tomáš Garrigue Masaryk gegen den Fortbestand Österreich-Ungarns entschieden und suchte ab Frühjahr 1915 mit Hilfe der britischen Publizisten Robert William Seton-Watson und Henry Wickham Steed in Großbritannien Verbündete für eine internationale Lösung der tschechischen (und slowakischen) Frage. So sandte er schon im Mai 1915 die Propagandaschrift „Independent Bohemia“ an den britischen Außenminister Sir Edward Grey und scheute sich nicht, einerseits das Nationalitätenprinzip zu vertreten, andererseits mit Betonung des historischen Staatsrechts Böhmens die Einbeziehung der böhmischen, mährischen und schlesischen Deutschen in einen künftigen tschechoslowakischen Staat zu verlangen. Im Februar 1916 bildete er mit Josef Dürich, Edvard Beneš und dem slowakischen Offizier in französischen Diensten Milan R. Štefánik einen „Tschechoslowakischen Nationalrat“. Er sah im Weltkrieg – durchaus einseitig, wenn man an den Ententeverbündeten Russland denkt – einen großen Konflikt zwischen dem modernen demokratischen und republikanischen Prinzip auf der einen Seite und dem alten monarchischen und aristokratischen Prinzip auf der anderen Seite. Im Übrigen stellte Masaryk der habsburgischen „katholischen Theokratie“ eine angebliche tschechische „protestantische Demokratie“ gegenüber. Schließlich könne nur die Zerstörung Österreich-Ungarns die deutsche imperialistische Expansion über den Balkan bis Bagdad aufhalten. Daher formulierte Masaryk bereits am 3. November 1916 in London: „Der Feind ist Österreich, weg von Österreich!“<sup>176</sup> – Im inhaltlichen Gegensatz zu Masaryk und Beneš veröffentlichte der tschechische Reichsratsabgeordnete Zdeněk Tobolka im Juli 1916 den Sammelband „Das böhmische Volk“ (gemeint war das tschechische Volk!), der die „nicht-böhmische Öffentlichkeit in objektiver Weise über das böhmische Volk und die Hauptrichtungen seiner Kultur belehren“ sollte. Bezeichnenderweise wurde der Sammelband nach Kriegsende sofort aus dem Buchhandel genommen.<sup>177</sup>

Schon in der „Osterbegehrrschrift“ 1916 hatten hingegen die deutschen Parteien Österreichs eine definitive Lösung der „tschechischen Frage“ verlangt: Teilung der böhmischen Länder in einen tschechischen Teil mit tschechischer und deutscher Amtssprache sowie einen deutschen Teil mit ausschließlich deutscher Amtssprache; Zollunion mit Deutschland; Sonderstatut für Galizien, Bukowina und Dalmatien, um den deutschen Abgeordneten eine absolute Mehrheit im Wiener Parlament zu sichern. Der „Tschechische Bund“ (Český svaz), dem die große Mehrheit der tschechi-

<sup>176</sup> URBAN 1994, Bd. I, 855–881; HADLER 1995, 366; KALVODA 1986, 72 u. 79; SUPPAN 2014, Bd. 1, 193f.

<sup>177</sup> KŘEN 2000, 341f.; ŠEDIVÝ 2001, 177–184; André LIEBICH: No Self-Determination without Justification. In: IWM-Post, H. 117 (2016), 15f.

schen Reichsratsabgeordneten beitrug, blieb programmatisch noch bei einer proösterreichischen Haltung. Die Ententestaaten formulierten aber im Jänner 1917 unter ihren Kriegszielen bereits „die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen und Tschechoslowaken [!] von fremder Vorherrschaft“. Und in Russland wurden nach der Februarrevolution 1917 tschechische und slowakische Kriegsgefangene zu einer Legion zusammengefasst, Anfang Juli 1917 in Ostgalizien (Zborów/Zboriv) sogar gegen die eigene Armee eingesetzt. Immerhin waren in dieser Tschechoslowakischen Legion bald über 70.000 Mann mobilisiert, die 1918/19 in den Wirren des Russischen Bürgerkrieges noch eine bedeutende Rolle gegen die Rote Armee in Westsibirien spielen sollten. Als sich Präsident Masaryk und Professor Redlich, ehemals Kollegen im Wiener Reichsrat, Mitte Juli 1919 auf dem Liechtenstein'schen Schloss Koloděj östlich von Prag wiedersahen, räumte der Gastgeber unumwunden ein: „Erst die Organisation einer tschechoslowakischen Armee in Russland und Gefechte gegen die Bolševiki und die Deutschen hätten die Amerikaner und Japaner auf die Tschechoslowakei aufmerksam gemacht.“<sup>178</sup>

Erst im Verlauf der beiden letzten Kriegsjahre begannen sich die tschechischen Eliten in der Heimat von Österreich-Ungarn abzuwenden, nicht zuletzt aufgrund der verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Kriegsfolgen, der geringen Reformbereitschaft der Regierungskreise in Wien und Budapest und der zunehmenden Abhängigkeit der Habsburgermonarchie vom Deutschen Reich. Am 30. Mai 1917 verlangte der „Tschechische Bund“ im wiedereröffneten Reichsrat vorerst „die Umgestaltung der habsburgisch-lothringischen Monarchie in einen Bundesstaat freier und gleichberechtigter Nationalstaaten“ und „die Vereinigung aller Stämme des tschechoslowakischen Volkes in einen demokratischen böhmischen Staat“. 83 deutschnationale Abgeordnete brachten hingegen am 5. Dezember 1917 eine Anfrage an den Ministerpräsidenten Ernst Ritter von Seidler ein, in der sie unter dem Titel „Das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg“ allerlei Zeitungsartikel, Reden, Broschüren und Meldungen der Militärbehörden zusammenstellten, um „staatsfeindliches Verhalten“ im In- und Ausland unter Beweis zu stellen. Die Forderungen der Oktoberrevolution – vor allem nach einem Friedensschluss „ohne Annexionen und Kontributionen“ – fanden auch in den böhmischen und österreichischen Ländern ihren Widerhall. So meldeten die tschechischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten am 6. Jänner 1918 in ihrer „Drei-Königs-Deklaration“ ihren Anspruch auf nationale Selbstbestimmung an. Aber US-Präsident Woodrow Wilson blieb in seinen 14 Punkten noch bei der Forderung nach Autonomie für die Völker Österreich-Ungarns, obwohl Washington

<sup>178</sup> REDLICH 2011, Bd. II, 509–512; URBAN 1994, Bd. I, 876–878; ŠEDIVÝ 2001, 310–312; RAUCHENSTEINER 2013, 779–787; LEIN 2011a.

im Dezember 1917 auch Wien den Krieg erklärt hatte. Der Friedensvertrag von Brest-Litovsk zwischen den Mittelmächten und Sowjetrußland vom 3. März 1918 vermittelte auch den Alliierten, wie ein Friedensdiktat der Deutschen Obersten Heeresleitung aussehen konnte. Rußland musste nicht nur alle westlichen „Ränder“ (mit überwiegend nicht-russischer Bevölkerung) von Finnland über das Baltikum, Weißrußland, die Ukraine und die Krim bis Transkaukasien abtreten, sondern verlor auch ein Drittel seiner Bevölkerung sowie mehr als die Hälfte seiner Schwerindustrie und Kohleproduktion. Nach der Sixtus-Affäre im April 1918 – der französische Ministerpräsident Clemenceau machte die Friedensfühler von Kaiser Karl bewusst öffentlich –, die zu einem nicht wiedergutzumachenden Prestigeverlust des österreichischen Kaisers geführt hatte, musste dieser zu einem „Canossa-Gang“ ins deutsche Hauptquartier nach Spa reisen und neuen Wirtschafts- und Militärvereinbarungen zustimmen. Dieser weitere Schulterschluss zwischen den Mittelmächten veranlasste nun die Ententestaaten ab Ende Juni 1918, dem Verlangen des tschechoslowakischen Volkes nach Selbständigkeit zuzustimmen, zuerst seitens der französischen, dann der britischen, schließlich der US-Regierung. Der US Secretary of State Robert Lansing verlangte sogar die Auflösung des habsburgischen Imperiums.<sup>179</sup>

Als im letzten Kriegsjahr auch in den böhmischen und österreichischen Ländern Streiks und Heimkehrermeutereien zunahmen, verlegte das Armeeoberkommando sogar Feldtruppen von der Ostfront ins Hinterland, vor allem in die Umgebung von Wien, Graz, Prag, Pilsen und Mährisch-Ostrau. Bei einer Besprechung deutschböhmischer Mitglieder des Abgeordneten- und Herrenhauses Ende April 1918 äußerte der ehemalige Minister Karl Urban die Befürchtung einer „latenten Revolutionsgefahr“ wegen der Ernährungslage. Und der Reichenberger Fabrikant Wilhelm Ginzkey beschrieb die Stimmung in Nordböhmen so, dass die Leute einfach zu Deutschland gehen wollten. Handelsminister Friedrich von Wieser brachte die Stimmung nach der Sixtus-Affäre so auf den Punkt: „Das dynastische Gefühl bei den Deutschen ist schwer angegriffen. Dagegen helfen unsere Zugeständnisse an die Abgeordneten nicht.“ Ministerpräsident Seidler versuchte noch mit dem Oktroy einer Kreisverordnung für Böhmen – ab 1. Jänner 1919 sollte es acht tschechische Kreise (Časlav, Jičín, Hradec Králove, Plzeň, Písek, Praha, Praha okolí, Tábor), vier deutsche (Eger,

<sup>179</sup> BRIDGE 1989, 361–364; KŘEN 2000, 350–355; URBAN 1994, Bd. I, 879–912; SOUBIGOU 2002, 246–258; KOVÁČ 2008, 231–241; STEVENSON 2012, 394f.; SUPPAN 2014, Bd. 1, 200–204; HÖBELT 2016, 1064–1081. Die Heimkehr von Hunderttausenden Kriegsgefangenen aus russischer Kriegsgefangenschaft brachte keine Verstärkung der k. u. k. Armee, sondern initiierte eine Reihe von Heimkehrermeutereien im Hinterland. – PLASCHKA u. a. 1974, Bd. I, 278–400; SCHMIDL 2016, 363–379.

Leitmeritz, Reichenberg, Trautenau) und einen gemischten (Budweis) geben – gegenzusteuern, verschärfte aber nur die Agitation der Tschechen zugunsten ihrer Unabhängigkeit und die der Deutschen zugunsten des „deutschen Kurses“. – Ende September 1918 berichtete der Statthalter von Böhmen, Maximilian Graf Coudenhove, nach Wien, dass die Statthalterei für die Krankenhäuser, Kriegsküchen und Gasanstalten über keine Kohlenvorräte mehr verfüge. Der Eisenbahnverkehr versage, da 20–40 % aller Lokomotiven nicht mehr betriebsfähig seien. Infolge dieses Lokomotivmangels könne aber die in Mährisch-Ostrau geförderte Kohle nicht mehr nach Wien befördert werden. Dazu trete Grippe epidemisch auf, sodass an manchen Tagen im westböhmisches Revier 20 % und mehr der Belegschaft infolge Grippeerkrankung der Arbeit fernblieben. Infolge des Hungers und der Krankheiten sinke die Geburtenzahl und erreiche in den nördlichen Industriegebieten Böhmens nur mehr ein Sechstel der normalen Zahlen.<sup>180</sup>

Am 13. Juli 1918 bildeten die tschechischen Parteien einen „Nationalausschuss“ (Národní výbor), der in seinem Programm klar und deutlich die Forderung nach dem „Recht auf Selbstbestimmung in einem völlig unabhängigen Tschechoslowakischen Staat mit seiner eigenen Verwaltung innerhalb seiner eigenen Grenzen und unter seiner eigenen Souveränität“ erhob. Der Quai d’Orsay hatte schon am 29. Juni 1918 den „Tschechoslowakischen Nationalrat“ (Czecho-Slovak National Council) zur Grundlage einer künftigen Regierung erklärt und die britische Regierung am 9. August diesen Nationalrat als „the supreme organ of the Czecho-Slovak national interests“ anerkannt, mit dem Recht „to exercise supreme authority“ über die tschechoslowakische kriegführende Armee.<sup>181</sup>

Ein Abgeordneter der tschechischen Agrarier, der römisch-katholische Geistliche Isidor Zahradník – er sollte am 28. Oktober die erste Rede auf den Stufen des Wenzelsdenkmals halten –, rechnete bereits am 23. Juli 1918 im österreichischen Reichsrat mit dem „deutschen System“ in Österreich ab:

Schließlich und endlich haben sich die Leute gedacht: ich bin auch ein Mensch und habe auch gewisse Rechte; ich opfere da für dieses Österreich mein Leben und dasselbe Österreich sperrt meine Leute ein, verfolgt meine Leute, dasselbe Österreich hängt sie auf. Entschuldigen Sie, meine Herren, aber alle diese moralischen, gesetzlichen und körperlichen Justizsanktionen, die man im Hinterlande erlebt hat, das ganze Regime des § 14 unter dem Grafen Stürgkh, das ganze deutsche System, das hier in Österreich herrschte, das war einer der stärksten Gründe, warum die Leute jedwede Lust zum Kriege verloren haben. Die Leute haben das Interesse an Österreich verloren, und sie haben die erste Gelegenheit ergriffen, um erstens ihr Leben als Menschen zu retten und zweitens um eben aus diesem Morast der

<sup>180</sup> PLASCHKA u. a. 1974, Bd. I, 44–57; OPOČENSKÝ 1931, 269f.; HÖBELT 2007, 50f.; ŠEDIVÝ 2016, 727–729; RUMPLER 2016c, 60–70.

<sup>181</sup> KALVODA 1986, 387–402; KŘEN 2000, 366f.

Ungerechtigkeiten heraus zu kommen. [...] Entweder ist Österreich nicht deutsch, [sondern, H. A.] österreichisch, oder es hat keine Existenzberechtigung. [...] In dem Augenblick, wo Seidler gesagt hat, hier in Österreich muss man mit den Deutschen regieren, [...] in dem Augenblicke, wo er aus Österreich einen deutschen Staat machte, hat er den Stab darüber gebrochen. [...] Ist es möglich, dass in Europa zwei deutsche Großstaaten nebeneinander bestehen können? Was versprechen Sie sich von dem 25jährigen Bündnis? Wirtschaftlich, politisch, militärisch werden sie ärger daran sein, als Bayern, lassen Sie sich das sagen, denn es ist ja naturgemäß, dass das starke, militärisch und wirtschaftlich entwickelte Deutschland Sie an sich ziehen wird wie ein großer Magnet. Sie werden nicht aufkommen können. Und derjenige, der [...] an diesem verhängnisvollen Bündnis arbeitet, arbeitet an dem Verderben Österreichs.<sup>182</sup>

Am 2. Oktober erklärte ein weiterer Abgeordneter der tschechischen Agrarpartei, František Staněk, im Reichsrat: „die deutsche und magyarische Hegemonie und Gewaltherrschaft, die uns so lange niedergedrückt haben, [befinden] sich bereits im Verfall. [...] Wir aber wollen frei sein von dem Schmutz der österreichisch-ungarischen Nationalitätenpolitik“. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat – zu dem auch viele Abgeordnete aus Nordböhmen, Nordmähren und Österreichisch-Schlesien gehörten – appellierte am nächsten Tag an die deutsch-bürgerlichen Parteien, aber auch an die verschiedenen Nationalitäten:

Wir erkennen das Recht der slawischen [und romanischen] Nationen an, ihre eigenen Nationalstaaten zu bilden; wir lehnen aber unbedingt und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten ab. Wir verlangen, dass alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutsch-österreichischen Staat vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Österreichs und zum Deutschen Reiche nach seinen eigenen Bedürfnissen regeln soll.<sup>183</sup>

Am 16. Oktober 1918 versuchte Kaiser Karl mit seinem „Völkermanifest“ sowohl auf die Forderungen Wilsons als auch auf die der Nationalitäten einzugehen und akzeptierte, dass jeder „Volksstamm“ auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Gemeinwesen bilde, freilich noch in einem „Bundesstaat“ Österreich zusammengefasst. Doch die Nationalräte in Prag und Zagreb lehnten ab, die ungarische Regierung wollte – in völliger Verkennung der innen- wie außenpolitischen Lage – die Integrität der Länder der ungarischen Krone in keiner Weise berührt sehen. Wilson aber sah sich am 18. Oktober nicht mehr in der Lage, mit Wien Waffenstillstandsverhandlungen auf der Basis seiner 14 Punkte aufzunehmen, und Masaryk veröffentlichte am selben Tag in Washington eine „Unabhängigkeitserklärung“ des Tschechoslowakischen Nationalrates. Daher traten am

<sup>182</sup> Stenographisches Protokoll der Geheimen Sitzung des Abgeordnetenhauses des Reichsrates vom 23. Juli 1918 (Wien 1918), 102f.; zit. n. AFFLERBACH 2016, 673.

<sup>183</sup> RENNER 1938, 13; BOYER 2010, 403f.

21. Oktober sämtliche Reichsratsabgeordneten aller deutschen Wahlbezirke – 111 Deutschnationale, 70 Christlichsoziale und 39 Sozialdemokraten, die 1911 zwischen Friedland/Frýdlant in Nordböhmen und der Gottschee/Kočevsko in Krain sowie zwischen Feldkirch und Bielitz/Bielsko gewählt worden waren – im Sitzungssaal des Niederösterreichischen Landtages in der Wiener Herrengasse zusammen und konstituierten sich als Provisorische Nationalversammlung des selbständigen Staates „Deutschösterreich“. Unter dem Eindruck der Auflösungserscheinungen unter den k. u. k. Truppen an der Südwest-Front und am Balkan akzeptierte der letzte österreichisch-ungarische Außenminister, Gyula Graf Andrassy, alle Bedingungen Wilsons. Diese Andrassy-Note stellte am 28. Oktober für den Nationalausschuss in Prag das Signal dar, unter dem Druck von Massendemonstrationen die Übergabe der politischen und militärischen Macht zu verlangen. Die erste Rede der vielen Reden des Tages hatte ein Abgeordneter der Agrarier gehalten, der römisch-katholische Priester Isidor Zahradník: „Für immer brechen wir die Fesseln, in denen uns die treubruchigen, fremden, unmoralischen Habsburger gemartert haben.“ Offiziere und Soldaten schlossen sich den Demonstrationen an. Der Nationalausschuss verlangte von der Statthalterei die Übergabe der Amtsgeschäfte, welcher der Ministerrat in Wien noch am 28. Oktober zustimmte. Als das Kriegsministerium das Militärkommando ermächtigte, mit dem Nationalausschuss „zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ in Verbindung zu treten, ging auch die militärische Macht in tschechische Hände über. Prag hatte sich binnen eines Tages von Wien getrennt. Zugleich war dieser Bruch des Herbstes 1918 „der radikalste, der tiefgreifendste in der langen Geschichte sich ändernder Österreich-Vorstellungen“.<sup>184</sup>

Als die k. u. k. Armee schließlich am 3. November 1918 in der Villa des Senators Giusti bei Padua/Padova kapitulieren musste und sich etwa 436.000 Mann ergaben (davon vermutlich 300.000 infolge des Intervalls zwischen den beiden unterschiedlichen Terminen des Inkrafttretens des Waffenstillstands), waren unter ihnen nur zwei Fünftel deutsche Österreicher; die übrigen drei Fünftel setzten sich aus 83.000 Tschechen und Slowaken, 61.000 Südslawen, 40.000 Polen, 32.000 Ukrainern, 25.000 Rumänen und sogar 7.000 Italienern zusammen – theoretisch die meisten bereits Alliierte der Entente. Die Kriegsverluste der Deutsch-Österreicher und Tschechen unterschieden sich zwar durch die hohe Einsatzbereitschaft der alpenländischen Regimenter sowie des Znaimer und Egerländer Re-

<sup>184</sup> KALVODA 1986, 418–428; OPOČENSKÝ 1931, 400–415; RENNER 1938, 34f.; PLASCHKA u. a. 1974, Bd. II, 143–175; STOURZH 1995, 289; ŠEDIVÝ 2001, 347–350; LEIN 2011b, 185–205; RESS 2016, 1160–1163. KÁRNÍK (2011, 162–167) spricht mit einiger Berechtigung sowohl von einem deutschösterreichischen als auch von einem tschechischen „Umsturz“.

giments, lagen aber im Durchschnitt keineswegs sehr weit auseinander. Denn auf je 1.000 Einwohner der deutschen Gebiete Mährens entfielen bis Ende 1917 44,4 Militärtote, auf dieselbe Einwohnermenge der deutschen Gebiete Böhmens 34,5, der deutschen Gebiete Österreichs 29,1, der tschechischen Gebiete Mährens 26,7 und der tschechischen Gebiete Böhmens 22,5. Das bedeutete, dass die 10 Millionen Deutsch-Österreicher etwa 290.000 (davon das heutige Österreich ungefähr 180.000), die 6,5 Millionen Tschechen etwa 170.000 Militärtote zu beklagen hatten. Auch im Vergleich zu den Verlusten der anderen Nationalitäten lagen die Tschechen über dem Durchschnitt, denn neben den Deutschen wurden sie lediglich von den Magyaren und Slowenen „übertroffen“, während Slowaken, Rumänen, Ukrainer, Serben, Kroaten, Italiener und Polen prozentuell weniger Gefallene und verstorbene Verwundete zu beklagen hatten. Damit erwies sich aber der angeblich kampfunwillige und desertionsbereite tschechische Soldat als Konstrukt sowohl der deutsch-nationalen Propaganda während des Krieges als auch der tschechisch-nationalen Propaganda in der Emigration. Der volkstümliche, letzten Endes aber anarchistische Roman von Jaroslav Hašek über den „braven Soldaten Švejk“ vermittelte ebenfalls ein falsches Bild, das freilich Weltruhm erlangte. Ebenfalls Weltruhm erlangte das dramatische Werk von Karl Kraus, dem jahrzehntelangen Herausgeber der „Fackel“: „Die letzten Tage der Menschheit“ (1922), in dem er auf der Basis von Exzerpten aus der Tagespresse die Verantwortungslosigkeit der Kriegführenden, die Perfidie der Kriegspropaganda und das Leid der betroffenen Soldaten und Zivilisten schonungslos bloßstellte. Franz Theodor Csokor wiederum ließ am „3. November 1918“ (1935) die kaiserliche und königliche Armee in ihre nationalen Bestandteile zerfallen, wodurch nun jeder Soldat Gefangener seiner Nation wurde.<sup>185</sup>

Der Erste Weltkrieg wurde zur prägenden Existenzerfahrung einer ganzen Generation, sowohl der überlebenden Soldaten als auch der Angehörigen der Gefallenen und Vermissten, der Kriegswitwen und Kriegswaisen (allein in der Republik Österreich etwa 270.000), der Verwundeten (etwa 220.000–230.000) und der Angehörigen der Ziviltoten (etwa 60.000). In Erinnerung blieben die Schützengräben in Galizien und am Piave, der Gebirgskrieg an der Drina, am Isonzo und in Südtirol, die Essensschlangen und Hungerwinter in den Großstädten, die vielen Streiks und Meutereien,

<sup>185</sup> DEÁK 1985; JOHNSTON 2006, 212–214; JEŘÁBEK 2016, 278–283; WINKLER 1927, 300–302. Zum Vergleich: Alle tschecho-slowakischen Legionäre zusammen verzeichneten 5.405 Menschenverluste. – ŠEDIVÝ 2001, 146–150. Im „Ranking“ der Goldenen Tapferkeitsmedaillen stand zwar das Kärntner IR 7 an der Spitze, gefolgt vom Südtiroler Landesschützenregiment III und vom bosnisch-herzegowinischen IR 1 (Banjaluka); das tschechische IR 11 (Pisek) stand jedoch an der achten, das deutsch-schlesische IR 1 (Troppau) an der elften und das südböhmische IR 91 (Budweis) an der 13. Stelle. – RAUCHENSTEINER 2013, 979.

nicht zuletzt die Grippeepidemie. Allein in Mähren starben im Jahr 1918 7.831 Personen an der „Spanischen Grippe“. Bei gut einem Zehntel der tschechischen Soldaten kamen noch die Erinnerungen als „Legionäre“ in Russland, Frankreich und Italien hinzu. Schon in den letzten Kriegsjahren waren infolge der Unterernährung in den größeren Städten der österreichischen und böhmischen Länder Tuberkulose, Rachitis und Kindersterblichkeit im Zunehmen. Clemens von Pirquets Untersuchungen des Gesundheitszustands von 114.947 Wiener Schulkindern, die er bald nach Kriegsende mit Unterstützung der American Relief Administration durchführte, enthüllten das wahre Ausmaß der medizinischen Katastrophe: Fast 80% der untersuchten Kinder waren stark unterernährt, viele davon am Rande einer akuten Erkrankung infolge chronischer Defizite.<sup>186</sup>

Die weitere Lebensfähigkeit der Habsburgermonarchie ist nach 1918 allgemein bezweifelt, nach 1945 vielleicht noch stärker verneint worden. Nach den unübersehbaren Schwierigkeiten der meisten Nachfolgestaaten in der Zwischenkriegszeit, nach der Unterwerfung Ostmittel- und Südosteuropas unter die Herrschaft Hitlers, dann unter die Herrschaft Stalins, kamen freilich seit den 1960er Jahren auch andere, positivere Stimmen für die Habsburgermonarchie zur Geltung, zuerst von Historikern aus den USA. In den Diskussionen zu allfälligen Überlebensmöglichkeiten der Habsburgermonarchie setzten manche retrospektiv auf einen Thronwechsel, andere auf die Erweiterung des Wahlrechts (auch für Frauen), wieder andere auf eine durchgehende Föderalisierung – entweder nach Ländergruppen oder nach nationalen Einheiten oder nach nationalen Kreisen. Der Zerfall Jugoslawiens, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei stellte das internationale politische System im östlichen und südöstlichen Europa von 1918 noch stärker in Frage. In jüngster Zeit wurden sogar Vergleiche zwischen der Habsburgermonarchie und der Europäischen Union angestellt. Fakt bleibt freilich, dass bis 1914 eine Reformunwilligkeit führender politischer Kreise vor allem in Wien und Budapest, aber auch in Prag, Lemberg und Zagreb mögliche Modernisierungen des politischen Systems blockierte. In der Katastrophe des Ersten Weltkrieges aber waren Reformen nicht mehr möglich, und die völlige personelle und materielle Erschöpfung machte auch den habsburgischen Gesamtstaat in Ostmitteleuropa obsolet. Die Habsburgermonarchie hatte 85% ihres Bruttoinlandsprodukts von 1913 für den schließlich verlorenen Weltkrieg ausgegeben. Die Folge der riesigen Kriegsbelastungen war eine schwere Verschuldung beider Teile der Monarchie und eine Geldentwertung, die Anfang der 1920er Jahre im ös-

---

<sup>186</sup> SANDGRUBER 1995, 333f.; ŠEDIVÝ 2001, 148f., 183f. u. 341; BOYER 2010, 385.

terreichischen und im ungarischen Nachfolgestaat zu einer Hyperinflation führte.<sup>187</sup>

## 6. Staatsgründung und Saint-Germain (1918/19)

Der am 21. Oktober in Wien konstituierte Staat „Deutschösterreich“ und der am 28. Oktober 1918 auf dem Prager Wenzelsplatz ausgerufenen Tschechoslowakische Staat standen sich von Beginn an misstrauisch, zum Teil ablehnend, jedenfalls missgünstig gegenüber. Der künftige tschechoslowakische Präsident Tomáš G. Masaryk – der von einer besonderen tschechischen humanistischen Mission überzeugt war und der angeblichen „theokratischen Autokratie“ der Habsburgermonarchie die „auf den Prinzipien der humanitären Moralität beruhende Demokratie“ der neuen Tschechoslowakei gegenüberstellte<sup>188</sup> – warnte schon am 31. Oktober seinen wichtigsten Mitstreiter in der Emigration, den späteren Außenminister Edvard Beneš:

Wir müssen alle Kräfte anspannen! Große Vorsicht – keine Schwäche, sondern unnachgiebig die vollkommene Selbständigkeit von den Habsburgern fordern. Gegen die Habsburger [ist] deren Unfähigkeit und unsere Sorge um die Nation hervorzuheben [...], gegenüber dem Deutschen Reich Unnachgiebigkeit, aber zu verstehen geben, dass man mit uns verhandeln kann, nicht [aber] mit den Österreichern und Habsburgern. [...] Sie sind degeneriert, unfähig [...]. Unsere Deutschen werden die Ohren hängen lassen, wenn sich Deutschland ergibt; auf dem hist.[orischen] Recht bestehen [...]. Es ist gerechter, 3 Millionen [Deutsche, A. S.] unterzuordnen, als dass 10 Millionen [Tschechen und Slowaken, A. S.] untergeordnet werden würden.<sup>189</sup>

<sup>187</sup> JÁSZI 1961; KANN 1964; STOURZH 1985; TAYLOR 1990; DEÁK 1990; LIEVEN 2000; ŠEDIVÝ 2001; KOVÁČ 2008; RUMPLER / SEGER 2010; RAUCHENSTEINER 2013, 1055–1061; RUMPLER 2016c; POGÁNY 2016, 594–596. Der Führer des linken Flügels der österreichischen Sozialdemokratie, der schon im September 1917 aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrte Reserveleutnant Otto Bauer, analysierte in seiner „Österreichischen Revolution“ am prägnantesten, wer die Hauptgeschädigten des Weltkrieges waren: „Es war das Altwiener Patriziat, es waren die führenden Schichten der österreichischen Intelligenz, es waren große Teile des mittleren und kleineren Bürgertums, die durch die Geldentwertung verelendet wurden. Sie waren die eigentlich herrschende Klasse der Habsburgermonarchie gewesen. Sie hatten der Habsburgermonarchie ihre Beamten, ihre Offiziere gestellt. Sie waren die Träger des österreichischen Patriotismus, der altösterreichischen Traditionen gewesen. Sie waren seit einem Jahrhundert die Träger der spezifisch österreichischen Kultur, der Wiener Literatur, der Wiener Musik, des Wiener Theaters gewesen. Sie waren die eigentlich Besiegten dieses Krieges. Es war ihr Reich, das im Oktober 1918 zusammengebrochen war. Und mit ihrem Reich hatten sie auch ihren Reichtum verloren.“ – BAUER 1923, 207.

<sup>188</sup> Vgl. MASARYK 1895; MASARYK 1933, 11.

<sup>189</sup> Masaryk an Beneš, Washington, 31. Oktober 1918. In: HADLER 1995, 537–539.

Die Einseitigkeit des ehemaligen österreichischen Professors Masaryk ist bestürzend, vor allem seine abschätzige Haltung gegenüber den Habsburgern und Österreich. Um das Zahlenverhältnis günstiger aussehen zu lassen, hatte Masaryk die Zahlen für Tschechen und Slowaken um knapp 20% erhöht, für die Deutschen um gut 10% gesenkt. Sogar die tschechoslowakische Volkszählung 1921 mit 8,819.663 Tschechen und Slowaken (= 64,8%) und 3,218.005 Deutschen (= 23,6%) bestätigte eher die Korrektheit der österreichischen und ungarischen Volkszählung von 1910. Erstaunlich ist auch Masaryks Bereitschaft, mit dem neuen Deutschland zu verhandeln. Diese Sorge (oder Angst) vor dem großen Nachbarn sollte eine durchgehende Haltung der tschechoslowakischen Politik bis zum Münchener Abkommen bleiben.<sup>190</sup>

Am 30. Oktober 1918 hatte die Provisorische Nationalversammlung in Wien an den amerikanischen Präsidenten Wilson appelliert:

Wir sind überzeugt, Herr Präsident, dass Sie nach sorgfältiger Prüfung dieser Fragen den von Ihnen verkündeten Grundsätzen entsprechend es ablehnen werden, 3 ½ Millionen Deutsche gegen ihren Willen dem tschechischen Staate zu unterwerfen und sie zu einem Verzweiflungskampfe gegen die ihnen drohende Fremdherrschaft zu zwingen. Das Zeitalter der Demokratie in Mitteleuropa kann nicht damit beginnen, dass ein Volk von 3 ½ Millionen Menschen unterworfen wird. Der dauernde Friede in Europa kann nicht dadurch begründet werden, dass in dem neuen tschecho-slowakischen Staate eine deutsche Irredenta geschaffen wird, deren ständige Hilferufe nach Berlin und Wien dringen und den Frieden in Europa gefährden würden [...].<sup>191</sup>

Ob es diplomatisch klug war, die Forderung nach Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes gleich mit einer Irredenta-Drohung zu verbinden, darf in Frage gestellt werden. Bereits eine Diskussion im deutschösterreichischen Staatsrat am 8. November 1918 zeigte die wirtschaftlichen Schwächen des neuen Österreich. Als der Staatssekretär für Volksernährung von der Forderung des tschechoslowakischen Staates berichtete, die gesamte Zuckerbewirtschaftung der böhmischen Länder – also auch in Deutschböhmen, Deutschmähren und Deutschschlesien – der in Prag neu errichteten Zuckerzentrale zu unterstellen, wollte der sozialdemokratische Staatskanzler Karl Renner, ein gebürtiger Südmährer, sofort der Presse mitteilen, „dass die Preisgabe so wichtiger Teile des deutschen Gebietes unter czechische Fremdherrschaft und die Aufopferung des Selbstbestimmungsrechtes unserer Nation nicht gerechtfertigt erscheint, durch Entbehrenen, die uns zeitweise auferlegt sind.“ Als freilich darauf hingewiesen wurde, dass die Tschechen auch bei der Kohlenversorgung eine ähnliche Bewirtschaftung

<sup>190</sup> Volkszählung 1921.

<sup>191</sup> Stenographisches Protokoll zur 2. Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich, Wien, 30. Oktober 1918. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 1/3.

beginnen könnten, obsiegt im Staatsrat der Versorgungsgedanke und die Absicht, mit den Tschechen eine Zuckervereinbarung zu treffen. Renner sah zwar die Gefahr der „Niederlage für immerwährende Zeiten“, da der Friedenskongress feststellen werde, die Ende Oktober 1918 ausgerufenen Provinzen Deutschböhmen (Reichenberg), Sudetenland (Troppau), Böhmerwaldgau (Krumau) und Südmähren (Znaim) seien in den Augen der Ententepolitiker nur als Teile des tschechischen Staates zu verwalten, musste aber das vorrangige Interesse der Versorgung der deutschösterreichischen Bevölkerung akzeptieren.<sup>192</sup>

In einer weiteren Note an den Präsidenten Wilson notifizierte der Staatsrat die am 12. November vorgenommene Bildung einer deutschösterreichischen Republik<sup>193</sup> bestehend aus einem Volk von 9,7 Millionen Deutschösterreichern, welche die Gebietshoheit über alle jene Gebiete des bisherigen „Österreich“ beanspruche, in denen die Deutschen die Mehrheit der Bevölkerung bildeten, insgesamt etwa 107.000 km<sup>2</sup>. Noch im November 1918 lud der sozialdemokratische Abgeordnete Rudolf Bechyně den Landeshauptmann von Deutschböhmen, Rudolf Lodgman von Auen, zu Verhandlungen nach Prag ein. Lodgmans Stellvertreter, der deutschböhmische Sozialdemokrat Josef Seliger, stieß bei seinen tschechischen Parteikollegen auf Verständnis, als er für Deutschböhmen eine begrenzte Autonomie forderte. Aber Finanzminister Rašín, der 1916 in Wien wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, von Kaiser Karl jedoch begnadigt worden war, schleuderte Seliger die aggressiven Worte entgegen: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht!“ Als Seliger darauf hinwies, dass das Selbstbestimmungsrecht doch eine Forderung Wilsons sei, erhielt er die Antwort: „Das ist nur eine Phrase, heute entscheidet die Gewalt.“ Unter diesen Umständen war es verständlich, dass Lodgman and Seliger das tschechische Angebot ablehnten, in den Prager Nationalausschuss einzutreten. Freilich, die wirtschaftlichen Verbindungen und Verkehrsverbindungen zum deutschösterreichischen „Mutterstaat“ waren mittlerweile von den tschechischen Behörden gekappt worden.<sup>194</sup>

Der erste tschechoslowakische Ministerpräsident, Karel Kramář, der 1916 ebenfalls zum Tode verurteilt und 1917 begnadigt worden war, stellte

<sup>192</sup> Verhandlungsschrift zur 26. Sitzung des Staatsrates, Wien, 8. November 1918. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 1/11.

<sup>193</sup> Der Moraltheologe Ignaz Seipel, der noch als Minister für Soziale Fürsorge in das letzte k. k. Kabinett von Heinrich Lammasch eingetreten war, formulierte gemeinsam mit Josef Redlich die von Kaiser Karl am 11. November 1918 unterzeichnete Erklärung, dass er auf seinen Anteil an den Regierungsgeschäften verzichte und jede Entscheidung über die Staatsform anerkenne. – BOYER 2010, 416.

<sup>194</sup> WISKEMANN 1938, 80f. u. 95; KALVODA 1986, 436f.; BRÜGEL 1967, 61–66; KÁRNÍK 2011, 170f.

am 14. November 1918 selbstbewusst und unter starken Beifallskundgebungen vor der Nationalversammlung fest:

Alle Bande, die uns an die Dynastie Habsburg-Lothringen gebunden haben, sind zerrissen. Mit den Verträgen aus dem Jahre 1526 und der Pragmatischen Sanktion ist es zu Ende. Die habsburgisch-lothringische Dynastie hat alle Rechte auf den böhmischen Thron verloren. Und wir, frei und ledig, erklären, dass unser tschechoslowakischer Staat eine freie Tschechoslowakische Republik ist.

Edvard Beneš, der neue Außenminister, warnte aus Paris: „Hütet Euch vor jeglicher Ausschreitung und allem Blutvergießen – auch in den deutschen Teilen Böhmens. Es liegt in unserem Interesse, dass von dort nicht etwa Nachrichten des Inhalts hierher gelangen, wonach man sich dort allzu selbständig organisiert und vor allem uns völlig unversöhnlich entgegentritt.“ Die „geschichtlichen“ Grenzen der böhmischen Länder wären „via facti und ohne großen Lärm“ militärisch zu besetzen. Im Übrigen werde kein Deutscher zu den Friedensverhandlungen zugelassen. Tatsächlich begann Ende November 1918 die Prager Regierung mit einer aus Heimkehrern, „Legionären“ (aus Italien und Frankreich) und lokalen Freiwilligen zusammengestellten Armee die Besetzung der deutsch-böhmischen, deutsch-mährischen und deutsch-schlesischen Städte, Märkte und Dörfer: am 5. Dezember von Teplitz/Teplice, am 12. Dezember von Reichenberg/Liberec, am 18. Dezember von Troppau/Opava. Nur in wenigen Gemeinden, wie in Brüx/Most, hatte es begrenzten militärischen Widerstand gegeben.<sup>195</sup>

Als der neue Präsident Masaryk am 22. Dezember 1918 im Triumphzug nach Prag zurückkehrte, streute er – ziemlich unbedacht – weiteres Salz in die sudetendeutschen Wunden, mit der Erklärung: „Was die Deutschen in unseren Ländern betrifft, ist unser Programm längst bekannt. Das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist unser und wird unser bleiben. Wir haben unseren Staat geschaffen, wir haben ihn erhalten, wir bauen ihn nun neu.“ Die Sudetendeutschen hätten „sich leider allzu willfährig zum pan-germanistischen, eroberungssüchtigen, tschechenfeindlichen Programm bekannt“; und sie seien „Opfer des falschen verlogenen Österreichtums und der kurzsichtigen Habsburger“ geworden. Die Deutschen seien „ursprünglich als Immigranten und Kolonisten ins Land“ gekommen. „Wir haben das volle Recht auf den Reichtum unseres Gebietes, das unentbehrlich ist für unsere Industrie der Deutschen unter uns. Wir wollen und können nicht unsere beträchtliche tschechische Minderheit im sogenannten deutschen Gebiet opfern.“ – Masaryk dürfte selbst rasch erkannt haben, dass seine Geschichtsklitterung die Sudetendeutschen gehörig verstimmt hatte. Bereits am 23. Dezember besuchte er mit der gesamten Regierung

<sup>195</sup> WISKEMANN 1938, 82–84; KÁRNÍK 2002, 42.

das Prager Deutsche Theater und versicherte dem Direktor: „Die Deutschen unseres erneuerten Staates werden vollkommene Gleichberechtigung erhalten. [...] Ich hoffe und wünsche, dass der heutige Abend nur ein Prolog zu einem großen politischen Drama ist, das wir und unsere Deutschen gemeinsam spielen werden.“<sup>196</sup> – Masaryk dachte in diesem Moment sicher nicht an eine künftige Tragödie.

Der sozialdemokratische Staatssekretär für Äußeres Otto Bauer versuchte noch die Prager Regierung vor einer Politik der Gehässigkeit und Feindseligkeit zu warnen, denn die deutsche Nation mit ihren 70 Millionen Menschen (!) werde immer das tschechoslowakische Gebiet von Norden, Westen und Süden umgeben. Und am 25. Dezember 1918 schrieb er auch über die möglichen Folgen einer gewaltsamen Eingliederung der Sudetendeutschen in den tschechoslowakischen Staat: Die deutsche Bevölkerung würde „mit dem Gefühl leidenschaftlichen Hasses gegen seine tschechoslowakische Mehrheit“ in diesen Staat eintreten, „der erschüttert wäre von den heftigsten nationalen Kämpfen zwischen seiner deutschen und tschecho-slowakischen Bewohnerschaft“. „Der Frieden Europas wäre durch die deutsche Irredenta innerhalb des tschechoslowakischen Staates dauernd gefährdet.“ – Wiener Drohungen wurden jedoch an der Jahreswende 1918/19 nicht mehr ernst genommen, weder von der Entente noch von der Prager Regierung. Im Gegenteil. Als der fließend Tschechisch sprechende Ferdinand Marek als diplomatischer Vertreter Österreichs Anfang Jänner 1919 beim Ministerpräsidenten Kramář vorsprach, bezeichnete dieser die Frage der Zukunft Deutschböhmens für ihn und für die Entente bereits als erledigt, da Deutschböhmen „unbedingt ein Teil des historischen Königreiches Böhmen, das Sudetenland ein Teil der historischen Markgrafschaft Mähren“ sei. Im Übrigen müsse sich die Wiener Regierung in die Rolle des Besiegten hineinfinden, müsse sich Wien abgewöhnen, „als Rentier von der Arbeit anderer zu leben“.<sup>197</sup>

Als Bauer Ende Februar 1919 in Berlin mit dem Reichsaußenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau Verhandlungen über wirtschaftliche, finanzielle, rechtliche, politische und kulturelle Aspekte des „Anschlusses“ führte, verlangte Reichsbankpräsident Rudolf Havenstein die gleichzeitige Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft, die sofort die Frage des Bankplatzes Wien und der altösterreichischen Schulden aufwarf. Unter dem Druck der Entente verzichteten aber Berlin und Wien vorerst auf weitere Gespräche. Aber die „Anschluss“-Phobie bei Österreichs

<sup>196</sup> PEROUTKA 1936, Bd. I, 475; KALVODA 1986, 433; KLEPETAŘ 1937, 25f.; SOUBIGOU 2002, 273f. u. 341f.

<sup>197</sup> Denkschrift Bauer an alle in Wien vertretenen Mächte und Regierungen der Ententestaaten und der Vereinigten Staaten von Amerika, Wien, 25. Dezember 1918; Bericht Marek an Bauer, Prag, 10. Jänner 1919. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 1/104 u. 126.

Nachbarn und den westlichen Großmächten war geboren und sollte bis 1938 und auch nach 1945 – Premierministerin Margaret Thatcher sprach noch 1990 (!) davon – anhalten.<sup>198</sup>

So eindeutig, wie es Kramář sehen wollte, war die Frage der künftigen Grenzen der Tschechoslowakei im Jänner 1919 noch nicht festgelegt. Das Foreign Office schlug anfänglich die Abtrennung von Eger/Cheb und Reichenberg/Liberec vor, um die große deutsche Minderheit zu reduzieren. Die US-Diplomatie war noch skeptischer, und der nach Wien entsandte Harvard-Professor Archibald C. Coolidge empfahl überhaupt eine Aufteilung Österreich-Ungarns nach ethnischen Einheiten. Sogar im Prager Ministerrat gab es Bedenken ob einer zu großen Zahl von Deutschen im neuen Staat. Am Ende siegten aber der tschechische Wunsch nach möglichst großer Wirtschaftskraft und die klar ablehnende Haltung Frankreichs, dem neuen Deutschland böhmische, mährische und/oder schlesische Gebiete zu überlassen. Tatsächlich konnte Beneš am 5. Februar 1919 vor der Friedenskonferenz seine beiden wichtigsten Forderungen, nämlich die Zuteilung ganz Böhmens und Mährens, ohne größeren Widerstand durchsetzen. Es genügte Hinweise auf die jahrhundertealten historischen Grenzen, auf die alten Argumente mit dem Böhmisches Staatsrecht sowie auf die natürlichen Grenzen Böhmens als gute Verteidigungslinien gegenüber Deutschland. Sogar dass Beneš die Zahlen der österreichischen Statistik aus dem Jahre 1910 als ungläubwürdig hinstellte und die deutsche Bevölkerung Böhmens von über 2,4 auf 1,5 Millionen reduzierte, wurde seitens der Alliierten akzeptiert, auch seine Behauptung, die sudetendeutschen Unternehmer fürchteten die reichsdeutsche Konkurrenz. Zwar blieb der britische Premierminister David Lloyd George gegenüber Beneš skeptisch, lehnte aber ein Plebiszit ab, da die Deutschen der böhmischen Länder für einen Anschluss an Deutschland stimmen würden. Auch David Hunter Miller warnte in seinem Tagebuch, dass es zwar absurd sei, die böhmischen Grenzen mit all ihren Bergen den Deutschen zu überlassen, aber die dort kompakt lebende deutsche Bevölkerung könne „hostile to their Slav neighbours“ sein, „and in sympathy with the Saxons, Bavarians (and Austrians) dwelling beyond their border and with the German capitalists and Germanized nobles within them“. Auf Drängen der französischen Seite entschied der Oberste Rat bereits am 4. April 1919 über die neuen Grenzen der Tschechoslowakei in ihrem westlichen Teil. Bei Feldsberg/Valtice und Gmünd (Weitraer Gebiet/Vitorazsko) wurde aus eisenbahnstrategischen Gründen sogar altes niederösterreichisches Gebiet von Österreich abgetrennt (jetzt galt plötzlich das Argument mit den historischen Grenzen nicht mehr). Lediglich

---

<sup>198</sup> Protokolle der Sitzungen vom 27. und 28. Februar sowie vom 1. und 2. März 1919 im Auswärtigen Amt. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 1/171–173 u. 175–177; vgl. SCHULZE 1982.

das österreichische Schlesien und die Stadt Teschen/Český Těšín/Cieszyn wurden nach militärischen Auseinandersetzungen zwischen der ČSR und Polen geteilt – allerdings erst nach einem Schiedsspruch der Botschafterkonferenz am 28. Juli 1920 und zugunsten der Tschechoslowakei, die die strategisch und wirtschaftlich wichtige Bahnlinie Oderberg/Bohumín–Kaschau/Košice behielt.<sup>199</sup>

Noch während der Diskussionen im Obersten Rat hatte es freilich entscheidende innenpolitische Weichenstellungen gegeben. Die Prager Regierung verbot den Sudetendeutschen die Teilnahme an den ersten Wahlen zur deutschösterreichischen Nationalversammlung am 16. Februar 1919, sodass Wien nach einem ausgehandelten Parteienschlüssel lediglich Abgeordnete aus den böhmischen Ländern ernennen konnte. Entscheidender wurde die von Prag am 20. Februar 1919 durchgeführte Zolltrennung und die von Finanzminister Rašín in der zweiten Februar-Hälfte angeordnete Abstempelung der österreichisch-ungarischen Kronen, die vom Großteil der Sudetendeutschen akzeptiert wurde, wodurch sie der bald beginnenden Hyperinflation in Österreich entgingen. Als freilich auf Initiative der sudetendeutschen Sozialdemokraten am 4. März 1919, dem Tag des Zusammentritts der neuen österreichischen Konstituante, in einer Reihe von böhmischen und mährischen Städten für das Selbstbestimmungsrecht demonstriert wurde, erschoss tschechisches Militär und Polizei in sieben Städten mindestens 54 Personen und verletzte weitere 84. Weder Protestnoten noch Memoranden der österreichischen Regierung an die Alliierten halfen.<sup>200</sup>

<sup>199</sup> GREAT BRITAIN: Foreign Office, Bohemia and Moravia (= Handbooks prepared under the direction of the Historical Section of the Foreign Office, No. 4, January 1919); Beneš' Memorandum No. 3: „Touching the Germans of Bohemia“ for the Supreme Council of the Paris Peace Conference, Paris, early February 1919; Minutes of the presentation made by Edvard Beneš and Karel Kramář before the Council of Ten, Paris, 5 February 1919. In: HÁJKOVÁ / HORÁK 2014, Dok. 68 u. 69; COOLIDGE 1932, 207–209; LLOYD GEORGE 1938, 936–942; HUNTER MILLER 1926, Bd. XIII, 161; Bd. XX, 342; PERMAN 1962, 82–91; Mémoire III. In: Bohemia (Prag), 10.–19. Oktober 1920; SUPPAN 2014, Bd. 1, 347–352. Präsident Beneš bestätigte am 6. Mai 1936 dem Osteuropa-Historiker Josef Pfitzner in überraschender Offenheit, dass es vor dem Obersten Rat leichter gewesen sei, die historischen Grenzen durchzusetzen als etwaige Gebietsverschiebungen in Nordböhmen, im Glatzer Becken und in Oberschlesien. – BRANDES / MÍŠKOVÁ 2013, 164–168.

<sup>200</sup> Bauer an Tusar, Wien, 6. März 1919. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 1/180. Verteidigungsminister Václav Klobáček verteidigte am 19. März 1919 im Wehrausschuss der Nationalversammlung das bewaffnete Einschreiten mit unglaublich verbogenen historischen Argumenten: „[...] das, was wir vorhaben, ist kein Imperialismus oder Militarismus. Im Gegenteil, es geht um den Befehl, die Heimat zu verteidigen, welcher uns im Namen unserer eigenen Ideale, für die wir dreihundert Jahre gelitten haben, für welche Tausende unserer besten Leute gestorben sind und für welche wir auch heute Not leiden und arbeiten, verpflichtet.“ – KONRÁD 2011, 210.

Als die österreichische Friedensdelegation unter Führung von Karl Renner im Mai 1919 nach Paris eingeladen wurde, glaubte sie noch, sich auf das Selbstbestimmungsrecht berufen und die Verantwortung für den Krieg dem alten österreichisch-ungarischen Regime anlasten zu können. Der am 2. Juni vom Präsidenten der Friedenskonferenz Georges Clemenceau ausgehändigte erste Teil der Friedensbedingungen war hingegen niederschmetternd:

- „Österreich“ (die Bezeichnung „Deutschösterreich“ wurde untersagt!) hatte einen Teil der „Kriegsschuld“ zu übernehmen, daher Wiedergutmachung nicht nur an Serbien, sondern auch an Italien und Rumänien zu leisten (die beide an Österreich-Ungarn den Krieg erklärt hatten)
- die Unabhängigkeit Österreichs sei unabänderlich (daher kein „Anschluss“!), es sei denn, der Völkerbundrat stimme einer Abänderung zu
- von den 10 Millionen Deutschen Cisleithaniens sollten 4 Millionen unter „Fremdherrschaft“ kommen: in den böhmischen Ländern, in der Untersteiermark, in Unterkärnten und in Südtirol
- die Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien bekämen in ihren Staaten das Recht der Konfiskation von Vermögen deutschösterreichischer Staatsbürger.

Da der letzte Punkt viele österreichische Banken, Industriebetriebe, Handelsunternehmen und Landgüter betroffen hätte, setzte die österreichische Delegation alles daran, die Liquidierung der deutschösterreichischen Privatvermögen zu verhindern; tatsächlich gelang dies dem international gut vernetzten Sektionschef Richard Schüller; ehemals österreichisches Staatsgut wurde auf dem Reparationskonto gutgeschrieben.<sup>201</sup>

Der zweite Teil der Friedensbedingungen sah – aufgrund des persönlichen Einsatzes Wilsons (der sich auf den Miles-Report stützte) – für Unterkärnten ein Plebiszit vor sowie die Eingliederung Westungarns (mit Ödenburg/Sopron). Hinsichtlich Italiens und der neuen Tschechoslowakei musste aber Österreich alle Bedingungen akzeptieren, auch die neue gemeinsame österreichisch-tschechoslowakische Grenze in der Länge von 573 km. Darüber hinaus legte der Vertrag von Saint-Germain nicht nur die Vernichtung der Munitionsfabriken fest, sondern auch die Stilllegung der österreichischen Flugzeugindustrie. Außerdem behielten sich die Alliierten das Generalpfandrecht vor und setzten für Österreich für fünf Jahre die Meistbegünstigung aus. Daher sah das Wiener Parlament in seltener Übereinstimmung von Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Großdeutschen im Friedensvertrag von Saint-Germain ein völlig ungerechtes

<sup>201</sup> Bericht 1919, Bd. I, 41; FELLNER 1983, 95f.; SOUTOU 2005, 756–759; SUPPAN 2016b. Otto Bauer polemisierte: „Der Friedensvertrag raubte der Republik selbst ihren Namen.“ – BAUER 1923, 172.

Diktat der siegreichen Entente, während Ministerpräsident Clemenceau am 2. September in einer unglaublich einseitigen und moralisch äußerst fragwürdigen Begleitnote, die nur als Siegerjustiz zu charakterisieren ist, eine Reihe von bestrafenden Gesichtspunkten zum Ausdruck brachte, dabei aber vergaß, dass alle vier Westmächte an Österreich-Ungarn den Krieg erklärt hatten – und nicht umgekehrt.<sup>202</sup>

Dennoch musste die österreichische Nationalversammlung mit der Stimmenmehrheit von Sozialdemokraten und Christlichsozialen Staatskanzler Renner beauftragen, am 10. September 1919 – bei Anwesenheit von Außenminister Beneš – den Vertrag von Saint-Germain zu unterzeichnen. Zara Steiners Kommentar fällt mit Recht sehr kritisch aus:

In the case of Austria, the wishes of the population in the shrunken state for *Anschluss* were deliberately ignored. [...] It was treated as an ex-enemy state and not as a new entity. [...] Elsewhere, the claims of Czechoslovakia, Poland, Yugoslavia, and Italy were settled at the expense of the former part of the Dual Monarchy. [...] Little was done to protect Austria from the economic effects of the political fragmentation of the empire, though substantial food relief was given to save the population from starvation. [...] The new republic of barely 7 million people faced a difficult and impecunious future. The country was considered too small to live but too large to die.<sup>203</sup>

Die Neuordnung Mitteleuropas auf der Pariser Friedenskonferenz erfolgte zum eindeutigen Vorteil der Tschechen (und Slowaken), aber zum großen Nachteil der Deutschösterreicher (und Magyaren). Abgesehen von der Tschechoslowakei hatte die Friedenskonferenz nur „revisionistische“ Staaten zurückgelassen. Staatspräsident Masaryk und Außenminister Beneš hatten es mit geschickter Netzwerkbildung schon zur Zeit ihrer Emigration in Paris, London und Washington verstanden, die Westmächte von der Notwendigkeit der Schaffung einer Tschechoslowakischen Republik als neuer demokratischer Ordnungsmacht in Ostmitteleuropa zu überzeugen. Die neuen Grenzen von 1919/20 an Thaya, March und Donau wurden daher sicherheits- und nationalpolitisch gezogen und entsprachen kaum den damaligen sprachlich-ethnischen Grenzen, zerteilten aber vor allem zusammengehörige Wirtschafts- und Kulturlandschaften. Immerhin gab

<sup>202</sup> ALMOND / LUTZ 1935; FELLNER 1983; ORMOS 1990; SANDGRUBER 1995, 337–342; SUPPAN 1996, 517–656; SOUBIGOU 2002, 343–346; ROMSICS 2005. Clemenceau hatte u. a. formuliert: „Das österreichische Volk teilt in weitem Umfange mit seinem Nachbarn, dem ungarischen Volke, die Verantwortlichkeit für die Übel, unter denen Europa während der letzten fünf Jahre gelitten hat. [...] Es ist jetzt offenbar, dass dieses Ultimatum [an Serbien] nur ein scheinheiliger Vorwand war, um einen Krieg zu beginnen, den die frühere autokratische Regierung im engen Einvernehmen mit den Machthabern Deutschlands von langer Hand vorbereitet hatte.“ – Bericht 1919, Bd. II, 73–75.

<sup>203</sup> STEINER 2005, 92f. Auch BARTH (2016) betont, dass die fünf Vorortverträge angesichts unvereinbarer Erwartungen und unter Zeitdruck das genaue Gegenteil einer halbwegs stabilen Friedensordnung hervorbrachten.

es zwischen Tschechen und Österreichern keine militärischen Auseinandersetzungen (wie um die Südgrenze der Slowakei oder die Südostgrenze Österreichs), immerhin konnten alle Staatsangehörigen des alten Österreich für einen der neuen Nationalstaaten optieren, und immerhin blieben die neuen Grenzen bis 1938 im Wesentlichen durchlässig. Österreichische Sozialdemokraten und Kommunisten konnten dies nach dem 12. Februar 1934 nützen, österreichische Christlichsoziale, Legitimisten und Juden nach dem 11. März 1938.<sup>204</sup>

Zu den positiven Ergebnissen des Vertrages von Saint-Germain zählte der Aufbau eines neuen Minderheitenschutzes, zu dem sich auch die Tschechoslowakei in einem eigenen Minderheitenvertrag gegenüber den Alliierten verpflichten musste. Immerhin sicherten diese Bestimmungen sowohl den über 3,2 Millionen Sudeten- und Karpatendeutschen als auch den etwa 82.000 Tschechen und Slowaken in Wien und Niederösterreich – beide nationale Minderheiten verzeichneten auch eine Rückwanderungswelle – öffentliche und private Minderheitenschulen, auch auf der Sekundarstufe. Dennoch einigten sich Beneš und Renner im Jänner 1920 in Prag sehr rasch auf die Sprachregelung, dass die in den Verträgen von Saint-Germain übernommene Verpflichtung zum Schutz der nationalen Minderheiten „eine rein interne Frage“ darstelle und eine Beschwerde eines fremden Staates nur über den Völkerbund eingebracht werden könne. Der Brünner Vertrag und das Karlsbader Additionalabkommen 1920 stellten sodann eine wertvolle bilaterale Ergänzung dar, welche die personal- und nationalpolitisch heikle Lehrerfrage pragmatischen Lösungen zuführte. So erhielten die beiderseitigen Minderheiten – trotz einiger interner Kritik in Prag und Wien – den bis 1938 besten Minderheitenschutz in Ostmitteleuropa. Dies galt nicht nur für das Pflichtschulwesen, sondern auch für das Mittelschulwesen, und den Sudetendeutschen standen auch die „Deutsche Universität in Prag“ (allerdings 1920 von der tschechischen Karls-Universität abgetrennt) und die deutschen Teile der beiden Technischen Hochschulen in Prag und Brünn zur Verfügung. Das tschechoslowakische Sprachengesetz vom 28. Februar 1920 erklärte jedoch die tschechoslowakische Sprache zur Staatssprache, während die Sprachen der Minderheiten nur in jenen Gerichtsbezirken offiziell zugelassen wurden, in denen sie mehr als 20% der Bevölkerung zählten. Daher reichten die neuen Regelungen an

<sup>204</sup> SUPPAN 2002b; WISKEMANN 1938, 79–96; KONRÁD 2012, 301f.; SUPPAN 2014, Bd. 1, 353–362. Lodgman hielt am 24. September 1919 seine Abschiedsrede im österreichischen Parlament: „Mag das staatsrechtliche Band zwischen Deutschösterreich und den Sudetenländern auch zerrissen sein, unlösbar sind das nationale Bewusstsein und die in Jahrhunderten gewachsenen kulturellen und geistigen Beziehungen, welche die Sudetendeutschen mit den Alpendeutschen und beide gemeinsam mit den Deutschen des Reiches verbinden. [...] Wir scheiden im Raum, wir bleiben vereint im Geiste.“

das altösterreichische Nationalitätenrecht von 1867 mit der prinzipiellen Gleichberechtigung aller „Volksstämme“ keineswegs heran – weder in der Tschechoslowakei noch in Österreich.<sup>205</sup>

## 7. Die Erste Republik in Prag und Wien (1920–1938)

Die Prager „Burg“ um den Langzeit-Präsidenten Masaryk und den Langzeit-Außenminister Beneš betrachtete ihre Republik – entgegen der Propaganda von der „Schweiz des Ostens“ – als laizistischen tschechoslowakischen Nationalstaat, in dem den Deutschen nur eine zweitrangige „Gastrolle“ zukam. Schon am 3. November 1918 war – entgegen den Mahnungen des führenden Historikers Josef Pekař<sup>206</sup> – die barocke Mariensäule auf dem Altstädter Ring, wenig später auch das 1858 errichtete Radetzky-Denkmal auf dem Kleinseitner Ring/Malostranské náměstí gestürzt worden. Und Hunderte katholische Kirchen und Kapellen wurden geplündert, noch mehr Marien- und Nepomukstatuen zerstört. Damit wollten tschechische „Freidenker“ und Nationalisten ihr „Los von Rom“ und „Los von Wien“ („Entösterreichung“ – *odrakouštění*) zum Ausdruck bringen. Der Wiener Nuntius Teodoro Valfrè di Bonzo suchte in seinem Bericht an Kardinalstaatssekretär Gasparri vom 1. Dezember 1918 die Ursache erstaunlicherweise in der habsburgischen Politik: „Die Regierung von Wien hat, unglücklicherweise, für eine so lange Zeit die Religion als Mittel ihrer Politik missbraucht, dass, so würde ich meinen, fast notgedrungen der ganze böhmische Patriotismus, die ganze Nation, gleichzeitig gegen Österreich und gegen die Religion gelenkt wurden. Der böhmische Klerus hat dabei in seinen Gefühlen und seinem Geist und Einfluss auf das Volk gelitten.“<sup>207</sup> Als im November 1920 aus Sibirien zurückgekehrte tschechische Legionäre Denkmäler Kaiser Josephs II. in Eger und Reichenberg demolierten und in Prag der tschechische Mob deutsche Gebäude stürmte, Deutsche verprügelte und Juden erpresste, unterblieb – dem Geheimvertrag vom Jänner 1920 entsprechend – eine österreichische Intervention.<sup>208</sup>

<sup>205</sup> Protokoll Beneš – Renner, Prag, 12. Jänner 1920; Brüner Verlag, 7. Juni 1920. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 3/410 u. 447; SUPPAN 1983, 71–73; WISKEMANN 1938, 119–121; KUČERA 1999, 307. Sudetendeutsche Proteste gab es vor allem gegen die Errichtung von tschechischen Minderheitenschulen in Aussig, Brüx, Dux/Duchcov, Reichenberg, Troppau, Postelberg/Postoloprty, Zwittau/Svitavy und Nikolsburg/Mikulov.

<sup>206</sup> Vgl. KUČERA 2005.

<sup>207</sup> SAYER 1998, 139f.; HRABOVEC 2002, 75.

<sup>208</sup> SEIBT 1993a, 275f.; SAYER 1998, 115, 118 u. 343. Hatten in der Volkszählung 1900 in Prag und seinen vier Vorstädten 11.364 Juden Deutsch als Umgangssprache angegeben und 14.145 Tschechisch, so bekannten sich in der Volkszählung 1921 nur mehr 7.070 Juden zur deutschen Nationalität, während 14.953 die tschechoslowakische und 5.615 die jüdische angaben. – COHEN 2006, 199.

Was sich im Winter 1918/19 und im Frühjahr 1919 an der Donau und Moldau abgespielt hatte, war zumindest in der Überstürzung der Ereignisse eine politische und soziale Revolution gewesen. Innerhalb von Wochen erfolgte die Entmachtung des Adels und des Militärs. Die meisten Titel und Auszeichnungen hatten an Reputation eingebüßt. Vor allem Wien als bisheriges Zentrum von Politik, Verwaltung, Banken, Industriezentralen und Dienstleistungen für ein 51-Millionen-Reich verlor seine dominante Stellung – sowohl gegenüber Prag und Brünn als auch gegenüber den österreichischen Bundesländern. Prag bestritt auch jede Zuständigkeit für die Staatsschuld Österreich-Ungarns im Allgemeinen und die Kriegsanleihen im Besonderen. Daher erhob sich die Frage nach der „Lebensfähigkeit“ Österreichs, die eigentlich eine Frage nach der Lebensfähigkeit des „Wasserkopfes“ Wien war. Die schwere Lebensmittel- und Kohlekrise im Winter 1918/19 ließ berechnete existenzielle Sorgen aufkommen. Vor allem US-Hilfsaktionen (zum Teil organisiert vom späteren Präsidenten Herbert Hoover) sicherten das Überleben von Hunderttausenden. Die Nationalversammlungen und Koalitionsregierungen in Prag und Wien beschäftigten sich vor allem mit dem demokratie- und sozialpolitischen Aufbau ihrer neuen Republiken. Vorerst übernahmen sie wesentliche Teile des altösterreichischen Rechts- und Schulsystems. Dann erweiterten sie das allgemeine Männer-Wahlrecht von 1906 auch auf die Frauen, schafften den Adel und seine Privilegien ab, enteigneten die Familie Habsburg-Lothringen und verwiesen sie des Landes, beschlossen eine Reihe von Sozialgesetzen (Achtstundentag, Arbeiterurlaub, Arbeitslosenversicherung, Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Kinder, Arbeiterkammergesetz, Kollektivverträge, Mieterschutz etc.) und schafften die Todesstrafe ab. Pläne der Sozialdemokraten zur Vergesellschaftung der Großindustrie, der Banken und des Großgrundbesitzes fanden jedoch keine parlamentarische Mehrheit.<sup>209</sup>

Was sich bereits bei den Parlamentswahlen von 1907 und 1911 abgezeichnet hatte, setzte sich nach 1918 fort: Die Parteiensysteme der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik wiesen grundsätzliche Unterschiede auf, sowohl im bürgerlich-bäuerlichen als auch im sozialistischen Lager, wobei in Prag mehr als doppelt so viele Parteien Mandate gewannen wie in Wien. Bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung in Österreich am 16. Februar 1919 errangen die Sozialdemokraten 72, die Christlichsozialen 69 und die Deutschbürgerlichen 26 der 170 Mandate (je ein Mandat erhielten ein tschechischer, ein zionistischer und ein bürgerlich-demokratischer Abgeordneter); bei den Nationalratswahlen am 17. Oktober 1920 drehten die Christlichsozialen das Ergebnis um und erreichten 79 Mandate, während die Sozialdemo-

---

<sup>209</sup> BAUER 1923; SANDGRUBER 1995, 335–353; RATHKOLB 2015a, 483.

kraten auf 62 Mandate zurückfielen, und übernahmen nun die Regierung mit den Großdeutschen (24 Mandate); diese Konstellation blieb auch nach den Nationalratswahlen am 21. Oktober 1923 bestehen, bei denen die Christlichsozialen 82, die Sozialdemokraten 68, die Großdeutschen zehn und der Landbund fünf Mandate gewannen; bei den Nationalratswahlen am 24. April 1927 blieben die Christlichsozialen mit 73 Mandaten nur mehr knapp stärkste Kraft vor den Sozialdemokraten mit 71 Mandaten, setzten aber die Koalitionsregierung mit den Großdeutschen (zwölf) und dem Landbund (neun) fort; die letzten freien Parlamentswahlen vor 1945, am 9. November 1930, entschieden schließlich die Sozialdemokraten mit 72 Mandaten für sich, während die Christlichsozialen auf 66 Mandate zurückfielen, gemeinsam mit dem „Schoberblock“ (Großdeutsche und Landbund, 19 Mandate) und dem „Heimatblock“ (Heimwehr, acht Mandate) aber weiterregierten – bis zur gewaltsamen Auflösung des Parlaments im März 1933.<sup>210</sup>

Die ersten Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei fanden erst am 18. April 1920 statt und brachten einen großen Erfolg für die tschechoslowakischen Sozialdemokraten, die 74 von 300 Mandaten errangen, vor den tschechoslowakischen Agrariern mit 40, den deutschen Sozialdemokraten mit 31, den tschechischen National-Sozialisten mit 24, der tschechischen Volkspartei mit 21, den tschechischen Nationaldemokraten mit 19, dem deutschen Bund der Landwirte mit 13, der slowakischen Hlinka-Volkspartei mit zwölf, der Deutschen Nationalpartei mit zwölf, den deutschen Christlichsozialen mit neun, der Gewerbeartei mit sechs und den deutschen Nationalsozialisten mit fünf Mandaten. Bereits im Juni dieses Jahres bildeten die tschechoslowakischen Sozialdemokraten, Agrarier, National-Sozialisten, Volksparteiler und Nationaldemokraten eine „Fünfer-Koalition“, die sogenannte *Pěťka*. Schon 1921 kam es zur Spaltung der Sozialdemokraten, sodass bei den nächsten Parlamentswahlen am 15. November 1925 die multinationalen Kommunisten 41 und die Sozialdemokraten nur mehr 29 Mandate erreichten; stärkste Partei aber wurden die Agrarier mit 45 Mandaten, während die Volkspartei auf 31, die National-Sozialisten auf 28, der Bund der Landwirte auf 24, die Hlinka-Partei auf 23, die deutschen Sozialdemokraten nur mehr auf 17, die Nationaldemokraten, die Gewerbeartei und die Christlichsozialen auf je 13, die Deutsche Nationalpartei auf zehn und die deutschen Nationalsozialisten auf sieben Mandate kamen. Nun musste Ministerpräsident Antonín Švehla sudetendeutsche Minister in seine Regierung aufnehmen. Bei den Wahlen am 27. Oktober 1929 blieb die Agrarpartei voran (46), die Sozialdemokraten (39) überholten die Kommunisten (30), die National-Sozialisten (32) die Volkspartei (25),

<sup>210</sup> GOLDINGER / BINDER 1992, 28, 100, 118, 136 u. 175; WANDRUSZKA 1954. Im Unterschied zur KPČ erreichte die KPÖ bei keiner Nationalratswahl ein Mandat.

die deutschen Sozialdemokraten (21) die Hlinka-Partei (19), während die Nationaldemokraten (13) und die Gewerbspartei (zwölf) ihre Positionen behielten. Auf deutscher Seite überholten aber die Christlichsozialen (14) den Bund der Landwirte (zwölf) und die Nationalsozialisten (acht) die Nationalpartei (sieben). Einen Umsturz gab es erst wieder bei der Parlamentswahl am 19. Mai 1935, als die Agrarpartei mit 45 Mandaten zwar stärkste Partei blieb, jedoch von der Sudetendeutschen Partei mit 44 Mandaten stimmenmäßig überholt wurde. Dahinter behaupteten aber die Sozialdemokraten (38), Kommunisten (30), National-Sozialisten (28) und die Volkspartei (22) ihre Plätze, während die Hlinka-Partei wieder zulegte (22), die Nationaldemokraten von der Gewerbspartei eingeholt wurden (je 17), die deutschen Sozialdemokraten jedoch auf elf und die Christlichsozialen auf sechs Mandate zurückfielen, während die tschechischen Faschisten sechs Mandate errangen.<sup>211</sup>

Beneš und Renner hatten am 12. Jänner 1920 ein Geheimprotokoll unterzeichnet, in dem sich ihre Staaten „zu gegenseitiger Mitarbeit und Hilfe gegen alle Pläne und Versuche einer Restauration des alten Regimes“ verpflichteten und die Tschechoslowakei Österreich diplomatische, aber auch materielle Hilfe in der Burgenlandfrage gegen Ungarn zusagte. Beneš verstand es, den symbolischen Aspekt des Treffens in Prag zu nutzen: „Die Österreicher sind zu uns gekommen.“ Trotz Drängen Wiens zögerte aber Prag den Abschluss eines Handelsvertrages hinaus und hielt auch die Gewährung eines Sonderkredits zurück. Dies veranlasste sogar den besonnenen Gesandten Marek zu einem Wutausbruch: „Der eingefleischte Hass gegen Wien ist stärker als alle politischen Rücksichten, die eine Förderung Österreichs gebieten würden.“<sup>212</sup> – Tatsächlich, auch Präsident Masaryk lehnte das „alte Österreich“ entschieden ab:

Die deutsche Kultur habe ich stets geschätzt, aber ich habe mich in ihr selten daheim gefühlt. [...] Wenn ich etwas wirklich hasse, so ist es das Österreichertum, besser gesagt, das habsburgische Wienertum, diesen dekadenten Aristokratismus [...], diesen falschen, niedrig gesinnten Habsburgismus, dieses anationale und doch chauvinistische Kunterbunt von Personen des offiziellen Wien. Das Preußentum liebe ich nicht, aber ich habe es lieber mitsamt seinem robusten Kasernentum.<sup>213</sup>

Anti-deutsche, anti-österreichische und anti-ungarische Haltungen waren vor allem in den vier Gesetzen zur Bodenreform zu erkennen. Das Bodenenteignungsgesetz vom 16. April 1919 betraf alle Besitzer von Gütern über

<sup>211</sup> BUCHVALDEK u. a. 1986, 631; SLÁMA / KAPLAN 1986, 17–29; KLÍMEK 1996, 55–66 u. 351–373; KÁRNÍK 2000, Bd. 1, 560.

<sup>212</sup> Protokoll (geheim), Prag, 12. Jänner 1920. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 3/410; KONRÁD 2012, 303; Bericht Marek an BMfÄ, 19. Februar 1921. In: AMZV, Politické zprávy Vídeň, Nr. 16/1921.

<sup>213</sup> MASARYK 1922, 50.

150 ha Anbaufläche und über 250 ha Wald, Wiesen und anderem Land. Das Staatliche Bodenamt teilte bis 1937 allein in den böhmischen Ländern etwa 1,8 Millionen ha Land neuen Besitzern zu, teilweise an tschechische Groß- und Mittelbauern, teilweise an tschechische Kleinbauern, teilweise an Gemeinden. Da die Bodenreform einerseits als „Wiedergutmachung für den Weißen Berg“ gedacht war, d. h. die während des Dreißigjährigen Krieges durch Enteignung „tschechischer Adelsgüter“ zu Besitz gekommenen Großgrundbesitzer treffen sollte, waren nun 1919 etwa 40 % des „deutschen“ Großgrundbesitzes betroffen, wie Güter der Familien Schwarzenberg, Liechtenstein, Lobkowitz, Colloredo-Mansfeld, Waldstein, Clam-Gallas, Buquoy, Thurn und Taxis, Auersperg, Salm-Reifferscheidt, Harrach, Thun-Hohenstein und Podstatzky-Lichtenstein. Die größten Verluste erlitten aber eindeutig die ehemalige Herrscherfamilie Habsburg-Lothringen – auch die minderjährigen Kinder Franz Ferdinands und seiner Gattin Sophie – sowie die Erzbistümer Prag, Olmütz und Esztergom. Durchaus unterschiedlich wurden hingegen die Orden behandelt, wobei etwa die Malteser Ritter mehr verloren als der Deutsche Ritterorden.<sup>214</sup>

Tschechischer Chauvinismus schimmerte auch in den „Nostrifizierungsgesetzen“ von 1919 und 1920 durch, die zuerst 17 private Eisenbahngesellschaften, dann 235 Unternehmen, schließlich viele Banken betrafen. Hauptziel der Maßnahmen war keine Verstaatlichung wie nach 1945, sondern die Verlegung von Firmensitzen aus Wien (oder Budapest) in die Tschechoslowakei, um die Aktiengesellschaften und ihr Spitzenmanagement zur Steuerleistung in der Tschechoslowakei zu zwingen, gleichzeitig um in den Aufsichtsräten eine qualifizierte Mehrheit an tschechoslowakischen Staatsangehörigen herzustellen. Hauptnutznießer wurden einerseits die tschechische Živnostenská banka, andererseits die Böhmisches Escompte-Bank und die Böhmisches Union-Bank, die nun mehr Aktien hielten als die französische Länderbank, die Anglo-Bank, die Credit-Anstalt, die Boden-Credit-Anstalt und die Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft. Der Mehrheitseigner der Škoda-Werke in Pilsen aber, der längst in der Umgebung Wiens wohnende Karel Freiherr von Škoda, hatte – um einer Verstaatlichung zuvorzukommen – seine Aktien schon im September 1919 an den französischen Rüstungskonzern Schneider et Cie. in Creusot verkauft. In den Jahren 1919 bis 1923 wurden die Wiener Groß-

---

<sup>214</sup> PEKAR 1923; SEIBT 1993a, 272–282; CORNWALL 1997; QUADERER 2008; SUPPAN 2014, Bd. 1, 379–386; FERENČUHOVÁ / ZEMKO 2012, 215f. Die Position des Vorsitzenden des Bundes der tschechoslowakischen Großgrundbesitzer wurde dreimal von Mitgliedern der Familie Lobkowitz wahrgenommen.

banken von internationalem Kapital durchdrungen, so die Länderbank von französischem und die Anglobank von englischem.<sup>215</sup>

Von der österreichischen Reichshälfte, also von Cisleithanien, erbten (nach Ernst Waizner) Tschechien und Österreich mit Abstand am meisten: Mit 34,3% der Bevölkerung bekam Tschechien (d. h. Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien) 44,7% des Volkseinkommens, 50,7% der Fabriken, 53,5% der Roheisenerzeugung, 55,5% der Biererzeugung, 63,8% der Dampfkessel, 77,6% der Kohlegewinnung und 94,7% der Zuckererzeugung. Die Republik Österreich (ohne das Burgenland) erhielt 22,3% der Bevölkerung, 29,7% des Volkseinkommens, 32,4% der Fabriken, 34,3% der Roheisenerzeugung, 32,0% der Biererzeugung, 18,3% der Dampfkessel, aber nur 6,3% der Kohlegewinnung und 4,7% der Zuckererzeugung. Daher bestand eine Importabhängigkeit Österreichs von „tschechischer“ Kohle und „tschechischem“ Zucker, die in den ersten Jahren nach 1918 dramatisch war und von Prag auch zur Erpressung politischer Zugeständnisse Wiens ausgenützt wurde. Außerdem kam das in den Friedensverträgen für die ersten fünf Nachkriegsjahre den Siegerstaaten zugesprochene Meistbegünstigungsrecht auch der Tschechoslowakei zugute, während die besiegten Länder auf alle Rechte, Privilegien und Immunitäten eines souveränen Staates im Außenhandel verzichten mussten. Sehr bald aber entwickelten sich die Tschechoslowakei und Österreich zu den – nach Deutschland – jeweils wichtigsten wechselseitigen Handelspartnern. Da der Schnellzug für die Fahrt von Wien über die Franz-Josefs-Bahn (über Gmünd und Tábor) nach Prag vor 1914 noch 5 h 46 min benötigt hatte, nach 1920 jedoch 7 h 47 min, wurde unter der älteren tschechischen Bevölkerung das Sprichwort beliebt: „Du bist so pünktlich gekommen wie die österreichischen Bahnen.“<sup>216</sup>

In Wien aber stand den wenigen finanziellen Nutznießern des Ersten Weltkrieges eine immer größere Masse von Geschädigten gegenüber: die Zeichner der Kriegsanleihen (darunter vor allem das Wiener Großbürger-

<sup>215</sup> HERTZ 1947, 173f.; SANDGRUBER 1995, 367; SUPPAN 2014, Bd. 1, 372–375. Der einflussreiche Oberdirektor der Živnostenská banka, Jaroslav Preis, vermittelte in den 1920er Jahren die Fusion mehrerer Maschinenfabriken und elektrotechnischer Betriebe in den Prager Außenbezirken zur „Českomoravská Kolben-Daněk“, die ab 1928 offiziell unter dem Kürzel ČKD firmierte und bald weltweit zu einem Gütegaranten für Qualitätsprodukte „Made in Czechoslovakia“ avancierte. Die konzerneigene Automobilfabrik PRAGA fertigte Traktoren, Motorräder, Busse, Lastwägen sowie diverse Automodelle, darunter den achtzylindrigen „PRAGA Grand“, der sowohl als Staatskarosse als auch als Statussymbol der Oberschicht diente. – BALCAR 2014, 31–33.

<sup>216</sup> HERTZ 1947, 168–171; TEICHOVA 1988a, 73f.; JAKUBEC 2001. Die Franz-Josefs-Bahn wurde auch nach 1945 noch als Schnellzugsverbindung zwischen Wien und Prag genutzt, verlor aber nach 1990 an Bedeutung, da nun die Schnellzugsverbindung Wien–Brünn–Zwittau/Svitavy–Pardubitz/Pardubice–Prag ausgebaut wurde.

tum), die Staatsbeamten, die Angestellten und Arbeiter, die Sparer und Rentner. Andererseits pulverisierte die Hyperinflation des Jahres 1922 die Haftpflicht der Republik Österreich bezüglich der Krieganleihen. Während seiner einjährigen Tätigkeit als Ministerpräsident und Außenminister – vom 26. September 1921 bis 7. Oktober 1922 – sagte Beneš zunächst im Dezember 1921 dem österreichischen Bundeskanzler Johannes Schober einen Kredit in Höhe von 500 Millionen Kcs zu,<sup>217</sup> zur Bezahlung von Kohle- und Zuckerlieferungen, und beteiligte sich sodann am mühevollen Zustandekommen einer Völkerbundanleihe für Österreich. Vorher musste allerdings Bundeskanzler Ignaz Seipel (der bereits im Juni 1921 Obmann der Christlichsozialen Partei geworden war) – unter dem Druck der Hyperinflation: die Krone war auf den 15.000 Teil ihres Goldwertes gesunken – spontane Besuche in Prag, Berlin und Verona absolvieren und einen dramatischen Appell an den Völkerbundrat richten:

Wenn Österreich der immer unheimlicher werdenden Entwertung seiner Währung nicht länger standhielte, wenn seine Bevölkerung [...] nun wirklich durch Hunger und Kälte dezimiert werden sollte, wenn dann die Aufrechterhaltung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung im Herzen Europas in Frage gestellt würde, hieße das [...] eines der besten und wertvollsten Kulturzentren der Welt zugrunde gehen lassen. Es hieße aber auch den Friedensverträgen ans Leben greifen, wenn das durch sie geschaffene Österreich als lebensunfähig nicht nur für den Augenblick, sondern für alle Zukunft sich erweisen würde, es hieße, ein Loch mitten in die Karte Europas reißen [...].<sup>218</sup>

Solche unabschätzbaren Turbulenzen wollte auch die Prager Regierung nicht riskieren und schloss sich der Völkerbundanleihe in Höhe von 650 Millionen Goldkronen für Österreich vom 4. Oktober 1922 an, die von Großbritannien, Frankreich und Italien garantiert wurde. Freilich wurde im Genfer Protokoll I das „Anschluss“-Verbot nach Artikel 88 Saint-Germain 1919 dezidiert wiederholt. Für die Anleihe musste Österreich seine Tabak- und Zolleinnahmen verpfänden. Seipel hatte vor dem Völkerbundrat auch erläutert, dass Österreich mit der Auslandshilfe „in verhältnismäßig wenigen Jahren lebensfähig sein“ werde, „weil es eine alte, nur durch den Krieg und dessen Nachwirkungen in den nötigen Investitionen gehinderte Industrie und ein fast noch ganz unverbrauchtes Kapital in seinen großen,

<sup>217</sup> Zwei Tage nach der Volksabstimmung in Ödenburg/Sopron und Umgebung, die in der Stadt eine klare Mehrheit für den Verbleib bei Ungarn ergab, schlossen Beneš und Schober am 16. Dezember 1921 ein politisches Abkommen, oft als Vertrag von Lana bezeichnet, in dem sich beide Staaten wechselseitig ihre Gebiete gemäß dem Friedensvertrag von Saint-Germain garantierten und sich verpflichteten, im jeweiligen Verteidigungsfall neutral zu bleiben und einander gegen Versuche einer Wiederherstellung des alten Regimes zu unterstützen. – KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 4/621.

<sup>218</sup> Rede Seipel vor dem Völkerbundrat in Genf, 6. September 1922. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 4/699.

freilich noch nicht genügend ausgebauten Wasserkräften besitzt und dazu [...] eine geschickte und arbeitswillige Bevölkerung hat, die nur in geordnete finanzielle Verhältnisse einzutreten braucht, um die Erschütterungen, die die Revolution auch über sie gebracht hat, ganz zu überwinden“. Aber Österreich wurde unter die Finanzkontrolle des Völkerbundes gestellt, die bis Mitte 1926 dauern sollte, und musste binnen weniger Jahre 84.252 von insgesamt 276.890 Staatsbediensteten, d. h. mehr als 30 %, abbauen. Bedenkt man, dass viele dieser Beamten, Offiziere und Staatsangestellten ohnehin durch den Verlust der Kriegsanleihen und die Hyperinflation schwere Reallohnverluste hatten hinnehmen müssen, erkennt man sofort, welche sozial- und demokratiepolitisch gefährliche Mischung aus Unzufriedenheit und Ablehnung des Staates hier entstehen musste.<sup>219</sup>

Zu den Österreich-Bildern in der Prager Politik gehörte auch die Rückbeziehung auf das Jahr 1526, als Ferdinand I. die österreichischen, böhmischen und (Teile der) ungarischen Länder zusammengeführt hatte. Masaryk betonte in einem Aide-mémoire 1922, dass der Weltkrieg die seinerzeit wegen der Türkengefahr verknüpften „selbständigen Staaten“ wieder zu ihrem „ursprünglichen Status“ zurückgeführt habe. Und der als Historiker auch am Wiener Institut für österreichische Geschichtsforschung ausgebildete Gesandte Kamil Krofta schrieb im selben Jahr in der Zeitschrift des Prager Außenministeriums, „Zahraniční politika“: „Das heutige Österreich ist doch im Wesentlichen nur eine Wiederherstellung des alten historischen Habsburgerösterreich, das 1526 mit Böhmen und Ungarn verknüpft wurde. [...] Von seinem, wirklich seinem, historischen Gebiet hat Österreich nicht so viel verloren.“<sup>220</sup>

Erstaunlicherweise vertrat Alphons Lhotsky – am selben Wiener Institut ausgebildet und nun Ordinarius für Österreichische Geschichte – auf dem ersten österreichischen Archivtag 1949 eine ähnliche Ansicht, wenn er die Einheit der österreichischen Erblände, wie sie um 1500 unter Kaiser Maximilian bestanden, hervorhob, die sich mit verhältnismäßig geringen Korrekturen durch alle die späteren Jahrhunderte hindurchgerettet hätten. „Spinnen wir diesen Gedanken weiter aus“, so Lhotsky 1949, „so erscheinen uns die vierhundert Jahre Großmacht im Verein mit Böhmen und Un-

<sup>219</sup> Besprechungsprotokolle Wildner, Prag, 21., Berlin, 23., Verona, 25. August 1922; Genfer Protokolle I–III, Genf, 4. Oktober 1922. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 4/692 u. 707. Während auch Russland, Polen, Deutschland, Ungarn und Griechenland mit einer Hyperinflation zu kämpfen hatten, gelang es der Tschechoslowakei, die neue Kronenwährung nach einer mäßigen Inflation zu stabilisieren. – SANDGRUBER 1995, 354–358.

<sup>220</sup> KONRÁD 2011, 213f. Allerdings konstatierte Krofta im „neuen“ Österreich das Fehlen eines „Staatsbewusstseins“ und des Willens zur Selbständigkeit, aber einen „natürlichen Hang der Bevölkerung zu einem leichteren Leben“. Und Wien erschien ihm als eine „schwelgerische, verwöhnte, oberflächliche Stadt, die von der Arbeit der anderen Nationen zehrt“.

garn von 1526 bis 1918 als ein Zwischenspiel, an dessen Ende neuerdings jenes natürliche Ergebnis des Spätmittelalters, im großen und ganzen räumlich ähnlich, zutage trat und damit seine in sich selbst zurücklaufende echte Wesenhaftigkeit bewiesen hat“. Liege es da nicht nahe, „die nähere Erkenntnis der historischen Substanz unseres gegenwärtigen Staates zunächst aus dem mittelalterlichen Staatsbildungsprozesse zu gewinnen“?<sup>221</sup>

Nachdem Paris und Prag am 24. Jänner 1924 einen Vertrag über Allianz und Freundschaft geschlossen und die beiden Außenminister Poincaré und Beneš einander in einem geheimen Briefwechsel gemeinsame Maßnahmen gegen die Aggression eines gemeinsamen Feindes zugesagt hatten – womit nur Deutschland gemeint sein konnte –, stieg das Misstrauen zwischen Berlin und Prag. Als der deutsche Reichskanzler Wilhelm Marx und Reichsaußenminister Gustav Stresemann im März 1924 nach Wien kamen, besprachen sie mit Bundeskanzler Ignaz Seipel und Außenminister Alfred Grünberger daher nicht nur Fragen der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Probleme des Völkerbundes, sondern auch die Einschätzung der Persönlichkeit von Außenminister Beneš. Immerhin hoben dabei die österreichischen Politiker die Verdienste von Beneš in der Sanierungsperiode Österreichs hervor. Der Prager Außenminister fürchtete allerdings auch weiterhin jedwede Anschluss-Diskussion<sup>222</sup> und hielt sich dabei intern auch nicht mit Drohungen zurück, im Falle eines Anschlusses ohne Zustimmung des Völkerbundes alle Österreicher aus der Tschechoslowakei auszuweisen und alles österreichische Kapital zu sequestrieren. Denn: „Ein Selbstbestimmungsrecht Österreichs könne er nicht anerkennen, denn Österreich sei heute von niemandem unterdrückt, und die Österreicher seien nicht in derselben Lage wie seinerzeit die Tschechen in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Österreich sei frei und unabhängig.“<sup>223</sup>

Die beschränkte Freiheit Österreichs zeigte sich bei Seipels Reisediplomatie, die ihn ab Jänner 1923 nach Budapest, Belgrad, Rom, Warschau und Bukarest führte. Aber die Ergebnisse waren durchwachsen, das Misstrauen unter den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie und deren Unfähigkeit zu wirklich konstruktiver Zusammenarbeit blieb trotz vieler politisch-diplomatischer Lippenbekenntnisse bestehen. Immerhin erreichte Bundeskanzler Seipel in Budapest die Übergabe der ungarischen Staatsgüter im

<sup>221</sup> LHOTSKY 1971, 92; STOURZH 2011b, 26f.

<sup>222</sup> Auf dem Empfang in der deutschen Gesandtschaft in der Wiener Metternichgasse im März 1924 hatte Stresemann den durchaus ernst gemeinten Toast ausgebracht: „Wir sind Söhne eines Volkes“. – STRESEMANN 1932, 370.

<sup>223</sup> WANDYCZ 1988, 10–12; Besprechungen Seipel und Grünberger mit Marx und Stresemann, Wien, 20./21. März 1924; Post an Peter, 25. April 1925. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 5/771 u. 796. Beneš sprach von angeblich 300.000 in der Tschechoslowakei lebenden Österreichern; die Volkszählung 1921 hatte jedoch nur 88.161 „Ausländer“ deutscher Nationalität ausgewiesen.

Burgenland, in Belgrad die Aufhebung der Sequester über österreichisches Eigentum, in Rom die Klärung von Eisenbahnfragen und in Warschau die Klärung der Kohlelieferungen aus Oberschlesien sowie der Rückführung von Juden, Polen und Ukrainern, die während des Ersten Weltkrieges aus Galizien nach Wien geflüchtet waren. Insgesamt kam es zwischen 1923 und 1926 zum Abschluss von zwei Dutzend Schiedsgerichts- und Handelsverträgen, 1924/1926 auch mit der Tschechoslowakei.<sup>224</sup>

In den mitteleuropäischen Diskursen wurde – zum Teil ausgesprochen, zum Teil mitgedacht – eine grundsätzliche Differenz zwischen Prag und Wien deutlich: Masaryk und Beneš hoben in vielen Äußerungen die Konzeption der (moralischen) Größe der „tschechoslowakischen Nation“ hervor, die im Einklang mit Humanität, Fortschrittlichkeit und Demokratie stehe. Im Unterschied dazu fehlte eine ähnlich positive Affirmation zur Konstruktion einer neuen „österreichischen Nation“, auch wenn sich Seipel bemühte, ein spezifisches Österreich-Bewusstsein zu schaffen und die Geschichte der Habsburgermonarchie als mitteleuropäischen Kulturträgers (einschließlich einer deutschen Kulturmission Österreichs in Ostmitteleuropa) positiv zu deuten. Damit aber handelte er sich seitens führender Sozialdemokraten wie Otto Bauer – dessen Vater jüdischer Textilfabrikant im nordböhmischen Warnsdorf/Varnsdorf gewesen war und der selbst das deutsche Gymnasium in Reichenberg besucht hatte – den Vorwurf des Hochverrats am deutschen Volk ein. Freilich, das Bewusstsein, österreichische Deutsche oder Deutschösterreicher, natürlich nicht „Reichsdeutsche“, zu sein, war weit verbreitet und entsprach der Übersteigerung des Volksbegriffes in den 1920er und 1930er Jahren. Andererseits organisierten sich im „Staat wider Willen“ – wie das neue Österreich von vielen bezeichnet wurde – Privatarmeen, die bäuerlich-bürgerlichen „Heimwehren“ und der sozialdemokratische „Republikanische Schutzbund“, die nach den Bestimmungen des Friedensvertrages eigentlich verboten waren. Seit dem schweren Zusammenstoß zwischen Polizei und demonstrierenden Sozialdemokraten (mit 89 Toten), die nach einem Fehlurteil den Wiener Justizpalast in Brand gesteckt hatten, vertiefte sich die politische Lagerbildung, bis sie 1934 in zwei Aufständen vollends eskalieren sollte.<sup>225</sup>

<sup>224</sup> RAUSCHER 2002; SUPPAN 1996, 172–177 u. 1116. Als Bundeskanzler Ramek im Februar 1925 wegen der Schließung deutscher Mittelschulen in der Vojvodina in Belgrad intervenieren wollte, machte ihn Sektionschef Schüller darauf aufmerksam, dass Jugoslawien das wichtigste Absatzgebiet für die österreichische Industrie sei und dass eine „mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung hervorgerufene Verschlechterung unseres Verhältnisses zu Jugoslawien materiell von uns bezahlt werden“ müsse.

<sup>225</sup> STOURZH 1995, 297f.; BOYER 2010, 417–419; KONRÁD 2012, 304f.; HANTSCH 1934; HEER 1981, 343–349 u. 359–369; RATHKOLB 2015a, 491f. Die führenden Sozialdemokraten Karl Renner, Otto Bauer, Otto Glöckel und Karl Leuthner engagierten sich

Bundeskanzler Seipel war sich auch bewusst, dass man aufgrund der Neugestaltung und vollkommenen Umwandlung des Verhältnisses zwischen Wien und Prag nach dem Weltkrieg nur allmählich eine „Atmosphäre des Vertrauens“ herstellen könne. Weder die starke Kirchengaustrittsbewegung unter den Tschechen noch die Massenentlassungen von insgesamt 33.000 deutschen Beamten und Tausenden Eisenbahnern mangels sprachlicher Eignung konnten Seipels Gefallen finden. Dennoch betrachtete er die Herstellung eines befriedigenden Verhältnisses für beide Staaten selbst als „von größter Wichtigkeit“ und als höchst wertvollen Faktor für die Gesamtlage in Mitteleuropa. Seine ursprüngliche Idee der Schaffung einer Donauföderation hatte er mangels innen- wie außenpolitischer Unterstützung bald aufgeben müssen.

Dass Deutschland im Locarno-Pakt vom Oktober 1925 zwar seine Westgrenze zu Frankreich und Belgien garantierte, nicht aber seine Ostgrenze zu Polen und der Tschechoslowakei, fasste Beneš durchaus als persönliche Zurücksetzung auf. Daher versuchte er in den folgenden Jahren unbedingt ein „Ost-Locarno“ zu erreichen, freilich ohne Erfolg. Denn Außenminister Stresemann teilte dem österreichischen Bundeskanzler Rudolf Ramek schon im März 1926 in Berlin mit, dass ein Garantiepakt mit der Tschechoslowakei „vollkommen ausgeschlossen“ sei – „schon wegen Polen“. Die Weimarer Republik rechnete ganz offensichtlich mit Grenzrevisionen in Danzig, im „Korridor“ und in Oberschlesien.<sup>226</sup>

Dennoch sah der Generalsekretär am Ballhausplatz, der gebürtige Egerländer Franz Peter, keine „ernstliche Gefährdung“ des Deutschtums in der Tschechoslowakei: „Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind so zahlreich und wirtschaftlich so stark, dass es bei einiger Geschicklichkeit ihnen möglich sein müsste, nicht nur ihren nationalen Besitzstand voll zu erhalten, sondern auch auf die Entwicklung des staatlichen Lebens in ihrem Heimatstaate bestimmenden Einfluss zu nehmen.“<sup>227</sup> – Obwohl die Sudetendeutschen in den böhmischen Ländern bei der Volkszählung 1921 nur 30,4 % der Bevölkerung ausmachten, erreichten die deutschen Parteien bei den ersten Parlamentswahlen im April 1920 32,6 % der Stimmen für das Abgeordnetenhaus und 32,7 % der Stimmen für den Senat, wodurch sie 72 Abgeordnete und 40 Senatoren stellten. Bei den Parlamentswahlen am 15. November 1925 erreichten die deutschen Parteien sogar über 1,7 Millionen Stimmen. Daher neigten die Wiener wie die Berliner Regierung Ende 1925 zur Empfehlung einer Regierungsbeteiligung der Sudetendeutschen

---

auch im 1925 gegründeten „Österreichisch-Deutschen Volksbund“ und publizierten in seinem Organ „Der Anschluß“.

<sup>226</sup> Besprechung Ramek mit Stresemann, Berlin, 27. März 1926. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 5/832; SUPPAN 2014, Bd. 1, 379–386.

<sup>227</sup> Amtsvermerk Peter, 5. März 1926. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 5/826.

in Prag. Tatsächlich wurden am 12. Oktober 1926 der Zivilrechts-Professor Robert Mayr-Harting (Deutsche Christlichsoziale Volkspartei) und der Bohemist Franz Spina (Bund der Landwirte) Mitglieder des Kabinetts von Antonín Švehla, des Obmanns der tschechoslowakischen Agrarpartei, und übernahmen das Ministerium für Justiz bzw. für öffentliche Arbeiten. Auch nach den Parlamentswahlen vom 27. Oktober 1929 stellten die Parteien der „Aktivisten“ noch 51 der 66 deutschen Mandatäre. Ab 7. Dezember 1929 erhielt Spina das Ressort für öffentliche Gesundheit, der Sozialdemokrat Ludwig Czech jenes für soziale Fürsorge. Nach den Wahlen vom 19. Mai 1935 übernahm Czech das Ministerium von Spina, der selbst nur mehr Minister ohne Portfeuille blieb und am 2. Juli 1936 von Erwin Zajicek (Deutsche Christlichsoziale Volkspartei) abgelöst wurde. Im letzten Kabinett von Milan Hodža ab Juli 1937 waren vorerst Czech, Spina und Zajicek vertreten, die jedoch Ende März/Anfang April 1938 demissionierten.<sup>228</sup>

Als Bundeskanzler Seipel im November 1927 Reichskanzler Marx und Reichsaußenminister Stresemann zum zweiten Mal in Wien empfing,<sup>229</sup> erinnerte sich dieser, auf einer der letzten Völkerbundratstagungen vom Präsidenten Masaryk gehört zu haben, dass es im Sinne einer Arbeitsteilung „Hauptaufgabe Deutschlands sein würde, alles zu tun, um eine möglichst weitgehende kulturelle Annäherung zwischen den Deutschen im Deutschen Reiche, jenen in Österreich und jenen in der Tschechoslowakei herbeizuführen“. Seipel hingegen unterstrich, dass der tschechoslowakische Ministerpräsident Švehla eine wirtschaftliche Zusammenfassung von Deutschland, der Tschechoslowakei und Österreich wünsche, was auch von starken Gruppen der österreichischen und tschechoslowakischen Industrie unterstützt werde. Diese Kombination beunruhigte zwar Beneš und seinen französischen Kollegen Briand, mit dem Eintritt deutscher Minister in die Prager Regierung könne aber – so Seipel – „nicht mehr von einem tschechoslowakischen Nationalstaat gesprochen werden, sondern es liege eine ausdrückliche Anerkennung der Sudetendeutschen als Nation neben der tschechischen Nation vor“. Aufgrund vieler Gespräche mit maßgeblichen tschechoslowakischen Politikern, Bankdirektoren und Industriellen identifizierte der Gesandte Marek im Dezember 1927 allerdings drei „außenpolitisch wirtschaftliche Konzeptionen“:

<sup>228</sup> BUCHVALDEK u. a. 1986, 601–604; KÁRNÍK 2000, 377.

<sup>229</sup> Seipel wünschte von den deutschen Politikern, dass die Reichsregierung kein Forde­rungsprogramm aufstellen werde, das Österreich und den „Anschluss“ nach anderen Problemen nennen würde, andererseits auch keines, in dem von der österreichischen Frage überhaupt nicht die Rede wäre. Marx sagte zu, dass die Reichsregierung in der österreichischen Frage niemals etwas tun werde, „ohne vorher mit Dr. Seipel Fühlung aufzunehmen“. – Besprechungen Seipel mit Marx und Stresemann, Wien, 14. November 1927. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 6/885, 886 u. 887.

- 1) Die Konzeption von Beneš entsprechend dem französischen Plan zur Errichtung einer Art von Donauföderation sah die möglichst enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Tschechoslowakei, Österreichs, Jugoslawiens, Ungarns, Rumäniens und Polens vor, also ein neues „Mitteleuropa“ mit 1,250.000 km<sup>2</sup> und 85 Millionen Einwohnern.
- 2) Die Konzeption Švehlas erstrebe eine enge Anlehnung der Tschechoslowakei an Deutschland und Österreich, da nur so die tschechoslowakische Wirtschaft „verdienen und Geschäfte machen“ könne. Mit Österreich könne eine solche Zusammenarbeit bis zur Zollunion gehen.
- 3) Die Konzeption von Masaryk und Jaroslav Preiss, dem Oberdirektor der Živnostenská banka, versuche einen Mittelweg mit Kartellierungen zwischen der tschechoslowakischen und der österreichischen Industrie. Im Übrigen glaube Preiss nicht, „dass man den Anschluss in Wirklichkeit verhindern könne.“<sup>230</sup>

Dass der „Anschluss“-Gedanke von 1918/1920 bei vielen deutschen wie österreichischen und sudetendeutschen Politikern, Professoren, Lehrern, Offizieren, Beamten, Rechtsanwälten, Ärzten, Wirtschaftskapitänen, Ingenieuren, Journalisten, Schriftstellern und Künstlern lebendig geblieben war, veranschaulichte freilich das Deutsche Sängerbundfest vom 19. bis 21. Juli 1928 in Wien. Anlässlich des 100. Geburtstages von Franz Schubert zogen 130.000 Sänger aus allen deutschen und österreichischen Ländern – aber auch aus dem Sudetenland und den USA – mit zahlreichen geschmückten Wagen vom Heldenplatz über die Wiener Ringstraße; 700.000 Personen sahen dem Spektakel zu. Die „Armee der Sänger“ erschien Bundespräsident Michael Hainisch als Symbol der Einheit des deutschen Volkes. Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe hielt auf dem Festbankett eine „Anschluss“-Rede. Die „Vossische Zeitung“ in Berlin sah im Sängerbundfest „eine Huldigung der Deutschen aus allen Gauen des Reiches für das deutsche Wien“. Seipels engster Mitarbeiter in der Politischen Abteilung, der junge Konsul Norbert Bischoff, hielt in seiner Zehn-Jahres-Bilanz zur österreichischen Außenpolitik – sicher im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler – fest: „In welche Richtung das österreichische Volk [seine] Zukunft sucht, darüber lassen die gewaltigen Kundgebungen, welche anlässlich des zehnten Deutschen Sängerbundfestes im Sommer dieses Jahres in Wien stattgefunden haben und in denen Hunderttausende ein Bekenntnis zur Einheit des gesamtdeutschen Volkstums abgelegt haben, keinen Zweifel.“ – Kein Wunder, dass der Stellvertreter von Beneš im Prager

<sup>230</sup> Besprechung Seipel mit Marx und Stresemann, Wien, 14. November 1927; Bericht Marek an Seipel, Prag, 10. Dezember 1927. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 6/886, 887 u. 891. Preiss unterstützte auch nachhaltig das deutsche Kulturleben in Prag und investierte in die sudetendeutsche Industrie.

Außenministerium, der Geschichtsprofessor Krofta, in einer internen Aussprache mit den Sektionschefs feststellte, dass „wir uns bewusst werden müssen: der Anschluss kann für die Zukunft nicht verhindert werden“.<sup>231</sup>

Bundeskanzler Seipel scheute sich am 8. September 1928 in seiner Rede als Vizepräsident der Völkerbundversammlung nicht, auf „eine Grenzlinie durch Europa“ hinzuweisen, „die zwei verschiedene Begriffe der Nation voneinander unterscheidet“:

Auf der einen Seite dieser Grenze wohnen Völker, denen der Staat alles ist, die unter Nationalgefühl ein großes Maß an Begeisterung für den Staat verstehen, dem sie freiwillig oder nicht angehören. Auf der anderen Seite der Grenze gilt das Bewusstsein der gemeinsamen Sprache und Kultur und die ihr zugrunde liegende Blutsverwandtschaft mehr, ohne dass dadurch die Loyalität gegen den Staat beeinträchtigt zu werden braucht. Für die einen bedeutet Minoritätenschutz nur eine humane Übergangsregel, um den Fremdstämmigen und Fremdsprachigen das Aufgehen in dem größeren Staatsvolk, dem sie durch die ursprüngliche Siedlungsart oder durch irgendwelche geschichtliche Ereignisse zugewiesen worden sind, schmerzloser zu machen. Den anderen ist er ein heiliges, natürliches, unverjährbares Recht, auf das sie, selbst wenn sie wollten, gar nicht verzichten dürften.<sup>232</sup>

Auch auf der Ebene der Europapolitik ließen der Briand-Kellogg-Pakt vom August 1928 und das Europa-Memorandum des französischen Außenministers im Mai 1930 die Spaltung Europas bestehen: zwischen Verteidigern und Gegnern des Status quo, zwischen garantierten und „weniger vornehmen“ Grenzen. Daher sandte Generalsekretär Peter an alle Gesandtschaften einen kritischen Kommentar:

Dass jene Staaten, welche sich als Gewinner der Situation von 1918 betrachten, die Briand'sche Formel im Sinne der starren Aufrechterhaltung des Status quo auslegen, ist von ihrem Standpunkte aus begreiflich. Wir aber und mit uns alle jene, die sich durch 1918 benachteiligt fühlen, [...] haben ein eminentes Interesse daran, dieser statischen Interpretation der Briand'schen Formel eine elastische Auffassung auch dann gegenüberzustellen, wenn sie Herrn Briand selbst heute noch nicht in aller Deutlichkeit bewusst wäre.<sup>233</sup>

<sup>231</sup> HANISCH 2001, 114f.; HEER 1981, 350 u. 368; BISCHOFF 1928, 34; KUBÛ 2001. Nach den Leipziger Messeverzeichnissen waren alle Deutschsprachigen Mitteleuropas durch einen imponierenden Bücher-, Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt vereint, der etwa 1927 bereits 37.886 Titel anbot, wobei einige Großverlage in Berlin, Leipzig, München und Stuttgart dominierten. Abgesehen von den beiden Verkaufshits „Im Westen nichts Neues“ (Erich Maria Remarque) und „Buddenbrooks“ (Thomas Mann) erreichten auch die „österreichischen“ Schriftsteller Stefan Zweig, Arthur Schnitzler, Joseph Roth, Rainer Maria Rilke und Robert Musil hohe Auflagen. – WEHLER 2008, 474–478.

<sup>232</sup> KOCH 2004, 20f.

<sup>233</sup> Instruktion Peter an alle Gesandtschaften, GZ 27.539–13/1930, Wien, 31. Mai 1930, ÖStA, AdR, NPA Paneuropa, Kt. 330.

Die guten Konjunkturjahre bis 1929 blieben für eine engere wirtschaftspolitische Kooperation ungenützt, obwohl die Tschechoslowakei 1929 Güter im Wert von etwa 3 Milliarden Kčs nach Österreich aus- und Güter im Wert von etwa 1,6 Milliarden Kčs aus Österreich einfuhrte. Nach wie vor wurde von der Prager Politik und den Prager Banken versucht, deutsche und österreichische Aktionäre aus den größten und wichtigsten Betrieben zu verdrängen. In der Weltwirtschaftskrise – mit überlappender Agrar-, Industrie- und Finanzkrise – reduzierte sich dann das wechselseitige österreichisch-tschechoslowakische Handelsvolumen auf ungefähr ein Drittel und blieb bis 1937 auf diesem niedrigen Niveau. Dabei hätte eine wirtschaftliche Zusammenfassung Deutschlands, der Tschechoslowakei und Österreichs am besten der wirtschaftlichen Logik entsprochen. Aber Beneš – vom deutschen Staatssekretär Carl von Schubert schon 1928 direkt darauf angesprochen – nahm bei der Ausrede Zuflucht, dass sich sowohl Frankreich und Italien als auch Großbritannien gegen eine solche Wirtschaftsgemeinschaft stellen würden.<sup>234</sup>

Nachdem Bundeskanzler und Außenminister Johannes Schober auf der Zweiten Haager Konferenz im Jänner 1930 die Aufhebung aller Kriegsschulden und des Generalpfandrechtes sowie die Streichung aller Forderungen der Nachfolgestaaten erreicht hatte, begann er bereits im Februar mit Reichsaußenminister Julius Curtius über eine engere handelspolitische Zusammenarbeit zu konferieren. Am 7. Juli 1930 hielt das Auswärtige Amt in einem Memorandum für Reichskanzler Heinrich Brüning fest, dass „der Zusammenschluss mit Österreich die vordringlichste Aufgabe deutscher Politik“ sei, „denn von einem zu Deutschland gehörenden Österreich aus könnte in ganz anderer Weise, als dies jetzt möglich ist, die Entwicklung im Südosten im Interesse Deutschlands beeinflusst und gelenkt werden“. Bei einem Gespräch mit Beneš in Genf im September 1930 ließ Curtius die Idee eines gemeinsamen Vorgehens Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei hinsichtlich der Abnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Agrarstaaten Ostmittel- und Südosteuropas aufleben, aber Beneš lehnte eine Wirtschaftskonferenz zwischen Berlin, Prag und Wien ab. Daher begannen Curtius und Schober mit ihren engsten Mitarbeitern Ritter und Schüller – streng vertraulich – mit der Vorbereitung eines Plans über eine deutsch-österreichische Zollunion und einigten sich bei einem Besuch von Curtius in Wien zwischen dem 3. und 5. März 1931 auf „Richtlinien zur Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse Deutschlands und Österreichs“, die die Freiheit des Warenverkehrs nach innen sowie die Identität der Zoll- und Handelspolitik nach außen enthielten.

<sup>234</sup> Bericht Marek an Seipel, Prag, 14. März 1929; Bericht Marek an Peter, Prag, 7. August 1929. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 6/960 u. 977; Gespräche Schubert – Beneš, Berlin, 22.–24. Mai 1928. In: HAJDINOVÁ u. a. 2015, Dok. 110 u. 125–127.

Nach Durchsickern von Informationen im „Pester Lloyd“ und in der „Neuen Freien Presse“ und der Ansetzung einer gemeinsamen Demarche von Curtius und Schober in London, Paris und Rom gab es am 21. März einen Entrüstungsturm in Paris und Prag, da sich besonders die französische und die tschechoslowakische Regierung vom „deutschen Revisionismus“ herausgefordert fühlten. Beneš sprach sogar von der „Vorbereitung eines neuen Krieges“ und sandte ein scharfes Exposé nach Paris. Der Gesandte Marek verfasste hingegen eine bemerkenswerte politisch-psychologische Analyse:

Man ist einmal aus Tradition gegen alles Deutsche und zwar [...] weniger aus Hass gegen die Deutschen als vielmehr infolge eines gewissen Minderwertigkeitskomplexes, ein vielleicht unbewusstes Gefühl, das man durch Überbetonung einer Geringschätzung der Deutschen los zu werden trachtet. [...] Man hat sich auf die Seite der Sieger geschlagen, ist ein Kind der großen französischen Republik und wird sich jetzt plötzlich mit den Besiegten und noch dazu mit den Deutschen vereinen, denen man endgültig „über“ zu sein glaubte? Das, was man von dem so zäh bekämpften politischen Anschluss befürchtet, das „Ertrinken im deutschen Meere“, das soll man jetzt auf einem geschickt maskierten Umweg erdulden? Wozu das schöne und kostspielige Heer, das all die verdienten Legionäre und andere treue Söhne des Vaterlandes versorgt und sie mit Glanz umgibt? [...] Und last not least, man ist einmal auf Frankreich eingeschworen, ist Frankreich zu Dank verpflichtet und muss und wird also machen, was Frankreich wünscht und befiehlt. [...] Aber Frankreich sagt, der Zollplan ist der Anschluss und wenn der Anschluss kommt, hat Deutschland den Krieg gewonnen.<sup>235</sup>

Auf Anregung des britischen Außenministers Henderson landete die Frage des Zollunionsprojektes am 18. Mai vor dem Völkerbundrat, wo Schober die zollpolitischen Intentionen Österreichs zur Überwindung der Wirtschaftskrise darlegte, während Beneš neuerlich vor dem „Anschluss“ warnte: „Wir haben es hier mit zwei Ländern derselben Rasse und derselben Sprache zu tun, in denen durch politische Aktion bereits ein gewisses politisches Gefühl für die vollständige Vereinigung geschaffen worden ist.“ Der Völkerbundrat verwies die Prüfung des Zollunionsprojektes schließlich an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, der Anfang September 1931 mit nur acht gegen sieben Stimmen entschied, dass eine deutsch-österreichische Zollunion zwar nicht gegen das Anschlussverbot des Friedensvertrages von Saint-Germain verstoße, wohl aber im Widerspruch zum Genfer Protokoll I von 1922 stehe. Bereits wenige Tage zuvor

<sup>235</sup> Österreichisch-deutsche Besprechungen am 22. und 24. Februar 1930 in Berlin. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 7/1107; Österreichisch-deutsche Besprechungen, Wien, 3. und 5. März 1931; Richtlinien für eine deutsch-österreichische Zollunion, Wien, 19. März 1931; Zirkularerlass Schober an Gesandte in Paris, London, Rom, Prag und Budapest, Wien, 2. April 1931; Bericht Marek an Schober, Prag, 9. April 1931. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 7/1069, 1077, 1099 u. 1104; SCHÜLLER 1990, 160f.; GOLDINGER / BINDER 1992, 178f.; SUPPAN 2014, Bd. 2, 437–443.

hatte jedoch die Wiener Regierung das Ende des Zollunionsprojektes bekanntgeben müssen, da sie für die Rekonstruktion der schwer angeschlagenen Credit-Anstalt auch französische Kredithilfe benötigte.<sup>236</sup>

Die Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, Österreichs weitaus größte Bank, die nach wie vor stark in ganz Ostmitteleuropa engagiert war, hatte am 8. Mai 1931 der Regierung mitteilen müssen, dass sie für das Jahr 1930 einen Verlust von 140 Millionen Schilling ausweisen müsse. Infolge des plötzlichen Abzugs von Guthaben und der Kündigung kurzfristiger Kredite durch ausländische Gläubiger, zu denen amerikanische und französische Finanzgruppen sowie die Bank of England gehörten, musste die österreichische Regierung die Garantie für alle Einlagen übernehmen. Die britische Regierung war „angesichts der Gefahren der gegenwärtigen Krise in Österreich, die jeden Augenblick die Stabilität Deutschlands und anderer Staaten in Mittel- und Osteuropa gefährden kann“, so „schwer beunruhigt“, dass sie die Bank of England zur Gewährung eines kurzfristigen Kredits in Höhe von 150 Millionen Schilling drängte. Die französische Regierung machte eine eventuelle Hilfe vom bedingungslosen Rücktritt vom Plan einer Zollunion abhängig, wozu sich die Wiener Regierung in Abstimmung mit der Berliner durchringen musste. Die gesamte Rettungsaktion für die Credit-Anstalt sollte bis 1933 schließlich fast eine Milliarde Schilling kosten, mehr als die Hälfte des Bundesbudgets für das Jahr 1932. Aus der internationalen Rothschild-Bank war eine österreichische Staatsbank geworden.<sup>237</sup>

Das Haager Urteil empörte die öffentliche Meinung in Deutschland und Österreich, schadete den Regierungen Brüning und Buresch und nützte der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1932 (am 31. Juli mit 37,3 %, am 6. November mit 33,1 %) bzw. bei den Landtagswahlen in Niederösterreich, Salzburg und Wien am 24. April 1932. In Deutschland wurde die NSDAP stärkste Partei, in Österreich versechsfachte sie ihren Stimmenanteil gegenüber der Nationalratswahl von 1930.<sup>238</sup> Seit der Verhinderung des

<sup>236</sup> Rede Schober vor dem Völkerbundrat, Genf, 18. Mai 1931. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 7/1131; League of Nations, Official Journal, 12th Year, No. 7, Minutes of the 63rd Session of the Council, 1076; Amtsvermerk Peter, 2. und 3. September 1931. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 7/1164; BEER 1988, 21–61.

<sup>237</sup> STIEFEL 1988; CARSTEN 1988, 123–127; SANDGRUBER 1995, 387–390; ŠEPTÁK 2014/15, 248f.

<sup>238</sup> SCHULZE 1982, 382; JEDLIČKA / NECK 1975, 263. Nach dem „Anschluss“ kommentierte der führende amerikanische Völkerrechtler Charles Fenwick erstaunlich kritisch: „Wenn Staatskunst die Fähigkeit ist, die Auswirkungen zu erkennen, die eine politische Entscheidung zehn Jahre später haben wird, so zeigten die Regierungen von Großbritannien und Frankreich einen außerordentlichen Mangel an Staatskunst, als sie nicht nur eine politische Vereinigung von Österreich und Deutschland verhinderten, sondern sogar eine begrenzte Zollunion, die Österreich wirtschaftliche Hilfe ohne die Notwen-

Zollunionsprojektes wurden verständlicherweise alle von Beneš gesetzten außenpolitischen Aktivitäten sowohl in Berlin als auch in Wien mit großem Misstrauen aufgenommen. Wenig überraschend beteiligte sich die Prager Regierung auch nicht an der Lausanner Anleihe zugunsten Österreichs in Höhe von gut 300 Millionen Schilling, die zwar kurzfristig Erleichterung verschaffte, jedoch zu Bedingungen von 1922, weshalb das österreichische Parlament nach heftigen Debatten nur mit der knappen Mehrheit von 82 : 80 zustimmte. Der schwedische Generalkonsul Alois Marquet, von einer Gruppe ausländischer Gläubiger in den Verwaltungsrat der Credit-Anstalt entsandt, hielt im Jahresbericht für 1932 fest: Österreich kämpfe „augenblicklich“ (im Februar 1933) – „mitten unter bereits zugrunde gegangenen oder im Zugrundegehen begriffenen anderen Staatswirtschaften, durch Zahlungsverbote, Ein- und Ausfuhrverbote, durch sich immer höher türmende Zollmauern von der Luft und dem Weg ins Freie immer stärker abgeschlossen“ – politisch und wirtschaftlich einen „Verzweiflungskampf“, von dem allerdings nicht alle Bevölkerungsschichten gleichmäßig betroffen seien. „Noch ein oder zwei Jahre Fortdauer des jetzigen Regimes und Österreich ist für eine Diktatur reif, von welcher Seite immer sie kommt.“<sup>239</sup> – Es sollte nur mehr einen Monat dauern.<sup>240</sup>

Neben dem „Anschluss-Komplex“ existierte bei den tschechischen Parteien – vielleicht wegen vieler tschechischer Beamter aus früheren Wiener Ministerien sowie aus der Prager und Brüner Statthaltereien – durchaus auch ein „Habsburger-Komplex“. Nicht zuletzt Masaryk, Beneš und Kramář vertraten eine konsequente Politik der „Entösterreichung“, was sich etwa in der Beseitigung vieler österreichischer Symbole, in der Reduzierung des Deutsch-Unterrichtes an tschechischen Mittelschulen und in der Assimilationspolitik gegenüber Prager, Brüner, Iglauer und Budweiser Deutschen niederschlug. Vor allem in der gesamten Kulturpolitik – Architektur, Malerei, Musik, Theater, Film etc. – versuchte Prag vom bisher dominanten deutsch-österreichischen Einfluss loszukommen und sich französischen Vorbildern zuzuwenden. Im gegenüber Wien nun reicher gewordenen Prag mit nahezu einer Million Einwohnern entstanden etwa beachtliche Zeugnisse der funktionalistischen Architektur, so das Baťa-Haus. Andererseits

---

digkeit enger politischer Bindungen gebracht hätte. [...] Eine bloße Zollunion hätte vielleicht die wirtschaftliche Situation in Österreich nicht grundlegend gewandelt; aber die Zurücknahme des gegen sie gerichteten Verbotes hätte die politische Situation entspannt und die demokratischen Kräfte sowohl in Österreich als auch in Deutschland gestärkt.“ – FENWICK 1938, 312.

<sup>239</sup> Jahresbericht Marquet an kgl. Ministerium des Äußeren in Stockholm, Wien, im Februar 1933, ÖStA, AdR, NPA Präs., Nachlass Guido Schmidt, Fasz. 1/II.

<sup>240</sup> Stenographisches Protokoll, Nationalrat der Republik Österreich, 28. Juli 1932. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 8/1239; KOVTUN 2005, 663–670; KLINGENSTEIN 1965, 132–140; MATIS 1995; STEININGER 1996; SUPPAN 2014, Bd. 1, 437–446.

demonstrierten Ende September 1930 tschechische Rechtsradikale gegen die sehr erfolgreich laufende Aufführung zweier deutscher Unterhaltungsfilme in Prag und gingen gewalttätig gegen die beiden Lichtspieltheater, deutsche und jüdische Cafés sowie gegen das Neue Deutsche Theater vor. Dass auch der Prager Stadtrat unter Führung von Primator Karel Baxa „die würdigen Manifestationen für den Schutz des slavischen Charakters Prags“ begrüßte, unterstrich die deutschfeindliche Stimmung in der öffentlichen Meinung der Hauptstadt.<sup>241</sup>

Die Weltwirtschaftskrise beschleunigte die „Desintegration zweier Völker im selben Lande“, wie der Prager Soziologe Eugen Lemberg diese generationenlang ununterbrochene, stets progressiver anschwellende Gedankenhaltung beschrieb. Der Prager Historiker Jan Křen spricht heute von „Konfliktgemeinschaft“, die freilich bereits seit den 1880er Jahren entstanden sei. Vor allem der katastrophale Einbruch der deutschen, tschechoslowakischen und österreichischen Exporte ließ die Arbeitslosigkeit in den drei mitteleuropäischen Industriestaaten im Winter 1932/33 auf etwa 9 Millionen in Deutschland (= 30% der Erwerbsfähigen), 770.000 in Österreich (= 27% der Erwerbsfähigen) und über eine Million in der Tschechoslowakei (= 15% der Erwerbsfähigen) hochschnellen. Aufgrund der Konzentration der exportabhängigen Leichtindustrie in den deutschen Siedlungsgebieten (vor allem um Reichenberg) und des konjunkturabhängigen Fremdenverkehrs im nordwestböhmisches Bäderdreieck Karlsbad/Karlovy Vary, Marienbad/Mariánské Lázně und Franzensbad/Františkovy Lázně stieg jedoch die Arbeitslosigkeit bei den Sudetendeutschen auf bis zu 600.000 (= 35% der Erwerbsfähigen!) an. Da die tschechische Arbeitslosigkeit infolge der größeren Stabilität in der Grundstoffindustrie kaum mehr als 10% ausmachte, ergab sich daraus nicht nur eine deutliche ethnische Differenz, sondern zugleich auch eine schwere nationalpolitische Belastung. Weil die Massenarbeitslosigkeit nicht zuletzt viele Schulabgänger betraf, die daher auch keine Arbeitslosenunterstützung erhielten, neigten diese einerseits zu politischer Apathie, andererseits zur Akzeptanz autoritärer Haltungen sowie rechts- bzw. linksradikaler Propaganda. Ähnliches galt für viele „Ausgesteuerte“, d. h. wegen Langzeitarbeitslosigkeit nur mit geringer Sozialhilfe Unterstützte.<sup>242</sup>

Obwohl mit dem Machtantritt Adolf Hitlers am 30. Jänner 1933 sowohl Österreich als auch die Tschechoslowakei in ihrer staatlichen Exis-

<sup>241</sup> KOVTUN 2005, 99–110 u. 133–144; BOYER 1999, 329–335; Bericht Koch, 20. Oktober 1930. In: ALEXANDER 1983, Bd. III, Dok. 104; JAWORSKI 1977, 152–159; WINGFIELD 2007, 199–230.

<sup>242</sup> SEIBT 1993a, 292f.; WEHLER 2008, 517; SANDGRUBER 1995, 382–387; RATHKOLB 2015a, 494; vgl. JAWORSKI 1977.

tenz bedroht waren,<sup>243</sup> erschütterte vorerst die „Hirtenberger Waffenaffäre“ die internationale Politik. Nicht nur Paris und London, sondern auch die Kleine Entente schlug einen Ton an, als ob die illegalen Waffentransporte (immerhin 100.000 Gewehre) aus Italien über Österreich nach Ungarn eine neue Kriegsgefahr darstellen würden. Erst als Mussolini in London intervenieren ließ, konnte auch Dollfuß die Affäre mit einer selbstbewussten Erklärung gegenüber den Sozialdemokraten abtun. Als ein Eisenbahnerwarnstreik durch den spontanen Rücktritt aller drei Nationalratspräsidenten zu einer Geschäftsordnungskrise im Parlament führte, entschied sich die Regierung Dollfuß am 7. März, mittels des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917 zu regieren, was einem Verfassungsbruch gleichkam. Bundespräsident Wilhelm Miklas stimmte aber der Regierungsdiktatur samt Einschränkung der Pressefreiheit und Aufmarschverbot zu. Der Schritt in die Diktatur war nicht nur von der zum Faschismus neigenden Heimwehrbewegung und der Anlehnung an Italien angestoßen worden, sondern in noch größerem Maß von der Angst der Christlichsozialen vor der Sogkraft der Nationalsozialisten, die gerade die Reichstagswahlen am 5. März deutlich gewonnen hatten. Nicht zufällig pochte Hitler während des Jahres 1933 – und bis zum Juli 1934 – immer wieder auf Neuwahlen in Österreich.<sup>244</sup>

Weder Wien noch Prag – aber auch nicht Paris, London oder Moskau<sup>245</sup> – wussten anfänglich, was Hitler wirklich bedeutete. Zweifellos waren Österreich und die Tschechoslowakei durch Hitlers Revisions- und Expansionsprogramm in mehrfacher Weise bedroht: einmal durch die Einflussnahme der NS-Propaganda auf die Österreicher und Sudetendeutschen, dann durch das Streben des Nationalsozialismus nach ideologischer Gleichschaltung aller Deutschen, dann durch die Forderung nach dem „Anschluss“ Österreichs, schließlich durch Hitlers Zielsetzung nach

<sup>243</sup> Als Marek am 11. Dezember 1931 Beneš gefragt hatte, ob er von einem allfälligen NS-Regime in Deutschland „Resonanz“ in den „Randgebieten“ befürchte, verlor der Außenminister die Contenance: „Wir würden [...] die Nationalsozialisten in Fetzen reißen und sie alle ins Kriminal sperren.“ – Bericht Marek an Schober, Prag, 15. Dezember 1931. In: HAJDINOVÁ u. a. 2016, Dok. 46. Sechs Wochen später klang Beneš schon passiver: „Das deutsche Volk laufe Extremen nach und jubele Hitler zu; dieser werde zur Macht kommen und werde seinen Lehren und Prinzipien Geltung verschaffen wollen.“ – Bericht Marek an Buresch, Prag, 30. Jänner 1932. In: ebd., Dok. 48.

<sup>244</sup> KEREKES 1966, 133; BINDER 1996. Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 gewann die NSDAP 43,9% der Stimmen, die SPD 18,2%, das Zentrum und die BVP 14,1% und die KPD 12,2%. – THAMER 1986, 256f. Die Angst der Christlichsozialen war begründet, denn bei den letzten freien Wahlen in Österreich, den Gemeinderatswahlen in Innsbruck am 23. April 1933, wurde die NSDAP mit 41,1% stärkste Partei, wobei die Großdeutsche Volkspartei praktisch absorbiert wurde und die Sozialdemokraten elf, die Christlichsozialen sechs Prozentpunkte verloren. – STOURZH 2011d, 183f.

<sup>245</sup> STEINER 2011, 19–28.

„Eroberung neuen Lebensraumes im Osten“. Die internationale Politik der kollektiven Sicherheit war jedenfalls durch die außenpolitische Programmatik Hitlers prinzipiell in Frage gestellt. Anlässlich des jährlichen Diplomattendiners beim Staatspräsidenten bemerkte Beneš gegenüber Marek, dass „der deutsche Versuch einer Parteidiktatur [...] seiner Ansicht nach im Voraus zum Misserfolge verurteilt“ sei. „Reichskanzler Hitler werde weder das Tempo noch die Richtung durchhalten, und Dr. Beneš glaubt nicht, dass Deutschland die ersten vier Jahre des Hitler’schen Programms werde aushalten können.“ Masaryk stimmte lebhaft zu und meinte, „er könne sich nicht vorstellen, wie ein Volk der Dichter, Denker, Professoren und Intellektuellen eine solche Knebelung der primitivsten Freiheiten sich auf Dauer werde gefallen lassen“. Aber der tschechoslowakische Gesandte in Wien, der Sozialdemokrat Zdeněk Fierlinger, sandte bald besorgniserregende Berichte nach Prag. So meldete er etwa am 4. Mai 1933, dass „die Parteigänger Hitlers nach und nach alle Bevölkerungsschichten durchdringen auf Kosten sowohl der Christlich-Sozialen als auch der Sozialdemokraten“. Als Dollfuß am 15. Mai den Reichsjuristenführer Hans Frank, den späteren Generalgouverneur in Polen, ausweisen ließ, antwortete Hitler bereits am 27. Mai mit einer „Tausend-Mark-Sperre“, einer Taxe für das Ausreisevisum nach Österreich in Höhe von 1.000 Reichsmark, die vor allem den deutschen Tourismus nach Österreich einbrechen ließ. Als Anfang Juni sogar eine Serie von NS-Sprengstoffanschlägen begann und zu einem tödlichen Handgranatenanschlag auf eine Gruppe christlich-deutscher Turner führte, verbot Dollfuß am 19. Juni 1933 die NSDAP.<sup>246</sup>

Die Unterzeichnung eines Konkordats zwischen Österreich und dem Heiligen Stuhl am 5. Juni 1933 stärkte Dollfuß zwar außenpolitisch, aber nicht innenpolitisch. Bei ihrem Treffen in Riccione am 19. und 20. August erklärte sich Mussolini zwar bereit, „seinen ganzen Einfluss in Berlin auch weiterhin zum Schutze der Unabhängigkeit und ruhigen Entwicklung Österreichs und im Interesse einer ehemöglichen Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten“ zu verwenden, führte Dollfuß aber auch in sehr eindringlicher Weise die Notwendigkeit einer straffen Führung der Innenpolitik angesichts der nationalsozialistischen Gefahr vor Augen. Tatsächlich hatten diese Gespräche starken Einfluss auf die weitere Entwicklung in Österreich, zumal Dollfuß meinte, dass Österreich dank

<sup>246</sup> Bericht Marek an Dollfuß, 31. März 1933. In: HAJDINOVÁ u. a. 2016, Dok. 87; DEJMEK 2009, 158f. u. 161; Zirkularerlass BKA/AA an alle Gesandtschaften, Wien, 16. Mai 1933; Telefonat Tauschitz an Dollfuß, Berlin 27. Mai 1933. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 9/1301 u. 1307. Die Einhebung einer „Gebühr“ von 1.000 Reichsmark für Reisen nach oder durch Österreich traf vor allem viele Orte in Tirol und der Steiermark sowie die Stadt Salzburg schwer. Die Salzburger Festspiele gewannen allerdings als „Gegen-Bayreuth“ viele amerikanische Juden als Gäste, mit Arturo Toscanini als Aushängeschild. – SANDGRUBER 1995, 377.

Italien außen- und innenpolitisch „rückenfrei“ sei. Aber auch Dollfuß' programmatische Rede auf dem Wiener Trabrennplatz – bei einer Kundgebung der Vaterländischen Front am 11. September 1933 – konnte die NS-Propaganda nicht eindämmen, auch wenn er einen „sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker autoritärer Führung“ forderte, der sich gegen Marxismus, kapitalistische Wirtschaftsordnung, Nationalsozialismus und Parteienherrschaft stellen müsse.<sup>247</sup>

Erst am 29. September 1933 trafen sich Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und Außenminister Beneš zu einem persönlichen Gespräch – bezeichnenderweise um sechs Uhr früh am Bahnhof von Wörgl in Tirol, Beneš auf der Fahrt nach Genf, Dollfuß auf der Rückreise aus Genf. Beneš erklärte noch immer etwas großspurig, dass die Prager Regierung dem Bundeskanzler „in seinem Abwehrkampfe gegen den Nationalsozialismus vollkommen zur Verfügung“ stehe, freilich nur, wenn es Dollfuß ausdrücklich wünsche. Andererseits fand Beneš als Parteigänger der tschechischen National-Sozialisten noch 1934 in seiner großen „Rede an die Slowaken“ durchaus positive Worte zu Faschismus und Nationalsozialismus: „[...] wo aber diese beiden Regime schon heute vollen Erfolg haben [...] ist die Frage der vollkommenen nationalen Vereinigung und Stählung der nationalen Gesamtheit“. Und weiter über den Nationalsozialismus: „Dieser [...] hat aber in ihm unbändige Kräfte, ein dynamisches Element des nationalen Fühlens, das seinen hauptsächlichlichen Ausdruck in der Vereinigung des Reiches, in der Beseitigung der alten staatlichen Verfassungen [...] fand.“<sup>248</sup>

Trotz des Austritts des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund am 14. Oktober 1933 qualifizierte Beneš die „nationalsozialistische Revolu-

<sup>247</sup> Weisung Hornbostel an alle Gesandtschaften, Wien, 25. August 1933; Amtserinnerung Hornbostel, Wien, 25. August 1933. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 9/1368 u. 1369; STOURZH 2011d, 188. Auf ihrem Parteitag im Oktober 1933 strichen die Sozialdemokraten den Punkt über den „Anschluss“ aus dem Linzer Parteiprogramm von 1926.

<sup>248</sup> KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 9/1382; BENEŠ 1934b, 37f. Einen der bedeutendsten Texte zur Machtergreifung der Nationalsozialisten verfasste zwischen Mai und September 1933 Karl Kraus unter dem Titel „Dritte Walpurgisnacht“. Dann entschloss er sich aber, dieses zum großen Teil bereits gesetzte, über 300 Seiten umfassende Heft der „Fackel“ nicht zu veröffentlichen. Da Kraus seit den frühen 1920er Jahren Hitler und seine Bewegung als Produkt einer vergifteten Nachkriegsgesellschaft bezeichnet hatte, wurde nun sein Schweigen („Mir fällt zu Hitler nichts ein“) von seinen marxistischen Verehrern als Verrat am gerade jetzt notwendigen Kampf gesehen. Auch sein Eintreten für den österreichischen Ständestaat im Sommer 1934 als letzte Bastion gegen Hitler und als Rettung „vor dem entsetzlichsten Verhängnis, das jemals über der Menschheit gelastet hat“, wurde heftig kritisiert. Andererseits warf Kraus der Sozialdemokratie falsches Taktieren und Verrat an der Sache der Arbeiterschaft vor. – HELMUT MAYER: Der im Haus der Spache wohnte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. September 2016, 14.

tion“ als Umsetzung alldeutscher Grundsätze, die tief ins 19. Jahrhundert zurückreichten. Andererseits glaubte er zu wissen, dass Deutschland bereits seit 1928 rüste und schon alle jene Tanks, Flugzeuge und schweren Geschütze besitze, die es nach dem britischen Vorschlag auf der Abrüstungskonferenz erst in acht Jahren hätte haben sollen. Obwohl sich das Prager Außenministerium noch sicher war, dass Deutschland an keinen Angriffskrieg denken könne, wurden die Grenzbefestigungen an der Nordgrenze verstärkt, und im Winter 1933/34 rollten die ersten Škoda-Panzer von den Fertigungsbändern.<sup>249</sup>

Trotzdem die Regierung Dollfuß am 10. November 1933 die Todesstrafe im Verfahren vor Standgerichten wiedereingeführt hatte, brach mit Jahresbeginn 1934 eine neue nationalsozialistische Terrorwelle über Österreich herein. Der Gesandte Tauschitz wurde mit einer Demarche in Berlin beauftragt und drohte sogar mit einer Anfrage an den Völkerbund. Generalsekretär Peter stellte dezidiert fest: „Wenn der Kanzler eines Reiches gleichzeitig Führer einer Partei ist, die in einem anderen Lande sich innenpolitisch betätigt, so sei wohl mit dieser Tatsache allein der Beweis erbracht, dass sich das erstere Land in die innenpolitischen Angelegenheiten des letzteren einmisch.“ Am 5. Februar 1934 wurde das umfangreiche Dossier erneut diskutiert, der Ministerrat konnte sich aber nicht auf eine sofortige Anrufung des Völkerbundesrates festlegen, sondern wollte zuerst in London, Paris und Rom sondieren. Gerade aus London wurde der österreichischen Regierung allerdings nachdrücklich von einem solchen Schritt abgeraten. Immerhin gaben die drei Regierungen am 17. Februar eine übereinstimmende Erklärung ab, „die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs gemäß den geltenden Verträgen aufrechtzuerhalten“.<sup>250</sup>

Dem eher feindlichen Verhältnis zwischen Beneš und Mussolini entsprechend, lehnte der tschechoslowakische Außenminister auch die Zusammenarbeit zwischen Dollfuß und Mussolini ab, der den österreichischen Bundeskanzler letzten Endes zu scharfem Vorgehen gegen die sozialdemokratische Opposition anstachelte. Als am 12. Februar 1934 eine Waffensuche im Linzer Arbeiterheim den bewaffneten Widerstand des „Republikanischen Schutzbundes“ auslöste – nach den Bestimmungen von Saint-Germain hätten Heimwehr und Schutzbund längst aufgelöst gehört –, begannen bürgerkriegsähnliche Kämpfe in Linz, Wien, Graz, Bruck an

<sup>249</sup> Bericht Marek an Dollfuß, Prag, 23. Oktober 1933. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 9/1386.

<sup>250</sup> MRP VIII/5, 1. und 5. Februar 1934, Prot. Nr. 919 u. 920; SUPPAN 1996, 202f. Während sich Deutschland durch Nichtzahlen seiner Auslandsanleihen beträchtliche Erleichterungen des staatlichen Zinsendienstes erzwang, erfüllte Österreich auch noch im September 1934 seinen Schuldendienst gegenüber dem Ausland. – Ministerkomiteesitzung, September 1934, ÖStA, AdR, Nachlass Wildner, Kart. 8.

der Mur und Steyr sowie in anderen österreichischen Industriestädten gegen Polizei, Gendarmerie, Bundesheer, Schutzkorps und Heimwehr, die nach vier Tagen mit insgesamt 356 Toten und über 800 Verwundeten sowie der standrechtlichen Hinrichtung von neun Schutzbündlern endeten. Die Regierung löste die Sozialdemokratische Partei auf, beschlagnahmte ihre Vermögenswerte und annullierte die sozialdemokratischen Mandate. Teile der Prager Regierung unterstützten den Aufstand und die Flucht der sozialdemokratischen Führer Otto Bauer und Julius Deutsch sowie von etwa 2.000 Schutzbündlern nach Pressburg und Brünn, wo sie ein „Auslandsbüro“ aufbauten und die „Arbeiter-Zeitung“ weiter erscheinen konnte. Das politische Klima zwischen Wien und Prag war damit gründlich gestört – da half auch kein einlenkendes Exposé von Beneš vor beiden Kammern des Prager Parlaments. Beneš verwarf jetzt nicht nur eine deutsche, italienische und „Habsburger-Lösung“ für die österreichische Frage, sondern auch eine „mitteleuropäische Lösung“ durch Zusammenschluss der kleineren Staaten Ostmitteleuropas. Er trat nunmehr für die völlige Unabhängigkeit Österreichs von allen seinen Nachbarn mit gewissen Garantien aller oder der Mehrheit der europäischen Großmächte ein. Der Historiker Edmund Hallett Carr hatte aber schon am 26. Februar im Foreign Office festgestellt: „Das unabhängige Österreich ist tot, und der Erbe des Nachlasses muss entweder Italien oder Deutschland sein.“<sup>251</sup>

Der Abschluss der „Römer Protokolle“ am 17. März 1934 mit Italien und Ungarn führte Österreichs Außenpolitik vorerst noch tiefer ins italienische Fahrwasser, da sich die Vertragspartner „zur Fühlungnahme vor politischen Entscheidungen“ verpflichteten. Immerhin gab es vernünftige wirtschaftliche Vereinbarungen hinsichtlich wechselseitiger Exportgüter, Vorzugszöllen und Transportvergünstigungen. Die Einrichtung eines autoritären „Bundesstaates“ in Österreich am 1. Mai 1934 (Selbstbezeichnung „Ständestaat“) entsprach daher durchaus der Strategie Mussolinis – wohl weniger jener Hitlers, der bei ihrem Treffen in Stra bei Venedig volle Bewegungsfreiheit für die NSDAP in Österreich verlangte. Jedenfalls veränderten die zahlreichen nationalsozialistischen Anschläge in Österreich – bei denen zwischen 1933 und 1938 immerhin knapp 800 Personen verwundet oder getötet wurden – sowie der nationalsozialistische „Juliputsch“ mit der Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß und insgesamt 269 Toten und 1.090 Verwundeten die missgünstigen Beziehungen zwischen Wien und Berlin nur wenig. Das Ausmaß der Involvierung Hitlers in die Putschpläne ist zwar nach wie vor unklar, dürfte aber doch größer gewesen sein als

<sup>251</sup> MRP VIII/5, 12. und 16./17. Februar 1934, Prot. Nr. 922 u. 923; NECK 1975; GOLDINGER / BINDER 1992, 211–239; BENEŠ, 21. März 1934; STOURZH 2011d, 181; CARSTEN 1988, 143–153. Neueste Forschungen differenzieren die „Februaropfer“: 88 Aufständische, 111 Exekutive, 112 Nicht-Kombattanten, 45 ungeklärte Fälle. – BAUER 2015, 70.

ursprünglich angenommen. In Anhaltelagern südlich und südöstlich von Wien, in Wöllersdorf und Kaisersteinbruch, inhaftierte die Regierung zwischen 12.000 und 14.000 Regime-Gegner, davon 72,8% Nationalsozialisten und 27,2% Sozialdemokraten und Kommunisten. Dies war freilich auch der Beginn einer gewissen Annäherung von nationalsozialistischen und sozialistischen Parteigängern, die sich von der antikerikalischen Nazipolitik angezogen fühlten. Zwar teilte die Dollfuß-Diktatur Anti-Marxismus und Anti-Liberalismus mit dem faschistischen System Italiens, aber Dollfuß und sein Nachfolger Schuschnigg stützten sich vor allem auf konservative Kräfte wie das Bundesheer, die Bürokratie und die römisch-katholische Kirche. Auch die Aufwertung der Aristokratie, der Rückgriff auf Symbole der Monarchie, die Ehrenbürgerschaft für Otto von Habsburg in vielen kleinen Gemeinden und die Aufhebung des Habsburgergesetzes im Juli 1935 unterstrichen den konservativ-autoritären Duktus. Trotz Bildung einer „Vaterländischen Front“ – die von Otto Bauer wie vom tschechoslowakischen Gesandten Fierlinger gleichermaßen verspottet wurde – gab es in Österreich keine dem Faschismus vergleichbare Massenmobilisierung, auch keine neuen politischen Eliten. Daher stand der christliche „Ständestaat“, jedenfalls bis zum Juliabkommen 1936, ideologisch aber auch danach, in scharfer Opposition zum totalitären nationalsozialistischen „Führerstaat“. Alle historiographischen und politikwissenschaftlichen Versuche, von zwei ähnlichen „faschistischen“ Regimen in Deutschland und Österreich zu sprechen, verkennen völlig die in vielerlei Hinsicht moderne Radikalität der „charismatischen Herrschaft“ Hitlers einschließlich der Schaffung einer „egalitären Leistungs-Volksgemeinschaft“ und der ausgrenzenden „Judenpolitik“.<sup>252</sup>

Bereits im Oktober 1933 war unter Führung des Ascher Turnlehrers Konrad Henlein die „Sudetendeutsche Heimatfront“ als nationale Sammlungsbewegung entstanden.<sup>253</sup> Obwohl Henlein aus dem Umfeld des „Kameradschaftsbundes“, eines Kreises aus der Schule des Wiener Sozialwissenschaftlers Othmar Spann, hervorging, bestanden keine Kontakte zur „Vaterländischen Front“ oder zu Bundeskanzler Kurt Schuschnigg, auch nicht zum Gesandten Marek. Hingegen urteilte dieser schon fünf Wochen vor der tschechoslowakischen Parlamentswahl am 19. Mai 1935 in geradezu prophetischer Weise:

<sup>252</sup> HANISCH 1994, 303–317; JAGSCHITZ 1976; WEHLER 2008, 652–690; KINDERMANN 1984, 179–194; KVAČEK 1987; BECHER / HEUMOS 1992; KOVTUN 2005, 753–757; BAUER 2015, 75–79. Erstaunlicherweise existiert bis heute kein fundierter Vergleich zwischen dem autoritären Dollfuß-Schuschnigg-Regime und der totalitären Führerdiktatur Hitlers. Auch TALOS (2013) und RATHKOLB (2015a, 503f.) leisten dazu so gut wie keinen Beitrag.

<sup>253</sup> Im evangelischen Städtchen Asch/Aš wurde 1883 ein Martin-Luther-Denkmal enthüllt, das einzige auf dem Staatsgebiet der späteren Tschechoslowakei. – ROKYTA 1997, 16.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die junge und mittlere Generation in Deutschböhmen heute mehr denn je nationalsozialistisch eingestellt ist, und diese Kreise werden, da sie sich nazistisch nicht betätigen dürfen, unbedingt für Henlein stimmen. Falls also in letzter Stunde nicht noch irgendein unerwarteter Umschwung eintritt, dürfte Herr Henlein aus den Wahlen mit einer Mandatszahl hervorgehen, die er sich vielleicht selbst kaum hat träumen lassen.

Beneš reagierte mit einer aggressiven Drohung. Wenn es sich zeigen sollte, dass es sich um eine staatsgefährliche oder mit den Prinzipien der Demokratie im Widerspruch stehende Bewegung handle, gebe das Gesetz der Regierung die Handhabe, die politische Bewegung Henleins auch nach den Wahlen zu verbieten: „Wir werden dazu weder Galgen, noch Kanonen, noch Maschinengewehre oder Gefängnisse brauchen, sondern den Leuten einfach auf Grund des Parteiengesetzes ihre Häuser und Vermögen wegnehmen, ihnen die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit untergraben und ihre Organisationen auflösen!“<sup>254</sup>

Tatsächlich gewann die Sudetendeutsche Partei – mit finanzieller Unterstützung aus dem Reich (so vom „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“) – etwa zwei Drittel aller sudetendeutschen Stimmen, wurde mit 1,250.000 Stimmen (= 19,38% in den Böhmisches Ländern bzw. 15,18% in der Tschechoslowakei) sogar stimmenstärkste Partei in der gesamten Tschechoslowakei und erhielt mit 44 Mandaten nur um eines weniger als die tschechoslowakische Agrarpartei, die freilich nur 1,177.000 Stimmen erhalten hatte. Die neue Partei wurde sowohl in Prag als auch in Wien misstrauisch beobachtet. Während der Hradschin mehrmals auf die antitschechoslowakische Propaganda sudetendeutscher Hilfsvereine in Österreich aufmerksam machte, protestierte der Ballhausplatz wiederholt gegen die österreichfeindliche Tendenz mancher sudetendeutscher Zeitungen. Heftig reagierte Beneš freilich auf ein sarkastisches Bonmot des ehemaligen christlichsozialen Ministers Mayr-Harting, „dass Herr Henlein vermutlich eine ähnliche Politik einschlagen wolle, wie sie die Tschechen der Monarchie gegenüber betrieben hätten“. Er selbst, Beneš, „habe immer dagegen Stellung genommen, dass man in Wien in Loyalität gemacht und zu Haus radikal gewesen sei“. Als Gesandter Marek nach Wien berichtete, dass sich sogar der Obmann der Deutschen Christlichsozialen Volkspartei, Prälat Karl Hilgenreiner, immer weniger am österreichischen Katholizismus, sondern immer mehr nach Deutschland hin orientiere, ließ Bundeskanzler

<sup>254</sup> Marek an Berger-Waldenegg, 9. April 1935. In: HAJDINOVÁ u. a. 2016, Dok. 141; NOVOTNÝ 2008 und 2009. Vor der Reichsvereinigung Deutscher Sozialdemokratischer Lehrer in der ČSR betonte Beneš jedoch am 29. April 1935 in Teplitz-Schönau/Tepliče-Šanov die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der nationalen Kulturen und die wechselseitige Wertschätzung der deutschen, tschechischen und slowakischen Dichter und Philosophen. – EDVARD BENEŠ: Rede an die Deutschen in der ČSR. Prag 1935.

Schuschnigg im Vatikan intervenieren, „um Herrn Hilgenreiner das Wasser abzugraben“.<sup>255</sup>

Nachdem im Jänner 1935 91 % der Saarländer für die Wiedervereinigung ihrer Heimat mit Deutschland gestimmt hatten, verkündete Hitler am 16. März die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und gab das Startzeichen für den Aufbau einer Wehrmacht mit 36 Divisionen und den Ausbau der Luftwaffe. Aus Sorge vor dem erstarkenden nationalsozialistischen Deutschland knüpfte die tschechoslowakische Außenpolitik im Mai 1935 gemeinsam mit Frankreich eine neue Bündniskonstellation mit der Sowjetunion, was Beneš zu seinem ersten Besuch nach Moskau führte. Wenig später schlossen aber Großbritannien und Deutschland ein Flottenabkommen mit einem Kräfteverhältnis von 100 : 35 bei den Seestreitkräften. Als die österreichische Bundesregierung am 9. Juli 1935 ein Gesetz verabschieden ließ, das den Landesverweis der Habsburger rückgängig machte und die Regierung ermächtigte, der ehemaligen Kaiserfamilie ihr Privateigentum rückzuerstatten, löste dies tiefes Misstrauen in Belgrad und Prag aus, und die Kleine Entente legte sich im Abkommen von Veldes/Bled im August 1935 für den Fall einer Restauration der Habsburger in Österreich sogar auf einen Einmarsch nach Österreich fest. Freilich war eine solche Restauration weder innen- noch außenpolitisch wirklich vorstellbar, denn in Österreich hätten sich alle Großdeutschen, Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten dagegengestellt, außenpolitisch praktisch alle Nachbarstaaten, vermutlich sogar Ungarn.<sup>256</sup>

Erst im Jänner 1936 konnte Schuschnigg seinen neuen Amtskollegen Milan Hodža, der vor 1914 dem Belvedere-Kreis in Wien nahegestanden war, einigermaßen beruhigen. Während seines offiziellen Besuchs in Prag erklärte er, dass „die Frage der Habsburger in Österreich keineswegs aktuell“ sei. Nur im Falle der Gefahr einer Angliederung Österreichs an das Dritte Reich „als achten Gau“ komme eine Restauration in Frage, dann

<sup>255</sup> SLÁMA / KAPLAN 1986, 17–26; KÁRNÍK 2002, 503 u. 532–537; KOVTUN 2005, 769; GEBEL 1999, 25–42; CELOVSKY 2005, 81–85; Bericht Marek an BKA/AA, Prag, 4. März 1935; Erlass BKA/AA an Kohlruss, 9. März 1935, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei 2/9, Kart. 751, GZ 31.920/13-1935; Bericht Marek an Berger-Waldenegg, Prag, 6. Juni 1935. In: HAJDINOVÁ u. a. 2016, Dok. 153. Auf Veranlassung des Fabrikbesitzers Rudolf Fleischmann fasste der Gemeinderat von Proseč 1935 bzw. 1936 den Beschluss, den deutschen Schriftstellern Heinrich und Thomas Mann (samt dessen Ehefrau und Kindern) das Heimatrecht zu verleihen. Dies war Voraussetzung für den Erwerb der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft. Heinrich legte das Treuegelöbnis im Konsulat in Marseille ab, Thomas in Zürich. – ROKYTA 1997, 227.

<sup>256</sup> Zirkulartelegramm Beneš, 12. Juli 1935. In: HAJDINOVÁ u. a. 2016, Dok. 161; THAMER 1986, 526–533; LUKES 1996, 50–66; SUPPAN 1996, 457–461 u. 1195–1199. Gleichzeitig skizzierte Generalmajor Alfred Jansa im Bundesministerium für Landesverteidigung einen Entwurf zum „Fall T + Ju“, einen Operationsplan gegen einen gemeinsamen Angriff der Tschechoslowakei und Jugoslawiens.

aber lediglich durch Schaffung eines „Landesfürstentums Österreich in seinen heutigen Grenzen“. Die beiden Regierungschefs trafen sich in den Jahren 1936 und 1937 mehrere Male, entwickelten zueinander ein gewisses Vertrauensverhältnis und besprachen sowohl die Frage der Sudetendeutschen als auch das Verhältnis zu Deutschland. Schuschnigg unterstrich die „Notwendigkeit, den deutschen aktivistischen Parteien der Tschechoslowakei etwas Konkretes zu bieten und auch wirklich zu geben“. Der Slowake Hodža willigte ein, dem „staatstreuen deutschen Element“ und der magyarischen Minderheit sehr weitgehende Konzessionen zu machen, besonders auf dem Gebiet der Beamteneinstellung und des Schulwesens; allerdings sprach er sich kategorisch dagegen aus, Henlein, „dessen Staatstreue mit allem Grunde angezweifelt werden müsse“, in die von ihm geplanten Aktionen einzubeziehen. Hodža warnte Schuschnigg aber auch vor einer *societas leonina* mit Hitler und sah die Gefahr einer Konflagration auf die Tschechoslowakei zukommen. Himmler plane, einen Grenzkonflikt zu einem Interventionsfall auszunützen, und zwar sowohl gegenüber der Tschechoslowakei als auch gegenüber Österreich. Schuschnigg musste zwar einräumen, dass Österreich nach dem Juliabkommen 1936 kein Bundesgenosse der Tschechoslowakei sein könne, dass es sich aber „keinesfalls widerstandslos zum Durchmarschgebiete missbrauchen lassen werde“.<sup>257</sup>

Doch die strategische Lage Österreichs hatte sich seit dem Krieg Italiens gegen Abessinien (Äthiopien) ab Oktober 1935 deutlich verschlechtert. Trotz der Römer Protokolle von März 1934 konnte Schuschnigg nicht mehr mit italienischer Unterstützung gegen Deutschland rechnen, seit Mussolini – nicht zuletzt aufgrund der Völkerbundsanktionen – auf deutsche Materialhilfe angewiesen war. Daher erklärte Mussolini bereits am 6. Jänner 1936 dem deutschen Botschafter Ulrich von Hassell, dass die Stresa-Front für immer gestorben sei. Wenn Deutschland aus Österreich einen Staat machen wolle, der zwar formell autonom, in der Praxis aber ein Satellit wäre, so würde er nichts dagegen einwenden. Hingegen versicherte der italienische Unterstaatssekretär Fulvio Suvich noch im Februar 1936 dem österreichischen Außenminister Egon Berger-Waldenegg, „dass sich in den freundschaftlichen und aufrichtigen Gefühlen Italiens gegenüber Österreich nicht das Geringste geändert habe“, und er betonte, „dass die Freundschaft Italiens auch in der Anschlussfrage eine absolut unveränderte

---

<sup>257</sup> Unterredung Hodža – Schuschnigg, Prag, 17. Jänner 1936; Unterredung Schuschnigg – Hodža, Wien, 14. Juli 1936. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 10/1577 u. 1652; Unterredungen Schuschnigg – Hodža, Wien, 26. März 1937; Baden, 27. September 1937. In: ebd., ADÖ 11/1732 u. 1779. Bereits im April 1933 hatte der tschechoslowakische Gesandte Fierlinger gegenüber seinem französischen Kollegen Puaux in Wien nachweislich die Formel „lieber der Anschluss als die Monarchie“ vertreten. – STOURZH 2011d, 204.

sei“: „Für Italien gebe es keine Regelung des Verhältnisses mit Deutschland ohne eine Garantie der Unabhängigkeit und Integrität Österreichs.“ Erst als Schuschnigg am 5. Juni 1936 Mussolini auf dessen Landgut in Rocca delle Caminate besuchte, erklärte der italienische Ministerpräsident, dass ein „modus vivendi“ zwischen Österreich und Deutschland „von Italien sehr begrüßt werden würde“. Italien und Deutschland suchten gegenseitig ins Gespräch zu kommen und stünden sich „freundlich“ gegenüber.<sup>258</sup> – Schuschniggs außenpolitische Strategie, eine Abwehrfront gegen Hitler aufzubauen, war gescheitert. Auch die Prestigeprojekte Wiener Höhenstraße, Großglockner-Hochalpenstraße und Packstraße erzielten propagandistisch eine viel geringere Wirkung als Hitlers Autobahnbau. Immer mehr Österreicher glaubten, „im Reich sei alles besser“. Was sie nicht sehen konnten, war die unglaubliche Aufrüstung Deutschlands, die von Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht zum Teil mit verdeckten Finanzoperationen durchgeführt wurde. Die nach wie vor bestehende Massenarbeitslosigkeit und die Tausend-Mark-Sperre zwangen Schuschnigg zu einem „Entspannungsabkommen“ mit Hitler.<sup>259</sup>

Nachdem der deutsche Sondergesandte in Wien, Franz von Papen, am 11. Juli 1935 einen ersten „Referentenentwurf“ für ein deutsch-österreichisches Abkommen am Ballhausplatz deponiert hatte, musste er bis in den Oktober auf einen österreichischen Gegenentwurf warten. Erst in einer vertraulichen Sitzung des Ministerrates vom 19. März 1936 informierte Schuschnigg sein Kabinett, dass Papen „nunmehr von höchster Seite die Ermächtigung habe, mit Österreich Frieden zu machen“. Wiederum erst am 19. Juni legte Schuschnigg dem deutschen Gesandten einen Entwurf für einen Modus Vivendi vor und machte den Vorschlag für den Abschluss eines geheimen Gentlemen’s Agreement zwischen Wien und Berlin. Hitler verlangte die möglichst umfassende Wiedezulassung der deutschen Presse in Österreich sowie eine progressive Kontingentierung der Reiseverkehrsbeschränkungen. Bereits am 11. Juli 1936 fand in Wien die Unterzeichnung des deutsch-österreichischen „Normalisierungs- und Freundschaftsabkommens“ statt, und Schuschnigg paraphierte mit Papen auch das Gentlemen’s Agreement. Im öffentlichen Kommuniqué anerkannte die deutsche Reichsregierung „die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich“. Die österreichische Bundesregierung verpflichtete sich, ihre Politik „stets auf der grundsätzlichen Linie [zu] halten“, „dass Österreich sich als deutscher Staat bekennt“. Beide Regierungen erklärten „die in dem andern Lande bestehende innerpolitische Gestaltung, einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit des

<sup>258</sup> Gesprächsskizze Berger-Waldenegg, [Florenz, o. D.]; Amtsvermerk BKA/AA, Wien, 7. Juni 1936. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 10/1582 u. 1627; ARA 1990, 116f.

<sup>259</sup> SANDGRUBER 1995, 373; TOOZE 2008.

andern Landes“. Umfangreicher und außenpolitisch heikler war das geheime Gentlemen's Agreement, das zehn Punkte enthielt: Behandlung der Reichsdeutschen in Österreich und der österreichischen Staatsangehörigen im Reich; gegenseitige kulturelle Beziehungen; Presse; Emigrantenfrage; Hoheitszeichen und Nationalhymnen; wirtschaftliche Beziehungen; Reiseverkehr; Außenpolitik („Es besteht Einverständnis, dass beide Regierungen über die sie gemeinsam betreffenden Fragen der Außenpolitik jeweils in einen Meinungs austausch treten werden“); weitreichende politische Amnestie; Heranziehung von Vertretern der „nationalen Opposition in Österreich“ zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung.<sup>260</sup>

Die wichtigste Frage blieb freilich offen: Würde der Zeitgewinn für Österreichs Außenpolitik reichen, um in ein ruhigeres internationales Gewässer zu gelangen? Krofta sagte jedenfalls Marek in Prag ganz direkt, dass dieses nun Wien als Verbündeten Berlins betrachte. Beneš aber reagierte scheinbar abgeklärt: „Er habe die Spannung zwischen Österreich und Deutschland immer nur als zeitlich bedingt betrachtet und es als verrückt bezeichnet, Österreich in eine Front gegen Deutschland zwingen zu wollen.“<sup>261</sup> – Dass die NS-Anschlusspropaganda gerade während der Olympischen Sommerspiele in Berlin im August 1936 explodierte, wurde zwar sowohl von der Prager als auch von der Wiener Regierung mit Missfallen registriert, ohne dass sie freilich irgendwie gegensteuern konnten. Noch dazu gewannen die Österreicher und Österreicherinnen bei den Olympischen Sommerspielen mehr Medaillen als jemals zuvor und jemals danach. Das Foreign Office fasste das Ergebnis des Juliabkommens am prägnantesten zusammen: „Die zwei Staaten sind jetzt so dicht aneinander gerückt, dass das Ergebnis eine Art halber Anschluss ist.“ Die in Wien verbreitete These, dass Österreich der „bessere deutsche Staat“ sei, verfiel international nicht. Außerdem gab es schon nach dem 7. März 1936 kein solidarisches Handeln innerhalb der Kleinen Entente. Damit aber erweiterte sich der Handlungsspielraum Hitlers in für Österreich und Ostmitteleuropa gefährlicher Weise. Daher ist der These von Gerald Stourzh zuzustimmen, „dass Österreich viel früher, viel stärker und viel hoffnungsloser isoliert war, als wir üblicherweise annehmen“.<sup>262</sup>

Beneš und Krofta versuchten nun ihrerseits mit Berlin ins Gespräch zu kommen und empfingen im November und Dezember 1936 den Sohn des bekannten Geographen Haushofer, Albrecht, von der Dienststelle Rib-

<sup>260</sup> Besprechung Schuschnigg – Papen, Wien, 1. Juli 1936; „Gentleman-Agreement“, Wien, 11. Juli 1936. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 10/1634 u. 1640.

<sup>261</sup> Bericht Marek an Schmidt, Prag, 24. Juli 1936. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 10/1670.

<sup>262</sup> CARSTEN 1988, 181; SUPPAN 1988, 168–180; STOURZH 2011d, 194 u. 205; HILDEBRAND, 65; RATHKOLB 2015a, 496.

betrop und den Beamten des Berliner Arbeitsministeriums Maximilian Karl Graf Trauttmansdorff zu geheimen Gesprächen. Beide Seiten stimmten darin überein, dass sie sowohl gegen die Einbeziehung Österreichs ins italienische Bündnissystem als auch gegen eine Restauration der Habsburger seien. Unterschiedliche Auffassungen gab es allerdings hinsichtlich der „Gleichberechtigung“ in der Minderheitenpolitik und der Wirkung der „Tschechisierung“ in Städten wie Brünn. Während Beneš lediglich die Erweiterung des deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrages von 1925 vorschlug, wollte Hitler einen verstärkten Handelsaustausch, eine Einschränkung der deutschen Emigrantentätigkeit und eine Neutralisierung der Tschechoslowakei im Falle eines deutsch-sowjetischen Konflikts. So wurde die Kontaktaufnahme bereits im Jänner 1937 wieder beendet.<sup>263</sup>

Als Schuschnigg im April 1937 Venedig besuchte, verdeutlichten ihm der Duce und sein Außenminister Ciano noch eindringlicher als im Juni 1936, dass eine künftige Ordnung des Donaupraumes ohne Deutschland nicht in Frage komme. Auch die Westmächte waren nach dem Juliabkommen nicht mehr bereit, über allgemeine Sympathieerklärungen für Österreichs Selbständigkeit hinauszugehen. Der Versuch einer engeren Zusammenarbeit Österreichs mit der Tschechoslowakei scheiterte am Protest Prags im Frühjahr 1931, am Misstrauen Wiens infolge der Haltung Prags im Februar 1934 sowie am Misstrauen Prags gegenüber Wien wegen der Restaurationsfrage. Daher veranlassten bereits der Einmarsch der Wehrmacht in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes im März 1936 und die papierernen Proteste der Westmächte gegen den Bruch des Locarno-Paktes und den Vertrag von Versailles den Politischen Direktor am Ballhausplatz, Gesandten Theodor Hornbostel, zu einer sarkastischen Bemerkung gegenüber dem französischen Gesandten: „Das nächste Mal sind wir an der Reihe.“<sup>264</sup> – Als Alt-Präsident Masaryk am 14. September 1937 starb und mit allen Ehren bestattet wurde, dachten viele Zeitgenossen an den

<sup>263</sup> Aufzeichnungen von Präsident Beneš über Unterredungen mit Haushofer und Trauttmansdorff, 20. November 1936, 18. und 19. Dezember 1936; Vertragsentwurf von Beneš, Anfang 1937. In: KESSLER u. a. 2015, Dok. 60, 67, 68 u. 72; WEINBERG 1959/60; STEINER 2011, 267f.

<sup>264</sup> SUPPAN 2016, Bd. 1, 12–16; CASTELLAN 1990, 149. Im 1936 veröffentlichten Sammelband „Österreich – Erbe und Sendung im deutschen Raum“ entwarfen die beiden prominenten Herausgeber, der Germanist Josef Nadler und der Historiker Heinrich v. Srbik, „einen Aufriss dieses deutschen Volkes und Landes“, das „in seinen wechselnden Verbindungen mit den meisten Völkern Europas immer als Glied des deutschen Volkes durch tausend Jahre Geschichte gemacht und Geschichte erlitten hat“. Dabei äußerten sie die Hoffnung, „durch Einsichten in die Geschichte Österreichs Irrtümern der Gegenwart zu wehren und gangbare Schlagworte in ihrem Kurswert zu mindern“. Damit war freilich nicht der Einfluss des Nationalsozialismus gemeint, sondern die Schaffung eines spezifischen „Österreich-Bewusstseins“. – NADLER / SRBIK 1936, Vf.

Tod Franz Josephs am 21. November 1916 und das nachfolgende Ende der Habsburgermonarchie.

Zwischen dem 15. August und dem 3. September 1937 veröffentlichte Beneš unter der Chiffre X. Y. in der „Prager Presse“ eine Artikelserie unter dem Titel „Deutschland und die Tschechoslovakei“, der zwischen dem 6. und 14. Oktober 1937 die Serie „Die Tschechoslovakei auf der Friedenskonferenz und unsere Minderheiten“ folgte. Gleich eingangs versuchte Beneš aufzutrumpfen, dass man in Deutschland keine richtigen Vorstellungen davon habe, „dass heute, nach dem Verschwinden Österreich-Ungarns von der Karte Europas, das politische und Machtgleichgewicht in Zentraleuropa und Europa von der Tschechoslovakei abhängt“. Deutschland werfe der Tschechoslovakei den Bündnisvertrag mit Frankreich vor, das Beharren auf der Selbständigkeit Österreichs, den Vertrag über die gegenseitige Hilfeleistung mit der Sowjetunion, die Bedrückung der deutschen Minderheit und die tschechoslovakischen Memoranden für die Pariser Friedenskonferenz. Aber die Tschechoslovakei habe sich im Sinne der neuen zentraleuropäischen Politik der kleineren und mittleren Staaten im Donaugebiet immer für die Selbständigkeit Österreichs im Sinne der Politik Seipels, Dollfuß' und Schuschnigg's eingesetzt; denn das österreichische und zentraleuropäische Problem sei keine deutsch-tschechoslovakische Angelegenheit, sondern eine europäische. Die negativen Wirkungen seines vehementen Widerstands gegen das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion wollte Beneš auch 1937 nicht erkennen, da es der Versuch eines „Anschlusses“ gewesen sei. Und Beneš kritisierte „gewisse Wiener Faktoren und namentlich der österreichischen deutschnationalen Kreise“, die den Tschechen und Slowaken noch immer „weder Anerkennung, noch Achtung, noch Objektivität“ entgegenbrächten.<sup>265</sup>

Nach den Besuchen Hitlers in Venedig und Mussolinis in Berlin im April bzw. im September 1937 kristallisierte sich immer mehr die „Achse Berlin–Rom“ heraus. Nicht nur Österreichs Außenpolitik und Diplomatie fragte sich, welche Rolle der zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien eingeklemmte autoritär-klerikale österreichische Pufferstaat in den vertraulichen Gesprächen zwischen Hitler und Mussolini gespielt haben mag. Als am 20. November 1937 Lord Halifax Hitler auf dem Berghof besuchte, soll der künftige britische Außenminister nach seinen eigenen Aufzeichnungen gesagt haben, dass Österreich, die Tschechoslovakei und Danzig „in die Kategorie möglicher Änderungen der europäischen Ordnung“ fielen. Hitler habe geantwortet, dass er Österreich nicht zu annektieren oder in politische Abhängigkeit zu bringen wünsche, sondern mit friedlichen Mitteln eine umfassende

---

<sup>265</sup> X. Y. [= Edvard Beneš] 1937. In: KESSLER u. a. 2015, Dok. 112.

Wirtschafts-, Kultur-, Handels- und möglicherweise Geld- und Währungsunion mit Österreich herbeiführen wolle. Nach einem Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten und Außenministers bei Hitler und Göring Ende November 1937 sandte Reichsverweser Admiral Miklós Horthy eine Botschaft an Hitler, dass es für den Fall eines deutsch-österreichischen Konflikts keine österreichisch-ungarische oder österreichisch-ungarisch-tschechoslowakische Vereinbarung gebe und dass er zustimme, dass Österreich zu Deutschland gehören sollte. Die Zusage des jugoslawischen Ministerpräsidenten Milan Stojadinović am 17. Jänner 1938 in Berlin – „Jugoslawien [...] betrachtet die österreichische Frage als reine innere Angelegenheit des deutschen Volkes“ – dürfte Hitler in seinen Offensivabsichten weiter bestärkt haben.<sup>266</sup>

Das für Schuschnigg demütigende Treffen mit Hitler auf dem Berghof am 12. Februar 1938 hielt Beneš hingegen weniger für einen politischen Machtkampf als vielmehr für „einen Kulturkampf zwischen der katholischen und der nationalsozialistischen Ideologie“. Freilich irritierte ihn die in Hitlers nachfolgender Reichstagsrede verfochtene „Patronanz über die 10 Millionen Auslandsdeutschen“, die er hinsichtlich der deutschen Minorität in der Tschechoslowakei unter gar keinen Umständen anerkenne. Umso mehr lobte Beneš die Rundfunkrede Schuschniggs, die sogar in den Prager „Linksblättern“ gut aufgenommen worden sei. Lediglich das Parteiorgan der Sudetendeutschen Partei, „Die Zeit“, sei von Schuschniggs Rede enttäuscht gewesen. Aber einem sudetendeutschen Parteifunktionär war nicht entgangen, dass Schuschnigg mit der statistischen Aufzählung von Wirtschaftserfolgen Österreichs gewisse Passagen in Hitlers Rede durchaus ironisiert habe. Doch die NS-Rundfunkpropaganda war wirkmächtiger, unterstützt von Invasionsvorbereitungen der Wehrmacht („Unternehmen Otto“) seit dem Sommer 1937.<sup>267</sup>

<sup>266</sup> KERSHAW 2000, 111; STEINER 2011, 338f.; SUPPAN 1996, 1.214. Die österreichische Außenhandelspolitik registrierte zwar, dass Deutschland durch seine „ungünstige Währungslage“ gezwungen sei, Nahrungsmittel und Rohstoffe im Clearingverkehr aus Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakei zu beziehen, war aber nicht in der Lage, seine „Clearingspitze“ gegenüber Deutschland einzufordern. Der starke Anstieg im Verlauf des Jahres 1937 war vor allem auf die Steigerung der Holzausfuhr und die Zunahme der Frachtzahlungen zurückzuführen. Hingegen konnte die Clearingspitze gegenüber der Tschechoslowakei deutlich reduziert werden. – Unterlage für Schmidt, 31. Jänner 1938, ÖStA, AdR, Nachlass Guido Schmidt, Fasz. 1/II; Nachlass Wildner, Kart. 7.

<sup>267</sup> Berichte Marek an Schmidt, Prag, 24. Februar und 2. März 1938. In: KOCH u. a. 1993–2016, ADÖ 12/1932 u. 1952; KESSLER u. a. 2015, Dok. 149 u. 152; SUPPAN 2016, 37–49.

## 8. „Anschluss“ und Münchener Abkommen (1938)

Bereits fünf Wochen nach der letzten Unterredung zwischen Hodža und Schuschnigg in Baden bei Wien hatte Hitler am 5. November 1937 in Berlin den auf diesen Inhalt gar nicht vorbereiteten Oberbefehlshabern des Heeres (Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch), der Kriegsmarine (Generaladmiral Erich Raeder) und der Luftwaffe (Generaloberst Hermann Göring) sowie dem Reichskriegsminister Generalfeldmarschall Werner von Blomberg und dem Reichsminister des Auswärtigen Konstantin Freiherr von Neurath in einer internen Besprechung seine Kriegszielpolitik umrissen:

Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse [über 85 Millionen Menschen] und deren Vermehrung. Somit handele es sich um das Problem des Raumes. [...] Die deutsche Politik habe mit den beiden Hassgegnern zu rechnen, denen ein starker deutscher Koloss inmitten Europas ein Dorn im Auge sei [...]. Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein. Die Kämpfe Friedrich d. Gr. um Schlesien und die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich seien von unerhörtem Risiko gewesen und die Schnelligkeit des preußischen Handelns 1870 habe Österreich vom Eintritt in den Krieg ferngehalten. [...] Zur Verbesserung unserer militärpolitischen Lage müsse in jedem Falle einer kriegerischen Entwicklung unser erstes Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach dem Westen auszuschalten. [...] die Einverleibung der Tschechei und Österreichs [könne] den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5–6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, dass eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange. [...] Die Angliederung der beiden Staaten an Deutschland bedeute militärpolitisch eine wesentliche Entlastung infolge kürzerer, besserer Grenzziehung, Freiwerdens von Streitkräften für andere Zwecke und der Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen bis in Höhe von etwa 12 Divisionen, wobei auf 1 Million Einwohner eine neue Division entfalle.<sup>268</sup>

Hitler nannte also die Tschechoslowakei und Österreich als erste Aggressionsziele, wenn Frankreich in einen anderen Konflikt verwickelt wäre. Erstaunlicherweise erwähnte Hitler die Sudetendeutschen mit keinem Wort, dafür sprach er von zu erwartenden Gewinnen an Rohstoffen, Industrien und Soldaten. Hitler befürchtete zu Recht, dass er ohne die finanziellen und industriellen Reserven Österreichs und der Tschechoslowakei seine massive Aufrüstungspolitik abbrechen müsste. Der tschechische Philosoph Emanuel Rádl hatte im Übrigen die beiden Aggressionsziele Deutschlands bereits im Jahre 1928 prophezeit.

Zwar versuchte der österreichische Staatssekretär Guido Schmidt über den preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring noch zu einem Ausgleich zwischen Wien und Berlin zu kommen, aber Hitler hielt an sei-

<sup>268</sup> THAMER 1986, 559–561; WENDT 1987, 191–202.

dem Aggressionskurs fest. Am 12. Februar 1938 warf er in einem Monolog auf seinem „Berghof“ bei Berchtesgaden Bundeskanzler Schuschnigg „Verrat“ am deutschen Volk vor, verlangte eine Amnestie für verhaftete Nationalsozialisten und die Ernennung des Wiener Rechtsanwalts Arthur Seyß-Inquart zum Innenminister. Schuschnigg erfüllte tatsächlich die meisten Forderungen – lediglich die direkte Befehlsgewalt über die Polizei wurde nicht an Seyß-Inquart übergeben –, versuchte in einer Rundfunkrede gegenzusteuern und wollte am 13. März eine „Volksbefragung“ über die Unabhängigkeit Österreichs abhalten. Aber massive SS- und SA-Demonstrationen in der Steiermark, Kärnten und Wien sowie Ultimaten aus Berlin setzten ihn so unter Druck, dass er am Abend des 11. März erklärte: Österreich weiche der Gewalt; er wolle kein „deutsches Blut“ vergießen. Dennoch gab Hitler noch um 20:45 Uhr den Einmarschbefehl für den nächsten Tag, und noch vor Mitternacht ernannte Bundespräsident Miklas das neue Kabinett Seyß-Inquart. Als Hitler am Nachmittag des 12. März 1938 von seiner Geburtsstadt Braunau am Inn aus, im Gefolge der deutschen Truppen, seine Triumphfahrt über Linz nach Wien antrat, jubelten ihm bereits Hunderttausende entlang der Durchfahrtsstraßen zu. Parallel zum Einmarsch der Wehrmacht erfolgte die Machtergreifung der österreichischen Nationalsozialisten in den Landeshauptstädten. Schon am Abend des 13. März akzeptierte Hitler daher das Gesetz über die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, und am 15. März proklamierte er auf dem Heldenplatz vor rund einer Viertelmillion jubelnder Österreicher: „Die älteste Ostmark des deutschen Volkes soll von jetzt ab das jüngste Bollwerk der deutschen Nation und des Deutschen Reiches sein.“<sup>269</sup>

Der „Anschluss“ Österreichs stellte eine Kombination von imperialistischer Expansion Hitler-Deutschlands, innenpolitischem Aufstand der österreichischen Nationalsozialisten und „Mitmachen“ einer Mehrheit der großdeutsch gesinnten österreichischen Bevölkerung dar. Es muss doch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, dass sowohl eine „pseudorevolutionäre Machtübernahme“ als auch eine „scheinlegale Machtergreifung“ der österreichischen Nationalsozialisten ohne Intervention Berlins auch im März 1938 – wie im Juli 1934 – chancenlos geblieben wäre. Schuschniggs Volksbefragung wäre vermutlich positiv ausgefallen und der größere Teil des Bundesheeres und der Exekutive hätte einem Schießbefehl Schuschniggs zweifellos Folge geleistet.<sup>270</sup>

Der Schriftsteller Carl Zuckmayer aber hielt seine Erlebnisse vom 11. März in Wien aus völlig entgegengesetzter Perspektive fest:

Die Unterwelt hatte ihre Pforten aufgetan und ihre niedrigsten, scheußlichsten, unreinsten Geister losgelassen. Die Stadt verwandelte sich in ein Alptraumgemälde

<sup>269</sup> SCHMIDL 1987; HANISCH 1994, 337–344; BOTZ 2008; SUPPAN 2016a.

<sup>270</sup> BOTZ 2008.

des Hieronymus Bosch: Lemuren und Halbdämonen schienen aus Schmutzeiern gekrochen und aus versumpften Erdlöchern gestiegen. Die Luft war von einem unablässig gellenden, wüsten, hysterischen Gekreische erfüllt, aus Männer- und Weiberkehlen, das tage- und nächtelang weiterschillte. Und alle Menschen verloren ihr Gesicht, glichen verzerrten Fratzen; die einen in Angst, die anderen in Lüge, die anderen in wildem hasserfülltem Triumph [...]. Es war ein Hexensabbat des Pöbels und ein Begräbnis aller menschlichen Würde.<sup>271</sup>

Völkerrechtlich bedeutete die Okkupation und Annexion Österreichs zweifellos einen Bruch mehrerer internationaler Verträge, woran die österreichische „Opferthese“ nach 1945 anknüpfen konnte. Der US-Völkerrechtler Charles G. Fenwick brachte die brutale Wirklichkeit auf den Punkt:

Today we witness not a customs treaty between two independent states, not even a confederation of Austria and Germany leaving the national integrity of Austria unpaired, but the complete assimilation of Austria into Germany. Austria is henceforth to be a mere province of Germany, the name of the country, whose origins go back to the tenth century or earlier, is now erased from the annals of international law.<sup>272</sup>

Der „Anschluss“-Gedanke von 1918/19 war nicht nur unter den „Großdeutschen“ lebendig geblieben, sondern auch unter vielen Sozialdemokraten und nicht wenigen Christlichsozialen. Bis 1933 hatte es vielfache und intensive deutsch-österreichische Zusammenarbeit in Wirtschaft, Gesellschaft (Deutscher Turnerbund), Kultur (Verlage), Wissenschaft (Professorenaustausch) und Sport gegeben, bis hin zu den Schutzhütten des gemeinsamen Alpenvereins. Als daher Theodor Kardinal Innitzer Hitler der Loyalität der österreichischen Katholiken versicherte und der ehemalige sozialdemokratische Staatskanzler Karl Renner in der Presse den „Anschluss“ als „Genugtuung für die Demütigungen von Saint-Germain und Versailles“ bezeichnete, dachten und fühlten sie wie eine deutliche Mehrheit von Österreichern. Tatsächlich stimmten am 10. April 1938 – allerdings unter Ausschluss aller Juden sowie verhafteten NS-Gegner (Christlichsoziale, Monarchisten, Sozialdemokraten, Kommunisten) und unter direktem Druck an der Wahlurne – 99,6% der abstimmungsberechtigten Österreicher<sup>273</sup> für die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Ihre Zustimmung war vor allem mit der Erwartung verbesserter

<sup>271</sup> RATHKOLB 2015a, 513.

<sup>272</sup> FENWICK 1938, 312.

<sup>273</sup> BOTZ (2008, 236) berechnete, dass 242.000 oder 5,4% der über 23-jährigen Österreicher kein Stimmrecht mehr hatten: 201.000 Juden (Botz vergaß die Minderjährigen abzuziehen!), Entmündigte und kriminell Vorbestrafte sowie alle Personen, die sich in Straf- oder Untersuchungshaft befanden, unter diesen natürlich zahlreiche aus politischen Gründen seit dem 12. März Verhaftete. – Gerald Stourzh, dem ich diese Hinweise verdanke, verlangt zu Recht, die absoluten und Prozentzahlen zur Volksabstimmung vom 10. April 1938 neu zu berechnen.

Lebenschancen verknüpft: Senkung der Arbeitslosigkeit, Aufträge der deutschen Wirtschaft, Förderung des deutschen Tourismus, Aufhebung der Delogierungen aus Wohnungen, Schuldentilgung, Einführung der Zivileihe etc. Eine zusätzliche populistische Geste war die Angleichung der Währung mit zwei Reichsmark = drei Schilling, was eine klare Aufwertung des Schillings bedeutete. Der Anstieg der Zahl der österreichischen NSDAP-Mitglieder bis Mai 1943 auf fast 700.000 signalisierte die anhaltende Zustimmung zur totalitären Herrschaft Hitlers, auch wenn das Land „Österreich“ bald zur „Ostmark“ mutierte und die neun Bundesländer zu sieben „Alpen- und Donaureichsgauen“ unter anfänglicher Führung von sieben österreichischen Nationalsozialisten zusammengefasst wurden. Die Umbenennung von „Österreichern“ auf „Ostmärker“ störte offensichtlich die große Mehrheit nicht, bei der die regionale Identität als Vorarlberger, Tiroler, Salzburger, Oberösterreicher, Niederösterreicher, Wiener, Steirer oder Kärntner historisch bedingt noch stark ausgeprägt war.<sup>274</sup>

Parallel zum Einmarsch der Wehrmacht war auch der Reichsführer-SS Heinrich Himmler mit seinen Schergen in Wien gelandet und hatte sofort begonnen, Funktionäre des Schuschnigg-Regimes, Kommunisten, Sozialisten und Juden zu verhaften, zum Teil nach Aufzeichnungen der österreichischen Polizei; bald rollten die ersten Transporte ins KZ Dachau. Viele Juden wurden vom nationalsozialistischen Mob misshandelt und gefoltert, viele jüdische Geschäfte geplündert. Diese „Judenhatz“ stellte im österreichischen Rechtsstaat einen völligen Zivilisationsbruch dar. Von den seit 1935 im Deutschen Reich geltenden Nürnberger Gesetzen waren jetzt nicht nur knapp 182.000 „Glaubensjuden“ bedroht, sondern zusätzlich auch etwa 35.400 Juden, die bereits vor 1938 zur römisch-katholischen oder evangelischen Kirche übergetreten oder konfessionslos geblieben waren. Es dauerte nur wenige Wochen, bis buchstäblich jedes einzelne jüdische Geschäft und 70.000 Häuser und Wohnungen „arisiert“ wurden, dazu alle Privatbanken, Großkaufhäuser und Betriebe. Die am 18. Mai 1938 im „österreichischen“ Ministerium für Wirtschaft und Arbeit gegründete Vermögensverkehrsstelle erhob folgende jüdische Vermögenswerte: 320 Millionen Reichsmark in industriell-gewerblichen Unternehmungen, 266 Millionen in Wertpapieren, mehr als eine halbe Milliarde an Realitäten und 900 Millionen an sonstigem Besitz (Wohnungen, Automobile, Pretiosen). Mit der Übernahme der Nürnberger Gesetze am 20. Mai wurde klar bestimmt, wer als jüdisch galt bzw. als „Mischling“ definiert wurde und

---

<sup>274</sup> HANISCH 1994, 345–347; KARNER 1994. Hunderttausende Österreicher und Österreicherinnen wurden auch in andere NS-Organisationen einbezogen oder meldeten sich freiwillig: SA (Sturmabteilung), SS (Schutzstaffel), NS-Kraftfahrerkorps, Deutsche Arbeitsfront, NS-Betriebszellen, NS-Ärztbund, NS-Beamtenbund, NS-Lehrerbund, NS-Studentenbund, NS-Pressering, NS-Bauernschaft, NS-Frauenschaft, NS-Soldatenring.

wer daher kein „Reichsbürger“ werden konnte. Nach Enteignung und Entrichtung einer „Reichsfluchtsteuer“ gelang bis 1940 nur etwa zwei Drittel der „österreichischen“ Juden die Flucht.<sup>275</sup>

Hitlers Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler hatte bereits 1937 erhoben, welche Produkte der österreichischen Volkswirtschaft Lücken im „Altreich“ schließen könnten, und führte auf dem Agrarsektor Milch, Butter und Käse an, an Rohstoffen Holz, Eisenerze, Blei, Zinkerze und Erdölvorkommen, schließlich ungenutzte Wasserkräfte zur Energiegewinnung. Außerdem registrierte Keppler eine qualitativ sehr leistungsfähige Grundstoff- und vor allem verarbeitende Industrie, deren Kapazitäten angesichts von rund 400.000 Arbeitslosen (zum großen Teil Facharbeiter) verhältnismäßig rasch ausgeschöpft werden könnten. Der „Anschluss“ Österreichs kam also vor allem der NS-Rüstungswirtschaft zugute. Bereits am 17. März 1938 befand sich das österreichische Gold (ca. 78 Tonnen) in Berlin, die österreichische „Devisenmitgift“ verdoppelte die deutschen Reserven. Darüber hinaus griffen die Deutsche Bank und die Dresdner Bank sowie die Reichswerke Hermann Göring sogleich nach der Creditanstalt-Bankverein und der Länderbank, nach der Alpine-Montangesellschaft mit dem Steirischen Erzberg, den Steyr-Werken, nach der Schiffswerft Linz und dem Kraftwerksprojekt Kaprun. Bei Kriegsausbruch galten bereits rund 245 Unternehmen als Rüstungsbetriebe. Der deutsche Anteil am Aktienkapital österreichischer Unternehmungen stieg im Verlauf des Krieges von etwa 9% auf 57%. Durch Auf- und Ausbau großer Rüstungsbetriebe (in Ranshofen, Linz, St. Valentin, Krems, Wien-Simmering, Schwechat, Wiener Neustadt, Berndorf, Ternitz, Graz, Judenburg, Liezen, Ferlach, Jenbach etc.), Raffinerien (Moosbierbaum) und Kraftwerke (Illwerke, Kaprun, Schwabegg, Lavamünd) wurde die industrielle Basis der „Ostmark“ stark erweitert. In Westösterreich wurden Bahnstrecken elektrifiziert, andere zweigleisig ausgebaut, in Ostösterreich wurde die Korneuburger Werft erweitert und mit der Planung des Donau-Oder-Kanals begonnen. Hitler persönlich nahm bereits am 7. April 1938 unter großem propagandistischem Aufwand am Walsertal den Spatenstich für die Autobahn Salzburg–Wien vor, die freilich erst in den 1970er Jahren fertiggestellt wurde. Der ebenfalls geplante Bau der Brenner-, Süd-, Pyhrn- und Tauernautobahn erfolgte dann bis zur Jahrtausendwende. Das System des Rüstungsministers Albert Speer perfektionierte ab 1942 das Prinzip der industriellen „Selbstverantwortung“, die bis Mitte 1944 Steigerungsraten

---

<sup>275</sup> SANDGRUBER 1995, 419–422; LEITER 2003, 402; LICHTBLAU 2006, 520f. Die Schätzung der Zahl von 35.400 „Nichtglaubensjuden“, aber „Volljuden“ im Sinne der Nürnberger Gesetze ergibt sich aus Berichten der „Auswanderungshilfsorganisation für nichtmosaische Juden in der Ostmark“ an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung und an die Gestapo aus dem Jahre 1940. Ich verdanke diese Hinweise Gerald Stourzh.

erzielte, sodass Anfang 1945 auf dem Gebiet Österreichs 10% der Handfeuerwaffen, 20% der Lokomotiven, 30% der Me-109-Jagdflugzeuge und 55% der Panzer IV erzeugt wurden.<sup>276</sup>

Nach Einführung des deutschen Eherechts mit der obligatorischen Zivilehe im Sommer 1938 waren in der „Ostmark“ eine starke Zunahme der Ehen und ein deutlicher Anstieg der Geburten feststellbar, sodass die Bevölkerung zwischen 1939 und 1944 um 184.000 Personen zunahm. Die NS-Arbeitsbeschaffungsprogramme (vor allem seitens der NS-Rüstungsindustrie) ließen die Arbeitslosenrate von 22% im Jahre 1937 auf 3,7% im Jahre 1939 fallen. Bereits 1938 erfolgte die Überführung von etwa 100.000 österreichischen Arbeitern nach Deutschland, unter ihnen rund 10.000 Ingenieure. Mit der Mechanisierung der Landwirtschaft, dem „Reichserbhofgesetz“ (für Vollerwerbsbetriebe zwischen 7,5 und 125 ha) und einer Entschuldungsaktion sicherten sich die NS-Behörden auch die Gefolgschaft der meisten Bauern. Die rigide Marktordnung des „Reichsnährstandes“ mit Ablieferungspflicht verhinderte schließlich im Winter 1944/45 eine vergleichbare Hungerkatastrophe wie 1917/18; das galt auch für die Versorgung Wiens. Freilich sind die zunehmenden Getreide-, Kartoffel- und Fettlieferungen aus vielen europäischen Ländern (vor allem aus Frankreich, den Niederlanden, Dänemark und Ungarn) nicht zu übersehen sowie der Einsatz von 757.000 ausländischen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen,<sup>277</sup> 180.000 sowjetischen, polnischen, französischen und jugoslawischen Kriegsgefangenen sowie 85.900 KZ-Häftlingen und bis zu 65.000 ungarischen Juden und Jüdinnen. Die NS-Sozialpolitik verstärkte zwar den Mieterschutz, verpflichtete aber alle jungen Deutsche beiderlei Geschlechts zur Arbeit und rief schließlich 1943 zum „totalen Arbeitseinsatz“ auf.<sup>278</sup>

Der „Anschluss“ hatte auch Ausschluss und Vertreibung des Geistes bedeutet. Hierbei ist hervorzuheben, dass die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler und Künstler durchwegs Persönlichkeiten traf, die als Spitzenvertreter der deutschsprachigen Hochkultur galten. Unter Rektor Fritz Knoll wurden allein an der Universität Wien binnen weniger Wochen 252 Lehrpersonen aus „rassischen“ oder politischen Gründen „entfernt“, 21 Mitglieder mussten zwischen 1938 und 1945 die Akademie der Wissenschaften verlassen. Zusätzlich zu den Lehrenden wurden Tausende

<sup>276</sup> VOLKMAN 1979, 323–326; SANDGRUBER 1995, 403–418.

<sup>277</sup> Dem völkischen Rassismus der Nationalsozialisten entsprechend wurde zwischen „Ostarbeitern“ (Russen, Ukrainer, Weißrussen, Polen, Balten und Jugoslawen), „Westarbeitern“ (Norweger, Niederländer, Franzosen, Italiener) sowie Juden, Roma und Sinti unterschieden. – GÜNTHER HALLER: Das millionenfache Verbrechen inmitten der Gesellschaft. In: Die Presse (Wien), 26. Juni 2016, 46f.

<sup>278</sup> VOLKMAN 1979, 324; SANDGRUBER 1995, 430–436; RATHKOLB 2015a, 519; LANGTHALER 2016.

Studierende von Österreichs Hochschulen ausgeschlossen. Eine geistige Elite Österreichs wie Sigmund Freud, Kurt Gödel, Friedrich Hayek, Viktor Franz Hess, Hans Kelsen, Wolfgang Pauli, Karl Popper, Erwin Schrödinger, Joseph Schumpeter und Ludwig Wittgenstein überlebte nur mehr in der Emigration. Vertreibung jüdischer Persönlichkeiten gab es auch an der Wiener Staatsoper (z. B. Direktor Bruno Walter), am Burgtheater und bei den Wiener Philharmonikern, während eine Reihe bekannter Schauspieler (etwa das Ehepaar Attila Hörbiger und Paula Wessely, Luis Trenker und Hans Moser) glänzende Bühnen- und Filmkarrieren machte. Reichspropagandaminister Goebbels musste allerdings auf Befehl Hitlers im Oktober 1938 seine Beziehung zur tschechischen Filmschauspielerin Lída Baarová abbrechen, die schließlich nach Italien ging. Andererseits lud Gauleiter Baldur von Schirach den Komponisten Richard Strauss und den Dirigenten Wilhelm Furtwängler nach Wien ein.<sup>279</sup>

Im Gegensatz zur Klerikalisierung der Politik im diktatorischen „Ständestaat“ begannen die Nationalsozialisten bald nach der Volksabstimmung mit einem scharfen antiklerikalen Kurs, der die kirchenfeindlichen Traditionen des Deutschnationalismus auf die Spitze trieb. Im Juli 1938 kündigte Hitler das Konkordat, mit der Einführung der Zivilehe übernahmen die Standesämter die Matrikelführung, das Kirchenbeitragsgesetz vertiefte die Trennung von Kirche und Staat. Etwa 300.000 „Ostmärker“ traten aus der römisch-katholischen Kirche aus und wurden auf Empfehlung Hitlers und Goebbels’ „Gottgläubige“, die sich allerdings nicht als Atheisten verstanden. Katholische Privatschulen wurden in nationalpolitische Erziehungsanstalten (Napola) umgewandelt, 26 große Stifte (darunter Klosterneuburg, St. Florian, Kremsmünster, Wilhering, St. Peter in Salzburg, Admont, St. Paul im Lavanttal, Wilten und Mehrerau) und 186 kleinere Klöster beschlagnahmt. Als am 7. Oktober 1938 nach einer Rosenkranzfeier im Wiener Stephansdom etwa 6.000 bis 8.000 Jugendliche für ihre Kirche und Kardinal Innitzer demonstrierten, stürmten bereits am nächsten Tag etwa 50 Hitler-Jungen und Deutsche Mädel das Erzbischöfliche Palais, devastierten das Gebäude und warfen den Domkuraten Johannes Krawarik aus dem Fenster in den Hof, wo er mit Oberschenkelbrüchen liegenblieb.<sup>280</sup>

Die Reaktion des Auslandes auf den „Anschluss“ war sehr zurückhaltend geblieben, auch jene Großbritanniens und Frankreichs; nur Mexiko und der Außenminister der Sowjetunion, Maxim Litwinov, protestierten. Der tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš – der zwanzig Jahre lang vor dem

<sup>279</sup> MATIS 1997, 27–35; JOHNSTON 2006, XII–XVII; RATHKOLB 1991. Die Insignien des Heiligen Römischen Reiches wurden aus der Wiener Schatzkammer nach Nürnberg gebracht, von wo sie 1946 unter US-amerikanischer Aufsicht wieder nach Wien zurückkehrten.

<sup>280</sup> HANISCH 1994, 361f. u. 377f.; BUKEY 2000, 93–111.

„Anschluss“ gewarnt hatte – und Außenminister Kamil Krofta waren sich zwar der zunehmenden Gefahr bewusst, dass sich nun die NS-Aggression gegen die Tschechoslowakei wenden könnte, taten aber so, als ob der „Anschluss“ in erster Linie eine Angelegenheit der Großmächte wäre. Krofta telegraphierte eine dem Problem ausweichende Zirkulardepesche an seine Gesandten: „Auf Anfragen erklären wir, dass wir unmittelbar nicht betroffen sind, dass es sich um eine Sache Berlins und Wiens auf der Grundlage des Vertrags von 1936 handelt; im übrigen ist das ein Problem ganz Europas, d. h. vor allem der Großmächte.“<sup>281</sup> Hitler und Göring hatten auch den tschechoslowakischen Gesandten Vojtěch Mastný in Berlin zu beruhigen versucht. Aber diese Beschwichtigungen waren nicht ernst gemeint, denn Hitler war gewillt, den auch in der Tschechoslowakei nicht zur Deckung gebrachten Gegensatz zwischen Staatsnation und Minderheit im Nationalitätenstaat für seine imperiale Lebensraumpolitik auszunützen. Insgeheim hoffte Beneš wohl noch immer, sich auf die Bündnisse mit Frankreich und der UdSSR verlassen zu können und eventuell auch zu einem Ausgleich mit Hitler zu kommen. Auch Beneš wollte nicht wahrhaben, dass Hitler mit dem „Anschluss“ der Beherrscher Mitteleuropas geworden war, der nun als nächstes Ziel die Tschechoslowakei unterwerfen wollte. In einem Gespräch mit dem britischen Generalmajor Edward L. Spears am 14. März stellte Beneš allerdings mit erstaunlicher Weitsicht fest:

We should not exaggerate the difficulties Germany may have in absorbing Austria, nor need we anticipate any weakening of the regime. The Nazis have such powers of repression that unless Germany met with some check in war no real opposition is likely to appear.<sup>282</sup>

Aber der „Anschluss“ Österreichs gewann ungeahnte Vorbildwirkung für alle anderen „Grenz- und Auslandsdeutschen“, die vor allem mit Hilfe des standardisierten, lediglich 76 Reichsmark teuren „Volksempfängers“ informiert wurden. Henlein, der schon am 19. November 1937 dem „Führer“ die Lösung der sudetendeutschen Frage als „nur vom Reiche her denkbar“ bezeichnet hatte, versprach nun am 28. März 1938 Hitler, „immer so viel [zu] fordern, dass wir nicht zufrieden gestellt werden können“, ließ von seiner Sudetendeutschen Partei im April 1938 das „Karlsbader Programm“ mit der Forderung nach voller Autonomie und Übernahme der NS-Weltanschauung verabschieden und gewann bei den Gemeinderatswahlen im Mai über 85 % aller sudetendeutschen Stimmen. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und einiger Liberaler hatten sich die anderen deutschen aktivistischen Parteien bereits aufgelöst; ihre Abgeordneten waren in den Parlamentsklub der Sudetendeutschen Partei eingetreten. Dennoch

<sup>281</sup> KVAČEK 1987, 63f.; KROFTA 1937/38.

<sup>282</sup> Bericht Spears, Prag, 14. März 1938. In: KESSLER u. a. 2015, Dok. 156.

versuchten Beneš und Hodža in nationalen und internationalen Besprechungen Zeit zu gewinnen. Ende April 1938 begann die britische Diplomatie auf die Umsetzung konkreter Schritte zu drängen. Beneš und Hodža versprachen, mehr deutsche Beamte, Lehrer und Gendarmen einzustellen. Nach einer vom tschechoslowakischen Generalstab vorschnell ausgelösten Wochenendkrise Ende Mai 1938 befahl Hitler seinem Generalstab, einen Aufmarschplan gegen die Tschechoslowakei auszuarbeiten („Fall Grün“). Anfang Juni erhielt Beneš einen Forderungskatalog der Sudetendeutschen Partei hinsichtlich Autonomie und Selbstverwaltung. Die Prager Regierung war sich uneins, Beneš zögerte weiterhin, Hodža hoffte, 70–80% der sudetendeutschen Forderungen erfüllen zu können. Im Sinne ihrer *appeasement policy* begann die britische Diplomatie einen Ausweg aus der „Sudetenkrise“ zu suchen, der den Sudetendeutschen doch das Selbstbestimmungsrecht zugestehen sollte, das ihnen 1919 von den Siegermächten verweigert worden war. Vorerst ging es um das Zugeständnis einer weitgehenden Autonomie an die Sudetendeutschen, nach der Mission von Lord Runciman im August 1938 rückte aber bereits seine Empfehlung einer Abtretung von sudetendeutschen Gebieten an das Deutsche Reich in den Vordergrund.<sup>283</sup> Die tschechoslowakische Regierung und Präsident Beneš selbst versuchten – bei erhöhtem Druck seitens der britischen Diplomatie – noch mit Verhandlungen über neue Autonomiepläne den sudetendeutschen Vertretern entgegenzukommen, aber Henlein lehnte – nach seinem Besuch auf dem Obersalzberg – schließlich am 7. September 1938 den sogenannten „Vierten Plan“ ab, der weitgehende Autonomie in drei überwiegend deutschen Gauen versprach.<sup>284</sup>

Nach der Forderung Hitlers auf Anschluss der mehrheitlich von Deutschen besiedelten Randgebiete der böhmischen Länder an das „Großdeutsche Reich“ auf dem Nürnberger Parteitag am 12. September 1938 und dem Besuch des britischen Premiers Neville Chamberlain bei Hitler auf dem Berghof am 15. September gaben die Westmächte den ultimativen deutschen Druck an Prag weiter, die (nach der österreichischen Volkszählung von 1910!) mehrheitlich sudetendeutschen Gebiete abzutreten. Nach schweren internen Auseinandersetzungen akzeptierte Präsident Beneš am

<sup>283</sup> Während mehrere Mitglieder der böhmisch-mährischen Aristokratie die britische Mission im Interesse des tschechoslowakischen Staates zu beeinflussen versuchten, lobbyierten andere zugunsten der Sudetendeutschen Partei. – HOMOLOVÁ / HAZDRA 2016, 15–18.

<sup>284</sup> Berichte Newton an Halifax, Prag, 19. März, 20. März, 21. April, 23. April, 17. Mai, 18. Mai, 18. Mai, 3. Juni, 13. Juni, 28. Juni, 29. Juni, 16. Juli, 3. August, 3. September, 4. September, 15. September 1938. In: KESSLER u. a. 2015, Dok. 160, 163, 171, 173, 181, 182, 183, 194, 197, 201, 202, 205, 215, 227, 232, 233, 238; Bericht Henke über Verhandlungen zwischen Beneš und SdP-Abgeordnete Kundt und Sebekowsky, 27. August 1938. In: ADAP D II, Dok. 398; CELOVSKY 2005, 125–158.

21. September die Abtretung dieser Gebiete. Chamberlain flog erneut zu Hitler und handelte mit ihm in Bad Godesberg ein Memorandum aus; aber die tschechoslowakische Regierung lehnte die neuen Forderungen Hitlers ab. Gleichzeitig ließ der neue Ministerpräsident, Armeegeneral Jan Syrový, 40 Divisionen mobilisieren und verfügte eine Massenverhaftung sudetendeutscher Geiseln. Während die große Mehrheit der sudetendeutschen Wehrpflichtigen den Prager Stellungsbefehlen Folge leistete, bildeten 10.000 bis 15.000 Mann jenseits der Grenze das sudetendeutsche Freikorps. Als Hitler am 26. September im Berliner Sportpalast mit Krieg drohte, schalteten das Foreign Office und das Auswärtige Amt unabhängig voneinander Benito Mussolini als Vermittler ein, sodass in der Nacht vom 29. auf den 30. September 1938 von Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier das Münchener Abkommen unterzeichnet werden konnte. Es legte im Kern nur mehr die „Bedingungen und Modalitäten“ der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich fest. Zweifellos war es ein Diktat der Großmächte (die Sowjetunion fehlte wie 1919), ähnlich dem Vertrag von Saint-Germain gegenüber Österreich. Die tschechoslowakische Regierung und Präsident Beneš akzeptierten noch am 30. September das Diktat; auch das französische und das britische Parlament stimmten schon Anfang Oktober mit großer Mehrheit zu; allerdings kam es zu keinem Beschluss des Prager Parlaments. Ein deutsch-tschechoslowakisches Protokoll vom 21. November 1938 fixierte die neuen Staatsgrenzen.<sup>285</sup>

Standen Beneš und seine Regierung in den Tagen vor München tatsächlich vor der Alternative, eine „pragmatische Lösung“ der Unterwerfung unter ein Diktat der Großmächte zu wählen oder einer „moralischen Lösung“ des militärischen Widerstandes mit Tausenden von Toten und einem zerstörten Land den Vorzug zu geben? Präsident Havel erörterte noch 2002 dieses „fürchterliche Dilemma“ seines Vorgängers Beneš und verwies auf die unmittelbar drohende Gefahr der „Aggression eines Wahnsinnigen“, „abgesegnet von unseren damaligen Verbündeten, die so nicht nur die Verträge verrieten, die sie unterschrieben hatten, sondern auch die Werte, zu denen sie sich bekannten“. Beneš habe aber auch vom Unverständnis der demokratischen Welt gegenüber einem allfälligen tschechoslowakischen Widerstand gewusst, das aus ihm „einen tschechischen Nationalisten, Störfried, Provokateur und Hasardeur gemacht hätte, der aberwitzig hofft,

<sup>285</sup> Bericht Newton an Halifax, Prag, 21. September 1938; Aufzeichnung David über Besprechung bei Beneš, Prag, 30. September 1938. In: KESSLER u. a. 2015, Dok. 242 u. 244; SEIBT 1993a, 335–338; UHLÍŘ 2008, 29f.; SCHULHANDKARTE 1941, vorderer Einband u. 58f.; NĚMEČEK 2011. In den Tagen vom 18. bis 20. September veröffentlichte der „Völkische Beobachter“ eine ganze Breitseite ungläublicher Hetzartikel, wie: „Dieser Verbrecherstaat muss zerschlagen werden“; „Organisierte Menschenjagden im Egerland“; „Spießbrutenlaufen durch tschechische Bajonette“; „Kommune und Hussiten – Hand in Hand“. – CELOVSKY 2005, 163f.

auch weitere Völker in einen Krieg hineinzuziehen, den es überhaupt nicht geben müsse“. Havel, der auch als Politiker deutlich einer „moralischen Lösung“ zuneigte – was grundsätzliche Kritik sowohl am Nachgeben in München als auch an der Idee der Aussiedlung der Deutschen bedeutete –, war sich freilich auch bewusst, dass die Westmächte 1938 zwar von ihren 1919 gegebenen Unterschriften abrückten, allerdings nicht von dem schon während des Ersten Weltkrieges vor allem gegen die Habsburgermonarchie und das Osmanische Reich getrommelten Propagandaslogan vom nationalen Selbstbestimmungsrecht der Völker. Genau diesen aber setzte nun Hitler rücksichtslos gegen seine Urheber ein, um die Tschechoslowakei zu zerstören.<sup>286</sup>

Zwischen dem 1. und 10. Oktober 1938 erfolgte der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die an Deutschland abgetretenen Gebiete; dabei kam es zu Schießereien zwischen Wehrmacht und tschechoslowakischer Armee mit einigen Dutzend Toten. Der überwiegende Teil der Sudetendeutschen aber jubelte Hitler begeistert zu, als er wenige Tage später durch das Sudetenland fuhr. In Südmähren waren Truppen der Grazer Gebirgsdivision einmarschiert, und der gebürtige Südmährer Karl Renner verfasste eine zustimmende Denkschrift mit Bezugnahme auf die österreichischen Forderungen von 1919. Mit dem Gesetz über die „Wiedervereinigung“ (!) der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich vom 21. November 1938 wurde der „Reichsgau Sudetenland“ mit der Hauptstadt Reichenberg und Gauleiter Henlein geschaffen, der 22.500 km<sup>2</sup> und 2,9 Millionen Einwohner umfasste. Weiters wurden 2.175 km<sup>2</sup> mit 227.000 Einwohnern an den „Reichsgau Niederdonau“ angeschlossen, 1.747 km<sup>2</sup> mit 95.000 Einwohnern an den „Reichsgau Oberdonau“ sowie Gebiete des Böhmerwaldes an den „Reichsgau Bayerische Ostmark“. Nach der tschechoslowakischen Volkszählung von 1930 lebten im angeschlossenen südböhmischen Gebiet zwischen 80 und 85 % Deutsche, im angeschlossenen südmährischen Gebiet zwischen 70 und 88 % Deutsche. Nach dem deutsch-tschechoslowakischen Vertrag über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 20. November 1938 erhielten tschechoslowakische Staatsangehörige deutscher

<sup>286</sup> VÁCLAV HAVEL: Beneš und das „tschechische Dilemma“. Das Drama eines tschechischen Politikers. In: Neue Zürcher Zeitung, 19. April 2002, 6. Am 17. September 1938 erklärten zwölf Vertreter aristokratischer Familien (unter ihnen Zdenko Radslav Kinský und Karl VI. Schwarzenberg als Initiatoren) in einer Audienz bei Präsident Beneš „ihre Treue gegenüber dem Tschechischen Staat, den unsere Vorfahren langsam aufbauten und tausend Jahre bewahrten“. Sie brachten auch ihren Entschluss zum Ausdruck, die Unveränderlichkeit der historischen Grenzen der böhmischen Länder zu verteidigen. „Unsere Vorfahren bemühten sich immer um ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Völkern [...], und deswegen sehnen wir uns nach demselben, damit wir mit unseren Landsmännern der deutschen Sprache unsere Liebe zu unserer untrennbaren Heimat teilen können.“ – JELÍNKOVÁ HOMOLOVÁ / HAZDRA 2016, 20–24.

Volkszugehörigkeit, die ihren Wohnsitz oder das Heimatrecht im Sudetenland bzw. in den anderen abgetretenen Gebieten besaßen, unter Verlust ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit mit Wirkung vom 10. Oktober 1938 ipso iure die deutsche Staatsangehörigkeit. Die insgesamt etwa 300.000 auf dem Gebiet des Deutschen Reiches, vor allem im Sudetenland, zurückbleibenden Tschechen konnten sich bis zum 10. Juli 1939 (ursprünglich sogar bis zum 31. März 1940) entscheiden, ob sie für die tschechoslowakische oder die deutsche Staatsangehörigkeit optieren wollten. Ihnen wurde der Umzug mit dem gesamten beweglichen Besitz zugesichert.<sup>287</sup>

Bald nach dem Münchener Abkommen wurden vor allem tschechoslowakische Beamte und Staatsangestellte zur Umsiedlung in die Rest-Tschechoslowakei veranlasst (offiziell die „Zweite Tschechoslowakische Republik“). Über 100.000 „Nationaltschechen“, Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten waren zum Teil bereits in den ersten Oktobertagen mit ihrer persönlichen Habe geflüchtet, unter Zurücklassung ihrer Geschäfte und ihres unbeweglichen Besitzes; weitere 200.000 bis 300.000 folgten bis Jahresende 1938. Nach dem Münchener Abkommen flohen auch etwa 30.000 Deutsche – Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale, Christlichsoziale – vor ihren Landsleuten; zwei Drittel kehrten zwar bald wieder zurück, aber 20.000 „Unbelehrbare“ wurden verhaftet, 7.000 bis 8.000 kamen in Konzentrationslager. Andererseits verblieben mit den Prager, Iglauer, Brünnener und Karpatendeutschen gegen 450.000 Deutsche in der Zweiten Tschecho-slowakischen Republik, und Berlin wollte „seine“ Minderheit keineswegs schwächen. Aber München war für Hitler kein Endpunkt, obwohl er ebenso wie die Westmächte eine Garantieerklärung abgegeben hatte. Bereits am 21. Oktober 1938 gab er Weisung an die Wehrmacht, „die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können“. Am 2. November 1938 vermittelten die Außenminister Joachim von Ribbentrop und Galeazzo Conte Ciano den Ersten Wiener Schiedsspruch, der die Abtretung von magyarischen Mehrheitsgebieten (nach der ungarischen Volkszählung von 1910!) von der Slowakei und der Karpato-Ukraine an Ungarn festlegte. Das Reichspogrom zwischen 8. und 10. November 1938 mit Synagogenbränden, Plünderungen und Morden vermittelte dann Österreichern, Sudetendeutschen und Tschechen schlagartig die ganze Gewalttätigkeit der nationalsozialistischen Diktatur. Die Regierung Beran erließ im Jänner 1939

<sup>287</sup> KENNAN 1971, 3–9; JOHN 1997; SUPPAN 2014, Bd. 1, 523. An den Reichsgau Niederdonau wurden u. a. die Städte Lundenburg/Břeclav, Feldsberg/Valtice, Nikolsburg/Mikulov, Auspitz/Hustopeče, Mährisch-Kromau/Moravský Krumlov, Znaim/Znojmo, Zlabings/Slavonice und Neubistritz/Nová Bystrice angeschlossen sowie die beiden Pressburger Vorstädte Engerau/Petržalka und Theben/Devín, an den Reichsgau Oberdonau die Städte Kaplitz/Kaplice, Krumau/Český Krumlov und Oberplan/Horní Planá. – UHLÍŘ 2008, vordere Einbandseiten.

antijüdische Maßnahmen gegen bestimmte Berufsgruppen, begann in Teilen des öffentlichen Dienstes „Arierparagraphen“ einzuführen und beurlaubte jüdische Professoren. Auch die ab 1940 im nun „oberösterreichischen“ Südböhmen durchgeführten Vermögenskonfiskationen gegen das Zisterzienserstift Hohenfurth und gegen die Fürst-Schwarzenberg'schen Güter – wegen „staats- und parteifeindlichen Verhaltens“ – veranschaulichten die direkte Gefährdung für alle Regimegegner.<sup>288</sup>

Hitler setzte nun den außenpolitischen Hebel in Pressburg/Bratislava an, als die slowakische Regierung mit der Prager Regierung hinsichtlich der Autonomierechte in Konflikt geriet. Als der slowakische Ministerpräsident Jozef Tiso von der Prager Regierung abgesetzt wurde, lud Hitler den katholischen Priester nach Berlin ein und verlangte von ihm die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei unter Zusicherung eines Schutzvertrages. Ansonsten drohe die Aufteilung des Landes zwischen Ungarn und Polen. Tatsächlich beschloss der slowakische Landtag am 14. März 1939 diese Unabhängigkeit, womit es erstmals in der Geschichte einen „Slowakischen Staat“ gab. Noch am selben Tag lud Hitler den tschechoslowakischen Präsidenten Emil Hácha in die Reichskanzlei ein und erzwang in den Morgenstunden des 15. März 1939 die Eingliederung des tschechischen Reststaates ins Deutsche Reich. Hitler hatte Hácha noch zu beruhigen versucht: Er wolle der Tschechoslowakei die vollste Autonomie und ein Eigenleben geben, „mehr als sie es jemals in der österreichischen Zeit genossen habe“. Nachdem sich Hácha versichern hatte lassen, „dass also kein Seelenkauf wie zur österreichischen Zeit auf dem Programm stehe“ (!), Göring aber auch mit der Bombardierung Prags gedroht hatte, unterzeichneten Hácha und sein Außenminister František Chvalkovský den Unterwerfungsvertrag.

<sup>288</sup> SEIBT 1993a, 340f.; JOHN 1997; SUPPAN 2014, Bd. 1, 524–526; GRUNER 2016, 290f. Nachdem im Jänner 1939 eine zwölköpfige Deputation des Adels in der Tschechoslowakei dem Präsidenten Hácha versichert hatte, „immer an unserer Treue festzuhalten“, übergab am 6. Oktober 1939 Franz Fürst Schwarzenberg, der zu dieser Zeit in der Präsidentschaftskanzlei arbeitete, Präsident Hácha eine dreiseitige Erklärung mit 82 Unterschriften von Angehörigen aus 33 Adelsfamilien. Etwa ein Drittel der in den böhmischen Ländern ansässigen Adelsfamilien (Belcredi, Bořek-Dohalský, Colloredo-Mansfeld, Czernin, Dobrzenský, Kálnoky, Kinský, Kolowrat-Krakowský, Lobkowitz, Mensdorff-Pouilly, Nádherný, Pálffy, Parish, Podstatzky-Lichtenstein, Schlick, Schönborn, Schwarzenberg, Sternberg, Strachwitz, Thun-Hohenstein, Wratislaw u. a.) protestierte damit gegen den Druck der NS-Besatzungsbehörden, die deutsche Staatsbürgerschaft bzw. die Reichsbürgerschaft anzunehmen, und bekundete seine „unbestreitbare Zugehörigkeit zur nationalen tschechischen Gesellschaft“. „Dieser Adel, dessen Herkunft und Sprache böhmisch ist, bildete die herrschende oder politische Schicht des böhmischen Staates, vor der Entstehung der Monarchie des österreichischen Herrscherhauses und lange danach.“ Die meisten Unterzeichner erlitten irgendeine Art von Verfolgung: Zwangsverwaltung, Verhaftung, KZ; einige bezahlten sogar mit dem Leben. – JELÍNKOVÁ HOMOLOVÁ / HAZDRA 2016, 8–12, 26–28 u. 30–36.

Bereits in derselben Nacht waren deutsche Truppen in Nordost-Mähren einmarschiert, um allfällige Operationen polnischer Truppen im Ostrau-Karwin-Witkowitzer Revier zu verhindern. Am 15. März morgens rückte die Wehrmacht auch schon in Prag ein, und die Gestapo begann – anhand der Aufzeichnungen der tschechischen Polizei – mit einer ersten Verhaftungswelle („Aktion Gitter“) unter Juden und tschechischen Kommunisten sowie deutschen und österreichischen Emigranten. Hitler selbst kam noch am Abend desselben Tages auf die Prager Burg und diktierte ein dem französischen für Tunis ähnliches Protektoratsstatut mit einem deutschen Reichsprotektor (Konstantin Freiherr von Neurath) als seinem persönlichen Beauftragten, einem tschechischen Staatspräsidenten (Hácha) und einer tschechischen Protektoratsregierung (General Alois Eliáš). Mittlerweile hatte die Flucht vieler Juden und NS-Gegner per Flugzeug nach England und per Bahn nach Polen eingesetzt. Zu diesem ersten Zivilisationsbruch zwischen Deutschen und Tschechen notierte der Diplomat Ulrich von Hassell in sein Tagebuch: „Es ist der erste Fall offener Hybris, des Überschreitens aller Grenzen, zugleich jeden Anstands.“<sup>289</sup> Nun fielen die internationalen Proteste – von Chamberlain, Litvinov etc. – schärfer aus, blieben aber ohne unmittelbare Konsequenzen. Die *appeasement policy* kam jedoch an ihr Ende.

### 9. Österreicher, Sudetendeutsche und Tschechen unter NS-Herrschaft (1938–1945)

Aus der Sicht eines neutralen Beobachters unterschieden sich die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen der „Österreicher“, „Sudetendeutschen“ und „Tschechen“ unter nationalsozialistischer Herrschaft grundlegend. Die auch international verbreiteten Wochenschau-Filme vom 15. März 1938 in Wien, vom 3. und 4. Oktober 1938 in Eger/Cheb und Karlsbad/Karlovy Vary<sup>290</sup> sowie vom 15. März 1939 in Prag veranschaulichten hinreichend die deutlich unterschiedliche politische und psychologische Ausgangslage: Eine große Mehrheit von Österreichern und Sudetendeutschen hieß die Wehrmacht und Hitler willkommen und unterstützte in der Folge die NS-Herrschaft aktiv oder als Mitläufer, während eine große Mehrheit von Tschechen die NS-Fremdherrschaft deutlich ablehnte. Vergleicht man freilich die Lebensverhältnisse und Lebenschancen in der „Ostmark“, im „Reichsgau Sudetenland“ und

<sup>289</sup> LIPTÁK 2000, 256–260; UHLÍŘ 2008, 84f. u. 102–106; FERENČUHOVÁ / ZEMKO 2012, 477–516; vgl. HASSELL 1946; KENNAN 1971, 80–87. Max Brod gelang es, Prag am 14. März mit dem letzten Zug nach Polen zu verlassen – mit einem Koffer voll mit Manuskripten von Franz Kafka (Mitteilung Petr Koura).

<sup>290</sup> UHLÍŘ 2008, 41–43.

im „Protektorat Böhmen und Mähren“, nicht zuletzt auch die Überlebenschancen, so lassen sich doch erstaunliche Parallelen feststellen, die von der NS-Kriegswirtschaft, der nivellierenden Sozialpolitik und der teilweise beruflich bedingten Kollaboration bis zur scharfen Verfolgung jedweden Widerstands und der rücksichtslosen Deportation der Juden aus Wien und Prag und ihrer späteren Vernichtung reichten. Nach dem Ausmaß der politischen Verfolgung seitens der Gestapo, der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS sowie der Erfassung und Vernichtung von jeweils über zwei Dritteln der Juden war das „Protektorat“ freilich weniger mit der „Ostmark“, sondern eher mit den besetzten Niederlanden zu vergleichen, die dem Reichskommissar Seyß-Inquart und zwei weiteren „ostmärkischen“ Generalkommissaren unterstellt wurden.<sup>291</sup> Schließlich sind gewisse Parallelen zwischen dem tschechischen „München-Mythos“ von 1938 und dem österreichischen „Opfermythos“ von 1945 festzustellen. Beide Mythen schoben die Verantwortung auf die Großmächte ab, sollten gleichzeitig die eigene Kollaboration mit dem NS-Regime übertünchen und wurden jedenfalls in beiden Nachkriegsgesellschaften sehr wirkmächtig.

Zwischen den Österreichern und Sudetendeutschen einerseits sowie den Tschechen andererseits sind aber für die Zeit der NS-Herrschaft jedenfalls fünf grundsätzliche Unterschiede festzuhalten: (1) Nach der nationalsozialistischen Rassenideologie wurde eine Hierarchie zwischen den angeblich höherwertigen „Deutschen“ einerseits und den slawischen „Tschechen“ andererseits eingeführt. Die meisten Österreicher und Sudetendeutschen (ausgenommen waren natürlich die jüdischen, tschechischen, slowenischen, kroatischen, ungarischen und Roma-Minderheiten) gehörten daher zur „Volksgemeinschaft“ der Deutschen und erhielten die deutsche „Reichsbürgerschaft“, während sich die Tschechen in Böhmen, Mähren und Schlesien mit der „Staatsangehörigkeit“ des Protektorates begnügen mussten. Auf der untersten Stufe der Gesellschaft des Großdeutschen Reiches wurden Juden und Roma eingeordnet.<sup>292</sup> (2) Während die „Ostmark“ in sieben „Reichsgaue“ untergliedert und ebenso wie der „Reichsgau Sudetenland“ direkt in die Verwaltungs- und Parteistruktur des Deutschen Reiches eingeordnet war, stellte das „Protektorat Böhmen und Mähren“ eine eigene Verwaltungseinheit dar, in der ein tschechischer „Staatspräsident“ und eine im Prinzip autonome tschechische Regierung an der Spitze standen, freilich unter der Befehlsgewalt eines deutschen „Reichsprotektors“ und eines Höheren SS- und Polizeiführers. (3) Das

<sup>291</sup> Allerdings erlitt die Bevölkerung in der „Festung Holland“ einen unerträglichen Hungerwinter (*hongerwinter*) 1944/45, da das bis Anfang Mai 1945 ausharrende NS-Besatzungsregime die meisten Nahrungsmittelvorräte nach Osten abtransportiert hatte. – HIRSCHFELD 1984.

<sup>292</sup> CONNELLY 1999.

Protektorat wurde auch kein eigener Gau der NSDAP, sondern wurde unter den vier benachbarten Gauen – Sudetengau, Bayerische Ostmark, Oberdonau und Niederdonau – aufgeteilt, deren Gauleiter Konrad Henlein, Fritz Wächtler, August Eigruber und Hugo Jury in Parteiangelegenheiten im Protektorat zu intervenieren versuchten, freilich vom Reichsprotektor Neurath und vom SS-Gruppenführer Frank abgeblockt wurden. (4) Einen weiteren grundsätzlichen Unterschied gab es hinsichtlich der allgemeinen Wehrpflicht für „Ostmärker“ und „Sudetendeutsche“, während die tschechischen Männer auf Befehl Hitlers ausdrücklich vom Dienst in der Wehrmacht oder Waffen-SS ausgeschlossen blieben. (5) Ein fünfter fundamentaler Unterschied bestand schließlich im Wirken einer tschechoslowakischen Exilregierung in London, dem weder das sudetendeutsche noch das österreichische Exil Gleichwertiges gegenüberstellen konnten. So gelang es dem Exil-Präsidenten Beneš auch, seit Sommer 1940 immer engere Beziehungen zu Premierminister Winston Churchill, ab 1943 auch zu Präsident Franklin D. Roosevelt und Marschall Iosif V. Stalin zu knüpfen. Schließlich erfolgte im Mai 1945 mit dem totalen Untergang der totalitären NS-Herrschaft auch ein totaler Bruch zwischen den meisten Österreichern und Sudetendeutschen einerseits sowie den meisten Tschechen andererseits.<sup>293</sup>

Während im „Reichsgau Sudetenland“ Henlein mit seinen Leuten das Kommando übernahm, kam es im Protektorat zu einer Mischung zwischen deutscher Protektoratsverwaltung (Reichsprotektor Neurath), SS-Terrorssystem (Höherer SS- und Polizei-Führer Karl Hermann Frank) und tschechischer Protektoratsregierung (Staatspräsident Hácha, Ministerpräsident General Alois Eliáš), gestützt auf eine Einheitspartei (Národní souručenství/Nationale Gemeinschaft). Die Kompetenzverteilung war zwar nicht immer klar (anfänglich erhielten auch die Gauleiter von Ober- und Niederdonau, August Eigruber und Hugo Jury, Zugriff auf Parteiangelegenheiten), grundsätzlich aber so geregelt, dass die deutsche Protektoratsverwaltung und die SS-Kommandostruktur die Tätigkeiten der tschechischen Protektoratsregierung „beaufsichtigten“, d. h. überwachten. Da der Gestapo bereits im März 1939 in Prag – wie ein Jahr zuvor in

<sup>293</sup> HANISCH 1994, 337–394; BUKEY 2000; BRANDES 1969/1975; GEBHART / KUKLÍK 1996; GEBEL 1999; ZIMMERMANN 1999; UHLÍŘ 2008. Hinsichtlich des Kriegsdienstes der tschechischen Männer gab es einige Kuriosa: Während auch die Wiener Tschechen ausgeschlossen blieben, wurden die Hultschiner als Schlesier eingezogen, außerdem Tschechen, die sich in Schlesien auf der „Volksliste“ eingetragen und sich im Sudetenland in der Volkszählung 1939 zur deutschen Nationalität bekannt hatten. Andererseits kämpften einige Zehntausend Tschechen, Slowaken und Juden aus der Tschechoslowakei in britischen und sowjetischen Verbänden, zu denen sie übergelaufen waren. So kämpfte im Herbst 1944 bei Dünkirchen/Dunquerque eine tschechoslowakische Brigade zum Teil noch in Wehrmachtuniformen. – MARŠALEK / HOFMANN 2011.

Wien – die Karteien der tschechischen Polizei in die Hände fielen, wurde sofort eine Verhaftungsaktion durchgeführt, die zur Inhaftierung von etwa 6.000 „Antifaschisten“, Kommunisten, Juden und deutschen Emigranten führte; etwa 3.500 waren tschechischer Nationalität. Die Aktion sollte vor allem der Abschreckung dienen, denn ein Großteil der Verhafteten wurde in den folgenden Tagen unter dem Versprechen wieder freigelassen, sich jeder politischen Betätigung zu enthalten; ungefähr 1.500 Personen wurden aber in Konzentrationslager eingewiesen. Von Beginn an galt daher bei den Tschechen der SS-Führer Frank als der „böse Mensch“, während Neurath, den Eliáš seit den frühen 1930er Jahren kannte, eher als „gemäßigter Herrscher“ betrachtet wurde. Diese Rollenverteilung wollte Hitler offensichtlich auch nach außen vermitteln, sah aber eindeutig in Frank seinen Vertrauensmann.<sup>294</sup>

Hitler, am 20. April 1939 eben 50 Jahre alt geworden, hatte zu diesem Zeitpunkt bereits damit begonnen, „Reichsdeutsche“, „Ostmärker“ und „Sudetendeutsche“ zu einer „Volksgemeinschaft“ im „Großdeutschen Reich“ zusammenzuschweißen. Zwar ist es für Nachgeborene kaum nachzuvollziehen, wie in der Zeit der Weimarer Republik ein politischer Außenseiter, seltsam sprechend und gestikulierend, immer wieder Gewaltausdrücke verwendend, ein Amateur der Macht, in einer der weltweit führenden Industrie- und Kulturnationen zum Brennpunkt kollektiver Ängste, Erlösungssehnsüchte, Allmachtsträume und Hysterien werden konnte. Dennoch lässt sich auf ihn Max Webers Begriff einer „charismatischen Herrschaft“ anwenden, der Anhänger und Gegner mit seiner manichäischen Sichtweise und seinen bedrohlichen Energieausbrüchen beeindruckte. Hitler war aber nicht nur ein politischer Fanatiker und Rassist, sondern konnte auch – nach Aussage einiger internationaler Gesprächspartner – den Anschein von Rationalität und Ehrlichkeit erwecken. Dabei waren seine verbrecherischen Gestaltungs- und Vernichtungsphantasien, seine Ideen von Rassenreinheit und Weltbeherrschung grundsätzlich meilenweit von den moralischen Haltungen der meisten Deutschen, Österreicher und Sudetendeutschen entfernt. Aber gewaltige Täuschungs-, Verheimlichungs- und Einschüchterungsmaßnahmen sowie die ständige Bereitschaft zu absoluter Gewaltanwendung konnten die Kluft zwischen den NS-Eliten und der Moral des Volkes überdecken. Auch die 73 Mitglieder aus der „Ostmark“ im Deutschen Reichstag im Jahre 1940 – unter ihnen 15 Beamte, 13 Juristen, zehn Geschäftsleute und Handwerker, neun Ingenieure und Techniker, sieben Professoren und Lehrer (unter ihnen der Präsident der Wiener Akademie der Wissenschaften Heinrich von Srbik), sechs Arbeiter und Ange-

<sup>294</sup> BRANDES 1969/1975; CELOVSKY 2005.

stellte, vier Bauern, vier Offiziere, zwei Ärzte und ein Journalist – stellten kein Korrektiv dar.<sup>295</sup>

Im Morgengrauen des 1. September 1939 marschierten auf Befehl Hitlers als Verbände der deutschen Wehrmacht auch mehrheitlich „ostmärkische“ Truppenteile – eine Panzerdivision, eine motorisierte Division, zwei Gebirgsdivisionen und zwei Infanteriedivisionen – über die Slowakei und Oberschlesien kommend in Polen ein. Die drei sudetendeutschen Infanteriedivisionen wurden im Frontabschnitt zwischen Kattowitz/Katowice und Tschenstochau/Częstochowa eingesetzt. Im Unterschied zu 1914 waren sie freilich nicht mit Blumen in ihren Heimatgarnisonen verabschiedet worden. Es gab unter ihnen auch kein Bestreben nach einem „Revanchekrieg“ für die Niederlage von 1918 und Saint-Germain im Jahre 1919. Sogar Hitlers Rede am 1. September im Reichstag hatte – wie im „Altreich“ – wenig Enthusiasmus hervorgerufen. Er aber trug die Verantwortung für den Krieg, daher erübrigte sich jede Kriegsschuldfrage. Vergleichbar war allerdings die Tatsache, dass die Österreicher und Sudetendeutschen zum zweiten Mal nach 1914 mit Großbritannien und Frankreich im Krieg standen und bald als NSDAP-Funktionäre, Offiziere und Soldaten, Unternehmer und Beamte, Professoren und Lehrer, Ärzte und Krankenschwestern, Bauern und Rüstungsarbeiter, Gestapoagenten und KZ-Wächter aktive und passive Mitwirkende an einem Weltkrieg werden sollten. Dem Angriffskrieg Hitler-Deutschlands gegen Polen folgten innerhalb von 22 Monaten noch elf weitere „Blitzkriege“: im Frühjahr 1940 gegen Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Frankreich, im Sommer und Herbst 1940 Luftangriffe („Blitz“) gegen England, ab Februar 1941 der Vorstoß aus Libyen gegen Ägypten, im April und Mai 1941 die Eroberung Jugoslawiens und Griechenlands und ab dem 22. Juni 1941 der Angriff auf die Sowjetunion. Hitlers Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember 1941 führte die „Ostmärker“ und Sudetendeutschen sogar in die Konfrontation mit der westlichen Supermacht. Ab Juli 1943 wurde auch Italien Kriegsschauplatz, ab März 1944 Ungarn. Während des gesamten Krieges kamen in den Verbänden des Heeres, der Luftwaffe, der Kriegsmarine und der Waffen-SS über 1,3 Millionen Männer und Burschen aus der „Ost-

<sup>295</sup> THAMER 1986, 19; KERSHAW 2000, 407; STEINER 2011, 10; HANISCH 1994, 367; WEHLER 2008, 933–937; HERBERT 2014, 493–504; LONGERICH 2015; SUPPAN 2015; Handbook, Kap. VI: Austria at War, Anhang III. Bereits zu Hitlers 48. Geburtstag am 20. April 1937 hatte der Reichsbund deutscher Beamter ein „Lautdenkmal deutscher Mundarten“ überreicht, das 300 Tondokumente zu jeweils ca. drei Minuten enthielt, die unter Leitung der Marburger Universität aufgenommen worden waren. Nach dem „Anschluss“ Österreichs kamen 70 Tondokumente aus Österreich hinzu (etwa von einem Weinbauern aus Wien-Sievering, der sich mit einem Tischler unterhielt), nach der Annexion des „Sudetenlandes“ weitere 30 aus Böhmen und Mähren. – ERICH WITZMANN: Die Sprache der Arbeiter, Handwerker, Bauern. In: Die Presse (Wien), 10. September 2016, 33.

mark“ – darunter 227 Generäle des Heeres, der Luftwaffe, der Waffen-SS, der Polizei und der Gendarmerie sowie ein Konteradmiral – und über 700.000 Sudetendeutsche zum Einsatz.<sup>296</sup>

Über Hitlers angebliches militärisches Talent kamen aber bald nach Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ ernste Zweifel auf, als die ersten massenhaften Gefallenenmeldungen und Verwundetentransporte aus dem „Osten“ in der „Ostmark“ und im „Sudetenland“ eintrafen. Das militärische Scheitern der Wehrmacht und Waffen-SS vor Moskau im Dezember 1941 und die Aufrufe zur Besorgung von Winterbekleidung für die Soldaten signalisierten auch der Zivilbevölkerung, dass Hitlers Blitzkriegsstrategie gescheitert war. Spätestens jetzt dankten viele Tschechen insgeheim ihrem Präsidenten Hácha, dass er sie vom Kriegsdienst ferngehalten hatte. Dafür ließ er Hitler zu dessen Geburtstag im April 1942 einen ganzen Lazarettzug schenken. Hitlers „charismatische Herrschaft“ stand auch in der „Ostmark“ und im „Sudetenland“ für das totalitäre Führerprinzip samt Führerkult, für eine weitgehende Militarisierung der Gesellschaft, für eine radikale staatliche Repression, für eine beispiellose Manipulation der Medien, für Ausgrenzung und Verfolgung vermeintlicher oder tatsächlicher Feinde, für die Ideologie „rassischer Überlegenheit“, für eine verbrecherische Kriegsführung und für die rücksichtslose Versklavung und Vernichtung ganzer Völker.<sup>297</sup>

Erstaunlicherweise war nicht die Schaffung des „Protektorats“, sondern bereits das Münchener Abkommen Ausgangspunkt von tschechoslowakischen Umsiedlungs- und Vertreibungsplänen gewesen. Gegen eine Wiederholung von „München“ sollten Vorkehrungen durch Aussiedlung eines möglichst großen Teils der deutschen Bevölkerung getroffen werden. Der am 5. Oktober 1938 zurückgetretene und am 22. Oktober 1938 nach Großbritannien ins Exil gegangene Präsident Beneš hatte noch Mitte September 1938 einen geheimen „Fünften Plan“ entwickelt und an die Pariser Regierung übermittelt: Ein Drittel der Sudetendeutschen könne die Tschechoslowakei durch Abtretung bestimmter Grenzgebiete loswerden, ein Drittel sollte ausgesiedelt werden und ein Drittel – besonders die „Demokraten, Sozialisten und Juden“ – könne in der Tschechoslowakei bleiben. Die Führungen des zivilen und militärischen Widerstands im Protektorat, das „Politische Zentrum“ (Politické ústředí), die „Verteidigung des Volkes“ (Obrana národa) und der „Petitionsausschuss Wir bleiben treu“ (Petiční výbor Věrní zůstaneme), entwickelten noch vor Kriegsbeginn 1939 einen Vorschlag für neue Grenzen, der das Gebiet um Jägerndorf/Krnov, das Adlergebirge/Orlické hory, das Braunauer Gebiet/Broumovsko, das Schatz-

<sup>296</sup> KERSHAW 2000, 325–330; THAMER 1986, 626; SCHMIDL 1987, 297–299; LONGERICH 2008, 361–364; vgl. SAFRIAN 1993; GERMANN 2006; GRISCHANY 2007.

<sup>297</sup> Vgl. THAMER / ERPEL 2010.

larer Gebiet/Žacléřskó, das Gebiet von Friedland/Frýdlant und Schluckenau/Šluknov, das Gebiet von Aussig/Ústí nad Labem, Dux/Duchcov und Ossegg/Osek, das Egerland (mit oder ohne Tepl/Teplá), Südböhmen um Hohenfurth/Vyšší Brod, Kaplitz/Kaplice und Deutsch-Beneschau/Benešov nad Černou sowie ein kleines Gebiet westlich von Zlabings/Slavonice Deutschland überlassen sollte. Auch im Herbst 1940 – der ungünstigen Kriegslage entsprechend – wollte Beneš auf die drei Gaue oder Kantone Jägerndorf, Reichenberg und Karlsbad verzichten.<sup>298</sup>

Mit der Schaffung des „Protektorates Böhmen und Mähren“ am 16. März 1939 schien der „großdeutsche Wirtschaftsraum“ vollendet. Mit den österreichischen, sudetendeutschen und tschechischen Wirtschafts- und Rüstungspotentialen war das Deutsche Reich innerhalb eines Jahres die stärkste Macht in Europa geworden; allein mit den Beständen der tschechoslowakischen Armee konnte die Wehrmacht mindestens 20 Divisionen mit modernsten Waffen (nach tschechoslowakischen Quellen: 810 Panzer, 1.231 Flugzeuge, 1.966 Panzerabwehrkanonen, 2.253 Feldartilleriegeschütze, 57.000 Maschinengewehre, 630.000 Gewehre; dazu Kraftfahrzeuge, Brückenbaugerät, Horchgerät, Scheinwerfer und Messgerät) ausrüsten.<sup>299</sup> Auch die materiellen und personellen Kapazitäten des „Sudetenlandes“ versprachen günstige Voraussetzungen für die Entlastung der deutschen Rüstungswirtschaft. Hier gab es nutzbare Wolfram- und Uranerze sowie hochwertige Braunkohlelager, die einen starken Ausbau der Mineralöl-, Buna-, der allgemeinen chemischen Industrie und der Energiewirtschaft ermöglichten. Nach dem Münchener Abkommen wechselten 2.317 Industrieunternehmen von der Tschechoslowakei ins Deutsche Reich, davon allein 443 der Textilbranche. Bereits 1939 waren 207.400 Personen in der Textilindustrie beschäftigt, 48.000 in der Herstellung von Metallwaren, 45.400 im Bergbau, 41.300 in der Glasindustrie, 26.500 im Maschinenbau, 13.100 in der Chemischen Industrie und 10.600 in der Elektrotechnik.<sup>300</sup>

<sup>298</sup> BRANDES 2001a, 24f. u. 419–421. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt erhielten KSČ/KPČ und KPÖ deutschsprachige (!) Instruktionen von der Komintern in Moskau, die westlichen Großmächte als „imperialistisch“ zu diskreditieren und Beneš als deren Diener zu bezeichnen. Die illegale Führung der KPČ wurde freilich bereits im Februar 1941 von der Gestapo zerschlagen, ihre Mitglieder hingerichtet. – KONRAD 1978.

<sup>299</sup> VOLKMANN 1979, 332. Noch im Februar 1939 hatte die ČKD über den Verkauf von 100 Panzern an die britische Regierung verhandelt, was 90 Millionen Kčs in freien Devisen versprach. Wenige Tage nach der Okkupation sprach die Direktion bei Göring in Berlin vor und erhielt – überraschenderweise – das Plazet zum Panzerexport. – BALCAR 2014, 36. Offensichtlich war Göring an den britischen Pfund interessiert, die natürlich bei der Reichsbank eingewechselt werden mussten.

<sup>300</sup> VOLKMANN 1979, 326–331.

Nach Angabe des Prager Primators Otakar Klapka (der im Juli 1940 verhaftet und im Oktober 1941 hingerichtet wurde) gegenüber dem Chefredakteur einer japanischen Zeitung sollen die Nationalsozialisten den Tschechen und Juden Devisen, Gold und Güter von etwa 50 Milliarden Kč (= gut 6 Milliarden Reichsmark) weggenommen haben. Bereits im Sommer 1939 musste die Prager Nationalbank etwa 43 Tonnen Gold an die Reichsbank transferieren. Tausende tschechische Arbeitslose suchten – wie 1938 die Österreicher und Sudetendeutschen – im Frühjahr 1939 Arbeit im Reich, aber schon ab August 1939 herrschte im Protektorat Vollbeschäftigung. In den sechs Jahren des Protektorats wurde eine nationalsozialistische Okkupationspolitik betrieben, die großteils mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik im „Altreich“ und in der „Ostmark“ koordiniert war. Hatte die Reichsbank im März 1938 für drei österreichische Schilling immerhin zwei Reichsmark bezahlt, so mussten die Tschechen ab März 1939 zehn Kronen auf den Tisch legen, um eine Reichsmark zu erhalten. Berlin hatte also aus nationalpolitischen Gründen den Schilling überbewertet, die Krone unterbewertet. Im Übrigen übernahm die Deutsche Bank die Böhmisches Union-Bank, die Dresdner Bank die Böhmisches Escompte-Bank. Während der Großteil der älteren tschechischen Beamten, Offiziere und Unteroffiziere zwangspensioniert wurde, wurden die kriegswichtigen Betriebe in Pilsen (Škoda), Prag (ČKD, Prager Eisen, Verein für chemische und metallurgische Produktion), Brünn (Waffenwerke), Witkowitz/Vítkovice (Eisenwerk) und Zlín (Baťa) samt ihren Managern, Ingenieuren und Facharbeitern entweder direkt von deutschem Kapital übernommen oder unter deutsche Kontrolle gestellt. So verleibten sich die Reichswerke Hermann Göring die Bergbau- und Hüttengewerkschaft Witkowitz, die Škoda- und Brünnener Waffenwerke sowie die Poldihütte in Kladno ein. So hatte ein Konsortium um die IG Farbenindustrie bereits im Herbst 1938 die Stammwerke Aussig und Falkenau des Vereins für chemische und metallurgische Produktion (Spolek pro chemickou a hutní výrobu) übernommen, und so kooperierte die Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft AG (Pražská železářská společnost a. s.) eng mit den Düsseldorfern Mannesmann-Röhrenwerken, die bereits 1921 knapp 25 % des Aktienkapitals erworben hatten. Zweifellos spielte in der Industriepolitik des Reiches im Protektorat und im „Sudetenland“ der Sudetendeutsche Bernhard Adolf als Beauftragter des Reichsprotektors für die Industrie Böhmens und Mährens eine zentrale Rolle, die er ab 1. Jänner 1942 als Präsident des Zentralverbands der Industrie für Böhmen und Mähren noch ausbaute. Seine Macht basierte auf besten persönlichen Kontakten nicht nur zu Frank und Heydrich, sondern auch zu Speer.<sup>301</sup>

<sup>301</sup> KENNAN 1971, 226–240; VOLKMANN 1979, 331–335; UHLÍŘ 2008, 168–197; BALCAR 2014, 31–48, 60f., 71 u. 82. Weshalb die Eigentumsverhältnisse der Živnostenská ban-

Auf diese Weise wurde die ČKD (ab 1. Oktober 1940 umbenannt in „Böhmisch-Mährische Maschinenfabriken AG“) zur Waffenschmiede der Wehrmacht und produzierte Flugzeuge vom Typ Focke-Wulf, den Kampfpanzer 38 (t), der den deutschen Kampfpanzern vom Typ III und IV in puncto Fahrleistung und Zuverlässigkeit überlegen war, sowie Lokomotiven für die Reichsbahn. Bereits im Juni 1941 lieferte die BMM 500 Panzer ab und erhielt noch im selben Herbst einen Anschlussauftrag für weitere Kampfpanzer 38 (t). Für die Kriegsmarine produzierten die Prager Maschinenbauer Vierlingslafetten und Scheinwerfer. Gemeinsam mit der Poldihütte und den Ringhoffer-Tatra-Werken wurden Schlepper für die Wehrmacht gebaut. Im Zuge des im Jänner 1943 aufgestellten „Adolf-Hitler-Panzerprogramms“ musste die BMM die monatliche Panzerproduktion von 60 auf zunächst 100, ab Oktober 1943 auf 150 Stück steigern, die nun als Selbstfahrlafette 38 (t) hergestellt wurden; außerdem wurde der Panzerjäger 38 (t) „Marder“ produziert. Dies war nur durch Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 60 Stunden möglich. Nach einem Besuch von Generaloberst Heinz Guderian in der Maschinenfabrik Praha-Libeň im Jänner 1944 erging vom Oberkommando des Heeres sogar der Auftrag zur Herstellung von 2.000 Jagdpanzern, eines der wichtigsten Rüstungsprojekte der letzten Kriegsphase. Speer sprach Anfang Juli im Czernin-Palais „von erfreulichen Fertigungszahlen“. Freilich musste die BMM den Auftrag mit Škoda teilen, sodass die BMM von März 1944 bis einschließlich März 1945 1.977 Panzerjäger 38 (t) lieferte, Škoda 733 Stück. Während die Landwirtschaft und das Handwerk im Protektorat deutliche Rückgänge bei den Beschäftigten hinnehmen mussten, stieg deren Zahl in der Protektoratsindustrie bis zum 31. Dezember 1944 auf insgesamt 1,026.709 Personen an. Unter ihnen gab es schon eine größere Anzahl an Frauen und Jugendlichen. Die Heranziehung von „Fremdarbeitern“ oder Kriegsgefangenen – wie im „Altreich“, in der „Ostmark“ und im „Sudetenland“ (z. B. in den Chemischen Werken Aussig-Falkenau) – wurde jedoch von den deutschen Besatzungsbehörden untersagt.<sup>302</sup>

Auf Weisung des Reichsprotectors vom 24. Juni 1939 hatte jeglicher Schriftverkehr tschechischer staatlicher Organe mit den deutschen Behörden auf Deutsch, der Verkehr zwischen zentralen Protektoratsbehörden zweisprachig zu erfolgen. Die Verwaltung der Stadt Prag – die am

---

ka und des Baťa-Konzerns weitgehend unangetastet blieben, konnte die wirtschaftshistorische Forschung noch nicht restlos klären. Jedenfalls widerspricht Balcar der Interpretation Alice Teichovás, das tschechische Unternehmertum habe, von Einzelfällen abgesehen, „keine direkten Vorteile aus der Arisierung“ gezogen.

<sup>302</sup> BALCAR 2014, 142–179 u. 210; UHLÍŘ 2008, 198–218. Immer wieder gab es auch die Verhaftung von Facharbeitern „wegen reichsfeindlicher Handlung und Versuchen zur kommunistischen Zellenbildung“. – BALCAR 2014, 202.

1. Jänner 1940 etwas mehr als eine Million Einwohner zählte – wurde vom Tschechisch sprechenden Primator-Stellvertreter Josef Pfitzner schrittweise eingedeutscht, vor allem durch Vergabe von leitenden Positionen an Deutsche und Sudetendeutsche; aber zum 30. September 1942 arbeiteten noch immer 10.202 Tschechen und nur 323 Deutsche in der Prager Zentralverwaltung. Immerhin 444 Straßen und Plätze mit Namen aus der tschechischen Geschichte und Kultur wurden umbenannt und erhielten Namen mehr oder weniger bedeutender Deutscher. Für die etwa 40.000 Deutschen in der Stadt wurden deutsche Volks- und Bürgerschulen sowie Gymnasien eingerichtet. Als am 1. Oktober 1940 die Zollgrenze zwischen dem Reich und dem Protektorat fiel, begann ein „Ausverkauf des noch an allem so reichen Protektorats“, und die Gepäcksnetze der Schnellzüge von Prag nach Berlin, München oder Wien waren bis zur Decke gefüllt mit schweren Koffern, unförmigen Paketen und prallen Taschen. Oberregierungsrat Wilhelm Dennler hielt fest: „Unsere Organe finden auch im Gepäck von Offizieren, von hohen Beamten und namhaften Künstlern die erstaunlichsten Handelswaren – Pelze, Uhren, Medikamente, Schuhe, in geradezu unvorstellbarer Menge – lauter Dinge, die [...], ins Reich gebracht, ansehnlichen Gewinn versprechen.“<sup>303</sup> – Im Verlauf des Krieges nahm die Zahl der „Reichsdeutschen“, „Sudetendeutschen“ und „Ostmärker“ im Protektorat von etwa 190.000 auf 245.000 zu, zu denen auch rund 40.000 Sudetendeutsche gehörten, die vor dem 15. März 1939 nicht im Protektorat beheimatet gewesen waren. Die deutschen *white-collar workers* (1944 noch etwa 9.000) – vielfach in der Kriegswirtschaft und in der Verwaltung tätig – erhielten auch das doppelte Salär der tschechischen Kollegen (1944 noch etwa 340.000), was soziale Kontakte sehr erschwerte.<sup>304</sup>

Als am 28. Oktober 1939 aus Protest gegen die Abschaffung des Nationalfeiertages etwa 50.000 Studenten auf dem Prager Wenzelsplatz demonstrierten, Beneš hochleben ließen und deutsche Soldaten und Gestapo-Agenten angriffen, ein Arbeiter erschossen und ein Student schwer verletzt wurde und es nach dem Tod des Studenten Jan Opletal zu Kundgebungen kam, befahl Hitler am 17. November 1939 die Schließung aller tschechischen Universitäten und Hochschulen und die Deportation von rund 1.200 Studenten ins KZ Sachsenhausen-Oranienburg. 1.223 Hochschul-lehrer wurden somit arbeitslos, 15.172 tschechische Studenten blieben weitgehend ohne Studiermöglichkeit. Lediglich einige Hundert „politisch Zuverlässige“ durften weiterhin an Universitäten und Hochschulen des

<sup>303</sup> DENNLER 1953, 31; BRANDES / MIŠKOVÁ 2013, 190, 203f. u. 228–263. Pfitzner wurde von Klapka bewusst tschechisch angesprochen, antwortete aber deutsch. Andererseits verspotteten junge Tschechen die NS-Herrschaft als Verbindung von österreichischer Effizienz mit preußischem Charme. – KENNAN 1971, 11.

<sup>304</sup> JANČÍK 2002.

Reiches bestimmte naturwissenschaftliche Fächer studieren (Medizin, Veterinärmedizin, Betriebswirtschaft, Land- und Forstwirtschaft etc.). Der bedeutende Historiker Josef Šusta konnte hingegen die Prager Akademie der Wissenschaften weiterführen, vermutlich weil er sich bereit erklärte, eine führende Rolle in der „Tschechischen Liga gegen den Bolschewismus“ zu spielen. Nach Schließung der Karls-Universität in Prag und der Masaryk-Universität in Brünn sowie der beiden Technischen Hochschulen in Prag und Brünn waren die meisten tschechischen Professoren und Assistenten aber kaum mehr in der Lage, wissenschaftlich weiterzuarbeiten. Während freilich viele deutsche Studenten zur Wehrmacht einrücken mussten, durften die jungen Tschechen auf Anordnung Hitlers keinen Militärdienst leisten, was ihnen zumindest den „Heldentod“ oder schwere Verwundung ersparte. Der bekannte Botaniker Vladimír Krajina wurde Ende 1942 als Kryptograph eines Geheimsenders der meistgesuchte Mann im Protektorat. Erstaunlicherweise ließen die NS-Machthaber – im Gegensatz zum Generalgouvernement – das reich gegliederte, noch aus der österreichischen Zeit stammende tschechische Mittelschulwesen im Wesentlichen bestehen, das ab 1945 eine wichtige Basis für den geistigen Wiederaufbau darstellte.<sup>305</sup>

Hingegen arbeiteten die Deutsche Karls-Universität und die Deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn bis Ende April 1945 weiter und sahen unter den Professoren, Dozenten und Studenten viele Reichsdeutsche, Sudetendeutsche und Österreicher. Nach der „Arisierung“ im Studienjahr 1938/39 gab es an der Karls-Universität vorerst nur 17 Ordinarien, 16 Extraordinarien und 40 Dozenten mit 3.417 Studenten; bis zum Studienjahr 1944/45 erfolgte aber die erstaunliche Aufstockung auf 89 Ordinarien (inklusive zehn Emeriti), 47 Extraordinarien (inklusive drei Emeriti) und 46 Dozenten. Einige der neu berufenen Professoren hatten sich mit Rassenforschung, Eugenik u. a. zu beschäftigen. Bereits im Jahre 1934 war der aus St. Veit an der Glan in Kärnten stammende Hermann Knaus als Ordinarius für Gynäkologie an die Deutsche Universität in Prag berufen worden, leitete mit großem Erfolg die auch von vielen Tschechinnen in Anspruch genommene Geburtshilfliche Klinik und wirkte in den Studienjahren 1939 bis 1941 als Dekan der Medizinischen Fakultät. Seine Tätigkeit wird nicht nur im vierten Band der Geschichte der Karls-Universität gewürdigt, sondern erlangte durch seine Arbeiten zur zeitlich

---

<sup>305</sup> HAVRÁNEK / POUŠTA 1998, 19–59. Bereits nach dem deutschen Einmarsch in Polen war ein Teil der führenden tschechischen Intelligenz verhaftet und interniert worden; Josef Čapek, Ferdinand Peroutka und Hugo Rokyta wurden ins KZ Buchenwald deportiert. – ROKYTA 1997c, 13. Den Hinweis auf Vladimír Krajina verdanke ich Petr Koura.

begrenzten Fruchtbarkeit der Frau Weltruf, allgemein bekannt geworden unter der Chiffre „Methode Knaus-Ogino“.<sup>306</sup>

Da die Zivilehe in der Tschechoslowakei bereits mit der Verfassung von 1920 eingeführt worden war, entfiel dieser bevölkerungspolitische Effekt im Sudetenland und im Protektorat. Insgesamt nahm die Bevölkerung in den ersten Jahren der NS-Herrschaft aber auch hier zu, außerdem wanderten viele „reichsdeutsche“ Angestellte zu; schließlich kamen Zehntausende „Ausgebombte“ und aufs Land verschickte Kinder. Mit den NS-Arbeitsbeschaffungsprogrammen wurde die hohe Arbeitslosigkeit unter den Sudetendeutschen (1938 ebenfalls über 20%) rasch abgebaut. Andererseits wurde die Arbeitspflicht eingeführt und eine Entschuldungsaktion unter den Bauern durchgeführt. Ähnliches galt für das Protektorat, wo die tschechischen Arbeitskräfte lange Zeit in den Betrieben im Lande beschäftigt wurden. Im Vergleich zwischen der Lage der österreichischen, der sudetendeutschen und der tschechischen Bauern gab es Parallelen und Gegensätze: Für alle galten ab September 1939 eine umfangreiche Ablieferungspflicht (Pferde, Rinder, Schweine, Milch, Butter, Getreide), strenge Kontrollen und Strafen, auch die Todesstrafe, etwa für das „Schwarzschlachten“. Neben der Enteignung von jüdischen Unternehmern und Großgrundbesitzungen (Rothschild, Gutmann, Bloch-Bauer, Ephrussi) wurden auch Güter von deutschen und tschechischen Großgrundbesitzern, die nicht NS-konform waren (Belcredi, Czernin, Kinsky, Kolowrat, Lobkowicz, Schwarzenberg, Sternberg, Strachwitz), beschlagnahmt. Außerdem gab es in Böhmen und Mähren Ansätze zur Germanisierung durch Ansiedlung von Südtirolern, Bessarabien-Deutschen etc. Aber die Versorgung der Industriebetriebe mit Lebensmitteln funktionierte grosso modo, auch in Wien und Prag gab es keinen Hunger, nicht einmal im Winter 1944/45.<sup>307</sup>

Auch im Verlauf des Jahres 1940 hielten Protestaktionen an, etwa bei Fußballspielen, Theateraufführungen und Wallfahrten. Straftaten von Tschechen, die als politisch eingestuft wurden, fielen unter die Zuständigkeit deutscher Behörden und wurden bis September 1941 von den Volksgerichtshöfen in Berlin und Breslau abgehandelt, wo etwa 350 Tschechen zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Alle in der Ersten Tschechoslowakischen Republik bestehenden Kirchen beteiligten sich an Protest- und Widerstandsaktionen, wie der Verbreitung von „antifaschistischen“ Druckwerken und der Fälschung von Matriken (zum Zwecke der „Nach-Arisierung“/poárijšťování), sodass ihre Repräsentanten scharfe Verfolgung erlitten. Der Rektor des Prager Erzbischöflichen Seminars und nachmalige Erzbischof Josef Beran sowie der Leitmeritzer Bischof Štěpán Trochta wurden in ein KZ deportiert, allein im KZ Dachau wurden etwa 60 katholi-

<sup>306</sup> MÍŠKOVÁ 1998; MÍŠKOVÁ 2007; BRANDES / MÍŠKOVÁ 2013, 228–263.

<sup>307</sup> JANČÍK 2002.

sche Priester und Ordensleute aus dem Protektorat inhaftiert. Vertreter der protestantischen Kirchen engagierten sich in der „Zentralleitung des Widerstands in der Heimat“ (Ústředního vedení odboje domácího, ÚVOD), vier orthodoxe Geistliche, die den Attentätern auf Heydrich in der Krypta ihrer Kyrill-und-Method-Kirche, der früheren Karl-Borromäus-Kirche, Versteck gewährt hatten, wurden im September 1942 in Prag erschossen.<sup>308</sup>

Als im Sommer 1941 die Streiks und Sabotagefälle im Protektorat zunahmen und ein Teil des tschechischen Widerstandes (vor allem die KPČ) auf die Sowjetunion zu hoffen begann, berief Hitler Reichsprotektor Neurath ab und setzte den SS-Obergruppenführer und General der Polizei Reinhard Heydrich als neuen Stellvertretenden Reichsprotektor ein. Wenige Stunden nach seiner Ankunft verhängte er den Ausnahmezustand und ließ eine Verhaftungswelle anrollen. Eine „Ära blindwütiger Hasspolitik“ setzte ein. Der Chef der Protektoratsregierung, General Alois Eliáš, wurde verhaftet und zum Tode verurteilt (und nach dem Attentat auf Heydrich hingerichtet). Binnen zweier Monate ließ Heydrich über 400 Männer und Frauen erschießen sowie etwa 4.000 bis 5.000 Verhaftungen vornehmen. Konträr zu den Terrormaßnahmen gegen die tschechische Intelligenz ließ er jedoch an tschechische Arbeiter kostenlose Eintrittskarten für Kinos, Theater und Fußballspiele verteilen, 7.000 Rüstungsarbeiter bekamen einen kostenlosen Erholungsurlaub, und für Kinder der Arbeiter und Angestellten wurden betriebliche „Ferienkolonien“ eingerichtet. Miroslav Kárný bezeichnet diese Politik mit Recht als „Sozialdemagogie“. Obwohl die meisten tschechischen Arbeiter und Angestellten in Gewerkschaften organisiert waren, agierten diese faktisch machtlos, und führende Funktionäre ließen sich zu klaren Bekenntnissen zum Nationalsozialismus bewegen. Freilich gab es auch beachtliche Leistungsverbesserungen in der Renten-, Kranken- und Invalidenversicherung. Andererseits lagen im Herbst 1941 die Bruttoverdienste um 25 %, die Nettoverdienste um 20 % unter jenen im „Altreich“.<sup>309</sup>

Sofort nach der Oktroyierung des Protektorats hatten die Gauleiter Henlein und Bürckel von Reichenberg bzw. Wien aus mit ersten Verordnungen versucht, die Verfügung der Juden über ihr Eigentum zu beschränken. Aber Göring intervenierte gegen die „wildes Arisierung“, um den Verkauf der jüdischen Firmen, Banken und Geschäfte zugunsten des Reiches zu steuern. Darüber hinaus legte Hitler persönlich die Gestaltung der Judenpolitik vorerst in die Hände der Protektoratsregierung. Daher bereitete die Regierung des Generals Eliáš ein umfassendes Gesetz zur Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben vor. Erst als der Entwurf der Protek-

<sup>308</sup> UHLÍŘ 2008; ROKYTA 1997a, 148f.

<sup>309</sup> BRANDES 2001; BALCAR 2014, 246–267 u. 288; KÁRNÝ 1989; vgl. DEMETZ 1997; BRYANT 2007; BRANDES / MIŠKOVÁ 2013, 252.

toratsbehörde als zu wenig radikal erschien, gab Reichsprotektor Neurath im Juni 1939 eine Verordnung heraus, die eine strengere, den Nürnberger Gesetzen folgende „Judendefinition“ enthielt, vor allem aber auf die „Arisierung“ jüdischen Eigentums abzielte. In der Zwischenzeit waren von radikalen Deutschen und Tschechen Synagogen, jüdische Cafés und andere Einrichtungen attackiert worden, wobei die Oberländeräte unterschiedlich reagierten. Die Gestapo verhaftete vor allem prominente Juden und schloss vorübergehend die jüdischen Sozialstellen. Die Ende Juli 1939 vom Reichsprotektor in Absprache mit der Protektoratsregierung gegründete, nach dem Wiener Vorbild von SS-Obersturmführer Adolf Eichmann geschaffene „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Prag begann die große jüdische Gemeinde samt ihren Finanzen zu kontrollieren. Eichmann eröffnete ihr sofort, dass bis Ende 1939 30.000 Juden auswandern müssten, bis Sommer 1940 sogar 70.000. Für eine bessere Organisation der Zwangsemigration wurden Juden aus der böhmischen und mährischen Provinz nach Prag umgesiedelt.<sup>310</sup>

Nach der Okkupation Polens fassten Hitler und Himmler den Entschluss, alle minderbemittelten Juden aus dem Großdeutschen Reich, also auch aus dem Protektorat, in die besetzten Ostgebiete abzuschieben. Mitte Oktober 1939 rollten erste von Eichmann – der mittlerweile ins Reichssicherheitshauptamt der SS nach Berlin übersiedelt war – koordinierte Massentransporte von Juden aus dem Protektorat, Oberschlesien und Wien ins Generalgouvernement an. Nachdem etwa 5.000 Juden aus Prag, Brünn, Mährisch-Ostrau und Wien deportiert worden waren, unterbrach Himmler die Aktion, da es Schwierigkeiten bei der Unterbringung in den Ghettos gab. Mittlerweile begann die Prager Kultusgemeinde die Versorgung der wachsenden Zahl der bedürftigen Armen, Kinder, Alten und aus der Provinz Zugezogenen zu organisieren. Im März 1940 übertrug die „Zentralstelle“ der Prager Jüdischen Gemeinde eine Aufsichtsfunktion für alle jüdischen Gemeinden im Protektorat, zugleich wurde sie in eine Zwangsorganisation umgewandelt. Gleichzeitig mussten alle Juden ihnen gehörende Aktien, Wertpapiere, Edelmetalle, Edelsteine und Perlen einer Devisenbank übergeben. Während Heydrich im Reich den Zwangseinsatz für arbeitsfähige Juden anordnete, blieben die tschechischen Juden außerhalb der Zwangsarbeit, auch wenn sich das Jüdische Arbeitsamt bemühte, Juden bei Bauern, Gutsbesitzern und Unternehmern unterzubringen. Daher wurde allgemein mit einer Wiederaufnahme der Deportationen gerechnet. Doch bis auf Shanghai standen im ersten Halbjahr 1940 kaum noch Flucht-

---

<sup>310</sup> GRUNER 2016, 291–293. Auch der Deutsche Ritterorden und der Malteser Ritterorden wurden aufgelöst, ihr großer Besitz enteignet.

möglichkeiten offen. Ende September 1940 lebten noch 75.760 Juden im Protektorat, 24.998 waren bereits emigriert.<sup>311</sup>

Bis zum 1. Oktober 1940 wurden in Prag von der deutschen wie tschechischen Bürokratie bereits 14.920 Wohnungen konfisziert, die von der Kreisleitung der NSDAP teilweise an kinderreiche deutsche Familien vergeben wurden. Auch die Wehrmacht, die SS und die Kinderlandverschickung meldeten Bedarf an, sodass die Zahl der Deutschen in Prag zunahm. Die „Arisierung“ betraf auch die im Sudetenland gelegenen Braunkohlenruben der Gebrüder Julius und Ignaz Petschek sowie der Familie Weinmann, um die sich die Reichswerke Hermann Göring und die Friedrich Flick KG stritten, bevor man ein für beide Seiten günstiges Arrangement traf. Freilich hatten auch die Protektoratsregierung, ihre Ministerien, die Bezirksämter und Kommunen sowie tschechische faschistische Organisationen den Ausschluss der Juden zunächst von Wirtschaft und Kultur, später vom gesamten öffentlichen Leben betrieben. Im Winter 1940/41 begannen die Stadtverwaltungen in Prag und Brünn, später in insgesamt 97 Kommunen, jüdische Arbeiter für die Schneeräumung zu rekrutieren. Da nun keine Aussicht auf eine rasche Wiederaufnahme der Deportationen bestand, führte das tschechische Ministerium für soziale und Gesundheitsverwaltung durch Verordnungen im Jänner, April und Mai 1941 – nach „ostmärkischem“ Vorbild – den geschlossenen Zwangseinsatz für Juden ein. Die jüdischen Gemeinden mussten alle männlichen Juden im Alter von 18 bis 55 Jahren (die Jahrgänge wurden bald auf die 16- bis 60-Jährigen ausgedehnt) auf ihre Tauglichkeit untersuchen, die deutschen Arbeitsämter vermittelten die Juden zunächst vor allem in die Land- und Bauwirtschaft, später verstärkt in die Industrie und Forstwirtschaft. Bereits im Frühsommer standen von 15.000 tauglichen männlichen Juden über 11.700 im Arbeitseinsatz: im Hoch-, Tief- und Bahnbau, bei Flussregulierungen und in Handwerksbetrieben. Bald wurden auch Frauen in die Zwangsarbeit einbezogen. Insgesamt kam es zu einer wechselseitigen Dynamisierung lokaler, regionaler und zentraler Anordnungen – sowohl von deutscher wie von tschechischer Seite.<sup>312</sup>

Im Oktober 1941 ordnete der neue Stellvertretende Reichsprotektor Heydrich sofort die Einführung des „Judensterns“ und die Konzentration der verbliebenen böhmisch-mährischen Juden vor ihrer Deportation an. In zwei Teilaktionen deportierte die Sicherheitspolizei 13.000 tschechische Juden nach Łódź und dann – von Hitler persönlich bestimmt – nach Minsk und Riga. Bald setzte auch die Deportation nach Theresienstadt/Terezín ein, wo bis Kriegsende insgesamt 73.608 böhmisch-mährische Juden konzentriert wurden, um von dort in die Vernichtungslager transportiert

<sup>311</sup> GRUNER 2016, 294–297.

<sup>312</sup> GRUNER 2016, 298f.

zu werden. Gleichzeitig begann die massenhafte Deportation der österreichischen Juden nach Theresienstadt und Auschwitz. Die alte österreichische Festung Theresienstadt wurde zu einem KZ umgebaut, das sogar für Propagandazwecke dienen sollte. Der deutsche Regisseur Kurt Gerron musste auf Befehl von Goebbels den Propagandafilm „Der Führer baut den Juden eine Stadt“ drehen, bevor er und die meisten Mitwirkenden nach Auschwitz deportiert wurden. Im Sommer 1944 wurde ein weiterer Propagandafilm unter dem Titel „Theresienstadt. Ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet“ hergestellt, an dem Tausende Inhaftierte mitwirkten. Nicht gezeigt wurden die ständigen Transporte ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, die vom „Judenrat“ zusammengestellt werden mussten. Auch eine Abordnung des Internationalen Roten Kreuzes, die zu dieser Zeit Theresienstadt besuchte, erkannte nicht die dahinterstehende NS-Todesmaschinerie. Theresienstadt war zugleich ein Zwangsarbeitslager, wobei die Erlöse der Eigenfinanzierung dienten, ergänzt durch die Verwertung jüdischen Vermögens. Parallel zu den Massendeportationen lief der Zwangseinsatz weiter und erreichte mit 16.000 jüdischen Männern und Frauen im Mai 1942 seinen zahlenmäßigen Höhepunkt. Nach dem Attentat auf Heydrich fiel in Berlin dann der Beschluss, alle Juden aus dem Großdeutschen Reich zu deportieren. Mit den Massendeportationen im Sommer 1942 nahm auch die Zahl der Zwangsarbeiter entscheidend ab. Ende 1942 lebten im Protektorat außerhalb Theresienstadts und anderer Konzentrationslager nur mehr 15.550 Juden, davon 6.211 in „Mischehen“.<sup>313</sup>

Am 4. Februar 1942 – also unmittelbar nach der berüchtigten Wannsee-Konferenz – hatte Heydrich in einer geheimen Rede in Prag die ihm vorschwebende „Endlösung“ für Juden und Tschechen skizziert: „Die noch nicht Eindeutschbaren wird man vielleicht bei der weiteren Erschließung des Eismeer-Raumes – wo die Konzentrationslager zukünftig ideales Heimatland der 11 Millionen Juden aus Europa sein werden –, vielleicht könnten wir dort nun die Tschechen, die nicht eindeutschbar sind, unter einem positiven Vorzeichen einer produktiven Aufgabe als Aufseher, Vorarbeiter usw. einsetzen mit der Chance, auch ihre Familien nachzuziehen.“ – Ab März 1942 liefen – unter Bewachung seitens tschechischer Polizisten und Gendarmen – planmäßige Deportationen vom Bahnhof Prag-Bubeň in das KZ Theresienstadt, die bis Kriegsende ca. 140.000 Juden umfassten, davon nahezu 74.000 aus dem Protektorat, 43.000 aus Deutschland, 15.000 aus Österreich, 5.000 aus den Niederlanden, 1.500 aus der Slowakei und 500 aus Dänemark. Über 33.000 verstarben dort, 87.000 wurden vor allem ins

---

<sup>313</sup> KARNÝ 1994; GRUNER 2016, 301f. In Theresienstadt starben u. a. der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokraten, Minister Ludwig Czech, der Rektor der Deutschen Universität in Prag, Samuel Steinherz, und der bedeutende tschechische Germanist Arnošt Kraus. – ROKYTA 1997, 277f.

Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert, über 17.000 fand man bei Kriegsende noch in Theresienstadt vor. 77.297 Namen von ermordeten Juden aus Böhmen und Mähren stehen heute an den Wänden der Prager Pinkas-Synagoge.<sup>314</sup>

Aus einem Bericht von Benjamin Murrelstein, einem Funktionär der Wiener Kultusgemeinde, von 1938/39 geht hervor, dass es in Österreich zum 13. März 1938 181.778 „Glaubensjuden“ und etwa 35.000 konvertierte Juden gab. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 hatte nationalsozialistischer Mob allein in Wien über 40 Synagogen zerstört, 27 Juden ermordet und über 4.000 Geschäfte geplündert. Immerhin war bis Kriegsbeginn im September 1939 im Falle der Beibringung der notwendigen Dokumente, der Aufnahme durch ein Asylland und der Bezahlung der „Reichsfluchtsteuer“ eine Ausreise der jüdischen Bevölkerung möglich, u. a. auch viele Kindertransporte nach England. Die Mehrzahl der Kinder sah freilich ihre Eltern, die vielfach in Auschwitz ermordet wurden, niemals wieder. Unter erschwerten Bedingungen konnte das Land auch noch 1940 in Richtung USA, Südamerika oder Shanghai verlassen werden, sodass bis zum 1. Jänner 1941 123.490 Juden aus der „Ostmark“ fliehen konnten. Zu Jahresbeginn 1941 wurden daher noch 53.604 „Glaubensjuden“ bzw. rund 65.000 „Rassejuden“ gezählt, dazu rund 10.000 staatenlose bzw. ausländische Juden. Im Herbst 1939 waren bereits erste, von Eichmann organisierte Deportationen österreichischer, mährischer und böhmischer Juden „nach Osten“ angelaufen, die aber infolge von Protesten des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete, Hans Frank, abgebrochen werden mussten. Aber die Ausgrenzungspolitik verschärfte sich. Sie betraf den Kauf von Lebensmitteln und Kleidung, die medizinische Versorgung, die eingeschränkte Benützung von Verkehrsmitteln, Verbote, bestimmte Parks und Bäder zu besuchen, schließlich die Zwangsarbeit. Ab Frühjahr 1941 durfte die Wiener jüdische Bevölkerung nur mehr im 2., 9. oder 20. Bezirk wohnen. Schon kurz nach dem Angriff auf die Sowjetunion sickerten Gerüchte über Massenmorde in Ostgalizien durch. Ab September 1941 musste der „Judenstern“ getragen werden. Ab Oktober 1941 liefen dann auf Befehl Heydrichs neuerliche Massendeportationen an – vor allem nach Theresienstadt und Auschwitz. Ende 1943 lebten nur mehr 7.989 „Juden“ im Sinne der NS-Gesetzgebung in Wien, darunter 5.094 Personen, die in einer „Mischehe“ lebten. Von den rund 215.000 österreichischen Juden im Jahre 1938 fielen 65.459 der NS-Vernichtungspolitik zum Opfer, 127.000 schafften bis November 1941 die Flucht ins Ausland, nur 6.000 überleb-

<sup>314</sup> SCHMIDT-HARTMANN 1991; BRANDES / MIŠKOVÁ 2013, 280f.; UHLÍŘ 2008, 694–724; BALCAR 2014, 58. In Prag überlebten nur 424 Juden versteckt die NS-Okkupation. Kafkas drei Schwestern überlebten den Holocaust nicht. – GRUNER 2016, 289; MACGREGOR 2014, 58.

ten die Shoah in Österreich, davon 2.000 in Wien. Von 11.000 Roma und Sinti wurden mindestens 7.000 ermordet. An der „Endlösung“ waren zweifellos Tausende von SS-Männern, Gestapo- und Kripoangehörige, KZ-Wachmannschaften, Ordnungspolizisten, Gendarmen und Feldpolizisten, Wehrmatsangehörige und Reichsbahnangestellte beteiligt, sodass nicht nur Gerüchte, sondern auch gewisse Kenntnisse in die Bevölkerung durchsickerten.<sup>315</sup> – Dennoch ist der Feststellung Hans-Ulrich Wehlers zuzustimmen: „Ohne die Machtkompetenz und Sanktionsgewalt des ‚Führers‘ hätten die Himmler, Heydrich und Konsorten, allein für sich genommen, den Holocaust als europaweit angelegte Mordaktion nicht organisieren, ausführen und rechtfertigen können.“<sup>316</sup>

Nach der Schlacht bei Stalingrad und Generalfeldmarschall Rommels Niederlage in Nordafrika begann die Stimmung in den Alpen- und Donauraichsgauen umzuschlagen. Der „Kuckucksruf“ im Reichssender Wien, der der Bevölkerung ab 13. August 1943 alliierte Bomberangriffe (aus Süditalien) signalisierte, wurde ein deutliches Zeichen für die mangelnde Verteidigungsfähigkeit des NS-Regimes im Luftkrieg. Vor allem die Industrieanlagen und Bahnhöfe, aber auch umliegende Stadtteile in Wien, Wiener Neustadt, Graz, Klagenfurt, Villach, Salzburg, Innsbruck, Steyr und Linz und wurden oftmals angegriffen und verzeichneten zusammen über 24.000 Tote. Luftangriffe gab es auch auf sudetendeutsche Industriestädte, vor allem auf Aussig. Die „ostmärkische“ und „sudetendeutsche“ Bevölkerung sah nun die „Schuld“ bei NS-Bonzen (Göring, Keitel, „Goldfasane“) und Generälen (sogar bei den Attentätern des 20. Juli 1944), weniger bei Hitler. Im Herbst 1944 begannen Verteidigungsmaßnahmen am „Ostwall“ (an der Ostgrenze des Protektorats und der Ostmark), zu denen sowohl der „Volkssturm“ als auch tschechische, slowakische, ungarische, slowenische und jüdische Zwangsarbeiter herangezogen wurden. Gleichzeitig nahmen der Gestapo-Terror und die Todesurteile des Volksgerichtshofs gegen kommunistische, katholische, sozialdemokratische und slowenische Widerstandsgruppen zu. Dennoch fand der Widerstand auch im letzten Kriegsjahr nur wenig Rückhalt in der Bevölkerung.<sup>317</sup>

<sup>315</sup> HILBERG 1990, 1299f.; HANISCH 1994, 381–383; BUKEY 2000, 131–152; LICHTBLAU 2006, 521–535; TOOZE 2008, 598–607. MOSER (1991) errechnete die Zahl von 65.459 österreichischen Shoah-Opfern aus 48.767 aus Österreich in die Vernichtungslager deportierten Opfern und 16.692 aus Österreich Vertriebenen, die in ihren Fluchtländern (z. B. Tschechoslowakei oder Jugoslawien) aufgegriffen und ermordet wurden.

<sup>316</sup> WEHLER 2008, 885.

<sup>317</sup> RAUCHENSTEINER 1970. LUZA (1984) wertete die Dokumente im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes auch statistisch aus und ordnete die Österreicher im Widerstand zu 44,5% kommunistischen, 40% katholisch-konservativen und monarchistischen und lediglich 5% sozialistischen Gruppen zu.

Das NS-Terrorsystem umfasste in Österreich einen SS- und Polizeiapparat (Sicherheitspolizei, Sicherheitsdienst, Gestapo, Kripo) mit etwa 20.000 Mann, wobei die Gestapo selbst nur rund 2.000 Agenten einsetzte, die mit Schutzhaft und Folter Angst und Schrecken verbreiteten. Dazu bediente sie sich allein in den Reichsgauen Wien und Niederdonau der Konfidentendienste von etwa 500 bis 600 Gestapo-Spitzeln. Da die große Mehrheit der Österreicher den „Anschluss“ nicht als Besetzung wahrgenommen hatte und viele österreichische Nationalsozialisten wichtige Positionen in Staat, Partei, Wirtschaft, Wehrmacht, Polizei und SS einnahmen, war es praktisch unmöglich, Widerstandsgruppen nach dem Vorbild von Polen, Jugoslawien oder Frankreich aufzubauen. In Wien machten dem Regime vor allem – von der Gestapo als „Schlurfs“ bezeichnete – Jugendliche aus dem Arbeitermilieu Schwierigkeiten, die sich regelmäßig Raufereien mit Mitgliedern der Hitler-Jugend lieferten. Immerhin dürften zwischen 1938 und 1945 etwa 100.000 Österreicher beiderlei Geschlechts verhaftet worden sein. Politischer Widerstand, Wehrdienstverweigerung oder sozialer Protest wurden schwer bestraft, jedenfalls mit Deportation in ein Lager, oft auch mit der Todesstrafe. Immerhin bildete sich in einigen kommunistischen, katholisch-konservativen, monarchistischen und sozialdemokratischen Widerstandsgruppen ein zunehmendes Österreich-Bewusstsein heraus, das eine wichtige staatsideologische Basis für die Gründung der Zweiten Republik darstellte. Zum SS-Terrorkomplex gehörten viele Konzentrationslager und Gefängnisse, in denen auch über 25.000 nicht-jüdische Österreicher umkamen. Im bereits 1938 geschaffenen KZ-Komplex Mauthausen-Gusen und seinen 40 Nebenlagern starben rund 90.000 Menschen einen gewaltsamen Tod, vor allem Polen, Ungarn, Franzosen, Jugoslawen, Italiener, Spanier und Staatsangehörige der Sowjetunion. Von den etwa 4.000 inhaftierten Tschechen (unter ihnen der künftige Präsident Antonín Novotný) wurden nach dem Attentat auf Heydrich 291 (darunter 143 Frauen) in der Mauthausener Gaskammer hingerichtet. Im oberösterreichischen Schloss Hartheim wurden zwischen 1940 und 1944 etwa 20.000 angeblich geistig Behinderte aus den KZs Dachau und Mauthausen mit Giftgas ermordet. Der Volksgerichtshof und das Oberlandesgericht Wien verurteilten mindestens 2.700 aktive österreichische Widerstandskämpfer (Kommunisten, Sozialdemokraten, Katholiken, Monarchisten, Kärntner Slowenen und Wehrdienstverweigerer wie Franz Jägerstätter) zum Tode, das Reichskriegsgericht und andere Militärgerichte über 500 österreichische Soldaten und Offiziere (wie Oberstleutnant Robert Bernadis, den Mitbeteiligten an der Verschwörung des 20. Juli 1944). Von über 800 meist römisch-katholischen Priestern in Gefängnissen und Konzentrationslagern starben 42; Schwester Marie Restituta Kafková, eine Wiener Tschechin, wurde wegen eines satirischen Gedichts über Hitler im

Wiener Landesgericht hingerichtet, obwohl sich sogar Gauleiter Baldur von Schirach für ihre Begnadigung eingesetzt hatte.<sup>318</sup>

Beneš hatte in der Emigration den Kriegseintritt Großbritanniens und Frankreichs begrüßt und sich sofort um den Aufbau einer Exilregierung bemüht, die bereits 1940 gebildet wurde. Auch tschechoslowakische Soldaten (unter ihnen viele Juden) schafften die Flucht nach Frankreich und Großbritannien, wo sie ab 1940 vor allem als Piloten zum Einsatz kamen. Im Sommer 1941 begannen die Briten auch mit der Ausbildung von Fallschirmspringern, die sukzessive über dem Protektorat abgesetzt wurden, um die Widerstandsgruppen zu stärken. Andererseits benützte die Wehrmacht das moderne Waffenarsenal der tschechoslowakischen Armee (Panzer, Fahrzeuge, Artillerie, Flugzeuge) für ihre Kriege gegen Frankreich und die Sowjetunion. Die Exilarmee, deren Kern zum Teil aus nach Großbritannien emigrierten Angehörigen der Tschechoslowakischen Armee bestand, umfasste insgesamt an die 7.000 Mann, die sich unter anderem in der Luftschlacht über England auszeichneten. In der Sowjetunion stellte General Ludvík Svoboda (der spätere Staatspräsident) etwa 12.000 Mann starke Einheiten auf, die 1944/45 vor allem in der Slowakei zum Einsatz kamen.<sup>319</sup>

Kaum war die Ernennung Heydrichs Ende September 1941 in London bekannt geworden, hatte Exil-Präsident Beneš – der unter Legitimationsdruck gegenüber den Alliierten stand – dem Chef des tschechoslowakischen militärischen Nachrichtendienstes, František Moravec, angeordnet, ein Attentat gegen Heydrich zu planen. (Selbstverständlich bestätigten diesen Auftrag weder Beneš noch Moravec, auch nicht nach dem Krieg.) Jedenfalls rekrutierte Moravec die Feldwebel Josef Gabčík und Jan Kubiš, ließ sie von den Briten im Fallschirmspringen und im Handhaben von Sprengmitteln ausbilden und nach Weihnachten 1941 mit dem Flugzeug im Protektorat absetzen. Der tschechische Heimat-Widerstand wehrte sich zwar gegen allfällige Attentatspläne, da er schwere NS-Repressionen befürchtete. Dennoch führten der Slowake Gabčík und der Tscheche Kubiš das Attentat am 27. Mai 1942 im Nordosten von Prag durch, als Heydrich – im offenen Mercedes sitzend (!) – die morgendliche Fahrt von seiner Re-

<sup>318</sup> STADLER 1966, 352; HANISCH 1994, 378f. u. 392–394; NEUGEBAUER 2001a; SCHÖNER 1992, 79f.; MARŠALEK 2006, 269. Etwa 6.000 bis 7.000 Österreicher – mehrheitlich Juden – dienten zwischen 1941 und 1945 in der US-Armee, so im Austrian Battalion, das freilich schon im Mai 1943 infolge völlig unterschiedlicher politischer Interessen im österreichischen Exil aufgelöst wurde. Ein Teil wurde der 10. US-Gebirgsdivision zugeteilt, die in Italien zum Einsatz kam, ein Teil den „Ritchie Boys“, die für Verhöre deutscher Kriegsgefangener ausgebildet wurden, wieder andere dem Geheimdienst Office of Strategic Services. Wie viele von ihnen fielen, ist nicht eruierbar. – TRAUSSNIG 2016.

<sup>319</sup> MACDONALD 2007, 79–124.

sidenz in Jungfern-Breschan/Panenské Břežany (ein der jüdischen Familie Bloch-Bauer enteigneter Besitz) zur Prager Burg unternahm. Nur wenige Stunden nach dem Attentat befahl Hitler telephonisch dem Staatssekretär Karl Hermann Frank, als Sühnemaßnahme 10.000 verdächtige Tschechen zu ergreifen und in Konzentrationslagern zu erschießen. Frank gelang es jedoch in Berlin, Hitler von Massenverhaftungen und Massensexekutionen abzubringen, da sie die voll arbeitende Rüstungsindustrie stören und der Londoner Exilregierung Recht geben würden. Trotz Einsatzes mehrerer SS-Ärzte erlag Heydrich nach einer Woche seinen Verletzungen. Die Attentäter und ihre Helfer wurden erst nach Verrat durch einen tschechischen Mitwisser für ein Kopfgeld von 10 Millionen Kronen (= eine Million Reichsmark) in der Prager Kyrill-und-Method-Kirche entdeckt und endeten im Selbstmord.<sup>320</sup> Schon am 10. Juni waren alle 192 Männer der Ortschaft Lidice erschossen worden, dazu sieben Frauen zweier Legionärsfamilien; und in der Ortschaft Ležáky, wo die SS den Geheimsender der Attentäter gefunden hatte, wurden alle 32 Erwachsenen erschossen. Die beiden Ortschaften wurden zerstört, die überlebenden Frauen und Kinder in Konzentrationslager deportiert; der Großteil der Kinder wurde im KZ Kulmhof/Chełmno ermordet. Im Verlauf des Sommers wurden bis zum 1. September 1942 1.585 Tschechen (davon 288 Frauen) von den Standgerichten in Prag und Brünn zum Tode verurteilt und erschossen; unter ihnen befanden sich hohe Beamte, Offiziere, Lehrer, Universitätsprofessoren, Rechtsanwälte, Geschäftsleute, Architekten und Ingenieure, Ärzte, Studenten, Geistliche, Schriftsteller, Journalisten und Staatsanwälte. Diese NS-Vendetta wurde zwar von der tschechoslowakischen Propaganda erfolgreich bei den Alliierten verwendet, die meisten Widerstandsgruppen in der Heimat wurden hingegen von der Gestapo zerschlagen.<sup>321</sup>

Nur elf Tage vor dem Attentat hatte Heydrich in einem Brief an Hitlers Chefbürokraten, Reichsleiter Martin Bormann, die „Besitzenteignung des tschechischen Adels“ mitgeteilt. Nach Beschlagnahme der Güter von zehn der „Hauptexponenten des tschechischen Adels“ veranlasste Heydrich die

<sup>320</sup> Unmittelbar nach der offiziellen Trauerfeier für Heydrich am 9. Juni 1942 in Berlin hatte Hitler Hácha und der Protektoratsregierung in der Neuen Reichskanzlei gedroht, „einige Millionen Tschechen auszusiedeln aus Böhmen und Mähren, wenn sie ein friedliches Zusammenleben nicht haben wollen. [...] Entweder werden die Attentäter gefasst oder preisgegeben oder ich muss annehmen, dass im tschechischen Volke große Organisationen vorhanden sind und Widerstandshetzer gegen das Reich arbeiten. In diesem Falle, meine Herren, darüber seien Sie sich im Klaren, werde ich zu letzten Konsequenzen greifen.“ – HOFFMANN u. a. 2010, 307f.

<sup>321</sup> KRÁL 1964, 486–489; MACDONALD 2007, 127–252; UHLÍŘ 2008, 268, 297 u. 311–325. Der erste tschechische Abt des Prager Emausklosters, Arnošt Vykoukal, starb im KZ Dachau, Abt Josef Tyl vom Stift Tepl überlebte Auschwitz und Buchenwald. – ROKYTA 1997b, 157 u. 271.

Zwangsverwaltung über die Güter der Familien Kinský, Belcredi, Sternberg, Schwarzenberg, Lobkowicz, Czernin, Kolowrat, Strachwitz etc., im Umfang von ca. 50.000 ha, „welche in Zukunft von großem Nutzen für die deutsche Emigration und Kolonisierung sein werden“. Die genannten Adligen gehörten – nach Heydrich – „zu jenen intellektuellen Hetzern, die sich unter Ausnützung ihres deutschen Namens und ihrer adeligen Beziehungen im Reich, in der Ostmark und in Ungarn für uns besonders schädlich betätigen, besonders was die Spionage betrifft“. Als Auslöser seiner Maßnahme nannte Heydrich das Treuebekenntnis dieser Aristokraten an Beneš im Namen des tschechischen Adels am 17. September 1938 – nicht jedoch die Treuebekenntnisse an Hácha im Jänner und Oktober 1939.<sup>322</sup>

Der tschechoslowakischen Exilregierung in London waren bereits das Münchener Abkommen und die Schaffung des Protektorats Motive genug, Vertreibungs- und Aussiedlungspläne vorzubereiten. Präsident Beneš kündigte daher im Januar 1942 in „Foreign Affairs“ an, Angehörigen von nationalen Minderheiten zwar „demokratische Menschenrechte“, aber keinerlei Autonomie oder spezielle Minderheitenrechte zu gewähren. Tatsächlich konnte das tschechoslowakische Exil nach der *Heydrichiada* das britische Kriegskabinett zu weitgehenden Konzessionen gewinnen. Am 6. Juli 1942 erfolgte in Whitehall die Zustimmung nicht nur zur Annullierung des Münchener Abkommens, sondern auch zum „allgemeinen Grundsatz des Transfers von deutschen Minderheiten in Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland nach dem Kriege in Fällen, wo dies notwendig und wünschenswert erscheint“. Beneš gab zwar noch einige Zeit vor, nach Kriegsende ein bis zwei Millionen Sudetendeutsche tolerieren zu wollen; aber ein hoher Beamter des Foreign Office hielt im Jänner 1944 für Außenminister Eden fest, dass Beneš besser offen gesagt hätte, „dass man Minderheiten schwimmen oder untergehen lassen solle, je nachdem, ob sie stark oder schwach und eng mit anderen Staaten verbunden sind, die ihre Sache zu vertreten gewillt sind, oder eben nicht“. Jedenfalls stimmten Churchill, Roosevelt und Stalin dem Prinzip des Bevölkerungstransfers schon im Verlaufe des Krieges zu, der ja im östlichen Europa bereits seit Herbst 1939 im Gange war.<sup>323</sup>

Bereits seit dem deutschen Angriff gegen die Sowjetunion hatte die Kritik vieler Tschechen und Tschechinnen gegen Hitler zugenommen, zum Teil in scharfen Angriffen in der illegalen Presse, zum Teil in Form von

<sup>322</sup> Brief Heydrich an Bormann, Prag, 16. Mai 1942. In: JELÍNKOVÁ HOMOLOVÁ / HAZDRA 2016, 59f. Da auch Großgrundbesitz zum Zweck des Baues von militärischem Übungsgelände enteignet wurde, verlor der tschechische (und deutsche) Adel in den böhmischen Ländern nach den Angaben von Jan Lobkowicz mehr als 104.000 ha Land.

<sup>323</sup> HENKE 1985. Slowakische Exilpolitiker wie der frühere Ministerpräsident Hodža lehnten den von Beneš gewählten außenpolitischen Kurs einer Annäherung an Moskau ab.

Satire und Witz. Dazu trugen auch die tschechischen Radiosendungen aus dem Exil bei. Dennoch tolerierte das NS-Regime die Produktion „unpolitischer“ tschechischer Filme, die von der Realität des Alltags im Protektorat ablenken sollten. Außerdem wurde im Vorspann meist die deutsche Wochenschau gezeigt, die immer wieder die „Erfolge“ von Wehrmacht, Kriegsmarine und Luftwaffe vorführte. Erstaunlicherweise tolerierten die Nationalsozialisten die tschechische „Swing“-Jugendkultur, die sich auf viele Tanz-Jazzorchester stützte, die weder im „Altreich“ noch in der „Ostmark“ erlaubt waren.<sup>324</sup>

Noch versuchte Frank als neuer „Deutscher Staatsminister im Protektorat Böhmen und Mähren“ – der vom Czernin-Palais aus regierte, während die „Reichsprotektoren“ Kurt Daluge und Wilhelm Frick in der Prager Burg immer mehr zu Galionsfiguren wurden – mit Zugeständnissen an tschechische Beamte, Ärzte, Ingenieure und Techniker sowohl die Protektoratsverwaltung als auch die Kriegsindustrie in Gang zu halten. Dabei machte er sich sowohl das Streben nach Karriere und Aufstieg zunutze als auch Pflichtgefühl und Angst, aber auch blanken Opportunismus. Freilich berichtete der mährische Textilindustrielle Arthur M. Faber an den Präsidenten Adolf in Prag, dass in Brünn „erbitterter Hass gegen den Prager Zentralismus“ herrsche, weil man dort „wie der letzte Schuhfetzen“ behandelt werde. Immer mehr Tschechen und (unverheiratete) Tschechinnen wurden auch als Rüstungsarbeiter ins Reich geholt – im Mai 1943 waren es bereits 250.000. Nicht wenige Tschechinnen entzogen sich der Zwangsarbeit durch eine frühe Eheschließung und die anschließende Geburt eines Kindes. Als auch die Angehörigen des Jahrgangs 1924 für den Arbeitsdienst im Reich eingezogen wurden, ersetzte die Stadt Prag diese durch Oberschülerinnen; die Zahl der tschechischen Mittelschüler und -schülerinnen wurde damit radikal verringert. Die Protektoratsregierung durfte anfänglich eine „Regierungstruppe“ von etwa 7.000 Mann aufstellen, die für den Erhalt der inneren Sicherheit sorgen sollte. Im Sommer 1944 – als die NS-Besatzung auch im Protektorat einen Aufstand zu fürchten begann – wurde diese Einheit nach Italien geschickt, um gegen die dortigen Partisanen zu kämpfen; ein Teil der Mannschaft desertierte freilich zur tschechoslowakischen Auslandsarmee.<sup>325</sup>

Das Protektorat lieferte auch Überschüsse an Weizen, Gerste, Hafer, Mehl, Zucker und Bier ab und bekam dafür Lebendvieh, Butter und Schmalz (das meiste wohl aus der „Ostmark“), Roggen, Kartoffeln, pflanzliche Öle und Fette. Die Ablieferungspflicht wurde streng kontrolliert, auf

<sup>324</sup> KOURA 2017. Die Verbreitung von Hitler-Witzen konnte allerdings auch tödlich enden, wie es dem katholischen Priester und Religionslehrer Karel Kratina im Februar 1945 in Prag-Pankrác widerfuhr. – Mitteilung von Petr Koura (Prag).

<sup>325</sup> MARŠÁLEK 2012.

„Schwarzschlachten“ konnte – wie erwähnt – die Todesstrafe stehen. Die Versorgung der Industriebetriebe mit Lebensmitteln funktionierte grosso modo, auch in Prag gab es keinen Hunger, nicht einmal im Winter 1944/45; allerdings machte sich Mangel an Kohle bemerkbar. Da das Protektorat im Wesentlichen von den alliierten Bomberangriffen ausgenommen blieb, erfolgte auch weiterhin die Verschickung vieler deutscher Kinder aus den Bombenruinen des Reichs dorthin. Erst am 15. November 1944 fielen die ersten alliierten Bomben auf Prag, am 14. Februar 1945 – auf dem Rückflug von der Bombardierung Dresdens – fielen dann einige Hundert Bomben auf Prag und töteten 600 Personen. Durch einen Volltreffer auf das Hauptrohr der Wasserleitung war die halbe Stadt ohne Wasser. Schließlich erlebte Prag am 25. März 1945 einen Luftangriff auf einen Flugplatz und das Industriegelände in Lieben/Libeň. Andererseits hielt Frank mit seinen SS- und Polizeikräften jeden weiteren tschechischen Widerstand nieder und verhinderte auch während des Slowakischen Nationalaufstandes im Herbst 1944 einen allfälligen Aufstand im Protektorat. Bis zum Sommer 1944 sahen die deutschen Rüstungskommanden die Arbeitsdisziplin der Tschechen noch als durchaus „zufriedenstellend“ an, dann begannen Eisenbahn-Attentate, ab Anfang 1945 auch häufigere Sabotageakte. Aber Frank beherrschte die Sicherheitslage im Protektorat auch mittels eines ausgeklügelten Spitzelsystems, in dem viele Tschechen und Tschechinnen eingebunden waren. Und Frank ließ auch weiterhin – nun ohne Öffentlichkeit – Exekutionen im Prager Gefängnis Pankrác durchführen, meist gegen einzelne Widerstandsgruppen, aber auch gegen deutsche Deserteure und Antifaschisten. Zwischen dem Frühjahr 1943 und dem Frühjahr 1945 waren 1.075 Personen betroffen, davon 155 Frauen. Letzten Endes waren die tschechischen Männer trotz Zwangsarbeit froh, nicht zum Kriegsdienst an der Ostfront herangezogen zu werden, besonders nach den schweren Verlusten der Wehrmacht in Weißrussland. Erstaunlicherweise wurde aber nicht Frank der Befehl über den „Volkssturm“ im Protektorat übertragen, sondern Henlein. Weitere schwere Verfolgungsmaßnahmen oder ein Partisanenkrieg blieben bis Kriegsende aber aus, wohl auch aufgrund des Rückzuges der Heeresgruppe Mitte aus Schlesien in den böhmisch-mährischen Raum.<sup>326</sup>

<sup>326</sup> KÜPPER 2010; BRANDES / MIŠKOVÁ 2013, 301 u. 347; UHLÍŘ 2008, 326–356 u. 643–648; BALCAR 2014, 92 u. 97. Die im westlichen Mähren operierende Widerstandsgruppe von General Vojtěch Luža, Rada tří, wurde im Herbst 1944 durch tschechische Gendarmen liquidiert. – LUŽA / VELLA 2002, 158–164. Besonders schwer wurden die drei Brüder der Grafenfamilie Bořek-Dohalský bestraft: Antonín starb bereits im September 1942 im KZ Auschwitz, der geheime Verbindungsmann zwischen Hácha und Beneš, Zdeněk, wurde am 7. Februar 1945 in der Kleinen Festung von Theresienstadt hingerichtet, der Diplomat František verbrachte drei Jahre im KZ Dachau. – JELÍNKOVÁ HOMOLOVÁ / HAZDRA 2016, 63f. u. 87.

Dennoch konnten die Tschechen die NS-Okkupation und den Zweiten Weltkrieg mit vergleichsweise geringen Menschenverlusten überstehen: etwa 6.800 Gefallene der Auslandsarmee (davon 5.600 an der Ostfront); etwa 10.000 Opfer von bewaffneten Zusammenstößen im Protektorat, sowohl seitens des Widerstandes als auch bei Kriegsende; etwa 4.000 nach Urteilen von deutschen Standgerichten Hingerichtete; zwischen 15.000 und 20.000 in Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen Getötete (ohne die über 77.000 Juden und 7.000 Roma, die gewaltsam ums Leben kamen); etwa 3.000 während des Zwangsarbeitseinsatzes im „Altreich“ Gestorbene; etwa 4.000 Opfer von Luftangriffen. Schätzungen des Prager Statistischen Zentralamtes von Ende 1946 mit etwa 37.000 namentlich bekannten tschechischen Opfern wurden nie veröffentlicht.<sup>327</sup>

Da die österreichische und sudetendeutsche Bevölkerung wesentlich intensiver als die tschechische in die unmittelbaren Kriegshandlungen einbezogen war, fielen ihre soldatischen Menschenverluste wesentlich höher aus. Von den über 1,3 Millionen als Kommandeure und Soldaten eingesetzten Österreichern fanden 247.000 einen gewaltsamen Tod. Im Vergleich zu ihrer Bevölkerungszahl verzeichneten die Sudetendeutschen mit etwa 190.000 Gefallenen eine noch höhere Todesrate. – Im 1934 eingeweihten „Österreichischen Heldendenkmal“ im Äußeren Burgtor der Wiener Hofburg – ursprünglich als „Ehrenmal für Altösterreichs Helden söhne von 1618 bis 1918“ geplant – wird seit den 1950er Jahren nicht nur der Gefallenen des Ersten, sondern auch jener des Zweiten Weltkrieges gedacht. Die Namen der Gefallenen sind darüber hinaus auf Tausenden österreichischen „Kriegerdenkmälern“ in so gut wie allen Gemeinden und Friedhöfen verzeichnet, meist unter oder neben den Gefallenen des Ersten Weltkrieges. Weder auf den Denkmälern in Wien noch in den Bundesländern ist freilich die Passage aus der österreichischen Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 zu lesen, dass die Soldaten „in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt“ worden waren, der „viele Hunderttausende der Söhne unseres Landes [...] bedenkenlos hingeopfert hat“. Auch den Namen des Auftraggebers für die Eroberungskriege sucht man vergebens. Trotz Scheiterns des „Unternehmens Barbarossa“ vor Moskau 1941, trotz der Vernichtung dreier „österreichischer“ Divisionen im Kessel von Stalingrad und trotz der Moskauer Erklärung der Alliierten vom 1. November 1943 über die Wiederherstellung Österreichs kämpften die meisten „ostmärkischen“ Soldaten – zum Teil verblendet von der NS-Propaganda in Verteidigung des Abendlandes gegen den „barbarischen [d. h. bolschewikischen] Osten“, zum Teil aus Angst vor einer Kriegsgefangenschaft unter dem Kommando der Roten Armee bzw. der Partisanenarmee Titos

---

<sup>327</sup> ŠKORPIL 1994; vgl. KURAL 1994.

– bis zur Kapitulation der Wehrmacht Anfang Mai 1945 und hofften in enger Kameradschaft mit anderen, ihre österreichische Heimat zu erreichen. Etwa 500.000 österreichische Soldaten gingen in alliierte Kriegsgefangenschaft, die viele in der Sowjetunion und in Jugoslawien nicht überlebten und aus der die Letzten nach dem Staatsvertrag 1955 heimkehrten. Österreicher hatten auch führende Positionen in der NS-Besatzungspolitik eingenommen: im Generalgouvernement (SS-General Globocnik) und in den Niederlanden (Reichskommissar Seyß-Inquart), im besetzten Slowenien (Gauleiter Uiberreither und Rainer), Serbien (General Böhme, SS-General Meyszner, Generaloberst Löhr) und Griechenland (Generaloberst Löhr), im verbündeten Kroatien (General Glaise-Horstenau) und seit September 1943 in Norditalien (Gauleiter Hofer). Österreichische Offiziere und Soldaten waren auch an zahlreichen Kriegsverbrechen der Waffen-SS und Wehrmacht beteiligt – vor allem in der Sowjetunion, aber auch in Jugoslawien (Kraljevo, Kragujevac), Griechenland (Kalávrita) und Italien (Marzabotto). In den Vernichtungslagern Treblinka und Sobibór sowie in den Konzentrationslagern Theresienstadt und Plaszow gab es österreichische Kommandanten.<sup>328</sup>

Auch im „Sudetenland“ gab es große Trauer über viele Gefallene, daher Hass gegen die Tschechen, „die nicht kämpfen müssen und es verhältnismäßig gut haben in den deutschen Fabriken und am Land in Böhmen“, wie es in einem deutsch geschriebenen Stimmungsbericht aus Mährisch-Ostrau aus dem August 1943 hieß. Andererseits nahm der Hass der Tschechen gegen die Sudetendeutschen zu, da sie als Schuldige „für München“ gesehen wurden und teilweise als Funktionäre im Protektorat zum Einsatz kamen. Ab Herbst 1944 trafen dann im östlichen Teil des Sudetenlandes (dem ehemaligen Österreichisch-Schlesien) die ersten Evakuierten und Flüchtlinge aus der Ostslowakei (Zipser Deutsche) und Oberschlesien ein. Auch Überlebende aus den Konzentrationslagern im Generalgouvernement durchquerten in „Todesmärschen“ das Sudetenland und das Protektorat. Im Winter 1944/45 wurden einige Tausend junge Tschechen zu Schanzarbeiten am „Ostwall“ zwischen Olmütz und Friedek/Frýdek sowie in der Nähe des Neusiedler Sees abkommandiert. Nicht nur dort nahm die Furcht der einheimischen Bevölkerung vor der Roten Armee zu und wurde von der NS-Propaganda zu letzten Verteidigungsanstrengungen ausgenützt. Da sich die Masse der Heeresgruppe Mitte im Februar 1945 ins Protektorat

<sup>328</sup> OVERMANS 2000; GERMANN 2006; GRISCHANY 2007; HAMBURGER INSTITUT FÜR SOZIALFORSCHUNG 2002, 508–529; Handbook, Kap. VI: Austria at War; KARNER / STANGLER 2005, 408. Neben den Gefallenen hinterließ der Krieg in Österreich auch 170.000 Schwerverwundete mit dauerhafter Invalidität sowie zusammen über 400.000 Kriegswitwen und Kriegswaisen, die nach dem Krieg als Kriegsoffer zu versorgen waren. – RATHKOLB 2015a, 521.

zurückzog, wurde jedoch der Großteil des Sudetenlandes erst Anfang Mai von der Roten Armee erobert.<sup>329</sup>

Mit dem Vorstoß der Roten Armee aus Westungarn und der westlichen Slowakei nach Ostösterreich ab Ende März 1945 intensivierte das NS-Regime noch einmal sein Gewaltpotential und Terrorsystem. Mit der Aufbietung des „Volkssturmes“ wurden auch ältere Männer und Knaben zu Soldaten gemacht. Durch die Verbreitung von Angst und Schrecken versuchten NS-Funktionäre, letzte Loyalitäten zu erzwingen. In Todesmärschen wurden ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter beiderlei Geschlechts von den Schanzarbeiten am „Ostwall“ ins KZ Mauthausen getrieben, wo noch im April 1945 über 1.000 Internierte verschiedener Nationalität (auch Österreicher und Tschechen) vergast wurden. Politische Häftlinge und Kriegsgefangene wurden systematisch ermordet, etwa im Zuchthaus Stein an der Donau; SS-Schergen fahndeten nach untergetauchten Juden und Oppositionellen; Gauleiter Baldur von Schirach verhängte das Standrecht in Wien; fliegende Standgerichte verurteilten Hunderte Deserteure zum Tode. Versuche des militärischen Widerstands, Wien kampflos der Roten Armee zu übergeben, um weiteres Leid und Zerstörungen zu verhindern, scheiterten. Hunderttausende Ungarndeutsche, „Donauschwaben“, Karpaten- und Sudetendeutsche sowie Untersteirer befanden sich auf der Flucht oder wurden aus ihren Siedlungsgebieten nach Österreich vertrieben. Unter dem Eindruck der näher rückenden Fronten begannen sich die Österreicher vom NS-Regime abzuwenden und die vielfach als erste flüchtenden NS-Parteibonzen („Goldfasane“) als Schuldige für den Krieg und den Zusammenbruch zu identifizieren. Letzten Endes waren es aber die alliierten Truppen, die die NS-Machthaber zur Kapitulation und zur Flucht zwangen und Österreich von der NS-Herrschaft befreiten. Der Gauleiter von Niederdonau, Hugo Jury, hielt noch am 1. Mai 1945 in Scheibbs im westlichen Niederösterreich eine Trauerkundgebung anlässlich des „Heldentodes des Führers“ ab, die mit Beethovens Schicksalssymphonie eingeleitet wurde und in der Jury noch vom nahen „Endsieg“ sprach. Eine Woche später, am 8. Mai, schoss er sich in Zwettl im Waldviertel eine Kugel durch den Kopf.<sup>330</sup>

<sup>329</sup> BRANDES / MIŠKOVA 2013, 347; SUPPAN 2014, Bd. 2, 834–836. Während Kampfhandlungen zwischen Roter Armee und Wehrmacht zu Ende des Krieges brannte das Schloss Nikolsburg/Mikulov ab. – ROKYTA 1997c, 65.

<sup>330</sup> Handbook, Kap. VI: Austria at War; RAUCHENSTEINER 1970, 323–325; SCHÖNER 1992, 112–168; LICHTBLAU 2006, 535f.; MARŠALEK 2006, 269; HERBERT GRUBMAYR: Helden, Deserteure, Widerständler, Kameradenmörder und die putative Unentrinnbarkeit des Holzpyjamas [Manuskript, November 2012]; 41 Tage. Kriegsende 1945. Verdichtung der Gewalt [Ausstellung am Heldenplatz und im Äußeren Burgtor, Wien, 16. April – 3. Juli 2015]. Der Chorherr des Stiftes Klosterneuburg, Roman Scholz, ein prominentes

Schon am 15. Juli 1942, also bald nach Lidice, hatte Exilpräsident Beneš in einem Brief an den sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch kryptisch über die Folgen der NS-Gewalttaten resümiert: „Und am schrecklichsten ist, dass dies bei uns ein Erbe hinterlässt, von dem niemand von uns heute wissen kann, wie wir es wieder loswerden sollen.“ In einer Nachricht für die tschechische Widerstandsbewegung vom 10. Oktober 1942 vertrat Beneš bereits die klare Meinung, „dass möglichst viele Deutsche und Magyaren die Republik verlassen sollten“. Doch die Widerstandsbewegung verlangte auch die Konfiszierung des Eigentums aller Deutschen, und Beneš sprach bald von „revolutionären Maßnahmen zur Massenausreibung, besonders der deutschen und ungarischen Schuldigen“, und von einer „Vorbereitung einer systematischen Verstaatlichung des Besitzes aller Schuldigen, besonders freilich der Deutschen“. Im sogenannten „Dezemberdokument“ von 1942 hielt Beneš Jaksch schließlich vor, dass die sudetendeutsche Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit dem Nationalsozialismus verfallen sei und dass in den Jahren 1935 bis 1938 nur etwa 30% der deutschen Bevölkerung an der Seite des tschechischen Volkes bzw. des tschechoslowakischen Staates gestanden seien; ein Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen wurde *expressis verbis* abgelehnt. Bei einer Aussprache mit Stalin am 16. Dezember 1943 in Moskau brachte Beneš zum Ausdruck, dass er das deutsche Problem ein für alle Mal gelöst haben und einen slawischen Tschechoslowakischen Staat – frei von Deutschen und Magyaren – schaffen wolle. Und KPČ-Chef Klement Gottwald informierte seine Genossen in London fünf Tage später: „Der Herr Präsident unterstrich, dass die Tschechoslowakei am Ende der Säuberungsaktion ein slawischer Nationalstaat sein müsse.“<sup>331</sup>

Die NS-Herrschaft hatte das über 800-jährige Zusammen- und Nebeneinanderleben von Tschechen, Deutschen und Juden in den böhmischen Ländern weitgehend zerrüttet. Der „totale Krieg“ des NS-Regimes hatte zu totaler Trennung, totaler Ausgrenzung und gegenüber den Juden zum Völkermord geführt. Furcht, Angst, Hass und Revanchegefühle wurden über sechs Jahre zwischen Tschechen und Deutschen aufgestaut. Schon im Juli 1944 hatte Beneš den Widerstandsgruppen geraten, den politischen Umsturz mit allen Volksmassen durchzuführen, nach Möglichkeit als „Volksaufbruch“ – ohne sensationelle Gerichte und Hinrichtungen. Da man sich auf eine internationale Lösung eines „Transfers unserer deutschen Bevölkerung“ nicht verlassen könne, sei es notwendig, „dass wir vieles allein gleich in den ersten Tagen der Befreiung erledigen, dass so viel wie möglich an schuldigen Nazisten von uns aus Angst vor der Bürgerrevolte

---

Mitglied der katholischen Widerstandsbewegung, wurde nach mehrjähriger Haft kurz vor Kriegsende in Mährisch Schönberg/Šumperk hingerichtet. – ROKYTA 1997c, 21.

<sup>331</sup> PRINZ 1973, 129–142; MURAŠKO / NOSKOVA 1995, 231; NAIMARK 2001, 114.

gegen sie in den ersten Tagen der Revolution flieht, und dass so viel wie möglich von denen, die sich als Nazisten wehren und Widerstand leisten würden, in der Revolution niedergemetzelt werden sollen“.<sup>332</sup> – Als Ruda Havránková, die Enkelin des ersten tschechischen Rabbiners und Übersetzerin russischer Dichter, am 12. Mai das erste Mal nach ihrer Rückkehr aus dem KZ Theresienstadt wieder Prager Straßen sah und feststellte, wie Tschechen gefangen genommene Deutsche, die Barrikaden wegräumen mussten, schlugen und beschimpften, stellte sie resignierend fest: „Alles haben wir von ihnen gelernt – das Leben wird nie mehr so sein, wie es vor dem Kriege war.“<sup>333</sup>

Tatsächlich gelang es am 5. Mai 1945 morgens bewaffneten tschechischen Bürgern und der Uniformierten Prager Polizei, viele deutsche Dienststellen zur kampflosen Übergabe zu zwingen und die schwache deutsche Wachmannschaft des Senders Prag II zu überrumpeln. Über die mit der Sendeanlage gekoppelten Lautsprecher in den Straßen erfolgte um Mittag der Aufruf zum bewaffneten Aufstand. Gleichzeitig hieß es: „Tod den Deutschen!“, „Tod den deutschen Okkupanten!“ Innerhalb weniger Stunden hatten die bis zu 30.000 Aufständischen an die 1.600 Straßenbarrikaden errichtet und einen Teil der Stadt besetzt. Von Südwesten rückte die 1. Division der bisher auf deutscher Seite operierenden Russischen Befreiungsarmee des Generals Andrej A. Vlasov heran, überschritt die Moldau und griff zwei Tage lang zugunsten der tschechischen Aufständischen ein. Die Deutschen mussten sich ins Regierungsviertel um den Hradschin zurückziehen, verteidigten aber auch das SD-Hauptquartier im Palais Petschek in der Nähe des Hauptbahnhofs. Der Wehrmachtsbevollmächtigte General Rudolf Toussaint zog sofort SS- und Wehrmachtsverbände von den nahen Truppenübungsplätzen heran, die als Geisel genommene Frauen und Kinder vor den Panzern auf die tschechischen Barrikaden zutrieben, um dadurch leichter Breschen schlagen zu können. Auch deutsche Bomber wurden gegen die Aufständischen eingesetzt. Die deutsche Seite versuchte mit aller Gewalt, die Moldaubrücken wieder in die Hand zu bekommen, um den Rückzug der Heeresgruppe Mitte nach Westböhmen zu sichern. Letzten Endes handelte der Tschechische Nationalrat mit General Toussaint und Staatsminister Frank am 8. Mai nachmittags den Abzug aller deutschen Streitkräfte aus. Die am Morgen des 9. Mai im Norden Prags einmarschierenden Panzerspitzen der Roten Armee waren allerdings an dieses Abkommen nicht gebunden und lösten in der Stadt gegenüber den zurückgebliebenen Deutschen unbeschreibliche Massenausschreitungen aus. Die Pogrome arteten in Lynchjustiz, Mord, Totschlag und Vergewaltigung aus, Leichen wurden an Laternenmasten gehängt, durch die Straßen

<sup>332</sup> PLASCHKA 2000.

<sup>333</sup> HAVRÁNEK 1997b.

rannten lebendige Fackeln. Nicht selten entledigten sich ehemalige tschechische Gestapo-Spitzel der deutschen Mitwisser. In systematisch durchgeführten Großrazzien wurden die deutschen Familien – ohne Rücksicht auf ihre politische Haltung während des Krieges und ihre Einstellung zu den Tschechen – aus ihren Häusern und Wohnungen geholt und in Schulen, Kinos oder Kasernen interniert. Die Häuser und Wohnungen wurden sofort beschlagnahmt und mit tschechischen Familien belegt. Die arbeitsfähigen Deutschen wurden zur Beseitigung der Barrikaden eingesetzt, um den sowjetischen Panzern die Straßenzüge in die Innenstadt zu öffnen. Nach einigen Tagen pferchte man Zehntausende Deutsche in den Stadien Strahov und Slavia zusammen, eines Verbrechens verdächtige Deutsche wurden in die Strafanstalt Pankrác überstellt. Von Beginn der Verfolgungen an gab es Misshandlungen durch meist jugendliche tschechische Wachmannschaften und Vergewaltigungen durch Rotarmisten. Besonders grausame Rache wurde an aufgegriffenen Angehörigen der Waffen-SS und des SD genommen; Massensexekutionen ohne Gerichtsverfahren gab es aber auch gegen der Kollaboration beschuldigte Tschechen. Niemand ist bis heute in der Lage, genauere Angaben über die Zahl der deutschen und tschechischen Opfer während des Prager Aufstandes zu machen. Während tschechische Quellen von etwa 3.000 tschechischen Toten sprechen, gehen deutsche Schätzungen von 5.000 bis zu 15.000 deutschen Opfern aus.<sup>334</sup>

Präsident Beneš erklärte am 12. Mai auf einer Versammlung des tschechischen Nationalausschusses in Brünn:

Erinnert ihr euch an die gemeinen und niederträchtigen Drohungen all der verschiedenen Henleins und Franks, die sie die ganzen sieben Jahre gegen unser Volk ausstießen, an ihr unmenschliches, barbarisches und gottloses Wüten, an all die Petschekpalais, Gestapogefängnisse und Folterkammern, die Konzentrationslager, Lidice, Ležáky und an all die Massenraserei und das Morden, wie sie unsere Geschichte bis dahin nicht gekannt hatte? [...] Dieses deutsche Volk ging in das blutige Morden, als wäre es blind und taub, bäumte sich nicht auf, dachte nicht nach, hielt nicht an; es ging und ließ sich stumpfsinnig oder fanatisch erschlagen und erschlug selbst. Dieses Volk hat in diesem Krieg überhaupt aufgehört, menschlich zu sein, hatte aufgehört, menschlich erträglich zu sein, und so erscheint es uns nur noch als ein einziges großes menschliches Ungeheuer. [...] Wir haben uns gesagt, dass wir in der Republik das deutsche Problem definitiv liquidieren müssen.<sup>335</sup>

In Brünn war während der NS-Herrschaft der nationale Gegensatz in Feindschaft umgeschlagen. Im Kaunitz-Kolleg, dem ehemaligen Sitz der Gestapo, starben im Mai und Juni 1945 mindestens 300 Menschen durch

<sup>334</sup> SCHIEDER 1984, 60–63; STANĚK 2002, 94–98; STANĚK 2005, 221; SUPPAN 2014, Bd. 2, 1243–1248. Der eben aus dem KZ Buchenwald zurückgekehrte evangelische Geistliche Přemysl Pitter rettete deutsche Kinder, indem er sie gemeinsam mit überlebenden jüdischen Waisenkindern in Schlössern in der Umgebung von Prag pflegen ließ.

<sup>335</sup> Rede Beneš' in Brünn, 12. Mai 1945. In: HOFFMANN u. a. 2010, 534f.

Folter, Erschießen oder Erhängen. Ende Mai setzten kommunistische Aktivisten den neuen Bürgermeister unter Druck, das Deutschenproblem radikal zu lösen. Nach mehrtägiger Internierung wurden die Brüner Deutschen am Abend des 30. Mai von Polizisten, „Revolutionsgarden“ und Betriebsmilizen ihrer Juwelen, Uhren, Pelze und des Geldes beraubt und zum Verlassen der Stadt aufgerufen. Am frühen Morgen des 31. Mai wurden dann etwa 26.000 Frauen, Kinder und alte Männer – 853 arbeitsfähige Männer und Burschen zwischen 14 und 60 Jahren wurden in ein Sammellager eingewiesen, 575 Personen blieben als Transportunfähige zurück – mit einem Bündel an Habseligkeiten aus der Stadt in Richtung Süden getrieben. Der von tschechischen Wachen begleitete Elendszug, in dem vor allem die Frauen ihre Kinderwagen und andere Wagen mit ihrem Gepäck mitführten, erreichte bald eine Länge von 16 Kilometer. Die tschechischen Zeitungen berichteten zwar von einem Sanitätsdienst, aber in der glühenden Hitze gab es zu wenig Wasser, sodass viele Greise und Säuglinge starben. Nach einer Übernachtung in Pohrlitz/Pohořelice vom 31. Mai auf den 1. Juni waren nur mehr 18.000 Personen in der Lage, in Richtung Nikolsburg/Mikulov weiterzumarschieren. In der Nacht wurden viele Frauen und Kinder von den sie bewachenden Milizionären misshandelt. Unter den mindestens 6.000, die in einem Notlager auf den Feldern zurückblieben, brach bald eine Typhusepidemie aus, sodass nach einer neuesten Studie in der Zeit zwischen 1. Juni und 12. Juli 455 Personen starben und dort begraben werden mussten. Weitere 194 Personen sollen in den folgenden Wochen in umliegenden Dörfern ums Leben gekommen sein. Sogar die Überschreitung der tschechoslowakisch-österreichischen Grenze südlich von Nikolsburg gestaltete sich schwierig, da auf Weisung des kommunistischen Innenministers Franz Honner die österreichischen Grenzorgane die Vertriebenen abweisen sollten. Jedenfalls gab es entlang der Brüner Straße massenhaft Todesfälle, auch auf der österreichischen Seite. Nach neuesten Schätzungen sollen bei der Vertreibung der Brüner Deutschen insgesamt über 1.700 Personen ums Leben gekommen sein.<sup>336</sup>

Ende Mai erhielt die unter dem Befehl von Divisionsgeneral Oldřich Španiel stehende 1. tschechoslowakische Division den Befehl, den Rayon von Postelberg/Postoloprty von Deutschen „zu säubern“, um dort den Sitz ihres Divisionskommandos einzurichten. Ein Teil der tschechischen Soldaten stammte aus Wolhynien, wo sie im Juli 1943 deutsche Gräueltaten in ihren Dörfern erlebt hatten. Am 3. Juni wurden etwa 5.000 Saazer Männer und Burschen in drei Kolonnen nach Postelberg getrieben und in der alten Kavalleriekaserne interniert. Innerhalb weniger Tage wurden an dieser Stelle mindestens 773 Deutsche aus Postelberg und Saaz/Žatec erschos-

<sup>336</sup> STANĚK 2002, 115; HRABOVEC 1995, 96–103; Augenzeugenbericht von Steffi Fischer. In: HOFFMANN u. a. 2010, 569–571; DOUGLAS 2012, 129–131.

sen, NSDAP-Funktionäre und Angehörige der SS, aber auch der Vorstand der Saazer Brauerei und der Guardian des Saazer Kapuzinerklosters sowie Jugendliche. Schon am 19. Mai waren in der Iglauer Sprachinsel mindestens 13 Deutsche von einer alkoholisierten Horde angeblicher tschechischer „Revolutionäre“ und „Rotgardisten“ erschossen oder erschlagen worden, im Juni kamen zwischen 100 und 300 Deutsche auf dem „Iglauer Todesmarsch“ ums Leben. Am Nachmittag des 31. Juli 1945 führten vermutlich von Tschechen absichtlich herbeigeführte Explosionen in einem Lager für deutsche Beutemunition in einem Aussiger Vorort zu einem Pogrom an der deutschen Bevölkerung. Angehörige der Svoboda-Armee, Revolutionäre Garden und Rotarmisten karrten mehrere LKW mit Deutschen zur Elbebrücke und stießen sie zum Teil gefesselt ins Wasser. Auch Frauen und kleine Kinder ereilte dasselbe Schicksal. Die Zahl der Todesopfer differiert in den Angaben bis heute zwischen einigen Hundert und einigen Tausend. General Svoboda machte eine nationalsozialistische „Werwolf“-Bewegung für die Explosionskatastrophe verantwortlich, die Konzentration vieler bewaffneter Tschechen in der Stadt ließ jedoch auf entsprechende Vorbereitungen schließen. Vermutlich wollte die Prager Regierung der Potsdamer Konferenz signalisieren, dass nur eine rasche Aussiedlung der Deutschen weitere Sabotageaktionen und Racheakte verhindern könne. Sogar sowjetische Panzerkommandanten und politische Offiziere waren von verschiedenen sadistischen Gewalttaten des tschechischen Mobs geschockt. In den „zehn Geboten“ für die tschechoslowakischen Soldaten in den Grenzgebieten hatte es bereits Anfang Juni geheißen: „Der Deutsche ist unser unversöhnlicher Feind geblieben. Höre nicht auf, den Deutschen zu hassen [...] Benimm dich gegenüber den Deutschen als Sieger [...] Sei hart gegenüber den Deutschen [...] Auch die deutschen Frauen und die Hitlerjugend sind mitschuldig an den Verbrechen der Deutschen. Sei ihnen gegenüber unnachgiebig.“<sup>337</sup>

Von den nahezu einer Million in Lager und Gefängnisse verbrachten Deutschen sowie während der Vertreibung und Zwangsaussiedlung dürften mindestens 30.000 ums Leben gekommen sein. Es besteht kein Zweifel, dass führende tschechische Politiker von den wilden antideutschen Exzessen untergeordneter Organe – besonders der vielfach kommunistisch geprägten „revolutionären“ Nationalausschüsse, verschiedener Revolutionsgarden und der „Svoboda-Armee“ – wussten, sie duldeten und in ihre innen- wie außenpolitische Strategie einkalkuliert hatten. Im Juni und Juli

<sup>337</sup> STANĚK 2002, 169–175; HOFFMANN u. a. 2010, 572–587; NAIMARK 2001, 115f.; SUPPAN 2014, Bd. 2, 1249–1260; BRANDES u. a. 2010, 57f., 85f. u. 728–730; THER 2011, 179; PERZI 2016. Am 19. Juni 1945 wurden 265 Karpatendeutsche, darunter 120 Frauen und 74 Kinder, auf Befehl eines slowakischen Leutnants in der Nähe des Bahnhofs von Prerau/Přerov exekutiert.

1945 erreichten jedenfalls die wilden Vertreibungen ihren Höhepunkt, so dass bis Ende des Sommers 1945 bereits an die 800.000 Sudetendeutsche außer Landes gejagt wurden: etwa 300.000 in die sowjetische und 250.000 in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands sowie 250.000 nach Österreich. So wurden von einer 200 bis 300 Mann starken „Partisanen“-Truppe unter Führung eines Obersten Hobza zwischen Ende Mai und Anfang Juni 1945 etwa 30.000 Deutsche und einige Hundert Tschechen aus den Grenzgebieten der Bezirke Wittingau/Třeboň, Neuhaus/Jindřichův Hradec, Datschitz/Dačice und Budwitz/Moravské Budějovice nach Österreich vertrieben; dabei kamen 35 Personen gewaltsam zu Tode. Stalin war zwar nicht bereit, am 28. Juni 1945 dem Ersuchen des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Zdeněk Fierlinger zu entsprechen, die Rote Armee bei den Deportationen der Deutschen und Magyaren helfen zu lassen, er versicherte aber: „Wir werden euch nicht stören. Werft sie hinaus. Nun werden sie lernen, was es heißt, über jemand anderen zu herrschen.“<sup>338</sup>

### **10. „Beneš-Dekrete“, Potsdamer Abkommen und Zwangsaussiedlung (1945–1947)**

Die tschechoslowakischen Rechtsnormen, die das Schicksal der Sudeten- und Karpatendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmten, waren schon im Londoner und Moskauer Exil vorbereitet worden. In London, seit Juli 1940 Sitz der tschechoslowakischen Exilregierung, wurden in Ermangelung einer gesetzgebenden Körperschaft 45 Dekrete auf Vorschlag der Regierung vom Staatspräsidenten Beneš erlassen; nach der Rückkehr in die Heimat bis zur Konstituierung des neuen Parlaments am 28. Oktober 1945 folgten weitere 98 Dekrete und Verfassungsdekrete. Diese Präsidenten-Dekrete waren Rechtsnormen mit provisorischer Gesetzeskraft, die ihre Geltung verlieren sollten, wenn sie nicht nachträglich vom Parlament bestätigt würden. 27 Dekrete wurden noch nach dem 24. Oktober 1945 erlassen, dem Tag, an dem die Satzung der Vereinten Nationen in der Tschechoslowakei in Kraft trat, die jede Diskriminierung nach Rasse und Sprache, von eigenen wie fremden Staatsbürgern, untersagte.<sup>339</sup>

In Moskau war vom Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Klement Gottwald, das Programm der ersten Nachkriegsregierung ausgearbeitet worden, das mit geringfügigen Änderungen von den Vertretern der anderen Parteien der „Nationalen Front der

<sup>338</sup> KULTURSTIFTUNG DER DEUTSCHEN VERTRIEBENEN 1989, 42–47; STANĚK / ARBURG 2006; Aufzeichnung einer Besprechung zwischen Stalin, Fierlinger und Vlado Clementis, Moskau, 28. Juni 1945. In: VOLOKITINA / ISLAMOV 1997, 232; KOVÁŘIK 2016, 1–39; vgl. NAIMARK 2001, 109.

<sup>339</sup> JECH 2003; SLAPNICKA 1999.

Tschechen und Slowaken“ gebilligt und nach der Rückkehr in die Tschechoslowakei am 5. April 1945 in Kaschau/Košice verlautbart wurde. Das „Kaschauer Programm“ kündigte eine unterschiedliche Behandlung der loyalen Bürger deutscher und magyarischer Nationalität an: Während jenen, die bereits vor München einen aktiven Kampf gegen Henlein und die magyarischen irredentistischen Parteien geführt haben, und jenen, die sich am Kampf um die Wiederherstellung der Tschechoslowakei beteiligt haben, die Bestätigung der tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit zugesichert wird, soll die Staatsangehörigkeit der übrigen Bürger deutscher und magyarischer Nationalität aufgehoben, ihnen aber eine Optionsmöglichkeit eingeräumt werden, über die die Behörden individuell zu entscheiden haben. Den wegen eines Verbrechens gegen die Republik oder das tschechische bzw. slowakische Volk vor Gericht gestellten und verurteilten Personen soll die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit aberkannt und sie für immer aus dem Staatsgebiet ausgewiesen werden, soweit über sie nicht die Todesstrafe verhängt wird. Deutsche und magyarische Kriegsverbrecher sollen vor außerordentliche Volksgerichte gestellt werden. Für Deutsche und Magyaren, die zu nazistischen oder faschistischen Organisationen und deren bewaffneten und terroristischen Formationen in Verbindung standen, werden Konfinierungslager errichtet. Das Vermögen deutscher und magyarischer Bürger der Tschechoslowakei, die aktiv der Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakei Vorschub geleistet haben, wird unter nationale Verwaltung gestellt. Durch eine neue Bodenreform soll der Boden des deutschen und magyarischen Adels, aber auch der Staatsbürger Deutschlands und Ungarns enteignet und dem Nationalen Bodenfonds überantwortet werden. Alle deutschen Schulen einschließlich der Prager Deutschen Universität und der Technischen Hochschulen in Prag und Brünn sowie die magyarischen Schulen in den slowakischen Städten werden geschlossen.<sup>340</sup>

Die durch die Dekrete des Präsidenten der Republik getroffenen Regelungen gingen vielfach über diese angekündigten Maßnahmen gegen Deutsche und Magyaren hinaus:

- 1) „Vermögensübertragungen und vermögensrechtliche Rechtsgeschäfte jeglicher Art ohne Rücksicht darauf, ob sie bewegliches oder unbewegliches, öffentliches oder privates Vermögen betreffen, sind ungültig, soweit sie nach dem 29. September 1938 unter dem Druck der Okkupation oder nationaler, rassischer oder politischer Verfolgung vorgenommen wurden. [...] Das auf dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik befindliche Vermögen staatlich unzuverlässiger Personen wird gemäß den weiteren Bestimmungen dieses Dekrets unter Nationalverwaltung

<sup>340</sup> KUKLÍK 2003, 151–154; vgl. HOFFMANN u. a. 2010.

- gestellt. [...] Als staatlich unzuverlässig sind folgende Personen anzusehen: (a) Personen deutscher oder magyarischer Nationalität, (b) Personen, die eine Tätigkeit entfalteteten, die sich gegen die staatliche Souveränität, Selbständigkeit, Integrität, die demokratisch-republikanische Staatsform, die Sicherheit und Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik richtete. [...]“ (Dekret Nr. 5/1945 Sb. vom 19. Mai 1945)<sup>341</sup>
- 2) „Dem Rufe der tschechischen und slowakischen Bauern und Landlosen nach konsequenter Verwirklichung einer neuen Bodenreform entgegenkommend und geleitet vor allem von dem Bestreben, ein für allemal den tschechischen und slowakischen Boden den fremden deutschen und magyarischen Gutsbesitzern wie auch den Verrätern der Republik aus den Händen zu nehmen und ihn in die Hände der tschechischen und slowakischen Bauernschaft und der Landlosen zu geben, ordne ich auf Vorlage der Regierung an: (1) Mit sofortiger Wirkung und entschädigungslos wird für die Zwecke der Bodenreform das landwirtschaftliche Vermögen konfisziert, das im Eigentum steht: a) aller Personen deutscher und magyarischer Nationalität ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, b) von Verrätern und Feinden der Republik welcher Nationalität und Staatsangehörigkeit auch immer [...]“. (Dekret Nr. 12/1945 Sb. vom 21. Juni 1945)
- 3) „Wer in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik auf dem Gebiet der Republik oder außerhalb von ihr eines der folgenden Verbrechen [...] beging: Anschläge gegen die Republik, wird mit dem Tode bestraft; [...] Mitglied folgender Organisationen war: der Schutzstaffeln der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (SS) [...] wegen Verbrechen mit schwerem Kerker von fünf bis zwanzig Jahren; [...] die faschistische oder nazistische Bewegung propagierte oder sie unterstützte, [...] wenn er dieses Verbrechen jedoch in der Absicht beging, das moralische, das National- oder Staatsbewusstsein des tschechoslowakischen Volkes, insbesondere der tschechoslowakischen Jugend zu zersetzen, mit schwerem Kerker von zehn bis zwanzig Jahren; [...] Wer in derselben Zeit Funktionär oder Kommandeur in den Organisationen der NSDAP oder Sudetendeutschen Partei (SdP) oder in der Vlajka, der Hlinka- oder Svatopluk-Garde oder in anderen faschistischen Organisationen ähnlichen Charakters war, wird [...] wegen Verbrechen mit schwerem Kerker von fünf bis zwanzig Jahren bestraft. [...]“ (Dekret Nr. 16/1945 Sb. vom 19. Juni 1945)
- 4) „Die tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher oder magyarischer Nationalität, die nach den Vorschriften einer fremden Besatzungsmacht

<sup>341</sup> Als Personen deutscher oder magyarischer Nationalität wurden Personen angesehen, die sich bei einer Volkszählung seit 1929 zur deutschen oder magyarischen Nationalität bekannt hatten.

die deutsche oder ungarische Staatsangehörigkeit erworben haben, haben mit dem Tag des Erwerbs dieser Staatsangehörigkeit die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren. Die übrigen tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher oder magyarischer Nationalität verlieren die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Dekrets. [...] Tschechen und Slowaken und Angehörige anderer slawischer Nationen, die sich in dieser Zeit, durch Zwang oder andere besonders berücksichtigenswerte Umstände genötigt, als Deutsche oder Magyaren gemeldet haben, werden nicht als Deutsche oder Magyaren nach diesem Dekret behandelt, wenn das Ministerium des Innern die Bescheinigung über ihre nationale Zuverlässigkeit akzeptiert [...].“ (Verfassungsdekret Nr. 33/1945 Sb. vom 2. August 1945)

- 5) „Zur Beseitigung und Wiedergutmachung der durch Krieg und Luftangriffe verursachten Schäden wie auch zur Erneuerung des durch den Krieg zerrütteten Wirtschaftslebens wird eine Arbeitspflicht derjenigen Personen eingeführt, die gemäß Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik vom 2. August 1945, Nr. 33 Sb. über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher und magyarischer Nationalität die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben. [...] Der Arbeitspflicht unterliegen Männer vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr und Frauen vom vollendeten 15. bis zum vollendeten 50. Lebensjahr. [...]“ (Dekret Nr. 71/1945 Sb. vom 19. September 1945)
- 6) „Die Deutsche Universität in Prag, die am 5. Mai 1945, dem ersten Tag des Prager Volksaufstandes, untergegangen ist, wird als eine dem tschechischen Volk feindliche Institution für immer aufgelöst. [...]“ (Dekret Nr. 122/1945 Sb. vom 18. Oktober 1945)<sup>342</sup>
- 7) „Ohne Ersatzleistung wird [...] für die Tschechoslowakische Republik das bewegliche und unbewegliche Vermögen konfisziert, insbesondere auch Vermögensrechte (wie Forderungen, Wertpapiere, Einlagen, immaterielle Rechte), das zum Tage der tatsächlichen Beendigung der deutschen und magyarischen Okkupation im Eigentum stand oder noch steht: (1) des Deutschen Reiches, des Königreichs Ungarn, von juristischen Personen öffentlichen Rechts nach deutschem oder ungarischem Recht, der deutschen nazistischen Partei und den ungarischen politischen Parteien [...], oder (2) von natürlichen Personen deutscher oder magyarischer Nationalität mit Ausnahme von Personen, die nachweisen, dass sie der Tschechoslowakischen Republik treu geblieben sind, sich nie gegen das tschechische oder slowakische Volk vergangen und sich entweder aktiv am Kampf für ihre Befreiung beteiligt oder unter

<sup>342</sup> Am selben Tag wurde auch das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 123/1945 Sb. über die Auflösung der Technischen Hochschulen in Prag und Brünn erlassen.

- dem nazistischen oder faschistischen Terror gelitten haben“. (Dekret Nr. 108/1945 Sb. vom 25. Oktober 1945)
- 8) Weitere Dekrete betrafen das Verbot von Auszahlungen oder Überweisungen aus Einlagen der Deutschen bei Banken und sonstigen Geldanstalten in den ehemals sudetendeutschen Gebieten (Dekret Nr. 35/1945 Sb. vom 31. Juli 1945) sowie die Nationalisierung des Bergbaus, der Energieunternehmen, Eisenhütten, Stahlwerke, Walzwerke, Gießereien, Betriebe der Waffenindustrie, der chemischen Industrie, der pharmazeutischen Produktion, der Porzellan- und Glasherstellung, der Ziegeleien, Papier- und Pappefabriken, der Sägewerke, der Spinnereien, der Webereien, der Bekleidungs- und Lederindustrie, der Zuckerfabriken, der Spiritusbrennereien, der Brauereien und Mühlen, der Schokoladefabriken, der Aktienbanken und Versicherungsanstalten (Dekrete Nr. 100, 101, 102 u. 103/1945 Sb. vom 24. Oktober 1945).<sup>343</sup>

Die Dekrete des Präsidenten der Republik erlangten mit dem Verfassungsgesetz Nr. 57/1946 Sb. Gesetzeskraft, das die Provisorische Nationalversammlung am 28. März 1946 beschloss. Da die durch die Dekrete angeordneten Kollektivmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung sich fast durchwegs auch auf die Magyaren bezogen, brachte der Beauftragte für Inneres des Slowakischen Nationalrates, Gustáv Husák, der Staatspräsident ab Mai 1975, den Inhalt dieser Regelungen auf die kurze Formel: „Präsident Wilson sah eine Garantie für den Frieden im Minderheitenschutz, wir sehen sie in der Beseitigung der Minderheiten.“ Wenzel Jaksch aber hatte schon am 20. Februar 1945 in einem Rundschreiben an die sudetendeutschen Sozialdemokraten festgehalten: „Früher oder später wird zugegeben werden müssen, dass der Aussiedlungsplan auf nackter Willkür, Vermögensraub und nationaler Rachelust beruht. Wer immer daran beteiligt war, wird sich nie mehr als zivilisierter Europäer ausgeben können.“<sup>344</sup> – Das hätte vice versa natürlich auch für die reichsdeutschen, sudetendeutschen und österreichischen NS-Akteure gegenüber den Tschechen zu gelten.

Erst am 2. August 1945 erteilten die alliierten Siegermächte im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens der tschechoslowakischen Regierung die Ermächtigung, die deutsche Bevölkerung „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ nach Deutschland zu überführen. Nach Zustimmung des Alliierten Kontrollrates für Deutschland am 20. November 1945 wurden von Jänner bis Oktober 1946 ca. 1,4 Millionen Sudetendeutsche in die amerikanische und ca. 750.000 in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands ausgesiedelt. Die Amerikaner erlaubten pro Person die Mitnahme von 70 Kilogramm Gepäck und 500 Reichsmark, die Sowjets

<sup>343</sup> JECH 2003, 427–598 u. 644; SLAPNICKA 1999; PERZI 2003; BRANDES u. a. 2010, 112–114.

<sup>344</sup> SLAPNICKA 1997.

von 50 Kilogramm Gepäck und 500 Reichsmark. Über 200.000 Deutsche blieben in der Tschechoslowakei zurück: 60.000 Industriespezialisten und deren Familienangehörigen blieben im Grenzgebiet (*pohraniční území*), ebenso 40.000 Deutsche in Mischehen und 5.000 aus „Gnade“ vom „Abschub“ (*odsun*) Befreite; etwa 60.000 zum „Abschub“ vorgesehene Personen wurden jedoch ab Sommer 1947 bis in das Jahr 1949 ins Landesinnere zerstreut. Außenminister Jan Masaryk stellte bereits am 5. Dezember 1945 in der „New York Times“ fest: „We are finished with the Germans in Czechoslovakia. There is no possible way to get us live under the same umbrella again.“ Und Innenminister Václav Nosek übergab am 1. November 1946 dem Präsidenten Beneš seinen Schlussbericht: Bis zum heutigen Tag seien aus den tschechischen Ländern insgesamt 2,170.598 Deutsche „abgeschoben“ worden, davon 1,420.598 Personen in die amerikanische und 750.000 in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Für den Abtransport seien 1.646 Züge mit 6.580 Lokomotiven und 67.748 Eisenbahnwaggons eingesetzt worden, darüber hinaus vier Lazarettzüge, 960 Autos und zwölf Schiffe. Beneš erinnerte daran, dass von der deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei „mindestens 85 % gegen uns und unseren Staat waren“.<sup>345</sup>

Die Vertreibungen (*vyhánění*) selbst waren ohne innerstaatliche gesetzliche Regelung erfolgt, und auch die Zwangsaussiedlungen waren durch kein Dekret geregelt. Zwar wurde der Entwurf eines solchen Dekrets vorbereitet, die tschechoslowakische Regierung wartete hierbei jedoch auf die Beschlüsse der in Potsdam tagenden Drei-Mächte-Konferenz. Tatsächlich ermächtigte Artikel XIII des Potsdamer Abkommens und die Genehmigung des Alliierten Kontrollrates die tschechoslowakische Regierung, die deutsche Bevölkerung zwangsweise nach Deutschland auszusiedeln. In der tschechischen juristischen Literatur wird daher dieses Abkommen als Deportationsanordnung aufgefasst, für welche die Tschechoslowakei keine völkerrechtliche Verantwortung trage. Dass die Prager Regierung die Zwangsaussiedlung (*nucené vysídlení*) beim Alliierten Rat ausdrücklich beantragt hatte, wurde hierbei bewusst verschwiegen.<sup>346</sup>

Mehr als problematisch war auch das tschechoslowakische Straffreistellungsgesetz vom 8. Mai 1946, nach dem eine „Handlung, die in der

<sup>345</sup> JECH 2003, 566–570; HRABOVEC 1995, 314 u. 330–334; DOUGLAS 2012, 229–242; NAIMARK 2001, 122; BRANDES u. a. 2010, 37–40, 605–608 u. 647–652; Denkschrift Nosek an Beneš, Prag, 1. November 1946. In: HOFFMANN u. a. 2010, 800f. Der Leiter des Prager Besiedlungsamtes, Miroslav Kreysa, gab zum Stichtag 31. Mai 1947 nur mehr 149.000 Deutsche in den Grenzgebieten an. – KREYSA 1947, 24.

<sup>346</sup> Text in: Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1 (Berlin 1946), 19f.; SCHIEDER 1984, 115. Die Potsdamer Konferenz hatte zwar gegenüber Österreich keinen Anspruch auf Reparationen erhoben, hingegen auf das „deutsche Eigentum“ als Kriegsbeute.

Zeit vom 30. September 1938 bis zum 28. Oktober 1945 vorgenommen wurde und deren Zweck es war, einen Beitrag zum Kampf um die Wiedererlangung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zu leisten, oder die eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziele hatte“, auch dann nicht als „widerrechtlich“ erklärt werden konnte, „wenn sie sonst nach den geltenden Vorschriften strafbar gewesen wäre“. <sup>347</sup> – Freilich, vergleichbare Straffreistellungsgesetze gab es auch in Frankreich, Italien und Österreich. So blieben Mord, Totschlag, Folter, Raub und Vergewaltigung ungesühnt. Andererseits wurden die beiden ehemaligen Reichsprotektoren für Böhmen und Mähren, Konstantin von Neurath und Wilhelm Frick, vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher angeklagt und zu 15 Jahren Gefängnis bzw. zum Tod durch den Strang verurteilt. Allerdings bezog sich die Anklage gegen Neurath mehr auf seine Tätigkeit als Reichsaußenminister, die Anklage gegen Frick auf seine Tätigkeit als Reichsinnenminister. Schon am 2. September 1945 war der ehemalige Primator-Stellvertreter Pfitzner nach einem Prozess in Prag öffentlich hingerichtet worden, der ehemalige Reichsprotektor Daluge wurde am 20. Oktober 1946 gehängt, der ehemalige Staatsminister Frank am 23. Mai 1947. <sup>348</sup>

Da Deutsche und Magyaren schon im Mai 1945 als „staatlich unzuverlässige Personen“ bezeichnet wurden, war die Voraussetzung für die folgenden Verhaftungen und Internierungen, Vermögensbeschlagnahmen und Vertreibungen sowie verschiedene polizeiliche Schikanen geschaffen. Die durch die Dekrete angeordneten Maßnahmen betrafen die Aberkennung politischer Rechte, Eigentumsbeschränkungen, die Bodenreform, Beschäftigungsverbote und Zwangsarbeit, die Nationalisierung der Wirtschaft, Vermögenskonfiskationen und strafrechtliche Bestimmungen. So wurden am 19. Mai allein in den Grenzgebieten der böhmischen Länder 1,955.076 ha unter tschechische Verwaltung gestellt, im Landesinneren weitere 445.373 ha, und am 21. Juni entschädigungslos enteignet. Fast ein Drittel der Gesamtfläche der böhmischen Länder, das 238.563 meist deutschen Besitzern gehört hatte, dazu etwa 700 landwirtschaftliche Industriebetriebe sowie 600 Schlösser und Burgen verloren ihre bisherigen Besitzer, wobei die „Nationalität“ (*narodnost*) und nicht die Staatsangehörigkeit entscheidend war. Das bedeutete, dass auch deutschsprachige Österreicher, Südtiroler, Schweizer, Liechtensteiner, Luxemburger, Franzosen, Belgier und Dänen enteignet werden konnten – und enteignet wurden. Mit dem Präsidialdekret vom 25. Oktober 1945 unterlag auch jeglicher nichtlandwirtschaftliche Besitz von Deutschen oder Magyaren der entschädigungslosen Enteignung, wobei die Banken, Versicherungen, Stahlhütten,

<sup>347</sup> JECH 2003, 651–654.

<sup>348</sup> Der Prozess 1947, Bd. 1, 412–414; SUPPAN 2014, Bd. 2, 1267f.

Bergwerke und Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten bereits tags zuvor verstaatlicht worden waren. Den Deutschen wurde aber auch der Industrie- und Gewerbebesitz mittlerer und kleiner Größenklasse abgenommen – insgesamt rund 13.000 Industriebetriebe und 84.000 Gewerbebetriebe, die etwa ein Drittel des Industriepotentials der Republik ausmachten. Entschädigungslos enteignet wurden darüber hinaus 575.000 Wohngebäude, über eine Million Wohnungen mit dem gesamten Hausrat, ferner Hotels, Gaststätten, Schulen, Krankenanstalten, Bädereinrichtungen sowie etwa 120.000 Kraftfahrzeuge.<sup>349</sup>

Schätzte der Fonds der Nationalen Erneuerung (Fond národní obnovy) im Jahre 1947 den voraussichtlichen Gesamtwert aller konfiszierten Gegenstände auf etwa 300 Milliarden tschechoslowakische Vorkriegskronen, so ging die Pariser Reparationskonferenz von tschechoslowakischen Kriegsschäden in Höhe von 347,5 Milliarden Kčs (zum Kurs von 1938) aus. Die vertriebenen und ausgesiedelten Sudetendeutschen bezifferten im Jahre 1948 den Wert aller enteigneten Güter zum 30. September 1938 mit 33,516 Milliarden Reichsmark, später mit 19,44 Milliarden US-Dollar zum 8. Mai 1945. Da der beginnende Kalte Krieg auch die Reparationsfragen vorerst beendete, sollte es nie mehr zu einer Abgleichung zwischen Reparationsforderungen der Tschechoslowakei an die Bundesrepublik Deutschland und den Entschädigungsforderungen der Sudetendeutschen an die Tschechoslowakei kommen. Auch eine grobe Abschätzung lässt erkennen, dass der Wert der den Sudeten- und Karpatendeutschen enteigneten unbeweglichen und beweglichen Güter die Kosten der NS-Okkupation in der Tschechoslowakei bei weitem überstieg. Immerhin wurden die Sudetendeutschen durch den Lastenausgleich der Bonner Regierung von 1952 zumindest teilweise entschädigt.<sup>350</sup>

Flucht, Vertreibung und gewaltsame Aussiedlung von knapp 3 Millionen Sudetendeutschen sowie die Wiederbesiedlung der Grenzgebiete der böhmischen Länder mit über 1,8 Millionen tschechischen und anderen Neusiedlern (Slowaken, Magyaren, Roma, Kroaten, Ukrainer, Sorben, Bulgaren und „Griechen“) stellten in den böhmischen Ländern die größte Bevölkerungsverschiebung seit dem Mittelalter dar. Nun wurde die tschechoslowakische Staatsgrenze gegenüber Deutschland (BRD und

<sup>349</sup> SRB 1984; SLAPNICKA 1997, 159f. Für enteignete westeuropäische Staatsangehörige gab es später individuelle Entschädigungen. Für Adolf Fürst Schwarzenberg, den letzten Eigentümer der südböhmischen Primogenitur von Frauenberg/Hluboká, wurde am 10. Juli 1947 ein eigenes Gesetz (die sogenannte Lex Schwarzenberg) verabschiedet, das alle unbeweglichen landwirtschaftlichen Güter, Wälder, Teiche, Industrien, Handels- und Gewerbebesitz samt Betriebskapital, einschließlich aller Gebäude und Schlösser und deren Inneneinrichtung, enteignete, Besitztümer mit einem geschätzten Gesamtwert von 4 Milliarden Kronen. – JELÍNKOVÁ HOMOLOVÁ / HAZDRA 2016, 88f.

<sup>350</sup> KOTÁTKO 1949, 30; STANĚK 1991, 350–356; BRANDES u. a. 2010, 382–384.

DDR) und Österreich erstmals auch zu einer ethnischen Grenze zwischen Deutsch- und Tschechischsprachigen. Dieser Bevölkerungsaustausch entsprach auch dem aus einem national stark verzerrten Geschichtsbild hergeleiteten Anspruch der politischen Klasse wie weiter Teile der tschechischen Gesellschaft auf endgültige Tschechisierung der einst durch „Fremde“ kolonisierten Grenzgebiete. In der Tradition der nationalen Ideologie des 19. Jahrhunderts, freilich verschärft durch die unmittelbar zurückliegende Besatzungszeit, wurde die Realisierung dieses Anspruches kollektiv als Akt der historischen Gerechtigkeit empfunden, den tschechischen nationalen Besitzstand wieder auf die gesamten böhmischen Länder ausdehnen zu können. Damit endete aber auch die seit dem 12. Jahrhundert währende Symbiose von Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern, die sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts stufenweise zu einer „Konfliktgemeinschaft“ ausgeprägt hatte, die 1945 in totaler Trennung mündete. Diese Trennung galt nun auch für die (Deutsch-)Österreicher und Tschechen an den Grenzen zwischen Mühl-, Wald- und Weinviertel einerseits bzw. Südböhmen und Südmähren andererseits. Zu dieser Trennung hatte vor allem das weitgehend unterschiedliche Schicksal im Zweiten Weltkrieg beigetragen, wobei jedoch eine einseitige Täter-Opfer-Perspektive völlig unzureichend ausfällt. Außerdem sollte nicht übersehen werden, dass die deutsche Bevölkerung (von 1937) mit über 9 Millionen Kriegs- und Verfolgungstoten etwa 13 % ihres Vorkriegsstandes verlor (dazu 160.000 Juden), die österreichische Bevölkerung mit 300.000 Kriegs- und Verfolgungstoten etwa 4,4 % (dazu 65.000 Juden und 7.000 Roma), die Sudetendeutschen mit 220.000 Kriegs- und Verfolgungstoten etwa 6,6 %, die Tschechen mit 42.000 überwiegend Verfolgungstoten etwa 0,6 % (dazu in den böhmischen Ländern 77.000 Juden und 7.000 Roma). Hitlers Imperiums- und Rassenideologie hatte also die deutsche „Volksgemeinschaft“ wesentlich vernichtender getroffen als die unterworfenen Tschechen. Die wenigen der in Österreich und der Tschechoslowakei überlebenden Juden aber versuchten möglichst rasch nach Israel, in die USA oder nach Westeuropa auszuwandern.<sup>351</sup>

## 11. Jenseits des „Eisernen Vorhanges“ (1948–1989)

Die Wege der Zweiten Republik Österreich und der Dritten Tschechoslowakischen Republik seit 1945 bzw. der „Tschechoslowakischen Sozi-

<sup>351</sup> ALY 2005; ARBURG 2004; HAAS 2000; WEHLER (2008, 941–944) nennt für das Deutsche Reich von 1937 5,32 Millionen Gefallene, 1,71 Millionen Vertreibungsoffer, 1,1 Millionen als vermisste und für tot erklärte Soldaten, 600.000 Bombenopfer, 70.000 ermordete geistig Behinderte, 30.000 Todesurteile der Militärjustiz, 16.000 Todesurteile gegen Zivilisten, davon rund 5.000 vor dem „Volksgerichtshof“, etc.

alistischen Republik“ (ČSSR) seit 1960 unterschieden sich voneinander in einem Ausmaß, dass man ins 15. Jahrhundert zurückblicken muss, um vergleichbar konträre Entwicklungen der österreichischen und der tschechischen Bevölkerung zu finden. Die völlig unterschiedlichen Wege begannen Anfang Mai 1945, als die NS-Herrschaft zusammenbrach, die Gauleiter samt Reichsprotektor flüchteten, die Gestapo verschwand und SS wie Wehrmacht kapitulierten. Wurden die westlichen Truppen in West- und Südösterreich sowie in Westböhmen als „Befreier“ begrüßt, so galt dies nicht gleichermaßen für die Rote Armee. Von der großen Mehrheit der tschechischen Bevölkerung ebenfalls als „Befreier“ von der deutschen Herrschaft und als bewaffneter Arm des slawischen „Brudervolkes“ willkommen geheißen, wurden die Rotarmisten in Ostösterreich eher als Plünderer und Vergewaltiger erlebt, denen die kommunistischen Kommissare und der NKVD folgten. Flucht und Vertreibung der Sudetendeutschen, von denen ursprünglich etwa 250.000 nach Österreich vertrieben worden waren (von ihnen wurden an die 130.000 auf Druck der sowjetischen Besatzungsmacht in die US-Zone nach Bayern abgeschoben), trugen ebenso zur Trennung zwischen Österreichern und Tschechen bei wie die „Rückwanderung“ von etwa 20.000 Wiener Tschechen in die Tschechoslowakei in den Jahren 1945/46.<sup>352</sup>

Der ehemalige österreichische Gesandte Ferdinand Marek erlangte immerhin vom Präsidenten Beneš sofort die Zusicherung, den Schutz der Österreicher in Prag übernehmen zu dürfen, obwohl er noch kein Beglaubigungsschreiben aus Wien in Händen hatte. Im alten Gesandtschaftsgebäude in der Jungmannová 9 etablierte er bereits am 12. Mai die provisorische Gesandtschaft, konnte Tausende Österreicherinnen und Österreicher aus den tschechischen Lagern befreien und ließ Tausende Menschen, die sich auf der Straße niedergelassen hatten, verköstigen, während der Gynäkologe Professor Knaus mit seinen Assistenten die von tschechischen Milizen vergewaltigten Frauen und Mädchen ärztlich versorgte. Auch die ersten Bahntransporte nach Wien ließ Marek zusammenstellen. Als er jedoch am 23. Mai 1945 zu einer Unterredung mit dem sowjetischen NKVD kommen musste, verschwand er (und mit ihm sein Privatarchiv) auf Nimmerwiedersehen und verstarb angeblich 1948 in der Sowjetunion. Erst 1993 wurde er in Moskau politisch rehabilitiert. Professor Knaus hingegen, der auch von der neuen tschechoslowakischen Regierung geachtet wurde, durfte im

---

<sup>352</sup> RADSPIELER 1955, 55; RAUCHENSTEINER 2005, 16–47; MUELLER 2005a, 37–53; vgl. KARNER u. a. 2005. Immerhin stellte die Rote Armee im Mai 1945 8.000 Tonnen Mehl, 7.000 Tonnen Getreide und je 1.000 Tonnen Bohnen und Erbsen kurzfristig zur Verfügung.

Herbst 1945 mit seinen Habseligkeiten ausreisen; 1947 bekam er auch seine Bibliothek nach Österreich nachgeliefert.<sup>353</sup>

Mitte Mai hielt der aus Wien stammende Pfarrer Karl Berger in der Pfarrchronik von Unterretzbach an der niederösterreichisch-mährischen Grenze fest:

Über unser Grenzgebiet ergießt sich ein wahrer Strom von Flüchtlingen aus Znaim und Südmähren. Die Deutschen werden von den Čechen so behandelt, wie die Čechen und Juden von den Nazis. Hitler, Himmler und seine Kumpane haben es den Čechen eben vorgemacht.<sup>354</sup>

Ebenfalls schon Mitte Mai hielt Staatssekretär Franz Honner (KPÖ), ein gebürtiger Deutsch-Böhme, in einem Schreiben an den sowjetischen Stadtkommandanten von Wien fest, dass „ein Zuzug von Anhängern der Henlein-Partei (Nationalsozialisten) aus dem ehemaligen Protektorat Böhmen und Mähren nach Österreich bzw. Wien im Gange“ sei. Um diese „Zuwanderung“ zu verhindern, „sind dieselben in Lager zu verbringen“. Staatskanzler Renner, der aus Südmähren stammte, stand im Juni 1945 der Massenvertreibung der Deutschen aus seiner ehemaligen Heimat in zweifacher Hinsicht sehr kritisch gegenüber – einmal wegen der gewaltsamen Vertreibung, das andere Mal aber wegen der zu erwartenden Versorgungskatastrophe – und ließ in Prag nur gegen die schonungslose Behandlung der österreichischen Staatsbürger protestieren. Im Kabinettsrat teilte er mit: „Es fliehen unzählige tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Zunge über unsere Grenze. Wir können nur die Österreicher aufnehmen, aber auch das ist unendlich schwierig.“ Und Staatssekretär Leopold Figl (ÖVP), Stellvertreter Renners und Landeshauptmann von Niederösterreich, äußerte in derselben Regierungssitzung:

Wenn die Tschechen das [= die Vertreibung] konsequent weitertun, so handelt es sich um mindestens hunderttausend Menschen, die über Niederösterreich hereinkommen, und dann werden auch die Leute aus dem Riesengebirge und Erzgebirge nach Österreich ziehen. Optiert haben alle deutschsprechenden Menschen in der Tschechoslowakei für Deutschland, daher sollten alle diese Leute nach Deutschland gehen und nicht nach Österreich. Ich möchte bitten, dass hier energisch durchgegriffen wird.<sup>355</sup>

Die Prager Regierung akzeptierte zwar Alois Vollgruber als „Bevollmächtigten zur Wahrung der Interessen der österreichischen Staatsangehörigen in

<sup>353</sup> RATHKOLB 1993. In Begleitung von Professor Knaus reiste die Gräfin Schönborn mit ihrem neun Monate alten Sohn Christoph, dem heutigen Erzbischof von Wien. – Mitteilung von Christoph Kardinal Schönborn an den Autor am 21. November 2015 in Wien.

<sup>354</sup> WOLFGANG FREITAG: Pfarrer Bergers fehlende Seiten. In: Die Presse (Wien), 22. Mai 2010, Beil. Spectrum, If.

<sup>355</sup> Protokoll der Sitzung des Kabinettsrates der Regierung Renner, 12. Juni 1945, 208f.; PERZI 2016.

der Tschechoslowakischen Republik“, reagierte aber nicht auf Wiener Proteste hinsichtlich Vertreibung und Vermögensbeschlagnahme. Daher ließ Honner im Juli mehrere Einheiten von „Freiheitskämpfern“ in den Grenzbezirken zwischen Bruck an der Leitha und Zwettl stationieren. Aber im August verwies Ministerpräsident Fierlinger auf die Potsdamer Beschlüsse und die Mitverantwortung Österreichs für den Krieg und die Okkupation der Tschechoslowakei. Immerhin wurde mit Erlass vom 28. August 1945 die Zwangsaussiedlung nach Österreich eingestellt. Nun verlangten die Alliierte Kommission und im Besonderen die sowjetische Besatzungsmacht – auch vor dem Hintergrund, dass es in Österreich nach Kriegsende 1,6 Millionen *displaced persons* gab – von der österreichischen Regierung mehrfach, die vor allem im Sammellager Melk und in Wien gestrandeten Sudetendeutschen in die westlichen Besatzungszonen Deutschlands abzuschieben. Da sowohl die Regierung Renner als auch die nachfolgende Regierung Figl vor allem die schlechte Ernährungslage fürchteten, war die Aufnahme der völlig erschöpften, ausgehungerten und mittellosen „Heimatvertriebenen“ keineswegs entgegenkommend. Benötigten die größeren Bauern dringend Arbeitskräfte anstelle der befreiten „Fremdarbeiter“, so ließ die Behandlung und Verpflegung in Barackensiedlungen am Rande ebenfalls hungernder größerer Städte sehr zu wünschen übrig. Immerhin appellierte die österreichische Bischofskonferenz unter Führung des aus dem Erzgebirge stammenden Erzbischofs von Wien, Theodor Kardinal Inntzer, an den Alliierten Rat, die Hunderttausenden Sudetendeutschen nicht einem schweren physischen und moralischen Elend preiszugeben. Im Verlauf des Jahres 1946 wurden dennoch 73.000 vertriebene „Volksdeutsche“ aus Melk und 45.000 aus Wien vorwiegend in die US-Besatzungszone Deutschlands abtransportiert, aus Oberösterreich knapp 50.000, unter ihnen überwiegend Sudetendeutsche. Nach einer Statistik des Innenministeriums wurden im August 1947 118.987 ehemalige Tschechoslowakei-Deutsche in Österreich registriert.<sup>356</sup>

Die wesentliche systempolitische Frage blieb aber, ob Stalin seine gegenüber Milovan Djilas, dem Propagandachef der jugoslawischen KP, getroffene Feststellung, dass derjenige, der ein Land erobere, ihm auch sein eigenes soziales System aufzwingen könne, umsetzen würde. Die parteipolitischen Anfänge in der ČSR und in Österreich schienen sich oberflächlich noch zu gleichen. Mit dem „Kaschauer Programm“ von Anfang April 1945 wurde eine Volksfrontregierung bestehend aus Kommunisten, Sozialdemokraten, National-Sozialisten, Katholiken und slowakischen

<sup>356</sup> RADSPIELER 1956, 55; ZNOJ 1995, 130f.; SCHRIFFL 2012, 7–31; HRABOVEC 1995, 154; SUPPAN 2014, Bd. 2, 1551–1554; PERZI 2016. Aus Salzburg wurden 12.657 „Volksdeutsche“ abtransportiert, aus Graz 7.483 und aus Villach 6.797, unter diesen vor allem Donauschwaben und Untersteirer.

Demokraten gebildet, zwar unter Führung des linken Sozialdemokraten Zdeněk Fierlinger, aber mit 13 prokommunistischen Ministern von insgesamt 26. In Österreich gab es seit Ende April 1945 – zuerst nur mit Zustimmung Stalins – die provisorische Koalitionsregierung des rechten Sozialdemokraten Karl Renner gemeinsam mit der neugegründeten bürgerlich-agrarischen Österreichischen Volkspartei und der Kommunistischen Partei Österreichs, wobei die SPÖ elf, die ÖVP neun und die KPÖ sieben Regierungsmitglieder stellte, die KPÖ jedoch den Innenminister, den Unterrichtsminister und den Chef der Staatspolizei. Bereits mit den ersten, in beiden Staaten einigermaßen „freien“ Wahlen – in Österreich blieben allerdings über 500.000 ehemalige Nationalsozialisten, in der ČSR die ehemalige Agrarpartei und die ehemalige Gewerbe- und Handelspartei ausgeschlossen – trennten sich freilich die Wege in der Parteienkonstellation: Während bei den Nationalratswahlen in Österreich am 25. November 1945 die ÖVP 50%, die SPÖ 45% und die KPÖ nur 5% der Stimmen gewann, blieb bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 26. Mai 1946 in den böhmischen Ländern – dem heutigen Tschechien – die KPČ mit 40% der Stimmen vor den National-Sozialisten mit knapp 24%, der katholischen Volkspartei mit 20% und den Sozialdemokraten mit 15,5% erfolgreich. Das bedeutete, dass im gesamten Machtbereich der Sowjetunion die tschechischen Männer und Frauen als einzige in (relativ) freien Wahlen mehrheitlich ihre kommunistische Partei wählten. Dazu hatte die maßgeblich von den Kommunisten gesteuerte Enteignung der Deutschen (und Magyaren) beigetragen, ebenso die Nationalisierung der Banken und der Großindustrie sowie die erste Etappe der Bodenreform. Hingegen hatten die österreichischen Frauen, die 63% der Wahlberechtigten gestellt hatten – in Wien sogar 68% (!) –, offensichtlich weder Raub, Plünderung und Vergewaltigung seitens der Roten Armee noch ihre kriegsgefangenen Männer, Söhne und Väter vergessen. Immerhin wurde die neu gebildete Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Leopold Figl bereits am 18. Dezember 1945 vom Alliierten Rat anerkannt, während zwei Tage danach Renner von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Damit wurden entscheidende Schritte zur Stabilisierung der neuen Republik gesetzt.<sup>357</sup>

Spätestens nach diesen ersten Parlamentswahlen nahm die weitere innen- wie außenpolitische Entwicklung der beiden Staaten einen völlig unterschiedlichen Verlauf, durchaus entgegen dem Umstand, dass Österreich nicht wie ein „Opfer“ der NS-Herrschaft, sondern wie ein „Kriegs-

<sup>357</sup> MUELLER u. a. 2005, Dok. 24 u. 25; RAUCHENSTEINER 2005, 66–70; SLÁMA / KAPLAN 1986, 30–70. Nach Berichten von Kliniken und Ärzten sollen in den ersten drei Wochen der sowjetischen Besetzung Wiens 87.000 Frauen und Mädchen vergewaltigt worden sein. – JUDT 2005, 20.

verlierer“ noch bis 1955 von den Alliierten besetzt blieb und die Tschechoslowakei als „Kriegsgewinner“ theoretisch ein freies Land geworden war. Immerhin sicherte schon das Zweite Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 mit dem Alliierten Rat der österreichischen Bundesregierung eine Garantie der Unabhängigkeit und der Gebietshoheit sowie legitistische Möglichkeiten. Die Gebietshoheit wurde freilich nicht nur von Jugoslawien, sondern auch von der Tschechoslowakei in Frage gestellt, wenn auch nicht mit derselben Vehemenz – und ohne Unterstützung seitens der Sowjetunion. Während tschechoslowakische Forderungen an Wien hinsichtlich der Abtretung von Gebieten am rechten Ufer der Thaya und der March nicht einmal auf dem Tisch der alliierten Außenministerkonferenzen von Paris und New York 1946 landeten, daher von der österreichischen Regierung rasch zurückgewiesen werden konnten, wurde über die im Jänner 1947 in London präsentierten Forderungen Jugoslawiens mehr als zwei Jahre verhandelt. Belgrad verlangte – vergleichbar der Forderung im Februar 1919 – die Abtretung von 2.470 km<sup>2</sup> Unterkärntner Gebietes mit insgesamt 180.000 Einwohnern, unter Einschluss von Klagenfurt und Villach südlich der Drau, außerdem die Abtretung von ca. 130 km<sup>2</sup> südsteirischen Gebietes mit etwa 10.000 Einwohnern und einen Bevölkerungsaustausch zwischen den Burgenländer Kroaten und den Deutschen aus Unterkärnten und der Südsteiermark. Als Begründung wurden die angebliche Beteiligung Österreichs an Hitlers Aggression und Okkupation gegenüber Jugoslawien, eine Reihe von Kriegsverbrechen, die gewaltsame Germanisierung und Aussiedlung der slowenischen Bevölkerung, die Beteiligung der slowenischen Partisanen an der Befreiung Österreichs sowie der ethnische Charakter „Slowenisch-Kärntens“ angeführt. Nach Verhandlungen in Moskau 1947 gab es einige Kompromissvorschläge, nach dem Bruch Stalins mit Tito im Juni 1948 ließ aber auch die Sowjetunion die Unterstützung für Jugoslawien fallen, sodass die vier alliierten Außenminister am 20. Juni 1949 in Paris entschieden, dass die Grenzen Österreichs jene vom 1. Jänner 1938 sein sollen.<sup>358</sup>

Da das sowjetische Gesellschaftsmodell in Österreich durch die Übergriffe der Roten Armee und der sowjetischen Besatzungsmacht hoffnungslos diskreditiert war, blieb als Alternative nur die westliche Wertegemeinschaft. Zwar verlangten auch die Westalliierten vorerst eine „Entnazifizierung“, die immerhin zu 170.000 Entlassungen, Hunderttausenden Sühnezahlungen, über 13.000 Schuldsprüchen und 43 Todesurteilen vor Volksgerichtshöfen (mit 30 Exekutionen) führte; Österreichs Spitzenpolitiker und Hochbürokratie konnten freilich geltend machen, dass sie selbst entweder 1934 oder 1938 entlassen worden waren und durchwegs

<sup>358</sup> Memorandum 1947; SUPPAN 1983, 64, 122 u. 180–183; STOURZH 2005, 48–57.

einige Jahre in NS-Konzentrationslagern oder Gefängnissen verbracht hatten. Das ermöglichte zwar einen raschen und glaubhaften Wiederaufbau der staatlichen Strukturen, behinderte aber eine öffentliche Diskussion über die NS-Zeit wie in Deutschland. Freilich sollte nicht übersehen werden, dass die auf die Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 zurückgehende österreichische „Opferthese“ in erster Linie ein (Wiener) Elitenprojekt der zwischen 1938 und 1945 politisch Verfolgten war, das von der breiten Bevölkerung zwischen Neusiedlersee und Bodensee aber kaum übernommen wurde. Der spätestens 1948 beginnende „Kalte Krieg“ zwischen westlicher Demokratie und sowjetischem Totalitarismus erleichterte freilich die Verankerung der „Opferthese“ und unterstützte das kollektive Beschweigen der NS-Zeit samt verdrängter Erinnerung.<sup>359</sup>

In der österreichischen Erinnerungsgeschichte wurde und wird vielfach ausgeklammert, dass die Moskauer Erklärung den „Anschluss“ Österreichs zwar für „null und nichtig“ erklärt, aber auch daran erinnert hatte, dass Österreich „für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann, und dass anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wie viel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird“. Zwar hatte nicht der österreichische Staat an Hitlers Kriegen teilgenommen, da er am 13. März 1938 „angeschlossen“ worden war, wohl aber Millionen von Österreichern beiderlei Geschlechts. Nach der fast vollkommenen Integration in die großdeutsche Nation folgte nach dem Mai 1945 die fast vollkommene Flucht aus ihr. Die Stimmung gegen die im Hinterland, aber auch in der Wehrmacht und Waffen-SS erfahrene Arroganz und Präpotenz der „Reichsdeutschen“ schlug teilweise in Feindseligkeit um. Aber der Ablöseprozess von der gemeinsamen Geschichte und Kultur gestaltete sich als schwierig, sowohl in den Familien als auch im Schulunterricht. Nun bot die *Ostarr̄chi*-Urkunde vom 1. November 996 eine gute Gelegenheit, deren 950. Jubiläum als ersten bewussten nationalen Gedenktag Nachkriegsösterreichs zu begehen. Die originellste Vergangenheitsanalyse vermittelten dennoch der Kabarettist Helmut Qualtinger und der Schriftsteller Carl Merz mit ihrer 1961 entstandenen Figur des „Herrn Karl“, der sich in unterschiedlich kollaborierenden Winkelzügen von der Monarchie

<sup>359</sup> BAILER-GALANDA / GARSCHA 2005. Ein offizielles „Rot-Weiß-Rot-Buch“ listete die Widerstandsaktionen von Österreichern gegen das NS-Regime auf. Gerald Stourzh weist darauf hin, „dass die ‚Opferthese‘ auch den persönlichen Erfahrungen zahlreicher Politiker der ersten Stunde (wie Leopold Figl, Felix Hurdes, Alfred Migsch, Alfred Maleta, Fritz Bock und Franz Olah) entsprach und sie sich mit ihr spontan identifizieren konnten“. – STOURZH 1995, 308.

über das Dollfuß-Schuschnigg-Regime und den Nationalsozialismus bis zum Staatsvertrag 1955 durch die Wechselfälle der Geschichte bewegt.<sup>360</sup>

Trotz der von den Westalliierten verursachten Bombenschäden hatten sich die industriellen Strukturen in West- und Südösterreich während der NS-Zeit verbessert. Aber erst mit der Verstaatlichung von 70 Betrieben und drei Großbanken aus dem „Deutschen Eigentum“ 1946, das die Potsdamer Konferenz als österreichische Entschädigungsleistung vorgesehen hatte, vor allem aber mit der Einbeziehung Österreichs in die Marshall-Plan-Hilfe (European Recovery Program, ERP) im Sommer 1947 begann der eigentliche Wiederaufbau. Während die Sowjetunion 300 Betriebe mit 40.000 Beschäftigten in ihre USIA-Verwaltung eingliederte, darunter die wertvollen Erdöl- und Erdgasfelder im Marchfeld, pumpte das ERP-Programm 1,6 Milliarden Dollar in den österreichischen Wiederaufbau, vor allem in den westlichen Besatzungszonen. Fünf Preis- und Lohnabkommen zwischen Regierung und Sozialpartnern sicherten den sozialen Frieden, der nur durch den kommunistisch geführten Oktoberstreik 1950 kurzfristig gestört wurde. Die enorme Geschwindigkeit des Wiederaufbaues ist daran zu erkennen, dass das Bruttonationalprodukt 1950 bereits höher lag als 1937 oder 1913. Die österreichische Gesellschaft wurde seit 1947 von einem Leistungs- und Aufstiegswillen erfasst, der in der Geschichte seinesgleichen sucht. Das galt auch für die leistungsorientierte Erweiterung des Mittelschulwesens für alle Schichten der Bevölkerung. Und bereits 1954 überholte das österreichische Bruttonationalprodukt das tschechoslowakische – eine weder 1918 noch 1945 vorstellbare Entwicklung!<sup>361</sup>

Es besteht kein Zweifel, dass nicht zuletzt die etwa 140.000 in Österreich verbliebenen Sudetendeutschen maßgeblich zum Wiederaufbau Österreichs beigetragen haben, vor allem in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich. Dabei hatte es im Kabinett des Bundeskanzlers Leopold Figl (ÖVP) im Verlauf des Jahres 1946 bemerkenswerte Grundsatzdiskussionen über die Integration der Sudetendeutschen gegeben. Als Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) am 9. Jänner auf den Auftrag der Roten Armee hinwies, alle Reichsdeutschen, Sudetendeutschen und Ungarndeutschen unverzüglich in die westdeutschen Besatzungszonen abzuschieben, wandte der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Josef Kraus (ÖVP),

<sup>360</sup> BRUCKMÜLLER 1996, 391–396; RATHKOLB 2015a, 523f.; SANDGRUBER 1995, 405; RATHKOLB 2015b, 587; GÜNTHER HALLER: Das große Glück, wieder einen österreichischen Pass zu haben. In: Die Presse (Wien), 25. Oktober 2016, 2. Als im Februar 1947 bei der Eishockey-Weltmeisterschaft in Prag die österreichische Mannschaft die schwedische besiegte und damit die tschechoslowakische zum Weltmeister krönte, zeigte sich die Prager Regierung mit Kohle- und Lebensmittellieferungen nach Wien erkenntlich.

<sup>361</sup> MUELLER u. a. 2005, Dok. 41 u. 71; SEIDEL 2005. Da Unterrichtsminister Felix Hurdes das Unterrichtsfach „Deutsch“ durch „Unterrichtssprache“ ersetzen ließ, sprach der Volksmund von „Hurdistanisch“.

ein, „dass die Ausweisung der Fremden für die Landwirtschaft eine Katastrophe bedeuten würde. [...] Es sei heute eine große Hilfe, dass die vertriebenen sudetendeutschen Bauern in unserer Landwirtschaft tätig sind.“ Dennoch begann noch im Jänner 1946 der Abtransport aus Wien und von der Südbahnstrecke. Am 22. Jänner musste Helmer bereits einräumen, dass die Landwirtschaft einen Arbeitskräftebedarf von 95.000 Menschen angemeldet habe und auch in der Industrie Arbeitermangel herrsche. Tatsächlich verwiesen sowohl der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, Eugen Fleischacker (ÖVP), als auch der Bundesminister für Elektrifizierung und Energiewirtschaft, Karl Altmann (KPÖ), auf die Notwendigkeit des Einsatzes von sudetendeutschen Facharbeitern in der Glasindustrie und im Baugewerbe. Nun verlangte Figl eine Betrachtung des Flüchtlingsproblems in seiner Gesamtheit und genaue ressortmäßige Aufstellungen. Ende Februar 1946 konstatierte der Ministerrat bereits die „geschlossene Übersiedlung ganzer Ortschaften“ aus dem Erzgebirge in die US-Besatzungszone in Bayern, darunter die Gablonzer Bijouterieindustrie und die Graslitzer Trompetenindustrie. Aber der Druck der sowjetischen Besatzungsmacht hinsichtlich Abschubs der Sudetendeutschen nach Bayern ließ nicht nach. Daher konnte der Bundesminister für soziale Verwaltung, Karl Maisel (SPÖ), in einem Ministerratsvortrag am 4. Juni 1946 nur einen Arbeitskräftemangel „in fast allen Gebieten“ konstatieren. Und Ende November 1946 kritisierte Helmer die Besatzungsmächte, dass die „tschechoslowakischen Deutschen“ aus Südmähren und der Slowakei zum Großteil in die US-Zone nach Bayern gekommen seien; „dafür sollen wir die Deutschen aus dem Banat und aus anderen Gegenden, also halbe Zigeuner [ein an die NS-Zeit erinnernder Rassismus!, A. S.] übernehmen und diese in Österreich verteilen.“ Eine Einbürgerung der Südmährer en bloc lehnten aber Helmer und Figl nach wie vor ab. Ein Jahr später, am 21. Oktober 1947, erklärte Helmer dem Leiter der Special Refugee Commission, dem britischen Generalmajor Fitzroy MacLean, dass zuerst die Insassen der DP-Lager „verschwinden“ sollten, sodann nicht assimilierbare fremdsprachige Ausländer und schließlich „alle nicht gewünschten Reichs- und Volksdeutschen“. Aufnehmen würde man „vor allem die dem österreichischen Volk ethnographisch und kulturell homogenen Flüchtlinge von Zisleithanien [!], Gottscheer, Cilli, Laibacher, Marburger Gegend usw., sowie die Randbewohner aus der ČSR (Südmährer)“. Einbürgerungen bedurften aber nach wie vor eines Ministerratsbeschlusses, sodass pro Woche nicht mehr als 50 bis 60 Personen berücksichtigt wurden. Erst am 31. Jänner 1951 beschloss der Nationalrat – nicht zuletzt auf Initiative des ÖVP-Vertriebenensprechers Erwin Machunze – ein Bundesgesetz über die Gewährung der Notstandshilfe an „Volksdeutsche“, im Juli 1952 acht Gleichstellungsgesetze. Immerhin lebten – nach einer Statistik des Innen-

ministeriums – am 1. Jänner 1954 noch 137.872 vertriebene Sudetendeutsche auf österreichischem Staatsgebiet, von denen 96.448 bereits eingebürgert waren. Schließlich ermöglichte das am 2. Juli 1954 beschlossene Bundesgesetz über den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch „Volksdeutsche“, das sogenannte Optionsgesetz, den in Österreich ansässig gewordenen heimatvertriebenen Volksdeutschen, die österreichische Staatsbürgerschaft durch Option zu erwerben.<sup>362</sup>

Trotz viel geringerer kriegsbedingter Verluste und Belastungen als in Österreich – man denke auch an die erforderliche Versorgung der Hunderttausenden Kriegswitwen, Kriegswaisen und Schwerkriegsversehrten – beschränkt die tschechische Politik und Gesellschaft keinen Erfolgsweg, sondern den der Selbst-Sowjetisierung. Präsident Beneš selbst hatte die Politik einer bewussten „Ostbindung“ und slawischen Orientierung eingeleitet. Immerhin waren etwa 3.500 Tschechen und Slowaken Mitarbeiter der Komintern gewesen. Vorerst gab es nicht nur die Abrechnung mit den Deutschen, sondern auch 168.000 Strafanzeigen wegen NS-Verbrechen, nationalsozialistischer Betätigung oder Kollaboration, die sowohl Deutsche als auch Tschechen betrafen. Unter 69.000 Urteilen wurden 713 Todesurteile gefällt – 475 gegen Deutsche, 234 gegen Tschechen. Sehr rasch machten sich auch die negativen Folgewirkungen der von der NS-Herrschaft durchgeführten Ermordung von über 77.000 böhmisch-mährisch-schlesischen Juden und der vom neuen Prager Machtapparat selbst durchgeführten Vertreibung und Aussiedlung von nahezu 3 Millionen Sudetendeutschen bemerkbar. Das industrielle, gewerbliche, kaufmännische und großagrarische Unternehmertum war weitgehend verschwunden, die wirtschaftlich erfolgreichen nordböhmischen und nordmährischen Randbezirke verödeten, und die Ansiedlung ländlicher und städtischer Unterschichten in den ehemals deutschen Gebieten führte in Innerböhmen und Innermähren bald zu einem empfindlichen Arbeitskräftemangel. Andererseits nützte die KPČ sowohl den „bürgerlichen Aderlass“ als auch die Ansiedlungspolitik zur raschen Ausweitung ihrer Mitgliederzahl und zur Festigung ihrer Schlüsselstellen im Innen-, Unterrichts-, Landwirtschafts- und Sozialministerium. Der aus den Wahlen vom Mai 1946 hervorgegangene KP-Ministerpräsident Gottwald baute seine Machtpositionen auch in der Exekutive sowie im Propaganda- und Zensurapparat zielsicher aus, ohne dass Präsident Beneš und

---

<sup>362</sup> ENDERLE-BURCEL / JEŘÁBEK 2004–2006, Bd. 1, 26–30, 80–84, 144f. u. 279–285; Bd. 2, 194, 281 u. 419f.; Bd. 4, 47 u. 245; ZNOY 1995, 72–75 u. 108; SCHRIFFL 2012, 343; SUPPAN 2014, Bd. 2, 1561–1569. Hingegen hatte Österreich trotz intensiver Bemühungen auf der Pariser Friedenskonferenz keine Rückgabe des überwiegend deutschsprachigen Südtirol erreicht, sondern lediglich das Gruber-De-Gasperi-Abkommen vom 5. September 1946, das immerhin gewisse Autonomierechte vorsah. – GEHLER 2005, 234–250.

die bürgerlichen Minister bis Herbst 1947 allzuviel davon merkten. Als freilich im Juli 1947 sogar die Regierung Gottwald für die Annahme des Marshall-Planes stimmte, sprach Moskau von einem zweiten München und verlangte die Ablehnung der westlichen Einladung. Und KPdSU-Chefideologe Andrej Ždanov schwor die KPČ auf einen aggressiveren Kurs gegenüber den politischen Gegnern ein.<sup>363</sup>

Der KPČ-Innenminister Václav Nosek ordnete zu Jahresanfang 1948 Umbesetzungen im Polizeikorps an und begann mit einer Spezialabteilung die anderen Parteien zu infiltrieren. Als am 20. Februar 1948 auch bewaffnete Volksmilizen eingesetzt wurden, resignierten zwölf nicht-kommunistische Minister, um eine neue Regierungsbildung ohne Kommunisten zu erreichen. Nun mobilisierte die KPČ die von ihr kontrollierten Gewerkschaften und andere Massenorganisationen, und Verteidigungsminister General Ludvík Svoboda unterstützte unverhüllt die Demonstrationen. Der stellvertretende UdSSR-Außenminister Valerian Zorin sagte in Prag ostentativ nicht nur Weizenlieferungen zu, sondern auch die Verhinderung einer Einmischung des Westens. Während rund 400 NKVD-Offiziere den Regierungsumsturz „begleiteten“, versagten die westlichen Nachrichtendienste. So musste Präsident Beneš bereits am 25. Februar 1948 die neue Ministerliste Gottwalds akzeptieren. Der nicht zurückgetretene Außenminister Jan Masaryk aber wurde am 10. März unter dem Fenster seines Badezimmer im Czernin-Palais tot aufgefunden. Die manipulierten Spuren sollten einen Selbstmord vortäuschen, viele aber sprechen bis heute von einem politischen Mord. Dennoch bekam der beliebte Außenminister ein Staatsbegräbnis.<sup>364</sup>

Bereits in der Sitzung des österreichischen Ministerrates vom 24. Februar 1948 wurde die kritische Lage in der Tschechoslowakei erörtert. Bundeskanzler Figl berichtete unter Punkt 1 b, sofort nach Mitteilungen über den letzten Stand der Staatsvertragsverhandlungen, die ihm Außenminister Gruber telephonisch mitgeteilt hatte:

Die Lage in der ČSR hat auch in London ihre Auswirkung. Für uns Österreicher ist sie natürlich nicht ohne. Eine endgültige Regelung nach dem Standpunkt der Volksdemokratie bedeutet für uns einen weiteren Kampf um die Freiheit unter sehr erschwerten Umständen. Gegebenenfalls haben wir keinen Nachbarn mehr. [...] Der Ausgang in der Tschechoslowakei, der bevorsteht, ist als sehr ernst zu beurteilen. [...] Gottwald sagt, dass die Demission der 3 Minister zurecht bestehe. Er selbst wolle die nächsten Minister ernennen. Die sozialdemokratische Partei unter Lauschmann [Bohumil Laušman, A. S.] wehrt sich allerdings noch und Präsident Benesch gibt die Sache scheinbar noch nicht auf. Der Verkehr mit der Tschechoslowakei ist unterbunden. [...] Das Volk der Tschechen nimmt an dem Kampf der Parteiführer teil. Das gibt die Hoffnung, dass die Krise von Präs.

<sup>363</sup> FROMMER 2005, 321; VORÁČEK 2011, 284; ARBURG 2004.

<sup>364</sup> DEJMEK 2005.

Benesch doch verhindert wird. [...] Wir werden die Dinge mit Ruhe abwarten. Es muss uns aber klar werden, dass durch diese Frage für uns nur die ernste Mahnung zum Zusammenhalt verbunden ist.<sup>365</sup>

Noch vor der nächsten Ministerratssitzung am 2. März war der kommunistische Umsturz in Prag vollzogen. Neuerlich berichtete Bundeskanzler Figl:

Der Umschwung in der ČSR kam immerhin überraschend. Ich glaube kaum, dass dieses Land imstande sein wird, den Maschen des Ostblocks zu entschlüpfen. Die Aktionskomitees überprüfen sogar schon die Mandatare, ob sie für das Volk resp. die Volksdemokratie tragbar sind. Dies sagt doch alles. Für unsere beiden Parteien gibt es nur eines, die Nerven zu bewahren, stark und zuversichtlich zu sein und immer miteinander der Demokratie in loyaler Weise die Treue halten. Wir haben den Vorteil in Österreich, dass wir keine Kommunisten in der Regierung haben. [...] In unserer Hand befindet sich die Exekutive, die Fortschritte in der Konsolidierung erzielt hat und eine Dienerin des Staates ist. Auch im Parlament sind wir stark genug. Wenn wir das alles in der Hand haben, so sage ich, dass keine Gefahr besteht, wodurch die absolute Souveränität irgendwie gefährdet ist.<sup>366</sup>

Zweifellos war die kommunistische Machtübernahme in Prag geschickt inszeniert, und weder Präsident Beneš noch die nicht-kommunistischen Minister waren diesem Machiavellismus gewachsen. Andererseits wollte Moskau diese Einbeziehung Prags in seinen Machtbereich erzwingen, denn nun konnten Böhmen und Mähren als sozialistische Vorzeigeländer gegenüber anderen Bruderparteien – auch in der Dritten Welt – dienen, ohne darauf hinzuweisen, dass der relative Wohlstand aus der „bürgerlichen“ Zwischenkriegszeit stammte. Der Westen war freilich geschockt, nicht zuletzt Regierung und Bevölkerung im viergeteilten Wien. Die sozialdemokratische „Arbeiter-Zeitung“ erkannte sehr klar den entscheidenden Schritt vom demokratischen Sozialismus zur kommunistischen Diktatur. Dass etwa 150.000 Menschen die ČSR verließen – darunter auch viele 1945/46 re-emigrierte Wiener Tschechen –, dass die Einheitsliste der „Nationalen Front“ Ende Mai 1948 über 89% der Stimmen erreichte und dass Präsident Beneš am 6. Juni vor der Unterzeichnung der kommunistischen Verfassung resignierte, bestätigte die Beurteilung der Vorgänge von außen. Mit einem Verstaatlichungsgesetz und weiteren Maßnahmen seit März 1948 wurden auch schon die Kollektivierung von Grund und Boden sowie die Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft und des Schulwesens eingeleitet, ab Juni 1948 Verfolgungsmaßnahmen gegen die römisch-katholische Kirche gesetzt. Bereits im Herbst 1948 wurde der erste Fünfjahresplan verkündet, und am 25. Jänner 1949 ließ Stalin in Moskau von Vertretern der Sowjetunion, Polens, der ČSR, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens den

<sup>365</sup> ENDERLE u. a. 2016, 170–172.

<sup>366</sup> ENDERLE u. a. 2016, 214.

„Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) aus der Taufe heben. Damit begann nicht nur die vollständige Einbindung der ČSR in den Sowjetbereich, sondern auch die Umerziehung der Tschechen in Richtung Parteidiktatur, Kollektiveigentum und Planwirtschaft. Im Böhmerwald, an der Thaya und an der March ging für 41 Jahre ein „Eiserner Vorhang“ nieder, der auf tschechoslowakischer Seite scharf bewacht wurde.<sup>367</sup>

Nicht nur die jüngste Geschichte trennte die Tschechoslowakei von Österreich, sondern auch der berühmte „Weiße Berg“. Als der neue tschechoslowakische Präsident Gottwald im November 1948 vom Gesandten Alois Vollgruber auf die noch immer ungelöste Frage des österreichischen Eigentums angesprochen wurde, wies er vorwurfsvoll darauf hin, dass in der Zeit der deutschen Okkupation der Tschechoslowakei viele Österreicher im Dienste der NSDAP, der Gestapo und des Sicherheitsdienstes gestanden und oft radikaler als die Deutschen gewesen seien. Auch hätte es in seinem Land zahlreiche österreichische Aristokratenfamilien mit großem Grundbesitz gegeben, „die erst nach der Schlacht am Weißen Berg in das Land gekommen und hier auf tschechischen Latifundien angesiedelt worden seien“. Daher sei es den Tschechen schwer verständlich zu machen, warum das österreichische Eigentum bevorzugt behandelt werden sollte. Ende Oktober 1948 war der stellvertretende Ministerpräsident Fierlinger nach Wien gekommen, um am KPÖ-Parteitag im Musikvereinsaal teilzunehmen. Die „Arbeiter-Zeitung“ begrüßte ihn ziemlich unfreundlich: „Ein Verbündeter Hitlers als Ehrengast der KPÖ.“ Auf einer Versammlung im Volkstheater versuchte Fierlinger die Lage in Österreich mit jener in volkdemokratischen Staaten zu vergleichen. Als er erklärte, dass in Österreich zwar die Auslagen voll seien, die Leute sich jedoch nichts kaufen könnten, erntete er Gelächter und Pfiffe.<sup>368</sup>

Obwohl sich die Alliierten schon am 20. Juni 1949 auf die österreichischen Grenzen von 1937 geeinigt hatten, drohte während des Korea-Krieges auch die Alpenrepublik zum Spielball der beiden Weltmächte zu werden. Stalin befürchtete nach wie vor ein Wiedererstarken Deutschlands und eine allfällige „Revanche“, sodass er für eine Neutralisierung Deutschlands und Österreichs plädierte, um den sowjetischen Cordon sanitaire in Ostmitteleuropa zusätzlich abzusichern. Dazu diente auch die Bildung des Warschauer Paktes am 14. Mai 1955, dem auch die Tschechoslowakei bei-

<sup>367</sup> Vgl. SLÁMA / KAPLAN 1986.

<sup>368</sup> Bericht Vollgruber über Abschiedsaudienz bei Gottwald, Prag, 12. November 1948, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol. 1948, GZ 118.511; Arbeiter-Zeitung (Wien), 30. Oktober 1948; Österreichische Volksstimme (Wien), 30. Oktober 1948. Wir dürfen freilich annehmen, dass die in den Wochenschaun gezeigte Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki durch US-Atombomben sowohl in Österreich als auch in der Tschechoslowakei einen verheerenden Eindruck hinterließ.

treten musste. Für US-Präsident Eisenhower klang Neutralisierung nach Aushöhlung der westlichen Position und nach Behinderung der Verbindung zwischen Deutschland und Italien. Erst nach Etablierung seiner Alleinherrschaft im Jänner 1955 war der neue KPdSU-Chef Nikita Chruščev bereit, gegen die österreichische Zusicherung einer immerwährenden Neutralität – „wie sie von der Schweiz gehandhabt wird“ – die Rote Armee aus Ostösterreich abzuziehen. Bundeskanzler Julius Raab musste aber Eisenhower zusichern, dass diese Neutralität eine freiwillige und eine bewaffnete sein werde. Andererseits musste Österreich die „Deutschen Vermögenswerte im Ausland“ und den Erdölkomplex ablösen, der freilich bereits weitgehend ausgebeutet worden war. Außenminister Leopold Figl, ein ehemaliges KZ-Opfer, konnte schließlich noch am Abend des 14. Mai 1955 jede Mitverantwortung Österreichs am Zweiten Weltkrieg wegverhandeln und unterzeichnete am 15. Mai im Wiener Belvedere mit den Außenministern Dulles, Macmillan, Molotov und Pinay den österreichischen Staatsvertrag. Nun war die Besserstellung Österreichs gegenüber der Tschechoslowakei offensichtlich geworden, und die ÖVP-SPÖ-Koalitionsregierungen begannen einen Wohlfahrtsstaat basierend auf einer Kombination von privater und staatlicher Wirtschaft aufzubauen, der nach dem System einer „Proporzdemokratie“ funktionierte.<sup>369</sup>

In Prag aber hatte unter Führung der in Moskau geschulten KPČ-Funktionäre, begleitet von linksgerichteten Intellektuellen aus der Zwischenkriegszeit und der „Generation des Totaleinsatzes“ der Jahrgänge 1921 bis 1928, ein radikaler Umbau der tschechischen Gesellschaft und Wirtschaft begonnen. Politische Säuberungen und Prozesse gegen nichtkommunistische Politiker und Wissenschaftler wurden 1950 als Maßnahmen gegen „bürgerliche Nationalisten“ verbrämt, Schauprozesse gegen den KPČ-Generalsekretär Rudolf Slánský und Außenminister Vladimír Clementis 1952 als Prozesse gegen Trotzlisten, Zionisten und Titoisten verkauft. In den Schauprozessen gab es insgesamt 233 Todesurteile, rund 250.000 Personen wurden aus politischen Gründen inhaftiert, noch dreimal so viele aus sozialen, beruflichen und/oder religiösen Gründen. Eine am 30. Mai 1953 beschlossene Währungsreform schöpfte 90 % der größeren Ersparnisse ab und brachte eine weitere Senkung des Lebensniveaus. Dies provozierte Arbeiterunruhen in Pilsen und vielen weiteren Städten, die allerdings rasch unterdrückt wurden. Am 1. Mai 1955 wurde in Prag am Letná-Hügel über der Moldau ein großes Stalin-Denkmal enthüllt, und der neue KPČ-Chef Antonín Novotný, ein ehemaliger Kapo im KZ Mauthausen, registrierte nur unvollständig die Geheimkritik Chruščevs an Stalin im Februar 1956. Die tschechoslowakische Misswirtschaft wurde

---

<sup>369</sup> Vgl. STOURZH 2005; SUPPAN u. a. 2005; GEHLER 2015.

erst offensichtlich, als im August 1962 wegen mangelnder Erfüllung der Planzahlen der Fünfjahresplan abgebrochen und durch einen neuen Siebenjahresplan ersetzt werden musste. Dennoch wurde im darauffolgenden Jahr der Donnerstag „fleischlos“ gehalten, was zwar im Jahre 1918, aber ansonsten nicht einmal in der NS-Zeit vorgekommen war. Kein Wunder, dass nicht nur die Ökonomen und Schriftsteller unruhig zu werden begannen, sondern auch die Bevölkerung. Der zivilisatorische Rückfall gegenüber dem Westen war deutlich geworden, vor allem gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, aber auch gegenüber Österreich.<sup>370</sup>

Eine Gruppe von Experten aus dem Institut für Wirtschaftswissenschaften der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften unter Führung von Ota Šik bekam den Auftrag, Reformpläne auszuarbeiten, die mehr Dezentralisierung und mehr marktorientierte Eigenverantwortung der Betriebe beinhalteten, an den kommunistischen Eigentumsstrukturen aber natürlich nichts zu ändern erstrebten. Eduard Goldstücker organisierte im Mai 1963 ein Kafka-Symposium, während die von Wolfgang Kraus 1961 in Wien gegründete – und von Unterrichtsminister Heinrich Drimmel subventionierte – „Österreichische Gesellschaft für Literatur“ im Jahre 1965 Václav Havel, Jan Grossmann und Josef Škvorecký im Wiener Palais Wilczek empfing. Richard Plaschka, der Leiter des bereits 1958 – ebenfalls mit Unterstützung Drimmels – gegründeten „Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts“ (ÖOSI), hatte schon im Gründungsjahr den bekannten Historiker und langjährigen Doyen der Prager Geschichtswissenschaft, Josef Polišenský, nach Wien eingeladen, und 1962 referierte der spätere Palacký-Biograph Jiří Kořalka als erster tschechischer Historiker im Palais Pálffy, dem langjährigen Sitz des ÖOSI. Massenwirksamere Dynamik ging freilich von der 1964 gestarteten Zusammenarbeit zwischen den Prager und Wiener Fernsehanstalten mit ihren „Telemosty“/„Stadtgesprächen“ zwischen Jiří Pelikán und Helmut Zilk (der auf Live-Sendungen bestanden hatte) aus, noch mehr vom bilateralen Reiseverkehr. Waren 1963 erst 47.000 Tschechen in den Westen gefahren, so waren es 1967 bereits 258.000. Und westliche Ausländer – vor allem Deutsche und Österreicher – füllten plötzlich die Hotels und Restaurants am Prager Wenzelsplatz, in der Altstadt und auf der Kleinseite, aber auch in Brünn/Brno, Karlsbad/Karlovy Vary, Budweis/České Budějovice, Krumau/Český Krumlov, Znaim/Znojmo und Nikolsburg/Mikulov. In gemeinsamen Universitätsseminaren mit Wiener Kolleginnen und Kollegen artikulierten tschechische Studierende ihren deutlichen Wunsch nach Lösung des Landes aus dem

---

<sup>370</sup> KAPLAN 1987; PAUER 2011, 331 u. 336; SCHALLNER 2011; vgl. GOLDSTEIN 2015, 465.

kommunistischen Machtblock und nach Neutralisierung zwischen Ost und West – eben wie Österreich.<sup>371</sup>

Ludvík Vaculík, Sohn eines Mitbegründers der KPČ, elektrisierte am IV. Kongress des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes 1967 seine Kollegen mit der Frage, warum die Verfassung noch immer die führende Rolle der KPČ garantiere, obwohl diese bei der Lösung sozialer Probleme versage. Als Staats- und Parteichef Novotný von Moskau nicht mehr unterstützt wurde, wurde er Anfang 1968 vom Slowaken Alexander Dubček abgelöst. Zwar setzte auch der wenig charismatische Dubček auf die Fortsetzung des kommunistischen Wegs innerhalb des Warschauer Paktes und des RGW, aber der „Prager Frühling“ lief bereits mit einer Flut von Resolutionen an, die auf weitgehende Demokratisierung, Verfassungsänderung, Aufhebung der Zensur und Rehabilitierung der KPČ-Opfer drängten. Tatsächlich sprach das neue „Aktionsprogramm“ der KPČ im April 1968 bereits von Neuordnung der Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken, Gleichberechtigung der Minderheiten (Magyaren, Deutsche, Polen, Ukrainer), Verknüpfung der zentralen Planung mit dem Markt, Mitbestimmung und Selbstverwaltung in den Betrieben, Abschaffung der Zensur und Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus. Aber viele Intellektuelle, die studentische Jugend, auch schon kollektivierte Bauern verlangten mehr: einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“.<sup>372</sup>

Das „Manifest der 2000 Worte“, verfasst von Vaculík im Juni 1968, sollte einen nationalen Rechenschaftsbericht an Arbeiter, Landwirte, Beamte, Wissenschaftler, Künstler „und an alle“ darstellen: Im Namen der Arbeiter regiere eine besonders erzogene Schicht von Funktionären des Partei- und Staatsapparates; die Partei sei zu einer Machtorganisation geworden, die auf herrschsüchtige Egoisten, berechnende Feiglinge und Menschen mit schlechtem Gewissen eine große Anziehungskraft ausübe. Daher die Forderung: „Begründen wir eigene Bürgerausschüsse [...] Errichten wir Komitees zur Verteidigung der Freiheit des Wortes.“ Das Manifest, von 69 Intellektuellen mitunterzeichnet, schlug in Moskau wie eine Bombe ein. Schon am 11. Juli 1968 sprach die Parteizeitung „Pravda“ das Urteil: „konterrevolutionäre Verschwörung“.<sup>373</sup>

Bereits im März 1968 hatte es politische Konsultationen der kommunistischen Parteichefs in Dresden gegeben, die als Warnung an die tsche-

<sup>371</sup> ULLMANN 2006, 151–188. Der Verfasser nahm im Mai und Juni 1968 als Dissertant am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien an gemeinsamen Universitätsseminaren in Pressburg/Bratislava und Brünn/Brno teil.

<sup>372</sup> PAUER 2011, 335–337. Von tschechischen Intellektuellen wurde auch schon die sophistische Frage gestellt, weshalb der Sozialismus nicht per se „menschlich“ sei.

<sup>373</sup> Die Stunde der Tschechen und Slowaken. Ludvík Vaculíks „Manifest der 2000 Worte“ als nationale Rechenschaft. Übersetzt und kommentiert von Otto Tureček. In: Die Presse (Wien), 13./14. Juli 1968, 5.

choslowakischen Genossen zu verstehen waren. Anfang Mai 1968 waren Manöver des Warschauer Paktes im polnisch-tschechoslowakischen Grenzraum angelaufen, weitere folgten in der westlichen Ukraine und in Ungarn. Am 16. Juli gab es die erste schriftliche Drohung des Warschauer Paktes an die Prager Führung. Bilaterale Gipfelgespräche in Čierna nad Tisou und ein anschließendes Kollektivtreffen in Bratislava verliefen schon in angespannter Atmosphäre. In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 erfolgte schließlich der Einmarsch von Truppen der Sowjetunion, Polens, Ungarns und Bulgariens, von insgesamt 29 Divisionen mit 7.500 Panzern und über 1.000 Flugzeugen; Truppen der ostdeutschen Volksarmee wurden aus historischen Gründen (1938/39!) an der Grenze zurückgehalten. Die Bevölkerung der Tschechoslowakei versuchte in ohnmächtiger Wut passiven Widerstand, verdrehte Wegweiser, diskutierte mit Panzerbesatzungen, nicht zuletzt am Wenzelsplatz. Auch 80 bis 200 Todesopfer waren zu beklagen. Ein Teil der KPČ-Führung wurde verhaftet, nach Moskau gebracht und zur Annahme eines gemeinsamen Protokolls über die „Normalisierung“ im Lande gezwungen. Sowohl die „Reformer“ als auch die prosovjetschen Kollaborateure behielten vorläufig ihre Posten, mussten aber ein Demobilisierungs- und Demoralisierungsprogramm für die ganze Nation einleiten. Erst im April 1969 wurde Dubček von seinem Landsmann Gustáv Husák abgelöst. Die seit dem 19. Jahrhundert aufgebaute und in beiden Weltkriegen genährte Russophilie vieler Tschechen (und Slowaken) war in einer Nacht der Demütigung und der darauf folgenden politisch-ideologischen Kapitulation völlig zusammengebrochen.<sup>374</sup>

Die völlig überraschte westliche Welt konnte nur zusehen und informieren, allen voran der ORF. Die österreichische Regierung aber musste Grenzverletzungen durch sowjetische Aufklärungsflugzeuge registrieren und befürchtete auch Grenzverletzungen der nach Pressburg und Brünn vorstoßenden Panzerkolonnen. Der österreichische Gesandte in Prag, der spätere Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, ließ – entgegen Weisungen seines Außenministers Kurt Waldheim – Zehntausende Visa ausstellen. Allein bis Oktober 1968 reisten rund 96.000 Staatsbürger aus der ČSSR – vor allem gut ausgebildete und junge Menschen – nach Österreich ein, rund 66.000 kamen als Urlauber aus Jugoslawien. Im Gegensatz zur Intervention gegen den Volksaufstand in Ungarn 1956 hatte die Sowjetunion die Truppen angewiesen, Ausreisewillige nicht aufzuhalten. Von den etwa 162.000 nach Österreich geflüchteten Tschechen und Slowaken kehrten etwa 129.000 wieder in ihr Heimatland zurück, über 12.000 reisten in andere Staaten weiter, rund 15.000 blieben in Österreich. Die westliche Welt einschließlich Österreichs nahm alle Flüchtlinge bereitwillig auf und in-

<sup>374</sup> PAUER 1968; KARNER u. a. 2008, Bd. 1, 17–67.

tegrierte sie in vielfältiger Weise. Eduard Goldstücker, der noch im Juni 1968 im vollbesetzten Auditorium maximum der Universität Wien programmatisch gefordert hatte: „Wir müssen das kommunistische Regime stürzen“, läutete Ende August mit einem Köfferchen in der Hand an der Tür der Österreichischen Gesellschaft für Literatur. Bundeskanzler Josef Klaus (ÖVP) ließ mit einem Budgetüberschreitungsgesetz etwa 200 nach Wien geflohene Intellektuelle unterstützen. Und eine Tagung des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts Ende Oktober 1968 über die „Auflösung des Habsburgerreiches“ versammelte in Wien über 200 Historiker, davon über ein Dutzend tschechische und slowakische. Für die meisten von ihnen wurde es für die kommenden 20 Jahre die letzte Auslandsreise.<sup>375</sup>

Die Konsequenzen für die tschechoslowakische Gesellschaft waren wesentlich härter. Die KPČ reduzierte ihre Mitglieder in einer beispiellosen „Säuberung“ von 1,6 Millionen Mitgliedern auf gut eine Million; 280.000 höhere und mittlere Angestellte wurden entlassen und fanden als Fensterputzer, Heizer, Bauarbeiter und Wasserleitungsverleger neue Beschäftigung, darunter 900 Universitätsprofessoren und Tausende wissenschaftliche Mitarbeiter. Die Invasion des Warschauer Paktes hatte aber auch schwerwiegende Konsequenzen für den Eurokommunismus, den Weltkommunismus und letztlich für die Sowjetunion. Die moralische Diskreditierung des sowjetischen Panzerkommunismus war nicht mehr gutzumachen, auch nicht in der KPÖ. Der selbst aus Mähren stammende neue sozialdemokratische Bundeskanzler in Wien, Bruno Kreisky, ließ eine Anlaufstelle für tschechische Exilanten einrichten, die nach 1977 vor allem von Hunderten „Chartisten“ in Anspruch genommen wurde.<sup>376</sup>

Dennoch schien der west-östliche Entspannungsprozess seit 1970 – nicht zuletzt infolge der neuen deutschen „Ostpolitik“ unter Bundeskanzler Willy Brandt – den überrollten „Prager Frühling“ in Vergessenheit geraten zu lassen. Immerhin schlossen die BRD und die ČSSR am 11. Dezember 1973 den „Prager Vertrag“, in dem beide Seiten das Münchener Abkommen „als nichtig betrachteten“, freilich nur die tschechoslowakische Seite „ex tunc“, die deutsche Seite lediglich „ex nunc“, d. h., der Vertrag berührte keine Rechtswirkungen, „die sich in bezug auf natürliche oder juristische Personen aus dem in der Zeit vom 30. September 1938 bis zum 9. Mai 1945 angewendeten Recht ergeben“. Und am 19. Dezember 1974 kam es – nach Vorverhandlungen seit 1958 (!) – auch zu einem österreichisch-tschechoslowakischen Vermögensvertrag, wonach die ČSSR eine Globalentschädi-

---

<sup>375</sup> PLASCHKA / MACK 1970; Ein großer Mann. Professor Kurt Krolop über Eduard Goldstücker. In: Prager Zeitung, 2. November 2000, 7; VALEŠ 2011, 349–360; BRANDES u. a. 2010, 492–494.

<sup>376</sup> VALEŠ 2011, 358f.

gung von einer Milliarde Schilling für österreichische Vermögensschaften, Rechte und Interessen leistete, die bis dahin tschechoslowakischen Konfiskations-, Nationalisierungs- oder ähnlichen gesetzlichen Maßnahmen unterzogen worden waren. Österreich verzichtete auf alle Ansprüche der Alt-Österreicher, einschließlich der Großvermögen, d. h. Vermögen, dessen Wert am 8. Mai 1945 eine Million tschechoslowakische Kronen überstiegen hatte. Ansprüche und Forderungen der Sudetendeutschen fielen nicht in den Anwendungsbereich dieses Vermögensvertrages.<sup>377</sup>

Der scheinbar allmächtige KPdSU-Chef Leonid Brežnev, nach dem die Theorie von der begrenzten Souveränität der kommunistischen Staaten benannt wurde, betrachtete das Helsinki-Abkommen der Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975 als Garantiepakt für die sowjetische Herrschaft in Ostmitteleuropa. Die in der ČSSR seit 1969 einsetzende zivilisatorische und kulturelle Stagnation wurde jedoch durch die „Charta 77“ aufgerüttelt, die auf der Basis des Korbes 3 des Helsinki-Abkommens – ein Zugeständnis Moskaus an den Westen – die Einhaltung der bürgerlichen Grundrechte einmahnte. Die Protagonisten Václav Havel, Pavel Kohout, Jan Patočka und Jiří Hajek wurden bald als angebliche CIA-Agenten verfolgt, den Samizdat-Publikationen scharf nachgejagt. Hunderte Historikerinnen und Historiker erhielten Arbeits- und Publikationsverbot. KPČ-Chef Gustáv Husák baute ein immer stärkeres Polizeiregime mit schwer bewaffneter Volksmiliz auf und begann auch einen neuerlichen Kampf gegen die katholische Kirche, der nicht wenige Priester ins Gefängnis brachte. Im Hintergrund agierte nun die Rote Armee mit 70.000 Mann als De-facto-Besatzungsmacht. Unter diesen Bedingungen konnte die Charta 77 – obwohl sich ihr etwa eintausend vor allem Prager und Brüner Intellektuelle anschlossen – keine Massenbewegung wie die polnische Solidarność werden. Immerhin wurde sie eine „moralische Herausforderung“ gegenüber dem Zynismus der Offiziellen, gegenüber der Apathie der Öffentlichkeit, gegenüber dem hohlen Materialismus beider.<sup>378</sup>

Am 9. Oktober 1976, wenige Tage nach Havels 40. Geburtstag, im zweiten Monat der Direktionszeit von Achim Benning am Wiener Burgtheater, fanden die Uraufführungen von Havels Stücken „Audienz“ und „Vernissage“ im Akademietheater statt. Dem Programmheft lag ein vierseitiges Informationsblatt bei, mit Auszügen aus Havels „Offenem Brief“ an den Staatspräsidenten Husák vom 8. April 1975 und aus dessen lügen-

<sup>377</sup> BÜHLER u. a. 2002, 26f.; SUPPAN 2014, Bd. 2, 1570f.

<sup>378</sup> SEIBT 2000. Bundeskanzler Kreisky gab am 18. Jänner 1977 – nach einem offiziellen Besuch in der ČSSR – vor der Presse bekannt, dass die Bundesregierung bereit sei, politischen Häftlingen in Österreich Asyl zu gewähren. Damit erntete Kreisky freilich in der österreichischen Bevölkerung, die darin einen Verstoß gegen die Neutralität erblickte, keinen besonderen Applaus. – GEHLER 2005, 385.

hafter Rede in Helsinki einige Monate später. Die offizielle Einladung von Unterrichtsminister Fred Sinowatz an Havel war vom Prager Außenministerium mit der Begründung abgelehnt worden, Havel sei kein Repräsentant der tschechoslowakischen Literatur. Als Privatmann erhielt er freilich erst recht keinen Reisepass. Benning ließ daher am Kopf aller vier Seiten des Informationsblattes den Satz drucken: „Wir vermissen heute Abend Václav Havel.“ Das Wiener Publikum musste Havel auch in den folgenden Jahren bei allen sechs Premierenabenden vermissen, selbstverständlich auch bei den Protestveranstaltungen im Burg- und im Akademietheater. Dennoch nannte Havel das Burgtheater sein „Muttertheater“ (*materšké divadlo*). Die sogenannte „tschechische Periode“ des Burgtheaters fand 1989 jedoch nicht in Wien, sondern am Zürcher Schauspielhaus mit Joachim Bißmeiers Inszenierung von Havels „Sanierung“ ihr erfolgreiches Ende. Bißmeier war in Wien der wichtigste Havel-Schauspieler gewesen, er hatte Havels autobiographisch geprägte Bühnenfigur, den Ferdinand Vaněk, so zwingend und glaubwürdig vergegenwärtigt, dass sie kraft seiner Gestaltung die Anwesenheit ihres Schöpfers bedeutet hatte. So gewann der trotzigste Satz der Burgtheaterleute: „Den Havel können sie verhaften, den Vaněk nicht!“ für sie einen tröstenden Sinn.<sup>379</sup>

Während der Westen und Österreich trotz Erdölkrise zu einem neuen Modernisierungsschub ansetzten, nahm in der ČSSR nicht nur die gesellschafts- und kulturpolitische, sondern auch die wirtschaftspolitische Stagnation zu. Nur in wenigen, von couragierten und modernisierungswilligen KPČ-Mitgliedern einigermaßen „geschützten“ Bereichen konnte der wissenschaftliche und kulturelle Kontakt zum Westen aufrechterhalten werden. Länger war freilich die Liste der mit Publikationsverbot belegten oder ins Ausland abgeschobenen Intellektuellen, wie es die „Acta persecutionis“ von 1975 veranschaulicht. Immerhin übersprangen Rundfunk und Fernsehen aus dem Westen – nicht zuletzt aus Österreich – den „Eisernen Vorhang“, und zwischen Budweis und Brünn waren viele Antennen zum südlichen Nachbarstaat ausgerichtet. Dass aber nicht nur die tschechische Bevölkerung, sondern auch die Prager Führung an der Entwicklung in Österreich interessiert war, bewies die intensive tschechoslowakische Spionagetätigkeit gegen Österreich. Im Übrigen gab es immer wieder tödliche Zwischenfälle bei zahllosen Versuchen, über Thaya oder March nach Österreich zu flüchten. Heftige Proteste der österreichischen Regierung hal-

<sup>379</sup> ACHIM BENNING: Abwesend, anwesend. In: Die Presse (Wien), 5. November 2016, Beil. Spectrum, III. Am 22. November 1990 besuchte der neue tschechoslowakische Staatspräsident Havel das Zürcher Schauspielhaus und traf u. a. Friedrich Dürrenmatt, Elias Canetti, Rolf Hochhuth, Golo Mann und Michael Kehlmann. Benning überreichte einen „Autorenkoffer“, während Havel die Intellektuellen und Künstler darauf hinwies, wie schwierig die Arbeit der Mächtigen sei im Vergleich zu der ihrer Kritiker.

fen wenig. Nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979 und der Ausrufung des Standrechtes in Polen 1981 schien das kommunistische Regime einzementiert.<sup>380</sup>

Der Anteil der Tschechoslowakei am österreichischen Außenhandel, der 1947 noch beachtliche 10% betragen hatte, war bis 1960 auf ca. 2% gesunken und lag auch 1975 noch immer nur wenig über der 2%-Marke. Während der bilaterale Handel bis 1971 über Clearing-Konten in Verrechnungsdollar abgewickelt wurde, wurde am 1. Jänner 1972 auf frei konvertierbare Währung umgestellt, die Zahlungen erfolgten in der Regel in österreichischen Schilling. Um unterpreisige Zement- und Holzimporte aus der Tschechoslowakei zu verhindern, führte Österreich das sogenannte Vidierungsverfahren ein, wogegen Prag regelmäßig protestierte. Andererseits war der österreichische Handelsminister Josef Staribacher mit den tschechoslowakischen Statistiken höchst unzufrieden, da diese entgegen den österreichischen Statistiken ein Handelsbilanzpassivum auswiesen, da Prag auch die über Österreich abgewickelten Transitgeschäfte mit einrechnete. Jedenfalls erfolgte ab 1975 eine Ausweitung des bilateralen Handels, wobei die Tschechoslowakei Kohle, Holz, Erdölzeugnisse, Pkw, Eisen und Stahl, Textilien, Getreide und Eier exportierte, während Österreich Maschinen, chemische Erzeugnisse, Papier und Pappe, Eisen und Stahl sowie mineralische Rohstoffe lieferte. Hinsichtlich der Einwerbung von Aufträgen von industriellen Großanlagen in der Tschechoslowakei waren vor allem die VÖEST und die Andritz AG erfolgreich. Da aber die Tschechoslowakei weniger als Polen und die DDR bereit war, kreditfinanzierte Geschäfte zu erweitern und eine Verschuldungspolitik zu betreiben, stagnierte der bilaterale Außenhandel in den 1980er Jahren. Dies hinderte jedoch die meisten tschechoslowakischen Minister nicht daran, ihren Wien-Besuch im Prater-Restaurant Kolarik mit Schweinsstelze und Budweiser Bier ausklingen zu lassen.<sup>381</sup>

Erst der Machtantritt Michail Gorbačëvs in Moskau im März 1985 brachte wieder Bewegung in die Prager Innen- und Außenpolitik. Schon im Juli desselben Jahres war im mährischen Velehrad der 1100. Todestag des Slawenapostels Method zu einer großen katholischen Kundgebung ausgestaltet worden. Nun begann der über 80-jährige Prager Erzbischof František Kardinal Tomášek immer deutlicher gegen die Kirchenverfolgung aufzutreten, und 1988 organisierte der mährische Bauer Antonín

<sup>380</sup> PREČAN 1978; PERZI 2012. Erstaunlicherweise verfassten Petr Pithart, Petr Přihoda und Milan Otahal aus dem Kreis der Charta 77 eine Fundamentalkritik an der Ersten Republik: PODIVEN 1991. Das von einem Historiker, einem Juristen und einem Mediziner geschriebene Werk löste sowohl in Kreisen des „historiographischen Samizdat“ als auch nach 1990 heftige Diskussionen aus.

<sup>381</sup> Vgl. GRAF 2016a, 497–528, und 2016b.

Navrátil – selbstverständlich mit tatkräftiger organisatorischer Unterstützung aus kirchlichen Kreisen – eine Petition für mehr Religionsfreiheit, die von über 300.000 Personen unterzeichnet wurde. Als aber am 21. August 1988, dem 20. Jahrestag der Invasion von 1968, Zehntausende Jugendliche durch die Prager Innenstadt zogen, griffen Spezialtruppen der Polizei ein. Außenminister Bohuslav Chřoupek erzählte im selben Jahr seinem österreichischen Amtskollegen Alois Mock auf der Pressburger Burg, dass er als Kind aus Engerau/Petržalka noch vor 1938 immer wieder gegen die Knaben im benachbarten Kittsee im Burgenland Fußball gespielt hatte, ohne von Grenzkontrollen behindert worden zu sein. Als Mock andeutete, dass eine derartige Öffnung der Grenze durchaus wünschenswert wäre, winkte Chřoupek ab: Das würden sie wohl beide nicht mehr erleben. Dennoch begannen in jenen Jahren österreichische Baufirmen einige moderne Hotelbauten in Prag zu errichten, und Tausende Prager bestaunten den kapitalistischen Fleiß der sogar an Wochenenden arbeitenden Österreicher, unter denen freilich viele jugoslawische Gastarbeiter waren. Das Beispiel Österreich war doch attraktiv geblieben.<sup>382</sup>

Andererseits verunsicherten die neuen Beziehungen Moskaus zu Washington und Bonn die Prager Führung ebenso wie die innere Entwicklung in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn. Die von der ungarischen Regierung – nach Geheimverhandlungen zwischen den Regierungschefs Helmut Kohl und Miklós Németh – Anfang September 1989 bewilligte Ausreise Zehntausender DDR-Urlauber über Österreich in die Bundesrepublik Deutschland brachte den Stein ins Rollen. Im selben Monat suchten auch Tausende DDR-Bürger in der Botschaft der BRD in Prag, im ehemaligen Palais Lobkowitz, Zuflucht und wurden nach schwierigen Verhandlungen der beiden deutschen Außenminister mit Zügen über die DDR in den Westen geschleust. Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 ahnte die ganze Welt, dass nun das kommunistische Regime in Prag an der Reihe war. Auslösendes Element wurde eine Studentendemonstration am 17. November, am 50. Jahrestag von Hitlers Schließung aller tschechischen Universitäten und Hochschulen im Jahre 1939. Gorbachev befahl den in der Tschechoslowakei stationierten Sowjettruppen, in den Kasernen zu bleiben, um nicht auf Demonstranten schießen zu müssen. So nahm auch die KPČ-Führung von einem allfälligen Militäreinsatz Abstand. Václav Havel, der noch im Februar 1989 zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war, wurde praktisch über Nacht Mittelpunkt des „Bürgerforums“, das in wenigen Wochen den Rücktritt der KPČ-Führung erzwang. Schon am 17. Dezember 1989 durchschnitten die Außenminister Jiří Dienstbier und Alois Mock den „Eisernen Vorhang“ südlich von Znam/Žnojmo, und

---

<sup>382</sup> Mitteilung von Außenminister Alois Mock an den Autor, März 1990.

Ende Dezember 1989 wurde Dubček zum neuen Parlamentspräsidenten, Havel im Władysław-Saal/Vladislavský sál der Prager Burg zum neuen Staatspräsidenten gewählt. – “An era was over and a new Europe was being born.”<sup>383</sup>

## 12. Neue europäische Partner (1990–2016)

In den ersten Monaten des Jahres 1990 wurde in den österreichisch-tschechischen Beziehungen ein völlig neues Kapitel aufgeschlagen. Beide Seiten wollten an die Zeiten vor dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus anknüpfen, nun aber ohne Grenz- und Minderheitenfragen. Bundeskanzler Franz Vranitzky empfing bereits im Jänner seinen neuen tschechoslowakischen Amtskollegen Marián Čalfa auf dem Ballhausplatz. Präsident Havel nahm am 15. März 1990 auf der Prager Burg Stellung zur Vertreibung der Sudetendeutschen:

Sechs Jahre nazistischen Wütens haben zum Beispiel ausgereicht, dass wir uns vom Bazillus des Bösen anstecken ließen, dass wir uns gegenseitig während des Krieges und danach denunzierten, dass wir – in gerechter, aber auch übertriebener Empörung – uns das Prinzip der Kollektivschuld zu eigen machten. Anstatt ordentlich all die zu richten, die ihren Staat verraten haben, verjagten wir sie aus dem Land und belegten sie mit einer Strafe, die unsere Rechtsordnung nicht kennt. Das war keine Strafe, das war Rache.<sup>384</sup>

Leider folgten auf diese sehr klaren Worte keine ebenso klaren Stellungnahmen der Gegenseite: weder aus Bonn noch aus München, noch aus Wien. Dabei enthielt sich Havel aller Entschuldigungsgesten, verlangte vielmehr eine sachliche und absolut unvoreingenommene Reflexion. Havels Reden missfielen vor allem den alten Kommunisten, wenn er feststellte:

Auch wir haben angefangen, Völker zu verschieben und unser Land ethnisch zu säubern. Wir haben dafür möglicherweise einen höheren Preis gezahlt als die abgeschobenen Deutschen: nicht nur moralisch – hätte es den Abschub nicht gegeben, hätte der Kommunismus seinen Anfang nicht so leicht gehabt –, sondern auch in der Sache: Es genügt, ein wenig nachzuforschen, was durch die Schuld des Abschubs mit unserem Grenzgebiet geschehen ist. Die Folgen der Zerstörung von Tausenden von Wirtschaftsbetrieben, Werkstätten, Fabriken und der Kulturlandschaft sowie die völlige soziale Destabilisierung sind dort bis heute sichtbar.<sup>385</sup>

Während Politik und Medien den heiklen Fragen aus der Vergangenheit tunlichst aus dem Weg gingen, handelten die Wirtschaftskreise. Viele österreichische Handelshäuser und Banken errichteten Filialen in tschechi-

<sup>383</sup> JUDT 2005, 1; vgl. MUELLER u. a. 2015.

<sup>384</sup> ERMACORA 1992, 17.

<sup>385</sup> HAVEL 2007, 132f. u. 164f.

schen Innenstädten, viele Industrieunternehmen investierten in tschechische Betriebe, viele österreichische Firmen engagierten gut ausgebildete tschechische Arbeitskräfte. Insgesamt erwiesen sich die westlichen Investitionen in Tschechien als Glücksfall, etwa die Übernahme von Škoda durch VW. Auch der wechselseitige Tourismus kam wieder in Schwung und erfasste auch die Grenzregionen. In einigen Städten gab es Volksfeste mit Musik und Bierausschank. Die tschechischen Kunden hinterließen in den österreichischen Geschäften einen durchwegs guten Eindruck. Auf Initiative des Wissenschaftsministers Erhard Busek, aber auch des Außen- und Unterrichtsministeriums wurden viele neue bilaterale Projekte in Wissenschaft und Kultur gestartet, wie etwa zweisprachige Schulen und Österreich-Bibliotheken, Lektoren und Bildungsberater, eine „Aktion Österreich-Tschechien“, eine bilaterale Historikerkommission der beiden Akademien der Wissenschaften und eine Außenstelle des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts an der Masaryk-Universität in Brunn. Die nach der „Samtenen Revolution“ von der Regierung mit Finanzminister Václav Klaus begonnene, bald heftig kritisierte Kupon-Privatisierung und die Restitution von in kommunistischer Zeit enteigneten Gebäuden an frühere Eigentümer (Private, Gesellschaften, Kirchen) lösten besonders in Prag, aber auch in anderen tschechischen Städten einen wahren Bauboom aus, der einerseits neue Hotel-, Bank- und Bürobauten entstehen ließ, andererseits beachtliche Renovierungstätigkeiten in Schwung brachte. Auch an diesem Bauboom waren viele österreichische Bau- und Zulieferfirmen beteiligt. Und 1999 erwarb die älteste Sparkasse der alten Monarchie, die 1819 gegründete „Erste österreichische Spar-Casse“, nun „Erste Bank“, die Mehrheit an der Česká spořitelna, einer Nachfolgerin der 1825 gegründeten Böhmisches Sparkasse.<sup>386</sup>

In der neuen Tschechoslowakei gab es freilich noch andere Ängste, wie sie die Botschafterin in Washington, Rita Klimová, anlässlich des ersten Besuches von Präsident Havel im Februar 1990 artikuliert: US-Wirtschaftshilfe für Prag sollte dazu beitragen, die Tschechoslowakei vor einer „Germanisierung“ (!) zu bewahren. Ohne diese Hilfe

habe ich das Gefühl, dass die deutschsprachigen Teiles Europas, einschließlich Österreichs, das vollbringen werden, was den Habsburgern, Bismarck und Hitler nicht gelungen ist: die Germanisierung Mittel- und Osteuropas mit den friedlichen und löblichen Mitteln der Marktwirtschaft.<sup>387</sup>

<sup>386</sup> BISCHOF / KARLHOFER 2013. In Österreich hatte die Regierung Vranitzky-Mock bereits 1987 mit der Privatisierung von 1946 verstaatlichten Betrieben und Banken begonnen: Die Privatisierung der VÖEST erwies sich in der Folge als Vorzeigemodell, die der Creditanstalt-Bankverein als Negativbeispiel.

<sup>387</sup> GEHLER 2005, 621.

Von einer „Germanisierung Mittel- und Osteuropas“ konnte jedoch trotz einiger deutscher Investitionen in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn keine Rede sein, da die Bundesrepublik Deutschland in den ersten 20 Jahren nach der „Wiedervereinigung“ (eigentlich ein Beitritt der fünf DDR-Länder einschließlich Ost-Berlins zur BRD) vor allem mit dem Wiederaufbau in der ehemaligen DDR beschäftigt war. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre standen hingegen zwei Urteile des tschechischen Verfassungsgerichts in Brünn zur Diskussion. Am 8. März 1995 wurde die Klage des Beschwerdeführers Rudolf Dreithaler aus Reichenberg/Liberec gegen das Enteignungsdekret Nr. 108/1945 abgewiesen. In der Urteilsbegründung hieß es: „Die präsidentiellen Dekrete wurden verfassungskonform erlassen, sie wurden verfassungskonform ratifiziert und sind ein gültiger Bestandteil unserer Rechtsordnung.“ Der normative Akt des Enteignungsdekrets habe „seinen Zweck bereits erfüllt“. Weitere Enteignungen auf dieser Rechtsgrundlage könnten nicht mehr erfolgen. Mit anderen Worten: Eine Aufhebung des Dekrets ex tunc sei nicht möglich, da es in der Kontinuität der tschechoslowakischen (jetzt tschechischen) Rechtsordnung stehe; eine Aufhebung ex nunc sei aber ebenso unmöglich, da dem Beneš-Dekret „kein konstitutiver Charakter“ mehr zukomme. (Eine für Nicht-Juristen kaum nachvollziehbare Begründung.) Überraschenderweise gab dann das Brünner Verfassungsgericht demselben Beschwerdeführer Dreithaler am 20. November 1997 Recht, als es um die Hinterlassenschaft einer Anfang Oktober 1945 – also drei Wochen vor dem Enteignungsdekret – verstorbenen Person ging, die ohne die gerichtliche Eröffnung eines Erbschaftsverfahrens konfisziert worden war. Nach Auffassung des Gerichtes handelte es sich um eine „Diskriminierung“ des Erbberechtigten, und zwar „nur deswegen, weil er deutscher Abstammung war“.<sup>388</sup>

Im Jahre 1998 nahm plötzlich das Interesse der österreichischen Parteien und Medien an den „Beneš-Dekreten“ zu, nachdem plurinationale wissenschaftliche Erörterungen kaum über einen sehr begrenzten Interessentenkreis hinausgedrungen waren.<sup>389</sup> Auffallend war die zeitliche Nähe des neu erwachten österreichischen Interesses zur „Gemeinsamen Erklärung“ der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik vom 21. Jänner 1997, in der sich die deutsche Seite

<sup>388</sup> KARL-PETER SCHWARZ: Ihren Zweck haben sie erfüllt. Die Beneš-Dekrete – gültig und doch nicht mehr wirksam. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. März 2001, 1. Andere Rechtsfälle betrafen Restitutionsansprüche von Karl Graf Des-Fours-Walderode, Adolph Fürst Schwarzenberg, Erwin Freiherr Nádherný von Borutín, Kristina Gräfin Colloredo-Mansfeld, Hans-Adam II. Fürst Liechtenstein, Jindřich Waldes, Ferdinand Bloch-Bauer und Theodor Taussig. – KUBŮ / KUKLÍK 2003; BEATTIE 2005, 406–411; SUPPAN 2014, Bd. 2, 1578–1589.

<sup>389</sup> Vgl. die geringe öffentliche Rezeption des österreichisch-tschechisch-slowakisch-ungarisch-deutschen Sammelbandes: PLASCHKA u. a. 1997.

„zur Verantwortung Deutschlands für seine Rolle in einer historischen Entwicklung, die zum Münchener Abkommen von 1938, der Flucht und Vertreibung von Menschen aus dem Grenzgebiet sowie zur Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakischen Republik geführt hat“, bekannt hatte. Die deutsche Regierung bedauerte „das Leid und das Unrecht, das dem tschechischen Volk durch die nationalsozialistischen Verbrechen von Deutschen angetan worden ist“, und erklärte, sich bewusst zu sein, „dass die nationalsozialistische Gewaltpolitik gegenüber dem tschechischen Volk dazu beigetragen hat, den Boden für Flucht, Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung nach Kriegsende zu bereiten“. Andererseits bedauerte die tschechische Seite, „dass durch die nach dem Kriege erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung“. Die tschechische Regierung bedauerte „insbesondere die Exzesse, die im Widerspruch zu elementaren humanitären Grundsätzen und auch den damals geltenden rechtlichen Normen gestanden haben“, und darüber hinaus, „dass es aufgrund des Gesetzes Nr. 115 vom 8. Mai 1946 ermöglicht wurde, diese Exzesse als nicht widerrechtlich anzusehen, und dass infolgedessen diese Taten nicht bestraft wurden“.<sup>390</sup>

Die Rechtsstellung der Sudetendeutschen wurde durch diese historisch nicht ganz ausgewogene deutsch-tschechische Erklärung in keiner Weise berührt. Die Vertreibung selbst wurde nicht als Unrecht bezeichnet. Beide Seiten gaben eben zum Teil ihre eigenen Geschichtsauffassungen zu Protokoll. Freilich waren vom deutschen Bedauern auch österreichische Deutsche und Sudetendeutsche, die nach dem „Anschluss“ bzw. nach dem deutsch-tschechoslowakischen Staatsangehörigkeits- und Optionsvertrag vom 20. November 1938 die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten, ebenso betroffen wie vom tschechischen Bedauern die nach Österreich vertriebenen Sudetendeutschen. Dass die tschechische Seite die ursprüngliche tschechoslowakische Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen als zwischen November 1938 und Mai 1945 nicht für erloschen betrachtete, mag mit dem im Völkerrecht vor 1945 noch nicht klar geregelten Vertreibungsverbot und dem Verbot der entschädigungslosen Enteignung von ausländischen Vermögen zusammenhängen.<sup>391</sup>

Parallel zur österreichischen Interessenszunahme an den Beneš-Dekreten erfolgte eine Abkühlung der guten politischen Beziehungen auf Regierungsebene, obwohl es seit 1998 auch in Prag einen sozialdemokra-

---

<sup>390</sup> Tschechischer und deutscher Text der Erklärung in: NADACE BERNARDA BOLZANA / ACKERMANN GEMEINDE 1997, 221–227.

<sup>391</sup> KIMMINICH 1997.

tischen Regierungschef gab. Dazu trugen auch Resolutionen einiger österreichischer Landtage und des österreichischen Nationalrates im Frühjahr 1999 an die Bundesregierung bei, mit der Prager Regierung Verhandlungen über die Aufhebung der Beneš-Dekrete zu führen. Seit der Bildung der ÖVP-FPÖ-Regierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Februar 2000 kamen die offiziellen Beziehungen weitgehend zum Erliegen, da sich die Prager Regierung unter Miloš Zeman den fragwürdigen EU-Sanktionen gegen Wien anschloss. Es war schwer zu ergründen, ob dies wirklich nur vorauseilender Gehorsam des EU-Beitrittskandidaten gegenüber Frankreich und Deutschland war. Andere Haltungen der Beitrittswerber Polen, Ungarn, Slowakei und Slowenien ließen auch andere Prager Motive vermuten.<sup>392</sup> Umgekehrt argwöhnten Prager Regierungskreise seit Aufhebung der EU-Sanktionen österreichische „Revanche“ mit Hilfe der Themen AKW Temelín und Beneš-Dekrete, ohne auf eine inhaltliche Diskussion eingehen zu wollen. Freilich ließen auch die erfolgreichen Verhandlungen von Bundeskanzler Schüssel mit der US-Regierung über umfangreichere Restitutionszahlungen an überlebende jüdische Opfer des Nationalsozialismus und einstige NS-Zwangsarbeiter in der österreichischen Öffentlichkeit die Frage nach der Entschädigung der „eigenen Opfer“ lauter werden.<sup>393</sup>

Anfang September 2000 verlangte das Europäische Parlament von Tschechien in einer Resolution, die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Temelín so lange hinauszuschieben, bis eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach EU-Norm ein positives Resultat ergeben habe. Österreichs Politik und Atomkraftgegner, die schon seit Jahren gegen die Anlage in Südböhmen protestiert hatten, äußerten neuerlich starke Befürchtungen über Sicherheitsmängel und drohten mit Bremsmanövern bei Tschechiens EU-Beitritt. Auch die deutsche Regierung stellte fest, dass bei Temelín in Teilbereichen deutsche Sicherheitsnormen nicht erreicht würden. Prager Regierung und Opposition reagierten emotional und stellten sich taub: Einen verbindlichen europäischen Sicherheitsstandard für Kernkraftwerke gebe es nicht, und das Kraftwerk genüge vollumfänglich allen amerikanischen (!) Sicherheitsvorschriften. Prag machte geltend, Temelín sei dank

<sup>392</sup> Parlamentspräsident Václav Klaus hatte in einem Schreiben an Bundeskanzler Schüssel FPÖ-Obmann Haider als „das geringere Übel“ bezeichnet gegenüber dem Versuch der EU-Staaten, „sich in die souveräne Entscheidung eines Mitgliedsstaates einzumischen“. – GEHLER 2005, 884.

<sup>393</sup> Eröffnungsrede des Landeshauptmanns Josef Pühringer zur Enquête des Oberösterreichischen Landesarchivs am 8. Juni 1999. In: OBERÖSTERREICHISCHES LANDESARCHIV 2000, 7–11; SUPPAN 2014, Bd. 2, 1593–1595; GEHLER 2005, Bd. 2, 933–944; BISCHOF u. a. 2015, 35–51. Für Restitutionszahlungen an Zehntausende jüdische Opfer wurden 360 Millionen Dollar, für Entschädigungen an rund 132.000 ehemalige Zwangsarbeiter wurden 352 Millionen Euro bereitgestellt.

eines hochmodernen Sicherheits- und Steuerungssystems von Westinghouse, mit dem die zwei Reaktoren der sowjetischen Baureihe WWER-1000 kombiniert worden seien, auf dem neuesten Stand der Technik. Die internationale Atomenergiebehörde mit Sitz in Wien habe das Werk mehrfach besucht und nicht beanstandet. Auch die EU-Kommission führe Temelín nicht auf der Liste gefährlicher Anlagen.<sup>394</sup>

Abgesehen von einer stark gefühlsgeliteten Anti-Atomkraft-Haltung größerer Teile der österreichischen Bevölkerung seit dem Streit um die Inbetriebnahme des eigenen Atomkraftwerkes in Zwentendorf im Jahre 1978 und dem in seinen Auswirkungen auch in mitteleuropäischen Breiten messbaren Super-GAU in Černobyl' 1986 scheint das Sicherheitsargument von den Gegnern Temelíns auch zu politischen Zwecken instrumentalisiert worden zu sein. Die tschechische Seite fragte mit Recht, warum Österreich so vehement gegen Temelín und nicht gegen das wesentlich ältere, schon längst im Betrieb stehende – und zu Wien wesentlich nähere – tschechische Kernkraftwerk Dukovany kämpfe. Lasse sich die österreichische Politik nicht wie vor einigen Jahren gegenüber der Slowakei vor den Karren einer fundamentalistischen Anti-Atomkraft-Lobby spannen? Schließlich war die Doppelbödigkeit der österreichischen Argumentation noch in frischer Erinnerung: Sofortige Schließung des Černobyl'-Typs in Bohunice, dafür europäische Kredite für ein neues (westliches!) Werk in Mochovce. Diese heuchlerische Haltung hatte sogar zu einem internen Aufschrei der österreichischen Botschafterin in Pressburg geführt. Doch auch die Prager Regierung zertrte die technische Diskussion um Temelín in (partei-)politische Niederungen. Wenn tschechische Kernkraftgegner zu Staatsfeinden gestempelt und ausländische Bedenken mit unerlaubter Einmischung bedacht wurden, so weckte diese Rhetorik ungute Erinnerungen an Zeit und Geist des Kommunismus. Im Übrigen war das Kernkraftprojekt damals entstanden. – Erst nach mühevollen geheimen Verhandlungen konnten sich im Dezember 2001 die Regierungschefs Schüssel und Zeman – unter Schirmherrschaft der EU – auf einen Modus Vivendi einigen. Und ein von der FPÖ initiiertes Volksbegehren gegen Temelín erreichte mit 922.000 Unterschriften doch nur einen Anteil von 16% aller österreichischen Wahlberechtigten.<sup>395</sup>

Provoziert durch dieses Volksbegehren, riss freilich ein Interview des Ministerpräsidenten Miloš Zeman für das österreichische Wochenmagazin „profil“ vom 21. Jänner 2002 viele alte Wunden auf: Zeman beschimpfte die Sudetendeutschen als „fünfte Kolonne Hitlers“, „um die Tschecho-

<sup>394</sup> VÁCLAV KLAUS: Temelín, Dekrete ... und dann schon nichts mehr? In: Die Presse (Wien), 25. Juli 2001, 2; vgl. die Replik des ehemaligen Dritten Nationalratspräsidenten SIEGFRIED DILLERSBERGER (FPÖ) in: Die Presse (Wien), 31. Juli 2001, 7.

<sup>395</sup> GEHLER 2005, 967–969.

slowakei als einzige Insel der Demokratie in Mitteleuropa zu zerstören“, und behauptete, dass „viele von ihnen Landesverrat begangen“ hätten, was nach damaligem Recht durch die Todesstrafe geahndet worden wäre. Die treffendste Kritik kam vom früheren außenpolitischen Berater Havels, Pavel Tigrid, der die Ausfälle Zemans als „diplomatischen Lapsus von der Größe der Schneekoppe (Snežka)“ bezeichnete und mehr als deutlich feststellte: Es sei an den Tschechen, endlich zu bekennen, dass sich die tschechoslowakische Beneš-Regierung vor rund 60 Jahren zu „einer der größten ethnischen Säuberungen der neueren europäischen Geschichte“ entschieden hatte. Auf der Grundlage einer „unannehmbaren Kollektivschuld“ seien 3 Millionen Menschen gewaltsam in Viehwaggons aus dem Land transportiert worden. Man habe ihr Eigentum ersatzlos konfisziert und ihre Staatsbürgerschaft annulliert. In der ersten Phase des sogenannten „Abschubs“ sei es seitens der Tschechen zu „Grausamkeiten, Gewalttätigkeiten und Morden nazistischen Typs“ gekommen.<sup>396</sup>

Österreichische und deutsche Politiker protestierten kaum in dieser gekonnt sachlichen Form gegen die Äußerungen Zemans. Dafür verlangten einige von ihnen drohend die Aufhebung der Beneš-Dekrete als Voraussetzung für die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der EU. Sogar der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte seinen für März 2002 geplanten Besuch in Prag ab. Die deutsch-tschechische Historikerkommission, die bereits viele bemerkenswerte Sammelbände vorgelegt hatte, schaffte es nun nicht, sich klar über die „Belastungen“ aus der Vergangenheit auszusprechen. Der Verband der Historiker der Tschechischen Republik (Sdružení historiků České republiky) veröffentlichte am 7. April 2002 eine ziemlich einseitige Stellungnahme „Historiker gegen eine Vergewaltigung der Geschichte“, in der die Beneš-Dekrete als „Instrumente im Kampf gegen den Nazismus und für die Entnazifizierung“ sowie als „im Dienst der Erneuerung einer demokratischen Rechtsordnung auf dem Gebiet der Tschechoslowakei“ stehend verteidigt wurden. Der aus einer Prager Familie stammende und als Kind zwangsweise ausgesiedelte deutsche Historiker Hans Lemberg verlangte hingegen von den tschechischen Kollegen, „unbequeme Wahrheiten als Wahrheit anzuerkennen und nicht im Schlepptau staatspolitischer Interessen den Auszug aus dem Gefängnis historischer Selbstrechtfertigungen zu scheuen“.<sup>397</sup>

<sup>396</sup> OTMAR LAHODYNSKY: „Populistischer Pro-Nazi-Politiker“. Interview. Der tschechische Premierminister Miloš Zeman über das Veto-Volksbegehren, Jörg Haider und die FPÖ, die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Sudetendeutschen. In: profil (Wien), 21. Jänner 2002, 22–25.

<sup>397</sup> KARL-PETER SCHWARZ: Geschichte im Dienst der Politik. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. März 2002, 10; JAROSLAV PÁNEK / JIŘÍ PEŠEK: Historikové proti znásilňování dějin [Historiker gegen eine Vergewaltigung der Geschichte]. In: Příloha

Das Abgeordnetenhaus des Tschechischen Nationalrates nahm schließlich am 24. April 2002 – ohne Gegenstimme und ohne Stimmenthaltung – eine Resolution zu den „Dekreten des Präsidenten der Republik“ in dem Wortlaut an, wie er von den Vorsitzenden der fünf Parlamentsparteien vereinbart worden war. Die Resolution verwahrte sich gegen Diskussionen über die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, bekräftigte die nationale Souveränität in Restitutionsangelegenheiten und stellte die Beneš-Dekrete auf die gleiche Ebene mit der Nachkriegsgesetzgebung anderer europäischer Länder. Und: Die bisherigen Rechtsfolgen der Dekrete seien „unbestreitbar, unantastbar und unveränderbar“. Gleichwohl könnten heute auf „ihrer Grundlage keine neuen Rechtsbeziehungen entstehen“. In den Tagen zuvor hatten sich 400 tschechische Intellektuelle mit einem Aufruf „Stopp dem Nationalismus“ gegen eine diesbezügliche Parlamentsdebatte während des Wahlkampfes ausgesprochen. Obwohl der sozialdemokratische Parteivorsitzende Vladimír Špidla – der nach den erfolgreichen Parlamentswahlen Mitte Juni 2002 neuer Ministerpräsident wurde – die Resolution als Reaktion auf Versuche des österreichischen Parlaments, der „sogenannten christlichen Fraktion im Europäischen Parlament“ und des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber bezeichnete, die „Entnazifizierungslegislative der Nachkriegstschechoslowakei“ in Frage zu stellen, blieben die Antworten aus Wien, München und Brüssel ziemlich beherrscht. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ sah freilich in Prag mit einigem Recht eine „Nationale Front aus der Zeit der Kommunisten“ auferstehen und erinnerte an die einmütige europäische Antwort auf die Vertreibungskriege im ehemaligen Jugoslawien: Vertreibung lasse sich niemals rechtfertigen; Vertreibung sei stets ein Unrecht.<sup>398</sup>

Weder Wien noch München, noch Budapest und auch nicht das EU-Parlament hatten eine Grenzrevision oder eine Rückgabe des Eigentums an alle Vertriebenen verlangt, und dennoch mussten die Prager Parlamentarier und ihre juristischen und historischen Berater erst vom ersten tschechoslowakischen Außenminister nach der Wende, Jiří Dienstbier, daran erinnert werden, dass der „Zwei plus vier“-Vertrag die Grenzen der Bundesrepublik und der DDR endgültig als Außengrenzen des vereinigten Deutschlands festgelegt habe – was sinngemäß natürlich auch für den österreichischen Staatsvertrag galt. Im Übrigen bestätigte auch ein Brünner Verfassungsrichter, dass eine Ex-nunc-Ungültigkeitserklärung der Beneš-Dekrete keineswegs zu einer allgemeinen Eigentumsrückgabe an die

---

ke Zpravodaji Historického klubu 12 (2001), H. 2; HANS LEMBERG: Unter schlechtem Stern. In: Süddeutsche Zeitung (München), 21. März 2002, 17.

<sup>398</sup> BERTHOLD KOHLER: Eine nationale Front. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. April 2002, 1; ruh [= Rudolf Hermann]: Die Beneš-Dekrete und der Geist Europas. In: Neue Zürcher Zeitung, 1./2. Juni 2002, 1.

Sudetendeutschen führen würde, sondern nur in jenen Fällen, in denen eine rechtswidrige Anwendung nachgewiesen werden könne.<sup>399</sup>

Mitte August 2002 – gerade als eine große Flut weite Teile Nieder- und Oberösterreichs, Böhmens und Sachsens heimzusuchen begann und gewissermaßen eine mitteleuropäische „Katastrophengemeinschaft“ herstellte<sup>400</sup> – stellte „The Economist“ die provokante Frage, ob „one obscure side-effect of the second world war could threaten the enlargement of the 21st-century European Union“. Denn die Tschechen seien nicht gewillt, die Beneš-Dekrete zu annullieren: teilweise weil dies die Tore für Restitutionsforderungen der Deutschen öffnen würde, „but mostly for patriotic reasons: Czechs – like the Poles [...] – feel those who began an appalling war have no claim to revise its effects“. Dieser Standpunkt wiederum veranlasste den Londoner Politologen Georges Schöpflin zu einer grundsätzlichen Kritik:

If we rightly condemn ethnic cleansing in Bosnia 1992, then how can it have been acceptable in 1945? If the issue is, as you say, a matter of ‘ancient wrongs’ then why is this not applied to the Holocaust? Does a state have the right to declare a group to be no longer a part of its demos simply because it is ethnically different? Can a democratic state like the Czech Republic ever live at ease with Germany and Austria unless it comes to terms with the undemocratic acts committed in 1945?<sup>401</sup>

Nach einem Gutachten der Völkerrechtler Ulf Bernitz (Stockholm), Jochen A. Frowein (Heidelberg) und Lord Kingsland Q. C. (London) sowie einer Reihe bilateraler Konsultationen mit dem Prager Außenministerium zog die Europäische Kommission am 14. Oktober 2002 diese Schlussfolgerungen:

- Das „große Retributionsdekret“ sei aufgehoben worden und könne zu keinen neuen Verfahren Anlass geben.
- Neue Enteignungen auf der Grundlage der „Dekrete“ seien heute nicht mehr möglich.
- Das Straffreistellungsgesetz hindere die Tschechische Republik nicht daran, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit noch heute zu verfolgen.
- Das Diskriminierungsverbot des EU-Rechts mache keine Änderung in der Restitutionsgesetzgebung erforderlich.

<sup>399</sup> KARL-PETER SCHWARZ: Böhmisches Dörfer, tschechische Windmühlen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. April 2002, 12.

<sup>400</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder lud sehr medienwirksam den österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und den tschechischen Ministerpräsidenten Vladimír Špidla zu einem „Katastrophengipfel“ nach Berlin ein.

<sup>401</sup> The Benes decrees. A spectre over Central Europe. In: The Economist (London), 17. August 2002, 23f.; Georges Schöpflin: Letters. In: The Economist (London), 7. September 2002, 18.

- Gesamtschlussfolgerung: „Aus der Untersuchung ergeben sich aus der Sicht des *acquis communautaire* keine Hindernisse für den Beitritt der Tschechischen Republik.“<sup>402</sup>

Nach dem deutlich positiven Referendum der Tschechen Mitte Juni 2003 für einen Beitritt zur EU veröffentlichte die Prager Regierung – nicht ohne inneren Widerstand – am 19. Juni eine Erklärung, in der auch auf die dunklen Kapitel der Geschichte Europas Bezug genommen wurde: „Weder der Zweite Weltkrieg noch die aus der heutigen Sicht unannehmbaren Ereignisse und Taten aus der unmittelbar darauf folgenden Zeit, die ebenfalls eine Reihe von menschlichen Tragödien, Leiden und Opfern brachten, können ungeschehen gemacht werden.“ Die positive Aufnahme dieser Erklärung in Berlin und Wien wurde jedoch bald wieder zunichte gemacht, als Ende Februar 2004 eine deutliche Mehrheit des Prager Parlaments ein Gesetz verabschiedete, das nur aus einem einzigen Satz bestand: „Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht.“ Als Vorlage hatte ein gleichlautendes Gesetz für den ehemaligen Präsidenten Masaryk aus dem Jahre 1930 gedient. Trotz Einspruchs des Senats wurde das Gesetz angenommen. Deutschlands und Österreichs Politik und Medien verhielten sich erstaunlich zurückhaltend. Mittlerweile war – nach einem Besuch des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder in Warschau am 1. August 2004 – klar geworden, dass sich Deutschland im Überleitungsvertrag von 1954 und Österreich im Staatsvertrag von 1955 dazu verpflichtet hatten, keine aus dem Weltkrieg und seinen Konsequenzen ableitbaren Restitutionsansprüche zu stellen bzw. zu unterstützen.<sup>403</sup>

Als vor dem Prager Außenministerium noch im Jahre 2004 ein Denkmal für Beneš enthüllt wurde, gab es Kritik vom ungarischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány, die sein tschechischer Amtskollege Jiří Paroubek postwendend mit dem Hinweis auf Ungarns assistierende Rolle bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39 zurückwies. Viel schärfer fiel aber die Kritik des Brünner Journalisten Michal Kašpárek aus, als am 10. April 2010 vor der juristischen Fakultät der Masaryk-Universität in Brunn eine Beneš-Statue enthüllt wurde:

<sup>402</sup> EUROPEAN COMMISSION: The Czechoslovak Presidential Decrees in the Light of the *Acquis Communautaire*, Summary Findings of the Commission Services, Brüssel, 14. Oktober 2002.

<sup>403</sup> Artikel 24 des „Staatsvertrags betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich“ lautet: „1. Österreich verzichtet im Namen der österreichischen Regierung oder österreichischer Staatsangehöriger auf alle Ansprüche irgendwelcher Art gegen die Alliierten und Assoziierten Mächte, soweit sich solche Ansprüche unmittelbar aus dem Krieg in Europa nach dem 1. September 1939 oder aus Maßnahmen, die infolge des Kriegszustandes in Europa nach diesem Datum ergriffen wurden, ergeben, gleichgültig, ob sich die Alliierte oder Assoziierte Macht zu jenem Zeitpunkt mit Deutschland im Krieg befand oder nicht.“ – STOURZH 2005, 729f.

Lasst uns vergessen, dass Beneš [...] ein ‚Verlierer-Präsident‘ war (er beendete seine erste Amtszeit, indem er vor den Faschisten kapitulierte, und seine zweite Amtszeit, indem er sich den Kommunisten ergab). Ich kann einfach nicht verstehen, wie der Urheber der Beneš-Dekrete eine Statue direkt vor der juristischen Fakultät bekommen kann. [...] Was mich am meisten krank macht: Beneš verhinderte die Untersuchung der ethnisch motivierten Gewalt, die im Sommer 1945 in vielen tschechischen Städten angewendet wurde. Hunderte unschuldiger Frauen und Kinder wurden in diesen Monaten getötet, teilweise von tschechischen Kollaborateuren, die zu beweisen versuchten, wie loyal sie zu ihrer Nation standen. [...] Es gäbe eine Menge Leute, die eine Statue vor der juristischen Fakultät weit mehr verdient hätten als Beneš.<sup>404</sup>

Wie zur Bestätigung der Kritik von Kašpárek strahlte am 6. Mai 2010 das öffentlich-rechtliche Prager Fernsehen ČT 2 zur besten Sendezeit einen einstündigen Dokumentarfilm von David Vondráček unter dem Titel „Töten auf Tschechisch“ aus. In vier Episoden wurde erstmals belegt, wie brutal in den Maitagen 1945 tschechische Militärs und Milizen mit deutschen Zivilisten verfuhrten, die noch nicht aus dem Land geflohen waren. Am meisten Zeit widmete der Film dem Fall Postelberg/Postoloprty, wo Ende Mai/Anfang Juni 1945 fast 800 deutsche Männer zusammengetrieben und auf bestialische Weise umgebracht worden waren. Die zwei Hauptverantwortlichen für dieses Massaker wurden nie zur Verantwortung gezogen, da sie das Straffreistellungsgesetz vom Mai 1946 schützte. Der Dokumentarfilm sorgte in Tschechien für heftige Kontroversen auf Internetportalen. Die führende Prager Zeitung „Lidové noviny“ mahnte in einem Kommentar, dass nur diejenigen den Film als „Verrat“ bezeichnen könnten, die bis heute die Tschechen als „universale Opfer“ ansehen würden, die Deutschen aber als „universale Täter“.<sup>405</sup>

Für einige tschechische Politiker und ihre Anhänger war der Zweite Weltkrieg aber auch im Jahre 2013 noch immer nicht vorbei. In der Präsidentschaftswahl forderte Karel Schwarzenberg, der Nachkomme der bedeutendsten aristokratischen Familie Böhmens, den ehemaligen Ministerpräsidenten Miloš Zeman heraus. Als Schwarzenberg in einer TV-Debatte im Jänner 2013 gefragt wurde, ob die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei richtig gewesen sei, antwortete er sehr direkt: „Die Vertreibung war eine schwere Verletzung der Menschenrechte. An heutigen

<sup>404</sup> HANS-JÖRG SCHMIDT: Um den Staat verdient gemacht. In: Die Presse (Wien), 27. März 2004, 4; Parlament hält an Ehrung für Beneš fest. In: Die Presse (Wien), 14. April 2004, 5; MICHAL KAŠPÁREK: Edvard Beneš gets a statue in front of the Faculty of revenge (formerly known as the Faculty of Law). In: Brno Now, 8. April 2010.

<sup>405</sup> PETR BLAHOŠ: Další skandal České Televíze. In: Národní osvobození (Prag), 13/2010. Das Zweite Deutsche Fernsehen strahlte am 12. September 2010 eine gekürzte Fassung des Films aus. Vondráček erhielt am 28. November 2010 in der Frankfurter Paulskirche den Franz-Werfel-Menschenrechtspreis der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“. – Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. November 2010.

Maßstäben gemessen, würde sich die Regierung, einschließlich Präsident Beneš, wahrscheinlich in Den Haag befinden.“ Die tschechische Gesellschaft sei nach dem Krieg vom „Bazillus des Nazismus“ infiziert gewesen (wie es schon Václav Havel formuliert hatte).

Zeman nützte diese Äußerung seines Mitbewerbers und erklärte emotional, dass er immer die „tschechischen nationalen Interessen“ gegen alle Angriffe der Vertriebenen verteidigen würde. Und Zemans Wahlkampfteam behauptete sogar, dass Sudetendeutsche die Wahlkampagne Schwarzenbergs unterstützen würden.<sup>406</sup> – Nach Einschätzung vieler Wahlbeobachter entschied dieser Disput die Wahl zugunsten Zemans.

In der letzten Maiwoche 2015 setzte der Stadtrat von Brünn ein ganz anderes Zeichen an Erinnerung. Der Stadtrat beschloss eine Deklaration mit einer Entschuldigung für die Ereignisse vom 30. Mai 1945, die unter Anwendung des Prinzips der Kollektivschuld zur Vertreibung von mindestens 25.000 Menschen geführt hätten. Bürgermeister Petr Vokřál lud sogar die Obleute der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ in Österreich und Deutschland ein, sich einem Gedenkmarsch in Erinnerung an den „Todesmarsch“ von Ende Mai 1945 anzuschließen. Am 30. Mai 2015 fand tatsächlich eine Wallfahrt der Versöhnung zwischen Brünn/Brno, Pohrlitz/Pohořelice (wo 1945 Hunderte Deutsche starben), Raigern/Rajhrad, Modřice und Brünn statt, wo im Garten des Augustinerklosters (weltberühmt geworden durch die pflanzen genetischen Experimente Gregor Mendels in den 1860er Jahren) der Bürgermeister und der römisch-katholische Bischof von Brünn Ansprachen hielten. In Pohořelice ließ das Österreichische Schwarze Kreuz ein Denkmal mit zwei Grabsteinen errichten, der eine mit einer deutschen, der andere mit einer tschechischen Inschrift:

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges  
im Jahre 1945 sind viele  
deutschsprachige Einwohner  
aus Brünn und Umgebung  
ums Leben gekommen.  
890 Opfer sind hier bestattet.  
Wir gedenken ihrer.<sup>407</sup>

<sup>406</sup> HANS-JÖRG SCHMIDT: Das Ende einer 800-jährigen deutschen Geschichte. In: Die Presse (Wien), 17. Mai 2015, 46f. Eine „private“ Anzeige im Boulevardblatt „Blick“ behauptete sogar, dass ein Präsident Schwarzenberg das konfiszierte deutsche Eigentum restituieren würde.

<sup>407</sup> Kurier (Wien), 26. Mai 2015; A-CZ-Dialog Newsletter, 22. Mai 2015; MERET BAUMANN: Versöhnungs- statt Todesmarsch. In: Neue Zürcher Zeitung, 27. Juni 2015, 7.

### 13. Rück- und Ausblick

Während in Deutschland und Frankreich seit der Französischen Revolution großteils völlig neue regionale Strukturen geschaffen wurden, hat die Mehrzahl der böhmischen und österreichischen Länder ihren räumlichen Rahmen und ihre Identität vom Mittelalter bis zur Gegenwart im Wesentlichen bewahrt. Dies gilt insbesondere für Böhmen, Mähren, Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und Salzburg. Im eingeschränkten Maß gilt es auch für die Steiermark und Tirol, obwohl mit dem Vertrag von Saint-Germain 1919 die Steiermark das südliche Drittel des Landes an Jugoslawien, Tirol drei Fünftel seines Gebietes an Italien abtreten musste. Der Großteil der schlesischen Herzog- und Fürstentümer, von denen aber nach 1740 nur ein Siebtel behauptet werden konnte, gehörte von der Mitte des 14. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts zur böhmischen Krone. Die lange Dauer der habsburgischen Herrschaft über viele Königreiche und Länder hatte sicher mit der Kompromissbereitschaft der Dynastie gegenüber den ständischen (seit Maria Theresia auch den bürgerlichen) Eliten zu tun. Nur dreimal in nahezu 400 Jahren – 1620/21 in Böhmen, 1703–1711 in Ungarn und 1848/49 in Oberitalien, Wien und Ungarn – setzten die Habsburger ihre Militärmacht gegen größere innere Aufstände ein. Die „Mütter und Väter“ des heutigen Österreich und des heutigen Tschechien erlebten zum Teil parallel, zum Teil gemeinsam den „Übergang von ständischen zu absoluten, dann zu konstitutionellen und schließlich zu demokratischen Institutionen, [den] Übergang von der überkommenen landesfürstlich-monarchischen zur republikanischen Ordnung“, den „Übergang vom Großreich zum Kleinstaat“ (Gerald Stourzh).

Aber die Wege des Suchens nach nationaler Eigenständigkeit und demokratischer Identität verliefen bei „Österreichern“ und „Tschechen“ nicht synchron, vor allem nicht seit dem Entstehen einer „Konfliktgemeinschaft“ am Ende des 19. Jahrhunderts. Einmal stand der eine, einmal der andere besser da. Bis 1914 fühlte sich die tschechische Führungsschicht im österreichischen Teil der Habsburgermonarchie als „zweitklassige“ – obwohl verfassungsrechtlich völlig gleichberechtigte – „Nationalität“, die in Politik, Verwaltung, Justiz und Schule weitgehend proportional vertreten war. Freilich ermöglichte das einheitliche Rechts-, Finanz-, Bildungs-, Verkehrs-, Vereins- und Militärsystem die Einübung gemeinsamer Praktiken, die zweifellos stark integrierend wirkten. Die Schicksale und die Sozialisation von Millionen Menschen in nahezu allen Lebensbereichen – nicht nur im Bereich der öffentlichen Verwaltung und des Militärwesens – wurden von der Zugehörigkeit zum Institutionengefüge der Habsburgermonarchie geprägt. Viele Gelehrte und Künstler, die in Wien zu internationaler Geltung kamen, stammten aus den böhmischen Ländern. Andererseits unterminierten manche Massenmedien – nicht zuletzt deren bössartige Karika-

turen – viele Ansätze zur Kohäsion. Im Ersten Weltkrieg drifteten unter dem Druck von Regierungsdiktatur, Militärjustiz und Kriegswirtschaft die Forderungen der deutschen und tschechischen Abgeordneten immer weiter auseinander, aus den Landsmannschaften waren Nationen geworden, die ihre Nationalstaaten forderten. Der innere Zerfall der Habsburgermonarchie beförderte in den böhmischen wie österreichischen Ländern eine antihabsburgische Volksstimmung. Daher trug die deutschösterreichische wie die tschechische Nation (selbstverständlich auch die ungarische, polnische, rumänische und jugoslawische Nation) Ende Oktober 1918 entscheidend zur Auflösung der Monarchie und zur völligen Trennung zwischen Wien und Prag bei.

Da die neue Tschechoslowakei von den Siegermächten als Verbündete, das neue Österreich aber als „Verlierer“ betrachtet wurde, fiel der Vertrag von Saint-Germain einseitig zugunsten der Tschechoslowakei und deutlich zuungunsten Österreichs und der Sudetendeutschen aus. Verschiedene bilaterale und multilaterale Versuche seit 1920, Fehlentscheidungen im Pariser Friedenssystem wenigstens teilweise zu korrigieren, scheiterten meist an dieser national-ideologischen Frontstellung. Auch das durchaus moderne tschechoslowakische Sprachengesetz von 1920 reichte im Gesamtumfang nicht an das alt-österreichische Nationalitätenrecht von 1867 heran. Dennoch gab es in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre – auch unter dem Einfluss einer guten internationalen Wirtschaftskonjunktur – durchaus verbesserte bilaterale Beziehungen zwischen Prag und Wien sowie politische Mitarbeit („Aktivismus“) von einigen sudetendeutschen Parteien in der Prager Regierung. Und die geschichtliche Wirklichkeit des altösterreichischen Staates hatte nicht nur dauerhafte Spuren im politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Denken der republikanischen Österreicher, sondern auch in dem der republikanischen Tschechen und Sudetendeutschen hinterlassen. Freilich hatten der Zerfall der Monarchie und die mit Recht als Siegediktat betrachteten Friedensverträge die „deutsche“ Identität der Österreicher und Sudetendeutschen gestärkt und zu einer politischen Aufwertung des Volksbegriffs geführt, den die NS-Propaganda geschickt zu nützen verstand.

Die Weltwirtschaftskrise verschlechterte schlagartig das politische und wirtschaftliche Klima zwischen den beiden Nationalstaaten sowie zwischen den Tschechen und Sudetendeutschen, deren Exportwirtschaft und Bädertourismus besonders stark getroffen wurde. Nun blockierte Prag (mit französischer Unterstützung) den Versuch einer deutsch-österreichischen Zollunion, während die Sudetendeutsche Heimatfront ab 1933 sehr rasch auch die bisherigen Wähler der „aktivistischen“ Parteien anzog. Entscheidend aber war der Machtantritt Hitlers in Deutschland, der ab Mai 1933 die Regierungsdiktatur Dollfuß', ab Mai 1935 auch die Fünf-Parteien-Koaliti-

on in Prag unter Druck setzte, nicht zuletzt durch Beeinflussung und Unterstützung der bei den Parlamentswahlen siegreichen Sudetendeutschen Partei. Sowohl Bundeskanzler Schuschnigg als auch Präsident Beneš agierten letzten Endes wie Kaninchen vor der Schlange, versuchten sich international abzusichern – Wien in Rom, Prag in Paris, London und Moskau –, standen aber schließlich dem totalitären „Führer“ allein gegenüber.

Sowohl der „Anschluss“ Österreichs im März 1938 als auch das Münchener Abkommen im September 1938, noch mehr die Unterwerfung der „Rest-Tschechoslowakei“ im März 1939 stellten zweifellos Tiefpunkte des Völkerrechts dar, wobei klar unterschieden werden muss, dass eine deutliche Mehrheit an Österreichern und Sudetendeutschen Hitler zubelebte, eine deutliche Mehrheit an Tschechen die NS-Okkupation ablehnte. Während viele Österreicher und Sudetendeutsche in der NSDAP, in der NS-Verwaltung, in der Rüstungswirtschaft sowie in der SS steile Karrieren machten und die Mehrzahl der Männer im wehrpflichtigen Alter zum opferreichen Kriegsdienst herangezogen wurde, verzichtete Hitler ausdrücklich auf einen Militäreinsatz der tschechischen Männer. Erstaunlicherweise ergab die sieben- bzw. sechsjährige nationalsozialistische Gewaltherrschaft für die österreichischen und tschechischen Länder aber auch viele „Gemeinsamkeiten“: die völlige Unterwerfung der Bevölkerung seitens der NSDAP, der SS und der Gestapo, die völlige Einbeziehung der meisten Betriebe in die deutsche Kriegswirtschaft, die völlige Ausrichtung von Wissenschaft, Kultur und Medien nach den Weisungen aus Berlin, die rücksichtslose Unterdrückung jedweden Widerstands mit Tausenden Todesurteilen und Zehntausenden Inhaftierungen in Konzentrationslagern, besonders aber die Deportation und Vernichtung der meisten Juden, die nicht bis Kriegsbeginn fliehen konnten.

Die Österreicher und Sudetendeutschen kostete ihre anfängliche Begeisterung für Hitler und das NS-Regime Hunderttausende Tote: 247.000 gefallene oder auf Dauer vermisste Soldaten unter den Österreichern, sogar 190.000 unter den Sudetendeutschen, dazu Hunderttausende Kriegsinvalide, Witwen und Waisen; 24.300 Österreicher wurden Opfer der alliierten Bombardments; erstaunlich hoch fiel mit 25.000 auch die Zahl der in KZ-, Gestapo- oder Gefängnishaft Umgekommenen aus; außerdem wurden 2.700 Widerstandskämpfer hingerichtet.<sup>408</sup> Die Tschechen überstanden das NS-Besatzungsregime verhältnismäßig glimpflicher als alle anderen unterjochten slawischen Nationen, einschließlich der Slowaken, Kroaten

---

<sup>408</sup> Von den Minderheiten der Burgenländer Kroaten und Kärntner Slowenen sind keine genauen Verlustzahlen bekannt, sie wiesen aber mit Sicherheit Verluste in die Tausende auf, da sie als Bauernsöhne viele Soldaten gestellt hatten; bei den Slowenen fielen auch noch Hunderte getötete Partisanen ins Gewicht. Hingegen waren die Wiener Tschechen vom Kriegsdienst befreit und verloren daher nur wenige Leute.

und Bulgaren. Die etwa 42.000 tschechischen Todesopfer summierten sich aus folgenden Opfergruppen: 15.000 KZ- und Gefängnisopfer, 8.500 hingerichtete Widerstandskämpfer, 7.000 gefallene Partisanen und 5.000 gefallene alliierte Soldaten, 3.000 Zwangsarbeiter, 4.000 Bombenopfer. Die Sudetendeutschen erlitten durch den Prager Aufstand, die Vertreibung und die Zwangsaussiedlung mindestens 30.000 Todesopfer. Das bedeutet, dass – ohne Berücksichtigung der ermordeten Juden und Roma – zwischen dem 11. März 1938 und Ende Mai 1945 etwa 4,5 % der österreichischen Bevölkerung, zwischen dem 1. Oktober 1938 und Ende Oktober 1946 etwa 6,8 % der sudetendeutschen Bevölkerung sowie zwischen dem 1. Oktober 1938 und dem 8. Mai 1945 etwa 0,6 % der tschechischen Bevölkerung gewaltsam ums Leben kamen.

Die mit Abstand schwersten Verluste erlitten aber die von Hitlers Genozid-Politik direkt betroffenen Juden: 75.000 in den böhmischen Ländern, 70.000 in der Slowakei, 80.000 in der Karpato-Ukraine, 40.000 in der 1938 an Ungarn abgetretenen Süd-Slowakei – insgesamt wurden also von ursprünglich 360.000 in der Tschechoslowakei lebenden Juden über 265.000 überwiegend in Auschwitz und Theresienstadt ermordet. Rassistische Verfolgung gab es auch gegenüber Roma und Sinti, von denen in den böhmischen Ländern etwa 7.000 Personen ermordet wurden. In Österreich lebten nach der Volkszählung 1934 etwa 215.000 Juden, von denen zwar von 1938 bis 1940 über 130.000 flüchten konnten, zwischen 1938 und 1945 aber über 65.000 gewaltsam ums Leben kamen, meist in Vernichtungslagern „im Osten“ (Auschwitz, Theresienstadt, Łódź, Maly Trostinec, Minsk, Sobibór). Von den überwiegend im Burgenland angesiedelten Roma überlebten 7.000 den Krieg nicht.

Als Resultat der NS-Herrschaft blieb auch die völlige Trennung zwischen den Tschechen einerseits sowie den Sudetendeutschen und Österreichern andererseits. Dies schlug sich nicht zuletzt in Flucht, Vertreibung, Zwangsausweisung und Enteignung von etwa 3 Millionen Sudetendeutschen nieder. Das Ende der NS-Herrschaft in den böhmischen Ländern bedeutete somit auch eine nationale Homogenisierung der Bevölkerung, gleichzeitig eine deutliche Reduzierung der Abwehrstellung der Tschechen gegen die sie nun nicht mehr weitgehend einkreisende deutsche Umwelt und ihren wirtschaftlichen, sozialpsychologischen und kulturellen Einfluss. Die Aufnahme und Integration von etwa 350.000 „Volksdeutschen“ in Österreich (darunter 140.000 Sudetendeutsche) führte auch hier zu einer nationalen Homogenisierung und zu einer Reduzierung der Anteile der bisherigen Minderheiten, auch jener der Wiener Tschechen. Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen wurden von den meisten Tschechen bis 1990 – und von einer Mehrheit auch danach – als berechtigte kollektive Strafe und auch als notwendige Maßnahme der nationalen Sicherheit gese-

hen. Im Wissen um die negativen Auswirkungen und die vielen Nachteile auch für die tschechische Gesellschaft treten heute auch Alternativmodelle, die bereits zwischen 1938 und 1945 im Exil erörtert wurden, in den Vordergrund, etwa Kombinationen von Gebietsabtretung und Umsiedlung. Unmittelbar nach Kriegsende aber obsiegten radikale Lösungen.

Seit der endgültigen kommunistischen Machtergreifung in Prag im Februar 1948 setzte schlagartig das Denken in politisch-ideologischen Blöcken ein, symbolisiert durch einen realen „Eisernen Vorhang“. Österreich gliederte sich – vor allem mit Hilfe des Marshall-Planes – nach und nach in die westliche Werte- und Zivilisationsgemeinschaft ein, die Tschechoslowakei in die östliche, von Moskau dominierte. Rangierte die tschechoslowakische Volkswirtschaft vor 1938 weit vor der österreichischen, so konnte letztere erstere bereits bis 1954 überholen. Diese Erfahrung bewies einerseits die Überlegenheit des westlichen Wirtschaftssystems, stellte andererseits aber auch einen Schock für die Prager Ökonomen dar, die nun den politischen Auftrag für Reformprogramme erhielten. Als ab Mitte der 1960er Jahre der bilaterale Tourismus wieder deutlich zunahm, wurde der wirtschaftliche und gesellschaftliche Rückstand der Tschechoslowakei auch breiteren Bevölkerungsschichten bewusst. Der nun auch die KPČ erreichende „Prager Frühling“ forderte freilich die Bruderparteien in der Sowjetunion, Polen, der DDR, Ungarn und Bulgarien so grundsätzlich heraus, dass sie zum brutalen Mittel einer bewaffneten Intervention mit etwa einer halben Million Mann und Tausenden Panzern und Flugzeugen griffen und die tschechoslowakische Reformbewegung niederwalzten. Während in der Tschechoslowakei Zehntausende Intellektuelle „gesäubert“ wurden, fanden ebenso viele im Westen Zuflucht, ein Teil davon in Österreich. Die Tschechoslowakei und Österreich blieben weitere zwanzig Jahre durch einen „Eisernen Vorhang“ getrennt. Niemals zuvor in der Geschichte waren March und Thaya so unüberwindliche Grenzflüsse gewesen. Aber Václav Havel und die Charta 77 wussten, dass die Mächtigen das Wort fürchten und nicht das Schweigen und dass geistige und bürgerliche Freiheit unteilbar sind und keine Staatsgrenze haben können. Dennoch kam die „Samtene Revolution“ ziemlich überraschend.

Erst im Dezember 1989 wurde der „Eiserne Vorhang“ wieder durchtrennt, nun durchaus mit Zustimmung Moskaus. Unglaublich rasch begannen sich viele Trennlinien wieder aufzulösen. Eine regelrechte Euphorie führte Mährer und Niederösterreicher, Böhmen und Oberösterreicher, Wiener, Brünnner und Prager wieder zusammen. Banken, Industriebetriebe und Handelsfirmen starteten große Kooperationen, aber auch kleine Gewerbebetriebe überwandten die Grenzen. Parallel begannen viele Wissenschafts- und Kulturkontakte. Auf beiden Seiten gab es freilich noch immer viele Vorurteile, bittere Reminiszenzen und Schuld, wie es Václav Havel

formulierte. Leider werde, so meinte der Dichter-Präsident, die Wiederbelebung alter Feindbilder auch in Mitteleuropa wieder Mode. Bilder und Erzählungen von Geschichte werden wieder wirkungsmächtiger. Es ist wohl vor allem „eine Aufgabe der Intellektuellen, der Historiker, der Philosophen und der Schriftsteller, diese Barrieren beim Namen zu nennen und zu analysieren und somit bei deren Zerstörung zu helfen.“<sup>409</sup> Aber die tschechische Nation – seit 1993 von der slowakischen staatlich getrennt – konnte nun ohne äußeren Druck über ihre geostrategische Lage sowie über ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Einbettung reflektieren und nach ihrem freien Willen entscheiden, welcher Sicherheits- und Wirtschaftsarchitektur sie in Hinkunft angehören wollte. Prag entschied sich ziemlich bald für die Aufnahme in die NATO und in die EU, was bereits 1998 bzw. 2004 geschah.

Andererseits machte sich seit der Jahrtausendwende in Österreich wie in Tschechien Europaskepsis breit. Präsident Havel sah als Hintergrund bei seinen Tschechen ein seit 300 Jahren herausgebildetes spezifisches Verhaltensmodell,

das von Generation zu Generation weitergegeben wird und auf einem egoistischen Verhältnis zur Welt beruht: dass die Welt stärker ist als wir, es nicht gut meint mit uns, uns enttäuscht; und dass es deshalb besser ist, sich um diese Welt nicht zu kümmern und sich auf den eigenen Hof zurückzuziehen. Das bedeutet bei der Annäherung an die EU unter anderem, dass kurzfristigen Angelegenheiten vor einer langfristigen Vision und dem langfristigen Interesse der Vorzug gegeben wird. [...] Es handelt sich um eine traditionelle tschechische Kurzsichtigkeit und Selbstbezogenheit, um das Bemühen, nicht in breitere Zusammenhänge einbezogen zu werden, weil sich das für uns in der Vergangenheit verschiedentlich nicht gelohnt hat.<sup>410</sup>

Es bedarf keiner besonderen Phantasie, diese Warnungen Havels auch auf viele Österreicher umzulegen.

Beide Staaten im Zentrum Mitteleuropas haben sich ihrer Mitverantwortung für das aktuelle und künftige Geschehen in dieser Region bewusst zu sein und möglichst gemeinsame Antworten auf viele Herausforderungen zu finden: Wie soll die neue Stellung der beiden Nachbarstaaten in der sich wandelnden Europäischen Union gestaltet werden? Welchen Beitrag können die beiden Staaten mit ihren reichen Erfahrungen für das instabile östliche und südöstliche Europa leisten? Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestehen für die gemeinsame Bewältigung der Flüchtlingskrise seit dem Sommer 2015? – Als sich Anfang September 2015 Deutschland und Österreich zur Aufnahme und Weiterleitung Zehntausender Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten Syriens, des Irak und Afghanistans, die

<sup>409</sup> HAVEL 1993.

<sup>410</sup> Tschechiens Weg in ein neues Europa. Gespräch mit dem Staatspräsidenten Václav Havel. In: Neue Zürcher Zeitung, 28. Juni 2001, 6.

bereits in Ungarn gestrandet waren, entschlossen, wusste niemand, dass innerhalb weniger Monate Hunderttausende auf der „Balkanroute“ folgen würden. Innerhalb nur eines halben Jahres fanden nahezu 100.000 Flüchtlinge Aufnahme in Österreich, über eine Million in Deutschland und über 150.000 in Schweden. Eine von der EU-Kommission vorgeschlagene Aufteilung auf weitere EU-Staaten konnte aber nicht durchgesetzt werden, da sie auf grundsätzlichen Widerstand stieß, nicht zuletzt seitens der Visegrád-Staaten. Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn wehrten und wehren sich vehement gegen die Aufnahme konfessionell und kulturell „fremder“ Flüchtlinge. Hingegen waren sie gemeinsam mit Österreich bereit, Makedonien bei der Errichtung eines Grenzzauns an der griechischen Grenze materiell und finanziell zu unterstützen. Tatsächlich wurde damit der Flüchtlingsstrom entlang der Balkanroute ab Anfang März 2016 weitgehend gestoppt. Ein von Deutschland forciertes EU-Türkei-Abkommen brachte zusätzliche Entlastung. Doch niemand vermag die weitere Entwicklung der Flüchtlingskrise vorherzusagen. Und niemand vermag die Auswirkungen des „Brexit“ und des Regimewechsels in Washington abzuschätzen. Zweifellos müssten diese internationalen Krisen die beiden Nachbarstaaten Österreich und Tschechien zu intensiverer Zusammenarbeit veranlassen.

Darüber hinaus ergeben sich für beide Staaten und ihre Gesellschaften drängende Zukunftsfragen:

- Soll die in beiden Staaten infolge geringer Geburtenquote stagnierende Bevölkerungszahl durch eine gezielte Einwanderungspolitik gesteuert werden?
- Wie können die in Österreich und Tschechien prosperierenden Industrie- und Gewerbestandorte in der globalen Konkurrenz erhalten werden, um genügend Arbeitsplätze zu sichern?
- Wie kann die mittel- und kleinteilige Agrarstruktur gegenüber den weltweit agierenden Agrarkonzernen bestehen?
- Welche energiepolitischen Maßnahmen werden gegenüber den enormen klimatischen Veränderungen getroffen?
- Was unternimmt die Bildungs- und Wissenschaftspolitik, um möglichst alle Talente und Fähigkeiten der jungen Generation zu fördern und Spitzenkräfte für Politik, Wirtschaft und Kultur heranzubilden?
- Wie können die beiden Zivilgesellschaften mit ihren demokratischen Institutionen gegenüber Tendenzen eines neuen/alten Chauvinismus und hin zu „modernen“ Diktaturen bestehen?
- Wie überwinden die österreichische und die tschechische Gesellschaft die gegenseitigen Blockaden der politischen Parteien und die akuten Ängste der Wohlstandsgesellschaft, und wie stellen sie sich den Herausforderungen des Welthandels und der weltweiten Vernetzung?

In seiner Grußbotschaft zum Symposium „225 Jahre Bohemistik an der Universität Wien“ am 13. Oktober 2000 hatte es Präsident Havel bereits sehr deutlich formuliert: „Die Vergangenheit kann nicht unser Programm sein!“ Zwar haben die Tschechen und Österreicher eine „gemeinsame Geschichte“, es wäre aber klug und ist vielleicht sogar zwingend, dass sie auch die Möglichkeiten einer „gemeinsamen Zukunft“ ins Auge fassen, obwohl die gegenseitigen Vorurteile alle Epochen und Regime überdauert haben.<sup>411</sup>

---

<sup>411</sup> MĚŠT’AN 1999; RUMPLER 2011, 110.

## 14. Bibliographie

- ADLER, VIKTOR (1929): Der Parteimann. Aufsätze, Reden und Briefe. Bd. IV. Wien.
- ADLGASSER, FRANZ (2014): Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918. Konstituierender Reichstag 1848–1849, Reichsrat 1861–1918. 2 Bde. Wien.
- AFFLERBACH, HOLGER (2016): Die Deutschösterreicher zwischen Staatsräson und „Nibelungentreue“. In: RUMPLER 2016a, 651–678.
- ALEXANDER, MANFRED (Hg.) (1983–2009): Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1918–1932. 3 Teile. München / Wien.
- ALLMAYER-BECK, JOHANN CHRISTOPH (2003): Die Führung vielsprachiger Streitkräfte: Die k.u.k. Armee als Beispiel. In: DERS.: Militär, Geschichte und politische Bildung: Aus Anlass des 85. Geburtstages des Autors. Hg. v. PETER BROUCEK u. ERWIN SCHMIDL. Wien, 370–384.
- ALMOND, NINA / LUTZ, RALPH (Hg.) (1935): The Treaty of S. Germain. Stanford, CA / London.
- ALY, GÖTZ (2005): Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt am Main.
- APPELT, HEINRICH (1991): Das Herzogtum Österreich. In: DRABEK, ANNA M. (Hg.): Österreich im Hochmittelalter (907 bis 1246). Wien, 271–330.
- ARA, ANGELO (1990): Die italienische Österreichpolitik. In: STOURZH / ZAAR 1990, 111–129.
- ARBURG, ADRIAN VON (2004): Zwischen Vertreibung und Integration. Tschechische Deutschenpolitik 1947–1953. Disertační práce FSV UK, Praha.
- ARBURG, ADRIAN VON / STANĚK, TOMÁŠ (Hg.) (2010/11): Vysídlení Němců a proměny českého pohraničí 1945–1951. Dokumenty z českých archivů [Die Aussiedlung der Deutschen und die Veränderungen des tschechischen Grenzlandes 1945–1951. Dokumente aus tschechischen Archiven]. Bde. I, II.1, II.3. Středokluky.
- ARETIN, KARL OTHMAR FRH. V. (1993–2000): Das Alte Reich, 1648–1806. 4 Bde. Stuttgart.
- BALZER, CHRISTA (1965): Die Deutsche Heldensage. In: Kindlers Literaturlexikon. Bd. II. Weinheim, 2584f.
- BAHLCKE, JOACHIM (1994): Regionalismus und Staatsintegration im Widerstreit. Die Länder der Böhmisches Krone im ersten Jahrhundert der Habsburgerherrschaft, 1526–1619. München.
- BAILER-GALANDA, BRIGITTE / GARSCHA, WINFRIED (2005): Der österreichische Staatsvertrag und die Entnazifizierung. In: SUPPAN u. a. 2005, 629–654.
- BAK, JÁNOS (1994): The Late Medieval Period, 1382–1526. In: SUGAR, PETER F. / HANÁK, PÉTER / FRANK, TIBOR (Hg.): A History of Hungary. Bloomington / Indianapolis, 54–82.
- BALCAR, JAROMÍR (2014): Kanonen für Hitler – Traktoren für Stalin. Großunternehmen in Böhmen und Mähren 1938–1950. München.
- BARBER, DIETER (1965): Kinder- und Hausmärchen. In: Kindlers Literaturlexikon. Bd. IV. Weinheim, 5238f.
- BARKER, THOMAS M. (1967): Double Eagle and Crescent. Vienna's Second Turkish Siege and Its Historical Setting. New York.
- BARTH, BORIS (2016): Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938. Frankfurt am Main.
- BASSETT, RICHARD (2015): For God and Kaiser. The Imperial Austrian Army from 1619 to 1918. New Haven / London.
- BASTL, BEATRIX (2000): Tugend, Liebe, Ehre. Die adelige Frau in der Frühen Neuzeit. Wien / Köln / Weimar.

- BAUER, KURT (2015): Februar und Juli 1934 – neue Forschungsergebnisse. In: DIPPELREITER / PROSL 2015, 67–80.
- BAUER, LEONHARD / MATIS, HERBERT (1989): Geburt der Neuzeit. Vom Feudalsystem zur Marktwirtschaft. 2. Aufl. München.
- BAUER, OTTO (1923): Die österreichische Revolution. Wien.
- BAUER, OTTO (1934): Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Seine Ursachen und seine Wirkungen. Prag.
- BEATTIE, DAVID (2005): Liechtenstein. Geschichte & Gegenwart. Triesen.
- BECHER, PETER / HEUMOS, PETER (Hg.) (1992): Drehscheibe Prag. Zur deutschen Emigration in der Tschechoslowakei 1933–1939. München.
- BEER, SIEGFRIED (1988): Der „unmoralische“ Anschluss. Britische Österreichpolitik zwischen Containment und Appeasement 1931–1934. Wien / Köln / Graz.
- BÉLY, LUCIEN (2005): Les temps modernes (1515–1789). In: VILLEPIN 2005, 159–404.
- BÉRENGER, JEAN (1995): Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273–1918. Wien.
- BENEŠ, EDVARD (1928): Der Aufstand der Nationen. Der Weltkrieg und die Tschechoslowakische Revolution. Berlin.
- BENEŠ, EDVARD (1934a): Das Problem Mitteleuropa und die Lösung der österreichischen Frage. Exposé des Ministers vor beiden Kammern des Parlaments, Prag, 21. März 1934.
- BENEŠ, EDVARD (1934b): Řeč k Slovákům. O naší národní přítomnosti a budoucnosti [Rede an die Slowaken. Über unsere nationale Gegenwart und Zukunft]. Praha.
- BENEŠ, ZDENĚK / KURAL, VÁCLAV (Hg.) (2002): Geschichte verstehen. Die Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen in den böhmischen Ländern 1848–1948. Prag.
- BENZ, WOLFGANG (2013): Theresienstadt. Eine Geschichte von Täuschung und Vernichtung. München.
- BERGER-WALDENEGG, GEORG CHRISTOPH (2002): Mit vereinten Kräften! Zum Verhältnis von Herrschaftspraxis und Systemkonsolidierung im Neoabsolutismus am Beispiel der Nationalanleihe von 1854. Wien / Köln / Weimar.
- Bericht 1919 = Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye. Nr. 379 der Beilagen der Stenographischen Protokolle der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich. 2 Bde. Wien 1919.
- BIMAN, STANISLAV / ČÍLEK, ROMAN (o. J.): Der Fall Grün und das Münchener Abkommen. Berlin.
- BINDER, DIETER A. (1996): Der Skandal zur „rechten“ Zeit. Die Hirtenberger Waffenaffäre an der Nahtstelle zwischen Innen- und Außenpolitik. In: GEHLER, MICHAEL / SICKINGER, HUBERT (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Thaur / Wien / München, 278–292.
- BISCHOF, GÜNTER / KARLHOFFER, FERDINAND (Hg.) (2013): Austria's International Position after the End of the Cold War. New Orleans (Contemporary Austrian Studies; 22).
- BISCHOF, GÜNTER / STELZL-MARX, BARBARA / KOFLER, ALEXANDRA (Hg.) (2015): Zukunftsfonds der Republik Österreich. Entstehung, Entwicklung und Bedeutung. Wien / Köln / Weimar.
- BISCHOFF, NORBERT (1928): Österreichische Außenpolitik. In: EXNER, WILHELM (Hg.): 10 Jahre Wiederaufbau. Die staatliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Republik Österreich 1918–1928. Wien, 23–34.
- BISMARCK, OTTO VON (1924–1935): Die gesammelten Werke. 15 Bde. Berlin.
- BLAZNIK, PAVLE / GRAFENAUER, BOGO / VILFAN, SERGIJ (Hg.) (1970/1980): Gospodarska in družbena zgodovina Slovencev [Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Slowenen. Geschichte der Land- und Forstwirtschaft]. 2 Bde. Ljubljana.
- BLEHOVA, BEATA (2006): Der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei. Wien (Europa Orientalis; 2).

- BLOCKMANS, WIM (1997): *A History of Power in Europe. Peoples, Markets, States.* Antwerp.
- BÖRNERT, GOTTFRIED / ENGELHARDT, RUDOLF / GROSS, REINER / KOBUCH, MANFRED / MÜLLER, ERNST (Hg.) (1983): *Martin Luther, 1483–1546. Dokumente seines Lebens und Wirkens.* Weimar.
- BOTZ, GERHARD (2008): *Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39.* Erweiterte Neuauflage. Wien.
- BOYER, CHRISTOPH (1999): *Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918–1938).* München (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 42).
- BOYER, JOHN W. (2010): *Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf.* Wien / Köln / Weimar.
- BRACKERT, HELMUT (1965): *Deutsche Grammatik.* In: *Kindlers Literaturlexikon.* Bd. II. Weinheim, 2584.
- BRANDES, DETLEV (1969/1975): *Die Tschechen unter deutschem Protektorat.* Bd. 1: *Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939–1942);* Bd. 2: *Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren von Heydrichs Tod bis zum Prager Aufstand (1942–1945).* München / Wien.
- BRANDES, DETLEV (2001): *Nationalsozialistische Tschechenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren.* In: HOENSCH, JÖRG K. / LEMBERG, HANS (Hg.): *Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815–1899.* Essen 2001, 119–133.
- BRANDES, DETLEV (2005): *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen.* 2. Aufl. München.
- BRANDES, DETLEV (2008): *Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938.* München (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; 107).
- BRANDES, DETLEV (2012): *„Umvolkung, Umsiedlung, rassische Bestandsaufnahme“. NS-„Volkstumspolitik“ in den böhmischen Ländern.* München.
- BRANDES, DETLEV / MIŠKOVÁ, ALENA (2013): *Vom Osteuropa-Lehrstuhl ins Prager Rathaus. Josef Pfitzner 1901–1945.* Prag / Essen.
- BRANDES, DETLEV / SUNDHAUSEN, HOLM / TROEBST, STEFAN (Hg.) (2010): *Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts.* Wien / Köln / Weimar.
- BRANDT, HARM-HINRICH (1978): *Der österreichische Neoabsolutismus: Staatsfinanzen und Politik 1848–1860.* 2 Bde. Göttingen.
- BRAUBACH, MAX (1962–1965): *Prinz Eugen von Savoyen.* 5 Bde. Wien.
- BRAUMANDL, WOLFGANG (1985): *Die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Deutschen Reiches im Sudetenland 1938–1945.* Nürnberg.
- BRAUNEDER, WILHELM (2000): *Die Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 bis 1918.* In: RUMPLER / URBANITSCH 2000, 69–237.
- BRAUNEDER, WILHELM / HÖBELT, LOTHAR (Hg.) (1996): *Sacrum Imperium. Das Reich und Österreich, 996–1806.* Wien.
- BREMM, KLAUS-JÜRGEN (2016): *1866. Bismarcks Krieg gegen die Habsburger.* Darmstadt.
- BRETHOLZ, BERTOLD (1921/25): *Geschichte Böhmens und Mährens,* 4 Bde. Reichenberg.
- BRIDGE, FRANCIS ROY (1989): *Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten.* In: WANDRUSZKA / URBANITSCH 1989, Bd. 1, 196–373.
- BRIX, EMIL (1982): *Die Umgangssprachen in Altösterreich zwischen Agitation und Assimilation. Die Sprachenstatistik in den zisleithanischen Volkszählungen 1880 bis 1910.* Wien / Köln / Graz.

- BROADBERRY, STEPHEN / O'ROURKE, KEVIN H. (Hg.) (2010): *The Cambridge Economic History of Modern Europe*. Bd. 2: 1870 to the Present. Cambridge.
- BROD, TOMAN (2002): *Osudný omyl Edvarda Beneše 1939–1948. Československá cesta do sovětského područí [Der schicksalhafte Irrtum von Edvard Beneš 1939–1948. Der tschechoslowakische Weg in die sowjetische Abhängigkeit]*. 2. Aufl. Praha.
- BRODBECK, DAVID (2014): *Defining Deutschtum. Political Ideology, German Identity, and Music-Critical Discourse in Liberal Vienna*. Oxford / New York.
- BROUSEK, KARL M. (1987): *Die Großindustrie Böhmens 1848–1918*. München.
- BRUCKMÜLLER, ERNST (1984): *Zur Sozialstruktur der Habsburgermonarchie*. In: KÜHNEL u. a. 1984, 99–113.
- BRUCKMÜLLER, ERNST (1996): *Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse*. 2. Aufl. Wien / Köln / Graz.
- BRUCKMÜLLER, ERNST (2001): *Sozialgeschichte Österreichs*. 2. Aufl. Wien / München.
- BRUCKMÜLLER, ERNST / KNITTLER, HERBERT (1991): *Wirtschaft und Gesellschaft*. In: DRABEK, ANNA M. (Hg.): *Österreich im Hochmittelalter (907 bis 1246)*. Wien, 445–503.
- BRÜGEL, JOHANN W. (1967): *Tschechen und Deutsche, 1918–1938*. München.
- BRUGGER, EVELINE (2006): *Von der Ansiedlung bis zur Vertreibung – Juden in Österreich im Mittelalter*. In: BRUGGER u. a. 2006, 123–227.
- BRUGGER, EVELINE / KEIL, MARTHA / LICHTBLAU, ALBERT / LIND, CHRISTOPH / STAUDINGER, BARBARA (Hg.) (2006): *Geschichte der Juden in Österreich*. Wien (Österreichische Geschichte).
- BRUNNER, KARL (2003): *Herzogtümer und Marken. Vom Ungarnsturm bis ins 12. Jahrhundert*. Wien (Österreichische Geschichte 907–1156).
- BRUNNER, OTTO (1965): *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter*. 5. Aufl. Wien, Nachdruck Darmstadt.
- BRYANT, CHAD (2007): *Prague in Black. Nazi Rule and Czech Nationalism*. Cambridge, MA / London.
- BUCHVALDEK, MIROSLAV u. a. (Hg.) (1986): *Československé dějiny v datech [Tschechoslowakische Geschichte in Daten]*. Praha.
- BUGGE, PETER (1994): *Czech Nation-Building. National Self-Perception and Politics, 1780–1914*. PhD Diss., University of Aarhus.
- BÜHLER, KONRAD / SCHUSTERSCHITZ, GREGOR / WIMMER, MICHAEL (2002): *Die Beneš-Dekrete und die tschechischen Rückstellungsgesetze aus menschen- und europarechtlicher Sicht*. In: *Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik* 19, 15–66.
- BUKEY, EVAN BURR (2000): *Hitler's Austria. Popular Sentiment in the Nazi Era, 1938–1945*. Chapel Hill / London.
- BURGER, HANNELORE (1995): *Sprachenrecht und Sprachgerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen, 1867–1918*. Wien.
- BUSSMANN, KLAUS / SCHILLING, HEINZ (Hg.) (1998): *1648. Krieg und Frieden in Europa*. 3 Bde. Münster / Osnabrück.
- BŮŽEK, VÁCLAV (1993): *Zum tschechisch-deutschen Bilinguismus in den böhmischen und österreichischen Ländern in der frühen Neuzeit*. In: *Österreichische Osthefte* 35, 577–592.
- BŮŽEK, VÁCLAV (2009): *Ferdinand von Tirol zwischen Prag und Innsbruck. Der Adel aus den böhmischen Ländern auf dem Weg zu den ersten Höfen der Habsburger*. Wien.
- BŮŽEK, VÁCLAV / GRULICH, JOSEF (1993): *Das wirtschaftliche Bild der böhmisch-österreichischen Grenze in der frühen Neuzeit*. In: *WINKELBAUER* 1993, 147–153.
- BŮŽEK, VÁCLAV / KRÁL, PAVEL / VYBÍRAL, ZDENĚK (2002): *Der Adel in den böhmischen Ländern 1526–1740*. In: *Anzeiger der philosophisch-historischen Klasse* 137, 55–98.
- ČAPEK, KAREL (1969): *Gespräche mit T. G. Masaryk*. München.

- CARSTEN, FRANCIS L. (1988): Die Erste Österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen. Wien / Köln / Graz.
- CASTELLAN, GEORGES (1990): Ein Vorspiel zum Anschluß (1935–1937). Nach der Korrespondenz des französischen Militärattachés in Wien, Oberst Salland. In: STOURZH, GERALD / ZAAR, BIRGITTE (Hg.): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938. Wien, 147–166.
- ČELOVSKÝ, BOŘIVOJ (1995): So oder so. Řešení české otázky podle německých dokumentů 1933–1945. Šenov u Ostravy; CELOVSKY, BORIS (2005): Germanisierung und Genozid. Hitlers Endlösung der tschechischen Frage. Deutsche Dokumente 1933–1945. Dresden.
- CERMAN, MARKUS / ZEITLHOFER, HERMANN (Hg.) (2002): Soziale Strukturen in Böhmen. Ein regionaler Vergleich von Wirtschaft und Gesellschaft in Grundherrschaften, 16.–19. Jahrhundert. Wien / München (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien; 28).
- CHALINE, OLIVIER (1998): Die Schlacht am Weißen Berg. In: BUSSMANN, KLAUS / SCHILLING, HEINZ (Hg.): 1648. Krieg und Frieden in Europa. Bd. 1. Münster / Osnabrück, 95–101.
- CLARK, CHRISTOPHER (2007): Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947. München.
- CLARK, CHRISTOPHER (2012): The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914. London.
- COHEN, GARY B. (1981/2006): The Politics of Ethnic Survival: Germans in Prague, 1861–1914. 1. Aufl. Princeton, 2. Aufl. West Lafayette, IN.
- COHEN, GARY B. (1996): Education and Middle-Class Society in Imperial Austria 1848–1918. West Lafayette, IN.
- COLLEGIUM BOHEMICUM (Hg.) (2010): Tragická místa paměti. Tragische Erinnerungsorte. Praha.
- CONNELY, JOHN (1999): Nazis and Slavs: From Racial Theory to Racist Practice. In: Central European History 32, H. 1, 1–33.
- CONRADS, NORBERT (Hg.) (2002): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Schlesien. 2. Aufl. Berlin.
- COOLIDGE, ARCHIBALD CARY (1932): Life and Letters. Hg. v. Harold Jefferson Coolidge u. Robert Howard Lord. Boston / New York.
- CORNWALL, MARK (1997): “National Reparation”? The Czech Land Reform and the Sudeten Germans 1918–1938. In: The Slavonic and East European Review 75/2, 259–280.
- CORNWALL, MARK (2016): Das Ringen um die Moral des Hinterlandes. In: RUMPLER 2016a, 393–435.
- COUDENHOVE-KALERGI, BARBARA / RATHKOLB, OLIVER (Hg.) (2002): Die Beneš-Dekrete. Wien.
- CSÁKY, MORITZ (1987): Die Gesellschaft. In: KÜHNEL u. a. 1987, 39–51.
- ČVANČARA, JAROSLAV (1997/2002/2004): Někomu život, Někomu smrt. Československý odboj a nacistická okupační moc 1939–1945 [Jemandes Leben. Jemandes Tod. Der tschechoslowakische Widerstand und die nationalsozialistische Okkupationsmacht 1939–1945]. Praha.
- DAMBORSKÁ, ANETA (2012): Česke edice pohádek bratří Grimmů. [The Czech Editions of Grimm’s Fairy Tales]. Bakalářská diplomová práce, Univ. Olomouc.
- DEAK, ISTVAN (1979): The Lawful Revolution. Louis Kossuth and the Hungarians, 1848–1849. New York.
- DEÁK, ISTVÁN (1985): The Habsburg army in the first and last days of World War I: a comparative analysis. In: KIRÁLY, BÉLA K. / DREISIGER N. F. (Hg.): East Central European society in World War I. New York, 301–312.
- DEÁK, ISTVÁN (1990): Beyond Nationalism: A Social and Political History of the Habsburg Officer Corps, 1848–1918. New York. Der k.(u.)k. Offizier 1848–1918. 2. Aufl. Wien / Köln / Weimar 1995.

- DEAK, JOHN (2015): *Forging a Multinational State: State Making in Imperial Austria from the Enlightenment to the First World War*. Stanford.
- DEJMEK, JINDŘICH (2002): *Československo, jeho sousedé a velmoci ve XX. století (1918–1992). Vybrané kapitoly z dějin československé zahraniční politiky [Die Tschechoslowakei, ihre Nachbarn und die Großmächte im 20. Jahrhundert (1918–1992). Ausgewählte Kapitel aus der Geschichte der tschechoslowakischen Außenpolitik]*. Praha.
- DEJMEK, JINDŘICH (2005): *The Communist Coup d'Etat in Czechoslovakia in February 1948 and Democratic Western Europe*. In: *Historica* 12, 115–142.
- DEMETZ, PETER (1997): *Prague in Black and Gold. Scenes from the Life of a European City*. New York.
- DENNLER, WILHELM (1953): *Die böhmische Passion*. Freiburg im Breisgau / Frankfurt am Main.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (Hg.) (1990): *Fragen an die deutsche Geschichte. Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart*. Historische Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin. Katalog. Bonn.
- DICKSON, PETER G. M. (1987): *Finance and Government under Maria Theresia 1740–1780*. Oxford.
- DIPPELREITER, MICHAEL / PROSL CHRISTIAN (Hg.) (2015): *Österreich 1934 – das Spiel mit dem Feuer. Versuch einer differenzierten Betrachtung*. Klagenfurt am Wörthersee.
- DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES (Hg.) (1988): *„Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation*. Wien.
- DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES (Hg.) (2014): *Täter. Österreichische Akteure im Nationalsozialismus*. Wien (Jahrbuch).
- DOLEŽAL, JIŘÍ (1996): *Česká kultura za protektorátu. Školství, písemnictví, kinematografie [Die tschechische Kultur während des Protektorats. Schulwesen, Literatur, Film]*. Praha.
- DOLEZEL HEIDRUN / DOLEZEL STEPHAN (Hg.) (1991): *Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Teil 4: Vom Vorabend der Machtergreifung in Deutschland bis zum Rücktritt von Präsident Masaryk 1933–1935*. München.
- DOPSCH, HEINZ (2003): *Die Länder und das Reich. Der Ostalpenraum im Hochmittelalter*. Wien (Österreichische Geschichte 1122–1278).
- DOUGLAS, RAY M. (2012): *„Ordnungsgemäße Überführung“*. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. München.
- DROBESCH, WERNER (2003): *Grundherrschaft und Bauer auf dem Weg zur Grundentlastung. Die „Agrarrevolution“ in den innerösterreichischen Ländern*. Klagenfurt.
- DUCHHARDT, HEINZ (1997): *Balance of Power und Pentarchie. Internationale Beziehungen 1700–1785*. Paderborn / München / Wien / Zürich (Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen; 4).
- DUCHHARDT, HEINZ (1998): *DER Westfälische Friede als lieu de mémoire in Deutschland und Europa*. In: BUSSMANN, KLAUS / SCHILLING, HEINZ (Hg.): *1648. Krieg und Frieden in Europa*. Bd. 1. Münster / Osnabrück, 41–47.
- DUFF, SHEILA GRANT (1970): *A German Protectorate. The Czechs under Nazi Rule*. London.
- DUINDAM, JEROEN (2003): *Vienna and Versailles. The Courts of Europe's Dynastic Rivals, 1550–1780*. Cambridge.
- DUINDAM, JEROEN (2016): *Dynasties. A Global History of Power, 1300–1800*. Cambridge.
- EBERHARD, WINFRIED (1998): *Böhmen und Mähren von den Anfängen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts*. In: BAHLCKE, JOACHIM / EBERHARD, WINFRIED / POLÍVKA, MILOSLAV (Hg.): *Böhmen und Mähren*. Stuttgart, XVIII–CI.

- EDELMAYER, FRIEDRICH (2002): Söldner und Pensionäre. Das Netzwerk Philipps II. im Heiligen Römischen Reich. Wien / München.
- ELLIOTT, JOHN (1998): Krieg und Frieden in Europa, 1618–1648. In: BUSSMANN, KLAUS / SCHILLING, HEINZ (Hg.): 1648. Krieg und Frieden in Europa. Bd. 1. Münster / Osnabrück, 23–40.
- ELSTE, ALFRED / KOSCHAT, MICHAEL / FILIPIĆ HANZI (2000): NS-Österreich auf der Anklagebank. Anatomie eines politischen Schauprozesses im kommunistischen Slowenien. Klagenfurt / Ljubljana / Wien.
- ENDERLE-BURCEL, GERTRUDE / JEŘÁBEK, RUDOLF (2004–2006): Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik, Kabinett Figl I, 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949. Bearb. v. PETER MÄHNER u. WALTER MENTZEL. Bde. 1–4. Wien.
- ENDERLE-BURCEL, GERTRUDE / JEŘÁBEK, RUDOLF / MUELLER, WOLFGANG (2016): Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik, Kabinett Figl I. Bd. 9: 27. Jänner 1948 bis 23. März 1948. Bearb. v. ELISABETH GMOSEK, PETER MELICHAR, STEFAN SEMOTAN. Wien.
- ENDERLE-BURCEL, GERTRUDE / STIEFEL, DIETER / TEICHOVA, ALICE (Hg.) (2006): „Zarte Bande“. Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder – „Delicate Relationships“. Austria and Europe's Planned Economies. Wien (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs; Sonderbd. 9).
- Die Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern, hg. von dem Bureau der k. k. Statistischen Zentralkommission. H. 1: Die summarischen Ergebnisse der Volkszählung. Wien 1912.
- ERMACORA, FELIX (1992): Die sudetendeutschen Fragen. Rechtsgutachten. München.
- EVANS, RICHARD J. (2009): Das Dritte Reich. Bd. III: Krieg. München.
- EVANS, ROBERT J. W. (1973): Rudolf II and His World: A Study in Intellectual History. Oxford.
- EVANS, ROBERT J. W. (1986): Das Werden der Habsburgermonarchie 1550–1700. Gesellschaft, Kultur, Institutionen. Wien / Köln / Graz.
- EVANS, R. J. W. (2009): Communicating Empire: The Habsburgs and their Critics, 1790–1919. In: Transactions of the Royal Historical Society 19, 117–138.
- FASORA, LUKÁŠ / HANUŠ, JIŘÍ / MALÍŘ JIŘÍ (Hg.) (2004): Člověk na Moravě 19. století [Der Mensch in Mähren im 19. Jahrhundert]. Brno.
- FATA, MÁRTA (2000): Ungarn, das Reich der Stephanskronen, im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Multiethnizität, Land und Konfession 1500 bis 1700. Münster.
- FEICHTINGER, JOHANNES (2010): Wissenschaft als reflexives Projekt. Von Bolzano über Freud zu Kelsen: Österreichische Wissenschaftsgeschichte 1848–1938. Bielefeld.
- FEICHTINGER, JOHANNES / MATIS, HERBERT / SIENELL, STEFAN / UHL, HEIDEMARIE (Hg.) (2013): Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945. Katalog zur Ausstellung. Wien.
- FELDMAN, GERALD D. / RATHKOLB, OLIVER / VENUS, THEODOR / ZIMMERMANN, ULRIKE (2006): Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. 2 Bde. München.
- FELLNER, FRITZ (1983): Der Vertrag von St. Germain. In: WEINZIERL, ERIKA / SKALNIK, KURT (Hg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1. Graz / Wien / Köln, 85–106.
- FENWICK, CHARLES (1938): Editorial Comment: Fuit Austria. In: American Journal of International Law 32, 312–314.
- FERENC, TONE (Hg.) (1980): Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik in Slowenien 1941–1945. Maribor.

- FERENČUHOVÁ, BOHUMILA / ZEMKO, MILAN u. a. (Hg.) (2012): V medzivojnovom Československu, 1918–1939 [In der Zwischenkriegszeit-Tschechoslowakei, 1918–1939]. Bratislava (Slovensko v 20. Storočí; 3).
- FICHTENAU, HEINRICH (1992): Ketzler und Professoren. Häresie und Vernunftglaube im Hochmittelalter. München.
- FILLITZ, HERMANN (1986): Die Schatzkammer in Wien. Symbole abendländischen Kaisertums. Salzburg / Wien.
- FLOTZINGER, RUDOLF (Hg.) (2002–2006): Oesterreichisches Musiklexikon. 5 Bde. Wien.
- FRANKL, MICHAL (2011): „Prag ist nunmehr antisemitisch“. Tschechischer Antisemitismus am Ende des 19. Jahrhunderts. Berlin.
- FREI, NORBERT (2010): Führerbilderwechsel. Hitler und die Deutschen nach 1945. In: THAMER HANS-ULRICH / ERPEL SIMONE (Hg.): Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen. Dresden, 142–147.
- FREUND, FLORIAN / PERZ, BERTRAND (2001): Zwangsarbeit von zivilen AusländerInnen, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und ungarischen Juden in Österreich. In: TALOS u. a. 2001, 644–695.
- FRIEDLÄNDER, SAUL (1998/2008): Das Dritte Reich und die Juden. 2 Bde. München.
- FRÖHLICH, ELKE (Hg.) (1993–2006): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941. 9 Bde. Teil II: Diktate 1941–1945. 15 Bde. München.
- FROMMER, BENJAMIN (2005): National Cleansing. Retribution against Nazi Collaborators in Postwar Czechoslovakia. Cambridge.
- FUČIKOVÁ, ELIŠKÁ (1998): Das Schicksal der Sammlungen Rudolfs II. vor dem Hintergrund des Dreißigjährigen Krieges. In: BUSSMANN, KLAUS / SCHILLING, HEINZ (Hg.): 1648. Krieg und Frieden in Europa. Bd. 2. Münster / Osnabrück, 173–180.
- GALANDAUER, JAN (2007): Karel I. Poslední český král [Karl I. Der letzte böhmische König]. Praha / Litomyšl.
- GALL, LOTHAR u. a. (Hg.) (1995): Die Deutsche Bank 1870–1945. München.
- GEBEL, RALF (1999): „Heim ins Reich!“ Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland 1938–1945. München (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; 83).
- GEBHART, JAN / KUKLÍK, JAN (1996): Dramatické i všední dny Protektorátu [Dramatik und Alltag des Protektorats]. Praha.
- GEBHART, JAN / KUKLÍK, JAN (2004): Druhá republika 1938–39. Svár demokracie a totality v politickém, společenském a kulturním životě [Die Zweite Republik 1938–39. Konflikt der Demokratie mit dem Totalitarismus im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben]. Praha.
- GEBHART, JAN / KUKLÍK, JAN (2006/07): Velké dějiny země Koruny české [Große Geschichte der Länder der böhmischen Krone]. Bde. XVa, XVb. Praha / Litomyšl.
- GEDYE, G. E. R. (1939): Betrayal in Central Europe: Austria and Czechoslovakia: The Fallen Bastions. New York.
- GEHLER, MICHAEL (2005): Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts. Innsbruck / Wien / Bozen.
- GEHLER, MICHAEL (2015): Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945–1955. Innsbruck / Wien / Bozen.
- GERMANN, RICHARD (2006): Die „Österreicher“ in Ost- und Südosteuropa im Zweiten Weltkrieg. Phil. Diss. (ungedruckt), Univ. Wien.
- GERWARTH, ROBERT (2011): Hitler's Hangman. The Life of Heydrich. New Haven, CT.
- GLASSHEIM, EAGLE (2005): Noble Nationalists. The Transformation of the Bohemian Aristocracy. Cambridge, MA / London.
- GLATZ, FERENC (Hg.) (1995): A magyarok krónikája [Die Chronik der Magyaren]. Budapest.
- GLETTNER, MONIKA (1972): Die Wiener Tschechen um 1900. Wien / München.

- GLETTLER, MONIKA / LIPTÁK, LUBOMÍR / MIŠKOVÁ, ALENA (2004): *Geteilt, besetzt, beherrscht. Die Tschechoslowakei 1938–1945: Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei*. Essen (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission; 11. Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa; 25).
- GLOTZ, PETER / POLLOK, KARL-HEINZ / SCHWARZENBERG, KARL VON / NES ZIEGLER, JOHN VAN (Hg.) (1990): *München 1938. Das Ende des alten Europa*. Red. v. FRANK BOLDT, RUDOLF HILF u. WILLIBALD REITER. Essen.
- GODSEY, WILLIAM D. (2015): *Das Habsburgerreich während der Napoleonischen Kriege und des Wiener Kongresses*. In: HUSSLEIN-ARCO u. a. 2015, 29–35.
- GOLDINGER, WALTER / BINDER DIETER A. (1992): *Geschichte der Republik Österreich 1918–1938*. Wien / München.
- GOLDSTEIN, IVO / GOLDSTEIN, SLAVKO (2015): *Tito*. Zagreb.
- GOOD, DAVID F. (1986): *Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750–1914*. Wien / Köln / Graz (Forschungen zur Geschichte des Donauraumes; 7).
- GOTTMANN, ANDREAS (2010): *Rom und die nationalen Katholizismen in der Donaumonarchie. Römischer Universalismus, habsburgische Reichspolitik und nationale Identitäten 1878–1914*. Wien.
- GRAF, MAXIMILIAN (2016a): *Österreich und die DDR 1949–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung*. Wien (Internationale Geschichte / International History; 3).
- GRAF, MAXIMILIAN (2016b): *Die Wirtschaftsbeziehungen in der Ära Kreisky: Entwicklung und Probleme des österreichischen Osthandels mit der ČSSR 1970–1983*. In: *Prague Papers on the History of International Relations* 1, 98–120.
- GRAUS, FRANTIŠEK (1965): *Die Entstehung der mittelalterlichen Staaten in Mitteleuropa*. In: *Historica* 10, 5–66.
- GRISCHANY, THOMAS R. (2007): *The Austrians in the German Wehrmacht, 1938–1945*. Chicago.
- GRUNER, WOLF (2000): *Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938–1945*. Innsbruck / Wien.
- GRUNER, WOLF (2016): *Die Judenverfolgung im Protektorat Böhmen und Mähren. Lokale Initiativen, zentrale Entscheidungen, jüdischen Antworten 1939–1945*. Göttingen.
- HAAS, HANNS (1995): *Das Ende der deutsch-tschechischen Symbiose in Südmähren*. In: KOMLOSY, ANDREA / BŮŽEK, VÁCLAV / SVÁTEK, FRANTIŠEK (Hg.): *Kulturen an der Grenze. Waldviertel – Weinviertel – Südböhmen – Südmähren*. Waidhofen an der Thaya, 311–360.
- HAAS, HANNS (2000): *Dörfer an der Grenze – Bericht von einem österreichisch-tschechischen Forschungsprojekt*. In: LEMBERG, HANS (Hg.): *Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert*. Marburg, 209–245.
- HAAS, HANNS / KOVAŘÍK, DAVID / NIKRMAJER, LEOŠ / PERZI, NIKLAS / PETRÁŠ, JIŘÍ (Hg.) (2013): *So nah, so fern. Menschen im Waldviertel und in Südböhmen 1945–1989*. Weitra.
- HADLER, FRANK (Hg.) (1995): *Weg von Österreich! Das Weltkriegsexil von Masaryk und Beneš im Spiegel ihrer Briefe und Aufzeichnungen aus den Jahren 1914 bis 1918. Eine Quellensammlung*. Berlin.
- HAIDER, BARBARA / HYE, HANS PETER (Hg.) (2003): *1848. Ereignis und Erinnerung in den politischen Kulturen Mitteleuropas*. Wien (Zentraleuropa-Studien; 7).
- HAIDER, SIEGFRIED (1987): *Geschichte Oberösterreichs*. Wien.
- HAIDINGER, MARTIN / STEINBACH, GÜNTHER (2009): *Unser Hitler. Die Österreicher und ihr Landsmann*. Salzburg.

- HÁJDINOVÁ, EVA / KONRÁD, OTA / MALÍNSKÁ, JANA (Hg.) (2015): *Edvard Beneš, Němci a Německo 1919–1928* [Edvard Beneš, die Deutschen und Deutschland 1919–1928]. Bd. II/1. Praha.
- HÁJDINOVÁ, EVA / KONRÁD, OTA / MALÍNSKÁ, JANA / KUNŠTÁT, MIROSLAV (Hg.) (2016): *Edvard Beneš, Němci a Německo 1929–1935* [Edvard Beneš, die Deutschen und Deutschland 1929–1935]. Bd. II/2. Praha.
- HÁJKOVÁ, DAGMAR / HORÁK, PAVEL (Hg.) (2014): *Edvard Beneš, Němci a Německo 1896–1919* [Edvard Beneš, die Deutschen und Deutschland 1896–1919]. Bd. I. Praha.
- HAMANN, BRIGITTE (1998): *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*. 8. Aufl. Zürich.
- HAMBURGER INSTITUT FÜR SOZIALFORSCHUNG (Hg.) (2002): *Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944*. Ausstellungskatalog. Hamburg.
- Handbook = FOREIGN OFFICE / MINISTRY OF ECONOMIC WARFARE (Hg.): *Austria. Basic Handbook*. London 1944/45.
- HANISCH, ERNST (1994): *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*. Wien (Österreichische Geschichte 1890–1990).
- HANISCH, ERNST (2001): *Wien, Heldenplatz*. In: FRANÇOIS, ETIENNE / SCHULZE, HAGEN (Hg.): *Deutsche Erinnerungsorte I*. München, 105–121.
- HANTSCH, HUGO (1934): *Österreich. Eine Deutung seiner Geschichte und Kultur*. Salzburg.
- HASELSTEINER, HORST (1983): *Joseph II. und die Komitate Ungarns*. Wien / Köln / Graz 1983.
- HASLINGER, PETER (2010): *Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1880–1930*. München.
- HASSELL, ULRICH VON (1946): *Vom andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944*. Zürich / Freiburg im Breisgau.
- HÄUSLER, WOLFGANG (1979): *Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848*. Wien / München.
- HAVEL, VÁCLAV (1993): *Das historische und gegenwärtige Verhältnis zwischen der Tschechischen Republik und Österreich*. In: *Österreichische Osthefte* 35, H. 3, 371–376.
- HAVEL, VÁCLAV (2007): *Fassen Sie sich bitte kurz. Gedanken und Erinnerungen zu Fragen von Karel Hvězd'ala*. Reinbek bei Hamburg.
- HAVRÁNEK, JAN (1981): *Soziale Struktur und politisches Verhalten der großstädtischen Wählerschaft im Mai 1907 – Wien und Prag im Vergleich*. In: ACKERL, ISABELLA / HUMMELBERGER, WALTER / MOMMSEN, HANS (Hg.): *Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich*. Wien, 150–166.
- HAVRÁNEK, JAN (Hg.) (1997a): *Dějiny Univerzity Karlovy* [Geschichte der Karls-Universität]. III. Bd.: 1802–1918. Praha.
- HAVRÁNEK, JAN (1997b): *Das tragische Jahrzehnt in Mitteleuropa*. In: PLASCHKA u. a. 1997, XIII–XVII.
- HAVRÁNEK, JAN / POUŠTA, ZDENĚK (1998): *Dějiny Univerzity Karlovy* [Geschichte der Karls-Universität]. IV. Bd.: 1918–1990. Praha.
- HEALY, MAUREEN (2007): *Vienna and the Fall of the Habsburg Empire: Total War and Everyday Life in World War I*. Cambridge.
- HEER, FRIEDRICH (1981): *Der Kampf um die österreichische Identität*. Wien / Köln / Graz.
- HELFERT, JOSEF ALEXANDER VON (1853): *Über Nationalgeschichte und den gegenwärtigen Stand ihrer Pflege in Österreich*. Prag.
- HEISS, GERNOT / KRÁLOVÁ, KATEŘINA / PEŠEK, JIŘÍ / RATHKOLB, OLIVER (Hg.) (2009): *Tschechien und Österreich nach dem Ende des Kalten Krieges. Auf getrennten Wegen ins neue Europa*. Ústí nad Labem.

- HEISS, GERNOT / MIŠKOVÁ, ALENA / PEŠEK, JIŘÍ / RATHKOLB, OLIVER (Hg.) (1998): An der Bruchlinie. Österreich und die Tschechoslowakei nach 1945. Innsbruck / Wien.
- HENKE, KLAUS-DIETMAR (1985): Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung. In: BENZ, WOLFGANG (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Frankfurt am Main, 49–69.
- HERBERT, ULRICH (1999): Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Bonn.
- HERBERT, ULRICH (2014): Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München.
- HERTZ, FREDERICK (1947): The Economic Problem of the Danubian States. A Study in Economic Nationalism. London.
- HERZIG, ARNO (2002): Die unruhige Provinz. Schlesien zwischen 1806 und 1871. In: CONRADS 2002, 466–552.
- HEUMOS, PETER (1989): Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938–1945. Politisch-soziale Struktur, Organisation und Asylbedingungen der tschechischen, jüdischen, deutschen und slowakischen Flüchtlinge während des Nationalsozialismus. München.
- HILBERG, RAUL (1990): Die Vernichtung der europäischen Juden. 3 Bde. Frankfurt am Main.
- HILDEBRAND, KLAUS (1971): Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart.
- HIRSCHFELD, GERHARD (1984): Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940–1945. Stuttgart (Studien zur Zeitgeschichte; 25).
- HLAVÁČEK IVAN (1993): Zu den kulturellen Kontakten zwischen den böhmischen und österreichischen Ländern im 15. Jahrhundert. In: WINKELBAUER 1993, 67–77.
- HLAVAČKA, MILAN (2002a): Habsburská monarchie v době barokní a osvícenské (1657/1665–1790) [Die Habsburgermonarchie in der Zeit des Barocks und der Aufklärung (1657/1665–1790)]. In: VEBER, VÁCLAV u. a. (Hg.): Dějiny Rakouska [Geschichte Österreichs]. Praha, 287–365.
- HLAVAČKA, MILAN (2002b): Rakouská monarchie v „dlouhem“ 19. století (1790–1918) [Die österreichische Monarchie im „langen“ 19. Jahrhundert (1790–1918)]. In: VEBER, VÁCLAV u. a. (Hg.): Dějiny Rakouska [Geschichte Österreichs]. Praha, 366–471.
- HLAVAČKA, MILAN (2006): Svět české samosprávy. Samospráva a její vliv na hospodářský, sociální a intelektuální rozvoj Čech 1862–1913 [Die Welt der böhmischen Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung und ihre Einflüsse auf die wirtschaftliche, soziale und intellektuelle Entwicklung Böhmens 1862–1913]. Praha.
- HÖBELT, LOTHAR (1993): Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918. Wien / München.
- HÖBELT, LOTHAR (2000): Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat. In: RUMPLER / URBANITSCH 2000, 895–1006.
- HÖBELT, LOTHAR (2007): Karl I., der „Teufelspuk“ und die Deutschböhmen. In: GOTSMANN, ANDREAS (Hg.): Karl I. (IV.). Der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie. Wien, 47–58.
- HÖBELT, LOTHAR (2008): Ferdinand III. (1608–1657). Friedenskaiser wider Willen. Graz.
- HÖBELT, LOTHAR (2016): Diplomatie zwischen Bündnissicherung und Friedenshoffnung. Die Außenpolitik Österreich-Ungarns 1914–1918. In: RUMPLER 2016a, 1017–1094.
- HOCHEDLINGER, MICHAEL (2003): Austria's Wars of Emergence. War, State and Society in the Habsburg Monarchy 1683–1797. London.
- HOENSCH, JÖRG K. (1997): Geschichte Böhmens. Von der slavischen Landnahme bis zur Gegenwart. 3. Aufl. München.
- HOENSCH, JÖRG K. (2000): Die Luxemburger. Eine spätmittelalterliche Dynastie gesamteuropäischer Bedeutung, 1308–1437. Stuttgart.

- HOFFMANN, ROLAND J. / HARASKO, ALOIS (Hg.) (2000): Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Vyhánání sudetských Němců. Dokumentation zu Ursachen, Planung und Realisierung einer „ethnischen Säuberung“ in der Mitte Europas 1848/49–1945/46. Dokumentace o příčinách, plánování a realizaci „etnické čistky“ ve středu Evropy 1848/49–1945/46. Bd. 1: Vom Völkerfrühling und Völkerzwist 1848/49 bis zum Münchener Abkommen 1938 und zur Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ 1939. Od probuzení národů a národnostních hádek 1848/49 k Mnichovské dohodě 1938 a zřízení „Protektorátu Čechy a Morava“ 1939. München.
- HOFFMANN, ROLAND J. / HEISSIG, KURT / KITTEL, MANFRED / HEISSIG, GUDRUN / ROHSTOCK, ANNE (Hg.) (2010): Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Vyhánání sudetských Němců. Dokumentation zu Ursachen, Planung und Realisierung einer „ethnischen Säuberung“ in der Mitte Europas. Dokumentace o příčinách, plánování a realizaci „etnické čistky“ ve středu Evropy 1848/49–1945/46. Bd. 2: Von der Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ im März 1939 bis zum offiziellen Abschluss der Vertreibung 1946. Od zřízení „Protektorátu Čechy a Morava“ v březnu 1939 do oficiálního ukončení odsunu na konci roku 1946. München.
- HOFMEISTER, HERBERT (1987): Staatshilfe und Selbsthilfe. In: KÜHNEL u. a. 1987, 83–106.
- HOUŽVIČKA, Václav (2015): Czechs and Germans 1848–2004. The Sudeten Question and the Transformation of Central Europe. Prague.
- HRABOVEC, EMILIA (1995): Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945–1947. Frankfurt am Main (Wiener Osteuropa Studien; 2).
- HRABOVEC, EMILIA (2002): Der Heilige Stuhl und die Slowakei 1918–1922 im Kontext internationaler Beziehungen. Wien (Wiener Osteuropa Studien; 15).
- HROCH, MIROSLAV (1968): Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleineren Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen. Praha (Acta Universitatis Carolinae, Phil. et hist., Monographie; 24).
- HROCH, MIROSLAV (2005): Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich. Göttingen.
- HUGELMANN, KARL GOTTFRIED (Hg.) (1934): Das Nationalitätenrecht des alten Österreich. Wien / Leipzig.
- HUNTER MILLER, DAVID (1924–1928): My Diary at the Peace Conference of Paris. With Documents. 21 Bde. New York.
- HUSSLEIN-ARCO, AGNES / GRABNER, SABINE / TELESKO, WERNER (Hg.) (2015): Europa in Wien. Der Wiener Kongress 1814/15. Wien.
- HYE, HANS PETER (1998): Das politische System in der Habsburgermonarchie. Konstitutionalismus, Parlamentarismus und politische Partizipation. Praha.
- HYE, HANS PETER (2010): Technologie und sozialer Wandel. In: RUMPLER / URBANITSCH 2010, 15–65.
- IGGERS, WILMA A. (2001): Frauenleben in Prag. Ethnische Vielfalt und kultureller Wandel seit dem 18. Jahrhundert. Wien.
- JAGSCHITZ, GERHARD (1976): Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich. Graz / Wien / Köln.
- JAKUBEC, IVAN (2001): Eisenbahn und Elbeschiffahrt in Mitteleuropa 1918–1938. Die Neuordnung der verkehrspolitischen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei, dem Deutschen Reich und Österreich in der Zwischenkriegszeit. Stuttgart.
- JANÁČEK, JOSEF (1995): Pád Rudolfa II. [Der Fall Rudolfs II.] 2. Aufl. Praha.
- JANČÍK, DRAHOMÍR (2002): Germanisierung und Ausbeutung der tschechischen Wirtschaft und des jüdischen Vermögens zur Zeit der Okkupation. In: BENEŠ / KURAL 2002, 124–137.

- JÁSZI, OSCAR (1961): *The Dissolution of the Habsburg Monarchy*. Chicago / London.
- JAWORSKI, RUDOLF (1977): *Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen Weimarer Republik und der ČSR*. Stuttgart.
- JECH, KAREL (Hg.) (2003): *Němci a Maďaři v dekretach prezidenta republiky. Studie a dokumenty 1940–1945. Die Deutschen und Magyaren in den Dekreten des Präsidenten der Republik. Studien und Dokumente 1940–1945*. Studien v. JAN KUKLÍK jr. u. VLADIMÍR MIKULE. Brno.
- JEDLICKA, LUDWIG / NECK, RUDOLF (Hg.) (1975): *Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938*. Wien.
- JELÍNKOVÁ HOMOLOVÁ, DITA / HAZDRA, ZDENĚK (Hg.) (2016): *Im Zeichen der drei Deklarationen ... Der Adel in den Jahren der Bedrohung des tschechoslowakischen Staates durch den Nationalsozialismus*. Prag.
- JEŘÁBEK, RUDOLF (2016): *Militärisches Potential und Kriegsverlauf 1914–1918*. In: RUMPLER 2016a, 209–283.
- JOHN, MICHAEL (1997): *Aspekte der Enteignung, Vertreibung und Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Oberösterreich und Südböhmen*. In: PLASCHKA u. a. 1997, 33–69.
- JOHN, MICHAEL / LICHTBLAU, ALBERT (1990): *Schmelztiegel Wien – einst und jetzt. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten*. Wien / Köln.
- JOHNSTON, WILLIAM M. (2006): *Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938*. Wien / Köln / Weimar.
- JUDSON, PIETER M. (1996): *Exclusive Revolutionaries: Liberal Politics, Social Experience, and National Identity in the Austrian Empire, 1848–1914*. Ann Arbor, MI.
- JUDSON, PIETER M. (2006): *Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria*. Cambridge, MA / London.
- JUDSON, PIETER M. (2016): *The Habsburg Empire. A New History*. Cambridge, MA / London.
- JUDT, TONY (2005): *Postwar. A History of Europe since 1945*. London.
- KALVODA, JOSEF (1986): *The Genesis of Czechoslovakia*. Boulder, CO (East European Monographs; CCIX).
- KANN, ROBERT A. (1964): *Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918*. 2 Bde. 2. Aufl. Wien (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost; IV, V).
- KANN, ROBERT A. (1993): *Geschichte des Habsburgerreiches 1526–1918*. 3. Aufl. Wien / Köln / Graz.
- KAPLAN, KAREL (1981): *Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945 bis 1948*. München / Wien.
- KAPLAN, KAREL / SLÁMA JIŘÍ (1986): *Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935 – 1946 – 1948. Eine statistische Untersuchung*. München.
- KARNER, HERBERT (Hg.) (2014): *Die Wiener Hofburg 1521–1705. Baugeschichte, Funktion und Etablierung als Kaiserresidenz*. Wien (Veröffentlichungen zur Kunstgeschichte; 13).
- KARNER, STEFAN (1994): *Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung*. Graz / Wien.
- KARNER, STEFAN / STANGLER, GOTTFRIED (Hg.) (2005): *„Österreich ist frei!“ Der Österreichische Staatsvertrag 1955*. Horn / Wien.
- KARNER, STEFAN / STEHLÍK, MICHAL (Hg.) (2009): *Österreich – Tschechien, geteilt – getrennt – vereint. Beitragsband und Katalog der Niederösterreichischen Landesausstellung*. Schallaburg.

- KARNER, STEFAN / STELZL-MARX, BARBARA / TSCHUBARJAN, ALEXANDER (Hg.) (2005): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente. Krasnaja Armija v Avstrii. Sovetskaja okkupacija 1945–1955. Dokumenty. Graz / Wien / München.
- KARNER, STEFAN / TOMILINA, NATALJA / TSCHUBARJAN, ALEXANDER u.a. (Hg.) (2008): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. 2 Bde. Köln / Weimar / Wien.
- KÁRNÍK, ZDENĚK (2000–2003): České země v éře První republiky (1918–1938) [Die Böhmisches Länder in der Ära der Ersten Republik (1918–1938)]. Díl první: Vznik, budování a zlatá léta republiky (1918–1929) [1. Teil: (1918–1929)]; Díl druhý: Československo a České země v krizi a v ohrožení (1930–1935) [2. Teil: Die Tschechoslowakei und die Böhmisches Länder in der Krise und der Gefährdung (1930–1935)]. Díl třetí: O přežití a o život (1936–1938) [3. Teil: Um Überleben und Leben (1936–1938)]. Praha.
- KÁRNÍK, ZDENĚK (2011): Nationale Umstürze (und ein bolschewistischer) – Totengräber der Monarchie und Geburtshelfer des neuen Mitteleuropa und der Tschechoslowakei. In: SCHRIFFL / PERZI 2011, 161–184.
- KÁRNÍK, ZDENĚK / KOPEČEK, MICHAL (Hg.) (2004/05): Bolševismus, komunismus a radikální socialismus v Československu [Bolschewismus, Kommunismus und radikaler Sozialismus in der Tschechoslowakei]. 5 Bde. Praha.
- KÁRNÝ, MIROSLAV (1989): Die materiellen Grundlagen der Sozialdemagogie in der Protektoratspolitik Heydrich. In: *Historica* 29, 123–159.
- KÁRNÝ, MIROSLAV (1991): „Konečné řešení“. Genocida českých Židů v německé protektorátní politice [„Endlösung“. Der Genozid an den tschechischen Juden in der deutschen Protektoratspolitik]. Praha.
- KARNÝ, MIROSLAV (1994): Die tschechoslowakischen Opfer der deutschen Okkupation. In: BRANDES, DETLEV / KURAL, VÁCLAV (Hg.): Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947. Essen, 151–160.
- KARNÝ, MIROSLAV (1997): Der Holocaust und die Juden in Böhmen und Mähren. In: MAIER, ROBERT (Hg.): Tschechen, Deutsche und der Zweite Weltkrieg. Hannover, 39–56.
- KARNÝ, MIROSLAV / MILOTOVÁ, JAROSLAVA / KÁRNÁ, MARGITA (Hg.) (1997): Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter Reinhard Heydrich 1941–1942. Eine Dokumentation. Berlin.
- KAVKA, FRANTISEK (1998): Politics and culture under Charles IV. In: TEICH 1998, 59–78.
- KAZBUNDA, KAREL (1995): Otázka česko-německá v předvečer velké války. Zrušení ústavnosti země České tzv. Anenskými patenty z 26. července 1913 [Die tschechisch-deutsche Frage am Vorabend des großen Krieges. Die Aufhebung der böhmischen Landesverfassung durch das sogenannte Annenpatent vom 26. Juli 1913]. Hg. v. ZDENĚK KÁRNÍK. Praha.
- KELLER, KATRIN (2005): Hofdamen. Amtsträgerinnen im Wiener Hofstaat des 17. Jahrhunderts. Wien / Köln / Weimar.
- KELLER, KATRIN / CATALANO, ALESSANDRO (Hg.) (2010): Die Diarien und Tagzettel des Kardinals Ernst Adalbert von Harrach. 7 Bde. Wien / Köln / Weimar (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs; 104).
- KELLER, KATRIN / MOLINO, PAOLA (Hg.) (2015): Die Fuggerzeitungen im Kontext. Zeitungssammlungen im Alten Reich und in Italien. Wien / Köln / Weimar (Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung; Ergänzungsbd. 59).
- KENNAN, GEORGE F. (1971): From Prague after Munich. Diplomatic Papers 1938–1940. Princeton.
- KEREKES, LAJOS (1966). Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr. Wien / Frankfurt / Zürich.

- KERSHAW, IAN (1998): Hitler 1889–1936. Darmstadt.
- KERSHAW, IAN (2000): Hitler 1936–1945. Darmstadt.
- KERTZER, DAVID I. (2016): Der erste Stellvertreter. Papst Pius XI. und der geheime Pakt mit dem Faschismus. Darmstadt.
- KESSLER, VOJTĚCH / PEHR, MICHAL / VAŠEK RICHARD (Hg.) (2015): Edvard Beneš, Němci a Německo 1936–1938 [Edvard Beneš, die Deutschen und Deutschland 1936–1938]. Bd. III/1, 2. Praha.
- KIMMINICH, OTTO (1997): Zur deutsch-tschechischen Erklärung aus völkerrechtlicher Sicht. In: NADACE BERNARDA BOLZANA / ACKERMANN GEMEINDE 1997, 196–206.
- KINDERMANN, GOTTFRIED-KARL (1984): Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter SS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehresieg 1934. Hamburg.
- KING, JEREMY (2002): Budweisers into Czechs and Germans: A Local History of Bohemian Politics, 1848–1948. Princeton, NJ.
- KITTEL, MANFRED / MÖLLER, HORST (2006): Die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54, 541–581.
- KITTEL, MANFRED / MÖLLER, HORST / PEŠEK, JIŘÍ / TŮMA, OLDŘICH (Hg.) (2007): Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich. München.
- KLABOUCH, JIŘÍ (1968): Die Gemeindegeldverwaltung in Österreich 1848–1918. Wien.
- KLEPETAR, HARRY (1937): Seit 1918 ... Eine Geschichte der Tschechoslowakischen Republik. Mährisch-Ostrau.
- KLETEČKA, THOMAS (1984): Der Ausgleichsversuch des Ministeriums Hohenwart-Schäffle mit Böhmen im Jahre 1871. Geisteswiss. Diss. (ungedruckt), Univ. Wien.
- KLETEČKA, THOMAS (Hg.) (1996): Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867. I. Abteilung: Die Ministerien des Revolutionsjahres 1848 (20. März 1848 – 21. November 1848). Wien.
- KLIMEK, ANTONÍN (1996–1998): Boj o Hrad [Der Kampf um die Burg]. 2 Bde. Praha.
- KLINGENSTEIN, GRETE (1965): Die Anleihe von Lausanne. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in den Jahren 1931–1934. Wien / Graz.
- KLINGENSTEIN, GRETE (1975): Der Aufstieg des Hauses Kaunitz. Studie zur Herkunft und Bildung des Staatskanzlers Wenzel Anton. Göttingen (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; 12).
- KLINGENSTEIN, GRETE (1995): Was bedeuten „Österreich“ und „österreichisch“ im 18. Jahrhundert? Eine begriffsgeschichtliche Studie. In: PLASCHKA u. a. 1995, 149–220.
- KOCH, KLAUS (2004): Jahre der Souveränität. In: KOCH u. a. 1993–2016, Bd. 6, 11–26.
- KOCH, KLAUS / RAUSCHER, WALTER / SUPPAN, ARNOLD / VYSLONZIL, ELISABETH (Hg.) (1993–2016): Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938 (ADÖ). 12 Bde. Wien / München.
- KOHLER, ALFRED (2000): Karl V. 1500–1558. München.
- KOHLER, ALFRED (2003): Ferdinand I. 1503–1564. Fürst, König, Kaiser. München.
- KOHLER, ALFRED (2008): Expansion und Hegemonie. Internationale Beziehungen 1450–1559. Paderborn / München / Wien / Zürich (Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen; 1).
- KOMLOS, JOHN (1986): Die Habsburgermonarchie als Zollunion. Die Wirtschaftsentwicklung Österreich-Ungarns im 19. Jahrhundert. Wien.
- KONRAD, HELMUT (1978): Widerstand an Donau und Moldau. KPÖ und KPČ zur Zeit des Hitler-Stalin-Pakts. Wien / München / Zürich.
- KONRÁD, OTA (2011): „... alle unsere Rechnungen beglichen“. Das Österreich-Bild in den ersten Jahren der Tschechoslowakischen Republik. In: SCHRIFFL / PERZI 2011, 207–216.

- KONRÁD, OTA (2012): *Nevyvážené vztahy. Československo a Rakousko 1918–1933* [Unausgewogene Beziehungen. Tschechoslowakei und Österreich 1918–1933]. Praha.
- KONRÁD, OTA / KÜPPER, RENÉ (Hg.) (2013): *Edvard Beneš: Vorbild und Feindbild. Politische, mediale und historiographische Deutungen*. Göttingen (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; 129).
- KONTLER, LÁSZLÓ (2002): *A History of Hungary. Millennium in Central Europe*. Houndmills / New York.
- KOŘALKA JIŘÍ (1991): *Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815–1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern*. Wien / München.
- KOŘALKA, JIŘÍ (1998): *František Palacký (1798–1876). Životopis [František Palacký (1798–1876). Eine Biographie]*. Praha.
- KOŘALKA, JIŘÍ (Hg.) (2003): *Briefe an Therese. Korrespondenz von František Palacký mit seiner Braut und späteren Frau aus den Jahren 1826–1860*. Dresden.
- KOŘALKA JIŘÍ / CRAMPTON, RICHARD J. (1980): *Die Tschechen*. In: WANDRUSZKA / URBANITSCH 1980, 489–521.
- KOSELLECK, REINHART (2010): *Der 8. Mai zwischen Erinnerung und Geschichte*. In: DERS.: *Vom Sinn und Unsinn der Geschichte. Aufsätze und Vorträge aus vier Jahrzehnten*. Hg. v. CARSTEN DUTT. Berlin, 254–265.
- KOSTA, JIŘÍ (2005): *Die tschechische/tschechoslowakische Wirtschaft im mehrfachen Wandel*. Münster.
- KOT'ÁTKO, JIŘÍ (1949): *Pozemková reforma v Československu [Die Bodenreform in der Tschechoslowakei]*. Praha.
- KOURA, PETR (2016): *Swingáři a potápky v protektorátní noci [Swing-Anhänger und Dandies in den Protektoratsnächten]*. Praha.
- KOVÁČ, DUŠAN u. a. (Hg.) (2004): *Na začiatku storočia, 1901–1914 [Am Beginn des Jahrhunderts, 1901–1914]*. Bratislava (Slovensko v 20. storočí; 1).
- KOVÁČ, DUŠAN u. a. (Hg.) (2008): *Prvá svetová vojna, 1914–1918 [Der Erste Weltkrieg, 1914–1918]*. Bratislava (Slovensko v 20. storočí; 2).
- KOVÁCS, PÉTER E. (2005): *Ungarn im Spätmittelalter (1382–1526)*. In: TÓTH, ISTVÁN GYÖRGY (Hg.): *Geschichte Ungarns*. Budapest, 161–171.
- KOVAŘÍK, DAVID (2016): *Die Rolle des Oberst Vladimír Hobza und seines „Partisanen“-Trupps bei der „Aussiedlung“ (nicht nur) der deutschen Bevölkerung nach Österreich im Jahr 1945*. In: KUNŠTÁT, MIROSLAV / ŠEBEK, JAROSLAV / SCHMOLLER, HILDEGARD (Hg.): *Die Tschechoslowakei und Österreich 1933/38–1948/49*. Wien, 147–184.
- KOVTUN, JIŘÍ (2005): *Republika v nebezpečném světě. Éra prezidenta Masaryka 1918–1935 [Eine Republik in einer unsicheren Welt. Die Ära des Präsidenten Masaryk 1918–1935]*. Praha.
- KRÁL, VÁCLAV (Hg.) (1964): *Acta Occupationis Bohemiae et Moraviae. Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933–1947. Dokumentensammlung*. Praha.
- KŘEN, JAN (2000a): *Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918*. 2. Aufl. München.
- KŘEN, JAN (2000b): *Dvě století střední Evropy [Zwei Jahrhunderte in Mitteleuropa]*. Praha.
- KREYSA, MIROSLAV (1947): *České pohraničí [Tschechisches Grenzgebiet]*. Praha.
- KROFTA, KAMIL (1937/38): *Zwanzig Jahre neues Zentraleuropa*. In: *Prager Rundschau* 5, 1–10.
- KRONENBITTER, GÜNTHER (2016): *Die Akteure der Macht. Politische und militärische Kriegsvorbereitungen*. In: RUMPLER 2016a, 79–132.
- KUBŮ, EDUARD (1998): *Czechoslovak Gold Reserves and their Surrender to Nazi Germany*. London.

- KUBŮ, EDUARD (2001): Die brüchigen Beziehungen: Die Weimarer Republik und die Tschechoslowakei. In: HOENSCH, JÖRG K. / LEMBERG, HANS (Hg.): Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815–1989. Essen, 71–84.
- KUBŮ, EDUARD / KUKLÍK JAN jun. (2003): Ungewollte Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in den böhmischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg. In: GOSCHLER, CONSTANTIN / THER, PHILIPP (Hg.): Raub und Restitution. „Arisierung“ und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa. Frankfurt am Main, 184–204.
- KUČERA, JAROSLAV (1999): Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918–1938. München.
- KUČERA, JAROSLAV (2001): „Der Hai wird nie wieder so stark sein.“ Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1945–1948. Dresden.
- KUČERA, MARTIN (2005): Rakouský občan Josef Pekař [Der österreichische Bürger Josef Pekař]. Praha.
- KÜHNEL, HARRY / VAVRA, ELISABETH / STANGLER, GOTTFRIED (Hg.) (1984): Das Zeitalter Franz Josephs. 1. Teil: Von der Revolution zur Gründerzeit, 1848–1880. Niederösterreichische Landesausstellung, Schloss Grafenegg, 19. Mai – 28. Oktober 1984. Wien.
- KÜHNEL, HARRY / VAVRA, ELISABETH / STANGLER, GOTTFRIED (Hg.) (1987): Das Zeitalter Franz Josephs. 2. Teil: 1880–1916. Glanz und Elend. Niederösterreichische Landesausstellung, Schloss Grafenegg, 9. Mai – 26. Oktober 1987. Wien.
- KUKLÍK, JAN (2003): Die Dekrete des Präsidenten der Republik 1940–1945. In: JECH, KAREL (Hg.): Němci a Maďari v dekretch prezidenta republiky. Studie a dokumenty 1940–1945. Die Deutschen und Magyaren in den Dekreten des Präsidenten der Republik. Studien und Dokumente 1940–1945. Němci a Maďari, 114–215.
- KULTURSTIFTUNG DER DEUTSCHEN VERTRIEBENEN (Hg.) (1989): Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn.
- KÜPPER RENÉ (2010): Karl Hermann Frank (1898–1946). Politische Biographie eines sudetendeutschen Nationalsozialisten. München (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; 109).
- KURAL, VÁCLAV (1994): Místo společenství konflikt! – Češi a Němci v Velkoněmecké říši a cesta k odsunu, 1938–1945 [Statt Gemeinschaft Konflikt! – Tschechen und Deutsche im Großdeutschen Reich und der Weg zum Abschub, 1938–1945]. Praha.
- KURAL, VÁCLAV / RADVANOVSKÝ, ZDENĚK (Hg.) (2002): „Sudety“ pod hákovým křížem [Das „Sudetenland“ unter dem Hakenkreuz]. Ústí nad Labem.
- KVAČEK, ROBERT (1987): L'Anschluss et les relations tchécoslovaquo-françaises. In: *Historica* 26, 47–102.
- LACKNER, CHRISTIAN (2015a): Die Länder und das Reich (907–1278). In: WINKELBAUER 2015a, 63–109.
- LACKNER, CHRISTIAN (2015b): Vom Herzogtum Österreich zum Haus Österreich (1278–1519). In: WINKELBAUER 2015a, 110–158.
- LANGER, HERBERT (1998): Der „Königlich Schwedische in Deutschland geführte Krieg“. In: BUSSMANN, KLAUS / SCHILLING, HEINZ (Hg.): 1648. Krieg und Frieden in Europa. Bd. 1. Münster / Osnabrück, 187–196.
- LANGEWIESCHE, DIETER (1985): Europa zwischen Restauration und Revolution 1815–1849. München.
- LANGTHALER, ERNST (2016): Schlachtfelder. Alltägliches Wirtschaften in der nationalsozialistischen Agrargesellschaft 1938–1945. Wien / Köln / Graz.

- LAUSEGGER, ARMIN / LINKE, REINHARD / PERZI, NIKLAS (Hg.) (2009): Österreich. Tschechien. Unser 20. Jahrhundert. Begleitband zum wissenschaftlichen Rahmenprogramm der Niederösterreichischen Landesausstellung 2009. Wien.
- LEIN, RICHARD (2011a): Pflichterfüllung oder Hochverrat? Die tschechischen Soldaten Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg. Wien (Europa Orientalis; 9).
- LEIN, RICHARD (2011b): Der „Umsturz“ in Prag im Oktober 1918. Zwischen Mythen und Fakten. In: SCHRIFFL / PERZI 2011, 184–205.
- LEITER, PHILOMENA (2003): Assimilation, Antisemitismus und NS-Verfolgung. Austritte aus der Jüdischen Gemeinde in Wien 1900–1944. Phil. Diss., Univ. Wien.
- LEMBERG, HANS (1992): „Ethnische Säuberung“: Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 6. November 1992, B 46, 27–38.
- LEMBERG, HANS (1998): Deutsche und Tschechen. Die nationalen und staatlichen Beziehungen. In: SEIBT, FERDINAND / HOENSCH, JÖRG K. / FÖRSTER, HORST / MACHLEK, FRANZ / MAREK, MICHAELA (Hg.): Mit unbestechlichem Blick ... Studien von Hans Lemberg zur Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei. München, 29–53.
- LHOTSY, ALPHONS (1971): Der Stand der österreichischen Geschichtsforschung und ihre nächsten Ziele. In: DERS.: Aufsätze und Vorträge. Hg. v. HANS WAGNER u. HEINRICH KOLLER. III. Bd.: Historiographie, Quellenkunde, Wissenschaftsgeschichte. Wien, 85–95.
- LICHTBLAU, ALBERT (2006): Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn – Österreichisch-jüdische Geschichte 1848 bis zur Gegenwart. In: BRUGGER u. a. 2006, 447–565.
- LIND, CHRISTOPH (2006): Juden in den habsburgischen Ländern 1648–1848. In: BRUGGER u. a. 2006, 339–444.
- LIPTÁK, LUBOMÍR (2000): Slovakia in the 20th Century. In: MANNOVÁ, ELENA (Hg.): A Concise History of Slovakia. Bratislava, 241–305.
- LLOYD GEORGE, DAVID (1938): The Truth About the Peace Treaties. 2 Bde. London.
- LOEWENFELD-RUSS, HANS (1926): Die Regelung der Volksernährung im Kriege. Wien.
- LONGERICH, PETER (2008): Heinrich Himmler. Biographie. 3. Aufl. München.
- LONGERICH, PETER (2015): Hitler. Biographie. München.
- LORENZ, HELLMUT / MADER-KRATKY, ANNA (Hg.) (2016): Die Wiener Hofburg 1705–1835. Die kaiserliche Residenz vom Barock bis zum Klassizismus. Wien (Veröffentlichungen zur Kunstgeschichte; 14).
- LOUTHAN, HOWARD P. (1997): The Quest for Compromise: Peacemakers in Counter-Reformation Vienna. Cambridge.
- LOUTHAN, HOWARD P. (2009): Converting Bohemia: Force and Persuasion in the Catholic Reformation. Cambridge.
- LOUTHAN, HOWARD / COHEN, GARY / SZABO, FRANZ (Hg.) (2011): Diversity and Dissent: Negotiating Religious Difference in Central Europe, 1500–1800. New York.
- LOUTHAN, HOWARD / MURDOCK, GRAEME (Hg.) (2015): Brill Handbook of the Reformation in Central Europe. Leiden.
- LOW, ALFRED (1985): The Anschluss Movement, 1931–1938, and the Great Powers. Boulder, CO (East European Monographs).
- LUFT, ROBERT (2012): Parlamentarische Führungsgruppen und politische Strukturen in der tschechischen Gesellschaft. Tschechische Abgeordnete und Parteien des österreichischen Reichsrats 1907–1914. München.
- LUKES, IGOR (1996): Czechoslovakia between Stalin and Hitler. The Diplomacy of Edvard Beneš in the 1930s. New York / Oxford.

- LUTZ, HEINRICH (1979): Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867–1871. Frankfurt am Main / Berlin / Wien.
- LUTZ, HEINRICH (1985): Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815–1866. Berlin.
- LUZA, RADOMIR (1984): The Resistance in Austria, 1938–1945. Minneapolis.
- LUZA, RADOMIR / VELLA, CHRISTINA (2002): The Hitler Kiss. A Memoir of the Czech Resistance. Baton Rouge.
- MACARTNEY, CARLISLE A. (1968): The Habsburg Empire. London.
- MACDONALD, CALLUM (2007): The Assassination of Reinhard Heydrich. Edingburgh.
- MACGREGOR, NEIL (2014): Germany. Memories of a Nation. London.
- MADERTHANER, WOLFGANG (2010): Urbane Lebenswelten: Metropolen und Großstädte. In: RUMPLER / URBANITSCH 2010, 493–538.
- MADERTHANER, WOLFGANG / PFOSER, ALFRED (2016): Die Enttäuschung des Krieges. Kulturelle Transformationen während der „Großen Zeit“. In: RUMPLER 2016a, 597–649.
- MAGOCSI, PAUL ROBERT (2002): Historical Atlas of Central Europe. From the Early Fifth Century to the Present. 2. Aufl. London.
- MALÍŘ, JIŘÍ (1993): Der Mährische Ausgleich – ein Vorbild für die Lösung der Nationalitätenfragen? In: WINKELBAUER 1993, 337–345.
- MALÍŘ, JIŘÍ (1996): Od spolků k moderním politickým stranám. Vývoj politických stran na Moravě v letech 1848–1914 [Von Vereinen zu modernen politischen Parteien. Die Entwicklung der politischen Parteien in Mähren in den Jahren 1848–1914]. Brno.
- MALÍŘ, JIŘÍ / MAREK, PAVEL u. a. (2005): Politické strany. Vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a Československu 1861–2004 [Politische Parteien. Geschichte der politischen Parteien und Bewegungen in den Böhmisches Ländern und in der Tschechoslowakei 1861–2004]. Bd. 1: Období 1861–1938 [Die Jahre 1861–1938]. Brno.
- MANNOVÁ, ELENA (Hg.) (2000): A Concise History of Slovakia. Bratislava.
- MAREK, PAVEL (2003): Český katolicismus 1890–1914 [Der tschechische Katholizismus 1890–1914]. Olomouc / Rosice.
- MARŠÁLEK, HANS (2006): Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. 4. Aufl. Wien.
- MARŠÁLEK, PAVEL (2012): Pod ochranou hákového kříže. Nacistický okupační režim v českých zemích 1939–1945 [Unter dem Schutz des Hakenkreuzes. Das nationalsozialistische Okkupationsregime in den böhmischen Ländern 1939–1945]. Praha.
- MARŠÁLEK, ZDENKO / HOFMAN, PETR (2011): Dunkerque 1944–1945. Praha.
- MÄRZ, EDUARD (1981): Österreichische Bankpolitik in der Zeit der grossen Wende 1913–1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe. Wien.
- MASARYK, T. G. (1922): Das neue Europa. Der slawische Standpunkt. Berlin.
- MASARYK, TOMÁŠ G. (1933): Cesta demokracie. Soubor projevů za republiky [Der Weg der Demokratie. Sammlung von Erklärungen zur Republik]. Bd. 1: 1918–1920. Praha.
- MASTNY, VOJTECH (1971): The Czechs under Nazi Rule. The Failure of National Resistance, 1939–1942. New York / London.
- MAT’A, PETR (2004): Svět české aristokracie (1500–1700) [Die Welt der böhmischen Aristokratie (1500–1700)]. Praha.
- MAT’A, PETR / WINKELBAUER, THOMAS (2006): Die Habsburgermonarchie 1620 bis 1740. Leistungen und Grenzen des Absolutismusparadigmas. Stuttgart.
- MATEJKA, HELMUT (1983): Die Eingliederung der Sudeten- und Karpatendeutschen in Österreich nach 1945. Phil. Diss. (ungedruckt), Univ. Innsbruck.
- MATIS, HERBERT (1972): Österreichs Wirtschaft 1848–1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I. Berlin.
- MATIS, HERBERT (1995): Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen in der Zwischenkriegszeit. Der Plan einer „Donaukonföderation“. In: PLASCHKA, RICHARD G.

- / HASELSTEINER, HORST / SUPPAN, ARNOLD / DRABEK, ANNA M. / ZAAR, BIRGITTA (Hg.): *Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Wien, 229–255.
- MATIS, HERBERT (1997): *Zwischen Anpassung und Widerstand. Die Akademie der Wissenschaften in den Jahren 1938–1945*. Wien.
- MAZOHL, BRIGITTE (2015a): *Vom Tod Karls VI. bis zum Wiener Kongress (1740–1815)*. In: WINKELBAUER 2015a, 290–358.
- MAZOHL, BRIGITTE (2015b): *Die Zeit zwischen dem Wiener Kongress und den Revolutionen von 1848/49*. In: WINKELBAUER 2015a, 359–390.
- MAZOHL, BRIGITTE (2015c): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. In: WINKELBAUER 2015a, 391–476.
- MAZOHL, BRIGITTE (2015d): *Gewinner und Verlierer der europäischen Neuordnung. Der Wiener Kongress als Wegbereiter der modernen Machtpolitik*. In: HUSSLEIN-ARCO u. a. 2015, 53–59.
- MAZOWER, MARK (2008): *Hitler's Empire. How the Nazis Ruled Europe*. New York.
- MELIK, VASILIJ (1997): *Wahlen im alten Österreich. Am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung*. Wien / Köln / Weimar.
- MELIK, VASILIJ (2000): *Zusammensetzung und Wahlrecht der cisleithanischen Landtage*. In: RUMPLER / URBANITSCH 2000, 1311–1352.
- MELVILLE, RALPH (1998): *Adel und Revolution in Böhmen. Strukturwandel von Herrschaft und Gesellschaft in Österreich um die Mitte des 19. Jahrhunderts*. Mainz.
- Memorandum 1947 = Memorandum of the Government of the Federative People's Republic of Yugoslavia on Slovene Carinthia, the Slovene Frontier Areas of Styria and the Croats of Burgenland: The Question of 200,000 Yugoslavs in Austria. The Slovene Carinthia and the Burgenland Croats. Belgrade 1947.
- MĚŠT'AN, ANTONÍN (1999): *Wien, tschechische Literatur und tschechische Slavistik Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts*. In: *Wiener Slavistisches Jahrbuch* 45, 105–110.
- MICHEL, BERNARD (1968): *Le sabotage des emprunts autrichiens par les banques tchèques (1914–1916)*. In: *Revue d'Histoire moderne et contemporaine* 15, 321–339.
- MILITÄRGESCHICHTLICHES FORSCHUNGSAMT (Hg.) (1979–2008): *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. 10 Bde. Stuttgart / München.
- MILWARD, ALAN S. (1966): *Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945*. Stuttgart.
- MÍŠKOVÁ, ALENA (1998): *Německá univerzita za 2. světové války [Die Deutsche Universität während des 2. Weltkrieges]*. In: HAVRÁNEK / POUSTA 1998, 213–231.
- MÍŠKOVÁ, ALENA (2007): *Die Deutsche (Karls-)Universität vom Münchener Abkommen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*. Prag.
- MÍŠKOVÁ, ALENA / FRANC, MARTIN / KOSTLÁN, ANTONÍN (Hg.) (2010): *Bohemia Docta. K historickým kořenům vědy v českých zemích [Bohemia Docta. Zu den historischen Wurzeln der Wissenschaften in den böhmischen Ländern]*. Praha.
- MLYNÁŘIK, JAN (2003): *Fortgesetzte Vertreibung. Vorgänge im tschechischen Grenzgebiet 1945–1954*. München.
- MOLL, MARTIN (2016): *Mentale Kriegsvorbereitung*. In: RUMPLER 2016a, 171–208.
- MOMMSEN, HANS (1963): *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat*. Wien.
- MOSER, JONNY (1991): *Österreich*. In: BENZ, WOLFGANG (Hg.): *Dimensionen des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*. München, 67–93.
- MOSSER, ALOIS (1980): *Die Industrieaktiengesellschaft in Österreich 1880–1913. Versuch einer historischen Bilanz- und Betriebsanalyse*. Wien.
- MUELLER, WOLFGANG (2005): *Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission*. Wien.

- MUELLER, WOLFGANG / GEHLER, MICHAEL / SUPPAN, ARNOLD (Hg.) (2015): *The Revolutions of 1989. A Handbook*. Wien (Internationale Geschichte / International History; 2).
- MUELLER, WOLFGANG / SUPPAN, ARNOLD / NAIMARK, NORMAN M. / BORDJUGOV GENNADIJ (Hg.) (2005): *Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Sovetskaja politika v Avstrii 1945–1955gg. Dokumenty z Rossijskich archivov*. Wien.
- MURAŠKO, G. P. / NOSKOVA, A. F. (1995): *Nacional'no-territorial'nyi vopros v kontekste poslevoennykh realnosti vostočnoj Evropy* [Die national-territoriale Frage im Kontext der Nachkriegsrealität im östlichen Europa]. In: *Nacional'nyi vopros v Vostočnoj Evropy*. Moskau.
- MUSNER, LUTZ (2016): *Soldatenalltag im Krieg*. In: RUMPLER 2016a, 285–329.
- MUTSCHLECHNER, MARTIN (2011): *Die Fürsten von Eggenberg als Herzöge von Krumau*. In: SCHRIFFL / PERZI 2011, 45–51.
- MYŠKA, MILAN u. a. (2003/2008): *Historická encyklopedie podnikatelů Čech, Moravy a Slezska* [Historische Enzyklopädie der Unternehmer Böhmens, Mährens und Schlesiens]. 2 Bde. Ostrava.
- NADACE BERNARDA BOLZANA / ACKERMANN GEMEINDE (1997): *Češi a Němci, doba podeklarační. Deutsche und Tschechen. Zeit nach der Erklärung*. Praha.
- NADLER, JOSEF / SRBIK, HEINRICH v. (1936): *Österreich. Erbe und Sendung im deutschen Raum*. Salzburg / Leipzig.
- NAIMARK, NORMAN M. (2001): *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*. Cambridge, MA / London.
- NAUMANN, FRIEDRICH (1915): *Mitteleuropa*. Berlin.
- NECK, RUDOLF (1975): *Thesen zum Februar. Ursprünge, Verlauf und Folgen*. In: JEDLIČKA, LUDWIG / NECK, RUDOLF (Hg.): *Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938*. Wien, 151–156.
- NĚMEČEK, JAN (2011): *Die Tschechoslowakei im Jahre 1938*. In: SCHRIFFL / PERZI 2011, 249–264.
- NEUGEBAUER, WOLFGANG (2001a): *Der NS-Terrorapparat*. In: TÁLOS u. a. 2001, 721–743.
- NEUGEBAUER, WOLFGANG (2001b): *Widerstand und Opposition*. In: TÁLOS u. a. 2001, 187–212.
- NEWERKLA, STEFAN MICHAEL (2004): *Josef Valentin Zlobický im Kreise seiner Vorgänger und Zeitgenossen*. In: VINTR, JOSEF / PLESKALOVÁ, JANA (Hg.): *Videňský podíl na počátcích českého národního obrození. Wiener Anteil an den Anfängen der tschechischen nationalen Erneuerung*. Praha, 137–158.
- NIEDERHAUSER, EMIL (1990): *1848. Sturm im Habsburgerreich*. Wien.
- NIEDERSTÄTTER, ALOIS (2004a): *Die Herrschaft Österreich. Fürst und Land im Spätmittelalter*. Wien (Österreichische Geschichte 1278–1411).
- NIEDERSTÄTTER, ALOIS (2004b): *Das Jahrhundert der Mitte. An der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit*. Wien (Österreichische Geschichte 1400–1522).
- NOVOTNÝ, LUKÁŠ (2008): *Kameradschaftsbund. A Contribution to the History of the Czech-German Relationship (Part one)*. In: *Prague Papers on the History of International Relations*, 291–309; Part two (2009), 387–405.
- OBERÖSTERREICHISCHES LANDESARCHIV (2000): *Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei*. Linz.
- OPLATKA, ANDREAS (2004): *Graf Stephan Széchenyi. Der Mann, der Ungarn schuf*. Wien.
- OPOČENSKÝ, JAN (1931): *Umsturz in Mitteleuropa. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns und die Geburt der Kleinen Entente*. Hellerau bei Dresden.
- ORMOS, MÁRIA (1990): *From Padua to the Trianon, 1918–1920*. Boulder, CO.

- ORZOFF, ANDREA (2009): *The Battle for the Castle. The Myth of Czechoslovakia in Europe 1914–1948*. New York.
- OSTERLOH, JÖRG (2006): *Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland 1938–1945*. München.
- OVERMANS, RÜDIGER (2000): *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*. 2. Aufl. München.
- OVERY, RICHARD J. (1994): *War and Economy in the Third Reich*. Oxford u. a.
- PÁLFFY, GÉZA (2009): *The Kingdom of Hungary and the Habsburg Monarchy in the Sixteenth Century*. New York.
- PÁNEK, JAROSLAV (1993): Böhmen, Mähren und Österreich in der frühen Neuzeit: Forschungsprobleme ihres Zusammenlebens. In: WINKELBAUER 1993, 125–136.
- PÁNEK, JAROSLAV (1996): *Poslední Rožmberk. Životní příběh Petra Voka [Der letzte Rosenberg. Die Lebensgeschichte von Petr Vok]*. Praha.
- PASÁK, TOMÁŠ (2005): *Český fašismus 1922–45 a kolaborace 1939–45 [Tschechischer Faschismus 1922–45 und Kollaboration 1939–45]*. Praha.
- PATROUCH, JOSEPH F. (2000): *A Negotiated Settlement: The Counter-Reformation in Upper Austria under the Habsburgs*. Leiden.
- PAUER, JAN (1995): *Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes*. Bremen.
- PAUER, JAN (2011): *Der „Prager Frühling“ 1968*. In: SCHRIFFL / PERZI 2011, 329–348.
- PAULEY, BRUCE F. (1992): *From Prejudice to Persecution. A History of Austrian Anti-Semitism*. Chapel Hill.
- PEKAŘ, JOSEF (1923): *Irrtümer und Gefahren der Bodenreform*. Prag.
- PERMAN, DAGMAR (1962): *The Shaping of the Czechoslovak State. Diplomatic History of the Boundaries of Czechoslovakia*. Leiden.
- PEROUTKA, FERDINAND (1936): *Budování státu [Der Aufbau des Staates]*. 5 Bde. 3. Aufl. Praha.
- PERZI, NIKLAS (2003): *Die Beneš-Dekrete. Eine europäische Tragödie*. St. Pölten / Wien / Linz.
- PERZI, NIKLAS (2007): *Protektorátní policie a četnictvo. Stav zkoumání, ožehavé a otevřené otázky, hranice bádání [Die Protektoratspolizei und Gendarmerie. Forschungsstand, offene und heikle Fragen, Grenzen der Forschung]*. In: PETRÁŠ, JIŘÍ (Hg.): *Kolaborace? Kolaborace! [Kollaboration? Kollaboration!]*. České Budějovice.
- PERZI, NIKLAS (2009): *Der Zerfall der Tschechoslowakei 1938/39: Interne und externe Ursachen*. In: VORÁČEK, EMIL (Hg.): *The Disintegration of Czechoslovakia in the End of the 1930s. Policy in Central Europe*. Praha, 59–88.
- PERZI, NIKLAS (2016): *Aufnahme und Abs Schub. Die Sudetendeutschen in Niederösterreich 1945/46*. St. Pölten.
- PETRÁŇ, JOSEF (1998): *Die Anfänge des Krieges in Böhmen*. In: BUSSMANN, KLAUS / SCHILLING, HEINZ (Hg.): *1648. Krieg und Frieden in Europa*. Bd. 1. Münster / Osnabrück, 85–93.
- PETRÁŇ, JOSEF / PETRÁŇOVÁ, LYDIA (1998): *The White Mountain as a symbol in modern Czech history*. In: TEICH 1998, 143–163.
- PFLANZE, OTTO (2008): *Bismarck*. Bd. I: *Der Reichsgründer*. Bd. II: *Der Reichskanzler*. München.
- PLASCHKA, RICHARD G. (2000): *Der Staat als Ziel des slowakischen Aufstandes 1944*. In: BURZ, ULFRIED / DERNDARSKY, MICHAEL / DROBESCH, WERNER (Hg.): *Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumpfer zum 65. Geburtstag*. Klagenfurt, 463–467.
- PLASCHKA, RICHARD G. / HASSELSTEINER, HORST / SUPPAN ARNOLD (1974): *Innere Front. Militärassistenten, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918*. 2 Bde. Wien.

- PLASCHKA, RICHARD G. / HASELSTEINER, HORST / SUPPAN, ARNOLD / DRABEK, ANNA M. (Hg.) (1997): Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938–1948. Wien.
- PLASCHKA, RICHARD G. / MACK, KARLHEINZ (Hg.) (1970): Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Wien (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts; 3).
- PLASCHKA, RICHARD G. / STOURZH, GERALD / NIEDERKORN, JAN PAUL (Hg.) (1995): Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute. Wien (Archiv für österreichische Geschichte; 136).
- PODIVEN (Hg.) (1991): Češi v dějinách nové doby. Pokus o zrcadlo [Die Tschechen in der Geschichte der Neuzeit. Versuch einer Spiegelbetrachtung]. Praha.
- POGÁNY, AGNES (2016): Finanzgebarung, Kriegskosten und Kriegsschulden. In: RUMPLER 2016a, 543–596.
- POHL, WALTER (2015): Von der römischen Herrschaft bis zur Karolingerzeit (15 v. Chr. bis 907). In: WINKELBAUER 2015a, 33–62.
- POLIŠENSKÝ, JOSEF (1971): Der Krieg und die Gesellschaft in Europa 1618–1648. Praha (Documenta Bohemica Bellum Tricennale Illustrantia; 1).
- POLIŠENSKÝ, JOSEF (1991): Tragic Triangle. The Netherlands, Spain and Bohemia 1617–1621. Prague.
- PREČAN, VILÉM (1978): Die sieben Jahre von Prag, 1969–1976. Briefe und Dokumente aus der Zeit der „Normalisierung“. Frankfurt am Main.
- PRINZ, FRIEDRICH (Hg.) (1973): Wenzel Jaksch – Edvard Beneš. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939–1943. Köln.
- PRINZ, FRIEDRICH (2002): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Böhmen und Mähren. 2. Aufl. Berlin.
- Der Prozess 1947 = Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. Nürnberg 1947.
- QUADERER, RUPERT (2008): Das Haus Liechtenstein und die Bodenreform in der Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg. In: Prague Papers on the History of International Relations, 265–290.
- RÁDL, EMANUEL (1928): Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen. Reichenberg.
- RADSPIELER, TONY (1955): The Ethnic German Refugees in Austria 1945–1954. The Hague.
- RADVANSKÝ, ZDENĚK (Hg.) (1998–2000): Historie okupovaného pohraničí 1938–1945 [Die Geschichte des besetzten Grenzlandes 1938–1945]. 6 Teile. Ústí nad Labem.
- RAHTEN, ANDREJ (2012): Ivan Šusteršič, der ungekrönte Herzog von Krain. Die slowenische katholische Bewegung zwischen trialistischem Reformkonzept und jugoslawischer Staatsidee. Wien.
- RAINER, JOHANN (Hg.) (1973–2012): Grazer Nuntiatur. 4 Bde. 1580–1598. Wien.
- RATHKOLB, OLIVER (1991): Führertreu und gottbegnadet: Künstlereliten im Dritten Reich. Wien.
- RATHKOLB, OLIVER (1993): „Ein schwieriges Verhältnis“ – Österreich und die ČSR 1945–1950. In: WINKELBAUER 1993, 479–490.
- RATHKOLB, OLIVER (2015a): Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945). In: WINKELBAUER 2015a, 477–524.
- RATHKOLB, OLIVER (2015b): Die Zweite Republik (seit 1945). In: WINKELBAUER 2015a, 525–594.
- RATHKOLB, OLIVER / VENUS, THEODOR (2013): Reichsbankanstalten 1938–1945 am Beispiel der Reichsbankhauptstelle Wien. Wien.
- RAUCHENSTEINER, MANFRIED (1970): Krieg in Österreich 1945. Wien.

- RAUCHENSTEINER, MANFRIED (2005): Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung. Wien.
- RAUCHENSTEINER, MANFRIED (2013): Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Graz / Wien / Köln.
- RAUCHENSTEINER, MANFRIED (2016): Gedächtnisort Erster Weltkrieg. In: RUMPLER 2016a, 39–78.
- RAUSCHER, WALTER (2002): Österreichs Außenpolitik im Zeichen von Besuchsdiplomatie und bilateralen Handelsbeziehungen. In: KOCH u. a. 1993–2016, Bd. 5, 11–26.
- REDLICH, JOSEF (1920): Das österreichische Staats- und Reichsproblem. Geschichtliche Darstellung der inneren Politik der habsburgischen Monarchie von 1848 bis zum Untergang des Reiches. Teil I. Leipzig.
- REDLICH, JOSEF (2011): Schicksalsjahre Österreichs. Die Erinnerungen und Tagebücher Josef Redlichs 1869–1936. 3 Bde. Hg. v. FRITZ FELLNER u. DORIS A. CORRADINI. Wien / Köln / Weimar (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs; 105).
- REDLICH, OSWALD (1962): Das Werden einer Großmacht. 4. Aufl. Wien.
- REINHARD, WOLFGANG (1999): Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart. München.
- RENNER, KARL (1938): Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudetendeutschen. Wien.
- ŘEPA, MILAN (2001): Moravané nebo Češi? Vývoj českého národního vědomí na Moravě v 19. století [Mährer oder Tschechen? Die Entwicklung des tschechischen Nationalbewusstseins in Mähren im 19. Jahrhundert]. Brno.
- RESS, IMRE (2016): Das Königreich Ungarn im Ersten Weltkrieg. In: RUMPLER 2016a, 1095–1163.
- LA RÉVOLUTION FRANÇAISE ET L'EUROPE 1789–1799. XXe exposition du Conseil de l'Europe. 3 Bde. Paris 1989.
- RIEDMANN, JOSEF (1988): Geschichte Tirols. 2. Aufl. Wien.
- ROKYTA, HUGO (1997a): Die Böhmisches Länder. Handbuch der Denkmäler und Gedenkstätten europäischer Kulturbeziehungen in den Böhmisches Ländern. Prag. 3. Aufl. Prag.
- ROKYTA, HUGO (1997b): Die Böhmisches Länder. Handbuch der Denkmäler und Gedenkstätten europäischer Kulturbeziehungen in den Böhmisches Ländern. Böhmen. 2. Aufl. Prag.
- ROKYTA, HUGO (1997c): Die Böhmisches Länder. Handbuch der Denkmäler und Gedenkstätten europäischer Kulturbeziehungen in den Böhmisches Ländern. Mähren und Schlesien. 2. Aufl. Prag.
- ROMSICS, IGNAČ (2005): Der Friedensvertrag von Trianon. Herne.
- ROSENMAYR, LEOPOLD (2008): Überwältigung 1938. Frühes Erlebnis – späte Deutung. Rückblick eines Soziologen in die eigene Kindheit und seine frühe Jugend. Wien / Köln / Weimar.
- ROTHKIRCHEN, LIVIA (2005): The Jews of Bohemia and Moravia Facing the Holocaust. Lincoln / Jerusalem.
- ROZENBLIT, MARSHA L. (2016): Der Habsburg-Patriotismus der Juden. In: RUMPLER 2016a, 887–917.
- RUMPLER, HELMUT (1989): Die rechtlich-organisatorischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Außenpolitik der Habsburgermonarchie 1848–1918. In: WANDRUSZKA / URBANITSCH 1989, Bd. 1, 1–121.

- RUMPLER, HELMUT (1997): Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie. Wien (Österreichische Geschichte 1804–1914).
- RUMPLER, HELMUT (2000): Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914. In: RUMPLER / URBANITSCH 2000, 667–894.
- RUMPLER, HELMUT (2011): Geschichte der böhmischen Länder im langen 19. Jahrhundert. Forschungsfragen aus österreichischer Sicht. In: SCHRIFFL / PERZI 2011, 109–122.
- RUMPLER, HELMUT (Hg.) (2013): Der Franziszeische Kataster im Kronland Kärnten (1823–1844). Unter Mitarbeit v. WERNER DROBESCH, ROLAND BÄCK, WALTER LIEBHART. Klagenfurt am Wörthersee.
- RUMPLER, HELMUT (Hg.) (2016a): Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. Teilbd. 1: Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas. 2 Teile. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848–1918; XI/1).
- RUMPLER, HELMUT (2016b): Die Todeskrise Cisleithaniens 1911–1918. Vom Primat der Innenpolitik zum Primat der Kriegsentscheidung. In: RUMPLER 2016a, 1165–1256.
- RUMPLER, HELMUT (2016c): „Die Weltgeschichte ist das Kreisgericht“. Die Kreisverfassung als Alternative zum historischen Staatsrecht? In: Štred/Centre 8, H. 1, 28–75.
- RUMPLER, HELMUT / SCHMIED-KOWARZIK, ANATOL (Hg.) (2014): Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. Teilbd. 2: Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914–1918. Bevölkerungsbewegung, Kriegstote, Kriegswirtschaft. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848–1918; XI/2).
- RUMPLER, HELMUT / SEGER, MARTIN (Hg.) (2010): Soziale Strukturen. Teilbd. 2: Die Gesellschaft der Habsburgermonarchie im Kartenbild. Verwaltungs-, Sozial- und Infrastrukturen. Nach dem Zensus von 1910. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848–1918; IX/2).
- RUMPLER, HELMUT / URBANITSCH, PETER (Hg.) (2000): Verfassung und Parlamentarismus. 2 Bde. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848–1918; VII).
- RUMPLER, HELMUT / URBANITSCH, PETER (Hg.) (2010): Soziale Strukturen. Teilbd. 1: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft. 2 Teile. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848–1918; IX/1).
- SAFRIAN, HANS (1993): Die Eichmann-Männer. Wien.
- SANDGRUBER, ROMAN (1978): Österreichische Agrarstatistik 1750–1918. Wien (Wirtschafts- und Sozialstatistik Österreich-Ungarns; 2).
- SANDGRUBER, ROMAN (1995): Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien (Österreichische Geschichte).
- SAYER, DEREK (1998): The Coasts of Bohemia. A Czech History. Princeton.
- SCHALLNER, DIETER (2011): Drei Sichtweisen auf die Geschichte der Tschechoslowakei in den Jahren 1945–1968. In: SCHRIFFL / PERZI 2011, 367–382.
- SCHAUSBERGER, NORBERT (1970): Rüstung in Österreich 1938–1945. Eine Studie über die Wechselwirkung von Wirtschaft, Politik und Kriegsführung. Wien.
- SCHEER, TAMARA (2016): Die Kriegswirtschaft am Übergang von der liberal-privaten zur staatlich-regulierten Arbeitswelt. In: RUMPLER 2016a, 437–484.
- SCHEURINGER, BRUNHILDE (2010): Sudetendeutsche Flüchtlinge in Oberösterreich. In: Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Fakten, Forschungen, Perspektiven aus dem Abstand von 50 Jahren. Linz (Mitteilungen des Oberösterreichischen Landesarchivs; 19), 141–175.
- SCHIEDER, THEODOR u. a. (Hg.) (1984): Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. 2. Aufl. München (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa; IV/1).
- SCHILLING, HEINZ (1998): Krieg und Frieden in der werdenden Neuzeit – Europa zwischen Staatenbellizität, Glaubenskrieg und Friedensbereitschaft. In: BUSSMANN, KLAUS /

- SCHILLING, HEINZ (Hg.): 1648. Krieg und Frieden in Europa. Bd. 1. Münster / Osnabrück, 13–22.
- SCHILLING, HEINZ (2016): Martin Luther. Rebell in einer Zeit des Umbruchs. München.
- SCHMIDL, ERWIN A. (1987): März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich. Wien.
- SCHMIDL, ERWIN A. (2016): Die Totalisierung des Krieges. In: RUMPLER 2016a, 331–391.
- SCHMIDT, GEORG (1999): Geschichte des Alten Reiches. Staat und Nation in der Frühen Neuzeit 1495–1806. München.
- SCHMIDT-HARTMANN, EVA (1991): Tschechoslowakei. In: BENZ, WOLFGANG (Hg.): Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. München, 353–379.
- SCHMIED-KOWARZIK, ANATOL (2011): Die Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1908–1914. Budapest.
- SCHMIED-KOWARZIK, ANATOL (2016): Die wirtschaftliche Erschöpfung. In: RUMPLER 2016a, 485–542.
- SCHÖNER, JOSEF (1992): Wiener Tagebuch 1944/45. Hg. v. EVA-MARIE CSÁKY, FRANZ MATSCHER u. GERALD STOURZH. Wien / Köln / Weimar.
- SCHORSKE, CARL (1980): Fin-de-Siècle Vienna: Politics and Culture. New York.
- SCHRIFFL, DAVID (2012): Tote Grenze oder lebendige Nachbarschaft? Österreichisch-slowakische Beziehungen 1945–1968. Wien (Zentraleuropa-Studien; 14).
- SCHRIFFL, DAVID / PERZI, NIKLAS (Hg.) (2011): Schlaglichter auf die Geschichte der Böhmisches Länder vom 16. bis 20. Jahrhundert. Ausgewählte Ergebnisse zu den österreichisch-tschechischen Historikertagen 2006 und 2008. Wien / Berlin.
- SCHROEDER, PAUL W. (1994): The Transformation of European Politics 1763–1848. New York.
- SCHULHANDKARTE (1941): Schulhandkarte des Protektorates Böhmen u. Mähren u. der angrenzenden Gebiete. Příruční školní mapa Protektorátu Čechy a Morava a přilehlých území. Praha.
- SCHÜLLER, RICHARD (1990): Unterhändler des Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller. Hg. v. JÜRGEN NAUTZ. Wien / München.
- SCHULZE, HAGEN (1982): Weimar. Deutschland 1917–1933. 2. Aufl. Berlin (Die Deutschen und ihre Nation).
- SCHULZE, WINFRIED (1978): Reich und Türkengefahr im späten 16. Jahrhundert. München.
- SCHULZE WESSEL, MARTIN (Hg.) (2004): Loyalitäten in der Tschechoslowakischen Republik 1918–1938. München.
- SCHUSCHNIGG, KURT VON (1946): Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot. „Aufzeichnungen des Häftlings Dr. Auster“. Zürich.
- SCHWARZ, MARIO (Hg.) (2015): Die Wiener Hofburg im Mittelalter. Von der Kastellburg bis zu den Anfängen der Kaiserresidenz. Wien (Veröffentlichungen zur Bau- und Funktionsgeschichte der Wiener Hofburg; 1. Veröffentlichungen zur Kunstgeschichte; 12).
- ŠEBEK, JAROSLAV (2011): Der Erste und Zweite Weltkrieg und die Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit. Stand der tschechischen Geschichtsforschung nach 1989. Bilanz, Fragestellungen und Perspektiven. In: SCHRIFFL / PERZI 2011, 217–239.
- ŠEDIVÝ, IVAN (2001): Češi, České země a velká válka 1914–1918 [Die Tschechen, die böhmischen Länder und der große Krieg 1914–1918]. Praha.
- ŠEDIVÝ, IVAN (2016): Der Einfluss des Ersten Weltkrieges auf die tschechische Politik. In: RUMPLER 2016a, 711–734.
- SEIBT, FERDINAND (1993a): Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas. München / Zürich.

- SEIBT, FERDINAND (Hg.) (1993b): Jan Hus. Zwischen Zeiten, Völkern, Konfessionen. München (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; 85).
- SEIBT, FERDINAND (2000): Deutsch-tschechischer Diskurs 1947–1999. Ein Lesedrama in sieben Akten. In: Merkur 54, 216–230.
- SEIBT, FERDINAND (2002): Deutsche, Tschechen, Sudetendeutsche. Analysen und Stellungnahmen zu Geschichte und Gegenwart aus fünf Jahrzehnten. Festschrift zu seinem 75. Geburtstag hg. v. ROBERT LUFT, CHRISTIANE BRENNER, K. ERIK FRANZEN, PETER HASLINGER, PETER HEUMOS u. STEPHANIE WEISS. München (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; 100).
- SEIDEL, HANS (2005): Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Wien.
- SEIPEL, IGNAZ (1916): Nation und Staat. Wien / Leipzig.
- ŠEPTÁK, MIROSLAV (2014/15): Von der Zollunion bis zu den Römischen Protokollen. In: Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien, 245–262.
- ŠESTÁK, MIROSLAV (1996): Der tschechische Austroslavismus bis zum österreichisch-ungarischen Ausgleich in der tschechischen Historiographie. In: MORITSCH, ANDREAS (Hg.): Der Austroslavismus. Ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas. Wien / Köln / Weimar, 24–35.
- SHEEHAN, JAMES J. (1989): German History 1770–1866. Oxford (Oxford History of Modern Europe).
- SHIRER, WILLIAM L. (1984): The Nightmare Years: 1930–1940. Boston.
- SIEMANN, WOLFRAM (2010): Metternich. Staatsmann zwischen Restauration und Moderne. München.
- SIMMS, BRENDAN (2007): Three Victories and a Defeat. The Rise and Fall of the First British Empire, 1714–1783. London u. a.
- ŠKORPIL, PAVEL (1994): Probleme bei der Berechnung der Zahl der tschechoslowakischen Todesopfer des nationalsozialistischen Deutschlands. In: BRANDES, DETLEV / KURAL, VÁCLAV (Hg.): Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947. Essen, 161–164.
- SKŘIVAN, ALEŠ (1999): Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906–1914. Hamburg.
- SLÁDEK, OLDŘICH (1986): Zločinná role gestapa. Nacistická bezpečnostní policie v českých zemích 1938–1945 [Die verbrecherische Rolle der Gestapo. Die nazistischen Sicherheitspolitik in den böhmischen Ländern 1938–1945]. Praha.
- SLÁMA, JIŘÍ (1998): Boiohaemum-Čechy. In: TEICH 1998, 23–38.
- SLÁMA, JIŘÍ / KAPLAN, KAREL (1986): Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935–1946–1948. Eine statistische Analyse. München.
- SLAPNICKA, HELMUT (1997): Die rechtlichen Grundlagen für die Behandlung der Deutschen und Magyaren in der Tschechoslowakei 1945–1948. In: PLASCHKA u. a. 1997, 155–192.
- ŠMAHEL, FRANTIŠEK (1985): La révolution hussite, une anomalie historique. Paris.
- ŠMAHEL, FRANTIŠEK (1993): Husitská revoluce [Die hussitische Revolution]. 4 Bde. Praha.
- ŠMAHEL, FRANTIŠEK (1998): The Hussite movement: an anomaly of European history? In: TEICH 1998, 79–97.
- SOUBIGOU, ALAIN (2002): Thomas Masaryk. Paris.
- SOUTOU, GEORGES-HENRI (2005): Le deuil de la Puissance (1914–1958). In: VILLEPIN 2005, 745–860.
- SPEER, ALBERT (1969): Erinnerungen. Berlin.
- SRB, VLADIMÍR (1984): Osídlení českého pohraničí v letech 1945–1959 [Die Besiedlung der tschechischen Grenzgebiete in den Jahren 1945–1959]. Demografický přehled [Demographische Übersicht]. Praha.

- SRBIK, HEINRICH VON (1936): Österreich in der deutschen Geschichte. Wien.
- STADLER, KARL (1966): Österreich 1938–1945 im Spiegel der NS-Akten. Wien.
- ŠTAJF, JIŘÍ (2005): Obezřetné elity. Česká společnost mezi tradicí a revolucí 1830–1851 [Umsichtige Eliten. Die tschechische Gesellschaft zwischen Tradition und Revolution 1830–1851]. Praha.
- STANĚK, TOMÁŠ (1991): Odsun Němců z Československa 1945–1947 [Der Abschub der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947]. Praha.
- STANĚK, TOMÁŠ (2002): Verfolgung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (außerhalb der Lager und Gefängnisse). Wien / Köln / Weimar.
- STANĚK, TOMÁŠ (2005): Poválečné „excesy“ v českých zemích v roce 1945 a jejich vyšetřování [Nachkriegs-„Exzesse“ in den böhmischen Ländern 1945 und ihre Untersuchung]. Praha.
- STANĚK, TOMÁŠ (2007): Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945–1948. München.
- STANĚK, TOMÁŠ / ARBURG, ADRIAN VON (2006): Organizované divoké odsuny? Úloha ústředních státních orgánů při provádění „evakuace“ německého obyvatelstva (květen až září 1945). Snahy vlády a civilních úřadů o řízení „divokého odsunu“ [Organisierte wilde Abschiebungen? Die Rolle der zentralen staatlichen Behörden bei der Durchführung der „Evakuierung“ der deutschen Bevölkerung (Mai bis September 1945). Die Bemühungen der Regierung und der Zivilbehörden um die Steuerung des „wilden Abschubs“]. In: Soudobé dějiny 13, H. 3–4, 322–376.
- STAUBER, REINHARD (2015): Der Wiener Kongress und die europäische Friedensordnung von 1814/15. In: HUSSLEIN-ARCO u. a. 2015, 37–45.
- STAUDINGER, BARBARA (2006): Die Zeit der Landjuden und der Wiener Judenstadt 1496–1670/71. In: BRUGGER u. a. 2006, 229–337.
- STEINER, ZARA (2005): The Lights That Failed. European International History 1919–1933. Oxford.
- STEINER, ZARA (2011): The Triumph of the Dark. European International History 1933–1939. Oxford.
- STEININGER ROLF (1996): „... Der Angelegenheit ein paneuropäisches Mäntelchen umhängen ...“ Das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt von 1931. In: GEHLER, MICHAEL / SCHMIDT, RAINER F. / BRANDT, HARM-HINRICH / STEININGER, ROLF (Hg.): Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart (Historische Mitteilungen; Beiheft 15), 441–480.
- STEKL, HANNES / WAKOUNIG, MARIJA (1992): Windisch-Graetz. Ein Fürstenhaus im 19. und 20. Jahrhundert. Wien / Köln / Weimar.
- STELLNER, FRANTIŠEK (1998): Fridrich Veliký. Cesta Pruska k velmocenskému postavení [Friedrich der Große. Der Weg Preußens zur Großmachtstellung]. Praha.
- STEVENSON, DAVID (2012): 1914–1918. The History of the First World War. 2. Aufl. London.
- STIEFEL, DIETER (1988): Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise – die Krise der Credit-Anstalt 1931 und ihre wirtschaftlich-politische Bewältigung. Frankfurt am Main.
- ŠTIH, PETER / SIMONITI, VASKO / VODOPIVEC, PETER (2008): Slowenische Geschichte. Gesellschaft – Politik – Kultur. Graz.
- STÖLZL, CHRISTOPH (1971): Die Ära Bach in Böhmen. Sozialgeschichtliche Studien zum Neoabsolutismus 1849–1859. München / Wien (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; 26).
- STOURZH, GERALD (1985): Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918. Wien.

- STOURZH, GERALD (1995): Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewusstseins – vom Zusammenbruch der Monarchie zur Zweiten Republik. In: PLASCHKA u. a. 1995, 289–311.
- STOURZH, GERALD (2005): Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955. 5. Aufl. Wien / Köln / Graz.
- STOURZH, GERALD (2007): From Vienna to Chicago and Back. Essays on Intellectual and Political Thought in Europe and America. Chicago / London.
- STOURZH, GERALD (2011a): Der Umfang der österreichischen Geschichte. Ausgewählte Studien 1990–2010. Wien / Köln / Graz.
- STOURZH, GERALD (2011b): Der Umfang der österreichischen Geschichte. In: STOURZH 2011a, 9–36.
- STOURZH, GERALD (2011c): Verfassungsbruch im Königreich Böhmen: Ein unbekanntes Kapitel zur Geschichte des richterlichen Prüfungsrechts im alten Österreich. In: STOURZH 2011a, 139–155.
- STOURZH, GERALD (2011d): Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung. In: STOURZH 2011a, 181–210.
- STOURZH, GERALD (2011e): The Ethnicizing of Politics and „National Indifference“ in Late Imperial Austria. In: STOURZH 2011a, 283–323.
- STOURZH, GERALD / ZAAR, BIRGITTE (Hg.) (1990): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938. Wien.
- STRACHAN, HEW (2016): Das europäische Mächtesystem und das Habsburgerreich in der Julikrise 1914. In: RUMPLER 2016a, 133–170.
- STRAUSS, EMIL (1934): Die Entstehung der tschechoslowakischen Republik. Prag.
- STRESEMANN, GUSTAV (1932): Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden. Hg. v. HENRY BERNHARD. Bd. 1. Berlin.
- STROHMEYER, ARNO (2006): Konfessionskonflikt und Herrschaftsordnung: Widerstandsrecht bei den österreichischen Ständen (1550–1650). Mainz.
- STROHMEYER, ARNO (2012): Die Habsburger Reiche 1555–1740: Herrschaft – Gesellschaft – Politik. Darmstadt.
- SUPPAN, ARNOLD (1983): Die österreichischen Volksgruppen. Tendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert. Wien.
- SUPPAN, ARNOLD (1988): Ostmitteleuropa am Wendepunkt. Anschluß und Anschlußfrage in Politik und öffentlicher Meinung Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns und Jugoslawiens. In: KARAS, OTHMAR (Hg.): Die Lehre: Österreich, Schicksalslinien einer Demokratie. Wien, 155–236.
- SUPPAN, ARNOLD (1991): Nationale Stereotypen in der Karikatur. Österreich und seine Nachbarn in Ostmitteleuropa. In: WOLFRAM, HERWIG / POHL, WALTER (Hg.): Probleme der Geschichte Österreichs und ihrer Darstellung. Wien, 259–284.
- SUPPAN, ARNOLD (1996): Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld. Wien / München (Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts; XIV).
- SUPPAN, ARNOLD (1999): Die außenpolitischen Beziehungen zwischen Prag und Wien 1918–1938. In: Prague Papers on History of International Relations. Prague, 213–286.
- SUPPAN, ARNOLD (Hg.) (2002a): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Zwischen Adria und Karawanken. 2. Aufl. Berlin.
- SUPPAN, ARNOLD (2002b); Österreicher, Tschechen und Sudetendeutsche als Konfliktgemeinschaft im 20. Jahrhundert. In: Prague Papers on History of International Relations. Prague, 157–209.

- SUPPAN, ARNOLD (2014): Hitler – Beneš – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa. 3 Bde. 2. Aufl. Wien (Internationale Geschichte / International History; 1/1–3).
- SUPPAN, ARNOLD (2015): Hitler und die Österreicher. Zwischen totaler Gleichschaltung und partieller Unterdrückung. In: Geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlicher Anzeiger 150, H. 1+2, 31–56.
- SUPPAN, ARNOLD (2016a): Unterwerfung und Erniedrigung. In: RAUSCHER, WALTER / SUPPAN, ARNOLD (Hg.): Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938 (ADÖ). Bd. 12. Wien, 11–60.
- SUPPAN, ARNOLD (2016b): Die imperialistische Friedensordnung Mitteleuropas in den Verträgen von Saint-Germain und Trianon. In: RUMPLER 2016a, 1257–1341.
- SUPPAN, ARNOLD / MUELLER WOLFGANG (Hg.) (2009): Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality, and Eastern Europe in the Cold War and Detente, 1955–1989. Wien (Europa Orientalis; 7).
- SUPPAN, ARNOLD / STOURZH GERALD / MUELLER WOLFGANG (Hg.) (2005): Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität. The Austrian State Treaty 1955. International Strategy, Legal Relevance, National Identity. Wien.
- SUPPAN, ARNOLD / VYSLONZIL, ELISABETH (Hg.) (2002): Edvard Beneš und die tschechoslowakische Außenpolitik. Frankfurt am Main / Berlin / Bern u. a. (Wiener Osteuropa Studien; 12).
- ŠUSTEK, VOJTĚCH / MÍŠKOVÁ, ALENA (Hg.) (2001): Josef Pfitzner a protektorátní Praha v letech 1939–1945 [Josef Pfitzner und Prag in der Zeit des Protektorats 1939–1945]. 2 Bde. Praha.
- SUTTER, BERTOLD (1960/1965): Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897. 2 Bde. Graz / Köln (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs; 46/47).
- SUTTNER FICHTNER, PAULA (2014): The Habsburgs: Dynasty, Culture and Politics. London.
- SVATOŠ, MICHAL (Hg.) (1995): Dějiny Univerzity Karlovy [Geschichte der Karls-Universität]. I. Bd.: 1347/48–1622. Praha.
- SZABO, FRANZ A. J. (1994): Kaunitz and Enlightened Absolutism, 1753–1780. Cambridge.
- SZABO, FRANZ (2008): The Seven Years War in Europe, 1756–1763. Harlow / London / New York u. a.
- TÁLOS, EMMERICH (2001): Sozialpolitik in der „Ostmark“. In: TÁLOS u. a. 2001, 376–408.
- TÁLOS, EMMERICH (2013): Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938. Wien.
- TÁLOS, EMMERICH / HANISCH, ERNST / NEUGEBAUER, WOLFGANG (Hg.) (2001): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien.
- TANTNER, ANTON (2007): Ordnung der Häuser, Beschreibung der Seelen. Hausnummerierung und Seelenkonskription in der Habsburgermonarchie. Innsbruck / Wien / Bozen (Wiener Schriften zur Geschichte der Neuzeit; 4).
- TAYLOR, ALAN JOHN PERCIVALE (1990): The Habsburg Monarchy 1809–1918. A History of the Austrian Empire and Austria-Hungary. London.
- TEICH, MIKULÁŠ (Hg.) (1998): Bohemia in History. Cambridge.
- TEICHOVA, ALICE (1974): An Economic Background to Munich. International Business and Czechoslovakia 1918–1939. Cambridge.
- TEICHOVA, ALICE (1988a): Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918–1980. Wien / Köln / Graz.

- TEICHOVA, ALICE (1988b): Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit. Wien (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien; 18).
- TEICHOVA, ALICE / MATIS, HERBERT (Hg.) (1996): Österreich und die Tschechoslowakei 1918–1938. Die wirtschaftliche Neuordnung in Zentraleuropa in der Zwischenkriegszeit. Wien / Köln / Weimar.
- TELESKO, WERNER (Hg.) (2012): Die Wiener Hofburg 1835–1918. Der Ausbau der Residenz im Vormärz bis zum Ende des „Kaiserforums“. Wien (Veröffentlichungen zur Kunstgeschichte; 15).
- TERSCH, HARALD (1993): ... daz ist zwâr der Bêheim sit ... Zum Bild des nördlichen Nachbarn in deutschsprachigen Chroniken Österreichs. In: WINKELBAUER 1993, 97–112.
- THAMER, HANS-ULRICH (1986): Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945. Berlin.
- THAMER, HANS-ULRICH / ERPEL, SIMONE (2010): Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen. Eine Ausstellung der Stiftung Deutsches Historisches Museum, Berlin, 15. Oktober 2010 bis 6. Februar 2011. Dresden.
- THER, PHILIPP (2011): Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa. Göttingen.
- Theresienstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942–1945. Hg. vom INSTITUT THERESIENSTÄDTER INITIATIVE. Prag 2000.
- TOOZE, ADAM (2008): Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. München.
- TÓTH, ISTVÁN GYÖRGY (Hg.) (2005): Geschichte Ungarns. Budapest.
- TRAUSSNIG, FLORIAN (2016): Militärischer Widerstand von außen. Österreicher in US-Armee und Kriegsgeheimdienst im Zweiten Weltkrieg. Wien / Köln / Weimar.
- TŘEŠTÍK, DUŠAN (2000): Die Tschechen. In: WIECZOREK / HINZ 2000, 356–366.
- UHL, HEIDEMARIE (2008): Flucht und Vertreibung im deutschen und österreichischen Gedächtnisdiskurs. In: HASLINGER, PETER / FRANZEN, ERIK / SCHULZE WESSEL, MARTIN (Hg.): Diskurse über Zwangsmigrationen in Zentraleuropa. Geschichtspolitik, Fachdebatten, literarisches und lokales Erinnern seit 1989. München (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; 108), 157–175.
- UHLÍŘ, JAN B. (2008): Protektorát Čechy a Morava v obrazech [Das Protektorat Böhmen und Mähren in Bildern]. Praha.
- ULLMANN, PAUL (2006): Eine schwierige Nachbarschaft. Die Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei 1945–1968. Wien (Wiener Osteuropa Studien; 20).
- URBAN, OTTO (1994): Die tschechische Gesellschaft 1848 bis 1918. 2 Bde. Wien / Köln / Weimar (Anton Gindely Reihe zur Geschichte der Donaumonarchie und Mitteleuropas; 2).
- URBAN, OTTO (1998): Czech society 1848–1918. In: TEICH 1998, 198–214.
- ÚSTAV T. G. MASARYKA / MATICA SLOVENSKÁ (Hg.) (1995): R. W. Seton-Watson and His Relations with the Czechs and Slovaks. Documents. 2 Bde. Praha / Martin.
- VÁLKA, JOSEF (1991): Vlastivěda Moravská. Země a Lid [Mährische Heimatkunde. Land und Volk]. Brno (Dějiny Moravy; 1).
- VÁLKA, JOSEF (1995): Morava. Reformace, Renesance a Baroka [Mähren. Reformation, Renaissance und Barock]. Brno (Dějiny Moravy; 2).
- VEBER, VÁCLAV / HLAVAČKA, MILAN u. a. (2002): Dějiny Rakouska [Geschichte Österreichs]. Praha 2002.

- VELEK, LUBOŠ (2008): Das Projekt des nationalen Ausgleichs zwischen Tschechen und Deutschen in Böhmen 1890–1915 und seine Genese. In: DRAŠAROVÁ, EVA / HORKÝ, KAREL / ŠOUŠA, JIŘÍ / VELEK, LUBOŠ (Hg.): *Promarněná šance: korespondence a protokoly [z jednání], 1911–1912 [Verspielte Chance: Korrespondenzen und Protokolle zu den Verhandlungen 1911–1912]*. Bd. 1. Praha, 43–77.
- VILLEPIN, DOMINIQUE DE (Hg.) (2005): *Histoire de la diplomatie française*. Paris.
- VINTR, JOSEF (2004): Josef Valentin Zlobický – ein vergessener tschechischer Patriot aus dem Wien der Aufklärung. In: VINTR, JOSEF / PLESKALOVÁ, JANA (Hg.): *Vídeňský podíl na počátcích českého národního obrození. Wiener Anteil an den Anfängen der tschechischen nationalen Erneuerung*. Praha, 101–114.
- VLNAS, VÍT (Hg.) (2001): *The Glory of the Baroque in Bohemia. Art, Culture and Society in the 17th and 18th Centuries*. Prague (Exhibition of the National Gallery).
- VOCELKA, KARL (2001): *Glanz und Untergang der höfischen Welt. Repräsentation, Reform und Reaktion im habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien (Österreichische Geschichte 1699–1815)*.
- VOLKMANN, HANS-ERICH (1979): Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges. In: DEIST, WILHELM / MESSERSCHMIDT, MANFRED / VOLKMANN, HANS-ERICH / WETTE, WOLFGANG (Hg.): *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik*. Stuttgart, 175–368.
- VOLKMANN, HANS-ERICH (2003): Die Eingliederung der Sudetengebiete und Böhmens und Mährens in das Deutsche Reich. In: VOLKMANN, HANS-ERICH (Hg.): *Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik*. München, 183–205.
- Volkszählung 1921 = Volkszählung in der Tschechoslowakischen Republik vom 15. Februar 1921. I. Teil. Hg. vom STATISTISCHEN STAATSAMT. Prag 1924.
- VOLOKITINA, T. V. / ISLAMOV, T. M. (Hg.) (1997): *Vostočnaja Evropa v Dokumentach rossijskich archivov, 1944–1953 [Osteuropa in den Dokumenten der russischen Archive, 1944–1953]*. Bd. 1: 1944–1948. Moskva.
- VORÁČEK, EMIL (2011): Die historiographische Erforschung der kommunistischen Bewegung in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918–1948. In: SCHRIFFL / PERZI 2011, 279–315.
- VOREL, PETR (2002): Frühkapitalismus und Steuerwesen in Böhmen, 1526–1648. In: *Anzeiger der philosophisch-historischen Klasse 137*, 167–182.
- WANDRUSZKA, ADAM (1954): Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: BENEDIKT, HEINRICH (Hg.): *Geschichte der Republik Österreich*. München, 289–485.
- WANDRUSZKA, ADAM / URBANITSCH, PETER (Hg.) (1980): *Die Völker des Reiches*. 2 Bde. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848–1918; III).
- WANDRUSZKA, ADAM / URBANITSCH, PETER (Hg.) (1989): *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen*. 2 Bde. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848–1918; VI).
- WANDYCYZ, PIOTR S. (1988): *The Twilight of French Eastern Alliances, 1919–1926*. Princeton.
- WEGS, ROBERT J. (1979): *Die österreichische Kriegswirtschaft 1914–1918*. Wien.
- WEHLER, HANS-ULRICH (2008): *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949. 3. Aufl. München.
- WEINBERG, GERHARD (1959/60): Secret Hitler–Beneš Negotiations in 1936–37. In: *Journal of Central European Affairs* 19, 360–374.
- WEINBERG, GERHARD L. (2010): *Hitler's Foreign Policy, 1933–1939. The Road to World War II*. New York.

- WEINZIHL, ERIKA (1969): Zu wenig Gerechte: Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945. Graz.
- WENDT, BERND-JÜRGEN (1987): Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes. München.
- WERKNER, PATRICK (1987): Aufbruch in die Moderne. In: KÜHNEL u. a. 1987, 263–274.
- WIECZOREK, ALFRIED / HINZ, HANS-MARTIN (Hg.) (2000): Europas Mitte um 1000. Bd. 1. Darmstadt.
- WIEDEMANN, ANDREAS (2007): „Komm mit uns das Grenzland aufbauen!“ Ansiedlung und neue Strukturen in den ehemaligen Sudetengebieten 1945–1952. Essen.
- WIESFLECKER, HERMANN (1971–1986): Kaiser Maximilian I. Das Reich, Österreich und Europa an der Wende zur Neuzeit. 5 Bde. Wien.
- WILLIAMS, MAURICE (2005): Gau, Volk und Reich. Friedrich Rainer und der österreichische Nationalsozialismus. Eine politische Biographie nach Selbstzeugnissen. Deutsche Bearbeitung v. ULFRIED BURZ u. CLAUDIA FRÄSS-EHRFELD. Klagenfurt.
- WILSON, PETER H. (2016): The Holy Roman Empire. A Thousand Years of Europe's History. London.
- WINGFIELD, NANCY M. (2007): Flag Wars and Stone Saints. How the Bohemian Lands Became Czech. Cambridge, MA / London.
- WINKELBAUER, THOMAS (Hg.) (1993): Kontakte und Konflikte. Böhmen, Mähren und Österreich: Aspekte eines Jahrtausends gemeinsamer Geschichte. Horn / Waidhofen an der Thaya.
- WINKELBAUER, THOMAS (1999): Fürst und Fürstendiener. Gundaker von Liechtenstein, ein österreichischer Aristokrat des konfessionellen Zeitalters. Wien / München.
- WINKELBAUER, THOMAS (2003): Ständefreiheit und Fürstenmacht. Länder und Untertanen des Hauses Habsburg im konfessionellen Zeitalter. 2 Teile. Wien (Österreichische Geschichte 1526–1699).
- WINKELBAUER, THOMAS (2004): Wer bezahlte den Untergang der Habsburgermonarchie? Zur nationalen Streuung der österreichischen Kriegsanleihen im Ersten Weltkrieg. In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 112, 368–398.
- WINKELBAUER, THOMAS (Hg.) (2015a): Geschichte Österreichs. Stuttgart.
- WINKELBAUER, THOMAS (2015b): Einleitung: Was heißt „Österreich“ und „österreichische Geschichte“? In: WINKELBAUER 2015a, 15–31.
- WINKELBAUER, THOMAS (2015c): Die Habsburgermonarchie vom Tod Maximilians I. bis zum Aussterben der Habsburger in männlicher Linie. In: WINKELBAUER 2015a, 159–289.
- WINKLER, WILHELM (1927): Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums. Berlin.
- WINTER, EDUARD (1968): Romantismus, Restauration und Frühliberalismus im österreichischen Vormärz. Wien.
- WINTER, EDUARD (1969): Revolution, Neoabsolutismus und Liberalismus in der Donaumonarchie. Wien.
- WINTER, EDUARD (1971): Barock, Absolutismus und Aufklärung in der Donaumonarchie. Wien.
- WINTERS, STANLEY B. / PYNSENT, ROBERT B. / HANAK, HARRY (1989/90): T. G. Masaryk (1850–1937). Bd. 1: Thinker and Politician. Bd. 2: Thinker and Critic. Bd. 3: Statesman and Cultural Force. London.
- WISKEMANN, ELISABETH (1938): Czechs and Germans. A Study of the Struggle in the Historic Provinces of Bohemia and Moravia. London / New York / Toronto.
- WIXFORTH, HARALD (2001): Auftakt zur Ostexpansion. Die Dresdner Bank und die Umgestaltung des Bankwesens im Sudetenland 1938/39. Dresden (Hannah-Arendt-Institut: Berichte und Studien; 31).

- WOLFRAM, HERWIG (1987): Die Geburt Mitteleuropas. Geschichte Österreichs vor seiner Entstehung, 387–907. Wien.
- WOLFRAM, HERWIG (2000a): Konrad II. 990–1039. Kaiser dreier Reiche. München.
- WOLFRAM, HERWIG (2000b): Reichsbildungen, Kirchengründungen und das Entstehen neuer Völker. In: WIECZOREK / HINZ 2000, 342–353.
- WOLFRAM, HERWIG (2013): *Conversio Bagoariorum et Carantanorum*. Das Weißbuch der Salzburger Kirche über die erfolgreiche Mission in Karantanien und Pannonien. 3. Aufl. Laibach.
- ZAHRA, TARA (2008): *Kidnapped Souls. National Indifference and the Battle for Children in the Bohemian Lands, 1900–1948*. Ithaca / London.
- ZEMAN, ZBYNĚK (2002): *Edvard Beneš. Politický životopis [Politische Biographie]*. Praha.
- ŽEMLIČKA, JOSEF (2000): Gemeinsame Züge der mitteleuropäischen Staaten. In: WIECZOREK / HINZ 2000, 830–833.
- ZIMMERMANN, VOLKER (1999): *Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938–1945)*. Essen (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa; 16).
- ZINGERLE, ELISABETH (Hg.) (2012): *Grazer Nuntiatur, 1599–1602*. Bd. 5. Wien.
- ZNOY, CORNELIA (1995): *Die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Österreich 1945/46*. Dipl., Univ. Wien.
- ZÖLLNER, ERICH (1980): Perioden der österreichischen Geschichte und Wandlungen des Österreich-Begriffs bis zum Ende der Habsburgermonarchie. In: WANDRUSZKA / URBANITSCH 1980, 1–32.
- ZÖLLNER, ERICH (1990): *Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. 8. Aufl. München.
- ZÜCKERT, MARTIN (2006): *Zwischen Nationsidee und staatlicher Realität. Die tschechoslowakische Armee und ihre Nationalitätenpolitik 1918–1938*. München.
- ŽUPANIĆ, JAN (2006): *Nová šlechta Rakouského císařství [Der neue Adel des österreichischen Kaiserstaates]*. Praha.

## 15. Verzeichnis besonderer Abkürzungen

AA	Auswärtige Angelegenheiten
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ADÖ	Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich
AdR	Archiv der Republik, Wien
AMZV	Archiv Ministerstva zahraničních věcí [Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten], Praha
BKA	Bundeskanzleramt, Wien
BMfÄ	Bundesministerium für Äußeres
BMM	Böhmisch-Mährische Maschinenfabriken AG
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVP	Bayerische Volkspartei
CIA	Central Intelligence Agency
ČKD	Českomoravská Kolben-Daněk
ČSAV	Československá akademie věd [Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften], Praha
ČSR	Československá republika [Tschechoslowakische Republik]
ČSSR	Československá socialistická republika [Tschechoslowakische Sozialistische Republik]
d. Ä.	der Ältere
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DP	displaced persons
ERP	European Recovery Program
EU	Europäische Union
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
Frh.	Freiherr
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GZ	Grundzahl
IR	Infanterieregiment
Kčs	Koruna československá [Tschechoslowakische Krone]
kgl.	königlich
k. k.	kaiserlich-königlich
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KSC	Komunistická strana Československa [Kommunistische Partei der Tschechoslowakei]
k. u. k.	kaiserlich und königlich
KZ	Konzentrationslager
MRP	Protokolle des Ministerrates
NKVD	Narodnyj komissariat vnutrennich del [Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten], Moskau

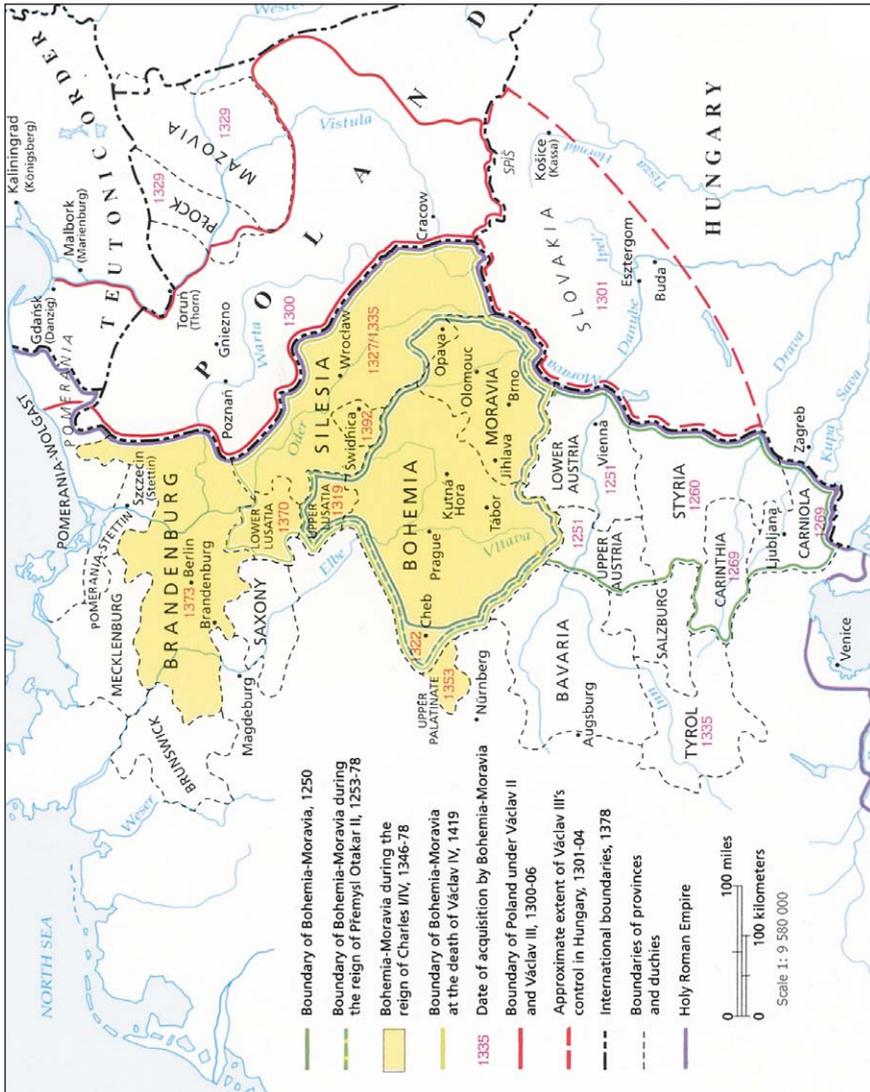
NPA	Neues Politisches Archiv, Wien
NS	nationalsozialistisch/Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖAW	Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien
ORF	Österreichischer Rundfunk – Fernsehen
ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv, Wien
ÖVP	Österreichische Volkspartei
Präs.	Präsidium
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst (der SS)
SdP	Sudetendeutsche Partei
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
US(A)	United States (of America) [Vereinigte Staaten (von Amerika)]
USIA	Upravlenie Sovetskimi imuščestvom v Avstrij [Verwaltung des sowjetischen Eigentums in Österreich]
VF	Vaterländische Front
VÖEST	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke, Linz

## 16. Verzeichnis der Karten

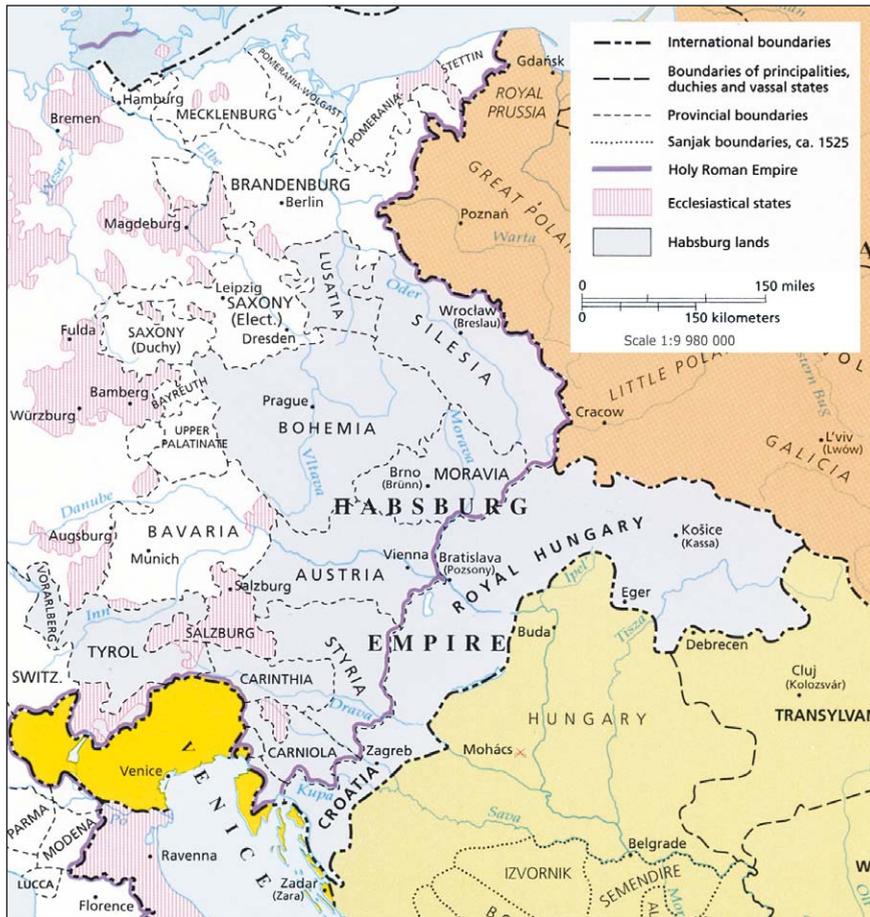
- Karte 1: Die böhmischen und österreichischen Länder unter König Přemysl Otakar II.
- Karte 2: Die böhmischen und österreichischen Länder unter Kaiser Karl IV.
- Karte 3: Die Habsburgermonarchie um 1570
- Karte 4: Die Habsburgermonarchie um 1721
- Karte 5: Das Kaisertum Österreich nach 1815
- Karte 6: Sprachlich-nationale Mehrheiten in Österreich-Ungarn 1910
- Karte 7: Nationalstaaten und nationale Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa um 1920
- Karte 8: Die Bevölkerung in Böhmen und Mähren-Schlesien 1930 nach der Nationalität
- Karte 9: Die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39
- Karte 10: Flucht, Vertreibung und Aussiedlung aus Ostmitteleuropa 1944–1948
- Karte 11: Ostmitteleuropa um 2000



Karte 1: Die böhmischen und österreichischen Länder unter König Přemysl Otakar II. (nach DOPSCH 2003, S. 462)

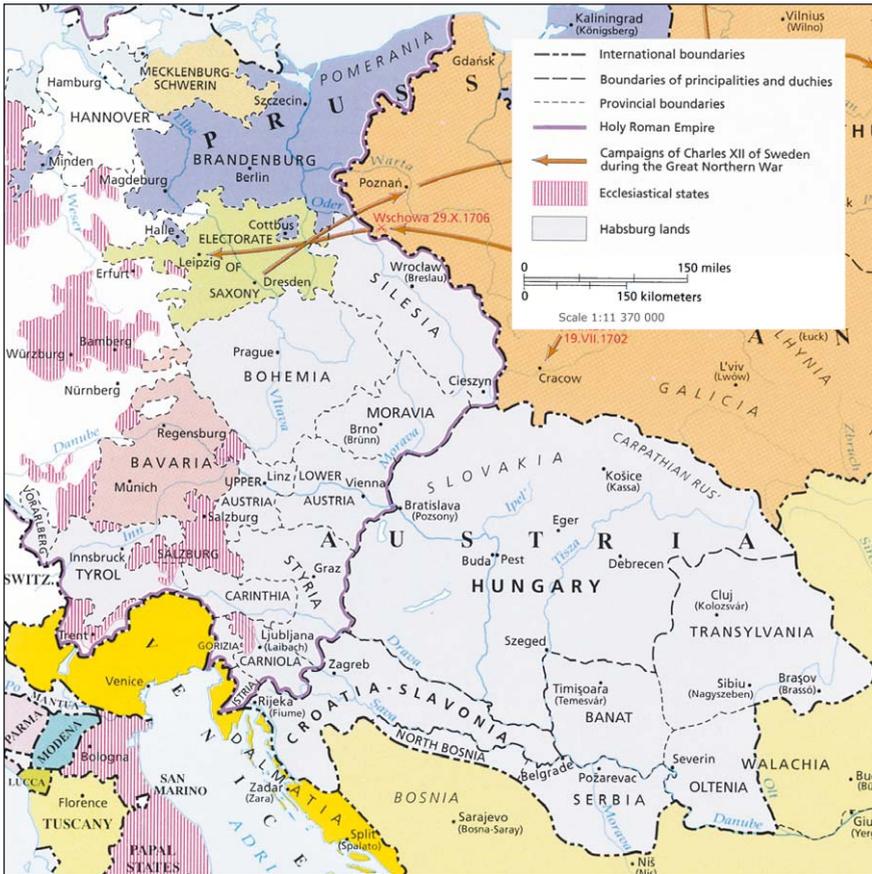


Karte 2: Die böhmischen und österreichischen Länder unter Kaiser Karl IV.  
(Abdruck mit freundlicher Genehmigung von PAUL ROBERT MAGOCSI: Historical Atlas of Central Europe. 2. Aufl. Toronto: University of Toronto Press 2002, S. 22)



Karte 3: Die Habsburgermonarchie um 1570

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung von PAUL ROBERT MAGOCSI: Historical Atlas of Central Europe. 2. Aufl. Toronto: University of Toronto Press 2002, S. 47)



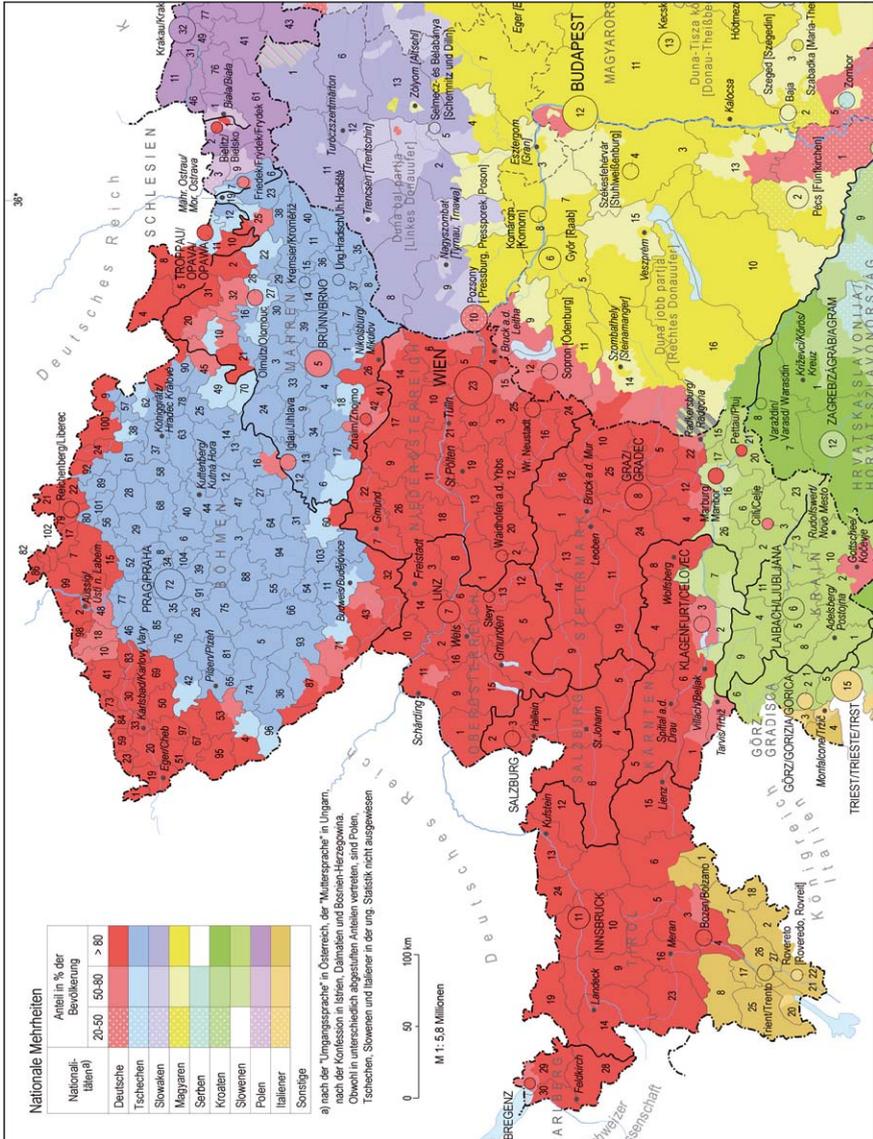
Karte 4: Die Habsburgermonarchie um 1721

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung von PAUL ROBERT MAGOCSI: Historical Atlas of Central Europe. 2. Aufl. Toronto: University of Toronto Press 2002, S. 68)



Karte 5: Das Kaisertum Österreich nach 1815

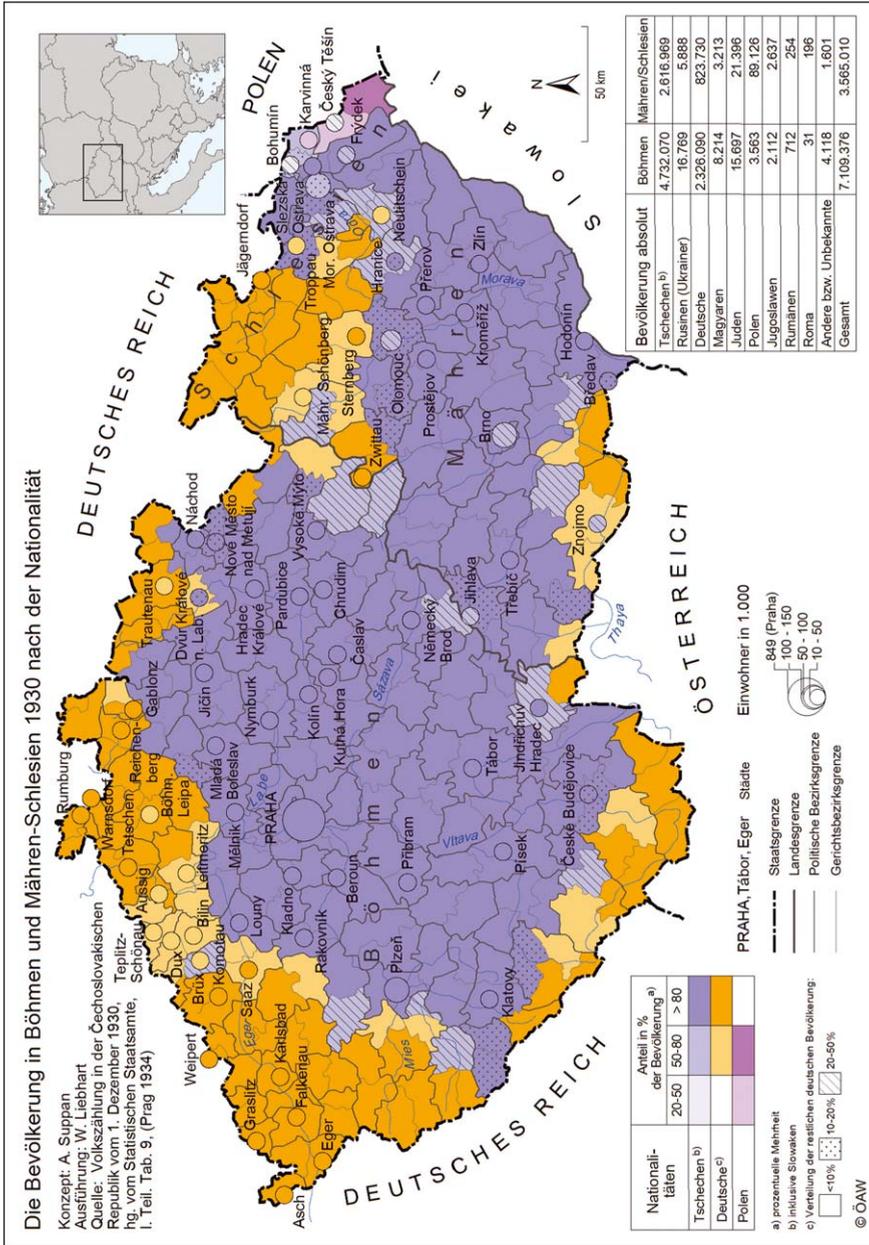
(Abdruck mit freundlicher Genehmigung von PAUL ROBERT MAGOSCI: Historical Atlas of Central Europe. 2. Aufl. Toronto: University of Toronto Press 2002, S. 77)



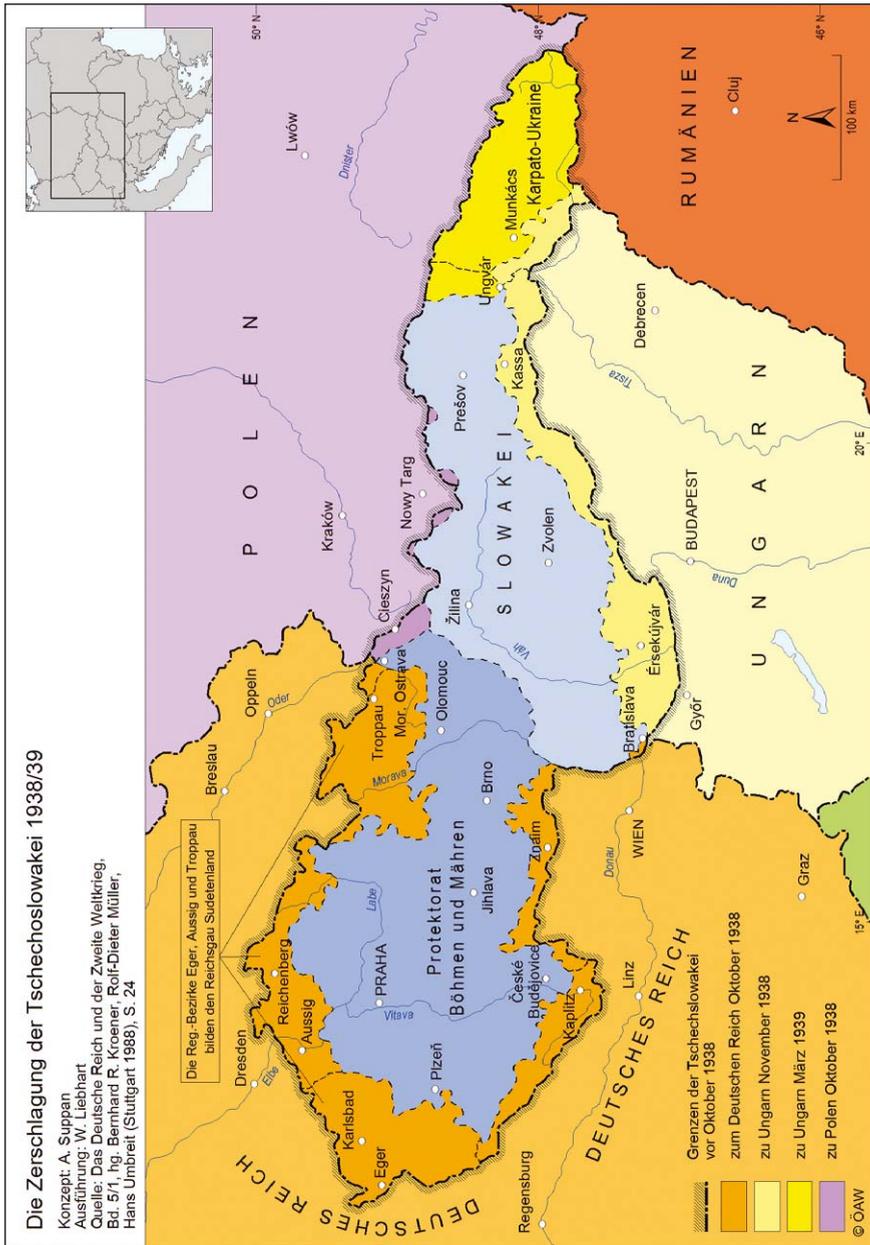
Karte 6: Sprachlich-nationale Mehrheiten in Österreich-Ungarn 1910 (nach RUMPLER / SEGER 2010, Kt. 3.1)



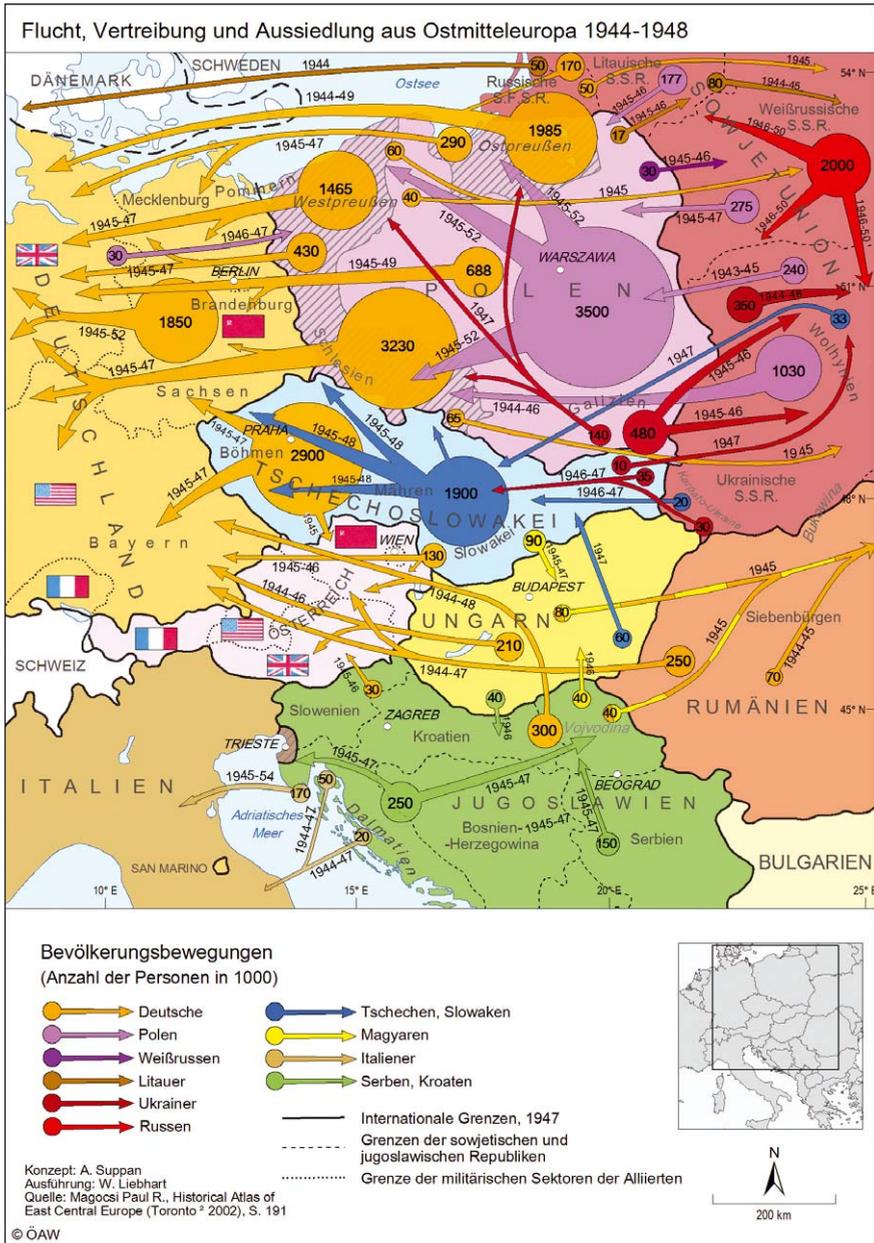
Karte 7: Nationalstaaten und nationale Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa um 1920 (nach SUPPAN 2014, Bd. 3, Kt. 1)



Karte 8: Die Bevölkerung in Böhmen und Mähren-Schlesien 1930 nach der Nationalität (nach SUPPAN 2014, Bd. 3, Kt. 2)



Karte 9: Die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39  
 (nach SUPPAN 2014, Bd. 3, Kt. 6)



Karte 10: Flucht, Vertreibung und Aussiedlung aus Ostmitteleuropa 1944–1948  
 (nach SUPPAN 2014, Kt. 13)



Karte 11: Ostmitteleuropa um 2000

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung von PAUL ROBERT MAGOCSI: Historical Atlas of Central Europe. 2. Aufl. Toronto: University of Toronto Press 2002, S. 222)

### **Der Autor**

**Arnold Suppan**, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien (i. R.), wirkliches Mitglied der ÖAW. Publikationen zu: „Jugoslawien und Österreich“, „Zwischen Adria und Karawanken“ und „Hitler – Beneš – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa“.

Der „Geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Anzeiger“  
bringt Beiträge aus dem gesamten Spektrum  
der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften.

Informationen zum Ablauf der Manuskripteinreichung  
sowie Hinweise für die Gestaltung von Beiträgen  
finden Sie auf der Website  
<http://epub.oeaw.ac.at/anzeiger>